



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Zeitschrift des Harz-vereins für Geschichte und Altertumskun...

Harz-verein für
Geschichte und
Altertumskunde, ...

ANTIQUE



epi. 24

Zeitschrift

des

Harz-Vereins für Geschichte

und

Altertumsfunde.

Herausgegeben

im Namen des Vereins von dessen erstem Schriftführer

Dr. Ed. Jacobs.



fünfundzwanzigster Jahrgang. 1892.

Mit einer Urnentafel, drei in den Text gedruckten Grundrissen und einer Stammtafel.

Wernigerode, Selbstverlag des Vereins.

In Kommission bei H. C. Huch in Duedlinburg.

1892.

Druck von B. Angerstein, Vernigerode, Harz.

Inhalt.

	Seite.
Die sächsischen Städtebünde zwischen Weser und Elbe im 13. und 14. Jahrhundert. Von Dr. Ulrich Kleist	1—101
Die Entstehung der Stadt Braunschweig. Von Dr. Willi Barges	102—131
Quellen zur Genealogie der späteren Grafen von Regenstein. Von Paul Zimmermann	132—145
Stammtafel der Grafen von Regenstein und Blankenburg von ungefähr 1400 bis 1599. Vom Oberlehrer H. Steinhoff in Blankenburg a. S.	146—167
Beiträge zur Geschichte des Frohndienstes am Südharze seit Anfang des 16. Jahrhunderts. Nach Materialien aus der Sammlung des Herrn Gustav Poppe: Urtern von Robert Habs: Randau	168—211

Grabaltertümer. Ausgrabungen. Wüstungen.

Zur neuen Hausurne in Hoym nebst einigen Bemerkungen zu den übrigen Hausurnen. Mit einer Tafel Abbildungen. Von H. Becker	212—244
Aufgrabungen am Münchhof bei Siptenfelde im Harz. Von F. Maurer, Baurat in Bernburg	244—247
Einiges über die Wüstung Selpenfelde. Von B. v. Höder in Hoym. Nebst einem Grundriß und einigen Angaben über die ausgegrabene Kirche daselbst von Herrn Kreisbauinspektor Brinckmann in Blankenburg a. S.	247—249

Denkmälerkunde.

Niederländische Glocken in Wolfenbüttel. Von Th. Voges	250—254
Zu dem Grabdenkmale der Gräfin Margarethe von Hohnstein. Von P. Zimmermann, Wolfenbüttel	254—255

Siegellkunde.

Noch einmal das älteste Sangerhäuser Stadtsiegel, nebst einigen Bemerkungen über das alte thüringische Landgericht zu Mittelhausen. Von Dr. D. v. Heinemann	256—262
---	---------

Vermischtes.

1. Ein urkundlicher Scherz. Von G. Bode	263—264
2. Nachtrag zu den Hildesheimer Hausprüchen. Vom Major a. D. Buhlers	264—265
3. Zur Biographie Klopstocks. Von Ernst Dümmler	265—268
4. Copia einer Schrift, welche sich in dem Knopfe auf dem Thurme der S. Johannis-Kirche zu Mittelde bei der Abnahme desselben Anno 1783 gefunden hat. Mitgeteilt vom Kantor W. Grönmacher in Mittelde	268—271

5. Das Bärenführen des Halberstädter Dompropstes. Der Bär am Harze. Von Ed. Jacobs 271—276
6. Die ältesten Kirchenbücher von S. Johannis in der Neustadt-Wernigerode; alte Kirchenrechnungen und Beichtverzeichnisse ebendaselbst. Von demselben 277—288

- Die Entwicklung der Autonomie der Stadt Braunschweig. Von Dr. Willi Varges 289—331
- Zur Geschichte des Bergbaues bei Goslar. Goslars Bergbau bis 1552. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte des Mittelalters. Von Dr. C. Neuburg, Privatdozent der Staatswissenschaften an der Universität München. Hannover, Hahn'sche Buchhandlung 1892. Besprochen vom Oberlandesgerichtsrat. G. Bode 332—349
- Neue Beiträge zur Geschichte des Siechenhofs zu Halberstadt. Von Ed. Jacobs 350—360

- Ausgrabung der wüsten Kirche des ehemaligen Dorfes Windelherode bei Stapelburg am Harz. Mit einem Grundriß. Vom Pfarrer A. Reinecke in Schauen bei Osterwieck a. H. 361—367

Vermischtes.

1. Sterblichkeit und Bevölkerungszahl in Hildesheim im 17. und 18. Jahrhunderte. Von R. Doebner 368—371
2. Hat es zu Halberstadt einen Konvent der Neuerinnen vom Maria-Magdalenenorden gegeben? Von Ed. Jacobs 371—374
3. Abendmahlsgenossen aus den fremden Kriegsvölkern zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. Von demselben 375—377
4. Ein Hergenprozeß zu Disleben im Jahre 1680. Von demselben 377—385
5. Zur Geschichte des ehemaligen Wallfahrtsorts Glende bei Bleicherode. Von Dr. Otto Merg 385—389
6. Ein bis jetzt unbekannt gebliebener, vergessener Gemeindeforstwald am Unterharz. Von Gustav Poppe 389—391

Bücheranzeigen.

- Geschichte des Geschlechts von Dittfurth. Bearbeitet von Theodor von Dittfurth, I. und II. Teil, Quedlinburg, H. C. Buch 1889 und 1892. XV. und 358, XI. u. 146 S. Gr. 8°. Von Dr. Paul Zimmermann 392—393
- Hänfelmann L.: Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarhiv zu Braunschweig gesammelt. Wolfenbüttel 1892. (Bd. IV. „Aus den Ueberlieferungen zur Litteratur, Geschichte und Kunst.“ herausgegeben von G. Mißsack und P. Zimmermann.) Von G. Künkel in Berlin 393—396

- Verzeichnis der für die Sammlungen des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde eingegangenen Zuwendungen. Vom Vereinskonservator Prof. Dr. Paul Höfer 396—400
- Druckfehler-Verzeichnis 400

Die sächsischen Städtebünde zwischen Weser und Elbe im XIII. und XIV. Jahrhundert.

Von Dr. Ulrich Kleist.

Die Mitte des XIII. Jahrhunderts, die Zeit der Bedrängung der zu städtischen Gemeinwesen und freier Handelsentwicklung heranwachsenden oder bereits herangewachsenen Städte seitens eines raub- und fehdelustigen Adels und eines eigennütigen und wenig landesväterlichen Territorialfürstenstandes ist es, welche die ersten urkundlichen Spuren einer Einigung der sächsischen Städte zwischen Weser und Elbe erkennen läßt. Die Reichsgewalt war zerfallen,¹ die Gährung, aus welcher ein ganz neues staatliches Verhältnis hervorgehen sollte, in vollem Flusse, die Zeit des territorialen, der kaiserlichen Macht fast spottenden Fürstentums war angebrochen, mit ihr aber auch das Wachstum eines neuen immer selbständiger auftretenden Standes, der selbstregierten Städte, welche für sich kleine Staaten im Staate bildeten. Allmählich, wie in den übrigen Gauen des deutschen Reiches, traten auch die sächsischen Städte zwischen Weser und Elbe in diese Entwicklungsstufe ein, allmählich erwarben auch sie durch List oder Troß ein Recht nach dem andern von ihren Herren. Was sie im Einzelnen von jenen vorderhand nicht erreichten, von ihnen als ihren natürlichen Beschützern aber verlangen konnten, Schutz gegen alle Unbilden, das suchten sie durch Annäherung an einander und Verbindungen mit einander durchzusetzen, oft gegen den Willen ihrer Herren. Die verlotterten Zustände im Reiche, die Ohnmacht oder häufiger noch die Unlust ihrer Territorialherren, endlich nicht zum wenigsten das Bestreben der städtischen Gemeinwesen, ihre Existenzbedingungen, Handel und Gewerbe, gesichert und vor lästigen und schädlichen Raubzügen geschützt zu wissen, führte sie zu Verbänden zusammen. Der echt mittelalterliche Zug des Egoismus und Eigennutzes, welcher diesen Bestrebungen der Städte zu Grunde liegt, ist bei der allgemeinen Unsicherheit und politischen Zerfahrenheit des Reiches sehr begreiflich. Ihre Haupterwerbsquelle, den Handel

¹ Die Worte Th. Lindners über die Regierung Rudolfs von Habsburg: „Das Reich war überhaupt kein Staat mehr, nicht einmal im mittelalterlichen Sinn,“ — Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern I 46 —, lassen sich auch schon auf die Zeit kurz vor Rudolfs Herrschaft anwenden.

zu schützen und zu heben, und andererseits von ihren Landesherren immer unabhängiger zu werden, waren, ersterer ein selbstverständlicher, letzterer ein unbemerkt sich entwickelnder, vielleicht anfangs gar nicht gewollter Beweggrund zu den Zusammenschlüssen der sächsischen Städte. Die zwischen Weser und Elbe gelegenen Städte des Sachsenlandes waren ja ebenso wie alle anderen des Reiches durch Nichts gegen Uebergriffe und Beeinträchtigungen von allen Seiten geschützt. Der allgemeine Landfrieden, welchen Kaiser Friedrich II. 1235 zu Mainz „ad generalem statum et tranquillitatem imperii“ erlassen hatte,¹ zeigte zwar den guten Willen des Reichsoberhauptes, die allgemein verbreiteten Fehden und Raubzüge zu beseitigen und das Gerichtswesen zu ordnen, vermochte aber seinen Zweck nicht zu erreichen. Ihn in einzelnen Punkten zu befolgen waren die Städte auch sicher nicht gewillt. Zwar richtete er sich zu ihrem Vorteile auch gegen die Erhebung neuer und ungerechter Zölle, nahm sie aber auch durch das strenge Verbot des Pfahlbürgerturns gegen ihn ein. Nach wie vor wurden die Städte bedrückt, ihr Handel gestört.

1. Die ersten Annäherungen und Zusammenschlüsse sächsischer Städte bis zum ersten Drittel des XIV. Jahrhunderts.

Gewiß schon etwas vor der Mitte des XIII. Jahrhunderts beschäftigte die sächsischen Städte der Gedanke einer Annäherung zum Schutze ihrer Handelsinteressen und Rechte gegen die Bedrückungen und Uebergriffe ihrer Nachbarn oder gar ihrer Landesherren, das heißt zum Schutze ihrer Existenz. Wann dieser Gedanke zuerst feste Formen gewonnen, ist nicht genau festzustellen, aber mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Vereinigung einzelner dieser Städte schon in den vierziger Jahren bestanden hat. Mehrere urkundliche Spuren weisen darauf hin.² Einzelne derselben beziehen sich allerdings nicht unmittelbar auf diejenigen Städte, welche später im Laufe der Zeit immer wieder in engerem Zusammenschluß, wenn auch nicht regelmäßiger Beteiligung in den sächsischen Städteeinungen wiederkehren, aber sie zeigen doch die auch von jenen befolgte Art der ersten Annäherung, welche derjenigen der nachmaligen Bundesstädte vollkommen entspricht.

Es sind in erster Linie Handelsinteressen und gegenseitig zugestandene Befugnisse zum Rechtsschutze derselben, welche das Grundprinzip für diese ersten Zusammenschlüsse bildeten, ja bei

¹ Mon. Germ. L. L. II 313.

² R. Schönbäum: Hanf. Urf.-Buch I 303, 305, 351, 369.

der Troſtloſigkeit der damaligen Rechtsverhältniſſe bilden mußten. Das beweifen klar die im Jahre 1241 zwiſchen Hamburg und Lübeck,¹ 1247 zwiſchen Hamburg und Braunschweig,² 1249 zwiſchen Stade und Braunschweig³ abgeſchloſſenen Verträge, welche den Schutz der Kaufmannsgüter, gemeinſame Verfeſtung von Friedebrechern und Straßenräubern und Bekämpfung derſelben zum Gegenſtande haben. Zwei dieſer Abmachungen betreffen auch Braunschweig, eine in den ſpäteren Städtebündniſſen eine bedeutende Rolle ſpielende Stadt; aber es ſind dieſe nur vorübergehende Verknüpfungen mehr hanſiſchen Gepräges, die ſpätere Zeit weiſt keine innigeren Bündniſſe dieſer Stadt mit den genannten, wie überhaupt mit den Seestädten auf, vielmehr verlegte ſich das Schwergewicht ſolcher Bündniſſe mehr auf das Binnenland. Zwar laufen hanſiſche Ideen naturgemäß Hand in Hand mit den Einigungsbeſtrebungen der Städte, und es ſoll gewiß nicht geleugnet werden, daß ſie von förderndem Einfluſſe auf dieſe geweſen ſind, aber es liegt doch eine gewiſſe Einſeitigkeit darin, die ſächſiſchen Städtebündniſſe lediglih auf die Hanſa zurückzuführen.⁴ Das Recht im Allgemeinen, die Aufrechterhaltung des Friedens und das Beſtreben, ſich gegen die Eingriffe Mächtigere, wenn auch nur in deſenſiver Stellung, zu ſchützen, iſt ſicher ſchon damals ein wichtiger Faktor bei den Einigungsverträgen geweſen. Dafür ſprechen die wichtigen Urkunden, welche die erſten Vereinigungen von ſächſiſchen Städten in dem durch den ſpäteren geſchichtlichen Verlauf der Bündniſſe begrenzten örtlichen Rahmen dokumentieren.

Um 1246⁵ verbanden ſich die Bürger der Stadt Münden mit denen von Northeim zu gegenseitigem Schutze gegen Unrecht und Vergewaltigung. „Rebus et corporibus“ werden ſie für einander eintreten. Das Bündnis darf nur auf gemeinſamen Beſchluſſ aufgehoben werden. Sicher hat dieſes Bündnis noch die eine oder die andere benachbarte Stadt umfaßt. Wie wäre ſonſt das in der — übrigens allgemein gehaltenen — Urkunde ſtehende „nec una civitas sine aliis revocare valebit“ und der „communis conclusus civitatum“ aufzuſaſſen? Dafür ſpricht auch, daß eine am Ende des XIII. Jahrhunderts zwiſchen

¹ Hanſ. Urk.-Buch I 303, 305.

² Hanſ. Urk.-Buch I 351.

³ Hanſ. Urk.-Buch I 369.

⁴ Wie L. Hänſelmann: Hanſiſche Geſchichtsblätter, Jahrgang 1874, I S. 22 ff. — Vgl. dagegen D. Schäfer: „Die Hanſeſtädte und König Waldemar von Dänemark“ S. 31 und R. Höhlbaum: Hanſ. Urk.-Buch II, Einl. X, III, Einl. XIV.

⁵ H. Sudendorf: „Urkundenbuch zur Geſchichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande“ I 27.

Northheim, Münden, Göttingen, Duderstadt und Osterode ausgestellte Bündnisurkunde¹ fast genau denselben Wortlaut hat, daß namentlich auch dort, allerdings durch die urkundlich beglaubigte Teilnahme mehrerer Orte mit mehr Recht, ein Zurücktreten vom Bunde nicht „sine aliis“ (scil. civitatibus), sondern nur „de communi conclusu civitatum“ geschehen kann.

Welchen besonderen Zweck das ersterwähnte Bündnis zwischen Münden und Northheim hat, ist aus der Urkunde nicht sicher festzustellen; es richtet sich gegen Verunrechtung und Vergewaltigung im Allgemeinen, an eine Verbindung gegen Uebergriffe des Landesherren,² wie eine solche die Bündnisurkunde vom Ende des XIII. Jahrhunderts ausdrücklich betont, ist wohl nicht zu denken. Ein Schutzbündnis zur Förderung ihrer Sicherheit und ihres Verkehrs war ja auch für solche Orte, die eben erst Stadtrechte erlangt hatten, das Nächstliegende.

Bald fanden auch Verbindungen anderer sächsischer Städte statt. Am 3. April 1252 stellte König Wilhelm zu Braunschweig eine Urkunde aus,³ in welcher er die zur Aufrechterhaltung des Friedens geschlossene Verbindung der Stadt Goslar mit Hildesheim und Braunschweig anerkennt. Es heißt dort: „omnia sacramenta et iuramenta pro bono pacis et statu terre facta inter ipsos cives (scil. Goslariae) et Hildesemensem ac Bruswicensem civitates grata habemus et rata“. Zur richtigen Beleuchtung dieses Bündnisses dient auch eine Urkunde vom 6. Januar 1256,⁴ der zufolge die drei Städte nebst Hannover sich dem Herzog Albrecht von Braunschweig verpflichten, den Bischof Heinrich von Hildesheim nicht gegen jenen unterstützen zu wollen. Die Städte erklären in dieser Urkunde beiläufig, daß sie miteinander „antiqua dilectione et amicitia“ verbündet seien. Danach ist das 1252 bestätigte Bündnis schon älteren Datums; es wurde wahrscheinlich um die Mitte der vierziger Jahre auf unbestimmte Dauer geschlossen. Weshalb Hannover 1252 nicht als Teilnehmer erwähnt ist, ist nicht zu ersehen; vielleicht ist es erst nach dieser Zeit beigetreten. Der Zweck des Bündnisses war ein naheliegender: Schutz gegen Friedensverletzungen an einer der Städte und gegenseitige Garantie ihres Territoriums. Wie dieser Schutz gehandhabt werden solle, ist allerdings nicht gesagt.

¹ G. Schmidt, Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 49 und 50 Sudendorf I 120. Wolf: Politische Geschichte des Eichsfeldes II, 37.

² Otto, das Kind.

³ Hanfisches Urkundenbuch I, 426. H. Döbner: Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 227.

⁴ E. L. Grotendorf, Urkundenbuch der Stadt Hannover 18. Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 241. Hanfisches Urkundenbuch I, 488.

Gleiche oder doch ähnliche Gründe sind es also gewesen, welche diese ersten Zusammenschlüsse der sächsischen Städte veranlaßten, wie sie zu gleicher Zeit die Städteeinungen in Westfalen¹ und den großen Bund am Rhein² herbeigeführt haben. Die Ausdehnung des letzteren auch auf Städte Nordfachsens steht fest.³ Bremen gehörte schon seit Oktober 1256,⁴ Minden seit Dezember desselben Jahres dem rheinischen Städtebunde an;⁵ auch Stade mag in näherer Beziehung zu demselben gestanden haben.⁶ Jedoch war dieser Zusammenhang einiger nordfächsischer Städte mit dem rheinischen Bunde ein äußerst loser und so vorübergehender, daß sich für die eigentlich: Entwicklung der sächsischen Städtebünde keinerlei Ergebnis daraus ableiten läßt. Ebenso wie die westfälischen Städte schon vor Abschluß des rheinischen Bundes sich zu besonderen Bündnissen vereinigt hatten⁷ und bei dem Entstehen desselben nur zum geringen Teile sich ihm anschlossen, nach seinem baldigen Verfall aber ihre immer fortgepflegten bündnerischen Sonderbeziehungen nicht aufgaben, sondern kräftig fortsetzten, ebenso hatten ja die sächsischen Städte zum Teil bereits vor dem Entstehen des rheinischen Bundes besondere Einungen geschlossen⁸ und verhielten sich bezüglich eines Anschlusses an jenen großen Bund nur noch kälter als die westfälischen. Wenn sich in einem Schreiben vom 8. November 1256 die Stadt Minden an Lübeck, Stade, Hamburg und die „übrigen“ Städte und Edlen an und jenseits der Elbe um Hilfe gegen einige friedensbrücherische Grafen und Edle wendet und in diesem von

¹ Siehe H. Mendthal: „Die Städtebünde und Landfrieden in Westfalen. Dissert. Königsberg 1879, S. 4 ff.

² Vgl. Lindner: „Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I., 140.

³ J. Weissfäcker, „Der rheinische Bund 1254“, Tübingen 1879, S. 128 ff. F. Zurbonsen: „Der Rheinische Landfriedensbund von 1254 im deutschen Norden und in den Niederlanden“, Forsch. z. deutsch. Gesch. XXIII, 293.

⁴ Weissfäcker a. a. D. S. 128.

⁵ Westfälische Provinzialblätter I, 2. Cod. diplom. Mind. Nr. 4.

⁶ F. Zurbonsen a. a. D. S. 292. Einen schlagenden Beweis für die Zugehörigkeit Stades zum rheinischen Bunde vermag Zurbonsen übrigens nicht zu erbringen, doch ist seine a. a. D. 291, Anm. 6. ausgesprochene Ansicht, unter der am Schlusse des Mitgliederverzeichnis des rheinischen Bundes genannten „civitas Beremmensis“ sei einzig und allein die Hansestadt Bremen zu verstehen, sicher die allein richtige.

⁷ Vgl. H. Mendthal: „Die Städtebünde und Landfrieden in Westfalen bis 1371.“ Dissert. Königsberg 1879, S. 2—8. F. Zurbonsen: „Der westfälische Städtebund von 1253 bis zum Territorialfrieden von 1298.“ Dissert. Münster 1881, S. 21.

⁸ Vgl. S. 3 f.

einer „pax iam jurata a vobis“¹ spricht und darauf verweist, daß die Adressaten ihre, der Hülfsuchenden „conjurati et pacis zelatores“ seien, auch mitteilt, daß Bremen, sowie Edle und Städte Westfalens ihre Hülfe bereits zugesagt hätten,² so muß man einen gewissen, wenn auch lockeren, Zusammenhang der westfälischen und nordsächsischen Städte unter dem Einflusse des rheinischen Bundes jedenfalls anerkennen;³ jedoch war ja schon damals der Verfall jenes großen Bundes in vollem Gange, und die lockeren Beziehungen, welche die westfälischen und nordsächsischen Städte zu ihm und durch ihn zu einander hatten, schwanden mit ihm vor dem nun wieder von Neuem einsetzenden Streben der Städte beider Länder nach Sonderbündnissen, welche von dem rheinischen Bunde auch nicht einmal den Gedanken ihres Entstehens hatten.

Diejenigen nordsächsischen Städte, wie Bremen, Stade, Minden, deren Teilnahme am rheinischen Bunde als gewiß angenommen werden kann, waren ja schon frühzeitig dem eigentlichen Kreise der bündnerische Beziehungen pflegenden Sachsenstädte zwischen Weser und Elbe entfremdet und ohne engeren Zusammenhang mit ihnen.⁴

Die sächsischen Seestädte und die zu ihnen hinneigenden schlugen ja in ihrer Politik sehr früh die weiter führende Bahn der Hansebestrebungen ein⁵ und hatten bald die innige Fühlung mit den binnensächsischen Städten verloren. Irgend welche näheren Beziehungen, welche sie zu den rheinischen Bundesstädten hätten haben können, waren also schon aus diesem Grunde auf die sächsischen Städtebünde ohne Einfluß. Daß solche Beziehungen aber überhaupt vorhanden waren, läßt sich in keiner Weise belegen. Die sächsischen⁶ Städte zwischen Weser und Elbe schlossen sich in besonderen Einungen bald aneinander und dadurch von den benachbarten Städtegruppen gewissermaßen ab.

Freilich steckten die sächsischen Einungen denjenigen anderer Städte gegenüber in Bezug auf einheitliche Geschlossenheit und politische Kraft noch ganz in den Kinderschuhen; überhaupt fehlte

¹ Höchstwahrscheinlich bezieht sich „pax“ auf den rheinischen Bund; vgl. auch F. Zurbonsen: „Der rheinische Bund etc.“ Forsch. z. deutsch. Gesch. XXIII, 294.

² F. Zurbonsen: Forsch. z. deutsch. Gesch. XXIII, 292.

³ Vergl. F. Zurbonsen: Forsch. z. deutsch. Gesch. XXIII, 294.

⁴ Vgl. S. 3, 11 f.; F. Zurbonsen: Forsch. z. deutsch. Gesch. XXIII, 292.

⁵ Vgl. auch Hanseisches Urkundenbuch I, 303, 305.

⁶ Auch Zurbonsen a. a. O. S. 293 meint sie wenigstens stark bezweifeln zu müssen; ich habe nicht den geringsten Anhalt für die Annahme gefunden, daß die Städte des rheinischen Bundes in reger Wechselbeziehung zu den nordsächsischen Städten gestanden haben.

ihnen ganz und gar das Gefühl einer zielbewußten Kraft und Politik. Sie waren eben durch die nächstliegenden Bedürfnisse verursacht und trugen eine rein landschaftliche Abgeschlossenheit als Gepräge. Die Bestätigung des Städtebundes durch König Wilhelm, der sich eben so gut wie gar nicht um Reichsangelegenheiten kümmerte, entgegen dem ausdrücklich gegen jeden Städtebund gerichteten Dekret Friedrichs II. vom Jahre 1220, beweist, wie ohnmächtig die Reichsgewalt und wie schutzlos deshalb die einzelnen Glieder des Reiches waren. Selbsthülfe war eben geradezu zur Existenzbedingung geworden.

Trotzdem Goslar am selben Tage (3. April)¹ die Bestätigung seiner Privilegien erhielt, verlangte es auch diejenige des Bündnisses; ein Beweis, wie unsicher es sich dennoch fühlte und anderweitiger Stütze bedürftig war.

Am 6. Januar 1256² schloß Hildesheim mit Herzog Albrecht von Braunschweig die schon erwähnte Einigung „pro communi necessitate totius terre“. Diese Verbindung ist deshalb von Wichtigkeit, weil sie einmal die, außer Hannover, schon 1252 vereinigten Städte in gemeinsamem Handeln und festerer Geschlossenheit zeigt, dann aber auch ihre Spitze, wenn auch verhüllt, gegen den Herrn der Stadt Hildesheim, Bischof Heinrich I., kehrt. Hildesheim verpflichtet sich, dem Bischof zwar freien Aufenthalt in seinen Mauern, aber keine Hülfe gegen den Herzog zu gewähren, auch jede Belästigung seinerseits mit der That zu rächen und sich mit ihm nur unter Zustimmung und Einfluß von Braunschweig, Goslar und Hannover zu vertragen.

Dies Bündnis zeigt, wie auch in Sachsen die Städte schon damals, wenn sie sich nur einer starken Stütze bewußt waren, sich nicht scheuten zum Schutze ihrer Rechte und Freiheiten gegen ihre eigenen Herren Front zu machen.³

Nebenher liefen für die Städte die allgemeinen Handelsinteressen dem Auslande gegenüber und das Bestreben, dem heimischen Rechte zum Schutze jener durch gemeinsame Beschlüsse auch dort Geltung zu verschaffen. Einen solchen gemeinsamen Beschluß richteten um 1267⁴ die sächsischen Städte, unter ihnen viele der in den späteren Bündnissen befindlichen, an die Schöffen zu Gent, welcher die Zurücknahme einer die Handelsinteressen der Städte schädigenden Anordnung verlangt. Freilich mußte der

¹ Bgl. S. 4.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 241. Urkundenbuch der Stadt Hannover 18. Hannsches Urkundenbuch I, 488.

³ Bgl. D. v. Heinemann: „Geschichte von Braunschweig und Hannover“ II, 10.

⁴ R. Jancke, Urkundenbuch der Stadt Duedlinburg 40. Urkundenbuch der Stadt Hannover 26.

nach den Seeküsten drängende Handel, welchem die um diese Zeit einsetzenden Bestrebungen der Hanse so gewaltigen Vorschub leisteten, ein Zusammenhalten und gemeinsames Auftreten der norddeutschen Städte, also auch der sächsischen, nach sich ziehen; aber in der Beteiligung der sächsischen Städte an einem solchen Vorgehen von Allgemeininteresse die erste Spur eines sächsischen Städtevereins zu sehen,¹ liegt kein zwingender Grund vor. Solche Spuren reichen ja, wie oben erwähnt, einmal weiter zurück, außerdem aber ist, wie die Folge zeigt, das Gepräge der sächsischen Städtevereinigungen ein mehr heimisches, binnenländisch-landschaftliches.

Daß den sächsischen Städten das Bewußtsein eines eigenen geschlossenen Standes und einer dahin abzielenden Bündnispolitik damals noch durchaus fehlte, bekundet schon der Umstand, daß sie, wie es die augenblickliche Notlage und die nächsten Verhältnisse mit sich brachten, durch Bündnisse auch mit Fürsten und Rittern sich jeweilig zu sichern trachteten.

Ein solches Bündnis war das vom September 1272.² 35 Ritter und Knappen des Stiftes Hildesheim verpflichten sich, auf 5 Jahre die Städte Hildesheim, Goslar und Braunschweig zu schützen. Gegen wen sich das Bündnis richtet, ist nicht gesagt, auch sonst nicht zu ersehen; wahrscheinlich war es nur ein durch die allgemeine Unsicherheit bedingtes.³ Im Großen und Ganzen waren die sächsischen Städtevereinigungen des XIII. Jahrhunderts, wie schon oben gesagt, kleinere, durch Nachbarlage und gleiche Bedürfnisse der Teilnehmer bedingte Zusammenschlüsse einzelner Gruppen, die, vorläufig ohne innigen Zusammenhang unter einander, erst später zu einem Zusammenschmelzen gelangten. So schlossen die Städte des Herzogtums Braunschweig-Göttingen zu Anfang der neunziger Jahre, wahrscheinlich Ende 1292 oder Anfang 1293 einen Bund zu gemeinsamem Schutze.⁴

¹ Siehe H an s e l m a n n in „Hansische Geschichtsbibl.“ Jahrg. 1874, I, S. 28.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 339. Hansisches Urkundenbuch I, 711. — Ueber Echtheit und Datierung dieser Urkunde siehe „Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde 1870, S. 907.

³ Ob es den Bischof Otto von Hildesheim und seinen Bruder, Herzog Johann von Braunschweig und Lüneburg von Uebergriffen abhalten sollte, lasse ich dahingestellt; jedenfalls ist das Fernbleiben Hannovers, welches sonst mit diesen Städten in engster Fühlung steht, und die Verleihung eines Privilegs seitens Johanns an diese Stadt (Urkundenbuch der Stadt Hannover 38) kurz vor dem Abschlusse dieser Vereinigung auffällig.

⁴ Sudendorf I, 120, Urkunde von Göttingen, Northeim und Osterode für Münden. Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 48 und 49 von Duderstadt für Göttingen; 50 von Göttingen für Münden. Wolf: „Politische Geschichte des Eichsfeldes“ II, 37 von Northeim für Duderstadt. J. Jäger: Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 10 von Osterode für Duderstadt. Zur Zeit siehe „Origines Guelficae IV praef. 21.“

Göttingen, Northeim, Duderstadt, Münden und Osterode verbündeten sich zum Zwecke gemeinsamer Verfestung von Rechtsverletzungen und Friedensbrechern, zum Schutze gegen jede Vergewaltigung, namentlich seitens der Herzöge von Braunschweig oder ihrer Vögte. Die zeitliche Auseinanderfolge, wie überhaupt die Zeit des Abschlusses dieser, wahrscheinlich durch Austausch von Dokumenten hergestellten Verbindungen ist leider nicht genau festzustellen; höchstwahrscheinlich gingen aber die gemeinsamen Beschlüsse zwischen Duderstadt und Göttingen¹, Einbeck und Duderstadt,² Münden und Göttingen,³ Northeim und Göttingen, Osterode und Göttingen, Göttingen und Münden,⁴ Münden und Duderstadt über gemeinsame Verfestung Friedbrüchiger dem Verbände gegen Uebergriffe der Braunschweiger Herzöge unmittelbar voraus, oder letzterer ist als eine Erweiterung des allgemein gehaltenen Beschlusses anzusehen.

Die zwischen Göttingen und Münden ausgestellte Urkunde⁵ richtet sich, ohne ausdrücklich die Herzöge oder deren Vögte zu nennen, allgemein gegen Verunrechtung. Diese Urkunde, welche mit der um 1246 zwischen Northeim und Münden ausgestellten⁶ fast wörtlich übereinstimmt, bezeichnet zweifellos eine Wiederholung oder Erneuerung des damals auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Bündnisses und läßt annehmen, daß an jenem früheren Bündnisse schon mehrere Städte, vor allem auch Göttingen, beteiligt gewesen sind. Wie weit sich das Bündnis erstreckte, ob z. B. Lüneburg, welches auch um jene Zeit eine Einung zum Rechtsschutze mit Einbeck und Duderstadt schloß,⁷ diesem Bunde zuzurechnen ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Schutz gegen Uebergriffe des Landesherrn war also der Gipfelpunkt der Abmachungen. Herzog Albrecht war ein unruhiger Mann⁸ und hatte 1292 mit Herzog Otto dem Strengen von Braunschweig-Lüneburg einen Landeseinigungs- und Erbvertrag geschlossen,⁹ der durch die so gekaufte Fürstenmacht den Städten wohl gefährlich scheinen konnte. Otto der Strenge ist jedenfalls mitgemeint, wenn die Städte sich Schutz versprechen gegen „principes illustres duces in Bru-

¹ Urk.-Buch d. Stadt Göttingen I, 49.

² Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 10; hier ist als Zeit 1293, Februar 13., angegeben

³ Göttinger Stadtarchiv 122.

⁴ Göttinger Stadtarchiv 359.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 50.

⁶ Siehe S. 3.

⁷ Hanfsches Urkundenbuch I, 113, Anm. Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 11.

⁸ Detmar zu 1279 sagt von ihm und seinem Bruder Heinrich: „de twe . . . helden seldene vrede.“

⁹ Sudendorf III, Einl. XVII.

neswic“. Man traute eben den eigenen Landesherrn nicht mehr. Das scheint auch aus der zwischen Göttingen und Münden ausgestellten Urkunde hervorzuleuchten, in welcher zur Begründung des Bündnisses angegeben wird: „cum iuxta motum temporum possint et persepe soleant animi hominum permutari.“ Freilich, von einem kräftigen Frontmachen gegen die Landesherrn ist in der Urkunde nicht die Rede und konnte nach den ganzen Abhängigkeitsverhältnissen der Städte auch nicht die Rede sein; die Verbündeten versprechen einander nur passiven Widerstand gegen fürstliche Willkür und Gewaltthätigkeit, denen sie durch gemeinsame Bitten und Vorstellungen entgegenwirken wollen. „Precibus et laboribus“ wollen sie sich behülflich sein. Eine bestimmte Dauer des Bundes ist nicht festgesetzt.

Dieses Bündnis zeigt, wie sehr bei der damaligen Unsicherheit die Städte nur auf sich allein angewiesen, daß sie aber auch entschlossen waren, ihre eigene allmählich zum Ausdruck gelangende Selbständigkeit und die Befugnis, diese zu schützen, selbst den eigenen, für sie nicht sorgenden Landesfürsten gegenüber zu wahren und zu verteidigen, kurz, daß sie die Zeit für überwunden erklärten, wo sie Spielbälle der rechtswidrigen und gewaltthätigen Launen ihrer eigentlichen Herren waren. In solchen Bündnissen läßt sich schon das keimende Bewußtsein der Städte erkennen, daß sie fortan einen neben den Fürsten stehenden, deren Interessen nicht mehr ohne Weiteres teilenden und dienenden Stand bilden würden.

So zeigten sich schon kleinere landschaftliche Bündnisse sächsischer Städte mit der Tendenz des Schutzes heimischen Rechtes, bürgerlicher Freiheit und ungehemmten Handelsverkehrs. Daneben lief, namentlich für die größeren in den späteren Bündnissen vereinigten Städte Sachsens, ein größerer Zug zum Schutze des Handels nach Außen und das Bestreben, durch geschlossenes Auftreten demselben Bedeutung und Ansehen zu verleihen, kurz, die Bestrebungen der Hanse.¹ Sie zeigen, daß die sächsischen Städte sehr wohl die Bedeutung dieses Faktors in ihrem äußeren politischen Leben zu schätzen wußten. Ende des Jahres 1294 und im Jahre 1295 beschloßen u. a. Magdeburg, Braunschweig, Halle, Goslar, Hildesheim, Hannover und Lüneburg, daß von dem Handelshofe zu Nowgorod nur nach Lübeck appelliert werden dürfe.² Die nur um einige Monate differierenden Daten³ der

¹ E. D. Schäfer: „Die deutschen Hansestädte und König Waldemar von Dänemark.“ 46 ff.

² Hanserezepte I, 68.

³ Magdeburg 22. Nov. 1294, Braunschweig 6. Dezember 1294, Halle 8. Dezember 1294, Goslar 20. Jan. 1295, Hildesheim 21. Oktober 1295, Hannover 22. Oktober 1295, Lüneburg 25. Oktober 1295.

Zustimmungsurkunden der einzelnen Städte lassen mit Sicherheit annehmen, daß dieser Maßnahme ein durch gemeinsame Beratung veranlaßter Beschluß der sächsischen Städte zugrunde liegt.

Während so die Städte nach Außen lediglich im Interesse ihres Handels gemeinsame Maßnahmen trafen, suchten einzelne von ihnen in engeren Verbänden auch im Innern ein gegenseitiges Gedeihen förderndes Verhältnis untereinander herzustellen, namentlich Rechtsstandpunkte in Bezug auf den Handel durch Verträge festzusetzen. Ein gutes Beispiel dafür bietet der am 9. Oktober 1298 zwischen Hildesheim und Hannover auf unbestimmte Zeit abgeschlossene Vertrag.¹ Dieser betrifft die Regelung der Schuldverhältnisse zwischen den Bürgern beider Städte. Schuldbekennnisse sind bindend; dem Kläger in Schuldsachen wird nach dem Rechte der Stadt, in welcher geklagt ist, Recht widerfahren; Beschlagnahme von Gütern wegen Beschwerde eines Bürgers durch einen herrschaftlichen Vogt soll nicht geduldet, sondern in diesem Falle gemeinsam für einander eingetreten werden.

Dieser Vertrag enthält die beiden Richtungen, welche die sächsischen Städte damals vorwiegend vertraten: einmal das Bestreben, das Recht der andern Stadt als bindend anzuerkennen oder doch demselben das eigene möglichst zu affommobieren, dann aber auch den Entschluß, sich ungerechten Ein- und Uebergriffen der Landesherren oder ihrer Vertreter durch gemeinsamen Widerstand zu widersetzen und sie abzuwehren. Der Erfolg solcher Zusammenkünfte war freilich vorderhand bei dem Mangel einer allgemeineren Beteiligung ein sehr geringer, aber der Anfang zu Größerem war doch gemacht.

Es ist merkwürdig, daß alle sächsischen Städte, trotzdem doch hier und da die ersten Schritte dazu gethan waren, sich in den ersten Jahren des XIV. Jahrhunderts nicht zu etwas festeren Verbänden zusammenthaten. Wo es geschah, da waren es einzelne Vereinigungen, vornehmlich zum Schutze des Handelsverkehrs und seiner Wege, ohne feste Organisation, und zwar meist zwischen nieder-sächsischen, mehr auf das Meer hingewiesenen Städten mehr hanfischen Charakters. Solche Vereinigungen wurden geschlossen: zwischen Bremen und Hannover am 9. Juni 1301, betreffs der von Bürgern beider Städte kontrahierten Schulden,² zwischen Lübeck und Hamburg, 29. November 1304,³ behufs Münzregulierung und Schutzes der Handelsstraßen auf 3 Jahre,

¹ Hanfisches Urkundenbuch I, 1291. Urkundenbuch d. Stadt Hannover 70.

² Urkundenbuch der Stadt Hannover 79 und 80.

³ Hanfisches Urkundenbuch II, 62.

zu denselben, ja gegen Landstraßenräuber aggressiven Zwecken, und der am 15. Juni 1309¹ auf 1 Jahr zwischen Stade und Hamburg, ebenfalls zur Erhaltung des Friedens und zum Schutze des Kaufmannes beider Städte, selbst bei Fehden ihrer Landesherren gültige vereinbarte Vertrag. Diese Einungen zeigen, wie wenig die Städte mit den neuen, 1303 von König Albrecht verfügten, Reichsfriedensbestimmungen zufrieden waren und wie wenig sie sich an dieselben kehrten. Bei allem Guten, was der Reichsfrieden für die Allgemeinheit brachte, hatte er doch einzelne für die Städte sehr ungünstige Punkte, vor allem das verschärfte Verbot der Pfahlbürger und aller Vereinigungen, da sie dem zwischen diesen beiden Städten, 24. Juni 1306,² auf 10 Jahre Reiche und den Herren der Städte schädlich seien.³ An einem festeren Zusammenhalten hinderten einzelne der sächsischen Städte auch die in ihnen ausbrechenden inneren Unruhen, die demokratischen Bewegungen der Zünfte gegen die den Rat besetzenden Geschlechter. Im Jahre 1292 brachen, unterstützt durch Herzog Heinrich den Wunderlichen, in Braunschweig heftige Revolten aus, die erst 1294 nach blutigen Kämpfen gedämpft wurden, nachdem die Stadt auf Anstiften Herzog Albrechts von den Hansestädten in die Kaufmannsacht gethan worden war.⁴ Diese Verhansung Braunschweigs läßt erkennen, wie das lange, wenn auch noch lockere Band der Hanse die sächsischen Städte umschloß und sie mit seinen gleichen Interessen einander zu nähern vermochte. Um dieselbe Zeit fanden Zunftbewegungen in Magdeburg statt⁵ und nahmen die Kräfte auch dieser Stadt für sich in Anspruch.

Mehrere Jahre hindurch ist, soweit urkundlich nachweisbar, kein weiteres Bündnis zwischen sächsischen Städten zum Abschluß gelangt. Die meisten Städte hatten teils innere Unruhen und Prozesse gegen Uebergriffe geistlicher Gerichtsbarkeit durchzumachen und verwandten auf deren Erledigung ihre ganze Aufmerksamkeit und Kraft,⁶ andernteils aber wurden ihnen auch von ihren Landes-

¹ Hanfisches Urkundenbuch II, 89.

² Hanfisches Urkundenbuch II, 148.

³ Mon. Germ. L. L. II, 882 ff. — Es heißt im Artikel 38: „das kain stat kain satzung mach oder mit kainen sachen die dem reich schedlich sein in kainem seinem rechten oder iren herren des die stat ist.“ —

⁴ Siehe D. v. Heinemann: „Geschichte von Braunschweig und Hannover“ II, 47 ff.

⁵ F. W. Barthold: „Geschichte der deutschen Städte und des deutschen Bürgertums“ III, 135.

⁶ Siehe: Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 545, 615, 622, 625, 628. Urkundenbuch d. Stadt Halberstadt I, 330. Urkundenbuch d. Stadt Duderstadt 14. Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 86. Stadtchronik von Magdeburg I, 332 ff.

herren zahlreiche Vergünstigungen zuteil, welche ihrem Eigennutz und ihrer Kirchturmpolitik häufig völlig genügten.¹ Die Städte rangen wohl in dieser Zeit im Einzelnen um immer größere Selbstständigkeit, aber, sobald man diesem ihrem Streben in irgend befriedigender Weise entgegenkam, vergaßen sie mit ihren Erfolgen große und weitgehende Ziele gemeinsamen Standesaufstretens.²

Bald aber trat Magdeburg mit den südsächsischen Städten in die bündnerischen Bestrebungen als eine neue Gruppe ein.

Am 16. November 1315 verbündete es sich mit Halberstadt zu gegenseitigem Schutze in weitgehender Weise mit ausführlichen Bestimmungen „durch gemeynes nutte unde bestendichkeit willen to navolgenden iaren unde tyden“.³ Die Städte wollten sich vor jedem Schaden warnen und bewahren; Jeyden der einen soll die andere, außer gegen das Reich, mit aller Kraft in Recht und Güte zu schlichten trachten. Wird eine der Verbündeten von Jemanden, dem sie es von Rechtswegen nicht zu verweigern vermag, zur Hülfe gegen ihre Verbündete gerufen, so soll sie dieser doch ein halbes Jahr die Vereinigung halten; gerät eine der Verbündeten mit ihrem Herrn oder sonst jemandem, dem sie zur Beilegung des Streites von Rechtswegen nicht verpflichtet ist, in Jeyde und wird verunrechtet, so soll die andere auf Mitteilung davon mit Bitten und Vorstellungen die Sache beizulegen sich bemühen, ist dies aber nutzlos, binnen 4 Wochen auch andere Städte in der Nähe durch Bot:n zum Einschreiten zu bewegen suchen, daß Recht geschehe. Dies soll auch besonders der Fall sein, wenn die Verbündeten von nicht zuständigen Richtern gegen ihre Freiheiten, Privilegien und Gewohnheiten geladen werden. Außerdem soll eine Stadt in der anderen freies Kauf- und Verkaufsrecht und auf Ersuchen der anderen freies Geleit dazu haben. Auch will die eine Stadt Feinde der Verbündeten wissentlich nicht haufen, noch ihnen irgend förderlich sein, auch den Bürgern der Bundesgenossen geraubtes oder gestohlenes Gut auf Mitteilung aufhalten, „utgenomen wat in feyden geschege, off dy twisschen orer unde unser stad to queme, dar got twisschen sy“. Vor ihren Feinden haben die Verbündeten gegenseitig Schutz und Zuflucht in der andern Stadt und deren Schlössern, auch von dort freies Geleit, „utgenomen . . .“⁴

¹ Siehe Lindner: Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern I, 74.

² Vgl. Barthold: Gesch. der deutschen Städte und des deutschen Bürgertums III, 203.

³ Urk.-Buch d. Stadt Halberstadt 357.

⁴ Wie vorher.

Schuldsforderungen einzelner Bürger an einander sollen nach Magdeburger Recht erledigt, Vertriebene der einen Stadt in der anderen nicht geduldet werden. Streit und Zwist zwischen den Verbündeten wird nach Freundschaft und Recht durch ein von Ratmannen und Innungsmeistern von Magdeburg, Halberstadt und Halle gebildetes Schiedsgericht geschlichtet werden. Auslauf und Empörung in einer Stadt soll von der anderen sofort mit allen Kräften zu dämpfen und nach Recht zu beschwichtigen sein.

Dieses Bündnis, für dessen Dauer keine bestimmte Zeit angegeben ist, zeigt, wie vielerlei Punkte es gab, welche zwischen den Städten zu regeln man für nötig hielt. Der Handel und sein Schutz waren noch ganz ungeordnet, Rechtsansprüche schwer zu verfolgen, gegen mutwillige Fehden und Beeinträchtigungen seitens unzuständiger Richter gab es keinen Schutz. In allen diesen Punkten eine Besserung herbeizuführen bezweckte das Bündnis. Gemeinsames Zusammenhalten gegen äußere Angriffe und kräftige Unterstützung gegen inneren Aufruhr, Förderung des Verkehrs in jeder Weise sicherte man sich zu. —

Bemerkenswert ist bei diesem Bunde die Erwähnung „anderer“ Städte in der Nähe und Halles im besonderen. Der Umstand, daß andere benachbarte Städte zur Beilegung von Fehden herangezogen werden und daß sich die Ratmannen der Stadt Halle im Schiedsgericht befinden sollen, läßt darauf schließen, daß dieses Bündnis der Ausdruck eines in jener Gegend allgemein gefühlten Bedürfnisses, eines gemeinsamen Interessengefühles und einer Begünstigung durch jene Städte war.

Aber so viel mit solchem Uebereinkommen für die Beteiligten auch gewonnen war, so viele Schwächen weist es doch andererseits auf. Die Mitwirkung jener Städte ist doch nur eine erhoffte und von ihrem guten Willen abhängige, die gestattete Hülfeverweigerung gegen gewisse Mächte ein Mangel, und vollends die zweimal ausdrücklich erwähnte Möglichkeit einer Feindschaft zwischen beiden Städten und die in diesem Falle eintretende Ungültigkeit des Bündnisses geradezu eine Gefahr für die Einung. Dadurch wurde ihr der Kern ihrer Kraft genommen.

Die zahlreichen kleineren Fürsten- und Herrenbündnisse, Erb- und Schutzeinungen im ersten Viertel des XIV. Jahrhunderts sind, wie sie nur den augenblicklichen kleinpolitischen Constellationen angemessen ohne große Bedeutung geschlossen sind, auch ohne solche auf den allgemeinen Entwicklungsgang der sächsischen Städtebündnisse, welche einer tiefgehenden, allmählich sich vollziehenden politischen Umwälzung folgend in immer größerem Umfange und größerer Häufigkeit von nun an abgeschlossen wurden. Der Gegensatz zwischen den Landesherren der Städte und diesen,

welcher anfangs nur ſchüchtern in einzelnen Streitigkeiten und Zuſammenschlüſſen zu Tage getreten war, machte ſich beiderſeits immer fühlbarer. Die Städte machten ſich einerſeits die häufigen Geldverlegenheiten ihrer Herren durch Erwerbung wichtiger Rechte zu Nutzen,¹ andererseits aber verſicherten ſie ſich ihres beſonderen Schutzes durch Abſchlüſſe von Conventionen, welche ſie auch häufig ſogar mit benachbarten Fürſten, die nicht ihre Herren waren, eingingen.² Während ſo die Politik der Städte im erſten Viertel des Jahrhunderts gewiß nicht eine einheitliche und zielbewußte, ſondern eine durch kleinliche innere Verhältniſſe bedingte, höchſt ſchwankende genannt werden muß, boten ſich doch einzelne Anläſſe, welche wenigſtens ein teilweiſes Zuſammengehen derſelben herbeiführten.

Im Jahre 1324, am 5. Februar, ſchloſſen Magdeburg und Halle ein Bündniß³ zu gegenseitigem Schutze und Vorgehen gegen den Magdeburger Erzbischof Burchard III. Kurz darauf trat auch die Stadt Halbe⁴ und am 17. März Graf Burchard von Mansfeld⁵ dem Bunde bei; im Laufe des nächſten Jahres, am 16. Juli 1325,⁶ erweiterte ſich das Bündniß durch den Anſchluß der Städte Neuhaldeſleben und Burg, ferner der Grafen von Wernigerode, Barby, Querfurt, der Herren von Hohnſtein, Hacheborn, Regenſtein und des Herzogs Otto von Braunschweig. Der Bund trug lediglich das Gepräge einer ſtiftiſchen Fronde und war gegen die maßloſen Bedrückungen und Rechtsverletzungen ſeitens des treuloſen und habgierigen Erzbischofs Burchard gerichtet, der die Städte namentlich durch ungerechte Zollerhebungen geſchädigt und gereizt hatte und ſie ſo veranlaßte, auch Fürſten und Herren des beſſeren Schutzes halber zum Beitritt zu bewegen.

Der Bund wurde geſchloſſen auf „ewichliken“ und zwar „durch ſwernisse und not, die ſie unde wie geleden hebben unde noch liden“. Jede Stadt ſoll der anderen gegen jede Verunrechtung und Gewalt mit aller Kraft Hülfe leiſten, und zwar binnen 4 Wochen auf dem Rechtswege, dann aber mit Waffengewalt. Iſt eine Sache gegen geiſtliches Haupt

¹ Siehe Urkundenbuch der Stadt Hannover 143.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I 726; Urkundenbuch der Stadt Duderſtadt 21 und 30.

³ Stadtchronik Magdeburg I, 342 ff. v. Dreyhaupt: Beſchreibung des Saal-Kreyſes I, 55.

⁴ Stadtchronik Magdeburg I, 343; Mon. Germ. S. S. X, 196.

⁵ Stadtchronik Magdeburg I, 343; vgl. F. A. Wolter: „Geſchichte der Stadt Magdeburg“ 55.

⁶ v. Dreyhaupt: „Beſchreibung des Saal-Kreyſes“ I, 27. Vgl. Sanderſdorf II, Einl. XII.

oder Gericht zu führen, zählt Magdeburg als Beitrag zu den Kosten 10, Halle 5 Mark, gegen weltliche Herren will Magdeburg 30, Halle 15 Bewaffnete halten, welche Leistungen im Notfalle zu erhöhen sind. Gewinn und Verlust soll nach Mannzahl geteilt werden. Die Bedingungen unter denen Kalbe, Neuhaßensleben und Burg teilnehmen, sind nicht festgesetzt; Burchard von Mansfeld verpflichtet sich, bei sonst gleichen Bedingungen, 20 Bewaffnete zu stellen; die Mannzahl der übrigen Teilnehmer ist nicht angegeben. Die Städte befanden sich durch Burchard in Bann und Interdikt und versuchten durch festes, gemeinsames Auftreten ihren Bedrucker zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Damit das Bündnis nicht an Festigkeit verliere, wurde bestimmt, daß die abtretenden Ratmannen und Innungsmeister ihr Amt nicht eher niederlegen dürften, als bis die neugewählten dieses Bündnis beschworen hätten. Diese Bestimmung und der Abschluß auf ewichliken zeigt, daß man entschlossen war, um jeden Preis den Kampf mit dem Erzbischof zu einem für die Städte befriedigenden Ende zu führen. Es wollte schon etwas heißen und ist bezeichnend für die durch große Not geborene Entschlossenheit der Städte, daß sie, mit Bann und Interdikt belegt, allen Gefahren trotzend ihrem Herrn ein solches Paroli boten. Sie hielten fest zusammen; Burchard wurde 1325 in Magdeburg ermordet, über die verbündete Städte deshalb von Neuem Interdikt und Reichsacht verhängt, und wenn sie unter diesen Zuständen auch furchtbar litten und erst 1331 wieder in vollen Ehren dastanden,¹ so hatten sie doch gezeigt, wie tief schon in ihnen der Gedanke, durch gemeinsames Auftreten etwas zu erreichen, gewurzelt war.

Während um diese Zeit bei der allgemeinen Unsicherheit in allen Gegenden des alten Sachsenlandes Fürsten und Herren untereinander, oder mit Städten, oder letztere mit anderen Städten zur Befriedung und Sicherheit des Landes und der Straßen Sonderbündnisse und Einungen schlossen,² traten zum ersten Male zu einem Bündnisse die südlichsten sächsischen Städte zusammen, welche später mit ihren nächsten nördlichen Nachbarn zu einer Gruppe zusammenwuchsen und als Glieder dieser Gruppe

¹ Stadtchronik Magdeburg I, 367.

² Hanßisches Urkundenbuch II, 430: 1325, 6. Mai, Landfriedenseinung zwischen unterer Elbe und Weser unter Beteiligung der Städte Bremen und Stade; II, 461: 1327, 5. April, eine solche zwischen Lübeck, Hamburg und den Grafen von Holstein und Schleswig; II, 385: 1321, 21. Dezember, zwischen den Städten Stendal, Salzwedel, Gardelegen, Tangermünde, Osterburg, Seehausen, Werben. Im Jahre 1323 Verbindungen zwischen den anhaltischen Städten Dessau, Köthen und Zerbst. D. v. Heinemann, Codex diplomaticus Anhaltinus III, 448, 451, 461. Eubendorf I, 365, 397, 401, 408.

eine Zeit lang neben den Städteeinungen der braunschweigischen Länder figurieren, bis endlich die politischen Verhältnisse beide Gruppen zusammenschmolzen zu dem großen sächsischen Städtebunde, der in seiner weiteren Entwicklung territorialgeschichtlich von nicht geringer Bedeutung wurde.

Am 14. April 1326 schlossen die Städte Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben ein Bündnis¹ auf ewige Zeiten zur gemeinsamen Abwehr alles Unrechtes und zu gegenseitigem Schutze. Die Städte versprechen sich in gegenseitig ausgestellten ganz gleich lautenden Urkunden „ewichliken bi en to blivende to al iren noden“. Werden die Bürger einer Verbündeten verunrechtet, so werden die der anderen auf Benachrichtigung Recht für jene bieten binnen 14 Tagen. Vermögen sie dadurch nichts zu erreichen, so werden sie ihr „to hulpe sin mit alle deme dat we vormoghen up use kost unde use aventure“. Die Urkunde ist sehr kurz gehalten und aus ihr nicht zu ersehen, ob bei Befehlungen Waffenhülfe geleistet werden soll. Letzteres ist aber wahrscheinlich, weil in dem „to hulpe sin“ im Falle des vergeblichen Verwendens für den Geschädigten auf dem Rechtswege doch ein Vorgehen durch eigene Gewalt und Macht ausgedrückt ist und das „aventure“ auch auf Waffenhülfe hinweist. Gegen einen bestimmten Machthaber richtet sich dieses Bündnis nicht, es ist eben ein Schutzabkommen allgemeiner Art gegen jede Beeinträchtigung, freilich von so geringer Präzision in der Festsetzung von Einzelbestimmungen, daß es, obwohl auf „ewig“ abgeschlossen, doch seine Schwäche darin zeigte, daß es kurz darauf schon einer Erneuerung bedürftig schien.²

Schon zwei Jahre später wurde dieß Bündnis durch nähere Bestimmungen gekräftigt. Am 2. Mai 1328³ verpflichteten sich die Städte ausdrücklich für den Fall eines Krieges zu gegenseitiger Hilfeleistung. Halberstadt will 10 schwergerüstete und ebenso viele leichtgerüstete Reifige stellen, Quedlinburg 10 schwere und 5 leichte, Aschersleben 5 schwere und 10 leichte. Wenn diese Bewaffneten, über welche im Falle der Not ein gemeinsamer, berittener Hauptmann gesetzt werden soll, aufgeboten und „von

¹ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 101: Urkunde für Halberstadt und Quedlinburg und für Aschersleben und Quedlinburg. Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 419 und 420, Urkunde für Halberstadt und Aschersleben, ebenso Sächsches Urkundenbuch II, 438.

² Halberstadt war ohne Zweifel, wie später, die treibende Kraft zu und in dem Bunde; es war quasi der Vorort der beiden anderen Verbündeten, die deshalb auch mit ihr vielfach „de Halverstedeschen stede“ genannt wurden, z. B. Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 471, 472 u. 473; Urkundenbuch d. Stadt Quedlinburg 160.

³ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 109.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

user aller wegen“ geladen werden, und befinden sie sich außerhalb der Städte im Felde, dann tragen die Städte Schaden und Gewinn gemeinsam; weissen Truppen aber nicht aufgeboten sind, der soll weder Anteil am Gewinn noch am Verlust haben.

Auch dieses Bündnis hat noch offenkundige Mängel. Zum ersten Male setzen zwar die Städte ein von jeder im Kriegsfall zu stellendes Kontingent fest, aber von wie großem Vorteil es auch war, daß eine bestimmte Mannzahl von jeder Stadt zu stellen und diese einem einheitlichen Kommando untergeben war, so mußte doch die Möglichkeit, daß die eine oder andere Stadt nicht zur Hülfe herangezogen, d. h. ihre Mannschaft nicht aufgeboten wurde, häufig Mißheiligkeiten unter den Verbündeten und Schwächung des Bundes herbeiführen. Vorderhand aber genügte ein solcher Zusammenschluß den Städten zur Abwehr äußerer Bedrängnisse.

2. Die umfassenderen Städtebündnisse bis zur Ausbreitung des westfälischen Friedens östlich der Weser.

In der ersten Hälfte der dreißiger Jahre war die politische Konstellation in dem Verhältnis der sächsischen Städte zu einander eine so verwirrte, wie es nur möglich war, ihre in dieser Zeit herbeigeführten Bündnisse und Vereinbarungen durch dieselbe bedingt.

Während in Magdeburg 1330 die demokratischen Bewegungen der Gewerke und Zünfte gegen die Ratsgeschlechter zu offenem Aufstande und heilloser innerer Verwirrung und damit zur Schwächung der städtischen Gewalt gegenüber dem Erzbischofe führten,¹ während die Braunschweiger und Lüneburger Herzöge ihren Städten im allgemeinen den Frieden zu wahren suchten² und ihnen sogar offene Beweise ihrer Gunst gaben,³ hielten es einzelne von diesen dennoch im eigenen Interesse für geraten, in Zusammenschlüssen und Bündnissen unter einander eine bessere Gewähr für ihre Freiheiten und ihren Schutz zu gewinnen. Hatten schon 1331, 29. August, Göttingen und Einbeck durch einen Vertrag,⁴ betreffend das Verfahren bei

¹ Stadtchronik Magdeburg I, 361 ff. Vgl. Wolter: „Gesch. d. Stadt Magdeburg 59 ff.“

² Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim I, 841. Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 140. — Chronicon Hildesheimense ad. annum 1331 nennt die Herzöge Otto v. Braunschweig und Otto von Lüneburg „paci et iusticie filii“. M. G. SS. VII 869.

³ Urkundenbuch der Stadt Hannover 170, 186; Sudendorf I, 506 und 566.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 123.

Schuldverhältnissen ihrer Bürger eine neue Annäherung gezeigt, hielt es Göttingen sogar für angebracht, fremde Fürsten, die Landgrafen Heinrich, Ludwig und Hermann von Hessen auf drei Jahre als seine Schutzherren anzunehmen,¹ so führte die heftige und langbauernde Fehde um den Hildesheimer Bischofsstuhl einen ziemlich ausgedehnten und festeren Bund der sächsischen Städte herbei.

Am 15. Juni 1335 schlossen Goslar, Braunschweig, Halberstadt, Quedlinburg und Wschersleben ein auf 3 Jahre gültiges Bündnis.² Die dasselbe veranlassenden Verhältnisse in den sächsischen Landen waren unerfreulicher Natur.³ Der Hildesheimer Bischofsstuhl war mit dem Hinscheiden Ottos von Woldenberg ledig geworden. Zwei Bewerber traten auf, Erich aus dem sächsischen und Heinrich aus dem braunschweigischen Herzogsgeschlechte. Ersterer erhielt die päpstliche Bestätigung, Heinrich aber vermochte es, kräftig von seinen Verwandten unterstützt, den Sitz zu behaupten. Der heftig entbrennende Streit nahm sowohl die ganze Kraft der braunschweigischen und lüneburgischen Herzöge, als auch den lebhaftesten Theil der in diese Fehde notwendigerweise hineingezogenen sächsischen Städte in Anspruch. Schon einige Jahre vorher, noch unter Bischof Otto, hatte ein engerer Zusammenschluß der sächsischen Städte stattgefunden. Braunschweig, Goslar, Hildesheim und Halberstadt verbanden sich mit einigen weltlichen und geistlichen Herren zur Befriedung von Kirchen und Kirchhöfen.⁴ Trug diese Vereinigung auch mehr landfriedensartiges Gepräge und hatte sie nicht lediglich Städte als Mitglieder, so war sie doch wiederum ein neues Glied in der Kette, welche die Bedrängung der Städte ebensowohl wie ihr Eigennutz als Impulse allmählich schmiedeten. Namentlich Hildesheim trat bei den Einigungsbestrebungen keineswegs zurück. Die Lage der Stadt war eine sehr schwierige, und die Schwankungen ihrer Politik in dem Bischofsstreite sehr erklärlich. Sie hielt sich in der ersten Zeit zu Erich, der ihr auch Vergünstigungen zusicherte.⁵ Aber es gab in der Stadt

¹ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 133; erneuert auf 3 Jahre 1337, 28. Oktober. Göttinger Stadtarchiv 30.

² Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 123; L. F. Höfer: Auswahl der ältesten Urkunden deutscher Sprache 183; vgl. Böhm: Regesta Ludovici 1333 und Hanßisches Urkundenbuch II, 535, Anm.

³ Sie waren für den Entwicklungsgang der sächsischen Städtebündnisse überhaupt von solchem Werte, daß sie einer kurzen Schilderung bedürftig erscheinen.

⁴ Hanßisches Urkundenbuch II, 535, Anm.; Böhm: „Regesta Ludovici 1333“.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 851.

auch eine braunschweigische Partei, und dem Betreiben dieser, sowie der drohenden Macht der Herzöge ist es wohl zuzuschreiben, wenn der Rat sich alsbald in Verhandlungen mit Bischof Heinrich einließ. In diesen spielten die befreundeten Städte Goslar und Braunschweig eine wichtige Vermittlerrolle, deren Einfluß auf Hilbesheims Haltung nicht zu verkennen ist. Schon 1332 hatte sich Heinrich bei dem Räte von Hannover über die ablehnende Haltung Hilbesheims beklagt¹ und dessen Vermittelung nachgesucht und 1333, März 14, bevollmächtigte er die Räte von Goslar und Braunschweig zu Friedensverhandlungen mit der Stadt,² welche bald darauf³ zu einem Vergleiche zwischen Heinrich und Hilbesheim führten, der sogenannten „sona damnonis“. In dieser gewann die Stadt große Vorteile. Aber schon einige Monate später hatte der Bischof neue Veranlassung, das vermittelnde Einschreiten der beiden Städte zu erbitten. Ihr schiedsrichterlicher Entscheid fiel nicht gerade zu Gunsten Hilbesheims aus.⁴ Es ist nicht sicher, ob die vermittelnden Städte auch von Hilbesheim um ihr Einschreiten gebeten worden sind, jedenfalls erhellt aus der Thatsache, daß es gerade einige von denjenigen Städten waren, welche kurz darauf durch ein Bündnis ihre Geschlossenheit zu Tage treten ließen, und daß Hilbesheim diese Vermittelung gern annahm, daß die Stadt in den Vermittelnden freundlich gestimmte Mächte sah, und daß ein Gefühl der Gemeinsamkeit lebendig war, welches späteren Einigungen den Boden ebnete, oder gar schon den Keim zu ihnen in sich trug. Dieses Gefühl, verstärkt durch die durch Fortdauer der Bischofsfehde geschaffene Unsicherheit, realisierte sich denn auch in dem Bündnisse vom 15. Juni 1335.⁵ Goslar, Braunschweig, Halberstadt, Quedlinburg und Alfersleben thun kund, daß sie sich „dorch frede und fromen des landes“ verbunden haben. Verunrechtet Jemand eine verbündete Stadt durch Raub, Mord, Brand, Verwundung oder Gefangennehmung und verweigert er, durch die anderen davon benachrichtigten Städte zur Genugthuung binnen vier Wochen veranlaßt, dieselbe, so soll er in dem ganzen Gebiete derselben verfestet sein. Ausgenommen von der Befestigung sind die fürstlichen Landesherren. Bei diesen soll jede Stadt für die andere mit guten Treuen um Recht bitten. Friedebrecher sollen aufgehalten und ergriffen werden, wo man ihrer habhaft

¹ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim I, 853; vgl. „Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1870, S. 8.“

² Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim I, 856.

³ Am 26. März; Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim I, 858.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim I, 871; Sudendorf I 575.

⁵ Siehe S. 18.

wird; dann soll man es die geschädigte Stadt wissen lassen, diese dann die Kläger mit der Stadt Briefen senden, und ihnen soll Recht werden. Zu Verhandlungen des Friedebrechers mit der geschädigten Stadt soll man ihn freilassen und dies den übrigen Städten mitteilen. Ein während der Dauer des Bündnisses Verfesteter soll auch nach Ablauf desselben von den Mitgliedern des Bundes als solcher bis zur Sühneleistung behandelt werden. Zu diesem Zwecke sollen die Namen der Verfesteten allen Verbündeten verkündigt werden. Totschlag und Verwundung seitens eines Bürgers soll in der Stadt, wo die That geschieht, Verfestung nach sich ziehen, in den anderen Städten soll er Rechts genießen, will er aber nicht Buße leisten, so erstreckt sich die Verfestung auch auf die übrigen Städte. Verunrechtung einer Stadt durch einen Fürsten oder Herrn sollen die übrigen Städte durch sofortige energische Fürbitte rückgängig zu machen suchen, vermögen sie es nicht, so sollen sie dem Uebelthäter weder mit Speise, Futter, noch Bewaffneten, überhaupt in keiner Weise behülflich sein, woraus für die verunrechtete Stadt Schaden erwachsen könnte, so lange, bis der Stadt ihr Recht widerfahren wird. Bei Fehden zwischen den Fürsten und Herren der Verbündeten darf jede Stadt ihrem Herrn unter dem Banner desselben helfen, unbeschadet dem Bunde. Während solcher Fehden soll jeder Bürger einer verbündeten Stadt in allen Bundesstädten seines Leibes und Gutes sicher sein. Einzelsühne einer Stadt mit einem Gegner, ohne Einschluß der übrigen, ist verboten. —

Man ersieht aus der ganzen Haltung der Urkunde in ihren Einzelbestimmungen, daß das Bündnis lediglich ein solches des Schutzes gegen Rechts- und Friedensverlezer sein sollte, welches von Waffengewalt noch abstand und sich mit Entziehung jeglicher Unterstützung der Schädiger begnügte.

Gegen gewöhnliche Friedensstörer mochte es wohl ausreichen, nicht aber gegen die Willkür der fehdelustigen Fürsten, die ja sogar von dem passiven Schutzmittel, der Verfestung, ausgeschlossen waren. Die Erlaubnis für die einzelnen Städte unter dem Banner ihres Herrn für dessen Interessen zu kämpfen ist wohl die schwächste Seite des Bundes, dessen dreijährige Dauer auch nur geringe Sicherheit bot. Es mag die Hildesheimer Bischofsfehde mit ihren Wirren den Städten den Gedanken an einen festeren Zusammenschluß nahegelegt haben, die direkte Veranlassung zu dem Abschlusse des Bündnisses ist sie nicht gewesen. Dafür zeugt schon die Teilnahme der freien Reichsstadt Goslar, die doch gewiß wenig Interesse sowohl für die sächsische als braunschweigische Partei haben konnte. Die „Halberstädtischen Städte“, welche ja miteinander schon verbündet waren, hatten es wohl für sicherer

gehalten, nach befriedigenden Verhandlungen mit Goslar und Braunschweig diesen größeren und besser organisierten Bund zu schließen. Wichtig für die Ausdehnung der späteren sächsischen Städtebündnisse war dieser Bund in sofern, als er zum ersten Male eine örtlich ausgebehntere Vereinigung sächsischer Städte aufwies, also in groben Zügen den äußeren Rahmen zeichnete, in welchem sich die späteren Bündnisse bewegten. Wie wenig aber auch dieser Bund einzelnen Mitgliedern selber genügte, erhellt zur Genüge aus der am 28. Mai 1336 vom Quedlinburger Rat bei dem Rat zu Goslar über Gewaltthätigkeiten der Grafen von Regenstein vorgebrachten Klage,¹ auf welche hin der Goslarer Rat nicht eingriff, und aus dem Umstande, daß am 10. September desselben Jahres die Städte Halberstadt, Quedlinburg und Wismar-leben ein besonderes Bündnis mit den Grafen von Hohnstein und Wernigerode gegen die sie bedrängenden Grafen von Regenstein schlossen,² laut dessen jene den Städten mit 25 Bewaffneten zu Hülfe sein, Gewinn und Verlust mit ihnen nach Mannzahl teilen, ihnen auch sonst zu Recht beholfen sein wollen bis zur Beendigung der Fehde und noch ein Jahr darüber.

Während der Hildesheimer Bischofsstreit immer mehr an Verwickelung und Heftigkeit zunahm, fand in einem anderen engeren Gebiet des Sachsenlandes eine städtische Einigung eine urkundliche Erneuerung oder Ergänzung. Am 17. Oktober 1336 gingen Göttingen, Northeim und Münden ein Schutzbündnis gegen Verunrechtung seitens der Herzöge von Braunschweig,³ ein.

Widerfährt einer Verbündeten ohne ihr Verschulden, was sie beeidigen muß, Unrecht oder Gewaltthat von den Herzögen, deren Vassallen oder Unterthanen, so wollen die Städte zuerst durch Bitten, Vorstellungen und Ermahnungen, und wenn diese furchtlos, mit allen Kräften und Gewalt dahin wirken, daß der geschädigten Stadt ihr Recht wird.

Es ist dies Bündnis anscheinend weiter nichts als eine Bestätigung oder Erneuerung des um 1292 zwischen diesen Städten abgeschlossenen.⁴ Das Fehlen von Duderstadt erklärt sich aus dessen 1334 erfolgter Verpfändung an den Stiftsverweser Balbwin von Mainz, die Bestätigung aller seiner Privilegien durch jenen⁵

¹ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 217.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim I, 883, 886. Sudendorf I, 588.

³ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 139: Urkunde von Northeim für Göttingen. Sudendorf I, 600: Urkunden von Göttingen und Northeim für Münden. Gleichlautendes Schreiben von Münden für Göttingen im Göttinger Stadtarchiv 86.

⁴ Siehe S. 8.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 48.

und das Ueberlassen von Münze und Wechsel auf 3 Jahre an die Stadt durch die Herzöge Heinrich und Wilhelm von Braunschweig.¹

Das Bündnis ist ein neuer Beweis dafür, wie bei aller allmählich aufdämmernden Einsicht der sächsischen Städte, daß nur einiges Auftreten sie zu den Zielen ihrer Bestrebungen führen könne, doch die einzelnen Gruppen derselben ihre nächstliegenden Schutzbedürfnisse egoistisch zu befriedigen suchten, und wie verschieden sie je nach ihrer Bedeutung oder ihren Verhältnissen zu den Landesfürsten waren. Die Doppelrolle der sächsischen Städte, im Innern eine bedeutungsvolle Entwicklung durchmachen zu müssen und gleichzeitig nach Außen hin mit ihren städtischen Nachbarn Fühlung und Schutz gegen die trotz aller Einzelvorfahrungen doch herrschende Fried- und Schutzlosigkeit zu suchen, war gewiß keine leichte und von den einzelnen bis gegen die Mitte des XIV. Jahrhunderts im Erfolg sehr verschiedenen durchgeführte. Während bis zu dieser Zeit alle bedeutenderen Städte bereits den größeren Teil ihrer Verfassungs-entwicklung durchlaufen und dem Höhepunkte ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Machtentfaltung sich genähert hatten,² mußten die kleineren Landstädte, wie z. B. die des Herzogtums Braunschweig-Göttingen, noch lange um eine Befreiung von dem übergroßen Einflusse ihrer Herren ringen. So wollen denn auch ihre mit den großen Einigungsbestrebungen der sächsischen Städte ziemlich zusammenhangslosen Bündnisse aufgefaßt werden.

Bei dem Mangel eines einheitlichen Reichsfriedens war König Ludwig der Baier den landfriedensähnlichen Bündnissen der Städte nicht abgeneigt; er begünstigte sie vielmehr,³ indem er nicht bedachte, daß solche doch auch nur vielfach Deckmäntel für die Bestrebungen der Städte waren, unter Durchbrechung alter Rechtszustände immer größere Selbständigkeit zu erringen.⁴ Die einzelnen Bemühungen sächsischer Fürsten, für ihre Gebiete Landfrieden zu errichten, wie z. B. der Landfriede Herzog Ottos von Braunschweig für sein Land zwischen Harz und Weser vom

¹ Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 50.

² Vgl. E. Werunsky: „Geschichte Kaiser Karls IV. und seiner Zeit II. 19.“

³ Vgl. Lindner: Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern I, 485.

⁴ Vgl. Lindner: Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern I, 48.

16. Dezember 1336¹ und Herzog Albrechts von Sachsen Privilegien für die Kaufleute vom 29. September 1338,² vermochten den Städten ebensowenig zu genügen und ihren einmal eingeschlagenen Weg der Selbsthülfe zu versperren, wie diejenigen der Herren und Bischöfe in Westfalen den dortigen Städten um dieselbe Zeit.³ Der kurzlebige und territorial so beschränkte Landfriede Herzog Ottos blieb ohne Bedeutung. Wie berechtigt die Städte zur Vorsicht gegen die Fürsten waren, zeigte das Eingreifen Herzog Albrechts in die Rechte der Stadt Helmstedt, wo 1340 der Rat im Aufruhr vertrieben wurde und der Herzog sich desselben, um seine Hand im Spiele zu haben, annahm,⁴ und das Bündnis der Herzöge Otto und Wilhelm von Lüneburg mit der Stadt Braunschweig vom Jahre 1342, April 14,⁵ welches seitens der Herzöge lediglich eingegangen wurde, um einer bevorstehenden Vereinigung dieser Stadt mit Goslar und Hilbesheim vorzubeugen, wenn auch Braunschweig die Unsicherheit und

¹ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 140; vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 141 ff. Vgl. auch: J. Schwalb: „Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Baiern 113.“ — Der Landfriede soll dauern vom 1. Mai 1337 bis dahin 1338. Wer ihn bricht, wird vom Herzog Otto oder dem von jenem eingesetzten Landrichter mit seinen 8 Beisitzern in des Landes Acht genommen werden; ebenso jeder, der dem Friedensbrecher irgendwie förderlich ist. Allmonatlich findet unter Vorsitz des Landrichters ein Landding auf dem Leineberge statt. Wer diesen Frieden nicht binnen 14 Tagen nach dem ersten Landdinge bei seinem Herrn beschwört, wird in Acht und Bann gethan, soll recht- und schutzlos sein gegen Jedermann. Wer raubt, plündert oder sonstige Gewaltthaten begeht, wer zu viel Zoll erhebt oder andere Münze prägt, ist ein Landfriedensbrecher. Erfolgt binnen 14 Tagen keine Sühne seitens des Friedensbrechers, so haben alle, die den Frieden beschworen haben, gegen jenen Beistand und Waffenfolge zu leisten. Wer mit seiner Hülfe länger als 4 Wochen säumt, zahlt Selbststrafe. Ungehorsam gegen die Befehle des Landrichters und seiner 8 Beisitzer ist Landfriedensbruch. Alle in den Frieden Eingeschlossenen dürfen zu seinem Schutze Waffen tragen; wer sonst bewaffnet ist, wird als Schuldiger dem Gericht ausgeliefert. Der Landrichter und die 8 haben das Recht, wenn es ihnen nützlich dünkt, diesen Landfrieden auf 1 oder 2 Jahre zu verlängern und dazu dann andere 8 auf ihren Eid zu erwählen. Erhebt sich während des Landfriedens ein Krieg gegen ein Glied desselben, so soll der Landfriede bis zur Beendigung des Krieges bestehen bleiben.

² Sudendorf I, 632.

³ A. Fahren: Urkundenbuch der Stadt Dortmund I, 104; Hanfisches Urkundenbuch II, 605, 730, 733. Vgl. auch H. Mendthal: „Die Städtebünde und Landfrieden in Westfalen bis 1371.“ 28 ff.

⁴ Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 147 und W. J. L. Bode: Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters mit Rücksicht auf die Territorien zwischen Weser und Elbe in Forschungen zur deutschen Geschichte II, 205 ff. 1862. F. A. Ludewig: Geschichte und Beschreibung der Stadt Helmstedt 38.

⁵ Sudendorf III, Einl. XVII.

Raubzüge in seiner Nähe als Grund zu dem Bündnisse ohne Zweifel für ernst nahm.¹ Um den Schutz der Herzöge zu genießen, mußte sich Braunschweig zur Stellung von 50 Reifigen unter dem Stadtbanner und zu der Zusicherung verpflichten, in den nächsten 3 Jahren keinen Bund mit jenen beiden Städten einzugehen. Eine ganz neue Art des Verfahrens, um die den Fürsten als gegen sie gerichtet erscheinenden Städtebündnisse zu verhindern.

Beweggründe allgemeiner Art, wie sie um jene Zeit für den Abschluß von Städteeinungen maßgebend waren, zum guten Teile auch die durch den andauernden Hildesheimer Bischofsstreit vermehrte Unsicherheit, sind es gewesen, welche im Jahre 1343 die „Halberstädtischen Städte“ zu einem Bündnisse drängten. Am 25. November verbündeten² sich Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben zu energischer gegenseitiger Unterstützung gegen alle ihre Feinde und Bedränger „forste, greve, here, ridder, knecht edder wo he were“. Sie werden, wenn ihnen feierlich versichert wird, daß eine von ihnen durch irgend Jemand verunrechtet worden ist, tags darauf dem Schädiger absagen und sein Feind werden. Bedrängt dieser die verunrechtete Stadt so, daß sie in Not gerät, so wollen sie ihr binnen den nächsten vier Tagen mit aller ihrer Macht Hülfe leisten bei 100 Mark Strafe, welche für jeden weiteren Verzögerungstag um 50 Mark erhöht wird. Dieselbe Strafe wird für ungenügende Unterstützung festgesetzt. Die Feinde einer Verbündeten werden die anderen in keiner Weise stützen und fördern; wird eine Stadt der Unterstützung eines Feindes mit Recht beschuldigt, so zahlt sie 50 Mark Strafe, einzelne dessen überführte Bürger je 30 Mark, welche gleichmäßig unter die drei Städte verteilt werden. Können oder wollen die betreffenden Bürger diese Strafe nicht entrichten, so werden sie aus ihrer Stadt ausgewiesen und dem Unwillen der Verbündeten preisgegeben werden, bis sie zahlen. Alle sonstigen schriftlichen Abmachungen und Briefe der Städte untereinander sollen durch dieses Bündnis nicht beeinträchtigt werden. — Ein bedeutender Fortschritt ist es, welchen diese drei Städte, innig mit einander durch gleiche Interessen verbunden, durch diese genaueren Bündnisbestimmungen zu ihrem Schutze machten. Die genauen und hohen Straffestsetzungen, die Verpflichtung zu sofortiger Hülfeleistung zeigen eine bisher noch mangelnde Straffheit in der inneren Organisation des Bundes, vollends von thatkräftiger Entschlossenheit zeugt aber die Thatsache, daß man die feste Absicht

¹ Subendorf II, Einl. XLVI.

² Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 143. Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 471, 472 und 473.

aussprach, gegen Jedermann, auch Fürsten und Herren, energisch aufzutreten, auch gegen sie nicht wie früher nur Fürbitte und Ermahnung zum Rechte, sondern im Notfalle Waffengewalt anzuwenden. Die auch hier auf „eweliken“ angelegte Dauer des Bündnisses, sowie die ganze inbezug auf manche wichtige Punkte elliptische Fassung der Urkunde im Vergleich zu den früheren Bündnissen dieser Städte lassen mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß die früheren Einungen der Städte — mit Ausnahme der mehr landfriedensähnlichen vom Jahre 1335 — unverändert fortbestanden und in diesem nur eine Erweiterung, eine zeitgemäße Ergänzung gefunden haben.¹ Die Halberstädtischen Städte bildeten eine kleine Sondergruppe in den allgemeinen Einungsbestrebungen der Sachsenstädte; das beweist auch das einen Monat später, am 24. Dezember 1343, zwischen Magdeburg und Halle abgeschlossene Schutzbündnis.² Diese beiden Städte haben sicher nicht mit jenen in Uebereinstimmung oder Verhandlung behufs eines gemeinsame Interessen fördernden Bündnisses gestanden, sonst wären sie eben nicht fast gleichzeitig ein Sonderbündnis eingegangen, sondern hätten durch Verhandlungen mit ihnen zu einem umfassenderen Bunde sich vereinigt. Magdeburg und Halle erklären, daß sie „umme eyne Were unde Hülpe“ sich verbunden haben gegen Jedermann „he were wie he were“. Dem Verunrechter der einen Stadt will die andere in keiner Weise behilflich sein, jener aber, wenn sie durch den Friedensbrecher in Not gerät, 10 Mann mit Helmen und 5 Gleven zu Hülfe senden, wenn sie acht Tage vorher gefordert werden. Den auf dem Wege zur bedrängten Stadt erlittenen Schaden trägt jede Stadt zur Hälfte. Diese 15 Mann soll die angegriffene Stadt vier Wochen lang zur Verfügung haben, länger nur mit Bewilligung der helfenden Verbündeten. Sold zahlt die letztere der Hilfsmannschaft, Kost, Futter und Fußbeschlagn die bedrängte Stadt. Die Zahl der Mannschaft wird im Notfalle auf 50 erhöht, von denen ein Drittel mit Helmen, zwei Drittel Gleven sein sollen. Diese vermehrte Macht soll vierzehn Tage vorher erbeten werden. Die Dauer des Bundes beträgt 3 Jahre vom 2. Februar 1344 ab gerechnet.

Auch dieser Bund zeigt in seinen Bestimmungen eine ziemlich Festigkeit, auch er wendet sich ausnahmslos gegen jeden Verunrechter und weist eine genau festgesetzte, im Notfalle nicht unbedeutende Waffenmacht auf, läßt aber die Strafbestimmungen für Nichteinhalten der Vertragspunkte vermissen und zeigt namentlich

¹ Siehe auch den Schlusssatz der Bestimmungen.

² v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saal-Kreyses II, 418.

eine große Schwäche darin, daß die Waffenhülse nur 4 Wochen oder wenig mehr geleistet werden brauchte.

Das Bündnis wurde schon im Jahre 1345 erneuert,¹ wahrscheinlich ohne Aenderung der Bestimmungen. Was eine so baldige, lange vor Ablauf des alten Bündnisses vorgenommene Erneuerung den Städten ratsam erscheinen ließ, ist nicht zu ersehen.

Die in den der Elbe benachbarten Gebieten gelegenen sächsischen Städte hatten sich an einem am 2. September 1346 zu Aschersleben auf ein Jahr vereinbarten Landfrieden² zwar ebenso rege beteiligt, wie die Bischöfe, Fürsten, Grafen und Herren, aber zu seiner Wirksamkeit und Verlängerung nichts beigetragen. Wir finden Goslar, Magdeburg, Halle und die Halberstädtischen Städte in ihm vertreten, Städte, die mehr oder weniger schon alle in bündnerischer Beziehung zu einander gestanden hatten oder noch standen, ein Zeugnis dafür, daß sie gleiche oder ähnliche Ziele verfolgten.

Während in den folgenden Jahren mehrere sächsische Städte mit der Beilegung innerer Zwistigkeiten beschäftigt waren, wie Hilbesheim, welches sich endlich mit Bischof Heinrich ausöhnte,³

¹ v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saal-Kreyses I, 68.

² D. v. Heinemann Cod. diplom. Anhalt. V 336 ff. An diesem Landfrieden nahmen u. a. teil: Der Erzbischof von Magdeburg, die Bischöfe von Hilbesheim und Halberstadt, der Herzog von Sachsen, die Grafen von Anhalt, Mansfeld, Regenstein, Hohnstein, Wernigerode und die Städte Goslar, Magdeburg, Halle, Halberstadt, Queblinburg und Aschersleben. Gegen Landfriedensbrecher sollen erst die ordentlichen Gerichte in Thätigkeit treten, nach ihrem Urteil spricht die Landfriedensbehörde die Acht aus. In letzterer befinden sich selbstverständlich Räuber, Mordbrenner, Diebe, Mörder und ihre Genossen. Friedensbrecher können vom Kläger selbtritt überführt werden, ein Angeklagter muß sich selbsts reinigen. Die gewaltsame Hinderung vom Landfriedensrichter Recht zu nehmen gilt als Landfriedensbruch. Innerhalb des Friedens darf nur die zum Schutze des Friedens gestellte Mannschaft Waffen tragen. Falsche Münzsorten dürfen nicht geführt werden. Der Landfrieden ist vor dem Landesherren zu beschwören. Die aus dem Landrichter (Herzog Rudolf von Sachsen) und 16 Beisitzern gebildete Landfriedensbehörde ist eidlich verpflichtet, Recht zu richten. Jährlich finden 8 Sitzungen, abwechselnd zu Aschersleben und Rieburg statt. Das Landfriedensiegel verleiht den Beschlüssen der Behörde Gültigkeit. Die Behörde kann die Auslieferung jedes Friedebrechers aus Städten und Schlössern verlangen, muß auch einem Gerichte wegen Friedensbruches mit aller Kraft ungesäumt folgen. Die aus 208 Reitern, 139 Schützen und 14 Blyben bestehende Landfriedensmacht kann von der Behörde nach Gutdünken vermehrt werden. Die bei kriegerischem Vorgehen gegen Friedebrecher gemachte Beute wird nach Mannzahl geteilt. — Der Landfriedensbund war ziemlich wirkungslos und wurde nicht erneuert. — Siehe: J. Schwaln: Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Bayern 118 ff.

³ 1346, 10. November. Urkundenbuch d. Stadt Hilbesheim 948, 950, 958; Sudendorf: II, 188.

oder wie Helmstedt noch mitten in solchen steckten,¹ während sie andererseits vielfache Gunstbeweise und Vorteile von ihren Herren erlangten,² zogen sich über ihnen schon neue Kriegswolken zusammen, welche wiederum besondere Unruhe und Unsicherheit über sie ergossen und ihren Blick auf den Vorteil eines festen Zusammenhaltens lenkten. Die Ausöhnung des Herzogs Magnus von Braunschweig und seines Bruders, Bischofs Heinrich von Hildesheim mit dem Erzbischof Otto von Magdeburg nach einer heftigen Fehde³ und die Befriedungsbündnisse der Herzöge Otto und Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg mit Erzbischof Otto von Bremen⁴ und Bischof Gerhard von Minden⁵ vermochten nicht einmal den nördlichen Städten Sachsens Beruhigung einzuflößen. Die Politik Kaiser Karls IV. erstreckte ihre Wellenkreise um diese Zeit in beunruhigender Weise auch auf die sächsischen Lande. Das Auftreten des „falschen Waldemar“, dem die Braunschweiger Herzöge, als Anhänger der bairischen Partei, mit den Markgrafen Ludwig und Ludwig dem Römer entgegen-traten,⁶ verursachte eine große Verwirrung und Erregung in dem Sachsenlande. Der von Karl IV. für letzteres auf drei Jahre, von November 1348 bis dahin 1351, bestimmte Landfriede⁷ hatte, da Waldemar zum Landfriedensrichter gesetzt wurde, den rein politischen Zweck, die Waldemars Anerkennung Verzögerenden zu derselben zu veranlassen und war auch nicht von dem geringsten Einflusse auf die Haltung der Städte.

Diese suchten vielmehr, ehe sie kurze Zeit darauf ein großes Schutzbündnis zur Abwehr der sie umdrängenden Gefahren schlossen, ihre von Einzelfeinden bedrohte Ruhe und Freiheiten durch kleinere Bündnisse mit einander oder mit einzelnen benachbarten Herren zu wahren. So verbanden sich am 5. Juni 1349⁸ die Städte Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben mit den Brüdern Otto und Hans von Hadmersleben gegen ihre alten Feinde, die Grafen von Regenstein und Mansfeld. Die Herren von Hadmersleben verpflichten sich, den Städten, falls diese von den Regensteinern oder Mansfeldern verunrechtet werden, mit ihren Diensten und ihrer Macht treu zur Seite zu stehen, auch

¹ W. J. L. Bode: Geschichte der Bundes der Sachsenstädte 210.

² Sudendorf: II, 77, 94, 95, 121, 122, 244, 249, 265. Urkundenbuch der Stadt Hannover 259. Urkundenbuch der Stadt Göttingen 161. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig I, 29, 34.

³ 1347, 18. Dezember; Sudendorf II, 232.

⁴ 1347, 6. Juni; Sudendorf II, 210.

⁵ 1348, 11. November; Sudendorf II, 293.

⁶ Sudendorf II, 331.

⁷ Vgl. E. Werunsky: Gesch. Kaiser Karls IV. und seiner Zeit III, 139 f.

⁸ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 155.

ihnen während des Bündnisses gegen andere Verunrechteter zum Rechte behüßlich zu sein. Das Bündnis soll Kraft haben bis ein Jahr nach Beendigung der Fehde mit den Regensteinern und Mansfeldern. Ein Bündnis, dessen spezieller Zweck so klar zu erkennen ist, daß man sein Zustandekommen sicher nicht auf die breite Basis stellen kann, welche den größeren Einigungsbestrebungen der Sachsenstädte zu Grunde liegt. Im Jahre 1349 kam es, da die Einmischungen des Herzogs Magnus in die inneren Angelegenheiten von Helmstedt nicht nachließen, und auch Braunschweig dem Herzog allzusehr zu trauen keinen Grund hatte,¹ am 1. September zwischen diesen beiden Städten zu dem Abschlusse eines dreijährigen Bündnisses² zum Schutze gegen äußere Gewalt und zum Austragen städtischer Streitigkeiten in Helmstedt. Diesem Bunde traten am selben Tage die Eblen von Warberg bei.³ Braunschweig verpflichtete sich der Stadt Helmstedt zunächst mit eifriger Fürsprache zu helfen und förderlich zu sein, wenn diese aber erfolglos sei, mit 25 Reitern und 25 Fußknechten bewaffnete Hülfe zu leisten.

Die Mannzahl der Gewaffneten war im Vergleich zu früheren Hülfszusagen eine bedeutende und schon daraus zu ersehen, daß man auf thatkräftige Abwehr im Notfalle bedacht war. Richtete sich dieser Bund nicht ausgesprochenenmaßen gegen Herzog Magnus, so war dies mit den wenige Monate später, am 25. November,⁴ zwischen den beiden Städten vereinbarten Bestimmungen der Fall. Durch sie wandten sich die Verbündeten geradezu und allein gegen Verunrechtung durch den Herzog. Vielleicht war eine Zollbeschwerung die Veranlassung zu diesem Sonderabkommen.

Diese beschränkten Vereinigungen gehörten zu dem allgemein diese Zeit bezeichnenden Streben der Städte nach immer größerer Freiheit und Unabhängigkeit, nicht aber zu der bewußten Politik der Städte, einen eigenen Stand herauszubilden und als solcher selbständige Geltung zu haben, wie sie sich bald in der Hanza und den mit ihr verschmelzenden großen Städteeinungen zeigte.

Im Jahre 1351, als der Krieg, trotz der Uebertragung der Mark Brandenburg und der Kurwürde⁵ an die Markgrafen Ludwig, Ludwig den Römer und Otto, in jenem unglücklichen Lande weiter mütete, die Herzöge von Lüneburg und die Markgrafen hier mit dem Erzbischofe von Magdeburg und dem Herzoge

¹ Siehe S. 24.

² Hanßisches Urkundenbuch III, 203, Anm. 2; Sudendorf III, Einl. XVIII. B. J. 2. Bode: Geschichte des Bundes der Sachsenstädte 210.

³ Drei Originalurkunden im Halberstädter Stadtarchiv.

⁴ S. Hanßische Geschichtsblätter, Jahrg. 1873, 29.

⁵ Am 16. Februar 1350 cf. Sudendorf II, 352.

von Göttingen um den Besitz der Städte kämpften, als die Stadt Magdeburg mit den Männern des Stiftes wegen Straßenräuberei derselben in Fehde geriet,¹ die Zwistigkeiten der Städte Braunschweig und Helmstedt mit dem Herzog Magnus noch immer fortwährten, und als die Pest ihre Geißel über ganz Deutschland schwang² und die allgemeine Verwilderung noch steigerte, da schloß sich die Mehrzahl der bedeutenderen sächsischen Städte zu einer festen Liga zusammen.

Am 24. Juni fand der Abschluß eines von Michaeli ab auf 3 Jahre gültigen Bündnisses zwischen Braunschweig, Helmstedt, Goslar, Magdeburg,³ Halberstadt, Quedlinburg und Wickersleben statt.⁴ Die Städte thun kund, daß sie „umme eyne were unde hulpe“ sich vereinigt haben. Wenn irgend Jemand, „he were we he were“, eine Verbündete verunrechtet, so wollen die anderen, auf Mitteilung davon, Recht für sie bitten und dem Schädiger in keiner Weise behülflich sein; vermögen sie ihn aber nicht binnen 8 Tagen zur Rechtsgewährung zu veranlassen, so werden sie ihm ablagen und der verunrechteten Stadt in jeder Weise mit Waffengewalt helfen. Zu dem Zwecke werden auf 4 Tage vorher geschehene Aufforderung die Halberstädtischen Städte 9 Gleven und 6 Schützen, wenn nötig, aber 30 Gleven und 15 Schützen, Braunschweig 16 Gleven und 4 Schützen, im Notfalle 60 Gleven und 10 Schützen, Goslar 10 Gleven und 2 Schützen, im Notfalle zu diesen noch 100 (!) Mann auf Wagen, Helmstedt 3 Gleven und 2 Schützen, nötigenfalls 10 Gleven und 5 Schützen, Magdeburg 36 Gleven und 9 Schützen⁵ der bedrängten Stadt zu Hülfe senden. Kost, Futter

¹ Stadtchronik Magdeburg I, 382.

² Daß sie auch besonders heftig in den norddeutschen Städten herrschte, bezeugen Detmar zu 1350, Stadtchronik Magdeburg I, 775. Siehe auch G. Herzberg: Geschichte der Stadt Halle I, 203 und Hansische Geschichtsblätter 1873, 30.

³ Siehe S. 30. Anm. 1.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 160 und Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 489: die Abmachungen zwischen den Halberstädtischen Städten und Helmstedt; Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 487 und Hansisches Urkundenbuch III, 203 zwischen den Halberstädtischen Städten und Braunschweig; Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 488 zwischen Goslar und den Halberstädtischen Städten, und v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saalkreyses I, 74, zwischen Magdeburg, Helmstedt und Braunschweig.

⁵ In der Zusicherung an Braunschweig und Helmstedt. cf. Sudendorf III, Einl. XVIII. Die Bündnisverpflichtungen Magdeburgs an die Halberstädtischen Städte weisen eine Hülfe von 16 Gleven und 4 Schützen, im Notfalle 400 (!) Mann „uppe wagen oder uppe perden“, aber auch ein anderes Datum, nämlich den 15. Juli auf; Urkundenbuch d. Stadt Halberstadt 492; ein Beweis, daß der Bund durch einzelne, im Uebrigen gleichlautende, Verpflichtungsverträge und nicht durch einen einmaligen am gleichen Tage besiegelten Beschluß entstanden ist.

und Hufschlag giebt die hilfeschuchende, Sold die hilfbringende Stadt. Schaden und Gewinn der Hilfstruppen auf dem Wege zu der bedrängten Stadt trägt diese mit der helfenden zu Halbpact, im Dienste der unterstützten Stadt erlittenen Schaden die helfende, von dem erlangten Gewinn aber erhalten die Helfer ihren Anteil nach der Mannzahl. Die Hilfstruppen darf die bedrängte Stadt 4 Wochen behalten, länger nur mit Genehmigung der Hilfe sendenden. Sollte eine Verbündete¹ durch den Herrn einer Mitverbündeten verunrechtet werden,² so wollen die anderen denselben binnen 14 Tagen zum Recht anhalten, wenn dies aber nutzlos, ihm in keiner Weise behülflich und förderlich sein. In einer Stadt Verfestete und Verfehmt³ sollen ebenso verfestet und verfehmt sein in den anderen davon benachrichtigten Städten; auch sollen solche festgehalten werden, wo man ihrer habhaft wird. Droht diese Verfestung seitens der Städte den Fürsten oder Herren einer Verbündeten, so sollen diese 14 Tage vorher warnend darauf hingewiesen werden, daß sie alsdann auch der Verfestung seitens ihrer eigenen Stadt anheimfallen.

Auch haben sich die Verbündeten beraten, daß sie untereinander 4 Männer wählen, welche, wenn es nothut, zusammenkommen und der Städte Interesse, ihr Wohl und Wehe, beraten sollen. Dazu sollen sie Befugnis haben. Der Viererausschuß soll sich zusammensetzen aus je 1 Mann aus Magdeburg, Goslar und Braunschweig und 1 für die Halberstädtische Gruppe. Dieser Viermänner Recht und Pflicht soll es auch sein, für den Fall, daß zwei Städte gleichzeitig Hilfe fordern, zu bestimmen, welcher Stadt die Hilfe am meisten Not thue und zu leisten sei. Während der Waffenfolge für eine bedrängte Stadt darf keine solche für eine zweite verlangt werden. Sollte jemand die Bürger einer verbündeten Stadt nach Ablauf dieses dreijährigen Bündnisses um der Hilfe willen, die sie den anderen Städten geleistet hat, verunrechten und bedrängen, so werden die anderen Städte ihr

¹ Auch der Bischof von Halberstadt; ausdrücklicher Einschuß desselben durch die Halberstädtischen Städte: Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 487.

² Braunschweig und Helmstedt nennen den Herzog von Braunschweig, Goslar den Bischof von Hildesheim, die Halberstädtischen Städte den von Halberstadt, Magdeburg seinen Erzbischof.

³ Hier tritt zuerst in den Urkunden über Städtebündnisse das Wort „verfehmt“ auf. Sicherlich hat es mit dem von den westfälischen Freigerichten gebrauchten Sinne nichts zu thun. Das Wort „Veme“ und „vervemen“ wurde rechts der Weser um diese Zeit vielfach gleichbedeutend mit „Landfrieden“ und „verlandfrieden“ gebraucht; die Veme gerichte standen aber damals nicht im Dienste des Landfriedens, erst 20 Jahre später wurde dies der Fall. (Siehe Lindner Veme 441 ff.) Hier bedeutet „verfehlen“ also höchstwahrscheinlich so viel wie: Fried- und ehrlos erklären.

zum Recht verhelfen und sie schützen, als ob das Bündnis noch bestände. —

Wahrlich ein Bund, welcher sowohl durch seine Ausdehnung als auch durch seine innere Organisation den Teilnehmern eine für jene Zeit völlig ausreichende Gewähr für Schutz und Sicherheit bot. Kein Bund sächsischer Städte hatte vorher eine solche Ausdehnung gehabt wie dieser. Die Teilnehmer des Bundes von 1335 waren hier durch Helmstedt und Magdeburg verstärkt, energische Schutzvorrichtungen gegen Friedensbrecher jeder Art durch eine ziemlich bedeutende, genau festgesetzte Waffenmacht getroffen; kurz, der Bund zeigte in seinen Bestimmungen eine Einheit und Berücksichtigung so vieler für die Sicherheit wichtiger Punkte, daß er sich wirksam zu erweisen wohl geeignet schien. Einzelne Schwächen, wie die beschränkte Zeit der Waffenhülfe und die Bestimmung, daß von zwei gleichzeitigen Hülsegesuchen nur eines berücksichtigt werden solle, enthält der Bund ja auch, hat aber dafür in dem Viererausschuß eine vortreffliche Verwaltungskraft. Ein solcher Ausschuß, welcher die Macht und das Recht hat, alle Angelegenheiten und Maßnahmen des Bundes zu beraten und für sein Wohl zu machen, zeigt sich hier zum ersten Male in einem sächsischen Städtebündnisse. Diese Einrichtung scheinen die Städte den weniger festen, aber um diese Zeit sich schon kräftig fühlbar machenden Bestrebungen des Hanfabundes entlehnt zu haben, an denen sie nebenbei teilweise auch regen Anteil nahmen.¹

An demselben Tage, wie die Städte, schloß auch Otto Edler von Hadmersleben auf gleiche Dauer mit den Halberstädtischen Städten ein Bündnis,² welches genau dieselben³ Bestimmungen enthält, wie das Städtebündnis. Er verpflichtet sich zur Stellung von 10 Gleven, im Notfalle der doppelten Zahl, und zur Hülfe mit seiner ganzen Macht, wenn eine der Städte hart bedrängt wird. Ob dieses Sonderabkommen durch den zwischen den drei Städten und den Grafen von Regenstein schwebenden Zwist veranlaßt wurde, bei welchem Magdeburg in seiner Bündniskunde seine Mitwirkung ausdrücklich ausschloß,⁴ läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Ueber etwaige, dem ausgedehnten Städtebunde vorausgehende Verhandlungen fehlen leider urkundliche Nachrichten, jedenfalls aber steht soviel fest, daß der Zusammenschluß aller Teilnehmer nicht zu derselben Zeit erfolgte, sondern

¹ Hanfsche Geschichtsblätter Jahrg. 1874, 24 f. D. Schäfer: Die Hanfsstädte und König Waldemar von Dänemark, 248 ff.

² Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 490.

³ Natürlich mit den entsprechenden Namens- und Zahlenänderungen.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 492.

daß ein späterer Beitritt wenigstens seitens Magdeburgs¹ und die gegenseitige gruppenweise erfolgte Ausstellung der Bündnisurkunden auch vorherige Verhandlungen einzelner Städte zur Gewinnung anderer voraussetzt. So gewiß es verschiedene besondere Gründe waren, welche den einzelnen Städten den Gedanken eines größeren Zusammenschlusses nahe legten,² so gewiß gipfelte der Hauptgedanke, welcher die Veranlassung gab, in dem Bestreben, bei der allgemein herrschenden Unsicherheit und den immer wiederkehrenden Fehden, an gleich interessierten Gemeinden auch gegen Uebergriffe der eigenen Herren einen festen Rückhalt und Schutz zu haben. Die sich aufdrängende Frage, warum einzelne der doch an den früheren Bündnissen beteiligten Städte sich diesem Bunde nicht angeschlossen haben, läßt sich bei den verwickelten äußeren und inneren Verhältnissen der sächsischen Städte nicht zur Genüge beantworten. Ob z. B. Halle sein Bündnis mit Magdeburg für stark genug hielt, um allen Verunrechtungen und Gewaltthätigkeiten troßen zu können, oder ob es, als mit ihm verbündet, selbstverständlich dem Bunde zuzurechnen ist,³ läßt sich ebenso wenig sagen, wie behaupten, das Spezialbündnis zwischen Braunschweig und Helmstedt vom Sept. 1349 habe mit dem Beitritt dieser beiden Städte zu dem großen Bunde seine Gültigkeit verloren, sei in ihm aufgegangen.

Die anderen sächsischen Städte von einiger Bedeutung hatten freilich um diese Zeit theils mancherlei innere Umgestaltungen durchzumachen, theils ein so gutes Verhältnis mit ihren unmittelbaren Herren, daß sie an weitere große Einigungspläne nicht recht denken mochten. Hildesheim, ohnehin bisher ohne bindnerische Bedeutung, hatte sich in der Bischofsfehde, deren Wirrnisse für die Stadt noch durch den Umsturz der alten Ratsverfassung erhöht wurden, völlig erschöpft und in unbezweifelte Abhängigkeit gegenüber dem Landesherrn gebracht, mit demselben alsbald auch ein sehr gutes Verhältnis hergestellt.⁴ Ebenso wenig Veranlassung hatten die Lüneburgischen Städte, einem größeren, doch immerhin,

¹ Siehe S. 44, Anm. 1. Siehe auch v. Dreyhaupt I, 74.

² Siehe S. 29.

³ Siehe Hanfsche Geschichtsblätter 1874, 24 f. v. Dreyhaupt I, 74. „Anno 1351 entfiel der sogenannte Magdeburgische Krieg zwischen der Stadt Magdeburg und dem Landadel, welcher den Bürgern viel Verdruss anthat; die Magdeburger erneuerten deshalb das Verbündnis mit der Stadt Halle auf 6 Jahr; verbunden sich auch mit denen Städten Goslar, Braunschweig, Quedlinburg, Halberstadt und Aschersleben, einander beizustehen.“ — Da Halle auch nicht als mit Truppen zc. beisteuernde Stadt genannt ist, blieb es dem großen Bunde wohl fern.

⁴ Vgl. Hanfsche Geschichtsblätter Jahrg. 1879: Döbner. Die Stadtverfassung Hildesheims im Mittelalter, 28.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

wenn auch versteckt, auch gegen die Landesherren gerichteten und deren Rechte paralysierenden Städtebünde sich anzuschließen. Die Herzöge Otto und Wilhelm waren ihnen überaus gnädige Herren,¹ die auch gegen das Raubritter- und Fehdewesen kräftig einschritten. Die Göttinger Städte erfuhren unter der Regierung Herzog Ernsts bis zu dieser Zeit keinerlei Beeinträchtigungen;² außerdem waren sie ja gegen solche durch ihr „ewiges“ Sonderbündnis vom Jahre 1336 geschützt und bildeten so wie so eine bestimmte in sich geschlossene Gruppe der sächsischen Städte mit vorläufig keinen weiteren Zielen; große Bundesgedanken lagen ihnen somit fern.

Nach Außen hin scheint der Städtebund vom Juni 1351 keine Wirksamkeit gehabt zu haben. Was die letztere in Bezug auf das Verhältnis zu den Landesherren anbetrifft, so hat sich Herzog Magnus wohl durch Besorgnis vor der Macht des Bundes und dem Gedanken, seine Städte könnten fortlaufend eine solche Politik einschlagen, veranlaßt gesehen, schleunigst seine Zerwürfnisse mit Braunschweig beizulegen, den Unwillen Helmstedts gegen ihn zu besänftigen und selbst zwischen der Stadt Magdeburg und den Männern des Erzstifts Frieden zu stiften,³ während Queblinburg das ihm vom Halberstädter Bischof verliehene wichtige Privilegium des Mauer- und Graben-Anlegens ebenfalls seinen in seiner Eigenschaft als Bundesmitglied dem Bischof geleisteten Diensten verdankte.⁴ — Wie wenig haltbar der Kitt dieses Städtebundes für die Dauer war, zeigte sich schon dadurch, daß er nach Ablauf nicht erneuert wurde, und einige Jahre später sogar offene Feindseligkeit zwischen den ehemaligen Mitgliedern ausbrach, welche die einmal durch Gewohnheit und Zusammengehörigkeitsgefühl geschaffene Grundlage für Städtebündnisse zu erschüttern drohte und auf letztere auch nicht ohne schädlichen Einfluß gewesen ist; um dieselbe Zeit, wo in allen Nachbargebieten die Städte zu engeren ähnlichen Bündnissen, wie die sächsischen, sich fortbauern und zusammenschlossen und Herrenschuß- und Landfriedensbünde entstanden.⁵ Die weiteren Gesichtspunkte, welche für die sächsischen Städte und ihr in den nächsten Jahren sich herausbildendes gegenseitiges Verhältnis maßgebend gewesen sind, tragen schon einen stark hansischen Charakter. Schon um

¹ Subendorf II, 393; Urkundenbuch der Stadt Hannover 259; vgl. auch D. v. Heine mann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 31 f.

² Siehe Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 161.

³ Subendorf III, Einl. XVIII.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Queblinburg 164.

⁵ Ueber die derzeitigen Städtebündnisse und Landfrieden Westfalens siehe G. Mendthal: „Die Städtebünde und Landfrieden in Westfalen bis 1371“ 45—49. Königsb. Diss. 1879; über die linkselbischen Städteeinungen der Altmark: Hanfisches Urkundenbuch III, 45, 273.

die Mitte des XIV. Jahrhunderts ſpannte die Hanſa ein ausgedehntes Netz gleichartiger Interellen auch um die ſächſiſchen Städte.¹ Während die Hanſebeftrebungen einerſeits ſehr geeignet waren, die einzelnen Städte einander zu nähern, waren ſie doch andererseits ein Moment, welches in ſeiner unnachſichtlichen Strenge gegen einzelne Glieder Unzufriedenheit und Zwiſt hervorrief und einen engeren Zuſammenſchluß derſelben, wenigſtens zeitweiſe, verhinderte.

Nach Ablauf und nicht erfolgter Erneuerung des Bündniſſes von 1351 gingen die Städte wieder eine Zeitlang ihre Sonderwege, ohne Rückſichtnahme auf die ehemaligen Bundesgenoſſen. So kam es denn dazu, daß die Stadt Quedlinburg im Jahre 1357 von dem Braunſchweiger Räte verfeſtet wurde, weil ihre Bürger von Braunſchweig Verfeſtete aufgenommen und Braunſchweiger Bürger beraubt hatten,² und zwei Jahre darauf wurden die geſamten Halberſtädtiſchen Städte von dem Braunſchweiger Räte verfeſtet, weil ſie den jener Stadt gehörigen Kirchhof von Heſnem niedergebrannt hatten.³ Ohne Zweifel herrſchte damals eine große Spannung und tiefe Verſtimmung zwiſchen den ſüdlichen Halberſtädtiſchen und den unter Braunſchweigs Einfluß ſtehenden nördlicheren ſächſiſchen Städten, welche ſich alsbald auf den Gedanken eines alle dieſe Städte umſchließenden Bündniſſes ſchädlich äußerte. Im Gegenſatze dazu waren die großen Schritte der inneren Reichspolitik gegen die Städtebündniſſe, wie ſie das 15. Kapitel der im Januar 1356 erlaſſenen goldenen Bulle enthält, ohne ſonderlich hemmenden Einfluß auf das Abſchließen von ſächſiſchen Städtebündniſſen und blieben von den Städten faſt unbeachtet.⁴ Das darin nochmals ausdrücklich ausgeſprochene Verbot des Pfahlbürgertums und aller Bündniſſe der Städte untereinander oder mit Fürſten und Herren erweckte zwar das lebhaftſte Mißvergnügen der Städte, vermochte ſie aber bei der allgemeinen Unſicherheit und dem Mangel eines kräftigen Einſchreitens ſeitens der Reichsregierung von eigenen Wegen zu ihrem Schutze auch fernerhin nicht abzuhalten.

Gar bald vereinigten ſich einige Städte wiederum zu einem Bunde, für deſſen Zuſtandekommen die in den ſächſiſchen Landen vor Abſchluß deſſelben herrſchenden Verhältniſſe von Bedeutung waren.

¹ Hanſiſches Urkundenbuch III, 345 und Anm. 345; R. Koppmann, Hanſereizeſſe I, 252 f., 287; allgemein: Barthold, Geſchichte der deutſchen Hanſe III, Teil II, 97.

² Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 170.

³ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 176; Urkundenbuch der Stadt Halberſtadt 511.

⁴ Vgl. Barthold, Geſchichte der deutſchen Städte und des deutſchen Bürgertums III, V. 59 ff.

Nach der endgültigen Beendigung der Hildesheimer Bischofsfehde bestand zwischen Hildesheim und seinem Bischof Heinrich dauernd ein gutes Verhältnis, welches seinen Höhepunkt in einem 1356, 22. November, zwischen ihnen auf 3 Jahre abgeschlossenen Schutzbündnisse¹ fand; ein eben solches ging der Bischof 1359, 25. Mai, mit der Stadt Hameln² ein, so daß beide Städte wenigstens für ihre nächstliegenden Interessen unbesorgt waren.

Magdeburg vermochte 1358 die Versuche Herzog Rudolfs II., Kurfürsten von Sachsen und Hofrichters, die Stadt unter das seiner Familie gehörige Burggrafentum Magdeburg zu ziehen, trotz dessen bei dem Kaiser gemachten Vorstellungen, erfolgreich zurückzuweisen,³ und Halle durch ein mit dem Ritter Thamm von Haldeck 1353 abgeschlossenes Schutzbündnis⁴ sich für alle Fälle wenigstens einigermaßen zu sichern. Die Göttingischen Städte hatten vorderhand auch keine Bedrückungen seitens ihrer Herren auszustehen. Göttingen selbst erhielt vom Herzog Ernst 1357, 18. Mai, zum zweiten Male Münze und Wechsel auf lange Zeit zum Pfande⁵ und hatte dadurch wieder ein namentlich für seine kaufmännischen Interessen bedeutende Berechtigung erworben; über die Lage von Einbeck, Münden und Northeim sind für diese Zeit bezeichnende urkundliche Zeugnisse nicht vorhanden; sie waren ja ohnehin immer nur der anführenden Initiative Göttingens gefolgt; Duderstadt war zwar an den Mainzer Erzbischof verpfändet worden, befand sich aber unter seiner Herrschaft sehr wohl.⁶ Die Halberstädtischen Städte hatten, abgesehen von ihrem unerquicklichen Verhältnisse zu den hanfischen Angelegenheiten der um Braunschweig konzentrierten Städte, volle Veranlassung, mit ihrer vorläufigen Sonderstellung zufrieden zu sein. Halberstadt erhielt 1358, 12. März, vom Bischof Ludwig die Bestätigung aller seiner Rechte und Privilegien, und, was besonders wichtig, insbesondere die Anerkennung seiner Bündnisse mit Quedlinburg und Aschersleben;⁷ Braunschweig stand um diese Zeit mit seinem

¹ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 119.

² Urkundenbuch der Stadt Hameln 493.

³ Stadtchronik Magdeburg I, 384.

⁴ v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saal-Kreyses II, 419. Gegenseitige Verpflichtung, sich mit 20 Mann (10 mit Helmen und 10 Schützen), in jeder Weise beizustehen. Im Falle eines Kampfes mit Braunschweig bleibt der Ritter neutral, nimmt auch Herzog Magnus, dessen Erben und den Landgrafen Friedrich von Meissen aus. —

⁵ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 193.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 95, 102, 104, 106.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 507.

Herrn, Herzog Magnus, im bestem Einvernehmen.¹ Beunruhigenden Verhältnissen waren dagegen die Städte des Herzogtums Lüneburg damals unterworfen. Herzog Wilhelm von Lüneburg hatte alle Aussicht, keine Söhne zu hinterlassen und so den Mannesstamm seiner Linie aussterben zu sehen. Deshalb bestimmte er 1354, daß derjenige Präbendent die Nachfolge in seinem Herzogtum haben solle, welchen die Städte Lüneburg und Hannover als ihren Herrn anerkennen würden.² Gewiß ein Zugeständnis der Bedeutung und Macht der Städte, welches nicht gering anzuschlagen war!

Aber bald änderte er seinen Plan, errichtete im Juni 1355 mit Herzog Magnus von Braunschweig einen Vertrag,³ demzufolge dessen Sohn Ludwig Wilhelms Tochter Mathilde heiraten und so nach Wilhelms Tode beide Herrschaften vereinigen sollte. Bis zu seinem dreißigsten Jahre sollte Ludwig sich den Beschlüssen eines aus Geistlichkeit, Rittern und Ratsherren gebildeten Regentschaftsrates fügen und an dieselben gebunden sein. Dagegen verließ Kaiser Karl IV. dem Herzog Rudolf von Sachsen, Kurfürsten und Reichserzmarſchall, dessen Söhnen Rudolf und Wenzel und ihres verstorbenen Bruders Sohn Albrecht für den Fall von Wilhelms Ableben das Lüneburger Land als herzogliches Lehen.⁴ So spitzte sich die Lüneburgische Erbfrage im Sachsenlande schon jetzt zu einem Konflikt zu, welcher bald Unruhe und Kriegsgetümmel übergenug bringen sollte.

In einem bedeutungsvollen Lichte erschien schon am Vorabend des Streites die Rolle der lüneburgischen Städte. Sie wurden jetzt zu einem von beiden Parteien umschmeichelten Faktor, dessen Gewicht man wohl erkannte und durch Privilegien und Anerkennungen aller Art auf seine Waagschale zu legen suchte. Die verhältnismäßig große Anzahl der städtischen Mitglieder in dem Regentschaftsrat (5:8) zeigte das ebenso, wie das von Herzog Ludwig den Städten 1355, 9. Dezember, gegebene feierliche Versprechen,⁵ alle ihre Privilegien halten und schützen zu wollen, die spezielle Bestätigung der Privilegien Hannovers durch denselben,⁶ das Geschenk eines Werbers an die Stadt durch Herzog Wilhelm⁷ und die von ihm der Stadt er-

¹ Urkundenbuch der Stadt Braunschweig I, 40. Sudendorf II, Einl. XXXVII.

² Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 34 ff.

³ Sudendorf II, 561, 566.

⁴ Sudendorf II, 523; bestätigt auf dem Reichstage zu Reg 1356, 27. Dezember.

⁵ Sudendorf II, 533; Urkundenbuch der Stadt Hannover 339.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Hannover 340. Anno 1355, 22. Dezember.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Hannover 352. Anno 1356, 27. Oktober,

theilte Erlaubnis, Hannover gehörig zu befestigen.¹ Die Lüneburgischen Städte befanden sich so zwar in einer Lage, welche geeignet war, ihnen nach allen Seiten in ihrem Streben nach immer größerer Selbstständigkeit förderlich zu sein, welche sie aber auch in große Unsicherheit und zwischen zwei Feuer bringen konnte.

Nediglich die Störung und Gefährdung ihrer Handelsbeziehungen veranlaßte neben den Seestädten auch Goslar und Braunschweig am 20. Januar 1358, sich an dem Lübecker Beschlusse zu beteiligen, welcher ein Verkehrsgebot gegen Flandern aussprach.²

Unter diesen Verhältnissen kam der Abschluß eines umfassenden sächsischen Städtebundes zustande. Am 25. Juli 1360 vereinigten sich zu Braunschweig, wo ihre Ratsboten versammelt waren, die Städte Braunschweig, Goslar, Lüneburg, Hannover, Einbeck, Hameln und Helmstedt zum Nutzen und Frieden des Landes auf 3 Jahre von Michaelis ab zu einem Schutzbündnisse.³ Durch dieses Bündnis will sich keine der Städte gegen ihren Herrn, ihre Bundesgenossen und diejenigen, zu denen sie in engerer Beziehung steht, verbunden haben. Wenn Jemand, welchem Recht nicht verweigert ist, eine der Städte oder ihre Bürger mit Raub, Brand, Mord, Verwundung oder Gefangennahme verunrechtet oder so beschädigt, daß er Achtung verdient, so wollen die Verbündeten, falls jener Genugthuung verweigert, demselben bis er Ersatz leistet, auch über die Dauer des Bündnisses hinaus durch Speise, Futter, Handel, Hausung oder Unterhandeln keinerlei Vorschub leisten; jedoch steht es dem Geschädigten frei, mit dem Verunrechter zu unterhandeln. Jede der Städte soll ein Verzeichnis der Friedensbrecher führen zur Orientierung für die übrigen. In einem Kriege zwischen den Herren der Verbündeten darf jede Stadt ihrem Herrn beistehen. Der Rat jeder Stadt darf denjenigen, welcher seine Ehre angreift, sein Recht mißachtet oder ein Komplott gegen ihn anstiftet, auch jeden Laien, der einen andern in einer vor weltliches Gericht gehörenden Sache vor geistlichem Gerichte verklagt, ächten, und die übrigen Städte müssen diese Achtung anerkennen. Widerfährt einer Verbündeten Unrecht, so sollen die anderen sich für sie verwenden, daß ihr binnen 14 Tagen Recht geschehe. Ist diese Verwendung vergeblich, und kommt es deshalb zum Kriege, so soll Braunschweig 12, Helmstedt 3 und jede der übrigen Städte 5 leichte Reiter

¹ Sudendorf III, 45. Anno 1357, 9. Dezember.

² Vgl. D. Schäfer: Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark 249.

³ Sudendorf III, 114; Urkundenbuch der Stadt Hameln 507; Urkundenbuch der Stadt Lüneburg 540.

der Verunrechteten zu Hülfe senden. Kost, Futter und Fußbeschlag giebt die bedrohte Stadt, an sie fällt auch alle Beute. Diejenige Stadt, welche ein Fürst oder Herr belagern und zu Grunde richten will, oder zu deren Verderben sich im Innern ein Aufruhr gegen den Rat erhebt, wollen die Verbündeten mit aller ihrer Macht unterstützen. Die Hülfe soll auch geleistet werden, wenn ein Krieg das Bündnis überdauert, und keine Stadt darf einen Separatfrieden schließen. Ein aus zwei achtbaren Bürgern, — Diebrieh von dem Damme aus Braunschweig und Hans Mese aus Goslar — gebildetes Schiedsgericht soll entscheiden, welcher von zwei zu gleicher Zeit Hülfe fordernden Städten diese zu leisten sei, und wenn Irrungen zwischen den Bundesgenossen entstehen. Betrifft gleichzeitiges Hülfegeßuch oder eine Irrung Braunschweig oder Goslar, so soll der betreffende Schiedsmann durch einen Bürger aus Hannover ersetzt werden. Zum Schlusse versichern die Städte nochmals ausdrücklich, daß ihr Bund nicht gegen ihre Herrschaft gerichtet sei, auch deren Rechte nicht beeinträchtigen solle.¹

Die Bestimmungen des Bündnisses enthalten Schutzmaßregeln gegen alle Hauptarten von Bebrückungen und Beeinträchtigungen, denen die Städte damals vorzugsweise ausgesetzt waren. Zusage gegen gegenseitigen Schutzes gegen Verunrechtung im Allgemeinen, also namentlich wohl Landfriedensbrüche nach Außen, gegen die Uebergriße der geistlichen Gerichte, Empörung und Aufruhr gegen die leitenden Räte im Innern und gegen Willkür und Verunrechtung seitens der eigenen Herren. Denn so vorzüglich und das Mißtrauen der Herren beschwerend die Form auch gefaßt war, ja, trotzdem jene ausdrücklich von jedem Bundesgliede ausgenommen waren, und jeder Stadt sogar Kriegshülfe

¹ „Ok ne scal desse schrevene verbindinghe nicht wesen wedder use herscap, sunder also hir vore gescreven is, noch wedder use handuestinghe, noch wedder vse breue de we eer desser tid ghe gheuen hebbet.“ Subendorf III, 114. — Braunschweig führt als seine Herrschaft besonders an: Die Jungherren von Braunschweig alle, Herzog Wilhelm von Lüneburg und Herzog Magnus von Braunschweig; Goslar: Das Reich, Bischof Heinrich von Hildesheim, Herzöge Ernst d. älteren und Ernst d. jüngeren von Braunschweig (Grubenhagen und Göttingen), die Grafen Conrad von Wernigerode und Bernhard von Regenstein; Lüneburg und Hannover: Herzog Wilhelm von Lüneburg, Herzog Ludwig von Braunschweig und alle Ritter und Knechte in den beiden Städten; Gimbed: Herzog Ernst von Braunschweig-Grubenhagen, den Bischof von Hildesheim und Herrn Siegfried von Homburg; Hameln: Herzog Ernst von Braunschweig-Grubenhagen und seinen Sohn Albrecht, den Bischof von Hildesheim, Herzog Wilhelm von Lüneburg und die Grafen von Schaumburg; Helmstedt: Die Herzöge von Braunschweig „de den wy hulde plichtich sint,“ den Herren Gebhard und Burchard von Warburg, Heinrich von Beltheim und Hans von Honelege. —

für ihren Herrn gestattet war, gegen die Landesherren war der Bund ohne Zweifel auch, wenn auch nicht hauptsächlich, gerichtet. Mit den eben erwähnten Bestimmungen und Freilassungen war das Bündnis für die Fürsten nur überzuckert, ein Teil des Kernes war für sie dennoch bitter: Das ist die bestimmte Zusage gegenseitiger Waffenhilfe mit aller Kraft gegen Bedrängung eines Bundesgliedes durch einen Fürsten oder Herrn. Unter Bedrängung verstanden die Städte sicher nicht nur direkten Angriff und Belagerung, sondern auch sonstige ihrem Selbstständigkeitsstreben gefährliche Maßnahmen ihrer Herren.¹ Außerdem war es gar nicht von so großer Bedeutung für die Herren, daß sie einzeln von ihren Städten von dem Vorgehen der letzteren gegen sie ausgenommen waren, da ja die einzelnen Städte verschiedene Landesherren und in einem Kriegsfalle die jenen nicht unterthanan Städte vollen Spielraum hatten, die durch das Bündnis bestimmte Hülfeleistung in Kraft treten zu lassen. So konnten z. B. Lüneburg und Hannover bündnismäßig bei allen verbündeten Städten außer Braunschweig und Hameln auf Hülfe gegen ihren Herzog rechnen, Braunschweig gegen Herzog Magnus auf solche von allen Bundesgliedern mit Ausnahme von Helmstedt. Daß die Städte eben, um keinen Argwohn gegen die Art des Bündnisses zu erwecken, die zu stellende Truppenzahl ziemlich gering ansetzten, ist nur ein neuer Beleg dafür, wie diplomatisch die ganzen, bei oberflächlicher Betrachtung den Herren ungefährlich erscheinenden, Bestimmungen abgefaßt, und wie die Städte dennoch bundesgemäß imstande waren, im Ernstfalle mit aller Kraft gegen ihre Herren einzutreten. Freilich war der Bund nicht vorwiegend gegen die Herren gerichtet, die Bestimmungen gegen räuberische Friedensbrecher waren von nicht geringerer Bedeutung, ebenso das Einschreiten gegen die in jener Zeit häufig mit elementarer Gewalt gegen die innere Ordnung in den Städten sich erhebenden Aufstände der niederen Klassen und die Maßregeln gegen Eingriffe der geistlichen Gerichte in das bürgerliche Rechtsverfahren. Die schwachen Punkte des Bündnisses lagen in der kurzen, nur dreijährigen Dauer desselben und in der Erlaubnis, daß in einem Kriege zwischen den Herren der Verbündeten jede derselben ihrem Herrn mit den Waffen beistehen durfte. Konnten nicht in einem solchen Falle die Bürger einer Stadt gegen diejenigen ihrer Bundesgenossen die Waffen erheben, und war damit nicht die ganze Kraft des Bündnisses, soweit es sich gegen die Herren der Städte richtete, gelähmt? Freilich ist dies sicherlich auch einer von den Punkten, welche den Fürsten den Bund als ihnen nicht gefährlich erscheinen lassen.

¹ Vgl. Sudendorf III, Einl. XX.

sollten, und ohne Zweifel konnten ja die Städte den sonstigen Bestimmungen zufolge ihre Hülfe ihrem Herrn verweigern oder doch als Belohnung für eine schwach geleistete wichtige Rechte von ihren Herren erlangen; aber schon die in dem Bündnisse ausgedrückte Möglichkeit eines feindseligen Zusammenstoßes der verbündeten Städter, auf welche sich eine Stadt gegen den Vorwurf, sie habe die andere nicht, wie das Bündnis bestimme, gefördert und geschützt, jederzeit stützen und wodurch sie sich rechtfertigen konnte, — diese Möglichkeit war ein wunder Punkt in dem durch den Bund geregelten gegenseitigen Verhältnisse der Städte.

Weshalb die Halberstädtischen Städte diesem Bunde fernblieben, ergibt sich aus den S. 35 ff. geschilderten engeren Verhältnissen, ebenso das Fehlen von Magdeburg, Halle und den Göttingenschen Städten. Auffallend ist, daß Lüneburg und Hannover, welche vorher noch nie einem Städtebunde angehört hatten, jetzt einem solchen beitraten. Wahrscheinlich suchten die beiden Städte das Ansehen und den Einfluß, welchen sie im Lande als Mitglieder des Regentschaftsrates gehabt, aber joeben durch Verdrängung aus dieser Stellung wieder verloren hatten, auf diese Weise wiederzugewinnen.¹ Hameln und Einbeck wurden wahrscheinlich durch Braunschweig, welches schon jetzt die Führerrolle unter den binnensächsischen Städten kräftig übernahm und mit Goslar und Helmstedt eine festere kleine Gruppe unter denselben bildete, in den Verband gezogen.

Das Dezennium, welches zwischen diesem Bunde und der nächsten größeren Vereinigung der sächsischen Städte lag, war für die Fortentwicklung der Städtebündnisse von bedeutendem Interesse. Es ließ mehr und mehr die hansischen Bestrebungen der oft uneinigen, oft in kleinen Einzelbündnissen vereinten Städte als den Hintergrund durchschimmern, auf welchem die nun bald größeren und häufigeren Städtebündnisse sich mit etwas grellen Farben abhoben, um erst in späteren Jahrzehnten mit diesem ganz zu verschwimmen. Die dem Bunde von 1360 ferngebliebenen Halberstädtischen Städte hatten, um drohenden Kriegsgefahren in ihrer Nähe vorzubeugen, 1361, 9. Januar, mit Bischof Ludwig von Halberstadt gegen ihre alten Feinde, die Grafen von Regenstein und Wernigerode, ein festes Bündnis geschlossen;² wiederum ein Zeichen dafür, daß bisweilen

¹ Sudendorf III, Einl. LXXVIII.

² Der Bischof stellt 100, die Städte 50 Gewaffnete, Gewinn und Verlust wird nach Mannzahl geteilt. Bei durch Belagerung erzwungener Eroberung von Schlössern erhält der Bischof $\frac{3}{4}$, die Städte $\frac{1}{4}$ der Beute; ein im Sturm genommenes Schloß fällt mit aller Beute an den Bischof, doch darf dieser es ohne Zustimmung der Städte in keine fremde Hand bringen. — Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 176.

die Glieder größerer Städtebündnisse letzteren nur aus eigennützigsten Beweggründen beitraten und wenn sie nicht allzusehr gefährdet schienen, in kleinlicher Politik sich lieber durch räumlich eng begrenzte Zusammenschlüsse zu sichern bestrebt waren.

Kurz nach Abschluß des großen Bundes von 1360 trat an die sächsischen Städte eine Frage heran, welche sie durch ihre Haltung ablehnend beantworteten. Die Seestädte versuchten damals alle der Hanse angehörigen oder doch nahestehenden Städte zur Teilnahme an einem gegen Waldemar von Dänemark zu führenden Feldzuge zu bewegen. Lübeck vor allen ersuchte¹ Lüneburg 1361, 18. April, um eine dahin zielende Besprechung und Anregung bei den benachbarten Städten, erhielt aber durch Braunschweig, welches jetzt schon als anerkanntes Haupt der sächsischen Städteeinigungsbestrebungen galt, einen abweisenden Bescheid.² So hielten sich die sächsischen Städte in territorialer Abgeschlossenheit den hanfischen Kriegsberatungen gegen Dänemark fern.³

Im Anfange der sechziger Jahre war die Lage der sächsischen Städte im Allgemeinen eine ruhige und befriedigende. Das nicht am Bunde von 1360 beteiligte Göttingen, im besten Einvernehmen mit seinem Herzog, erhielt von diesem das wichtige Recht, die Stadt und ihre Festungswerke zu erweitern,⁴ Hameln von den Braunschweiger Herzögen Bestätigung seiner Privilegien,⁵ Hannover machte sich den Herzog Wilhelm durch größere Darlehen ebenfalls geneigt,⁶ an Braunschweig hatte Wilhelm schon 1360 wichtige Gerechtsame verpfändet,⁷ und Magdeburg hatte an seinem Erzbischof Dietrich einen Herrn, der Rechte und Freiheiten der Stadt respektierte,⁸ ja, durch ein 1362, am 15. Dezember,⁹ mit den Bischöfen von Brandenburg und Havelberg, den Markgrafen Ludwig und Otto von Brandenburg,

¹ Hanserezeffe I, 252.

² Hanserezeffe I, 253. Mitte Mai 1361. Die Stadt schüßte gehäufte Geschäfte als Grund vor.

³ Ohne Zweifel war die Hanse damals noch ein sehr loser Verband, der die sich zu ihr rechnenden Städte zu keinen Leistungen verpflichten konnte und von der Haltung der territorial zusammengehörigen Städtegruppen noch teilweise abhängig war. (Vgl. D. Schäfer: „Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark“ 568 ff.) Daß einzelne Städte übrigens der Sache nicht ganz teilnahmslos gegenüber standen und ihr Interesse an derselben bekundeten, bezeugt eine von den Lüneburger Consuln geleistete freiwillige Beihilfe von 200 Mark. — Hanserezeffe I, 287.

⁴ Am 9. Oktober 1362; Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 216.

⁵ Am 7. April 1363: Urkundenbuch der Stadt Hameln 539, 540.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Hannover 422.

⁷ L. Hänfelmann, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig I, 43.

⁸ Stadtchronik Magdeburg I, 427.

⁹ Codex diplom. Anhalt. IV 283.

Rudolf von Sachsen und anderen Herren zum Schutze ihrer Länder abgeschlossenes und 1363, 26. April,¹ auf 3 Jahre für sein Gebiet besonders festgesetztes Landbesiedlungsbündnis, in welches er auch Magdeburg selbst hincinzog, für Sicherheit in seinem Erzstifte zwischen Elbe und Bode gesorgt. —

Inzwischen mußten doch die Städte zu der in ein weiteres Stadium getretenen Lüneburgischen Erbfrage Stellung nehmen. Dieser unselige Lüneburger Erbstreit wurde von unheilvollem Einflusse auf die weite Ziele suchenden Einigungsbestrebungen der sächsischen Städte. Da sich Herzog Wilhelm von Lüneburg beharrlich weigerte, die vom Kaiser beliebte Eventualbelehnung Albrechts, Rudolfs und Wenzels von Sachsen mit dem Lüneburger Lande anzuerkennen, vielmehr an seinem mit Herzog Magnus abgeschlossenen Erbvertrage festhielt, war gegen ihn 1363 die Reichsacht² und an alle Unterthanen des Landes der Befehl erfolgt, dem Herzoge Rudolf von Sachsen zu huldigen. Aber Wilhelm und Magnus trozten dem Kaiser und suchten sich einerseits durch mannichfache Bündnisse³ gegen den drohenden Sturm zu sichern und andererseits durch weitgehende Gnadenbeweise die Städte, namentlich Lüneburg, an sich zu ketten.⁴ Dies gelang ihnen auch. Die Städte hielten getreulich zu ihnen und huldigten Wilhelms Wunsch gemäß im Oktober 1367 dem Herzog Magnus von Braunschweig. Das war wieder ein Moment des Fürstenhabers, welchen die selbstsüchtige Politik der Städte nicht ungenützt vorübergehen lassen konnte. Der Vorteil war dabei ihr Leitstern, nicht das Gefühl des Rechtes, welchem sie in der einige Jahre später erfolgten Verschärfung der Frage durchaus nicht gleichmäßig huldigten, der aber unter ihnen selbst Uneinigkeit, ja offene Feindseligkeiten hervorrief.

Inzwischen dauerte die Spannung zwischen den um Braunschweig gruppierten Städten und den Halberstädtischen fort. Am 20. September 1366 kündigte sogar der Braunschweiger Rat dem Bischof Albrecht von Halberstadt, dem Domkapitel, sowie den Städten Halberstadt, Quedlinburg und Mithersleben und anderen

¹ v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saal-Kreyses I, 33. Friedensbrecher soll man verfolgen, Niemand sie haufen und unterstützen; auf Waffentruß soll Jedermann bei hoher Geldstrafe mit ganzer Macht folgen, vorher aber mit allen Kräften dahin wirken, daß dem Kläger vor dem Richter sein Recht werde. Vgl. auch S. A. Erhard: „Mitteilungen zur Geschichte der Landfrieden in Deutschland, vornehmlich des Westfälischen Landfriedens im vierzehnten Jahrhundert mit besonderer Rücksicht auf Thüringen“ 14.

² Am 15. Juli. Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 35.

³ Sudendorf III, 170, 210, 282, 295.

⁴ Sudendorf III, 284, 290. Urkundenbuch der Stadt Hannover 441, 442.

Stiftsstädten insbesondere nur „uses heren willen hertoghen Magnus van Brunswich“ Fehde an,¹ mit der Versicherung, ihnen nach Kräften Schaden zufügen zu wollen. Fortgesetzte Räubereien waren die Veranlassung dazu. So klappte der schon vorher bestehende Spalt der Uneinigkeit unter den Städten immer weiter und bald äußerte er seine nachteilige Wirkung in den nächsten Städtebündnissen.

Die doppelzüngige Politik Karls IV. gegen Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg hatte diesen nebst dem Markgrafen Otto von Brandenburg zu einem landfriedensartigen Vertrage zum Schutze der beiden Länder vermocht, welcher auch für die Städte des Herzogtums bindend sein sollte.² Er vermochte aber nicht den Städten Sand in die Augen zu streuen. Sie gingen, in lange erwachtem Bewußtsein ihrer Bedeutung eigene Wege. Namentlich Lüneburg und Hannover spielten damals eine äußerst wichtige Rolle. Einerseits nahmen sie gerade damals eine bedeutende, wenn auch nur beratende und schiedsmännische Stellung in den hanfischen Angelegenheiten ein,³ andererseits aber mußten sie den zum Waffenausgang neigenden Lüneburger Erbstreit zum großen Teile von ihrem Verhalten abhängig zu machen und zu ihrem Vorteil möglichst auszubeuten.

Neue Kriegsunruhen, durch Fürsten verursacht und unter Beistand einiger sich sonst nahestehender Städte ausgetragen, waren nicht geeignet, das Verhältnis der Städte zu einander freundlicher zu gestalten. Im Jahre 1367 bildete sich ein großer Bund sächsischer Herren⁴ gegen Bischof Gerhard von Hildesheim. Letzterer aber schlug ihr Heer am 3. September bei Dinklar vollständig aufs Haupt. Die ihm treu ergebenden Hildesheimer Bürger verhalfen ihm namentlich durch ihre Tapferkeit zu diesem Siege.⁵ In diesem Kampfe standen sich Hildesheimer und Braunschweiger Bürger, letztere unter den Fahnen des Herzogs

¹ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 181.

² Am 1. Juli 1366. Sudendorf III, 302.

³ In einer Entschädigungsklage von Rostock und Kiel gegen Hamburg betreffs Erstattung im dänischen Kriege entstandener Kosten wurden Lüneburg und Hannover 1366 und 1367 als Schiedsrichter angerufen und ihr Urteil anerkannt. — Hanserezesse I, 376, 388, 390; Urkundenbuch der Stadt Hannover 438; — Hanserezesse I, 393, 406, 411. — Von Magnus und Wilhelm erlangten die Städte, die der Anerkennung des ersten unerwartete Schwierigkeiten entgegensetzten (vgl. Sudendorf III, Einl. CXXIX und CXXXI.) weitgehende Privilegien (Sudendorf III, 330; Urkundenbuch der Stadt Hannover 442), eine Frucht ihres selbststündigen Verhaltens.

⁴ Als Teilnehmer sind genannt Erzbischof Dietrich von Magdeburg, Bischof Albrecht von Halberstadt, Fürst Walbemar von Anhalt, Gebhard von Mansfeld und Herzog Magnus von Braunschweig.

⁵ D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 89.

Magnus, mit gewaffneter Hand gegenüber, die Bürger zweier durch ihre zeitweise errichteten Bündnisse nach gleichen Zielen strebender Städte; so stark war doch noch der Einfluß der Fürsten auf ihre Städte und die Zersahrenheit und selbstsüchtige Politik der letzteren!

In ihren weiteren Plänen zeigten die sächsischen Städte freilich eine ziemliche Einmütigkeit, namentlich in ihrem Verhalten zu dem zweiten Hansekriege gegen Dänemark. Der Kölner Konföderation, welche im November 1367 den Krieg beschloß,¹ standen sie zwar nicht fern, sondern verfolgten den Gang der auch für sie hochwichtigen Ereignisse mit vollem Interesse, ja passivem Beistande; Braunschweig, Hildesheim, Magdeburg, Hameln, Hannover und Lüneburg wurden zu dem Bündnisse gegen den Dänenkönig herangezogen,² ihr Beistand war jedoch ein sehr geringer. Er erstreckte sich, da die sächsischen Binnenstädte zur Stellung von Contingenten nicht herangezogen wurden, in der Hauptsache auf die strikte Befolgung der gegen Dänemark erlassenen Handelsverbote und die Entrichtung eines hohen Pfundzolles.³ Der Kriegszug der Hanse wurde ja auch nach dem Siege derselben bereits am 24. Mai 1370 durch den Stralsunder Frieden abgeschlossen, und für die Binnenstädte trat die Lüneburger Erbfrage mit um so größerer Dringlichkeit in den Vordergrund, und einerseits nahm sie wegen ihrer alle benachbarten Kreise hineinziehenden Gestalt auch die nicht unmittelbar beteiligten sächsischen Städte vollauf in Anspruch, andererseits thaten dies bereits wieder angeknüpfte Verhandlungen zum Abschlusse neuer

¹ Vgl. D. Schäfer: Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark 432.

² Hanserezeß I, 418, 426; Urkundenbuch der Stadt Hannover 451. Siehe D. Schäfer: Die Hansestädte zc. 446—458.

³ Hanserezeß I, 426; D. Schäfer: Die Hansestädte zc. 457. — Anm. Zwar richtete der Lübecker Rat am 10. August 1368 u. a. an Braunschweig, Hannover, Hameln, Goslar, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Göttingen, Einbeck, Magdeburg das Ersuchen, falls diesen Städten befreundete Fürsten und Herren gewillt seien, den Dänenkönig gegen die Hanse zu unterstützen, sie davon durch Bitten und Vorstellungen nach allen Kräften abzubringen. (Hanserezeß I, 475; Urkundenbuch der Stadt Hannover 452.) Aber diese sächsischen Städte waren vorderhand mit näher liegenden Interessen zu sehr beschäftigt, um dieser Bitte genügend nachzukommen; außerdem fürchteten die braunschweigischen und lüneburgischen Städte auch, den durch ihre Haltung in dieser Angelegenheit schon erregten Unwillen ihres, Waldemar wohlgesinnten, Herzogs noch zu erhöhen. (Anm. Auch diese Städte befanden sich unter den im April 1368 dem dänischen Könige abziehenden. Sudendorf III, Einl. CXL.) Letzterer hat auch — obwohl urkundliche Zeugnisse dafür fehlen — seinen Städten die fernere Teilnahme am dänischen Kriege ohne Zweifel untersagt; die ganze fernere Teilnahmslosigkeit der Städte läßt dies als sicher annehmen. Vgl. Sudendorf III, Einl. CXLII.

Städteverbindungen, welche zur Bildung eines größeren Bundes führten. Der letzte größere Städtebund von 1360 muß eine, wahrscheinlich mehrmalige, Erneuerung resp. Fortsetzung bis zum Abschlusse des neuen Bundes im Jahre 1370 erfahren haben.

In den bezeichnenden Schreiben wenigstens, welche Hildesheim, bekanntlich nicht dem Bunde von 1360 angehörend, an die befreundeten Städte richtete, und welche dieser Stadt Absicht, sich dem Bunde ebenfalls anzuschließen, deutlich erkennen lassen, werden „die sieben Städte“¹ nach Ende der sechziger Jahre als „verbündet“ aufgeführt. In dem einen dieser Schreiben fragte Hildesheim wegen etwaiger Sendung eines seiner Ratsboten an die Städte an,² in einem anderen forderte es den Hannoverschen Rat zu einer gemeinsamen Sendung an die verbündeten Städte auf,³ in einem dritten erbat es von dem Hannoverschen Räte Auskunft über einen gemeinsamen Zug der verbündeten Städte.⁴ Diese Annäherungs-Bestrebungen Hildesheims, welche sich auch in einer Klage der Stadt an Hannover über den Dompropst Nikolaus und der Bitte um Hannovers Vermittelung,⁵ sowie in einer Entschuldigung des Hildesheimer Rates bei dem von Hameln wegen Teilnahme Hildesheimer Bürger an dem Zuge ihres Bischofs gegen Hameln⁶ äußerten, führten gar bald zu dem erwünschten Ziele. Mitte 1369 fanden Verhandlungen zwischen Braunschweig und Hildesheim statt. Der Rat letzterer Stadt erbot sich dem Braunschweiger zu einer in Peine demnächst abzuhaltenden Tagfahrt.⁷ Diese muß zu bündnerischen Abmachungen geführt haben, denn wenig später bestätigte der Hildesheimer Rat dem Braunschweiger die in Peine geflogenen Bündnisverhandlungen,⁸ und wieder kurz darauf beschwerte sich Braunschweig bei Gerhard von Hildesheim über Hildesheim, weil es Feinde Braunschweigs hause,⁹ und ersuchte den Bischof, die Stadt zum Rechte anzuhalten.¹⁰

¹ Damit wären also gemeint: Braunschweig, Goslar, Helmstedt, Lüneburg, Hannover, Hameln und Einbeck. — cf. Bündnis von 1360.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 244.

³ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 261.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 264.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 250.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 275.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 287.

⁸ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 289: „also wille we os mit juk vruntliken irenen unde verbinden, icht gi ghebedet unde icht ghik dat beheghelik is.“

⁹ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 298; Hildesheims Rechtfertigung II, 299.

¹⁰ Die Haufung der Feinde war jedenfalls ein Verstoß gegen die bündnerischen Abmachungen. —

Auf eine Fortführung der bündnerischen Zusammenschlüsse weist auch ein Ende der sechziger Jahre zwischen Lüneburg und Hannover geschlossenes Sonderbündnis hin.¹ Es war dies ein Schutzbündnis zur gemeinsamen Abwehr von Verunrechtungen, welches jede Stadt verpflichtete, binnen acht Tagen ihrer Verbündeten zu Hilfe zu kommen, ihrer Angreifer Feind zu werden und mit ihnen keine Einzelsühne einzugehen. Vielleicht gab der voraussehende Lüneburger Erbstreit den ihre Rolle darin ahnenden beiden Städten die Veranlassung zu diesem Bündnisse.

Das Bedürfnis, sich wieder in einem festeren Bunde zusammenzuschließen, machte sich auch bald durch Verhandlungen zwischen einzelnen Städten und engeren Anschluß derselben aneinander geltend. Im Juni 1370 ersuchte der Lüneburger Rat den Hannoverischen um eine Zusammenkunft zu Hermannsburg auf den nächsten 29. Mai, wo man wichtige Dinge verhandeln wolle,² und am 1. September desselben Jahres wurde ein enges Schutzbündnis auf 3 Jahre zwischen Braunschweig und Hannover abgeschlossen.³ Die beiden Städte verpflichteten sich bei Verunrechtung binnen 14 Tagen sich gegenseitig Recht zu verschaffen und wenn dies vergeblich wäre, den Friedensstörer nicht zu haufen und zu pflegen, ihm in keiner Weise förderlich zu sein, dagegen der Verbündeten nach Kräften beizustehen und sie vor Gefahr zu warnen.

In diesen Einzelbündnissen fühlte man sich bei der durch den Lüneburger Erbstreit drohenden Unsicherheit doch nicht genügend stark, und weitgehende Verhandlungen zum Zwecke eines umfassenderen Städtebundes mußten stattgefunden haben.

Diese Verhandlungen hatten endlich am 6. Dezember 1370 den Abschluß eines umfangreichen Bündnisses sächsischer Städte zur Folge.⁴ Als Teilnehmer dieses Bundes führen die Urkunden Hannover, Goslar, Minden, Hilbesheim, Hameln und Einbeck, seine Dauer auf 3 Jahre, von Ostern 1371 bis dahin 1374, an. Die Städte bestimmten in den Satzungen, daß, falls eine Verbündete verunrechtet würde, die anderen Recht für sie bitten, auch den Herzog Magnus von Braunschweig ersuchen sollten, daß

¹ Urkundenbuch der Stadt Lüneburg I, 609. Das Datum ist nicht festzustellen; höchstwahrscheinlich fand der Abschluß Ende der sechziger Jahre statt.

² Sudendorf IV, 29. Ob es sich dort um Erneuerung des auf unbestimmte Zeit Ende der sechziger Jahre zwischen den beiden Städten eingegangenen Bündnisses handeln sollte, ist nicht ersichtlich. —

³ Sudendorf IV, 43.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 312; Urkundenbuch der Stadt Hameln 584.

er der Verunrechteten Recht verschaffe. Erreichen sie damit binnen 14 Tagen nichts, und weigert sich der Herzog, so wollen sie einträchtig den Uebelthäter weder haufen noch speisen, noch irgend einer Weise unterstützen. Wird eine verbündete Stadt durch Belagerung, Verbauung oder Ueberfall bedrängt, so sollen die anderen, sobald sie es erfahren, ungesäumt zusammenkommen und der bedrängten Stadt Bestes durch Rat und That mit aller Kraft schaffen. Entsteht Zwist und Uneinigkeit in einer der Städte gegen den Rat, so soll es jede Stadt den anderen sofort mitteilen, deren Ratsleute alsdann sogleich zusammentreten und den Streit mit allem Fleiße schlichten; die der bedrängten zunächst gelegene Stadt soll die übrigen zur Zusammenkunft und Beratung veranlassen. Streitigkeiten zwischen Verbündeten sollen vor den Rat von Minden gebracht werden, der sie in Freundschaft und nach Recht schlichten soll. Ist Minden an dem Streite beteiligt, dann soll der Hilbesheimer Rat schlichten. Schadenersatz soll binnen vier Wochen nach dem Urteil erfolgen. Jede Stadt ist verpflichtet, ihre Verbündeten überhaupt vor allem Ungemach und drohendem Schaden zu warnen und diese Abmachungen gegen Jedermann, mit Ausnahme des Herzogs Magnus, zu halten.

Dieser den früheren ähnliche Bund trägt das Gepräge eines Schutzbündnisses gegen Verunrechtungen seiner Teilnehmer von Außen und gegen drohende Gefahren in den Mauern der Städte. Im Vergleich zu ähnlichen früheren Bündnissen sind seine Bestimmungen weniger umfassend und ins Einzelne gehend; so lassen sie z. B. die Festsetzung einer zu stellenden Waffenmacht für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes, die Zahlung von Beiträgen und regelmäßige Zusammenkünfte außer Berechnung. Es gewinnt nach den Teilnehmern und der ganzen Haltung der Bestimmungen den Anschein, als sei der Bund zur Stellungnahme der Städte in der Lüneburger Frage, vielleicht zu Gunsten des Herzogs Magnus,¹ abgeschlossen worden.

Von den Teilnehmern früherer großer Bündnisse fehlten Helmstedt, Magdeburg und die Halberstädtischen Städte. Während Helmstedts Fernbleiben keine genügende Erklärung findet, ist es klar, daß Magdeburg und die Halberstädtische Gruppe, ohnehin in seltenem und mehr hanseischem Anschlusse an die Städte der braunschweigischen Lande und ohne engeres Interesse an der Lüneburger Frage, diesem Bunde aus selbstlichen Rücksichten sich fern hielten. Braunschweig und Lüneburg haben wahrscheinlich an dem Bunde ebenfalls teilgenommen, ersteres als mit Hannover und Hilbesheim verbündet, Lüneburg noch immer in bündnerischem

¹ Vgl. darüber S. 49 f.

Einvernehmen mit Hannover stehend. Zwar sind beide urkundlich als Teilnehmer nicht angeführt, aber ihre Mitgliedschaft scheint sicher. Diejenige Braunschweigs wird durch einige Urkunden unzweifelhaft. Anfang Juni 1371 nämlich schrieb der Braunschweiger Rat an den Hannoverischen, letzterer habe Braunschweigs Feind, dem Herzog Albrecht, die Thore geöffnet, außerdem drei erklärte Feinde Braunschweigs aufgenommen; das sei gegen das Bündnis.¹ Die Entgegnung Hannovers² und Braunschweigs Beschwerde an das verbündete Hildesheim und Hameln³ sprechen ebenfalls von einem Bündnisse zwischen den beiden Städten. Ist nun mit diesem Bündnisse ohne allen Zweifel auch das am 1. September zwischen Braunschweig und Hannover geschlossene gemeint, so zeigt sowohl die Thatsache, daß bei früheren Bündnissen durch Teilnahme einer Stadt, welche schon sonst mit einer anderen in einem Bundesverhältnisse stand,⁴ diese letztere ohne weiteres an dem neuen Bündnisse teilnahm, als auch der Umstand, daß Braunschweig zur Abstellung des bündniswidrigen Benehmens Hannovers sich an zwei andere Glieder des Bundes vom Dezember 1370 wandte, daß auch Braunschweig diesem Bunde als Teilnehmer zugerechnet werden muß. Bestand das frühere Bündnis⁵ zwischen Hannover und Lüneburg noch, woran bei den jetzt mehr denn je gemeinschaftlichen Interessen der beiden Städte, sowie mit Rücksicht auf das S. 46 Ausgeführte, kaum zu zweifeln ist, so darf auch Lüneburg als Teilnehmer des Bundes vom 6. Dezember 1370 angesehen werden.

Inzwischen hatte Karl IV. am 3. März 1370 den Herzögen Rudolf, Wenzel und Albrecht von Sachsen-Wittenberg die Belehnung mit dem Lüneburger Lande erneuert und den Städten Lüneburg und Hannover bei Verlust ihrer Rechte und Freiheiten die Anerkennung der Herzöge als ihrer Herren unter Mitteilung von der Achtung des Herzogs Magnus geboten.⁶ Es kam auf die Haltung der Städte des Lüneburger Landes sehr viel an, namentlich Lüneburg und Hannover mußten den Ausschlag geben. In diese kritische Zeit fiel dann das Städtebündnis vom 6. Dezember.

Die nächste Zeit war Einigungsbestrebungen der sächsischen Städte durchaus ungünstig. Infolge des ausbrechenden Lüne-

¹ Sudendorf IV, 181.

² Sudendorf IV, 184.

³ Sudendorf IV, 189.

⁴ Vgl. auch L. Hänfelmann in „Hansische Geschichtsblätter“ 1873, 25, von: Braunschweig in seinen Beziehungen zu den Harz- und Seegebieten.

⁵ cf. S. 46.

⁶ Sudendorf IV, 10, 34. Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 90.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

burger Erbstreites herrschte in den braunschweigischen Landen die denkbar größte Verwirrung und Unsicherheit. Nichts war den Ständen und in erster Linie den ihre Bedeutung fühlenden Städten des Landes heilig als ihr eigenes Interesse, der nackte Eigennutz, der sogar soweit ging, daß einander eng befreundete oder gar durch Bündnisabluß verkettete Städte sich offen befehdeten. Das Bündnis von 1370 hatte eine Probe durchzumachen, die es nicht bestand. Ueberhaupt zeigte sich in dem Austrage des Erbstreites, wie sehr die Interessen der Städte und ihre ganze Politik, neben ihrer sehr regen Beziehung zur Hanse, noch immer von den territorialen Streitigkeiten ihrer Fürsten abhängig waren, wie wenig einig sie sich doch damals bei solchen Verhältnissen fühlten, und wie gerne einzelne ihrer Gewinnsucht alles hintansetzten, ohne Rücksicht auf ihre bundesfreundlichen Verhältnisse die Bande der letzteren schonungslos lockerten und zerrissen.

Lüneburg, welches Herzog Magnus allerdings unflugerweise schwer bedrängte,¹ fiel sogleich von ihm ab, nachdem es in kurz vorher gepflogenen Verhandlungen mit Hannover dieses ebenfalls zum Abfall zu bewegen versucht hatte.² Endlich vermochte auch Hannover den Lockungen der ihm von den sächsischen Herzögen in Aussicht gestellten oder schon gegebenen Privilegien³ nicht länger zu widerstehen und schlug sich ebenfalls auf die Seite der Gegner ihres Herrn; nur Braunschweig⁴ blieb dem Herzog Magnus treu. So griff ein tiefer Zwist mit zerstörender Hand in die bündnerischen Beziehungen dieser Gruppe des sächsischen Städtebundes von 1370 ein. Schon am 14. März 1371 kündigte Braunschweig der Stadt Lüneburg Fehde an⁵ und im Juni richtete es an Hannover ein Schreiben, in welchem es der Stadt bündniswidrige Handlungen vorwarf und sie zur schleunigen Genugthuung aufforderte.⁶ Letztere verweigerte aber Hannover, indem es seinen Abfall und sein Benehmen mit sophistischen Gründen zu rechtfertigen suchte. Kein Städtebündnis verbinde gegen den Kaiser und dürfe dessen Rechte und die des Reiches nicht benachteiligen, führten die Ratsleute Hannovers aus.⁷ Eine eigenartige Verteidigung, der sowohl die Thatfachen als auch die Grundzüge früherer Städtebündnisse entschieden wider-

¹ Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 91 ff.

² Sudendorf IV, 87, 88, 93, 99.

³ Sudendorf IV, 92, 132, 179.

⁴ Ebenso Helmstedt, welches dem Städtebunde aber nicht angehörte.

⁵ Sudendorf IV, 142.

⁶ Sudendorf IV, 181.

⁷ Sudendorf IV, 184.

sprachen. Der Braunschweiger Rat aber wandte sich mit seiner Klage an die übrigen Mitglieder des Städtebundes,¹ der jedoch eine Entscheidung aus sich in dieser Sache nicht herbeizuführen vermochte.² Die Klagen und Widerklagen Braunschweigs einerseits und Lüneburg-Hannovers andererseits vor dem Städtebunde und des letzteren vergebliche Vermittelungsversuche lassen zur Genüge erkennen, wie wenig durchgreifende Kraft dieser Städte-einung doch innewohnte und wie lose und wirkungslos solchen trostlosen Verhältnissen gegenüber diese Einrichtung war.

So lagen die Sachen, als Karl IV. am 13. Oktober 1371³ alle Reichsangehörigen zur Unterstützung der sächsischen Prätendenten und zur Befehdung ihrer Gegner aufforderte, unter der Mitteilung, daß er Herzog Magnus mit seinen Helfern, u. a. den Städten Braunschweig und Helmstedt, in die Acht gethan habe. Den Städten insbesondere, wie Magdeburg, Lübeck, Hildesheim, Hamburg, Minden, Halle befahl er bei hoher Strafe, dem Herzog Magnus diese Urkunde zuzustellen und sie öffentlich kundzugeben. Hannover, Lüneburg und Uelzen hielten sich nach wie vor zur kaiserlichen Politik. Wenn Lüneburg dies auch wegen Magnus rücksichtslosen Benehmens gegen die Stadt mit einer gewissen Berechtigung that, so ist doch seine, sowie besonders Hannovers Haltung eine dem Städtebunde Hohn sprechende und nur von Eigennutz diktierte zu nennen. Die angebahnten Verhandlungen zwischen den Bannherren um das Lüneburger Land zerfielen sich,⁴ und die Wirren dauerten zum Schaden eines guten Einvernehmens zwischen den Städten unvermindert fort.⁵

Der am 25. November 1371 zu Bauzen von Karl IV. für Westfalen festgesetzte Landfrieden⁶ erstreckte seine segensreichen Folgen vorläufig nur auf die Gebiete dieses Landes, und eine Nachahmung desselben, der Landfriede, welchen unter des Kaisers Auspizien sein Sohn Wenzel mit dem Erzbischofe von Mainz, dem Bischof von Raumburg, den Grafen von Gleichen, Hohnstein, Schwarzburg, Stolberg und den Städten Erfurt, Nordhausen und Mühlhausen am 28. März 1372 auf 10 Jahre schloß,⁷ betrafte ebenfalls nur dem Interessentkreise der sächsischen Städte benachbarte Gebiete.

¹ Sudendorf IV, 189.

² Sudendorf IV, 192, 194.

³ Sudendorf IV, 219.

⁴ Sudendorf IV, 311.

⁵ Hanserejesse II, 9; Sudendorf IV, Einl. LXVIII.

⁶ Seiberg, Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen II, 824. Vgl. S. Mendthal: Die Städtebünde und Landfrieden in Westfalen 50 f.

⁷ Sudendorf IV, Einl. C.

Göttingen ging damals ganz an dem Zeitseile seines Herzogs Otto; Hildesheim, durch sein Bündnisverhältnis mit den sich beherrschenden Städten in schwieriger Lage, nahm im Einvernehmen mit seinem Bischof eine vermittelnde Stellung ein. Magdeburg und Halle waren um diese Zeit mit eigenen inneren oder mehr hansischen Angelegenheiten beschäftigt,¹ ebenso die Halberstädtischen Städte;² das Schwergewicht der Interessen der sächsischen Städte lag in dem Lüneburger Streite und dem durch ihn herbeigeführten Zwiste unter den Städten.

In Etwas wenigstens kam das Bundesverhältnis, in welchem die Städte standen, zur Geltung. Hannover, auf dessen Haltung in der Lüneburger Frage sehr viel ankam, und welches sich deshalb in einer bedrängten Lage befand, wandte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1371 an die verbündeten Städte, wenn nicht um Hülfe durch die That, so doch um solche durch gute Ratschläge. Auf sein Antreiben ersuchte der Hildesheimer Rat den Goslarer um eine Zusammenkunft zugunsten der bedrängten Verbündeten auf den 8. Juli zu Hameln.³ In diesem Schreiben sagte der Rat, er habe die Not Hannovers erfahren, und da Hildesheim und Goslar Hannover am nächsten lägen, gebühre es ihnen, zusammenzukommen und Hannovers Bestes zu beraten.⁴ Um dieselbe Zeit riet Hameln der um Rat fragenden Stadt Hannover, in ihrem Streite mit Herzog Magnus den Rat der Fürsten und Herren zu beachten.⁵ Zu einer thatkräftigen Hülfe, wie sie ja in umfassendem Maße der Städtebund vom Dezember 1370 auch nicht vorgesehen hatte, vermochten sich die verbündeten Städte nicht aufzuraffen. Außer an die verbündeten Städte wandte man sich auch an die Hanfa, um den verderblichen Zwiespalt unter den verbündeten sächsischen Städten zu beseitigen. Die Hansestädte nahmen sich der Sache auch eifrig an. Im März 1373⁶ schrieb Lübeck in ihrem Auftrage an Braunschweig und ersuchte es, für die Beilegung dieses die gemeinsamen städtischen und Handelsinteressen schwer schädigenden Streites thätig zu sein; Braunschweig selbst hätte schon lange dafür sorgen können, es solle nicht saumselig sein. — Von beiden Seiten ging man die Hanfa an, in welcher die Städte gewissermaßen einen moralischen Rückhalt sahen. Wenig später nämlich, im April, beklagte sich Dietrich Springintgub, Bürgermeister von

¹ Stadtchronik Magdeburg I, 438 ff.

² Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 559, 560, 564.

³ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 484. Die von Döbner nicht genauer datierte Urkunde scheint mir aus dem Jahre 1371 zu sein.

⁴ Vgl. die diesbezügliche Bestimmung des Bundes vom Dezember 1370.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Hameln 592; Sudendorf IV, 114. Vgl. auch: Sudendorf IV, 102, 103, 105.

⁶ Hanserezepte II, 51.

Lüneburg, im Namen der Stadt bei Lübeck über das unrechtmäßige und feindselige Verhalten Braunschweigs¹ und forderte im Mai auf dem Lübecker Hanfstage Unterstützung in seinem Kriege mit Braunschweig.² Aber auch die Hanse vermochte nicht eine Einigung oder Entscheidung in dem unseligen Zwiste der Städte herbeizuführen, sie mußte sich mit einer dilatorischen Politik begnügen.³

Da wurde der Zwist auf andere Weise, wenigstens vorüberhand, beigelegt. In der Schlacht bei Lefevre am 25. Juli 1373,⁴ wo Braunschweiger, Lüneburger und Hannoversche Bürger gegeneinander fochten, fand Herzog Magnus im Kampfe gegen Herzog Albrechts, von Otto von Schauenburg geführte, Mannen seinen Tod, und seine Söhne einigten sich mit ihren Gegnern über das Lüneburger Land. Damit wurde auch die Stellung der Städte zu einander friedlicher. Aus ihrer Haltung in dem Streite hatten Lüneburg und Hannover neben einigen Privilegien auch einen für ihr moralisches Gewicht bedeutsamen Nutzen gezogen. In der zwischen Magnus Söhnen und den sächsischen Herzögen am 25. September 1373 abgeschlossenen Sühne⁵ wurde u. a. auch bestimmt, daß ein Ratskollegium die Mitregentschaft über das Lüneburger Land ausüben solle, welches aus einigen Mannen des Landes und je zwei Ratsherren der Städte Lüneburg und Hannover bestehen solle. Zu solcher Bedeutung und solchem Ansehen hatten es die beiden Städte, freilich unter Hintanziehung der städtischen Bundesinteressen, gebracht.

Allerdings hatte der zwischen den gegnerischen Fürstenparteien am 1. Februar 1374 geschlossene definitive Vertrag⁶ durch seinen inneren Widerspruch keinen dauernden Frieden im Gefolge, und bald entbrannte der Streit von Neuem.

Die Aufmerksamkeit der Städte und auch der Fürsten nahm aber bald darauf ein verderblicher Aufruhr in der Stadt Braunschweig in Anspruch.

Der Städtebund von 1370 war zu Ostern des Jahres 1374 abgelaufen, an eine Erneuerung desselben bei den obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken. Da brach im April 1374 in der Stadt Braunschweig ein blutiger Aufstand⁷ gegen den Rat aus,

¹ Hanserezesse II, 52.

² Hanserezesse II, 53 ¹¹.

³ Hanserezesse II, 53 ¹¹, 62.

⁴ Detmar zu 1373. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 101.

⁵ Sudendorf IV, 351.

⁶ Sudendorf V, 7.

⁷ Detmar zu 1374; Stadtchronik Braunschweig I, 330 ff. Siehe auch: D. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 103 ff.

ein Ereignis, das mit seinen Folgen auf Jahre hinaus einen engeren Zusammenschluß der sächsischen Städte verhinderte. Furchtbare Verwirrung herrschte in der Stadt, mehrere Bürgermeister und Ratsherren wurden erschlagen, der Rat mit seinen Anhängern vertrieben und ein neuer demokratischer eingesetzt. Die wüsten Verhältnisse in der Stadt schildert der Chronist Detmar kurz aber bezeichnend, wenn er zu 1374 sagt: „In dem iare do was de duvel los ghewurden in der stad to brunswik.“¹ — Da schritten die verwandten Hansestädte ein. Im April er suchte Hannover Lübeck, Lüneburg „und die Seestädte“ zum Eingreifen zu bewegen,² und auf einem Lübecker Hansestage im Mai³ beschloßen die Hansestädte auf Anregung von Lüneburg, Hannover, Minden und Hameln auch andere benachbarte Städte zu gemeinsamen Schritten gegen Braunschweig heranzuziehen, den Antrag des handelsneidischen Lüneburg auf sofortige Ausstoßung Braunschweigs aus der Hansegemeinschaft aber noch nicht zu erlebigen. Als nun im Juli die aus Braunschweig Vertriebenen ihre Klagen vor den Stralsunder Hansestag brachten⁴ und um Schutz ersuchten, bestimmten die Hansestädte zur Verhandlung mit Braunschweig Lübeck, Hamburg und Lüneburg,⁵ stießen, als die Stadt diese ablehnte, Braunschweig im August aus der Hansegemeinschaft aus⁶ und teilten es allen interessierten Städten mit.

Durch dieses Verfahren erscheint das Verhältnis der Hanse zu ihren einzelnen Gliedern und ihre Wirksamkeit in einem ganz eigenartigen Lichte, ihre Aufgabe, als welche sie also unter Umständen auch die Einmischung in innere Angelegenheiten der Städte betrachtete, nicht zum Unsegen des Ganzen erweitert. Es spiegeln sich darin im Großen die Verhältnisse und Maßnahmen der engeren Städtebündnisse gegen inneren Aufruhr wieder.

Die von der Hanse ihr aufgebrungene Vermittelung der Städte Lübeck, Hamburg, Lüneburg und Bremen hatte die Stadt Braunschweig zurückgewiesen und sich, gleichsam Schutz suchend und hoffend an die ihr enger verwandten sächsischen Städte Hildesheim und Goslar um Vermittelung gewandt.⁷

Auch hierin, in einem gewissen territorialen Einflusse der Städte zeigte sich das Gefühl einer engeren Zusammengehörigkeit

¹ Detmar zu 1374.

² Hanferezeße II, 72.

³ Hanferezeße II, 73 a.

⁴ Hanferezeße II, 78; Stadtchronik Braunschweig 346.

⁵ Hanferezeße II, 79.

⁶ Hanferezeße II, 82.

⁷ Hanferezeße II, 79; Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 381. Vgl. auch Hanferezeße II, Einl. VII.

mit den durch frühere Bündnisse befreundeten Städten als die Basis, welche frühere Bündnisse geschaffen hatte und auf welcher sie fortgeführt werden zu können schienen.

Die aufhebenden Briefe der aufständischen Braunschweiger an andere Städte hatten doch die Wirkung, daß die Braunschweiger Vorgänge eine, wenn auch weniger gewaltsame, Nachahmung in anderen Städten, so in Lübeck, Hamburg und Stendal fanden.¹

Aus dieser unglücklichen Lage Braunschweigs und in bündnerischer Beziehung somit auch der übrigen sächsischen Städte wußten die Fürsten in unlauterer Weise Kapital zu schlagen. Besonders Otto von Göttingen baute darauf seine Pläne. Weit entfernt, in die verwirrten Verhältnisse zum Besten der Stadt einzugreifen, schloß er vielmehr am 27. Mai mit ihr ein selbstsüchtiges Bündnis,² welches der Stadt nicht den erhofften Schutz und Vorteil, sondern großen Schaden einbrachte. Auch ein am 10. August mit den Herzögen Friedrich und Bernhard eingegangenes Schutzbündnis³ vermochte Braunschweig vor zahlreichen Bedrängnissen in der folgenden Zeit nicht zu bewahren. Einmal aus dem innigen Zusammenhange der bisher befreundeten Städte und der damit zusammenhängenden Politik der Städtebünde gebracht, mußte es Braunschweig bitter empfinden, einen wie geringen Ersatz für jene doch Bündnisse mit Fürsten boten und einen wie falschen Weg es in seinem Umhertasten nach einer Stütze in seiner trostlosen Lage eingeschlagen hatte.

Bei der allgemein herrschenden Unsicherheit und Friedlosigkeit sehnten sich Fürsten und Städte nach einer Abhilfe. Eine solche glaubte man in einer Landfriedenseinigung zu finden. Am 15. August 1374 schlossen die Bischöfe Bedekind von Minden, Gerhard von Hildesheim, die Herzöge Albrecht von Sachsen-Lüneburg, Friedrich und Bernhard von Braunschweig-Lüneburg, die Grafen von Hoya und der Stiftsvogt Bedekind von dem Berge (=Minden) unter Beitritt der Städte Minden, Hildesheim, Lüneburg und Hannover auf 3 Jahre einen Landfrieden.⁴ Zum Schutze desselben wurde eine von den Teilnehmern zu stellende Waffenmacht festgesetzt. Der Bischof von Minden soll 10, Gerhard von Hildesheim 25, die Herzöge insgesamt 40, die

¹ Hanserezesse II, 84; Stadtchronik Braunschweig 356 f. Detmar zu 1374: „Dat boven alle dink swarest was: se senden breve in alle stede to velen ammeten“ „mit dessen sendebreven reytreiden se de menheit in anderen steden wedder eren raad.“ —

² Stadtchronik Braunschweig 413; D. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 103.

³ Stadtchronik Braunschweig 415. —

⁴ Urkundenbuch der Stadt Lüneburg II, 832; Sudendorf V, 29.

Grafen von Hoya 30, der Vogt Wedekind 5, die Stadt Hilbesheim 14, Lüneburg 22 und Hannover 12 Bewaffnete stellen.¹ Der Stifzvogt Wedekind, zum Landfriedensvogte ernannt, soll die Bewaffneten aufzubieten, ihre Zahl eventuell zu erhöhen und die Mitglieder zwecks Verbesserung des Landfriedens zusammenzurufen die Befugnis haben. Der Landfriede soll frühere Bündnisse nicht beeinträchtigen. Für die schon bei Abschluß des Friedens schwebenden Fehden brauchen die Mitglieder den Einzelnen keine Hülfe zu leisten. Die Aufnahme anderer in den Frieden kann auf Wunsch der Teilnehmer durch den Landfriedensvogt erfolgen.

Die Absicht, welche man mit diesem Landfrieden verfolgte, war jedenfalls gut, nur boten sowohl seine Teilnehmer wie einzelne seiner Bestimmungen² nicht genügende Garantie für eine erfolgreiche Durchführung. Die Städte, nach Ablauf ihres Bündnisses auf sich allein angewiesen, hielten es der ganzen Lage nach für angemessen, sich in Anlehnung an die Fürsten durch diesen Landfriedensbund einen Rückhalt zu schaffen. Zu rechter Wirksamkeit kam aber der Landfrieden nicht, vielmehr wurde er von den eigenen Teilnehmern nach Belieben, wie es immer die Lage der Verhältnisse erforderte, gebrochen. So weigerte sich schon Ende 1374 Hilbesheim,³ einer Vorladung des Vogtes Wedekind vor das Landgericht Folge zu leisten, weil der Landfriede doch nicht mehr geachtet und gehalten werde. Ähnlich verhielt sich Hannover dem Landfrieden gegenüber.⁴

Das Wiederaufflammen der Kriegsfackel, Mitte des Jahres 1375,⁵ zum endgiltigen Austrage des Lüneburger Erbstreites raubte diesem Landfrieden vollends jede Bedeutung. Wieder traten sich die ehemals verbündeten sächsischen Städte zum Teil feindlich gegenüber, und der Gedanke einer freundlichen Annäherung derselben lag ferner denn je, ein großes Ziel einmütigen Zusammengehens fehlte ihnen infolge der Verhältnisse gänzlich. Einzelne Verträge, wie der am 27. Dezember 1375 zwischen Hannover und Bremen zur Regelung des Wasserverkehrs zwischen beiden Städten abgeschlossene,⁶ trugen zur Besserung der Allgemeinlage nichts bei, zumal die Braunschweiger Angelegenheit, um welche sich augenblicklich das Hauptinteresse der Städte drehte, durch den

¹ Das Kontingent der Stadt Minden ist nicht angeführt, wahrscheinlich vertrat sie ganz und gar ihr Bischof Wedekind. —

² Vgl. auch: Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 399.

³ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 399.

⁴ Sudendorf II, Einl. LXXV.

⁵ Sudendorf V, Einl. XXXVIII.

⁶ Sudendorf V, 71.

Widerstand dieser Stadt¹ um nichts gebessert ward. Die östlichen und südlichen sächsischen Städte, wie Halle und Magdeburg, befanden sich um die Mitte der siebziger Jahre mit der Austragung eines Zwistes mit ihrem Herrn, dem Erzbischof Peter, beschäftigt,² teils strebten sie, wie die Halberstädtischen, nach Ausöhnung mit alten Gegnern.³ Der Unfriede unter den auf Zusammenschluß hingewiesenen Sachsenstädten dauerte fort; erst durch einen am 8. September 1376 seitens des Lüneburger und Hamburger Rates erfolgten Schiedsspruch⁴ wurde wenigstens der Zwist zwischen Lüneburg und Hannover beigelegt. Lüneburg hatte infolge seines Verhaltens in der Erbfolgefrage sich neuer weitgehender Privilegien und damit einer Steigerung seiner Selbständigkeit zu erfreuen.⁵

Die Fürsten der sächsischen Lande suchten ihrerseits der allgemein herrschenden Unsicherheit und Friedlosigkeit durch Bündnisse zu steuern, oder sich doch durch Bundesgenossen für weitere Stürme zu sichern. So gingen am 21. Dezember 1376 Bischof Gerhard von Hildesheim mit den Herzögen Otto dem Quaden und Friedrich von Braunschweig-Lüneburg ein Schutzbündnis ein,⁶ und die Herzöge Albrecht und Friedrich von Braunschweig ein solches auf Lebenszeit mit den Herzögen Wenzel und Albrecht von Sachsen und Lüneburg.⁷ Unter den Städten dagegen herrschte nach wie vor Unfriede und Feindschaft.

Zur Beseitigung des Raubwesens boten die sächsischen Städte in eigenem Interesse auch den Fürsten die Hand; so hatten zur Eroberung des Raubschlosses Dannenberg durch den Kaiser auch Magdeburg, Lüneburg und einige Seestädte Hülfskräfte gesandt (Mai 1377).⁸ Bischof Gerhard von Hildesheim, der sich in jener Zeit besondere Verdienste um die Besserung der Lage in den sächsischen Landen erwarb, vermittelte am 12. Juni 1377 auch eine vollständige Sühne zwischen den um die Lüneburger

¹ Hanserezepte II, 92; Sudendorf V, 58.

² Stadtchronik Magdeburg 457.

³ Codex diplom. Anhalt. IV, 471 a. — Am 29. Dezember 1375 schlossen Bischof Albrecht von Halberstadt, Fürst Otto III. von Anhalt und die Grafen von Mansfeld und Regenstein ein dreijähriges Bündnis „mit rade unsir ghetruwen manne unde stede;“ letzterer Einwilligung dazu setzt ein mit ihren alten Gegnern, den Mansfelder und Regensteiner Grafen zuvor erfolgtes Einvernehmen voraus. —

⁴ Urkundenbuch der Stadt Lüneburg II, 871; Sudendorf V, 85. Es handelte sich um eine Klage Hannovers wegen Erstattung der im Kriege gegen Herzog Magnus gehaltenen Auslagen.

⁵ Sudendorf V, 86.

⁶ Sudendorf V, 90.

⁷ Sudendorf V, 93. Am 3. Mai 1377.

⁸ Böhmer, Regest. imperii VIII, 481.

Nachfolge streitenden Parteien,¹ und so war, mit Ausnahme der noch unerledigten Braunschweiger Angelegenheit, den Sachsenstädten wieder eine ruhige, näherem Zusammenschlusse günstige Zukunft in Aussicht gestellt. Auch das gute Verhältnis zwischen den braunschweigischen Fürsten und ihren Städten war völlig wiederhergestellt, als Lüneburg, Hannover und Uelzen auf eine vor Jahren ihnen seitens der Herzöge gegebene wichtige Befugnis verzichteten.² Die Angelegenheit Braunschweigs wurde durch das Eingreifen des Kaisers dank der Energie der Hansestädte in kein neues Stadium gerückt. Die Aufforderung Karls IV.³ an die Hanse, die braunschweigischen Kaufleute von ihren Gesellschaften nicht auszuschließen und ihre Klagen über dieselben bei deren Herren zu verfolgen, im Uebrigen sie aber zu fördern wie ihre Bundesgenossen, bewirkte nur, daß man die Braunschweiger zur vollen Genugthuung drängte und auf ihren Antrag auf einem Tage zu Lübeck, Hamburg oder Lüneburg die Sache zum Austrage zu bringen versprach.⁴ Einem 1379 von den Hansestädten gestellten Ultimatum⁵ fügte sich endlich unter Vermittelung von Hamburg, Lübeck, Lüneburg und Bremen die so lange aus dem Verbanne gestoßene Stadt und wurde Mitte des folgenden Jahres nach feierlicher Sühne wieder in die Hansegemeinschaft aufgenommen.⁶ Alle zwischen den binnensächsischen Städten — deren Centrum Braunschweig damals unbedingt war, — gesponnenen Fäden größerer und engerer Zusammenschlüsse waren durch viele Jahre zerrissen gewesen und jetzt erst wieder die Möglichkeit zu neuer Anknüpfung gegeben.

Als bald schlug auch Braunschweig den freigegebenen Weg einer Annäherung an andere Städte ein. Schon Anfang Oktober 1380 verband es sich mit Hildesheim zu gegenseitigem Beistande auf 3 Jahre, von Weihnachten ab gerechnet.⁷ Der Braunschweiger Rat verpflichtet sich, keinen in Hildesheim Verfesteten oder einen Feind dieser Stadt wissentlich zu haufen und zu hegen oder einem solchen Geleit zu gewähren,

¹ Subendorf V, 99. — Die Sühne und Bündnis auf Lebenszeit zwischen Otto dem Quaden, Wenzel und Albrecht von Sachsen-Lüneburg erfolgte am 24. und 25. Oktober 1377. Subendorf V, 114, 115.

² Subendorf V, 112. Am 4. Oktober 1377. Diese 1371 gegebene Befugnis besagte, daß, falls die Herzöge eine Stadt verunrechteten und sich dem Schiedsgericht der Lübecker nicht fügen würden, die Städte ihres Gehorsams gegen die Herzöge entbunden sein sollten. —

³ Hanserezepte II, 152.

⁴ Hanserezepte II, 156.

⁵ Hanserezepte II, 190.

⁶ Detmar I, 314; Stadtchronik Braunschweig 385 ff.; Hanserezepte II, 261.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 444.

auch der Hildesheimer Wohlfahrt mit allen Kräften, wo er es nur immer kann, zu fördern. In jedem Jahre will er einmal in 5 Meilen des Umkreises von Hildesheim mit 20—24 Reitern und Gleven den Hildesheimern, wann sie es fordern, zu gewaffneter Hilfe bereit sein, auf eigene Gefahr und Hildesheimer Kosten, auch ihr Interesse wahren und sie vor jeglichem Schaden warnen.

Das allgemein gehaltene Bündnis beruhte bezüglich seiner Garantien nicht auf Gegenseitigkeit,¹ nur Braunschweig war der gebende Teil. Ob der Grund zu diesem merkwürdig selbstlosen Verfahren in dem später auch verwirklichten Trachten² Braunschweigs zu suchen ist, die von den Hansestädten diktierten Sühnepunkte nicht strenge zu befolgen und sich dazu Hildesheims vermittelnde Freundschaft zu sichern, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.

Inzwischen wurden die sächsischen Lande wiederum durch Fehden beunruhigt, deren Teilnehmer sich durch entsprechende Bündnisse zu sichern trachteten. Im Juli 1379 hatte Herzog Albrecht von Sachsen-Lüneburg nebst vielen Rittern dem Bischof Gerhard von Hildesheim wegen ihm und den Seinen geschehenen Unrechtes Fehde angesagt,³ und Räubereien der Wernigeröder Grafen führten ein Bündnis südostsächsischer Herren und Städte gegen jene herbei. An diesem Bunde nahmen Magdeburg und Halle Teil.⁴ Die Bestimmungen desselben waren denen ähnlicher Angriffsbündnisse entsprechend gehalten. Herausgebracht aus den Bahnen größerer, speziell städtischer Bündnisse, ließen sich Magdeburg und Halle von ihrem Erzbischofe gerne zu einem Vorgehen gegen Frieden und Sicherheit störende räuberische Ablige bewegen.

Indessen fuhr Herzog Otto der Quade, fort, die sächsischen Gebiete, besonders auch die Städte, durch seine friedefstörenden Eroberungsgelüste zu beunruhigen. Trotz Ablaufs seiner Vormundschaft über den jungen Friedrich von Braunschweig behielt er 1380 doch Wolfenbüttel in seinem Besitz, mit keiner anderen Absicht, als sich in den Besitz des Herzogtums Braunschweig zu setzen. Namentlich der Stadt Braunschweig, die seine Lücke schwer gefühlt hatte, drohte daraus große Gefahr. Dieser suchte die

¹ Wenigstens fehlen urkundliche Zeugnisse.

² Im Jahre 1382. Siehe Hanserezepte II, 251, 252.

³ Sudendorf V, 159.

⁴ Die übrigen Teilnehmer sind: Erzbischof Peter von Magdeburg, die Markgrafen von Meißen, Fürst Otto von Anhalt, Bischof Albrecht III. von Halberstadt und die Grafen von Regenstein. — D. v. Heinemann: Cod. diplom. Anh. IV. 540.

Stadt jedoch durch ein am 3. März 1381¹ mit den beiden sächsisch-lüneburgischen Herzögen und Bernhard von Braunschweig-Lüneburg geschlossenes Bündnis zu begegnen und half dem jungen Friedrich im September desselben Jahres Wolfenbüttel den Händen des Quaden zu entreißen.² Ein weiteres sechsjähriges Schutz- und Trugbündnis mit den Herzögen ging Braunschweig bereits am 31. Oktober desselben Jahres³ ein; es war gegen den Quaden gerichtet, welcher sich in Verfolgung seiner Pläne Anfang Oktober sogar mit seinem früheren Feinde, Hermann von Hesse, verbündet hatte.⁴ So war Braunschweig gezwungen, sich an die Fürsten anzuschließen, da der immerhin segensreiche westfälische Frieden bisher auch unter den sächsischen Städten eine Nachahmung im Großen nicht gefunden hatte. Zwar hatten einzelne Fürsten, wie Gerhard von Hildesheim und die Herzöge Wenzel und Albrecht, am 21. Mai 1382 eine Art Landfriedensbündnis auf 4 Jahre geschlossen, dem auch bald die Stadt Minden beitrug,⁵ aber zu einer größeren Friedensvereinigung der Fürsten, vor allem aber der Städte kam es erst einige Monate später, als der westfälische Frieden auch in den sächsischen Landen wirksamen Eingang fand.

Freilich zeigten die sächsischen Städte bald wieder Spuren einer größeren Annäherung. Diese betraf aber nur den Handelsverkehr. Am 29. Juni 1382⁶ traten Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben einer kurz zuvor von Goslar, Hildesheim, Einbeck, Hannover, Wernigerode und Osterode abgeschlossenen Münzkonvention bei. Es wurde von den Teilnehmern eine allgemein gültige Münze und deren Kurs festgesetzt. An diesem, dem Handelsverkehr ungemein günstigen, Beschlusse nahmen höchstwahrscheinlich auch

¹ Subendorf V, 194. — Sie geloben einander binnen 3 Jahren nie Feind zu werden, sich gegenseitig zu schützen, Verfestete gemeinsam als solche zu behandeln, ihren Feinden nicht förderlich zu sein; die Herzöge werden Leben und Gut der Braunschweiger Bürger wie das ihrer eigenen Untertanen schützen.

² Stadtchronik Braunschweig I, Beil. 1. — Siehe hierüber, wie über die ganze Politik des Quaden: Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I. 112 ff.

³ Subendorf V, 214. Ein Schiedsgericht wird eingesetzt für Irrungen Herzog Friedrichs auch mit den anderen Städten des Herzogtums Braunschweig. Fügt sich Jemand nicht dem Schiedsgericht, so werden die Verbündeten gemeinsam gegen ihn einschreiten. Treues Zusammenhalten bei Verunrechtungen auch außerhalb des Braunschweiger Landes. Im Kriegsfalle erhält der Bedrängte 20 Mann zur Hilfe, bei Belagerung die ganze Macht der übrigen. Gemeinsame Verfestung. — Das Bündnis richtete sich zweifellos gegen den Quaden. —

⁴ Subendorf V, 210.

⁵ Subendorf VI, 6 und 7.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 194; Hanserezesse III, 154; Urkundenbuch der Stadt Hameln 654.

Göttingen und Hameln teil, deren Interesse durch die Sendboten von Einbeck wahrgenommen wurde; die Halberstädtischen Städte vertrat Goslar. Die Halberstädtischen Städte hatten auf Anregung des Erzbischofs Friedrich von Magdeburg mit diesem, den Grafen von Mansfeld und Querfurt und den Fürsten Otto und Burchard von Anhalt am 5. Juli 1382 ein Friedens- und Schutzbündnis geschlossen¹ und 10 Tage später hatte sich der Erzbischof mit Albrecht von Sachsen-Lüneburg und Friedrich von Braunschweig ebenfalls zu einem einjährigen Bündnis vereinigt.² So suchten die Städte in Ermangelung eigener Verbände überall in kleineren Bündnissen Anlehnung an die Fürsten, bis die Einführung und der fast gleichzeitige Mißbrauch des westfälischen Landfriedens in den sächsischen Landen sie wieder auf einander hinwies und ihnen andauernd den Weg zeigte, der zum Vertrauen auf geeinte Städtekraft führte. —

3. Der Landfriede und die sächsischen Städtebünde bis zum Ausgang des XIV. Jahrhunderts.

Die Lage der sächsischen Städte dicht vor Einführung des westfälischen Friedens war, was die innere Selbständigkeit derselben anlangt, zwar im Laufe der Zeit bedeutend gebessert, aber doch immer noch keiner Beständigkeit sicher, sondern vielfachen Verschiebungen ausgesetzt. Sie hatten zwar in jahrhundertlangem Ringen mit ihren Herren zu Ungunsten der letzteren bedeutende Fortschritte gemacht, und die Geschichte der vorausgegangenen Jahrzehnte zeigt, wie ihre Selbständigkeit Schritt für Schritt von den Fürsten als etwas Thatächliches anerkannt wurde, aber es fehlte ihnen doch noch Manches, was ihre maklose Selbstsucht und der Trotz auf erzwungene oder erlistete Rechte sie vermissen ließ. Das war vor allem die selbständige Ausübung der Justiz und eine kräftige Abwehr der in ihren Befugnissen zu weit gehenden geistlichen Gerichtsbarkeit. Schon in früheren Jahren zeigten sich deutliche Spuren davon,³ und in der nun eingenommenen Haltung der Städte zu dem Landfrieden und in ihren

¹ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 195, 196, 197. Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 606, 605, 607. D. v. Heinemann: Cod. diplom. Anhalt. V, 35.

² Sudendorf VI, 12; Cod. diplom. Anh. V, 36. — Auch diese Verbindungen vermochten Braunschweig nicht vor argen Beschädigungen durch den Quaden zu bewahren. Stadtchronik Braunschweig I, 75. —

³ Bgl. Urkundenbuch der Stadt Lüneburg I, 593, Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 296, Sudendorf I, 588, V, 28, Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 317, Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 559, 560, 564, Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 114 und 115, Stadtchronik Magdeburg 343 ff. — Siehe auch S. 12, 13, 36.

mit diesem zusammenhängenden Bündnissen spielt dieser Punkt eine sehr wichtige Rolle.

Um diese Zeit wurde der westfälische Frieden auch auf die sächsischen Lande ausgedehnt. Am 15. Juli 1382, auf dem Frankfurter Reichstage, hatte der König Wenzel dem Erzbischof Friedrich von Köln die Befugnis verliehen, in den Landfrieden alle diejenigen aufzunehmen, von denen es ihm für König, Reich und Frieden nützlich und gut scheine,¹ und der Erzbischof nahm dementsprechend am 29. September den Bischof Gerhard von Hildesheim und am 5. Oktober den Mainzer Erzbischof für dessen in Hessen Westfalen, Sachsen und Thüringen belegenen Besitzungen in den Landfrieden auf.² Am 25. Juli aber bereits verließ König Wenzel auch den sächsisch-lüneburgischen Herzögen Wenzel und Albrecht den westfälischen Frieden³ vom 25. November 1371, weil in ihren Landen wegen Unfriedens kaum Jemand sich halten könne. Für die Städte war die in dieser Verleihung ausgesprochene Erlaubnis, benachbarte Herren und Städte in den Frieden aufzunehmen, von Bedeutung.

Dennoch schloß sich, bevor auch nur eine der sächsischen Städte als solche dem Frieden beitrug, eine Anzahl derselben am 24. August 1382 zu einem Schutzbündnisse⁴ gegen äußere und innere Feinde auf 3 Jahre zusammen. Die Teilnehmer waren Göttingen, Goslar, Hildesheim, Lüneburg, Hannover, Helmstedt und Uelzen. Sie schließen den Bund „dorch vredeſes willen unde vromen des landes unde der stede“ von Michaeli ab auf drei Jahre, nebst allen Städten, „de sek noch in dessen verbunt teyn unde mit us holden willen in tokomenden tiden“. — Wenn Jemand die Bürger dieser Städte verunrechtet oder mit Raub, Mord, Brand, Wunden oder Gefangennehmung bedrängt und nicht Genugthuung geben will, so sollen die Verbündeten auf Mitteilung davon zunächst durch Bitten und Vorstellungen dahin wirken, daß dem Geschädigten sein Recht wird. Vermögen sie dadurch nichts, so sollen sie insgesamt dem Friedebrecher Markt, Herberge, Speise und Trank, überhaupt alle Vergünstigungen entziehen, bis er Genugthuung geleistet hat. Jede Stadt soll die Namen ihrer Friedebrecher den anderen mitteilen. Wird durch schlechte, unzufriedene Elemente in einer Stadt

¹ Siehe Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I, 310.

² Siehe Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I, 310.

³ Sudendorf VI, 13.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 303; Urkundenbuch der Stadt Lüneburg II, 977; Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 517; hier fehlen Helmstedt und Göttingen, der etwas umgestellte Text ist sonst derselbe.

eine Auflehnung oder Empörung gegen Ratsherren und Stadtregierung erregt, so soll die nächstgelegene Stadt mit aller Macht zu schlichten und eventuell mit Gewalt den Aufstand zu dämpfen verpflichtet sein; vermag sie allein es nicht, dann sollen alle Verbündeten gemeinsam nach Kräften dazu beitragen. Aus einer verbündeten Stadt gestohlenen oder geraubtes Gut soll ohne Ersatz wiedererstattet werden; weigert sich der Betreffende, so soll er von seiner Stadt dazu gezwungen werden. Geraten die Fürsten und Herrn der Städte während der Dauer des Bündnisses in Krieg, so sollen ihnen die betreffenden Städte pflichtgemäß zu Hülfe sein, nicht aber, wenn sich die Absicht des Herrn gegen eine Verbündete richtet; in diesem Falle soll ihm vielmehr Speise, Futter, Hausung und Handel entzogen werden. Jede Stadt soll für die andere Recht bieten und sie vor Schaden warnen, sofern sie es mit Ehren thun kann.

Verfestete einer Stadt sollen in allen anderen verfestet sein. Kein Bürger darf vor geistliches Gericht geladen werden in Sachen, die vor weltliches gehören. Wird eine Stadt durch Errichtung eines festen Schlosses in ihrer Nähe oder durch Belagerung bedrängt, so sollen, wenn ihr großer Schaden daraus entsteht, die zwei nächstgelegenen Städte die Boten aller Verbündeten an einen bestimmten Ort laden und der Bedrängten Befehl prüfen und bewirken. Streitigkeiten zwischen Bundesstädten sollen auf schiedsrichterlichem Rechtswege durch den Rat zu Hildesheim in Frieden und Freundschaft spätestens 4 Wochen nach Einbringung der Klage geschlichtet werden. Einmal jährlich sollen die Bundesglieder auf einer Zusammenkunft über des Bundes Nutz und Frommen beraten. Diese Verbindung „enscal nicht wesen weder use herscop,“ noch gegen ihre Briefe, die sie ihnen gegeben haben. —

Der Abschluß dieses Bündnisses geschah, wie alle früheren, durch gegenseitig ausgestellte Briefe,¹ deren Inhalt vorher durch Ratssendeboten der Städte festgesetzt war. Ueber vorherige Verhandlungen oder die abschließenden Persönlichkeiten ist ebenso wie über den Ort des Abschlusses urkundlich Nichts überliefert.

Fast ein Jahrzehnt lang hatte es, abgesehen von der Teilnahme Lüneburgs, Hannovers, Hildesheims und Mindens an dem Landfriedensbündnisse von 1374, an jeglichem Zusammenschlusse einer größeren Städtegruppe in Sachsen gefehlt; jetzt war ein solcher zu Stande gekommen zwischen Städten, welche sonst nicht immer parallele Bahnen eingeschlagen hatten. Göttingen z. B. hatte sich nur höchst unregelmäßig an den Bündnisbestrebungen

¹ Vgl. S. 62, Anm. 4; Urkundenbuch Hildesheim II, 517.

beteiligt, ebenso Helmstedt; zum ersten Male an einem Städtebunde überhaupt nahm Uelzen teil.

Es war gewiß eine Veranlassung zu diesem Bündnisse die Besorgnis der Städte, der Landfrieden in den sächsischen Landen, dem man sich bald allseits anschließen würde, könne von den städtefeindlichen Fürsten und Herren zu Ungunsten der Städte ausgebeutet werden. Das schimmerte auch, so vorsichtig und früheren unverfänglich erscheinenden Bündnissen ähnlich auch immer die Satzungen dieses Bundes abgefaßt waren, ganz klar aus ihnen durch. Es wird ausdrücklich von Frieden und Nutzen des Landes und der Städte, von einem eventuellen Anschluß noch anderer Städte, nicht aber von einem solchen der Fürsten und Herren gesprochen, diesen vielmehr ausdrücklich, falls sie irgend etwas gegen die Städte unternehmen wollen, jegliche Hülfe und Unterstützung versagt. Auch die Verbauung einer Stadt durch Schlösser kann füglich nur auf kriegerisch gesinnte Herren bezogen werden. Das Vertrauen der Städte zu dem Landfrieden war eben nicht groß, sonst wäre der Abschluß dieses Bündnisses besser durch den Anschluß an den Frieden ersetzt oder vielmehr gar nicht erst verwirklicht worden. Die Teilnehmer des Bundes waren, mit Ausnahme Hildesheims und Goslars, sämtlich Städte der Braunschweigischen Herzogtümer. Magdeburg und Halle waren ohnehin sehr seltene und laue Teilnehmer der städtischen Bündnisse gewesen, Minden, welches am Bündnisse von 1370 und am Landfrieden von 1374 beteiligt war, mochte sich in dem am 26. Mai 1382 mit Herzog Albrecht geschlossenen Schutzbündnisse¹ wohl hinreichend sicher fühlen, das Fehlen der Halberstädtischen Gruppe erklärt sich aus dem S. 60 f. und dasjenige Braunschweigs aus dem S. 58 f. Gesagten; oder galt es, als mit Hildesheim seit 1380 verbunden, ebenfalls als Teilnehmer des Bundes?² Was Göttingen veranlaßte, hier zum ersten Male einem größeren Bunde beizutreten, wenn nicht eine geheime Sorge um zukünftige Leiden durch den Landfrieden, ist nicht ersichtlich. Es ist ja überhaupt bezeichnend für die Städtebündnisse, daß sie, so wenig sie sonst in den allgemeinen Zügen ihrer Bestimmungen, ihren Aufgaben gemäß, wechselten, doch in ihren Teilnehmern manichfachem Wechsel unterworfen waren.

Die Bestimmungen des Bündnisses sind ganz ähnlich denjenigen früherer Vereinigungen, nur im Einzelnen etwas weiter ausgeführt. Sie suchen die Städte gegen äußere und innere Feinde und vor Uebergriffen der geistlichen Gerichtsbarkeit zu schützen, Stellung bestimmter Truppenfontingente oder Entrichtung von Beiträgen,

¹ Eubendorf VI, 7.

² Vgl. S. 33, auch Anm. 3.

wie bei früheren Bündniſſen, hatte man nicht vorgeſehen. Eine große Schwäche mußten die Städte, um ihren Herren das Bündniſſ un gefährlich erſcheinen zu laſſen, mit in Kauf nehmen; das war die Beſtimmung, daß jede Stadt ihrem Herrn Kriegshülfe pflichtmäßig leiſten ſolle, nur nicht gegen verbündete Städte. Dadurch aber konnten, abgeſehen von einer möglichen Täuſchung einer Stadt ſeitens ihres Herrn über das Ziel ſeines Angriffes,¹ die Bürger der ſo eng verbündeten Städte ſehr wohl als Gefolgschaft ihres Fürſten die Waffen gegeneinander kehren und mit dem Schwerte durchſchneiden, was die Bündniſſbriefe ſo feierlich gelobten.

Während ſo für die Städte das Beſtreben zu dem Landfrieden eine ihnen von vorneherein günſtige Stellung zu nehmen den Leitſtern ihrer Politik in den nächſten Jahren bildete, hatten einzelne von ihnen auch ſonſt genügend damit zu thun, eine vollſtändige Uebereinſtimmung unter ihnen ſelbſt herzuſtellen. Braunſchweig hatte ſich nämlich mit den von der Hanſe dazu beſtimmten Städten in eine Verhandlung über die Wiederaufnahme der im Aufruhr Vertriebenen nicht eingelassen, vielmehr über die Hanſe hinweg ſich im Auguſt 1382 an die Räte der ihm näher verwandten ſächſiſchen Städte Goſlar und Hildeſheim um Vermittelung gewandt,² mit der Bitte, dieſe Verhandlung heimlich zu halten. Es iſt dieſes Verfahren Braunſchweigs bedeutsam für das Verhältniß der einzelnen Glieder zur Geſamtheit der Hanſa und für die Thatſache, daß das Gefühl territorialer Zugehörigkeit für die einzelnen Städtegruppen, alſo auch für ihre nichthanſiſchen Bündniſſbeſtrebungen, doch maßgebend war.³ So ſuchte und fand bald darauf Braunſchweig wieder volle Fühlung mit den übrigen ſächſiſchen Städten und ſeine von nun an ſtets zu Tage tretende leitende Rolle unter ihnen in allen bündneriſchen Maßnahmen.

Der Landfrieden hatte inzwiſchen immer weitere Verbreitung gefunden. Im Herbfte waren ihm von den Fürſten Hermann von Heſſen, Friedrich von Braunſchweig und Otto der Quade, ein gefährlicher Teilnehmer, beigetreten. Auch die Städte, welche von der geſchloſſenen Macht und ſchnellen Juſtiz des Landfriedens vielleicht Vorteil erhofften, ſchloſſen ſich ihm teilweise an. Am 4. September beſchwor Göttingen den Frieden, am 28. November

¹ 3. B. Urkundenbuch der Stadt Hildeſheim II, 275; Urkundenbuch der Stadt Hameln 566.

² Hanſerezeſſe II, 252.

³ Vgl. Hanſerezeſſe II, Einl. VII und D. Schäfer: Die Hanſeſtädte und König Waldemar von Dänemark 569.

Braunschweig.¹ Durch eine am 6. Januar 1383 vom König Wenzel den Herzögen Wenzel und Albrecht von Sachsen-Lüneburg verliehene Befugnis,² den Landfrieden, so oft es ihnen nötig und nützlich dünke, in einzelnen Punkten zu verbessern, und durch die gleichzeitige Bestimmung, daß im Westfälischen Frieden Verfestete auch in dem für sächsische Lande gegebenen als solche zu behandeln seien und vice versa, schien der Landfrieden zu einem besonders wirksamen werden zu können, und besonders die Städte erwarteten eine Besserung ihrer Lage. Leider sollten sie sich sehr bald getäuscht sehen.

Der Landfrieden wurde alsbald der wichtige Punkt, um welchen sich, wie die Interessen des ganzen Landes, auch namentlich diejenigen der Städte in den nächsten Jahren drehten und welcher auf alle ihre folgenden Bündnisse von maßgebendem Einflusse war.

Die Halberstädtischen Städte und die Magdeburger Gruppe suchten nach wie vor durch kleinere Bündnisse mit ihren oder benachbarten Herren Sicherheit und Schutz gegen Vergewaltigungen; so verbanden sich am 6. Januar Halberstadt und Aschersleben auf Lebzeiten des Grafen von Regenstein mit diesem,³ unter dem Versprechen, auch Quedlinburg und den Halberstädter Bischof zum Beitritt zu veranlassen, zu gegenseitiger Hilfe, und am 19. April die drei Städte auf 3 Jahre mit den Grafen von Schwarzburg und Regenstein gegen die Grafen von Wernigerode, unter genauer Festsetzung der zu stellenden Hilfstruppen.⁴ Die Städte des Erzstiftes Magdeburg standen mit ihrem Erzbischofe Albrecht in sehr gutem Einvernehmen;⁵ Albrecht suchte auch sonst durch Schutzbündnisse die Sicherheit des Landes zu heben; so schloß er am 19. Dezember ein Schutz- und Befriedungsbündnis mit den anhaltischen Fürsten auf 3 Jahre.⁶ Im Vordergrunde der städtischen Bemühungen um den Landfrieden standen mehr die Städte der braunschweigischen Lande, namentlich Göttingen, welches zunächst als Landfriedensglied eine sehr gefährliche Probe zu bestehen hatte, erst später Braunschweig. Herzog Otto von Göttingen war dem Landfrieden nicht aus gleich ehrlichen Gründen beigetreten, wie es die Herzöge Albrecht

¹ Siehe Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I, 316.

² Sudendorf VI, 31.

³ Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 609; Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 199.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 201.

⁵ Stadtchronik Magdeburg I, 464 ff. und I, 286: „Die Leute im Lande waren seiner froh.“

⁶ Cod. diplom. Anhalt. V, 106.

und Wenzel zweifellos gethan hatten.¹ Während diese in jeder Weise um den Frieden bemüht waren — Albrecht nahm am 23. Februar auch die Stadt Hilbesheim gegen Verunrechtung auf 3 Jahre in seinen Schutz² — war der Quade nur darauf bedacht, sich des Landfriedens zur Maßregelung und Unterdrückung der Städte, namentlich Göttingens, zu bedienen. Seine schon früher bewiesene Treulosigkeit und Rücksichtslosigkeit aber machten die Städte von vorneherein gegen ihn mißtrauisch. Schon Anfang 1383 hatte Göttingen Veranlassung, sich über schwere Verunrechtungen durch den Quaden bei dem Erzbischof Adolf von Mainz, zu dem die Stadt in einem vertraulichen Schutzverhältnisse stand,³ zu beklagen;⁴ aber Otto trieb sein Verfahren noch weiter unter dem geseligen Deckmantel des Landfriedens. Am 14. März lud er alle über 12 Jahre alten Einwohner der Stadt wegen ihm zugefügten Unrechtes durch seinen Landvogt Hans von Gladebeck vor das Landgericht.⁵ Das war für die Stadt etwas Unerhörtes, und nicht mit Unrecht vermutete sie einen Anschlag des Herzogs auf die dann von Verteidigern entblößte Stadt. Deshalb sandte die Stadt nur 4 Rats Herrn ab, welche aber als Vertreter nicht angenommen wurden. Doch die Stadt appellierte an den König, und dieser hob den gegen sie gefällten ungerechten Urteilspruch auf.⁶

Solcher Mißbrauch des Landfriedens vermochte die Städte für die Befolgung des vom Könige am 23. März, gelegentlich der Verkündung des allgemeinen Landfriedens, den Städten gegebenen Befehles, alle ihre Sonderbündnisse aufzugeben und dem Landfrieden beizutreten, nicht sonderlich zu erwärmen und mußte sie nur noch mehr auseinander hinweisen. So wandte sich auch Halberstadt hilfesuchend an den Hilbesheimer Rat, als in demselben Jahre in ähnlicher Weise der ganze Rat der Stadt durch Hans von Schwichelt vor das Landgericht geladen wurde.⁷ Die allgemeine Lage der Städte wurde in Nichts dadurch gebessert, daß der Quade mit der Stadt Braunschweig im Juni

¹ Siehe Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel I, 315 und D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 112. Detmar zu 1388 sagt von Wenzel „en bederve, wys here, gutlik unde vredesam.“ —

² Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 524.

³ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 324, Anm.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 304.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 305. Lindner: Wenzel I, 317.

⁶ Siehe D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 78.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 535, 536.

ein achtjähriges Friedensbündnis schloß,¹ daß die Lüneburgischen Herzöge durch weitgehende Fürstenbündnisse² friebliche Zustände herbeizuführen suchten und sogar, um den Städten ihre Besorgnisse zu nehmen, aus den Rittergesellschaften der „Sternen“ und „vom Engel“ austraten,³ solange noch der Quade, welcher eben noch den sich mittelbar doch gegen die Städte richtenden „Sichlerbund“ gegründet hatte,⁴ bei seinen unruhigen Plänen beharrte.

Im Jahre 1384 endlich, als der Landfrieden in Sachsen allgemeine Ausbreitung fand,⁵ gelangten die sächsischen Städte zu Beschlüssen über eine feste Politik, welche ihre selbständige Stellung in dem Landfrieden und zur Erreichung dessen ein enges Zusammenhalten zum Ziele hatten. Die Erkenntnis, daß die Fürsten den Landfrieden zur Einschränkung der Selbständigkeit der Städte benutzen wollten, die Thatsache, daß man Beispiele davon vor Augen hatte, daß auch einzelne Fürsten in Ritterbündnissen drohende Einungen bildeten, und daß man, wollte man wirklichen Nutzen von dem Landfrieden haben, voll und ganz in denselben eintreten und dadurch ihm eine den Städten günstige Form und Wirksamkeit verleihen müsse, — diese Erkenntnis veranlaßte als Folge des Landfriedens ein den Fürsten unerwartetes energisches Auftreten der sächsischen Städte.

Die ersten Beratungen über die einzuschlagenden Maßnahmen wurden schon im Dezember 1383 zu Braunschweig auf Anregung dieser Stadt gepflogen.⁶ Braunschweig hatte die Erfahrung gemacht, daß sein Anlehn an die Fürsten in Gestalt von Bündnissen es doch nicht vor Beschädigungen durch andere Herren zu bewahren vermochte, und kehrte rechtzeitig in die alten Bahnen zurück. Auf dem Braunschweiger Tage besprach man die Punkte, welche man auf einem allgemeinen, auf den 5. Februar 1384 anzusetzenden, Städtetage zur Beschlußfassung vorlegen wollte. Dies waren Beschwerden über den Mißbrauch des Landfriedens gegen die Städte, Beratungen über das Verhalten der Städte gegen Landfriedensbrecher, über ein zwischen den Städten zu schließendes Bündnis, über Maßnahmen gegen einen neuen vom Lüneburger Herzoge auferlegten Zoll und das

¹ Sudendorf VI, 59.

² Sudendorf VI, 65.

³ Sudendorf, VI, 64.

⁴ Siehe D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 79.

⁵ Detmar I, 325: „Do besworen sik de herren unde de stede in sassen enen gantzen steden landvrede to holdene.“ Siehe Lindner: Wenzel I, 321.

⁶ Stadtchronik Braunschweig I, 87, Anm. 4; Urkundenbuch der Stadt Queblinburg 203, Anm. Siehe Lindner: Wenzel I, 321.

Verhalten der Städte für den Fall, daß eine Stadt von dem Landfrieden an den Kaiser appellieren wolle.

Am 5. Februar¹ waren denn auch die Boten der Städte Goslar, Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Halberstadt, Quedlinburg, Mchersleben und Braunschweig in letzterer Stadt zur genauern Besprechung und Beschlußfassung über diese Punkte versammelt. Sie wurden dahin einig, daß einer von Göttingen zu dem Kaiser reiten solle, um mit ihm über die Vorstellungen der Städte hinsichtlich des Landfriedens zu verhandeln. Diese besagten, die Städte seien zur Einhaltung des von Karl IV. und Wenzel gegebenen Landfriedens gern bereit; aber böse und unrechte Leute brächten vor das Landgericht Sachen, die gar nicht vor dasselbe gehörten; auch sei es vorgekommen, daß 20, 100 und mehr Bürger aus einer Stadt vorgeladen wurden, trotzdem sie doch seit lange das Recht hätten, sich durch 2 aus dem Räte der Stadt zu verantworten. Jene bösen Leute aber hätten im Schilde, mittels des Landfriedens die Briefe und Privilegien der Städte zu brechen, ihnen zu schaden und sich zu fördern. Sie bäten deshalb den König, daß er ihnen und den andern Städten in dem sächsischen Lande einen biderben Mann zum Landrichter geben möge, den sie heißen und setzen würden, damit sie sich vor jenem in Sachen des Landfriedens verantworten und klagen könnten. Der König möge ihnen auch gestatten, daß 2 Ratsleute jede Stadt und ihre Bürger vor Gericht vertreten, oder daß die Städte für ihre Gesamtheit einen Prokurator senden dürften.² — Falls die Göttinger diesen Auftrag ablehnen, sollen je einer von Braunschweig, Goslar und den Halberstädtischen Städten die Botschaft ausrichten. Zu den Kosten dieser Gesandtschaft sollen die Halberstädtischen Städte, Hildesheim, Göttingen und Einbeck zu gleichen Teilen, Helmstedt, Hannover und Goslar die Hälfte, und Braunschweig das Doppelte des Mittelsatzes beitragen. Vor Innozenz (28. Februar) soll jede Stadt 100 Gulden zu dem Zwecke hinterlegen, im Uebrigen wollen alle die Kosten und Gefahr gemeinsam nach Kräften tragen; darüber entstehende Zwistigkeiten sollen von dem Lüneburger Räte entschieden werden. Die Halberstädtischen Städte, Goslar, Hildesheim und Hannover sollen sich diese Vorschläge überlegen und binnen 3 Tagen Braunschweig ihre Antwort zugehen lassen. Ferner sollen die Städte bei ihren Herren anfragen, ob sie den Landfrieden fest zu halten den Städten behülflich sein wollten,

¹ Stadtchronik Braunschweig I, 87; Hanserezeßse III, 177, 3 u. 4 und III, 178; Urkundenbuch der Stadt Lüneburg II, 997; Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 203.

² Siehe Lindner; Wenzel I, 322.

alsdann würden jenen der Städte treue Dienste immer sicher sein; auch möchten die Städte anfragen, ob nicht einige der Herren sich mit ihnen verbünden wollten. Außerdem nehmen die Versammelten einen Städtebund auf 10 Jahre in Aussicht, der im Großen folgende Punkte zur Grundlage haben soll: Wird eine der verbündeten Städte verunrechtet, ausgenommen von ihrer Herrschaft, so sollen ihr alle anderen zuerst mit Fürbitte behülflich sein und, wenn diese fruchtlos, des Verunrechteters Feind werden und die Geschädigte mit Waffengewalt unterstützen, in diesem Falle Gewinn und Verlust gemeinsam tragen, Beute nach Anzahl der gestellten Mannschaft erhalten. Für den Kriegsfall sollen stellen: Braunschweig 30 Gleven und 10 Schützen, Hilbesheim 20 Gleven, Goslar 10, Helmstedt 5, Halberstadt und die übrigen Städte zusammen 40 Gleven. Diese Truppen sollen bei der Hülfeleistung für Nichts schadlos gehalten werden, außer in dem Schlosse oder hinter den Mauern der Bedrängten, wo sie Speise, Futter und Hufbeschlag erhalten sollen.

Die Erörterungen der Städteboten erstreckten sich also im Wesentlichen auf zwei Hauptpunkte: Verbesserung der Lage der Städte dem Landfrieden gegenüber und ein zwischen ihnen zu schließendes festes und langdauerndes Bündnis. Inbetreff des ersten Punktes suchten sie nach zwei Seiten etwas zu erreichen. Während sie mit ihren Fürsten und Herren in friedliche Verhandlung über den Landfrieden, ja sogar über einen bündnerischen Anschluß derselben an ihre Bestrebungen zu treten gesonnen waren, führten sie über deren Köpfe hinweg ihre Sache bei dem Könige und erstrebten für sich gegen allen Brauch und die fürstlichen Stolz schonende Absicht des Königs einen besonderen Landrichter, welcher doch sicher als Vertreter ihrer Interessen in Streitigkeiten mit Fürsten und Herren nicht selten zu heftigem Zwist und größerer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Herren und Städten Anlaß geben mußte.

Noch bedeutsamer war der Plan eines Städtebundes. Die genau festgesetzte Zahl der Hülfsstruppen, sowie die Verhandlung über ein Städtebündnis überhaupt gerade zu dieser Zeit und im Zusammenhange mit den Landfriedensverhandlungen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dies Bündnis gegen den Landfrieden in der Gestalt und Praxis, wie er bis dahin bestand, gerichtet sein sollte. Die Städte wollten sich auf jeden Fall sichern und, falls ihnen von Reichswegen ein wirksamer Landfriedenschutz durch Erfüllung ihrer Forderungen nicht gewährt wurde, denselben vorkommenden Falls durch eigene Kraft mit Waffengewalt herbeiführen.

Alle diese Verhandlungen blieben aber vorderhand nur solche und führten, — mit Ausnahme der Botschaft an den König —, noch zu keiner That. Endgiltig beschlossen wurden weder die den Landfrieden betreffenden Angelegenheiten, noch das Städtebündnis.¹ Wäre dies der Fall gewesen, so hätte Braunschweig den vertretenen Städten nicht eine dreitägige Bedenkzeit zu geben brauchen, würde die Urkunde überhaupt nicht, z. B. betreffs der Anfrage an die Herren über Einhaltung des Landfriedens und eventuellen Bündnisanschluß, das so offenbare Gepräge einer Erörterung tragen. Außerdem mußte man ja auch noch die Zustimmung der nicht vertretenen, aber doch gleich interessierten Städte abwarten. Von diesen waren auf der Versammlung sonderbarerweise nicht vertreten Göttingen und Uelzen, beide Mitglieder des zwei Jahre vorher geschlossenen und noch gültigen Städtebundes, während doch sonst alle Teilnehmer desselben, auch Helmstedt, vielleicht durch Braunschweig vertreten, sich an den Beratungen beteiligten; auch Einbeck² hatte keine Boten entsandt; aber es war natürlich, daß man bei einer so wichtigen Sache, welche nur dem Wohle der Städte galt, auch die Interessen einzelner nach Möglichkeit berücksichtigte. Ob Göttingen und Uelzen, auf dem noch bis 1386 reichenden Bündnisse vom Jahre 1382 fußend, dieses nicht durch andere Einungen aufgehoben wissen wollten,³ oder ob sie als Glieder dieses noch bestehenden Bundes ihre Interessen bei den neuen Bestrebungen durch die übrigen Städte gewahrt glaubten, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen; jedenfalls ist von diesen beiden in den weiteren Verhandlungen und Beschlüssen in diesem und auch in den nächsten Jahren nicht mehr die Rede. Magdeburg und Halle, welche ja seit lange einen engeren Anschluß an die Bündnisse der Braunschweigischen und dieser benachbarten Städte nicht mehr gesucht hatten, waren unbeteiligt, während die halberstädtische Gruppe einen nicht unwichtigen Anteil an den Besprechungen dieses Tages nahm und auch zum weiteren Ausbau derselben später beitrug. Das Hauptverdienst aber um das Zustandekommen dieser Beratungen und das eifrige Betreiben dieser gemeinsamen Angelegenheiten gebührte unbedingt Braunschweig. Die Umstände, daß die Verhandlungen in dieser Stadt stattfanden, daß Braunschweig in den Urkunden als die leitende Stadt stets von sich mit „we“

¹ Siehe auch Lindner: Wenzel I, 321, Anm. 4, dessen dort ausgesprochene Vermutung sich vollkommen bestätigt.

² Für die von Lindner, Wenzel I, 321 ausgesprochene Vermutung, Einbeck sei inzwischen wahrscheinlich dem Bunde von 1382 beigetreten, habe ich einen Beleg nicht finden können.

³ Dafür könnte auch die in der Urkunde ausgedrückte Möglichkeit einer Weigerung Göttingens, die Botschaft an den König zu übernehmen, sprechen.

(„wir“) spricht und die übrigen Städte zur Ueberlegung und Beantwortung der Vorschläge auffordert und daß es im ganzen ferneren Verlauf der städtischen Bündnisbestrebungen die führende Rolle übernimmt, weisen darauf hin.

Wie sehr die derzeitigen Abmachungen das Gepräge von vorläufigen Kompromissen trugen, ist vollkommen ersichtlich aus den kurze Zeit darauf stattfindenden weiteren Verhandlungen der Städte mit den Fürsten über den Landfrieden. Am 14. Februar¹ fand eine von zahlreichen Herren und Städteboten besuchte Versammlung in Braunschweig statt. Von ersteren waren zugegen Bischof Albrecht von Halberstadt, Herzog Albrecht von Lüneburg, die braunschweigischen Brüder Friedrich, Heinrich und Bernhard, die Grafen Konrad und Burchard von Wernigerode, die Grafen von Regenstein und andere, von den Städten waren vertreten Braunschweig, Hannover, Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben; dagegen fehlten Hilbesheim, Lüneburg und Goslar.² Es wurde über den Landfrieden und einzelne Bestimmungen bei Handhabung desselben verhandelt, auch eine Vereinbarung darüber erzielt. Man bestimmte, vor den Landrichter Geladene sollten auf Hin- und Rückfahrt zur Landfriedensverhandlung, sowie während derselben ihres Leibes und Gutes sicher sein, dagegen Verstößende als Landfriedensbrecher behandelt werden. Vollkommenen Schutz soll auch der Kaufmann genießen; der Herzog von Lüneburg solle sich in Bezug auf jenen nach der Unterweisung des Landvogtes für Thüringen und Westfalen richten. Die Herren gaben ferner den Städten die Zusicherung, daß sie gegen dieselben, wenn sie in dem Falle, daß 20, 30 oder mehr ihrer Bürger vor den Landrichter geladen würden, nur zwei aus ihrem Räte vor das Gericht senden und gegen den Beweis desselben Appellation an das Reich einlegen würden, keinen endgültig entscheidenden Urteilspruch fällen würden.³ Hannover machte seine Zustimmung zu diesen Abmachungen von derjenigen Hilbesheims und der Halberstädtischen Städte abhängig. Zur Aufrechterhaltung der so vereinbarten Landfriedensverhältnisse sollten die Herren und Städte eine Truppenmacht halten, und

¹ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 204; siehe auch: Lindner, Wenzel I, 322 f.

² cf. S. 69.

³ Für die, Stadtchronik Braunschweig I, 91, Anm. 1, von Hänselmann ausgesprochene Ansicht, daß diese Abmachung zwischen Herren und Städten ein Kompromiß gewesen sei, derart, daß die Herren sich für jeden einzelnen Fall die Entscheidung über Zulässigkeit des Procuratoriums der Städte vorbehalten und den letzteren im negierenden Falle die Appellation an das kaiserliche Hofgericht freigestellt hätten, lassen sich nicht die geringsten Beweise erbringen, im Gegenteil zeigt die ganze Form der Urkunde, daß die Herren den Städten die betreffende Zusage unbedingt gemacht haben. —

zwar der Herzog von Lüneburg 150 Bewaffnete und 1000 Mann zu Fuß, der Herzog von Braunschweig und die Stadt Braunschweig 100 Bewaffnete, Braunschweig insbesondere 600 Mann zu Fuß, die Halberstädtischen Städte, die Grafen von Regenstein, Wernigerode und die Fürsten von Anhalt in Summa 150 Bewaffnete und 1000 Mann zu Fuß.¹ Die Stadt Braunschweig soll einen Ausschau- und Verteidigungsturm bauen, die Herren von Lüneburg mit Braunschweig gemeinsam ein Schloß bauen und nach Anzahl der gestellten Bewaffneten besetzen, der „Jung Herr“ von Braunschweig ein Fünstel dazu beitragen. — Diese Präliminarien eines guten Einvernehmens zwischen Herren und Städten ließen Gutes von weitgehender Wirkung erwarten; sie sollten aber zu letzterer nicht, wie gehofft, gelangen. Teilweise begegnete man ihnen auch mit Mißtrauen oder doch einer gewissen Jaghaftigkeit, z. B. seitens Hannovers, welches sich erst der Teilnahme Hildesheims versichern wollte und dementsprechend sich auch zur Stellung von Hülfstruppen nicht verpflichtete.

Den Antrieb zu diesem vorläufigen Abkommen hatte ohne Zweifel wieder Braunschweig² in seinem eifrigen Bestreben, die Situation der Städte bezüglich des Landfriedens zu heben, gegeben. Für das Fernbleiben von Hildesheim, Lüneburg und Goslar, welche doch ebenfalls an den Vorberatungen des 5. Februar teilgenommen hatten, läßt sich ein stichhaltiger Grund nicht anführen; die teilnehmenden Herren waren gewiß nur zum Teil ohne alle Nebengeanken und nur von redlichen Friedensgedanken geleitet die Vereinbarung eingegangen.

Diese ganze Verhandlung führte noch zu keinem endgültigen Ergebnisse, zumal einzelne der Beteiligten noch garnicht einmal dem Landfrieden beigetreten waren, z. B. die Halberstädtischen Städte, deren Beitritt erst am 13. Dezember erfolgte;³ auch von den anderen ist es zum Teil nicht gewiß, daß sie bereits im Landfrieden waren, sodaß in diesen Verhandlungen in dieser Beziehung nur der feste Entschluß jener zu sehen war, sich ebenfalls in den Landfrieden aufnehmen zu lassen⁴ und den Abmachungen auch ihrerseits Geltung zu verschaffen. Immerhin aber hatten die Städte von den Herren einige Zugeständnisse

¹ Die Zahl der zu stellenden Truppen scheint mir im Vergleich zu früheren Abmachungen sehr hoch. Ob sie die ganze Macht der Teilnehmer repräsentierte oder durch ihre Höhe ein Schreckmittel gegen Landfriedensbrecher bilden sollte, lasse ich dahingestellt. —

² Siehe auch die von Braunschweig in der Urkunde gebrauchten Ausdrücke „we“ . . . „et nos“ etc. —

³ Urkundenbuch der Stadt Duedlinburg 208.

⁴ Auch Goslar befand sich noch nicht im Landfrieden. Siehe Lindner: Wenzel I, 325.

erhalten und hatten auch bald Gelegenheit, den guten Willen derselben weiter zu erfahren.

Am 31. März beschwor auch Erzbischof Friedrich von Magdeburg vor dem Landvogte und einem Braunschweiger Ratsherren den Landfrieden mit dem Versprechen, auch seine Städte und Mannen bis zum Mai zum Beitritt zu veranlassen.¹ Freilich knüpfte er an seinen Beitritt die Bedingung, daß, falls die Seinen vor den Landrichter geladen würden, es ihm vorher kundgethan, und falls er dann binnen 14 Tagen Recht widerfahren lassen würde, damit die Sache erledigt und nicht mehr vor das Landgericht gezogen werden solle; ein Vorbehalt, der, wenn er allgemeine Nachahmung fand, leicht den ganzen Landfrieden beeinträchtigen konnte. Auch die kurz darauf, am 19. Mai,² erfolgte Erneuerung des Bündnisses zwischen Erzbischof Friedrich und dem gleichfalls friedliebenden Albrecht von Lüneburg konnte den Städten nur zur Beruhigung dienen.

Inzwischen waren die Städte eifrig darauf bedacht, auch den zweiten Hauptpunkt ihrer Verhandlungen vom 5. Februar, das Zustandekommen eines Städtebundes und den möglichsten Anschluß der Fürsten an denselben, zu verwirklichen. Wieder war es Braunschweig, welches das Heft in die Hand nahm. Zu diesem Zwecke trat es mit Bischof Gerhard von Hildesheim in nahe Beziehungen. Auf einem am 3. April zu Peine³ abgehaltenen Tage erlangte die Stadt von dem friedliebenden Herrn bezüglich seines Anschlusses die weitgehendsten Versprechungen und die Zusage, auch die Herzöge Otto von Göttingen und Friedrich von Grubenhagen für ein Bündnis zwischen Städten und Herren zu bearbeiten, in jedem Falle aber sich mit den Herzögen und Städten des Braunschweiger und Lüneburger Landes in Freundschaft zu einen. Am 5. Mai⁴ verhandelten die Boten Braunschweigs und Goslars zu Ohrum, zwei Meilen südlich von Braunschweig, über den sächsischen Städtebund, vorzüglich über den Anschluß einzelner Städte und Herren an denselben. Ueber den Beitritt der Stadt Hameln waren sich die Boten nicht klar; einerseits wurde ihr Anschluß behauptet, andererseits bezweifelt. Jedenfalls mußte man mit dieser Stadt in Verbindung getreten

¹ Detmar I, 325; siehe auch Lindner: Wenzel I, 323 f.

² Lindner: Wenzel I, 323 f.

³ Lindner: Wenzel I, 324 f.; Peine liegt ziemlich in der Mitte zwischen Hildesheim, Hannover und Braunschweig, etwa 20 Km. nordwestlich von letzterem.

⁴ Stadtchronik Braunschweig 1, 94; Hanserejese III, 183; Urkundenbuch der Stadt Hameln 699,

ſein. Gegen den von Braunschweig in Vorſchlag gebrachten¹ Beitritt Ottos des Quaden ſprachen ſich die Goſlarer entſchieden ablehnend aus, befürworteten jedoch denjenigen Herzog Albrechts und Biſchof Gerhards. Braunschweig ſchloß ſich dem an und übernahm es, über den Beitritt Albrechts mit dieſem und über den Gerhards mit der Stadt Hildesheim zu unterhandeln.

In Bezug auf den Landfrieden erklärten ſich Goſlar und Braunschweig bereit, gemeinſam die Koſten der Appellation an Kaiſer und Reich zu tragen, auch ohne Beteiligung der übrigen Städte. Der Zuſtimmung Hildesheims muß man auf dem Dhrumer Tage ſicher geweſen ſein. So wichtig war dieſen Städten das zu erreichende Ziel, daß ſie, um nicht die ganze Sache vielleicht an kleinlicher Selbſtſucht und falſcher Sparſamkeit ſcheitern zu ſehen, zu ihnen allein für die ganze Sache zuſallenden Opfern bereit waren. Göttingen verhielt ſich dieſen doch auch für dasſelbe ſo wichtigen Vorgängen gegenüber recht teilnahmslos; es glaubte vielleicht der eben erſt hergeſtellten Freundschaft mit dem Quaden dadurch Rechnung tragen zu müſſen.

Inzwiſchen waren die Städteboten in Prag beim Könige angelangt und ſuchten ihn zur Gewährung der von ihnen erſtrebten Vergünstigungen zu bewegen. Vergeblich. Es war wahrlich von Wenzel zu viel verlangt, daß er den Städten als ſolchen einen beſonderen Landvogt ſetzen und ſo die einmal beſtimmte Landfriedensordnung ändern ſollte. Er hätte damit ohne Zweifel die Fürſten beleidigt und den Städtebund von Reichsmegen anerkannt, alſo hier in den ſächſiſchen Landen einem Stande große Vorteile und Berechtigungen zuerkannt, die er demſelben im Süden Deutschlands entſchieden bekämpfte und abſprach. Der König willfahrte den Städten nicht. Nur Goſlar erhielt den gewünſchten Beſcheid. Der König nahm die Stadt in den Landfrieden auf und geſtattete ihr, der Reichsſtadt, gemeinſam mit dem Biſchofe von Hildesheim, einen Landrichter ſich zu wählen.² Leſterer ſollte in der alten Goſlarer Kaiſerburg richten. Außerdem erhielt die Stadt das Recht, ſich durch 2 oder 3 aus ihrem Räte vor dem Landgerichte verantworten zu dürfen und auch andere, die noch keinem Landfriedeskreiſe angehörten, zu ſich und in den Landfrieden zu ziehen.

Der König befahl bei ſeiner Ungnade allen Reichsangehörigen, dieſes Recht zu achten und zu befolgen. So hatte nur eine Stadt vermöge ihres Verhältniſſes zum Reiche das erlangt, was

¹ Braunschweig brachte die zu Peine erhaltene Zuſage Gerhards von Hildesheim betreffs des Quaden jedenfalls vor. —

² Siehe Lindner: Wenzel I, 325 f.; Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 208. —

die gleich interessierten sächsischen Städte insgesamt erstrebten. Sie sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht, und Braunschweig insbesondere war nach wie vor Bedrängungen seitens Herzog Friedrichs und Hildesheimer Stiftsmannen ausgesetzt.¹

Nach diesem Mißerfolge war es für die Städte um so mehr dringend geboten, ihr geplantes Bündnis nun auch wirklich abzuschließen, als die dem Lande trotz fast allseitigen Anschlusses an den Landfrieden drohenden Unruhen noch gesteigert wurden.² Namentlich die Absichten Ottos des Quaden auf Hessen ließen ein Gefühl der Besorgnis berechtigt erscheinen. —

Am 10. Juli 1384 wurden denn auch die langdauernden Verhandlungen der Städte durch ein festes Bündnis auf 6 Jahre zu Braunschweig abgeschlossen.³ Die Städte Goslar, Hildesheim, Hannover, Einbeck, Braunschweig, Halberstadt, Quedlinburg und Wilschersleben verpflichteten sich, die aus den Appellationen der Städte gegen (eine Verbündete verunrechtende) Beschlüsse des Landfriedensgerichtes entstehenden Kosten nach Verhältnis gemeinsam zu tragen. Goslar wird in solchem Falle 5 Gulden, Hildesheim 8, Hannover 4, Einbeck und Helmstedt 3, die Halberstädtischen Städte zusammen 16 und „we van Brunswik“ auch 16 Gulden zu den Kosten beitragen. Nach Verhältnis dieser Geldzahlungen soll auch die Zahl der zu stellenden Bewaffneten bemessen sein. Wer der Waffenhilfe bedarf, muß den Hilfstruppen Kost und Futter, aber keinen Sold geben.

Braunschweig, welches den Antrieb zu dem Bündnisse gegeben, hatte auch, wie aus den Urkunden hervorgeht, die Leitung in der Schlußverhandlung. Als Teilnehmer des Bundes sind in den betreffenden Urkunden auch die Bischöfe von Halberstadt und Hildesheim genannt. An den Beratungen und Beschlüssen haben sie aber offenbar nicht teilgenommen. Dafür spricht, daß die jene betreffenden Worte der Urkunde⁴ mit anderer Tinte, höchstwahrscheinlich nachträglich, eingefügt sind, außerdem, daß sie im Gegensatz zu allen sonstigen Teilnehmern sich zu keinen Beiträgen und Verpflichtungen bereit erklärten. Als mit ihren Städten in gutem Einvernehmen stehende und auf deren Wohlfahrt bedachte Herren gaben sie nur ihre wohlgeneigte Einwilligung zu den

¹ Siehe Lindner: Wenzel I, 326; am 7. Juli söhnte sich die Stadt mit dem Herzoge über ihre Irrungen aus: Sudendorf VI, 99.

² Siehe Lindner: Wenzel I, 326; D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 79.

³ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 206; Hanserezeße III, 184. Anm.; Stadtchronik Braunschweig I, 97; Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 619.

⁴ Die Worte: „episcopi bis — herescop.“

Anschließen derselben an das Bündnis. In der Rezekshandschrift¹ sind außer den Bischöfen auch die Halberstädtischen Städte nachträglich hinzugefügt; es scheint mir aber dies deshalb ohne Bedeutung für die Frage der Teilnahme dieser Gruppe,² weil die 3 Städte in der Urkunde ebenso als zu den Kosten beitragende Teilnehmer aufgeführt sind, wie die übrigen Städte. Höchstwahrscheinlich waren sie, ebenso wie Helmstedt, welches ebenfalls zu den Kosten beitrug, bei den Beschlüssen nicht durch eigene Boten, wohl aber durch eine der anderen Städte,³ denen sie ihren Entschluß kundgethan hatten, vertreten.⁴ Lüneburg nahm an dem Bunde nicht teil, es war ja auch schon in den Verhandlungen vom 5. Februar nicht als Teilnehmer, sondern nur als Schiedsrichter in unter den Städten etwa vorkommenden Streitfällen aufgeführt. Eine drückende Schuldenlast und ihr gutes Einvernehmen mit ihrem Herrn mochte der Stadt wohl den Beitritt entbehrlich erscheinen lassen. Auch Göttingen verhielt sich dem Bunde gegenüber ebenso teilnahmslos wie den vorhergehenden Verhandlungen. Die Furcht, ihren ihnen ohnehin schon wenig geneigten Herrn, Herzog Otto, durch eine solche Politik nur noch mehr zu erzürnen und herauszufordern, vielleicht gemischt mit der Ansicht, durch die 1380 vom Herzoge erhaltenen weitgehendsten Privilegien⁵ Genügendes erreicht zu haben, veranlaßte die Stadt zu dieser Haltung; ein gleicher Grund lag für Uelzen vor, dem Bunde fern zu bleiben. Auch Hameln, auf welches man gerechnet hatte, hatte keine Boten entsandt, war auch sonst gegen Goslars Erwartung⁶ in keiner Weise vertreten. Ebenso wie die Zahl der Teilnehmer eine geringere war, als man nach den Februarverhandlungen annehmen konnte, war man von der damals in Aussicht genommenen zehnjährigen Bündnisdauer auf 6 Jahre heruntergegangen. Man hatte also überhaupt die Erwartungen etwas herabschrauben müssen, immerhin

¹ Siehe Hanserezepte III, 184, Anm.

² Siehe dagegen Koppmann, Hanserezepte III, 184, Anm., welcher meint, die Halberstädtischen Städte hätten an den Beschlüssen des 10. Juli nicht teilgenommen.

³ Vielleicht Goslar.

⁴ Die Thatfache, daß die Halberstädtischen Städte erst im Dezember dem Landfrieden beitraten, widerspricht dem nicht, da sie sicher schon damals (Juli) die feste Absicht, ja womöglich schon mit Goslar vereinbart hatten, demselben baldigst beizutreten.

⁵ Siehe D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 77. Otto gestand u. a. dem Räte das Recht zu, des Herzogs Mannen vor dem Gericht auf dem Leineberge zu verklagen, Bergfriede, Warten und Schlagbäume rings um die Stadt anzulegen, alljährlich einen achttägigen Freimarkt abzuhalten.

⁶ Vgl. die Verhandlungen vom 5. Mai. —

war der Bund stark genug, die Bestrebungen der Städte ihrem Ziele bedeutend näher zu bringen.

Es bleibt eine offene Frage, ob durch diesen Bund das doch auf 3 Jahre geschlossene Städtebündnis vom 24. August 1382 aufgehoben wurde, oder ob vielmehr derselbe neben diesem fortbestand, also einige in beiden vertretene Städte, wie Goslar, Braunschweig, Helmstedt, Hilbesheim und Hannover, doppelte Verpflichtungen hatten. Geradezu hervorgegangen ist dieser Bund nicht aus demjenigen von 1382, wenn er auch durch letzteren eine gute Vorbereitung erfahren hatte, und seine Tendenz im Allgemeinen dieselbe war. Im Einzelnen war sie mehr auf die Stellung der Städte zum Landfrieden gerichtet. Insofern unterscheidet sich der Bund auch von den Städteeinungen früherer Zeiten. Der Landfrieden war da, die Städte mußten mit ihm rechnen, aber auch so, daß das Ergebnis für sie ein günstiges war, und dazu hielten sie als letzten ausschlaggebenden Faktor ihre eigene Waffenmacht im Hintergrunde. Das war in Kurzem Zweck und Inhalt dieses Bundes. Ein höheres Ziel, etwa offene Opposition gegen die Fürsten, zwecks größerer Selbständigkeit jenen gegenüber, war für die sächsischen Städte damals nicht erreichbar.¹ Vollständiger Schutz gegen Beeinträchtigungen ihrer bisher erreichten Selbständigkeit und gegen Uebergriffe einer von den Fürsten mißbrauchten, ursprünglich zur Beseitigung allgemeiner Mißstände gehandhabten Justiz glaubten die Städte durch einen solchen Bund erreichen zu können und erreichten ihn im Ganzen auch.

Am 30. Juli² verhandelten die Halberstädtischen Städte und ihr Bischof, welche schon am 23. Mai in einem Schutzbündnisse mit Balthasar von Thüringen-Meißen eine Stütze gesucht hatten,³ zu Halberstadt mit Braunschweig. Es handelte sich um Beilegung eines Zwistes, gelegentlich welcher die drei Städte und der Bischof den Braunschweigern die Zusage machten, „se welden de schicht scriven an de stede, de in dem vorbunde sin, unde welden hire denne eyn antwerde enbeden.“ Vielleicht wurde hier der endgiltige Anschluß der Städte an das Bündnis vom 10. Juli und über die Zustimmung des Bischofs verhandelt;⁴ Sicheres läßt sich bei der Kürze der durch keine anderen ergänzten Nachricht nicht darüber feststellen.

Inzwischen drohten den sächsischen und diesen benachbarten Landen schon neue Unruhen. Der Quade hatte sein Auge abermals auf Hessen gerichtet, Landgraf Hermann deshalb schon

¹ Vgl. Lindner: Wenzel I, 327.

² Städtchronik Braunschweig, I, 88 f.; Hanserezepte III, 160.

³ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 205.

⁴ Siehe auch Hanserezepte III, 160.

am 23. August¹ mit Albrecht von Sachsen-Lüneburg ein Bündnis auf Lebenszeit gegen jenen geschlossen, und am 15. Oktober fand Albrecht von Lüneburg Veranlassung, sich über Gewaltthätigkeiten des Quaden beim Hilbesheimer Räte behufs Rechtserlangung zu beschweren;² aber erst im nächsten Jahre brachen die Feindseligkeiten offen aus.

Der Landfrieden machte bald weitere Fortschritte. Am 13. Dezember 1384 wurden Halberstadt, Quedlinburg und Niersleben durch Goslar kraft dieser Stadt vom König Wenzel gegebener Befugnis in den Landfrieden zu gleichen Rechten aufgenommen.³ Diese Städte erreichten auf diese Weise das, was die braunschweigisch-sächsischen Städte durch eigene Vorstellungen bei dem Könige nicht hatten erlangen können.

Was die sächsischen Städte überhaupt durch ihren Zusammenschluß bezüglich ihrer Stellung zum Landfrieden moralisch gewonnen hatten, sollte durch das unruhige, friedlicher Entwicklung entschieden feindliche Treiben einiger Fürsten bald auf seinen Wert geprüft werden. Otto, der Quade, besonders war es, der fort und fort ganz besonders die Städte bedrängte, dadurch aber Vieles zu ihrer Einigkeit und noch festerer Annäherung wider Willen beigetragen zu haben scheint. Schon im Mai 1385 hatte der Hilbesheimer Rat Veranlassung, über ihn zu klagen.⁴ Otto hatte der Stadt den Vorwurf gemacht, sie habe mit anderen Städten und Herren ein gegen ihn gerichtetes Bündnis geschlossen, was der Rat energisch bestritt.⁵ Der Quade war der gefährlichste Feind der sächsischen Städte. Sicher nicht ohne Beziehung auf die Städteeinung war eine Bestimmung in dem von ihm am 13. März mit Erzbischof Adolf von Mainz, den Grafen von Waldeck und Ziegenhain und zahlreichen Rittern und Knappen auf 10 Jahre festgesetzten Bündnisse zur Aufrechterhaltung des von Kaiser Karl IV. gegebenen westfälischen Friedens.⁶ Diese Bestimmung besagte, daß die Verbündeten keine den alten Gewohnheiten und Freiheiten nachteiligen Frieden, Gerichte und nicht vom Könige bestätigten Bündnisse anerkennen, vielmehr gegen dieselben durch ihre öffentlichen und geheimen Gerichte wirken, ja mit Waffengewalt gegen sie einschreiten würden. Das mußte die Städte nur noch mißtrauischer und wachamer machen. Es kam ihnen daher sehr erwünscht, daß der um den

¹ Sudendorf VI, 100.

² Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 571, 573—575, 577.

³ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 208.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 610 und 611.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 617.

⁶ Sudendorf VI 112; vgl. auch Lindner, Wenzel I 332.

Landfrieden eifrigst besorgte und verdiente Albrecht von Lüneburg wenige Tage später¹ vom Könige die Berechtigung erhielt, daß die Städte, welche er verteidige, namentlich Braunschweig, Hannover und alle diejenigen, welche er noch in den Landfrieden aufnehmen werde, falls sie vor den Landrichter geladen würden, sich durch 2 aus dem Räte, nebst 6 ehrlichen Männern, welche den Landfrieden beschworen haben, vertreten lassen könnten, und daß der Herzog durch landgerichtliches Urteil aus dem Frieden Ausgestoßene nach erfolgter Sühne wieder in ihre Rechte einsetzen dürfe.² Das bedeutete für die wirklich dem Frieden zugethanen Städte einen großen Erfolg. Wenn von ihnen auch nur Braunschweig und Hannover genannt waren, so bot doch die Befugnis, auch denjenigen Städten, welche Albrecht noch aufnehmen werde, dasselbe Recht zu gewähren, die besten Aussichten dar. Den Beweggrund zu Albrechts eifriger Fürsprache bei dem Könige bildete wohl seine Besorgnis, die Städte, unzufrieden mit ihrer wenig beneidenswerten Stellung zu und in dem Landfrieden, könnten auf ihre engere, kurz zuvor geschlossene Verbindung nur noch mehr Gewicht legen, erstarkend den Landfrieden entbehren und denselben so schwächen. Der Herzog wollte durch eine Härte gegen die Städte, die besten Glieder des Landfriedens, der Aufgabe seiner letzten Jahre, diesen nicht beeinträchtigt, ja womöglich in seiner Gesamtwirkung in Frage gestellt sehen.

In einem eigentümlichen Lichte erscheint auch durch diese Gnadenbeweise König Wenzels Politik gegenüber dem Landfrieden und den Städten in ihrer Stellung zu demselben. Den Vertretern der Städte als solchen hatte er im vorigen Jahre ähnliche Wünsche bezüglich des Landfriedens — mit Ausnahme von Goslar — rundweg abgeschlagen, einem der Städte Interessen wahrnehmenden Fürsten erfüllte er sie für jene;³ er wahrte also die Form, schonte den Fürstenstolz und gab doch auf Umwegen,⁴ was er kurz zuvor verweigerte. — Ein ähnliches, die Vertretung der Stadt vor dem Landfriedensgericht betreffendes Privileg gab der König am 24. Oktober auch der Stadt Duderstadt.⁵

¹ Am 26. März; Sudendorf VI, 116.

² Am 23. März; Sudendorf VI, 114. Diese die Rehabilitation von Landfriedensbrechern betreffende Verleihung ging der speziell die Städte angehenden also um drei Tage voraus. —

³ Siehe auch S. 82 und Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 214.

⁴ Vgl. auch die Goslar gegebene Befugnis betreffs Aufnahme anderer Städte und Wenzels ähnliche Politik gegenüber den süddeutschen Städten; Lindner, Wenzel II, 38 ff., 47 f., 62. ff.

⁵ Urkundenbuch der Stadt Duderstadt 185.

Schon jetzt begann ein später für die städtischen Einigungsbestrebungen nicht unwichtiges Moment sich allmählich fühlbar zu machen. Die Sorge vor den heimlichen Gerichten warf auch ihrerseits in die sonstige Klarheit der städtischen Politik ihre Schatten. In das Jahr 1385 fielen die ersten Vorladungen gegen rechts der Weser Wohnende vor das westfälische Freigericht.¹ Richteten sich diese gegen das im Bundes- und Friedensinteresse sehr thätige Hildesheim,² so war die in dem Friglarer Herrenbunde vom März 1385³ enthaltene Drohung seitens der Fürsten, auch mit ihren heimlichen Gerichten gegen alle anderen als dem westfälischen Frieden anhängenden Personen vorzugehen, ebenfalls nicht geeignet, den Städten die Augen gegen diese neue Gefährdung ihrer Errungenschaften auf dem Gebiete der Rechtspflege zu verschließen. Gar bald sannnen sie auch auf Abhilfe durch die That.

Obwohl Herzog Otto von Göttingen schon im Juli seine Feindseligkeiten mit Hermann von Hesse beilegte⁴ und die Befürchtung vor neuen Kriegswirren sich gemindert hatte, so waren doch außer den Städten auch die übrigen sächsischen Fürsten von großem Mißtrauen gegen ihn erfüllt. Auch sie durchschauten sehr wohl seine Absicht, sich des Landfriedens als eines Mittels zur Erreichung selbstsüchtiger Zwecke zu bedienen. Ende Juli 1385 schlossen deshalb die Herzöge Wenzel von Sachsen-Lüneburg und Bernhard von Braunschweig-Lüneburg mit dem mit Otto seit 21. Dezember 1376 verbündeten Bischof Gerhard von Hildesheim einen Vertrag,⁵ durch welchen dem Duaden jeglicher Mißbrauch des Landfriedens gegen einen der Verbündeten abgeschnitten wurde. Die beiden Herzöge gaben sich als Stiftsmannen Gerhards aus, als solche mußte ihnen der mit Gerhard verbündete Otto Recht widerfahren lassen, im anderen Falle verpflichteten sich der Bischof und die beiden Herzöge zu gegenseitigem, kräftigem Waffenschutz gegen den Duaden. Wenn schon die Fürsten zu solchen Kniffen greifen mußten, um sich des gefährlichen Friedensstörers zu erwehren, um wieviel mehr mußten die Städte auf der Hut vor ihm sein! Das ihm unmittelbar untergeordnete Göttingen scheint in jener Zeit seine harte Hand noch nicht gefühlt zu haben, es ließ sich am 8. November durch ihn in den Landfrieden aufnehmen.⁶

¹ Lindner: Beme 459; Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 588, 612.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 595, 614.

³ Siehe S. 79.

⁴ Sudendorf VI, 125.

⁵ Sudendorf VI, 126.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 137.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

Einen schweren Verlust erlitten die Landfriedensbestrebungen und insbesondere die Städte durch den Mitte 1385 plötzlich erfolgten Tod Herzog Albrechts von Lüneburg. Im Kampfe gegen die den Landfrieden störenden Herren von Mandelsloh war er gefallen.¹ Nicht nur dem Landfrieden war mit Albrecht eine feste Säule gefallen, sondern dem Frieden in den sächsischen Landen überhaupt. Sein Tod fachte von Neuem den anscheinend völlig erstickten, in Wahrheit aber nur unter der Asche schlummernden Funken des alten Habers um die Lüneburger Nachfolge zu hellen Flammen an, welche gar bald das die sächsischen Städte einigende Band teilweise verzehrten und den Eigennutz und die Zwietracht der vielfach noch ganz den territorialen Fürsteninteressen folgenden Städte grell beleuchteten.

Noch immer fehlte den sächsischen Städten das Bewußtsein, daß sie, unbekümmert um einzelnen von ihnen gebotene Vergünstigungen und Vorteile, untereinander als ein geschlossener Stand gegen die Fürsten und Herren zusammen halten mußten. Ihre Sonderinteressen standen ihnen immer noch höher.

Der Quade einigte sich im Januar 1386 mit Hilbesheim und nahm es sogar auf ein Jahr in seinen Schutz,² um sich kurz darauf mit den Herzögen Friedrich und Heinrich von Braunschweig und Lüneburg zu einem Kriege gegen das mit Hilbesheim verbündete Braunschweig zu vereinigen.³ So waren z. B. Hilbesheim die Hände zu einem für die verbündete Stadt günstigen Eingreifen gebunden. Zur selben Zeit erfuhr die Halberstädtische Gruppe bezüglich des Landfriedens durch König Wenzel eine ähnliche Gnade, wie seinerzeit Braunschweig und Hannover, dadurch, daß er der Abtissin Irmgard von Quedlinburg gestattete, ihrem Stiftsgebiete sowie den 3 Städten, die „miteinander ein ewiges Bündnis durch Friedes willen“ haben, einen eigenen Landrichter zu setzen.⁴ Wenzel erkannte also hierdurch auch das seit lange bestehende Bündnisverhältnis der Städte an.

Während der wegen der Lüneburger Nachfolge drohende Krieg vorläufig noch durch einen Vergleich im Juni 1386 verhindert wurde,⁵ sahen sich die Städte von Neuem veranlaßt, Verhandlungen über ein umfassenderes und engeres Bündnis zu

¹ Detmar I, 330; vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 112.

² Am 6. Januar; Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 623.

³ Am 4. Februar; Sudendorf VI, 135.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 214; Siehe auch S. 80.

⁵ Sudendorf VI, 141, 144.

pflegen. Im Herbst des Jahres 1386¹ machte der Hildesheimer Rat dem Braunschweiger Mitteilung über von Göttingen gemachte Vorschläge zu einem Städtebunde. Die Göttinger seien auch in dieser Angelegenheit thätig und vorstellig gewesen bei dem Lüneburger und Hannoverschen Räte, denen auch also zu Sinne sei. Göttingen hätte den Hildesheimer Rat um diese Mitteilung an den Braunschweiger und um des letzteren Gutachten gebeten, ob in dem Vertragsentwurfe wohl zu schwere und nicht recht durchführbare Bedingungen enthalten seien, und ob Braunschweig teilnehmen wolle. Auch ließen die Göttinger den Braunschweiger Rat bitten, auch Magdeburg und Halle davon Mitteilung zu machen und deren Meinung darüber zu erfahren. Dann wolle man am 6. Dezember zur Abschließung des Bundes in Braunschweig zusammen kommen; wolle Braunschweig aber nicht, so solle der Tag zu Hannover abgehalten werden, und Hildesheim solle über die Angelegenheit auch Goslar und durch dieses die Halberstädtischen Städte informieren und sie zu gewinnen suchen.

Der Gedanke zu diesem Bündnisse ging unzweifelhaft von Göttingen aus. Die Stadt ahnte jetzt wohl, daß sie die bitteren Früchte ihres ablehnenden Verhaltens gegen das Bündnis von 1384 nur allzu bald werde kosten müssen. Im August richtete der Quade ein drohendes Schreiben an sie,² aus welchem dem Räte klar wurde, daß er das Schlimmste von dem Herzoge zu befürchten habe. Nunmehr suchte die Stadt nach Bundesgenossen, an welchen sie wenigstens einen festen Rückhalt haben könnte, knüpfte zu diesem Zwecke Verhandlungen mit Lüneburg und Hannover an und wandte sich, als ihre Wünsche dort ein geneigtes Ohr fanden, auch über Hildesheim an Braunschweig.

Dieser Stadt Meinung und Gutachten über die einzelnen Bestimmungen des Bündnisentwurfes, womöglich ihren Beitritt, suchte man möglichst zu erlangen; ein neuer Beweis für das große Gewicht, welches man Braunschweig in allen Einungsfragen der sächsischen Städte seitens letzterer nach wie vor beilegte. Braunschweig, dessen Stimme also so viel galt, schien den Göttingern auch am geeignetsten, weitere Kreise, Magdeburg und Halle, für ihre Vorschläge zu gewinnen und zugleich als passendster Zusammenkunftsort; Hildesheims Aufgabe sollte es sein, Goslar und die Halberstädtische Gruppe zum Beitritt zu

¹ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 635; Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 632; cf. auch Hanserezeße III, 332. Die Ansicht von Schmidt, Urkundenbuch Halberstadt, für den Herbst als die Zeit der Uebersendung scheint mir die richtige, als diejenige, welcher die Zwistigkeiten zwischen dem Quaden und Göttingen unmittelbar vorausgingen. cf. auch die weitere Darstellung auf dieser S.

² Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 318.

veranlassen. Auch der Fall, daß Braunschweig dem Unternehmen nicht geneigt sei, war durch die Bestimmung vorgesehen, daß dann der Tag in Hannover stattfinden solle.

Wahrlich ein Plan, der, verwirklicht, den Städten eine feste Stellung und eine fast ausschlaggebende Stimme in dem für die sächsischen Lande bevorstehenden Lüneburger Streite geben mußte. Die Bestimmungen des Entwurfs sind nicht bekannt, auf keinen Fall aber konnten sie denjenigen des Bundes von 1384 irgendwie entgegen sein, noch sich ganz mit ihnen decken. Denn dann hätte man einerseits den alten Teilnehmern, wie Braunschweig, Hannover und Hilbesheim das Ansinnen nicht gestellt, ihren alten festen Bund aufzugeben, um einem neuen beizutreten, und andererseits z. B. Hannover und Hilbesheim, die ja Teilnehmer des alten Bundes waren, nicht zur Abschließung eines gleichen aufzufordern brauchen, es wäre vielmehr ein einfacher Beitritt Göttingens und Lüneburgs der kürzeste Weg gewesen. Wahrscheinlich enthielt der Entwurf ähnliche aber schärfer ausgeprägte, die Städte gegen die Fürsten noch mehr stärkende Bestimmungen wie das Bündnis von 1384 und faßte ein gemeinsames kriegerisches Vorgehen mehr ins Auge.

Die um ihren Beitritt angegangenen Städte, vor allen Braunschweig, mußten sich aber gegen die Sache doch ablehnend verhalten haben, denn der Braunschweiger Tag fand nicht statt, und die Verhandlungen wurden nun, wie in dem Hilbesheimer Schreiben vorgesehen war, zu Hannover, allerdings auch ohne Erfolg, geführt. Am 8. Dezember berichtete wenigstens der Lüneburger Bürgermeister Dietrich Springintgud dem Lüneburger Räte aus Hannover,¹ daß alle Leute dem Lüneburger Räte allerlei anhaben wollten; man verhandelte dort wohl und kam infolge vielfacher Meinungsverschiedenheiten nicht zum Abschluß.

Trotzdem behielten die sächsischen Städte immerhin im Bewußtsein gleichartiger Interessen Fühlung miteinander. Halberstadt teilte seinen Protest gegen eine Entscheidung seines Bischofs in einer Streitsache über die Burgfreiheit den befreundeten Städten unter Darlegung der Gründe mit,² Magdeburg lud zu einem großen Schützenfeste u. a. die Städte Braunschweig, Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, Halle, Kalbe ein³ u. s. f.

Die nächsten Jahre brachten über die sächsischen Lande von Neuem die Unbilden heftiger Fehden, welche vor allem auf den Städten mit drückender Schwere lasteten und das feste Band, welches einen

¹ Sudendorf VI, 156.

² Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 631.

³ Stadtchronik Magdeburg I, 467.

großen Teil derselben umschloß, höchst bedenklich zu lockern begannen.

Herzog Otto von Göttingen trat kühner denn je mit seinen Eroberungsgelüsten auf Hessen hervor. Im März 1387 schloß er ein geharnischtes Angriffsbündnis gegen Hermann von Hessen mit Adolf von Mainz und Balthasar von Meissen¹ und brachte es in seinem Streite mit Göttingen dahin, daß dieses ihm im April ablagte.² Die Folge war für die Stadt eine Reihe von Fehdebriefen vieler Herren und Ritter.³ Göttingen wurde auf das heftigste bedrängt; es befand sich, durch eigene Schuld ohne Rückhalt an anderen Städten, in einer äußerst schwierigen Lage. Aber der mutige Sinn der selbstbewußten Bürger ließ sich nicht leicht aus der Fassung bringen. Im Juli hatten sie bereits vom König Wenzel eine Bestätigung sämtlicher Privilegien und, was wichtiger, die Befugnis erhalten, sich einen Schutzherrn zu wählen,⁴ natürlich gegen Otto. Kurz darauf erfolgte die Entscheidung. Der Quade erlitt unweit der Stadt bei Roßtorf am 22. Juli nebst seinen abligen Verbündeten eine vollständige Niederlage⁵ und sah sich gezwungen, schon wenige Tage später sich mit Göttingen auszuföhnen.⁶ Während so eine der bedeutenderen sächsischen Städte sich der nächstliegenden Gefahren durch eigene Kraft zu erwehren mußte, waren zwei Momente eingetreten, welche für die Entwicklung der städtischen Einigungsbestrebungen von hoher Bedeutung waren: die Aufhebung des westfälischen Friedens und der Wiederbeginn des Kampfes um das Lüneburger Land.

Am 10. März 1387 widerrief König Wenzel feierlich und gänzlich den westfälischen Frieden,⁷ weil er nicht so gehalten worden sei, wie er begriffen gewesen, Landen und manchen Leuten zu Schaden und Verderbnis gereicht habe.

Diese Aufhebung traf natürlich die sächsischen Lande in ähnlicher Weise wie Westfalen selbst. Otto der Quade hatte nicht am wenigsten durch sein rücksichtsloses Verfahren zu dieser Maßregel beigetragen, aber er sowohl wie die anderen Fürsten erlitten, in Bezug auf ihre unter Mißbrauch des Landfriedens auszuführenden

¹ Sudendorf VI, 170; siehe auch: Lindner, Wenzel I, Beil. XIX.

² Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 323.

³ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 324, 324 a, 325.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 326.

⁵ Siehe D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 80; siehe auch: Hanfsche Geschichtsblätter Jahrg. 1878, 29 ff.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 328.

⁷ Reichstagsakten n 298; Seiberitz: Urkundenbuch zur Landes- und Reichsgeschichte des Herzogtums Westfalen II, 875; siehe auch Lindner: Wenzel I, 347.

Pläne, doch durch den Widerruf mehr Einbuße als die sächsischen Städte. Diese hatten ja ohnehin nicht viele Vorteile von dem Frieden gehabt und ihn in seiner Wirkung durch Sonderbündnisse zu ersetzen versucht. Durch die Aufhebung wurden sie nur noch mehr auf letztere Bahn gedrängt. Hatte ihre immerhin sehr beschränkte Stellung in dem Landfrieden sie zu besonderem Zusammenhalten veranlaßt, so mußte sie die gänzliche Aufhebung natürlich nur noch mehr, wenn auch in anderer Weise, darauf hinweisen.¹ Außerdem erforderte der Kampf um Lüneburg, wenigstens für einen großen Teil von ihnen, gleichzeitig einen gemeinsamen Standpunkt der Städte. Diesen aber verließen einzelne, um eigenen Interessen zu dienen und so wiederum den Gedanken an einen ihre Gesamtheit umfassenden Bund zur Wahrung ihrer Standesstellung auf Weiteres hinauszuschieben. Immer und immer wieder zeigte sich der selbstsüchtige Trieb der sächsischen Städte ihren idealen und doch auch wieder praktischen Zielen überlegen. An eine so einheitliche und kräftige Politik, wie sie die süddeutschen Städte den Fürsten und Herren gegenüber um diese Zeit nicht erfolglos trieben, war bei den sächsischen Städten nicht zu denken, schon wegen der Verschiedenheit ihrer Stellung im Reiche nicht; aber auch ihre eigensten gemeinsamen Interessen, als eben die von Städten gegenüber den fürstlichen, wußten sie in kleinem Reiche und Eigennutz nicht genügend zu wahren. Das zeigte in voller Deutlichkeit der mit Heftigkeit entbrennende Streit um Lüneburg. Gerade in den Mittelpunkt der Kreise, welche der Streit zwischen den Welfen und Sachsen zog, wurden die sächsischen Städte zum Teil gestellt, und die gegensätzliche Stellungnahme der einzelnen wirkte sehr störend auf einen weiteren Ausbau ihrer bündnerischen Verhältnisse ein.

Man suchte beiderseits Bundesgenossen. Schon am 24. November 1387² suchte Dietrich Springintgud, der thatkräftige und einflußreiche Lüneburger Bürgermeister,³ ein Bündnis zwischen dem Lüneburger Herzoge, dem Hildesheimer Bischofe, der Stadt Hildesheim und den Städten des Lüneburger Landes zugunsten Herzog Wenzels zum Abschlusse zu bringen. Zustande kam aber dieser Bund, der seinem ganz speziellen Zwecke zufolge mit den größeren Bundesbestrebungen der sächsischen Städte nichts gemein hatte, nicht. Einige Monate später erneuerte⁴ Otto der Quade, gegen den sich jenes Bündnis doch auch kehren sollte, seinen

¹ Vgl. auch Stadtchronik Braunschweig I, 472.

² Eubendorf VI, 192.

³ Siehe D. v. Peinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 315.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 674.

Schutzbrief für die Stadt Hildesheim, einen der eventuellen Teilnehmer.

Bald lagen die sächsischen Städte in offener oder versteckter Fehde miteinander. Am 31. März 1388 kündigte der Braunschweiger Rat der Stadt Lüneburg an,¹ daß Braunschweig um seines Herzogs Otto und der mannichfachen Verunrechtungen willen, die es von den Lüneburgern erlitten habe, Feind des Herzogs Wenzel und aller seiner Unterthanen geworden sei; falls die Braunschweiger im Feldzuge Lüneburgern Schaden zufügen würden, wollten sie sich ihre Ehre durchaus gewahrt haben.² Bald traten sich denn auch die Bürger dieser beiden mächtigsten Städte der braunschweigischen Lande mit den Waffen gegenüber. Befand sich Lüneburg auch nicht geradezu unter den Bundesgliedern von 1384, und war diese Erklärung des Braunschweiger Rates keine Verletzung der Bündnisbestimmungen, so war doch ein so offenkundiger Zwist zwischen den beiden durch gemeinsame Interessen aufeinander angewiesenen Städten ein betäubendes Beispiel für den Mangel jeglichen Gefühles für gemeinsam zu gehende Wege, ein Beispiel, welches leider bald Nachahmung unter den sächsischen Städten finden sollte. Auch mit Göttingen lag Lüneburg im Juni in Streit wegen von letzterem vorgebrachter Beschwerde über Göttingens Teilnahme an des Quaden Feldzug gegen Lüneburg und über deshalb an Lüneburg zu leistenden Schadenersatz.³ Die Sache kam vor die Hanse, welche ihr Botum zugunsten Lüneburgs abgab. — Die Hanse bildete nach wie vor in solchen Streitfällen für die Beteiligten eine höhere, wenn auch nicht immer befolgte, Instanz. — Aus der von Göttingen vorgebrachten Entschuldigung, es habe dem Zwange des Quaden folgend gegen Lüneburg gekämpft, erhellt recht deutlich, wie einzelne Städte ihr von Eigennuz diktiertes feindseliges Verhalten zu einander durch Vorbringung hinfälliger Gründe in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen bestrebt waren. Die zwischen Braunschweig und Lüneburg schwebenden

¹ Sudendorf VI, 199.

² Das von D. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 117, ausgesprochene Urteil, daß wohl Handelseifersucht und der Kampf um die Vorherrschaft zwischen diesen beiden mächtigsten Handelsstädten des Braunschweiger Landes sich wie in diesem, so auch in dem ganzen Verhalten der beiden Städte im Lüneburger Erbstreite sich wiederpiegeln, ist wohl etwas zu weitgehend. Die Städte waren eben noch zu sehr an dynastische Interessen gebunden und suchten, diesen folgend, in eigennütziger Weise, jede für sich, aus der politischen Lage Kapital zu schlagen. — Vgl. auch Stadtchronik Braunschweig S. 475 ff.

³ Hanserezepte III, 390, 399.

Mißhelligkeiten versuchten Hannover und Uelzen durch Vermittelung beizulegen;¹ ohne Erfolg.

Inzwischen war die endgültige Entscheidung über das Lüneburger Land am 28. Mai 1388 bei Winzen gefallen.² Herzog Wenzel starb, die Braunschweiger Herzöge hatten gesiegt, hielten es aber doch für geraten, den Weg zu einer endlichen Verständigung und Einigung mit den sächsischen Herzögen in einem Erbverbrüderungs- und Befriedigungsbündnisse zu suchen, welches am 21. Januar 1389 abgeschlossen wurde.³

War somit auch ein Haupthindernis für eine kräftige Auznischung des schon vor Jahren geschlossenen Bündnisses beseitigt, fehlte es dennoch an einem rechten friedlichen Zustande unter den sächsischen Städten. Die halberstädtische Gruppe hatte sich durch ihr in Gemeinschaft mit einigen Edlen an den Tag gelegtes Fehdewesen die Reichsacht zugezogen,⁴ und der Streit zwischen Braunschweig und Lüneburg, wegen vertragswidriger Teilnahme der Braunschweiger an dem Kampfe Herzog Wenzels gegen Lüneburger Bürger blieb noch in der Schwebe. Eigentümlich und wieder recht bezeichnend für die schwankende Politik der Städte ist der Umstand, daß Lüneburg zuerst die Braunschweiger Fürsten Bernhard und Heinrich als Schiedsrichter in dem Streite anrief⁵ und erst, als Braunschweig sich deren ihm ungünstigem Schiedsspruche nicht fügte, wieder die Hanse als Richter in forderte.⁶ Diese entschied auf dem Lübecker Tage, im Mai 1389, gleichfalls gegen Braunschweig. Die Folge war der endlich am 15. Juli eintretende Sühnevollzug zu Hannover.⁷ Befreundete Städte — und hierin zeigte sich wieder der zusammenführende Einfluß der Hanse — spielten die Vermittler; Goslar und Göttingen seitens Braunschweigs, Minden und Hannover sowie Hilbesheim seitens Lüneburgs.

Die halberstädtischen Städte hatten in dieser Zeit mit der Erledigung eigener Sachen zu thun,⁸ Magdeburg und Halle hielten sich ebenfalls im Rahmen ihres Unterthanenverhältnisses zu ihrem geistlichen Herrn.

Nach wie vor herrschte Unsicherheit in den sächsischen Landen, und das Gefühl derselben mußte sich besonders den Städten auf-

¹ Sudendorf VI, 235.

² Siehe über diese ganzen Verhältnisse: D. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 118 ff.

³ Detmar zu 1389; Sudendorf VI, 239.

⁴ Cod. diplom. Anhalt. V, 116; am 19. März 1389.

⁵ Sudendorf VI, 249.

⁶ Hanserezesse III, 430.

⁷ Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 697; Hanserezesse III, 437.

⁸ Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 218.

drängen. Der allgemeine Landfriede war beseitigt, der Städtebund von 1384 hatte damit seine vornehmste Aufgabe und deshalb auch seine spezielle Bedeutung eingebüßt; seine Bestimmungen waren jetzt nur mehr leere Formen, denen das Material entzogen worden war. In dieser Hinsicht bedeutete der Widerruf des Friedens allerdings vorderhand auch einen Nachteil für die Städte,¹ und es gehörten erst neue Anregungen und Gesichtspunkte dazu, um sie die Ziele ihrer bündnerischen Politik klar erkennen und ihnen demgemäß zustreben zu lassen. Die Fürsten und Herren Sachsens fuhrten fort, sich durch Bündnisse, die den äußerlichen Stempel von Friedensverträgen trugen, zu sichern. Der quade Herzog verband sich mit Bernhard und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg,² sogar mit seinem früheren Gegner Hermann von Hessen³ und wußte einerseits die Stadt Braunschweig an sich zu fetten⁴ und andererseits das selbstbewußte Göttingen zu befehlen.⁵

Gar bald wurde der westfälische Frieden, den man aus den verschiedensten Gesichtspunkten schon nicht mehr entbehren zu können meinte, in einzelnen Territorien der sächsischen Lande erneuert, wenn der Anschluß auch nur ein sehr allmählicher war. Dabei hatte das fürstliche Element das Uebergewicht. Ein Vorläufer dieser Bestrebungen war das im Januar 1391 zwischen Friedrich von Braunschweig-Lüneburg, Bischof Gerhard von Hilbesheim und der Stadt Goslar unter Zustimmung der Stadt Braunschweig und des Hilbesheimer Domkapitels auf 6 Jahre abgeschlossene Befriedungsbündnis.⁶

War in demselben auch auf einige sächsische Städte Rücksicht genommen, so dokumentierte doch dieses Bündnis sowohl, wie der im Oktober desselben Jahres zwischen Erzbischof Albrecht von Bremen, Bischof Otto von Verden, den Herzögen Bernhard und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg, den Städten Bremen und Burtshude und dem Bremer Domkapitel auf 3 Jahre abgeschlossene Landbefriedungsbund,⁷ daß die Fürsten die Veranlasser zu denselben und auch diejenigen waren, denen Bündnisse Vorteile zu bringen geeignet waren; die Städte hatten so gut wie nichts davon. Eine geradezu gegnerische Tendenz gegen die Städte hatte endlich der am 30. Oktober 1391 zwischen Gerhard von Hilbesheim, Ruprecht von Paderborn, Otto dem Quaden, Friedrich von Braunschweig und Hermann von Hessen vereinbarte Landfriedens-

¹ Stadtchronik Braunschweig 472 betrachtet nur die endgültigen Folgen.

² Am 18. Januar 1390; Subendorf VII, 2.

³ Am 6. Juni 1390; Subendorf VII, 16.

⁴ Am 19. Dezember 1390; Subendorf VII, 28.

⁵ Detmar zu 1390.

⁶ Subendorf VII, 33.

⁷ Subendorf VII, 58.

bund;¹ er bildete eine vollkommene Erneuerung des Kaisersfriedens und fand schnelle Verbreitung;² daß dieser Landfriede den Interessen der Städte zuwiderlief, dafür bietet, außer der geradezu ausgesprochenen Behauptung Detmars,³ schon die Teilnahme eines so ausgesprochenen Städtefeindes, wie es der Quade war, ziemlich sichere Gewähr. Wenn der westfälische Frieden den Fürsten und Herren zum Teil eine Befriedigung ihrer Wünsche, den Städten aber nur wenig gewährt hatte, warum sollte es ein nach dem Muster jenes durchgeführter territorialer nicht auch thun, und was kümmerte es die Fürsten, ob die Städte ihre Rechnung dabei fanden?

Wo die Herren es für gut und ihren Interessen dienlich hielten, da zogen sie auch die Städte an sich. So gingen Bernhard und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg am 6. Januar 1392 mit der Stadt Hameln, die den städtischen Bündnisbestrebungen ohnehin schon ziemlich entfremdet war, auf 14 Jahre ein Schutz- und Trugbündnis ein.⁴

Die Erkenntnis, daß sie wiederum auch zu dem territorialen Landfrieden Stellung nehmen müßten, führte die sächsischen Städte bald wieder zu ernstlichen Beratungen und Entschlüssen zusammen. In diese Zeit fielen auch schon bemerkenswerte Zeichen von Zuständen, welche in den späteren Bündnisbestimmungen, als gegen alle freie Entwicklung der Städte gerichtet, einen wichtigen Platz einnahmen. Am 19. März 1392⁵ gebot König Wenzel Otto dem Quaden, die Freigrafenschaft und das Stillgericht, welches er längst aufgehoben, Friedrich von Aldehus aber sich anmaße, definitiv für aufgehoben zu erachten und im Namen des Reiches solche Abhaltungen zu verhindern, und am 25. Juli erteilte Erzbischof Albrecht von Magdeburg der Stadt Halle das Privileg, daß Rat und Bürgerschaft vor keine auswärtigen Gerichte geladen werden dürften.⁶ Das Frontmachen gegen das westfälische Freigericht und die Abwehr der Uebergriffe der geistlichen Gerichtsbarkeit zeichneten sich schon jetzt als zwei Punkte ab, gegen welche sich die städtischen Bündnisse der letzten Zeit des XIV. Jahrhunderts so energisch richteten. Der Landfriede bildete aber vorläufig doch die Hauptbasis, auf welcher sich die bündnerischen Bemühungen der sächsischen Städte bewegten. Von vornherein

¹ Detmar I, 356.

² Lindner: Beme 461.

³ I, 356: „In demselven jare makeden de sassschen heren unde westfleschen heren enen bund, dat gink de mesten del iegen de steide.“

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hameln 701.

⁵ Subendendorf VII, 70; vgl. auch Stadtchronik Braunschweig 473.

⁶ v. Dreyhaupt: Beschreibung des Saal-Greyses II, 404.

schlossen sich die Städte des Lüneburger Landes von diesen Bestrebungen aus, sie hatten sich mit näher liegenden Angelegenheiten zu beschäftigen, die ihnen einen Ersatz für diese zurückhaltende Politik allerdings in keiner Weise boten. Diesen zweifelhaften Ersatz sollte ihnen die sogenannte „Sate“ gewähren.

Am 20. September 1392¹ errichteten die Herzöge Bernhard und Heinrich, — nachdem sie unter Bestätigung alter und Verleihung neuer Privilegien in sehr humaner Weise erklärt hatten,² daß sie den Fürstenberuf in der Förderung des Friedens und der Wohlfahrt ihrer Unterthanen, namentlich der Städte, als der Träger des friedlichen Handels und Wandels, sähen —, mit allen ihren Unterthanen eine „ewige Sate“, einen Frieden zur Erhaltung der Rechtszustände und des Besitzes und gemeinschaftlicher Abwehr bei Verletzung derselben. 16 Satesleute, von denen 8 die drei Städte stellen,³ sollen bei Unrecht entscheiden, Satebrechern soll Markt und Handel, Haftung, Speise zc. entzogen werden. Die Sate richte sich ebenso gegen die Herzöge, falls sie sie brechen, wie gegen jeden Satebrecher. Alljährlich sollen 2 große Satetage zu Lüneburg und Hannover und zwei kleinere in denselben Orten abgehalten werden. Die beiden Satesiegel führen Lüneburg und Hannover; regelmäßige Beiträge sollen entrichtet und alle Mitglieder eidlich verpflichtet werden, auch Satebrüche seitens der Fürsten anzuzeigen.⁴

Am 26. Juli fand die Sate bereits ihre Bestätigung durch König Wenzel⁵ und wurde bald durch die Bestimmung, daß ihre Verletzung mit Waffengewalt geahndet werden solle,⁶ erweitert. Gar bald sollte diese Einigung, welche der bisherigen Anschauung von der Stellung der Fürsten zu ihren Unterthanen vollständig zuwiderlief,⁷ gerade durch ihre Veranlasser auf das Gröblichste verletzt werden⁸ und den beteiligten Städten große Sorge verursachen. Doch wurden diese Bedrängungen der Städte auf ihr engeres Gebiet beschränkt, dort ausgetragen und traten vor den weitgehenden Bündnis-Verhandlungen der übrigen sächsischen Städte zurück.

¹ Sudendorf VII, 100.

² Sudendorf VII, 98, 99.

³ Albrecht van der Molen und Johann Lange aus Lüneburg, Burghard Teke und Martin von Lube aus Hannover und Bernhard Brasche und Heinrich Kedebeil aus Uelzen sind genannt.

⁴ Sudendorf VII, 134.

⁵ Sudendorf VII, 186.

⁶ Am 5. August; Sudendorf VII, 191: Lüneburg soll 40, Uelzen 10 Bewaffnete zum Schutze der Sate halten.

⁷ Vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 163.

⁸ Sudendorf VII, 214, 215, 218, 219.

Um die Mitte des Jahres 1393 pflog man bereits Verhandlungen über ein neues Städtebündnis, selbstverständlich unter eingehendster Berücksichtigung der seitens der Städte zu dem Landfrieden einzunehmenden Stellung. Um diese Zeit nämlich richtete der Hildesheimer Rat an den Rat einer anderen Stadt ein Schreiben,¹ in welchem er demselben anzeigte, daß Hildesheim nebst seinem Bischofe und dem Stiftsadel auf dem Kreihlaberge den Landfrieden beschworen habe. Der Hildesheimer Bischof habe zuerst mit den Städten außerhalb des Landfriedens bleiben wollen, wie er in einer Besprechung zu Goslar kundgegeben habe, dann aber sei er doch beigetreten und Hildesheim habe sich ihm angeschlossen. Die Hildesheimer fragten hierdurch an, ob der Rat² ebenfalls beitreten oder aber außerhalb des Landfriedens bleiben wolle.

Dieses Schreiben zeigt die Lage der Städte ziemlich deutlich. Sie befanden sich zum Teil im Zweifel darüber, ob sie durch eine gemeinsame Stellungnahme zum Landfrieden, für welche noch keine sicheren Schritte gemacht waren, genügende Sicherheit finden würden, und zogen es vor, dem Frieden in Anlehnung an einzelne Fürsten beizutreten. Daß die Absicht unter den Städten und auch einzelnen Fürsten bestanden hat, in eigenem Zusammenschlusse sich vom Landfrieden fern oder wenigstens abwartend zu halten, und daß diese Absicht auch erörtert wurde, ist aus dieser Nachricht klar ersichtlich. Eine solche Absicht wurde seitens der Städte sehr bald verwirklicht.

In den letzten Septembertagen 1393 schlossen die bedeutendsten sächsischen Städte, Braunschweig, Göttingen, Hildesheim, Helmstedt, Halberstadt, Quedlinburg und Wickersleben, einen Bund auf 3 Jahre.³ Er richtete sich hauptsächlich gegen ungerechte Handhabung des Landfriedens. Die Bestimmungen besagten: Wird eine der verbündeten Städte in Landfriedenssachen von dem Landvogte oder einem anderen Mächtigen gegen ihre Einung verunrechtet, so sollen sie die übrigen Bundesglieder unnerlandfriedet halten, ihre Bürger haufen und pflegen und ihnen in jeder Weise förderlich sein, auch ihre Appellation an Kaiser und Reich wirksam unterstützen und die

¹ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 774.

² scil. der Stadt, an welche das Schreiben gerichtet war; wahrscheinlich Braunschweig, da dieses damals dem Landfrieden noch nicht beigetreten und an und für sich diejenige Stadt war, nach deren Gutachten eine andere von der Bedeutung Hildesheims sich richten mochte. —

³ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 352 und Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 761 haben als Datum den 29. September, Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 650 und Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 760 den 27. September. — Vgl. folgende Seite.

Hälfte der Kosten davon tragen. Ebenso wollen sie die Kosten für einen mit dem Landfriedensverweiser aus ungerechter Ursache entbrannten Krieg gemeinschaftlich tragen, und zwar sollen Hildesheim und Göttingen vierteljährlich je 10, Braunschweig und Helmstedt je 20 Mark dazu beisteuern. Wird die Stadt, die so von Landfriedenswegen zur Fehde kommt, arg bedrängt und droht ihr ernste Gefahr, — was 2 andere Verbündete bestätigen müssen, — so daß sie zu unterliegen glaubt, so wollen ihr alle mit allen Kräften und Waffengewalt helfen. Diese Hülfe soll auch geleistet werden, wenn gleichzeitig mehrere Bundesstädte aus solcher Ursache in Krieg geraten. Eine gerechte Sühne soll aber die bedrängte Stadt annehmen. Wenn eine Verbündete eiblich bekräftigen kann, daß ihr aus diesem Bündnisse große Bedrängnis und offener Schaden erwächst, so soll sie den Landfrieden schwören und aus dem Bunde ausscheiden.

Die Bündnisurkunde existiert in zwei Formen, einer kürzeren, welche sämtliche Teilnehmer nennt und vom 27. September datiert ist, und einer ausführlicheren, welche nicht die halberstädtische Gruppe als Teilnehmer nennt und vom 29. September datiert ist; die Grundgedanken sind dieselben. Der Abschluß fand durch Austausch von Bündnisbriefen statt, am 27. zwischen Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Helmstedt einer- und den halberstädtischen Städten andererseits; zwei Tage darauf setzten, nachdem so die allgemeine Grundlage gegeben war, die erstgenannten vier Städte, deren Abgeordnete ohne Zweifel noch beisammen waren, noch unter sich speziellere Abmachungen fest. Daß die halberstädtische Gruppe bei diesen nicht vertreten war, dafür spricht auch schon die Thatfache, daß sie nicht als zu den Kosten beitragende Mitglieder genannt werden.

Von den Teilnehmern des Bundes vom Jahre 1384 waren außer den halberstädtischen Städten nur Braunschweig und Hildesheim auch in diesem Bündnisse vertreten, dagegen Göttingen und Helmstedt neu hinzugetreten. Als planmäßige Erneuerung des alten Bundes, der ja schon vor drei Jahren abgelaufen war, ist schon deshalb diese Einung nicht anzusehen.

Der neue Bund war in erster Linie verursacht durch die territoriale Erneuerung des Landfriedens. Von den Teilnehmern von 1384 war Goslar dem Landfrieden beigetreten,¹ Hannover war ein angesehenes Mitglied der Sate, für Einbed's Fehlen läßt sich ein stichhaltiger Grund nicht finden. Göttingen hatte mit seinem ungnädigen Herrn zu viele und zu schlimme Erfahrungen gemacht, um nicht den Vorteil eines festen städtischen Zusammenhaltens

¹ Siehe S. 89.

einzu sehen; von der Furcht vor Isolierung und Braunschweigs Zureben mochte wohl Helmstedt sich haben leiten lassen. Ueber die Haltung der einzelnen Mitglieder zum Landfrieden ist nur sicher, daß Hilbesheim den Landfrieden geschworen hatte,¹ und wenn man daraus, sowie aus der ganzen Fassung der Bündnisakte auch schließen kann, daß sich der neue Städtebund dem Landfrieden gegenüber nicht von vorneherein feindselig stellte, so zeigt er doch eine so scharfe Tendenz lediglich zur Wahrung der städtischen Interessen, daß man ihnfüglich als ein Mittel für die feste Absicht der verbündeten Städte ansehen kann, den Landfrieden möglichst zu beherrschen oder doch für ihre Interessen in jeder Weise, selbst gegen ein Urtheil des Landrichters, fruchtbar zu machen. Viel weitgehender als die früherer Bündnisse waren ja die Bestimmungen des neuen. Die Städte behielten sich das Endurtheil über die Gerechtigkeit des Spruches des Landrichters vor und waren entschlossen, demgemäß zu handeln, gegen jede Ungerechtigkeit des Richters mit Waffengewalt bis zum Aeußersten sich zu unterstützen, und diese Hülfe auch — entgegen den engherzig beschränkten Bestimmungen früherer Bündnisse — mehreren gleichzeitig bedrängten Bundesgliedern zu leisten. Wahrlich recht energische Maßregeln! Eigentümlich war die Bestimmung, daß eine Verbündete unter der Bedingung, daß sie, wenn sie infolge Festhaltens an dem Bunde ihren Untergang vor sich sähe, den Landfrieden schwöre, aus dem Bunde ausscheiden dürfe. Sie beweist einmal, daß man sich ganz genau bewußt war, ein wie für die einzelnen Mitglieder gefährliches Band man geschlungen hatte, und andererseits, daß die Bundesglieder als solche, wenn nicht in einem Gegensatze zu dem Landfrieden, doch großenteils außerhalb desselben sich befanden, und daß ihre Interessen mit denen des Landfriedens sich nicht ganz deckten. Jedenfalls aber war dieser Bund, in seinen Bestimmungen fest durchgeführt, eine ziemlich sichere Gewähr für die Sicherheit seiner Teilnehmer und ihre Absicht, durch den Landfrieden nicht vergewaltigt zu werden.

Während sich für diese Städte in der nächsten Zeit noch andere wichtige, in Bündnisbestimmungen zu erledigende Punkte zeigten, während Magdeburg und Halle ihren speziellen städtischen Interessen nachgehend sich weiteren Bestrebungen noch fern hielten, spielte sich im engeren Lüneburger Lande der Kampf zwischen seinen mit einander verbündeten Städten und ihren Herren Bernhard und Heinrich ab. Die Lüneburger Städte führten,

¹ Siehe S. 92.

von verschiedenen Fürsten unterstützt,¹ gegen die Satebrecherischen Herzöge mit Waffengewalt den Kampf um ihre höchsten Güter, den Krieg um Frieden und Hebung ihrer selbständigen Stellung. Der Kampf wurde beiderseits mit großer Erbitterung geführt. Die Herzöge suchten und fanden Bundesgenossen,² und Lüneburg-Hannover-Uelzen im weiteren Verlaufe des Streites solche an ihnen durch die Hanse und gleiche Ziele nahestehenden Städten des Sachsenlandes. Eine vorläufige, schießsgerichtliche Entscheidung über den Satestreit, Mitte 1395,³ beendigte den Kampf nicht. Anfang 1396 bemächtigte sich Herzog Heinrich durch Ueberfall der Stadt Uelzen,⁴ jedoch ohne einen dauernden Erfolg davon zu tragen. Die niedersächsischen Städte nämlich, welche nicht mit Unrecht das Verfahren der Lüneburger Herzöge als gegen die Städte überhaupt gerichtet ansahen, ließen den an der Sate Festhaltenden nachdrückliche Hülfe zuteil werden. Lübeck und Hamburg unternahmen gegen die Herzöge mit Erfolg einen Feldzug und versahen das bedrängte Lüneburg mit Zufuhr. Lüneburg und Hannover schlossen am 5. und 10. Mai 1396 zum Schutze der Sate gegen die Herzöge ein festes Bündnis miteinander, mit ausgedehntester Waffenhülfe.⁵ Wenn sich diesem Bunde andere sächsische Städte auch nicht anschlossen, so beweist doch ihr ganzes Verhalten, daß sie unterstützend auf Seiten der lüneburgischen Städte standen. In weiteren städtischen Kreisen sah man eben — obwohl durch keine Verträge zur Hülfe verpflichtet — den Satestreit als eine Art Prinzipienstreit, als einen Kampf der Städte als solcher gegen übermächtige und gesetzlichen Verträgen Hohn sprechende Fürsten an. Am 29. August 1396 endlich kam ein vorläufiger Friedensschluß⁶ zwischen den streitenden Parteien zustande. Unter den Beteiligten sind u. a.

¹ Selbst Otto der Quade schloß 1394, 5. Januar, mit Lüneburg und Hannover ein Bündnis zum Schutze der Sate: Sudendorf VII, 224; Markgraf Jobst von Brandenburg, dessen Lande Bernhard und Heinrich mit Krieg überzogen hatten, ebenfalls, am 7. Mai 1394: Sudendorf VII, 253; vgl. auch: Lindner, Wenzel II, 145. —

² Am 3. Februar 1395 ihr Bündnis mit Bischof Otto von Minden: Sudendorf VIII, 13; am 13. Februar 1396 ein solches mit König Albrecht von Schweden, Herzog von Mecklenburg, mit der besonderen Bestimmung, keiner der Verbündeten solle des andern Land, Leute oder Städte gegen ihren Herrn zu verteidigen sich anmaßen: Sudendorf VIII, 94; am 10. März 1396 Bündnis mit Friedrich von Braunschweig gegen Lüneburg: Sudendorf VIII, 98. —

³ Sudendorf VIII, 70.

⁴ Detmar I, 373; vgl. D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 165.

⁵ Sudendorf VIII, 105.

⁶ Sudendorf VIII, 136.

genannt: Lübeck, Hamburg, Braunschweig und Helmstedt. So weit ging doch die Fürsorge der sächsischen Städte auch für nicht in engerem Verbande stehende Gemeinden, eben als den Fürsten gegenüber gleich interessierte, daß sie in solchen Fällen mit ihrer Unterstützung nicht zurückhielten, wenn dabei auch die Sorge um eigene Benachteiligung ein gut Teil mitsprach. Endgültig beendet wurde der Satestreit allerdings erst im Oktober 1397.¹ Die Städte des Lüneburger Landes, und mit ihnen die anderen beteiligten, hatten einen Erfolg davongetragen und die Stellung und das Ansehen der Städte den Fürsten gegenüber entsprechend dem damaligen Aufschwunge der Städte überhaupt nicht unbedeutend gehoben.

Obwohl Otto der Quade, der Störer aller ernststen Friedensbestrebungen in den sächsischen Landen, im Dezember 1394 gestorben und ihm in seinem Sohne Otto ein sehr friedfertiger Nachfolger gegeben war,² die Landfriedensmitglieder auch bemüht waren, leidliche Zustände herbeizuführen, ließen sich die sächsischen Städte über ihnen drohende Unbilden und Vergewaltigungen nicht hinwegtäuschen. Neue, durch die Erfahrung als notwendig erwiesene Gesichtspunkte waren es, welche sie zu neuen Einigungsbestimmungen veranlaßten.

Die westfälischen Freigerichte erwiesen sich immer mehr und mehr als unbequem, ja geradezu als eine Gefahr für die Entwickelung selbständiger städtischer Justiz. Sie zogen sogar Schulbsachen — und dies traf besonders die Städte — vor ihr Forum.³ Die Hanse, der ja die sächsischen Städte größtenteils angehörten, hatte sich auf ihren Tagfahrten auch wiederholt ablehnend mit den Freigerichten beschäftigt.⁴

Da faßten die er verbundenen Städte den Entschluß, gegen Uebergriffe der westfälischen Gerichte durch diese betreffende Bindnisbestimmungen einzuschreiten. Hildesheim, welches schon früher üble Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht hatte,⁵ gab wohl den Anstoß dazu. Bald veranlaßte es Verhandlungen mit den befreundeten Städten. Im März 1396⁶ sandte der Hildesheimer Rat ein

¹ Eubendorf VIII, 195.

² Siehe D. v. Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover II, 82.

³ Vgl. Lindner: Beme 563.

⁴ Hanserezeß II, 550, III, 133, 168, 334, IV, 311; vgl. Lindner: Beme 520 f.

⁵ Vgl. Lindner: Beme 459.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 856. So ganz untergeordnet, wie R. Döbner, Hanfsche Geschichtsblätter, Jahrg. 1879, 28 meint, war der Anteil Hildesheims an dem Bunde der Sachsenstädte doch nicht, vgl. auch die früheren Zusammenschlüsse.

Schreiben an den Braunschweiger mit dem Ersuchen um Nachricht über dessen Absicht und Maßnahmen in einer bestimmten Angelegenheit.¹ Er bat darin, die Braunschweiger möchten die Sache überlegen und zusehen, ob sie etwas erreichen könnten, das „aller steden des gros behouf were“. Diese Angelegenheit von allgemeinem Interesse für alle Städte fand bei einem Teile derselben volle Berücksichtigung. Drei Monate später, am 24. Juni 1396,² verbündeten sich Goslar, Braunschweig, Hilbesheim, Gimbed und Helmstedt gegen das westfälische Gericht, gegen Ladungen vor auswärtiges geistliches Gericht und gegen wegen Aufruhrs verfestete Bürger. Man bestimmte, daß, falls ein Bürger einer Verbündeten vor westfälischem Gerichte belangt würde, derselbe aber Ehre und Recht zu thun erbötig sei, die Verbündeten gemeinsam für ihn Recht bieten sollten. Wenn aber der Kläger trotzdem bei seinem Beginnen beharre und über den Beklagten ein Urteil erwirke, so werde man letzteres als ungültig betrachten und den Anstifter des Handels gemeinsam verfolgen. Jeder Bürger habe sich bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit nur dem geistlichen Gerichtsherrn seines Bezirkes zu stellen, keinen Ladungen vor auswärtiges geistliches Gericht Folge zu leisten. Wegen Aufruhrs aus einer verbündeten Stadt ausgewiesene und verfestete Bürger sollen auch in den anderen Bundesstädten als Verfestete behandelt werden.

Die Teilnehmer dieses Bundes hatten nur zum Teil demjenigen vom Jahre 1393 angehört. Göttingen, welches seinem ihm gnädigen Herrn, dem jungen Otto, trauen konnte, fehlte; aus welchen Gründen die halberstädtische Gruppe sich fernhielt, ist nicht ersichtlich. Gimbed, das schon Mitglied des Bundes von 1384 war, trat hier wieder als beteiligt auf.³ Dieses Bündnis entsprach ja aber auch keineswegs in seinem Inhalte demjenigen von 1393; es ist deshalb auch nicht als eine Erneuerung desselben aufzufassen. Griff man auch bezüglich der Bestimmungen über Verfestung auf frühere Bündnisse zurück, so zeigte das Bündnis bezüglich seiner Hauptbestimmungen über Abwehr der westfälischen und geistlichen Gerichte doch ein ganz neues Gesicht. Richteten sich die früheren Bündnisse fast ausschließlich gegen äußere Gewalt und Verunrechtung durch immerhin

¹ Die Sache selbst ist zwar nicht genannt, es läßt sich aber aus dem Inhalte schließen, daß das Schreiben sich auf diese Angelegenheit bezog.

² Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 876; Hanserezeß IV, 354. Siehe auch: Lindner, Beme 519 f. — Harland, Geschichte der Stadt Gimbed I, 321 führt als Jahr des Abschlusses fälschlich 1395 an. —

³ Jedenfalls auf Antrieb Hilbesheims; siehe: Urkundenbuch der Stadt Hilbesheim II, 928.

von Reichswegen gebilligte oder doch gestattete Rechtseinrichtungen, so war die Spitze dieses Bundes hauptsächlich gegen willkürliche und angemaßte Rechtsübergriffe gefehrt, welche die aus Eigennutz immer mächtiger nach Selbständigkeit strebenden Städte erbittern und zu Gegenmaßregeln zwingen mußten.

Während im folgenden Jahre, 1397, die weltlichen und geistlichen Fürsten und Herren der sächsischen Lande durch weit- ausgebehnte Friedens- und Schutzbündnisse¹ ihren Gebieten die Segnungen des Friedens zuteil werden zu lassen und sich selbst zu sichern trachteten, auch der in den letzten Zügen liegende Satefrit noch seine Kreise zog,² pflogen die Städte, jetzt wieder auf dem Boden eines festeren Programmes stehend, eifrige Verhandlungen über näheren Zusammenschluß mit noch nicht zum Verbande gehörigen Städten. Am 9. Februar lud der Hildesheimer Rat den von Gimbeck ein,³ eine am 13. Februar zu Hildesheim stattfindende Versammlung der Städteboten zu beschicken. Es würde dort mancherlei Wichtiges besprochen werden; über diese Mitteilung möge der Gimbecker Rat aber strenges Stillschweigen bewahren.

Ob Gimbeck dieser Einladung folgte, und welche Städte zu Hildesheim durch Abgeordnete vertreten waren, läßt sich ebensowenig sicher sagen, wie die Frage entscheiden, welche Angelegenheiten dort verhandelt wurden. Wahrscheinlich erörterte man die Doppelfrage, ob es zweckmäßig sei, den Städteverband zu erweitern und sich außerhalb des Landfriedens zu halten, — dafür spricht die Bitte um strenge Verheimlichung der Nachricht an Gimbeck, — oder insgesamt demselben beizutreten. Zwei weitere, etwa gleichzeitige, Schreiben⁴ des Hildesheimer Rates verbreiten darüber ein wenn auch etwas trübes Licht. In dem einen teilte er dem Braunschweiger Rate mit, daß

¹ Am 28. Januar Abschluß eines großen Schutzbündnisses zwischen Erzbischof Albrecht IV. von Magdeburg, Bischof Ernst von Halberstadt, Graf Ulrich von Regenstein, Bischof Gerhard von Hildesheim, Bischof Johann von Paderborn, Otto III., Sigmund I., Albrecht IV. und Bernhard V. von Anhalt: Cod. diplom. Anhaltinus V, 256. — Diesem Bunde schlossen sich am 19. Februar Bernhard und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg an: Cod. dipl. Anh. V, 258.

² Am 27. Februar wurde zwischen dem Rate von Uelzen und den Herzögen Bernhard und Heinrich ein Abkommen geschlossen, demzufolge die Stadt jenen ihre Thore offen halten, auch kein Bündnis gegen sie schließen sollte. Uelzen hatte sich also von den Herzögen gewinnen lassen; Sudendorf VIII, 153.

³ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 922; Hanserezeße IV, 394.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 927 und 928. Die von Döbner dort angenommene Datierung, Mitte Februar bis Anfang März, scheint mir richtig. —

Hildesheim sehr für eine Verhandlung sei behufs näheren Zusammenschlusses mit Magdeburg, Halberstadt und anderen Städten; in dem zweiten schrieb er dem Gimbeder Räte, daß er es doch für ganz nützlich halte, wenn Gimbeck ebenso wie Hildesheim gleichfalls dem Landfrieden beiträte, und ersuchte um baldige Antwort darüber. Die Verhandlungen zu Hildesheim, — wahrscheinlich nur eine Besprechung —, hatten zu keinem befriedigenden Ergebnisse geführt, doch hatte Hildesheim selber eine Verbindung mit Magdeburg und der halberstädtischen Gruppe ins Auge gefaßt und suchte auch Braunschweig dafür zu gewinnen, erteilte aber gleichzeitig an Gimbeck den Ratsschlag, doch auch lieber dem Landfrieden beizutreten und sich so zu sichern. Oder spielte Hildesheim, das sich ja gleichzeitig im Landfrieden und Städtebund befand, eine zweizüngige Rolle? Versuchte es, erst die Meinungen und Aussichten über machtvollere Ausdehnung des Städtebundes zu erkunden und für den Fall eines negativen Ergebnisses gleichzeitig andere, z. B. Gimbeck, zum Eintritt in den Landfrieden zu bewegen? Gründet sich vielleicht hierauf die Bitte an Gimbeck, das doch auch Mitglied des Städtebundes war, Schweigen zu bewahren? Der urkundliche Beleg ist zu schwach, um diese Fragen endgültig zu beantworten. Jedenfalls geben diese Nachrichten den Beweis, daß man wieder weitere Kreise, die zum Teil früher schon den Städtebündnissen angehört hatten, wiedergewinnen wollte.

Eine Probe auf das Bündnis von 1396 sollte Hildesheim bald bestehen. Einige Hildesheimer Bürger waren vor den Stuhl des Freigrafen Matthias¹ geladen worden; der Rat der Stadt aber zeigte am 30. August² dem Freigrafen an, daß jene vor dem Freistuhl nicht erscheinen, sondern sich nur dem Gerichte ihres Herrn, des Bischofs Gerhard, stellen würden, und wiederholte diese Weigerung im September desselben Jahres. So begegnete man, auf das Bündnis gestützt, den Uebergriffen des Vemgerichtes mit Erfolg.

Der Landfrieden gewann inzwischen in den sächsischen Landen immer mehr an Ausdehnung. Im Mai 1397³ trat Friedrich von Braunschweig demselben bei, welchem schon die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Magdeburg, die Bischöfe von Hildesheim und Paderborn, Balthasar von Thüringen, Hermann von Hessen, Otto von Braunschweig-Göttingen und viele andere Herren angehörten. Man hatte sich auch von Reichswegen wieder mit dem

¹ Siehe über diesen: Lindner, Beme 133 f.

² Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 964, 971.

³ Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 366.

Landfrieden beschäftigt. Am 6. Januar 1398¹ wurde auf dem Frankfurter Reichstage eine neue Landfriedensordnung, eine allgemeine Grundlage für die Handhabung des Landfriedens im ganzen Reiche gegeben, wobei der in der letzten Zeit teilweise erneuerte westfälische Frieden zum Muster diente. Zehn Jahre sollte dieser allgemeine Frieden unverändert bestehen bleiben; als Strafe für Friedebrecher wurde die Reichsacht festgesetzt. In dieser Form aber hatte er bei der großen Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Teilnehmer wenig Zweck. —

In den letzten Jahren des XIV. Jahrhunderts pflegten die sächsischen Städte eifrigen diplomatischen Verkehr miteinander zur Wahrung ihrer Interessen. Die Göttinger Gruppe hielt sich, da Göttingen, Northeim und Uslar am 1. Januar 1398² ein fünfjähriges ausführliches Bündnis mit ihrem friedliebenden Herrn, Herzog Otto, geschlossen hatten, mehr an diesen und vorläufig weiteren Bestrebungen fern. Die Hanse vermochte vorderhand, obwohl sie immer weiteren Einfluß gewann, doch nicht die besondern Bündnisse der sächsischen Städte, die sich einmal auf engere territoriale Bedürfnisse gründeten, in sich aufgehen zu lassen. Freilich standen die Städte auch mit ihr in recht regem Verkehr. So teilte Hildesheim Anfang 1398³ Göttingen mit, daß es leider verhindert sei, den auf den 22. Februar festgesetzten Hansestag zu bescheiden, und bat den Göttinger Rat, seine Interessen dort mit wahrzunehmen. Aber der engere Verkehr der Städte war doch lebhafter und wurde durch besondere Tagfahrten vermittelt. Mitte 1398 zeigte⁴ der Hildesheimer Rat dem von Hannover seine Behinderung an einer Tagfahrt an, und als im Jahre 1399 eine große Fehde zwischen den sächsischen, lüneburgischen und braunschweigischen Fürsten einer- und dem Erzbischofe von Magdeburg, den Bischöfen von Halberstadt und Hildesheim andererseits ausbrach,⁵ da fanden auch Besprechungen der

¹ Lindner: Wenzel II, 442 ff. — Am 1. Juli fand eine Landfriedensverbesserung einzelner Punkte durch Erzbischof Johann von Mainz, Bischof Gerhard von Hildesheim, Johann von Paderborn, Balthasar von Thüringen-Meißen, Hermann von Hessen, Friedrich von Braunschweig (=Grubenhagen), Friedrich und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg und Otto von Göttingen statt; Sudendorf VIII, 284. —

² Urkundenbuch der Stadt Göttingen I, 373.

³ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 1014.

⁴ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 1035. — Hannover hatte nicht einmal an dem letzten Bündnisse teilgenommen; vielleicht beabsichtigte Hildesheim, dasselbe auf dazu bestimmten Tagfahrten dafür zu gewinnen. —

⁵ Detmar I, 390.

sächsischen Städte darüber statt, wie sie sich zu der Sache verhalten sollten, „dat me groten krieg unde schaden bewarde.“¹

So standen die sächsischen Städte an der Wende des Jahrhunderts bereits auf einer durch ihre fortlaufenden Bündnisse gegründeten Basis und einem gemeinsamen Standpunkte, der sie alle wichtigeren Ereignisse, die ihre territorialen Interessen irgendwie berührten, mit aufmerksamem Auge betrachten und sie zu einem nicht geringen Faktor der landesgeschichtlichen Entwicklung werden ließ.

Die zahlreichen Städtebündnisse früherer Zeit hatten in den letzten Jahrzehnten des XIV. Jahrhunderts den Grund gelegt zu dem großen sächsischen Städtebunde, der im nächsten Jahrhundert² unter Führung von Braunschweig und Magdeburg, unter allgemeiner Teilnahme der früher nur zeitweise in einzelnen Gruppen beigetretenen Städte in weitester Ausdehnung, steter Fortführung und in innigerem Verhältnisse zu der Hanse bald ein wichtiges Viertel der letzteren ausmachte, dennoch aber als ein besonderer Faktor derselben mit den verschärften Bestimmungen der früheren Städtebündnisse bestehen blieb.

¹ Urkundenbuch der Stadt Hildesheim II, 1092; am 25. Juni, Hildesheim und Braunschweig sind genannt. —

² Vgl. W. J. L. Bode: Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters 2c. in „Forschungen zur deutschen Geschichte“ II, 219 ff. —

Die Entstehung der Stadt Braunschweig.

Von Dr. Willi Barges.

Die Entstehungsgeschichte der Stadt Braunschweig ist sehr anziehend.¹ Es haben sich hier allmählich fünf besondere Städte oder Weichbilde, die zeitlich in großen Zwischenräumen entstanden sind, zu einem Staatswesen zusammengeschlossen. Diese fünf Weichbilde sind die Altstadt (Olde Stad, Antiqua civitas), das eigentliche Brunswik, der Hagen (Indagen), die Alte Wik (Olde Wik, Vicus vetus), die Neustadt (Nova civitas), und der (Sack, Saccus). Es ist bei der Aufzählung die Zeit der Entstehung der „Stadt“, nicht des Ortes berücksichtigt, denn „Stadt“ und „Ort“ sind nicht identische Begriffe in verfassungsgeschichtlicher Hinsicht. Nur der Hagen ist eine künstliche Gründung, eine Schöpfung von Fürstenhand, alle anderen vier Weichbilde sind von selbst entstanden und selbst gewachsen.

In verfassungsgeschichtlicher Hinsicht kann man die fünf Weichbilde in zwei Klassen teilen, in die von Grund aus freien, unabhängigen Städte, wie Altstadt, Hagen, Neustadt und die herrschaftlichen, abhängigen, die alte Wik und den Sack, die von den Herzögen als *specialia nostra judicia* und *distincta nostra oppida* bezeichnet werden.²

Zur heutigen Stadt rechnet man noch drei Gebiete, die in der mittelalterlichen keinen Platz finden, den Burgbezirk Lan-

¹ Vgl. zum folgenden Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. Erster Band. Statute und Rechtbriefe von Ludwig Hänselmann, Braunschweig 1873, citiert als Urkundenbuch. Der zweite Band ist leider immer noch nicht erschienen; ferner die grundlegenden Arbeiten L. Hänselmanns, besonders die Einleitungen, Beilagen und Anmerkungen in Die Chroniken der deutschen Städte, Her. von Hegel. Bd. 6. u. 16. (Braunschweig.) — H. Dürre, Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter 1861 ist veraltet, aber teilweise unentbehrlich. Von neueren Arbeiten kommen in Betracht H. Mack, Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374. Breslau 1889. (Vgl. die Rezensionen in der D. Lit. Zeit. XI, 949 ff., den Mitt. aus d. hist. Lit. XVIII, 324—327. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der d. Gesch. u. Altertumsvereins XXXVIII, 119 ff. Sybels Hist. Ztschr. Bd. 67. (31) 1891 S. 119. W. Barges, Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374. Marburg 1890 citiert als „meine Gerichtsverfassung.“) (Vgl. die Rezensionen in der D. Lit. Zeit., XII, 1891, S. 1336—38. Mitt. a. d. hist. Lit. 1891, S. 130—132. Centralbl. für Rechtsgesch. 1890, Dezemberheft. Zeitschr. des Harzvereins 1890, S. 511. Revue critique, Paris 1891, S. 213. Sybels Histor. Ztschr. 68 S. 357.)

² Urkundenbuch XIII, S. 18, § 1.

quarderode, die Klosterfreiheit S. Aegidien und die Vorstadt des Cyriacuslifies. Es waren dies fürstliche Freiheiten.¹ Bei einer Untersuchung über die Entstehung der „mittelalterlichen Stadt“ Braunschweig kommen sie nicht in Betracht.

Kapitel I.

Der Kern der Stadt Braunschweig, gewissermaßen die Mutterstadt der übrigen Weichbilde, ist die Altstadt, die Olde Stad (*Antiqua civitas*), welche auf dem linken Okerufer, im Gau der Osterlube, Ostfalen, Valun liegt. Sie ist das eigentliche Brunswik des frühen Mittelalters.² Ihren Namen hat diese älteste Stadtsiedelung von dem Dorfe, der Wik der Brunonen, das auf dem rechten Okerufer im Darlinggau der Altstadt gegenüber liegt, und 1031 urkundlich erwähnt wird, übernommen. Früher hielt man dieses Dorf für den Kern der Stadt, und nahm deshalb an, daß Braunschweig aus einer herrschaftlichen Villa hervorgegangen sei,³ aber diese Wik erhielt erst 1245 Stadtrecht und bestand lange neben der freien, unabhängigen Altstadt als dörfliche und teilweise unfreie, von den Herzögen abhängige Siedelung, als *villa indominicata*, Herrendorf. Ob diese Wik der älteste Ort dieser Gegend ist, scheint zweifelhaft zu sein, denn es finden sich auf beiden Seiten der Oker Spuren älterer Ansiedelungen. Die Altstadt tritt urkundlich erst 1157 in die Geschichte, aber damals muß die Stadt schon eine gewisse Bedeutung gehabt haben, denn es wird in jenem Jahre in ihr auf erbeigener Wort eines Bürgers die dritte Kirche, die Michaelskirche, geweiht.⁴ Die zweite Kirche, die Ulrichskirche, soll zwischen 1022 und 1038 von dem Bischof Godehardus von Hildesheim geweiht sein, wie es die glaubhafte Reimchronik berichtet.⁵ Eine vierte Kirche wurde um dieselbe Zeit im Burgbezirk Tanquarderode errichtet.⁶ Aus der Zahl der Kirchen kann man auf die Bedeutung der Stadt schließen. Gegründet ist diese Stadt nicht, sie ist von selbst gewachsen. Wir kennen nicht einmal einen mythischen Gründer, denn die Sage schreibt dem Tanquard nur die Gründung der Burg zu.⁷ Der Ort

¹ Meine Gerichtsverfassung S. 4. Geschichte dieser Freiheiten bei Dürre a. a. O., besonders S. 502 ff. und 402 ff.

² Gerichtsverfassung S. 3.

³ Hegel, Italien. Stadtverfassung II, S. 418.

⁴ Fundationsurkunde Bischof Brunos v. Hildesheim 1157 bei Rehtmeier, Kirchenhistorie Suppl. S. 52.

⁵ Reimchronik in Deutsche Chroniken — Mon. Germ. — II, p. 479, c. 17 v. 1615.

⁶ Origines Guelf. II, 334. (*ecclesia Thoncguarderoth*.)

⁷ Bgl. Anhang S. 123.

ist in ähnlicher Weise entstanden, wie noch heute auf dem jungfräulichen Boden Amerikas Orte und Städte entstehen. Ursprünglich lagen hier sächsische Gutshöfe. Es sind dies die vier Vorwerke, die ihren agrarischen Charakter bis ins 15. Jahrhundert bewahrten. Sie lagen bei der Südmühle, an der Kerlingensporle, bei S. Michaelis und auf der Eßternstraße. Letztere ist wohl der Hof Eckthi — später Echte —¹ dessen Zehnten 1187 das Kloster Steberburg erwarb.² Es waren alte Freihöfe, die ebenso wie der herzogliche Ackerhof in der Alten Wit als Allodia in lateinischen Urkunden bezeichnet werden. Zu diesen Höfen gehörte alles das Gebiet, auf dem die Altstadt und später die Neustadt entstanden, und die Acker- und Allmendebereuren, die zu diesen Städten gehörten. Neben diesen Freihöfen lag ein herzoglicher Hof, Tanquarderode, aber herzogliches Eigenland erstreckte sich nicht in das Gebiet der Freihöfe, denn weder in Alt- noch in Neustadt wird Wortzins an die Herrschaft bezahlt. Wer der Gründer von Tanquarderode gewesen, ob es ein Luidolfinger oder ein Dienstmann derselben gewesen, ist nicht mehr zu erkennen. Die Sagen, die die Gründung Braunschweigs berichten, zeigen uns nur, wie man sich im Mittelalter die Gründung dachte.³ Jedenfalls ist Tanquarderode kein uralter Ort; darauf deutet die Endung rode, die sich nur in jüngeren Ortsnamen findet.⁴ Eine Burg war dieses Tanquarderode nicht, sondern nur ein einfacher Ackerhof, eine villa, wie das schon Leibniz erkannt hat,⁵ der in Mitte des Luidolfingischen Besitzes lag, welcher sich von der Kammhöhe des Harzes bis weit nach Norden erstreckte.⁶

Aus den Freihöfen entwickelte sich allmählig ein Dorf, das vielleicht ursprünglich Tanquarderode oder Tanquardsvoorde hieß.⁷ Wichtige Momente,⁸ die Lage an wichtigen Straßen, das Vorhandensein eines guten Ueberganges über

¹ Vgl. Hänselmann, Chroniken Bd. VI, Einl.

² S. S. XVI, S. 220.

³ Vgl. Anhang S. 123.

⁴ Arnold, Wanderungen und Ansiedlungen deutscher Stämme. Marburg 1875. Kap. VIII.

⁵ S. S. rer. Brunswic.

⁶ Hänselmann, Hans. Geschichtsblätter 1873, S. 3. Ueber die urspr. örtliche Beschaffenheit der Gegend vgl. v. Bethmann, Westermanni Monatshefte 1861, S. 535, über den Luidolfinger Besitz Waiß Heinrich I, S. 193. Falke, tradit. Corbei. 293.

⁷ Dürre a. a. D. S. 26 S. S. rer. Brunsv. II, 1070.

⁸ Guthe, die Lande Braunschweig und Hannover, S. 314, 317 ff. Hänselmann, Hans. Geschichtsbl. 1873, S. 1. Dürre a. a. D., S. 21. Hahn, die Städte der nordb. Tiefebene, S. 137. Roppmann, die ältesten Handelswege Hamburgs, Zeitschr. f. Hamb. Gesch. VI, S. 411.

die Oer, die hier beginnende Schiffbarkeit dieses Flusses, vielleicht auch die Existenz eines Marktes, der neben der Kirche des heiligen Jacobus, des Patronen der fahrenden Leute, abgehalten wurde, gaben dem Orte bald Bedeutung. Unter Heinrich I., den die Sage auch den Stadtgründer nennt, wurde dieses Dorf ummauert und befriedet, und so der Grund zu einer Stadt gelegt.

Wie ich an anderer Stelle¹ gezeigt habe, knüpft die Entstehung der Städte wahrscheinlich an den Festungsbau Heinrichs I. und eine damit verbundene Friedensverleihung des Königs an. Weber der Markt,² noch die Gilde³ haben die Städte geschaffen, sondern der Königsfrieden. Nach dem Vorbild des Königs der Angelsachsen, Edward, legte König Heinrich Festungen an, d. h. er gründete neue Orte oder ummauerte bestehende Dörfer und Klöster, um so einen Schutz gegen die Ungarngefahr zu schaffen. In den Festungen siedelte er sogenannte *militos agrarii* an⁴ und verpflichtete die Einwohner zur Verteidigung.⁵ Um Ruhe und Sicherheit unter diesen Leuten, die teilweise einander fremd waren, herzustellen, kannte er die Orte, d. h. er verlieh ihnen seinen besonderen Frieden und belegte jeden Friedensbruch mit einer Strafe von 60 sol. Um Einwohner und Fremde vor dem Bruch des Friedens zu warnen, wurde auf dem Markt oder Dingplätze das Friedezeichen oder Ortsbild errichtet. Von diesem Orts- oder Weichbild wurden dann die befriedeten Orte Weichbilder, wichelde, genannt.⁶ Auch das Dorf Lanquarberode wurde damals von Heinrich befestigt. Ich sehe keinen Grund ein, weshalb die Bemerkung in Conrad Botes *chronicon picturatum* zu bezweifeln

¹ Barges, Entstehung der deutschen Städte. Zeitschr. f. d. Kulturgesch. III, S. 319 ff. (citirt als „Entstehung“). Vgl. die übrige Litteratur über Städtewesen bei Schröder Rechtsgeschichte S. 588 u. v. Below, Ursprung d. d. Stadtverfassung S. 1 a. u. S. 125.

² Vgl. meine Aufsätze: Stadtrecht und Marktrecht in den Jahrb. für Nationalök. u. Statist. III, S. 670 ff. und Weichbildsrecht und Burgrecht. Quindesche Zeitschr. 1891, S. 86 ff. Im letzteren Aufsatz, sowie in meiner Gerichtsverfassung halte ich noch an der Marktrechtsstheorie fest. Vgl. auch v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 15.

³ v. Below, die Bedeutung der Gilden zc. in den Jahrbüchern für Nationalökonomie zc. III, 56. Hegel, Städte und Gilden zc. 1891. Charles Gross, the Guild merchant. Oxford 1890.

⁴ Widukind, Handausgabe c. 35, S. 28.

⁵ Vgl. Schaub, Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saalegegenden, Leipzig, 1892 und meine Besprechung der Schrift in d. Mitt. aus d. hist. Lit. 1892.

⁶ Vgl. meine Aufsätze: Entstehung der deutschen Städte a. a. D. S. 324 und 330. Stadtrecht und Marktrecht a. a. D. S. 680. Weichbildsrecht und Burgrecht a. a. D. S. 89.

sei.¹ Schwarz hat uns gezeigt, daß Heinrich den Bau von Festungen und Burgwarden nach ganz bestimmtem Plan ausführte.² Er wird sicherlich nicht versäumt haben, den wichtigen Uebergangsort an der Oker zu befestigen. Das Schweigen der Urkunden spricht nicht dagegen.³ Auch eine Notiz der Reimchronik deutet auf eine frühere Befestigung,⁴ ebenso die Straßenzüge Braunschweigs. Daß sich von dieser ältesten Befestigung nichts erhalten hat, erklärt sich aus der Beschaffenheit derselben. Dieselbe bestand nicht aus Steinmauern, sondern aus Pfanken und Verhauen,⁵ war also höchst primitiv und wenig dauerhaft. Die Entstehung der Neustadt deutet darauf hin, daß diese Befestigung der Altstadt noch zu Heinrichs des Löwen Zeit⁶ bestanden hat, denn eine Neustadt entwickelt sich nur vor den Mauern einer Altstadt. Nach der Errichtung der Mauern hat Heinrich den Ort befriedet und auf dem Dingplatze des Ortes, der sich im herzoglichen Hofe Tanquarderode befand, wo später der Löwenstein vernichtet wurde, sein Friedezeichen errichtet. In der Burg stand später der Roland,⁷ eine Weiterbildung des Friedezeichens.⁸

Auch die Einwohner des Saßes gingen später am Löwenstein zu Gericht. — Das Dorf Tanquarderode oder Tanquarboerde wurde so ein Weichbild, wicbeld, eine civitas regia, eine urbs regalis⁹, publica¹⁰, major¹¹ oder ein Friedeort.¹² Ein

¹ Dat bestot wende an keyser Hinrekas tiden, de Vinkeler, de let de oldenstat Brunswik bemuren und buwede de nige Stad darby. Dat kam von den Ungarn, do he mit denen stridde, do wurden erst de stidde bemuret unde gebuwet. S. S. rer. Brunsvic. III, 300. Vgl. Weiland S. S. II, 62, 452. Schaer, Conrad Votcs nieder-sächsische Bilderchronik 2c., Hannover 1880. Lorenz, Geschichtsquellen II, 155.

² a. a. O. S. 12.

³ Jacobs, Zeitschr. d. Harzv. 1874, XII, S. 331.

⁴ Von dissem vursten gar gemeyt ward gewidet und gebreyt dhe veste zo Brunswich wente er uzgab dat blich u. s. w. Mon. G. D. Chronik p. 493 c. 29, 2673. (Vgl. unten S. 112.) Der vurste ist Heinrich der Löwe. Wäre übrigens die Altstadt nicht befestigt gewesen, so hätte Heinrich bei Gründung des Hagens auch die Altstadt wie den Hagen durch Verhaue 2c. provisorisch befestigt.

⁵ Vgl. die Bemerkungen über die erste Befestigung des Hagens, unten S. 112 ff., die vita Udalrici c. 12, Sächsenpiegel III, 66, § 2. Adam Brem. II, 52. Stadtr. v. Schleswig corp. stat. Slesw. II, 42. corp. const. Hols. III, 515 u. a.

⁶ Vgl. Anm. 9 auf der vorhergehenden Seite.

⁷ Dürre a. a. O. S. 677.

⁸ Meine Aufsätze Stadtrecht und Marktrecht S. 671. Entstehung 2c. S. 322, 323.

⁹ Vgl. „Entstehung d. St.“ S. 323.

¹⁰ Ebenda S. 324.

¹¹ Ebenda S. 324.

¹² Vgl. Weichbildsrecht und Burgrecht S. 89.

Friedeort oder Wichbeld ist immer befestigt,¹ das Gebiet des Königs- oder Landfriedens wird immer durch die Stadtbefestigung, die Mauer, begrenzt.² Erst später dehnte sich der Friede auf die Stadtflur aus.³ Wir können so aus der späteren Bezeichnung der Altstadt Braunschweig als Wikbeld auf die frühere Befestigung schließen.⁴

Ein Friedeort⁵ ist noch keine Stadt im mittelalterlichen Sinne. Er ist nur ein privilegiertes Dorf, das zum Gau gehört und dem Landrecht und Landgericht unterstellt ist. Nur der Königsfriede unterscheidet zunächst Stadt und Land, aber dieser Unterschied macht sich im Gerichtswesen bald fühlbar, denn der Stadtbewohner genießt einen stärkeren Schutz als die Landbewohner. Die Vergehen in der Stadt werden härter geahndet als auf dem Lande, weil zu der gewöhnlichen Strafe noch die Königsbuße hinzutritt. So bahnt sich eine Scheidung zwischen Stadt und Land an. Diese Trennung von Stadt und Land, die Herausbildung eines besonderen Bürgerstandes, die Entstehung eines eigenen Stadtrechtes, Stadtgerichtes und Stadtgerichtsbezirkes wird durch wirtschaftliche Verhältnisse, durch Handel und Industrie vollendet.

Schon oben⁶ ist bemerkt, daß Braunschweig alle Vorteile besaß, die ein reges Handelsleben hervorrufen können. Sowie der Ort befriedet und befestigt ist, lassen sich in ihm Kaufleute nieder. Neben den Ackerbau tritt Handel und Gewerbe. Die Vorteile, die die Friedeorte bieten, locken Einwanderer an. Vor allem hat die Befreiung von der Hörigkeit hierzu mitgewirkt; der Bewohner des Friedeortes ist ein Mann des Königs, er wird gewissermaßen über seinen alten Stand erhoben und erhält ein höheres Vergeld. (60 sol.) Es zeigen sich dieselben Verhältnisse, die uns bei Bildung des Ministerialenstandes entgegentreten.⁷ Der König gewährte diese Vorteile wahrscheinlich, um Einwanderer,

¹ Entstehung S. 329. Marktrecht S. 680. Vgl. Hänßelmann, Urkundenbuch S. 5 II § 16: „binnen wicbelde oder binnen der muren.“

² Urkundenbuch der Stadt Braunschweig II, § 44.

³ Ebenda, XXIII, § 9. S. 30. Meine Gerichtsverfassung von Braunschweig S. 27.

⁴ Bezeichnend für die Friedensverleihung ist die Urkunde Ottos I. für Bremen 965, diplom. I, S. 422, Nr. 307. Der König verleiht dem loco Bremun mercatum, bannum, theloneum, monetaum und dann besonders tutela et jus der übrigen Königsstädte, regaliū urbium, d. h. der Wichbilde. Seit dieser Zeit wird Bremen als civitas regalis bezeichnet. Die Friedensverleihung macht den Ort zur Stadt.

⁵ Vgl. zum Folgenden: Entstehung 2c. a. a. D. S. 330 ff.

⁶ Vgl. S. 104 u. A. 5.

⁷ Ich werde in nächster Zeit die Entstehung des Bürgerstandes eingehender behandeln.

die als Besatzungstruppe dienen sollten, heranzuziehen.¹ Auch in der Altstadt Braunschweig macht sich eine starke Einwanderung geltend. Zahlreiche Bewohner der nächsten Dörfer siedelten sich in der Altstadt an, wo Handel und die neuen Gewerbegebiete immer mehr erlaubten, den Boden aufzuteilen. Das Dorf Munnenstede, das in der Altstädter Feldflur lag, scheint ganz in der Altstadt aufgegangen zu sein.² Ebenso scheinen früh freie Einwohner der angrenzenden Ortschaften Delper, zum Glinde, Timmerlah, Broitzen und Müningen in der Altstadt eingewandert zu sein, denn in jenen Orten waren später freieigene Hüfen im Besitze altstädtischer Geschlechter, der Hafelenberg, Blesensstede, Holtnicker, Muntaries.³ Auch Leute aus weiter gelegenen Orten, besonders Kaufleute, lassen sich in der Altstadt nieder.⁴ Wir haben hierfür einen Beweis in den Familiennamen, die Ortsbezeichnungen sind.⁵ Die Vorfahren dieser Familien sind aus

¹ Man denke auch an das Asyl, das Heinrich in einer Vorstadt Merseburgs anlegte.

² Hänselmann, Chron. d. St. VI, Einl. S. XV.

³ Ebenda.

⁴ Ebenso finden sich Kaufleute aus Braunschweig in anderen Orten im 12. Jahrhundert, so im Stadtrate von Lüneburg. Aus dem 13. Jahrhundert haben wir urkundliche Nachricht, daß sich Kaufleute aus Stade in Braunschweig des Handels wegen niederlassen. Vgl. d. Urk. v. 1248 und 1249 bei Sartorius II, 51.

⁵ Aus Dürre a. a. O. lassen sich folgende Familiennamen zusammenstellen, die auf Einwanderung aus anderen, meist bei Braunschweig gelegenen Orten deuten. Die durch den Druck hervorgehobenen Namen kommen von 1231—92 im Rat vor. Die beigelegte Zahl giebt das Jahr an, seitdem die Familie im Rat auftritt. Es sind folgende: von Achem 1269, von Akenstedt, von Ambleben, von Alfeld, von Altfeld 1258, von Bahrum, von Barbede (Barby), von Bervelde, von Beyerstedt, von Bimende, von Blesensstede 1265, von Bodensstede, von Bornum, von Calve 1249 (Calbe), von Cöln, von Dalem, von Dettum, von Dorstede, von Dusem, von Ebesse, von Eisenbüttel, von Elze, von Engelnstede, von Eschwege, von Fallersleben, von Gandershem, von Garznebüttel, von Geismar, von Gilsum, von Godensstede, von Goslar, von Gustede, von Haberlah, von Halberstadt, von Hallendorf, von Hamburg, von Hameln, von Heimburg, von Helmstedt 1275, von Hixader, von Holle, von Hornburg, von Ilsebe, von Ingeleben, von Kriblingen, von Lehnendorf, von Luckenem 1253, von Lutter, von Magdeburg, von Meinerfen, von Münnstede, von Reindorf, von Debitsfelde 1265, von Odenem, von Othrum, von Oldendorf 1265, von Delper, von Osterode, von Pattenhufen 1231, von Peine 1257, von Remringen, von Reppner, von Ribbesbüttel, von Ringelsheim, von Rottorpe, von Samleben, von Schanbelaß, von Schuppenstede 1231, von Schmiedenstede, von Sonnenberg, von Stendal, von Stiddien, von Strobete, von Thiede, von Twelken, von Uehrebe, von Uelsen, von Walsberg 1240, von Weschelde, von Westheim, von Westede 1258, von Winslewe, von Wähle, von Walbed, von Wanzenleben, von Watenstede, von Watum, von Weserlingen, von Werle 1269, von Wernigerode, von Wettenstede, von Wexleben, von Wierthe, von Winnigstede, von Wittmar, von Wobed, von Wolfenbüttel, von Zweiborf.

den Orten, nach denen sie den Namen führen, eingewandert. Auch die Stiftungsurkunde der Michaeliskirche deutet auf die Einwanderung hin.¹ Aus dieser Einwanderung erklärt sich das schnelle Anwachsen der Kirchenzahl.

Die vornehmeren und reicheren Einwanderer erwarben in der Stadt eigenen Grundbesitz und in der Stadtfur Acker, denn in dieser Zeit ist mit jeder größeren Haushaltung Ackerwirtschaft verbunden. Sie bildeten mit den Nachkommen der Bewohner der früheren Freihöfe die Geschlechter der Altstadt. Die ursprünglich hörigen und unfreien Einwohner, die zwar mit dem Einzug in die Stadt die persönliche Freiheit erlangten, denn Stadtlust macht frei, konnten sich meist kein eigenes Grundstück erwerben. Sie erhielten von den reicheren Einwohnern ein Haus oder ein Grundstück zum Häuserbau, eine Wort, zu Lehen, von diesem Grundstück bezahlten sie dann einen jährlichen Zins, den Wortzins, an den ursprünglichen Besitzer. In ein abhängiges Verhältnis, in Hörigkeit und Leibeigenschaftsverhältnis treten sie hierdurch zu den Geschlechter-Familien nicht. Die Geschlechter, wie die wortzinszahlenden Stadteinwohner haben dieselbe Freiheit, denselben Stand. Sie sind beide Königsleute. Die reicheren Bürger durften die ärmeren nicht bezüglich der persönlichen Freiheit in eine schlechtere Lage bringen. Daß sich aber zwischen den beiden Ständen, dem reicheren, welcher aus den Kapitalisten, Grundbesitzern und Großkaufleuten bestand, und den ärmeren Leuten, die Handwerk trieben oder im Dienste der Reichen standen, bald ein sozialer Gegensatz bildete, der später in den Junktkämpfen nur durch Blut getilgt wurde, ist klar. — Alle Bewohner nennen sich noch buren, d. h. zusammenwohnende, ebenso wie die Dorfbewohner. Die Stadt zerfällt in mehrere, später vier Dorfschaften, burscaps, denn die Dorf- und Landgemeinde ist die einzige bekannte Gemeindeorganisation. Wer in die Stadt einwandert, muß in die burscap, Dorfgemeinde, eintreten, in der sein Grundbesitz oder Haus liegt. Die Ordnung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten jeder burscap, die Ordnung von Maß und Gewicht u. geschah im burgericht oder burmal. Zu Gericht gingen alle Einwohner wahrscheinlich zur alten Dingstätte auf dem Hof Tanquarderode, wo das Friedezeichen stand. An der Spitze der Stadt stand ein königlicher Kommandeur, ein Graf, Burggraf, oder ein Stellvertreter desselben, der Vogt. Er sorgte dafür, daß die Befestigung in Ordnung gehalten wurde und hatte bei Kriegsfall das Kommando über die Stadteinwohner. Er führte auch den Vorsitz im Gaugericht. Auf die Entwicklung der

¹ Zur Ausstattung dieser Kirche gehören Zinsen von Kaufbänken; Gäste und Elende sollten dort ihre letzte Ruhe finden

Stadt hat großen Einfluß gehabt, daß unter Otto dem Großen, vielleicht bei der Uebergabe des Herzogthums Sachsens an die Billunger, die Brunonen, die wahrscheinlich mit den Luidolfingern verwandt waren, die Luidolfingischen Besitztümer auf dem linken Oferufer, also auch den Hof Tanquarderode und die Altstadt Tanquarderode oder Tanquardevoerde erhielten. Die Altstadt wurde jetzt aus einer civitas regalis eine Landstadt der Brunonen. An ihrer Spitze stand nicht mehr ein königlicher Beamter, mag er nun ein Graf oder Burggraf gewesen sein, sondern ein Brunonischer Vogt. Möglicherweise waren die Brunonen schon vorher in diesen luidolfingischen Besitzungen im Besitz der Grafenrechte. Es müßte dann angenommen werden, daß sich die Landeshoheit aus der Gerichtshoheit, die ihnen damit zustand, entwickelt hätte. Jedenfalls muß die Altstadt, als sie unter die Brunonen kam, schon ziemlich Bedeutung gehabt haben, sonst würde man in der Verfassung Braunschweigs den Einfluß der Ministerialen mehr merken. Die Bürger haben aber nicht einmal gestattet, daß sich in der Stadt Dienstleute ansiedelten. Am Stadtrecht haben dieselben keinen Anteil.

Die Altstadt bildete jetzt den Mittelpunkt der Besitzungen der Brunonen, die in Tanquarderode ihren Sitz nahmen und eine Burg bauten. Wahrscheinlich ist damals, also unter Otto dem Großen, der Name Brunswik, Ort der Brunonen, von dem herrschaftlichen altbrunonischen Orte auf dem rechten Oferufer auf die Altstadt übergegangen. Seit dieser Zeit ist unter Brunswik immer die Altstadt zu verstehen,¹ das Dorf erhielt den Namen Olde Wik, vicus vetus.² Die Brunonen nennen sich jetzt Grafen von Braunschweig.

In Folge der großen Einwanderung, der damit verbundenen Arbeitsteilung und der Entwicklung von Handel und Gewerbe wird der Friedeort Braunschweig zu einem Handels- und Kaufmannsort.³ Der Kaufmann, der Ackerbauer und der Handwerker treiben Handel, der eine verkauft die Erzeugnisse seines Acker, der andere die seiner Hände, der dritte fremde Waren. Es ist zunächst nur Kleinhandel, aber allmählig entwickelt sich in Folge der günstigen örtlichen Verhältnisse auch Großhandel. Der Handel drückte dem Friedeorte so sehr seinen Stempel auf, daß man in ihm das Wesen der Stadt und das Hauptcharakteristikum der Stadtbewohner sah. *Damus talem gratiam, que vulgariter dicitur inninge, ut possint ibi emere et vendere pannum, quem ipsi parant, et alia omnia sicut in antiqua*

¹ Vgl. meine Gerichtsverf. v. Braunschweig, S. 13, 14.

² Vgl. meine „Entstehung der deutschen Städte“, a. a. O. S. 331.

³ Hünfelmann, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig II, § 57, S. 7.

urbe;¹ heißt es im Stadtprivileg der Alten Wif von 1245. Als Name für die Stadtbewohner kommt jetzt ganz allgemein die Bezeichnung *mercatores, negotiatores*, auch *institores* und *koplüde* auf.² In einem Freiburger Recht³ wird *negotium* gleich bedeutend mit *respublica* gebraucht. Bei solchen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen reichte an dem Orte das Landrecht, das einer niedrigeren Stufe des wirtschaftlichen Lebens Rechnung trug, nicht mehr aus; das lokale landrechtliche Gewohnheitsrecht bildet sich unter dem Einfluß des Handels und der handels-treibenden Bevölkerung zu einem Handels- und Kaufmannsrecht, dem Stadtrecht, um.⁴ Aus einem Marktrecht ist dieses neue Recht nicht hervorgegangen, denn in dem sogenannten Ottonianum, in dem uns dies ältere Stadtrecht kodifiziert, wenn auch in etwas veränderter, weiter entwickelter Gestalt, vorliegt, finden sich so gut wie gar keine marktrechtlichen Bestimmungen. Dieses Stadtrecht war mündliches Gewohnheitsrecht; es wurde erst im Anfang des 13. Jahrhunderts in niederdeutscher Sprache aufgezeichnet und im Jahre 1226 von Otto dem Kinde besiegelt. Nach diesem Herzoge heißt es das Ottonianum.⁵ Es ist bekanntlich, wie ich an anderer Stelle gezeigt habe,⁶ das älteste in deutscher Sprache geschriebene Stadtrecht. —

Sowie⁷ sich ein vom Landrecht abweichendes Gewohnheitsrecht gebildet hat, muß sich die schon angebahnte Trennung der Stadt vom Lande, der Bürger von den Bauern, endgültig vollziehen. Die Stadtbürger wollten und konnten sich einem Recht, das auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse keine Rücksicht nahm, nicht mehr unterordnen. Sie verlangten bei Streitigkeiten den Gerichtsstand vor einem eigenen stadtbürgerlichen Gericht, weil sie ihren Urteilspruch nur von Stadtgenossen, die das ziemlich verwickelte Gewohnheitsrecht der Stadt, vor allem die handelsrechtlichen Bestimmungen desselben, kannten. Der Landesherr, der oberster Richter war, erkannte ihr Verlangen an, eine eigene Gerichtsgemeinde zu bilden. Er erimierte die Stadt vom Land- und

¹ Ebenda Nr. V, S. 10.

² Vgl. meinen Aufsatz „Reichsbildrecht 1c.“ a. a. O., S. 88. S. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung, S. 45, A. 3. Entstehung der deutschen Stadtgemeinde Anm. 77. Vgl. auch unten S. 127.

³ Bei Gengler, Stadtrechte, S. 132 *ipso . . .* (die 24 *conjuratores*) *negotium universale sive rem publicam ville Friburgensis . . .* ordinare.

⁴ Vgl. meine Gerichtsverfassung von Braunschweig c. II, S. 22 ff; meine Entstehung der d. St. a. a. O., S. 335.

⁵ Vgl. Gerichtsverfassung von Braunschweig, S. 5 ff.

⁶ Die Einwände Frensdorffs und Doeblers gegen die Echtheit sind von mir zurückgewiesen. Gerichtsverfassung S. 5.

⁷ Vgl. meine Entstehung d. St. a. a. O. 335. Gerichtsverf. 1c. S. 23.

Gaugericht. Wann dieses geschehen, meldet keine Urkunde.¹ Wir können nur schließen, daß dieser Vorgang in die Zeit der Brunonen fällt.

Durch die Exemption vom Gau wird die Scheidung der Stadtbewohner von den Bauern anerkannt. Es entsteht so der Bürgerstand. Die Exemption erstreckte sich zunächst nur auf den Friedebereich; die Grenze des eximierten, sowie befriedeten Bezirkes war die Stadtmauer.² Später dehnte sich das Stadtrecht auch auf die Stadtflur aus. Es reichte nach dem Hüldebrief von 1318 buten also verne also ere vedrift went.³ In späterer Zeit bildet wieder eine Befestigung die Grenze des eximierten Gebietes, nämlich die Landwehr. Ein späteres Stadtrecht sagt: der stad recht went also verne alze ere veeweyde went unde de lantwere.⁴ Ebenso wird die Grenze im Hüldebrief von 1400 bezeichnet.⁵

Mit der Entstehung des Stadtrechtes und Stadtgerichtes hat die Entwicklung der Altstadt einen Abschluß erreicht. Sie tritt jetzt in den Staatsverband ein und wird zu einer Korporation des öffentlichen Rechts, zu einer wirklichen Gemeinde.⁶ Der Landgemeinde tritt gegenüber die Stadtgemeinde. Aus den früheren Organen der burscaps entsteht ein einheitliches Kommunalorgan, der Rat. An Stelle des gräflichen Stadtkommandanten tritt der Sprecher des Rats, der Bürgermeister.⁷

Kapitel II.

Mit der Regierung Heinrichs des Löwen beginnt eine zweite Periode in der Entwicklung der Gesamtstadt Braunschweig. Es entstand damals nördlich von der herzoglichen Villa, der Alten Wif, gegenüber der Burg Lanquarderohe und der Stadt Braunschweig auf herzoglichem Grund und Boden eine neue Stadt, die nach dem Platz, auf dem sie gegründet wurde, den Namen Hagen (Indagen) erhielt.⁸ Während wir bei der Betrachtung der Entstehungsgeschichte der Altstadt mit sagenhaften Ueberlieferungen und mit Hypothesen zu thun hatten, betreten

¹ Bünde von Braunschweig werden urkundlich erst unter Heinrich dem Löwen erwähnt. Gerichtsverfassung S. 23.

² Gerichtsverfassung S. 27. Urkundenbuch II, § 44, § 16.

³ Urkundenbuch XXIII, § 9, S. 30.

⁴ Urkundenbuch LXI, § 10, S. 103.

⁵ Ebenda LXVII, § 12, S. 81.

⁶ Schroeder, Rechtsgeschichte, S. 125.

⁷ Die Entstehung des Rates und der Stadtverwaltung wird in einem besonderen Aufsatz behandelt werden.

⁸ Hänselmann, Chroniken VI, Einl. S. XVI. Hanfsche Geschichtsbibl. 1873 p. 9. Dürre a. a. D. p. 58.

wir jetzt festen historischen Boden. Der Hagen ist eine Gründung Heinrichs des Löwen und erhielt a prima fundatione¹ die Rechte und Freiheiten einer Stadt (*iura burgimundii et libertates*),² wichtige Privilegien und eine Befestigung. Den Vorgang der Gründung berichtet die Heimchronik folgendermaßen:³

Von dissem vursten gar gemeyt
Ward gewidet und gebreyt
Dhe veste to Brunswich
Went her uzgab das blich
Daz geheizen ist dhe hage
Und heyz mit howe und mit slagen
Jz buwen unde vesten
Daz iz vor argen gesten
Sicher were osten, westen.

Wir haben es hier mit einer planvollen Gründung zu thun. Heinrich wollte neben der Altstadt ein neues Gemeinwesen schaffen, das neben dem Handel die Industrie pflegen sollte. Er wollte die niederländische Wollenweberei nach Braunschweig verpflanzen und berief zu diesem Zwecke Holländer und Flämmländer nach Braunschweig.⁴ Auf dieser Einwanderung beruht die Entwicklung und spätere Blüte der Wollenweberei im Hagen. Braunschweigisches Gewebe vermochte bald mit niederländischer Want zu konkurrieren. Heinrich gestattete diesen Einwanderern, unter eigenem flandrischen Recht zu leben⁵ und gab der sich bildenden Zunft der Lakenmacher weitgehende Privilegien;⁶ die Einwanderer erhielten Grundbesitz zu freiem, eigenem Besitz. Sie bezahlten keinen Wortzins an die Herrschaft, wie etwa die Kaufleute in der Freiburg Bertholds von Zähringen.⁷ Bei Eigentumswechsel wurden im Hagen wie in der Altstadt die Friedepennige bezahlt.⁸ Diese sind aber eine königliche, keine grundherrliche Abgabe. Sie werden bezahlt als Entgelt für den Königsfrieden, unter dem jede

¹ Urkundenbuch der St. Br. I, § 1.

² Vgl. auch Nr. VII dum dux . . . Indaginem primo fundaret et construeret et ei iura burgimundii et libertates daret, sicut fieri solet . . . *ebenda* S. 14.

³ Mon. G. D. Chron. p. 493, cap. 29, v. 26. 73.

⁴ Vgl. Zeitschr. d. Harzvereins 1888, S. 1. Sebicht, die Cistercienser und niederländischen Kolonisten. Rudolf, die niederländischen Kolonisten in der Altmark im 12. Jahrhundert, 1889. Helmold, chron. Slav. S. S. II, c. 2, S. 89, auch I. 57. S. S. S. 55.

⁵ Vgl. unten, S. 114.

⁶ Urkundenbuch VII, S. 14. Das Privileg Ottos für die Lakenmacher geht auf eine Urkunde Heinrichs zurück.

⁷ Gengler a. a. D., S. 125.

⁸ Urkundenbuch I, § 10. II, § 64.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

Stadt steht.¹ Neben den fremden Kolonisten treten als zweites Element unter den Einwohnern Altstädter Bürger auf. Heinrich schenkte um ihn wohl verdienten Einwohnern der Altstadt, namentlich Mitgliedern der Ratsgeschlechter,² Grundbesitz im Hagen. Er wollte sich hier einen treuen Kern unter den Bürgern schaffen. Die so geschenkten Grundstücke benutzten diese Altstädter nur teilweise für sich, zum Teil überließen sie dieselben weniger Vermögenden zu erblichem Recht gegen Leistung eines Zinses aus dem ihnen eingeräumten Bauplatze.³ Die Altstädter Ansiedler wurden so von vornherein das reichere und damit einflussreichere Element in dem neuen Weichbilde, das naturgemäß bald in den Besitz der Ratsstellen kam. Als drittes Element haben bei der Befiedelung wie überall einwandernde Hörige mitgewirkt,⁴ die sich gegen Wortzins geringen Grundbesitz erwarben und meist Handwerk trieben. Sie wurden durch ihre Ansiedlung im Hagen nach Jahr und Tag vollfrei.⁵ Der überwiegende Teil der Bevölkerung bestand ursprünglich aus den Niederländern. Die Stadt war ihrem Wesen nach eine flandrische, ihr Recht ein flandrisches Stadtrecht.⁶ Erst später ist das Hagenrecht durch das mündliche Gewohnheitsrecht der Altstadt modifiziert worden, und schließlich trat an seine Stelle das im Ottonianum schriftlich fixierte, selbstverständlich den Verhältnissen entsprechend veränderte Recht der Altstadt.⁷

Hänselmann⁸ nimmt an, daß der Hagen mit Hilfe von locatores, die aus den Altstädtern genommen seien, gegründet sei, aber diese Annahme läßt sich durch nichts unterstützen.

Die neue Stadt wurde sofort durch Verhaue, Passifaden und Plankenwerke befestigt.⁹

Die Gründung geschah nach der Heimchronik in der letzten Zeit König Conrads III.¹⁰ Als runde Zahl ist das Jahr 1150

¹ Vgl. Entstehung S. 388. Weichbilsrecht S. 89.

² Solche Geschlechter, die im Hagener und Altstädter Rat saßen, sind die Jordanes, Strenes, Lange, Grote, Stapel, welche 1269 erwähnt werden. Urkundenbuch I, 15.

³ Vgl. Pauli, Lübedische Zustände zu Anfang des 14. Jahrh. Lübeck 1847, p. 44.

⁴ Die Einwanderer bezeichnen die Jura Indaginis als advenae. Urkundenbuch I, § 11.

⁵ Urkundenbuch I § 9.

⁶ Gerichtsverfassung S. 15 ff.

⁷ Ebenda S. 21.

⁸ Chroniken VI, Einl. S. XXI.

⁹ Vgl. oben S. 112 u. A. 8 Chroniken VI, S. XVII. A. 4.

¹⁰ Ueber Heinrichs Aufenthalt in Br. oder in der Nähe vgl. Bruß, Heinrich der Löwe, p. 452 Regesten. Heinrich hielt sich auf 1147 in Brunenswif, 4. Nov. in Quistilburg, 1148 in Gandersheim, 1149 in Heisenbuttle, 1150 in pago Suppelinge, 1151 ebenda, 1152 in Goslar und Merseburg.

anzunehmen.¹ Heinrich ist zu der Erbauung der Stadt vor allem durch zwei Gründe bewogen worden: einmal wollte er eine neue starke Festung des Welfentums schaffen und zweitens wollte er seine Finanzen verbessern. Die Erschöpfung des Domänenbesitzes durch die Verleihungen an die Dienstleute und Ministerialen nötigte die Fürsten, sich nach neuen Hilfsmitteln umzusehen. Diese fanden sie in den Städten, wo in den Steuern, die von den Gewerbetreibenden gezahlt wurden, dem festen Schatz (Schatz) und den freiwilligen Beden eine immer reichlichere Quelle für den Landesherren floß. Auch fand der Fürst hier bei dem beginnenden Eintritt des Bankrotts der Naturalwirtschaft nicht nur neue Einnahmen, sondern er hatte in der thatkräftigen Bürgerschaft ein Gegengewicht gegen den oft rebellischen Dienstmannenadel. Die Förderung von Handel und Verkehr und die Gründung der Stadt entspringt also vor allem selbstsüchtigen Gründen.

Die Bedeutung des Hagens als Festung erhöhte Heinrich dadurch, daß er das neue Weichbild und die Altstadt durch eine starke Mauer befestigte.² In ein näheres Verhältnis traten die beiden Weichbilde dadurch nicht. Es zeigt sich sogar zuweilen ein Gegensatz zwischen beiden.³ Die Hägerer standen in einem näheren Verhältnis zu den Herzögen, als die Altstädter, die nach völliger Autonomie strebten. Es waren zwei selbständige Städte, die durch die Oker und durch Wallwerk getrennt waren und die ihre eigene Politik verfolgten. Immerhin ist durch den Mauerbau das erste Moment zur Einigung gelegt.

Im 13. Jahrhundert entsteht neben Altstadt und Hagen das dritte freie Weichbild, die Neustadt.

In der Chronik des Conrad Bote wird die Gründung der Neustadt Heinrich I. zugeschrieben. Nachdem er berichtet, daß Heinrich die Altstadt ummauert habe, fügt er hinzu: und buwede de nyge stad dabei. Diese Nachricht ist nicht glaublich. Eine Neustadt konnte sich erst nach der Ummauerung als suburbium vor der Altstadt bilden. Ansiedelungen vor der Altstadt auf dem Grund der späteren Neustadt sind wahrscheinlich früh vorhanden gewesen, aber eine Stadt hat sich hier erst im 13. Jahrhundert gebildet. Die Ansiedelung auf diesem Terrain nahm erst größeren Umfang an nach der Ummauerung der Altstadt und des Hagens durch Heinrich den Löwen. Da Hagen und Altstadt sich nicht gegenüber liegen, so wurde die Mauer von der N.W.-Ecke der Altstadt nach der N.W.-Ecke des Hagens gezogen und so das

¹ v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover I, S. 277 ff.

² Nach Albertus Stad. im Jahre 1066. S. S. XVI, 345.

³ Gerichtsverfassung S. 39.

Terrain, auf dem die Neustadt erwuchs, mit in den Mauerring gezogen.¹ Auf diesem so gesicherten Grund und Boden, der zur Altstädter Feldflur gehörte, siedelten sich vor allem Handwerker an, die in der Altstadt keinen Platz fanden und hier Grundstücke gegen mäßigen Wortzins erwarben, so die Leineweber und Beckenwerken,² die Gropen- und Apengießer.³ Auch Wollengewebe wurde später hier betrieben.⁴ Auch in diesem Weichbilde spielen die altstädter Ratsgeschlechter, denen die Ackerflur gehörte, naturgemäß eine große Rolle. Jüngere Söhne derselben ließen sich hier nieder, und ihre Familien bildeten später die Ratsgeschlechter. Der Sondername *antiqua civitas* findet sich zuerst 1227. Man könnte daraus schließen, daß damals eine *nova civitas* bestand, aber es kann auch die Altstadt im Gegensatz zum Hagen als alte Stadt bezeichnet sein. Hätte die Neustadt schon zur Zeit Ottos des Kindes existiert, so hätte dieser Fürst wahrscheinlich auch diesem Weichbild ein Recht gegeben oder bestätigt. Das Fehlen einer solchen Urkunde spricht sehr gegen die Existenz der Stadt in dieser Zeit. Consules⁵ de nova civitate werden zuerst 1257 erwähnt; 1269 tritt die Neustadt den anderen Weichbilden völlig gleichberechtigt gegenüber.⁶ Um 1279 befindet sich die Neustadt im Besitz des Rechtes der Altstadt, das in einigen Punkten modifiziert war.⁷ Wahrscheinlich hat die Neustadt bald nach dem Tode Ottos des Kindes Stadtgerechtsame erhalten. Die Neustadt erwuchs auf freiem Gebiet, auf freier Altstädter Feldflur. Die Einwohner waren also vollfrei; ein Teil derselben zahlte Wortzins an die Altstädter Geschlechter, von denen sie ihre Wort erworben hatten. Auch hier wurden bei Erwerb von Grundstücken die Friedepennige an den Vogt bezahlt.

Im Jahre 1269 traten die drei Weichbilde, Altstadt, Hagen und Neustadt in eine nähere Verbindung.⁸ Am 18. November 1269⁹ — Datum anno domini m^o cc^o l X^o IX^o infra octavam beati Martini — wurde der in der Stadtgeschichte höchst denkwürdige Beschluß gefaßt: *ut in una domo conveniamus pariter*

¹ Chroniken VI, S. XVII. u. A. 4.

² Beckenschläger.

³ Ueber die Apengießer vgl. Chron. VI, S. 484. gropen ist ein aus Metall gegossener Ziegel: ebenda S. 488.

⁴ Urkundenbuch X, S. 16.

⁵ Pistorius Amoen. jurid.-hist. p 2347. Urkundenbuch VIII, Einleit. S. 15. Gerichtsverfassung S. 24.

⁶ Urkundenbuch VIII, S. 15.

⁷ Gerichtsverfassung S. 25. Urkundenbuch XVI, S. 21.

⁸ Mat. a. a. D. S. 24. Gerichtsverfassung S. 41. Chroniken VI, S. XX.

⁹ Urkundenbuch VIII, S. 15.

habitu super causis civitatis universe. Die drei Weichbilde schließen also eine Einigung, sie wollen von jetzt ab nach außen hin eine Stadt oder vielmehr einen Stadtstaat, die *civitas universa* bilden, um die Angelegenheiten, die alle drei Weichbilde betreffen, die Instandhaltung der Mauer, die Verteidigung der Städte, die diplomatische und finanzielle Vertretung der Städte, besonders dem Landesherrn gegenüber, gemeinschaftlich zu verhandeln. Zu diesem Zweck wird ein neues gemeinschaftliches Kommunalorgan, ein gemeinschaftlicher Rat, geschaffen.

Um die Kosten der Verwaltung zu decken, wird festgesetzt, daß Gülden und Schoß der drei Weichbilde in eine gemeinsame Kasse fließen sollen. — *Redditus eciam et collecte totius civitatis ad communes usus et expensas reponentur in unum, ut ex una et communi bursa civitatis commoda disponantur.*¹ Es wurde so ein Städtebund geschaffen, der seinen drei Mitgliedern im Innern völlige Freiheit wahrte, nach Außen aber Macht und Kraft dadurch gewährte, daß das politische Leben jetzt in einem Regiment gravitierte. Die Führerin dieses Bundes war die Altstadt, denn die Altstädter Geschlechter waren in dem gemeinschaftlichen Rat, dem Bundesrat, ebenso stark vertreten, wie Hagen und Neustadt zusammen.

Im Innern blieb die Verwaltung gesondert, für die interne Angelegenheit fungierte in jedem Weichbild der alte besondere Rat weiter. „Es stellt die Lose und vorwiegend privatrechtliche Art dieses Bundes in die hellste Beleuchtung, jagt Hānselmann, daß, wenn gemeinsame Pfandschaften mit Weichbildsmitteln, die man zu diesem Zweck zusammenbrachte, erworben wurden, die Erträge nicht auf das gemeine Wohl verwandt wurden, sondern je nach Verhältnis dieser Einlage an die Weichbilde verteilt wurden.“² Nach Außen erscheinen die drei Städte infolge dieser Handlung bald als eine Stadt. Der Name Braunschweig bezeichnet nicht mehr die Altstadt allein, sondern er wird der Sammelname für den Städtebund der drei Weichbilde. Daher findet sich auch die Bezeichnung *de dre stede to Brunswick*.

Kapitel III.

Mit der Einigung der drei Städte zur *universa civitas Brunswick* ist ein zweiter großer Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte der Stadt Braunschweig erreicht. Wir wenden uns jetzt zur Entstehungsgeschichte der herrschaftlichen Städte, der *distincta nostra oppida und specialia judicia des Herzogs*,³

¹ Urkundenbuch VIII, § 2, vgl. Maß a. a. O. S. 25 u. N. 2.

² Chroniken VI, Einl. p. XXI. VI, S. 321, a 3.

³ Urkundenbuch XIII, § 1. S. 17.

der Alten Wif und des Sackes. Man hat diese Städte oft fälschlich als unfreie bezeichnet und angenommen, daß die Bewohner unter einem Hofrecht standen. Diese Ansicht ist falsch, die Weichbilde standen unter Stadtrecht, nicht unter Hofrecht. Nur in politischer Beziehung waren sie etwas abhängiger als die anderen Städte. Während Altstadt, Hagen und Neustadt sich mehr den Reichsstädten und freien Städten nahen, tritt uns in Wif und Sack der ausgeprägte Charakter der abhängigen Landstadt entgegen.

Der Landesherr,¹ der die volle gräfliche Gerichtsbarkeit besitzt, ist befugt, den Schoß (tallia, stiura, bede, petitio, precaria, exactio, schaff, schatz) zu erheben, aber er hat nicht allen Klassen der Bevölkerung die Abgabe auferlegen gekonnt, so nicht den Ritterbürtigen und auch nicht allen Städten. Die Altstadt Braunschweig war schon bedeutend, als die Brunonen die Landeshoheit erwarben; sie blieb von der Schoßpflicht frei. In ihr erhob der Rat den Schoß. Die Freiheit vom Schoß wurde dann auch auf Neustadt und Hagen übertragen. Den Einwohnern der Wif, die damals noch Bauern, die teilweise hörig waren, wurde die Schoßpflicht auferlegt. Außerdem war der Herzog auch Grund- und Gemeindegott, sowohl in Wif, als auch im Sack.² Als solchem kamen ihm mancherlei Rechte zu, die in den freien Gemeinden der Rat ausübte.³ Die Stellung des Rates in den unabhängigen Gemeinden und des Herzogs in den abhängigen Gemeinden sind ähnlich. Beide personifizieren den Besitzer des Grund und Bodens, denn der Rat ist der Repräsentant der Gemeinschaft der freien Grundbesitzer, der Herzog ist der Grundbesitzer selbst. Daher können die Rechte, die der Herzog in Wif und Sack ausübte, auf den Rat der Altstadt oder den Rat der 3 Städte übergehen. Die Einwohner der Wif waren trotz der Schoßpflichtigkeit vollfrei, denn Vollfreiheit und Schoßpflichtigkeit schließen einander nicht aus. Andere Abgaben, die auf Hörigkeit deuten, finden sich nicht.⁴ Der Hauptbeweis ihrer Freiheit ist, daß sie ihr Eigentum ohne Erlaubnis des Herrn veräußern konnten.

Die alte Wif ist aus dem Dorf — der Wif — des Bruno, also wohl aus einem Dorf der Brunonen hervorgegangen. Die Brunonischen Grafen hatten hier einen Gutshof, keine Burg, und in dem Dorfe wohnten die Kolonen und Tagelöhner, die

¹ v. Below, zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung Sybels Hist. Ztschr. 58. S. 196.

² Die Grund- und Wirtzinse sind später im Besitz des Regidienklosters und des Cyriakusstiftes.

³ v. Below, Ursprung a. a. D. S. 41.

⁴ An anderer Stelle wird genauer auf diese Verhältnisse eingegangen werden.

wahrscheinlich Riten und Hörige waren. Diese Hörigen erfreuten sich einer persönlichen Freiheit, wenn sie auch nie vollfreie waren, denn Freiheit beruht auf der Geburt. Sie erhielten außer den Wohnungen im Dorf eine Anzahl Felder und Wiesen in der Feldmark und die dazu notwendige Weide- und Waldnutzung, wofür sie dem Grafen eine bestimmte Abgabe bezahlten.¹ Außerdem wohnten in dem Herrendorf, der villa indominita auch freie Vasallen, wie jener Hatheguarth (Hatwart), der die S. Magnikirche dotierte und ausdrücklich als liber homo bezeichnet wird. Schenkungen können nur von Freien vollzogen werden. Wann dieses Dorf entstand, wissen wir nicht, urkundlich wird es erwähnt bei der Gründung der S. Magnikirche durch jenen gräflichen Vasallen Hatheguart und seine Gemahlin Atta im Jahre 1031.² Hatheguart stattete die Stiftung mit zwei Hufen aus, Graf Rudolf schenkte ein nahe gelegenes Grundstück,³ Bischof Branthago von Halberstadt, zu dessen Sprengel die Wif gehörte, weihte die Kirche und machte sie zur Pfarrkirche für die Villa Brunessguik und 17 ihr benachbarte Orte.⁴

Die Wif behielt ihren dörflichen Charakter bis ins 13. Jahrhundert. Es zeigt sich hier, wie wenig Unfreiheit und Hörigkeit dazu angethan sind, städtisches Leben hervorzubringen. Als Heinrich der Löwe um 1166 den Mauerbau unternahm, war der Ort noch so unbedeutend, daß er nicht in den Mauerring mit einbezogen wurde. Als König Philipp von Schwaben 1200 die Stadt Braunschweig belagerte, war die Wif nur durch ein Verhau geschützt.⁵ So konnte das Staufische Heer leicht eindringen und bis an die Mauer Heinrichs des Löwen vordringen.⁶ Um einem ähnlichen Ereignis vorzubeugen, ließ Otto IV., dem die Stadt Braunschweig 1202 in der Erbteilung mit seinen Brüdern zugefallen war,⁷ nun auch die Wif mit Gräben und Mauern besetzen. Die Reimchronik berichtet darüber:

¹ Diese Wortzinsen erwarb später das Megidienstift.

² Urkunde im Stadtarchiv; abgedruckt bei Rehtmeyer Kirchenhistorie I, Beilage 1 und Falk, tradit. Corbej. 35. Vgl. Reimchronik a. a. O. c. 17, S. 479, v. 1609. Bothe, chron. pict. Leibniz, S. S. III, 323. Hatheguart dre hove hadde von demselben herren zu lene. — Facsimile der Urkunde bei Behrens, Urkunden aus dem Stadtarchiv Braunschweig. No. I.

³ rus proximum huic atrio.

⁴ Reimchronik c. 17, v. 1609.

⁵ Reimchronik c. 52, v. 5460 a. a. O. II, 527.

⁶ Ebenda c. 52, v. 5447 ff. Vgl. auch Arnold Lubec VI, c. 4. Bothe zum Jahre 1199.

⁷ Urkunde Orig. Guelf. III, 627.

Desse vurste hoheborn
 Leyz begraben hi bevern
 Und vesten dhe Alden Wich.¹

Durch die Befestigung wurde der erste Grund zur Stadt gelegt. In dem sicheren Gebiete ließen sich jetzt Einwanderer nieder, die von dem Regibienkloster, der Stiftung der Brunonin Gertrud, welchem nach einer Urkunde des Papst Alexander III. vom Jahre 1178² fast die ganze alte Wit mit allen ihren Gebäuden, Mühlen, Aedern, Wiesen, Gärten und Wäldern samt der Magni- und Nikolauskirche gehörte, Hausstellen gegen Wortzins erwarben. Unter den Einwanderern machen sich drei Elemente wie im Hagen geltend, einmal Hörige, die durch die Niederlassung im Königsfrieden frei wurden, zweitens Niederländer und drittens Altstädter Bürger. Als viertes Element kommen dann die alten Einwohner der Wit hinzu. Die Holländer siedelten sich in der Friesenstraße an der Mauer an und übten ihr heimisches Wollengewerbe aus. Von besonderem Einfluß sind auch hier die Altstädter Bürger gewesen, die bei der Uebervölkerung der Altstadt in der Wit ihren Wohnsitz nahmen. Sie übertrugen die städtische Freiheit und die städtischen Verwaltungsformen der alten Heimat in die neue. 1240 werden consules der Wit erwähnt.³ 1245 gestattete Herzog Otto den Bürgern eine Communio, Einigung (inninge), d. h. eine Kommune, eine burscap,⁴ ein einheitliches Stadtwesen zu bilden und erlaubte ihnen Handel, besonders mit selbstverfertigten Lakem, wie in der Altstadt zu treiben — *Damus talem graciam, que vulgariter dicitur inninge, ut possint ibi emere et vendere pannum, quem ipsi parant, et alia omnia sicut in antiqua urbe.*⁵ Die Hervorhebung der Erlaubnis des Handels mit Lakem beruht wohl darauf, daß die alten Weichbilde diesen Handel monopolisieren wollten. Außerdem verlieh er 1245 der Stadt tale jus, quod habent nostri burgenses antique civitatis, ut illud servant perpetuo in universum, also Altstädter Recht.⁶

Die Bewohner betrieben infolge der Privilegien Ottos vor allem das Wollengewerbe. Sie bezahlten an das Regibienstift Wortzins, der aber nicht an der Person, sondern am Grundstück

¹ Reimchronik c. 62.

² Rehtmeyer a. a. D. I, Beil. S. 38—40.

³ Urkundenbuch IV, S. 9.

⁴ Während Altstadt, Hagen und Neustadt in mehrere burscaps, lat. *vicinia*, zerfallen, bildet die Wit und der Saß ursprünglich nur eine burscap. Ueber burscap = communio vgl. Gengler a. a. D. S. 202 § 7. (Hörter).

⁵ Urkundenbuch V, S. 10. Vgl. meine Entstehung der deutschen Städte a. a. D. S. 331.

⁶ Urkundenbuch.

haftete, und dem Herzog eine Steuer, die bald Schoß, bald Bede genannt wird. Ein Zeichen des früheren Zustandes der Unfreiheit ist der Wortzins nicht, wie Hänselmann annimmt. Jeder Freie kann Grundstücke gegen Wortzins erwerben; seine persönliche Freiheit wird dadurch nicht im geringsten alteriert. Die Friedenspfennige wurden bei Eigentumsübertragungen auch hier bezahlt.

Ganz anders und weniger kompliziert als die Entstehung der *Wif* ist die des *Sackes* (*Saccus*.) Die *Wif* ist ein uraltes Gebilde, das lange Zeit braucht, um sich zu einem Weichbild zu entwickeln. Der *Sack* ist ein ganz junger Ort, er verdankt seine Entstehung der Uebersiedelung der alten Weichbilde, vornehmlich des der Altstadt. Er ist nichts weiter als ein Auswuchs der Altstadt. Als die Bevölkerung in der Altstadt zu groß wurde, ließ sich ein Teil in der Alten *Wif* nieder, ein anderer siedelte sich, zumal die Alte *Wif* auch nicht übermäßig Raum bot, auf dem „*Vorbleke*“ der Burg Tanquarberode an, das „wie ein *Sack* zwischen Altstadt, Neustadt und Burg lag“, und dem Blasiusstifte in der Burg gehörte. Sie erhielten hier von den Stifthsheern Grundstücke gegen Zahlung des Wortzinses, denn die Einnahmen des Stiftes wurden dadurch sehr gesteigert. Nach den Degebingsbüchern des *Sackes* zahlen fast alle Häuser dieses Weichbildes Wortzins an das Stift. Selbstverständlich blieben die Bürger auch hier vollfrei. An den Herzog bezahlten sie wie die Bewohner der *Wif* die Bede. Das *Vorblek* gehörte zu dem früheren herzoglichen Eigen, war also schoßpflichtig. Die Fürsten hatten jetzt nicht mehr nötig, mit Aufgabe eigenen Vorteils, wie bei Gründung des *Hagens*, die Entwicklung des Städtewesens zu fördern. Sie hielten jetzt fest, was sie hatten. Die Friedenspfennige werden auch hier bezahlt. 1290 wird der *Sack* zuerst als *oppidum* bezeichnet;¹ 1299 wird das Ratskolleg erwähnt.² Um diese Zeit erhielt das Weichbild Altstädter Recht, und zwar in derselben Fassung, wie es 1279 durch Herzog Heinrich an Duderstadt verliehen wurde.³ Das Rechtsbuch des *Sackes*, in dem das Stadtrecht steht, ist noch im 13. Jahrhundert geschrieben.⁴ Im Huldbrief der Herzöge Magnus und Ernst vom Jahre 1345 erscheint das Weichbild den anderen gegenüber als völlig gleichberechtigt.⁵ Die *Säcker* gingen am Löwenstein zu Gericht. Sie

¹ Urkundenbuch VI, S. 11.

² Ebenda XXVI, S. 33. XXXII, S. 40.

³ Urk. im Ordin. S. Blasii fol. 27 n. 5, in oppido nostro, quod Sac dicitur.

⁴ Copialbuch von S. Ulrich I, fol. 169.

⁵ Gengler, cod. jur. municip. I, p. 416.

⁶ Noch nicht ebiert. Vgl. Chroniken VI. S. 19. A. 4.

⁷ Urkundenbuch XXIX, S. 37.

waren meist Handwerker, Schuhmacher, Kürschner und Rannengießer. Die Straßen dieser Gewerke, die Schuh-, Rannengießer-, und Neuestraße (letztere hieß im 14. Jahrhundert die Korsewerchtenstraße) lagen zu einem kleinen Teil in der Altstadt, zum größeren auf dem „Vorblek“ im Saße.

Kapitel IV.

Die Wit, wie der Saß, die von den Herzögen als *distincta nostra oppida, specialia nostra judicia*² bezeichnet werden, waren durch ihre Abhängigkeit von der Herrschaft lange gehindert, an eine engere Verbindung mit den anderen Weichbilden, mit denen sie äußerlich durch die Mauer verbunden waren, zu treten. Erst am Ende des 13. Jahrhunderts wird die Einigung angebahnt und zwar dadurch, daß Wit und Saß allmählig in ein Unterthanenverhältnis zum gemeinen Rat der drei alten Städte treten. Die Herzöge, die in ewiger Geldnot waren, verpfänden die Städte; aus dieser Pfandschaft ging die dauernde Herrschaft des Rates hervor. Der Rat tritt an Stelle des Herzogs.

1296 verpfändet Herzog Albert³ alle Einkünfte und Abgaben, die ihm in der Wit und dem Saß zustanden — *quidquid de distinctis nostris oppidis Sacco et veteri vico derivari potest*, also Schoß und Gerichtsgefälle, an den Rat. Seit dieser Zeit erhob der Rat der drei Städte die Einkünfte der Herzöge, vor allem den Schoß. 1345 traten die Herzöge ihre Städte völlig ab. Die Einwohner werden in ein Unterthanenverhältnis zum gemeinen Rat versetzt.⁴

Sie sollen den Räten der drei Weichbilde gehorjam sein, wie deren eigene Bürger in Rücksicht auf Schoß oder sonstige Leistung, sowie in allen anderen Stücken. — *ita videlicet, quod inhabitantes ibidem obedientes et subjecti erunt ipsis in collecta, quod vulgo schot dicitur, seu contributionibus aliis quibuscunque ac omnibus articulis et casibus et iuribus, quibus burgenses eorum sunt subjecti.*

1370 und 71 wird das Unterthanenverhältnis in dem Wit und Saß zum gemeinen Rat stehen, neu von den Herzögen bestätigt.⁵ Die Städte waren damit endgültig preisgegeben. Sie bezahlten Schoß und andere Abgaben an den Rat, sie bedurften zum Treiben von Handel die Erlaubnis desselben. — *nulla mercimonia venalia habebuntur preter consensum consulum predictorum.* — Die alten Herren bedingen ihnen nur

² Urkundenbuch XIII, S. 18. XVI, S. 34.

³ *ibid.* XIII, S. 18. § 1.

⁴ *ibid.* XXXII, S. 40.

⁵ *ibid.* XLVIII, XLIX, S. 56, 57.

gute Behandlung aus, sie verlangten, daß der Rat seine neuen Unterthanen gnädig mit Ausschließung jeder Chikanierung behandeln solle — ipsos sicut suos burgenses relegato omni rancore dicti consules graciose pertractabunt.¹ —

An Stelle des Herzogs ist also seit 1345 der Rat getreten. Man darf aber nicht glauben, daß hier ein hofrechtliches Verhältnis vorliegt; der Rat erwarb nur Rechte, die aus der landesherrlichen Gewalt des Herzogs hervorgehen. Er tritt als Landesherr in die Stelle des Herzogs. Ueber das Weichbildzeigen hatte der Rat ebensowenig wie der Herzog Macht. In dem gemeinsamen Rat der drei Städte hatten Wif und Sack selbstverständlich keine Vertretung.

Aus der Unterordnung ging allmählich die Gleichberechtigung hervor. Durch Uebernahme von Pflichten erkaufen sich zunächst die Räte der Wif und des Sackes das Recht, auch ihrerseits Vertreter zum gemeinen Rat zu senden. Im Jahre 1345 nehmen sie zunächst auf drei Jahre dieselben Lasten auf sich, zu denen sich die drei Weichbilde Altstadt, Hagen und Neustadt verpflichtet haben. 1345, am Katherinenabend, (24. November) stellte der gemeine Rat der Wif folgende Urkunde über ihr Vorgehen aus: umme den wilkore, den de rat in der Oldenwik mit us gedan hebbet, dat se willen gheven unde toleggen des iares to der meynen stad nut unde not, also also use anderen wikbelde dot, also dane ghulde unde tins de eren wicbelde to den neghesten dren iaren vallet unde vallen mach boven redelike kost unde notdorft eres wikbeldes. — Aus den Worten also also use anderen wicbelde dot² ist wohl zu schließen, daß auch der Rat des Sackes sich zu gleicher Leistung verpflichtet hat. Seit dieser Zeit wird der Rat der fünf Städte, de rad van all vif steden, erwähnt. Immerhin blieb das Unterthanenverhältnis auch jetzt bestehen.

Die völlige Gleichstellung der fünf Städte wurde erst durch die Revolution von 1374 erreicht, in der der alte Rat, der Herr der Wif und des Sackes vertrieben, also das Unterthanenverhältnis gelöst wurde. Bezeichnend ist, daß Wif und Sack auf Seite des Rates stehen. Durch die Verfassung von 1386, die der Stadt einen neuen Rat gab, wurde die Gleichberechtigung aller Weichbilde anerkannt und zugleich eine einheitliche Stadtverwaltung geschaffen. Die Einzelräte der Weichbilde verschwinden, die einzelnen Weichbilde hören auf als selbständige Städte zu

¹ Urkundenbuch XXXII, S. 40.

² Urk. im Stadtarchiv zu Braunschweig. Chroniken VI, S. 320, A. 3. Rat a. a. D., S. 36.

existieren. Braunschweig ist nicht mehr ein Sammelname für einen Städtebund, sondern bezeichnet jetzt eine einheitliche Stadt. —

Damit ist die Entstehungsgeschichte der Stadt Braunschweig zum Abschluß gelangt.

Anhang.

Die sagenhaften Gründer der Stadt Braunschweig.

Nach der mittelalterlichen Sage ist die Stadt Braunschweig von zwei Brüdern des Sachsenherzogs Otto des Erlauchten, des Vaters des Königs Heinrich I., den Herzögen Bruno und Tanquard gegründet worden. Bruno erbaute die „Stadt,“ die nach ihm Brunswik genannt wurde, Tanquard die „Burg,“ Tanquarderode.

Die Sagen geben uns keine Geschichte, sie zeigen uns nur, wie man sich im Mittelalter die Entstehung Braunschweigs dachte. Sie haben sich in ähnlicher Weise gebildet, wie aus dem Namen der Stadt Rom die Gründernamen Remus, Romus und Romulus entstanden sind, nämlich aus den Ortsbezeichnungen. Allerdings liegt den Sagen im Gegensatz zu den Römischen ein gewisser historischer Kern zu Grund, aber dieser ist sehr gering. Es läßt sich aus denselben nichts weiter schließen, als daß irgend ein Tanquard die Rodung anlegte, auf der später die Burg der Brunonen und Welfen stand, sicherlich ohne Ahnung, daß hier einmal im Herzen einer volkreichen Stadt Burg und Domstift sich erheben sollten.¹ Schon aus den Ortsbezeichnungen Brunswik und Tanquarderode geht hervor, daß es sich hier weder um eine Stadtgründung noch um eine Burgerbauung handelt. Abgesehen davon, daß die Städtegründung erst unter Heinrich I. beginnt, bezeichnet wik nur ein Dorf, nicht etwa ein Haus, und rode die Rodung, den Besitz eines Einzelnen, aber nicht eine Burg.² Brunswik ist das Dorf, nicht die Stadt eines Bruno, Tanquarderode die Rodung, der Hof eines Tanquard.

Bruno und Tanquard sind nach der Sage Brüder, Brunswik und Tanquarderode liegen ja brüderlich beieinander. Sie mußten dem herzoglichen und später durch seine Könige so berühmten Hause der Luidolfinger angehören, denn die Stadt, die der Chronist Conrad Bothe als eine krone und speygel im lande to Sassen bezeichnet, konnte nur von einem königlichen Geschlecht gegründet sein. Daß eine Stadt aus sich selber entstand, konnte

¹ Hänselmann, Hansf. Geschichtsbl. 1873, S. 3.

² Schon Leibniz hat bemerkt, aus dem Namen gehe hervor, daß Tanquarderode ursprünglich nicht eine Burg, sondern eine Villa gewesen sei, ein Ackerhof, auf dem später die Burg entstand. Wäre die Gründung einer Befestigung beabsichtigt, so hätte man wohl die Endung burg gewählt, wie Hammaburg, Magdeburg. In Orten auf rode und büttl, wie Wernigerode und Wolfenbüttel, entstanden die Burgen erst später.

man sich im Mittelalter nicht denken. Aus dem post hoc folgte das propter hoc.

Die Sage macht sich schon durch einzelne romanhafte Zusätze verdächtig. Tanquard, Bruno und Otto sind Brüder, die ersteren beiden wollen nicht heiraten, um dem jüngeren Bruder die Herrschaft und die Macht zu übertragen. Sie fallen beide in einer Schlacht.

Herzog Luidolf hat, wie Bethmann überzeugend nachgewiesen hat,¹ keinen Sohn Tanquard gehabt. Die älteren Quellen wissen auch nichts von demselben. Sie kennen weder Tanquard als Sohn des Luidolf, noch berichten sie seinen Tod. So wird er weder von Widufind² noch von Roswitha von Gandersheim, die dem sächsischen Hause doch sehr nahe stehen, erwähnt.

Auch in den Stammbäumen des sächsischen Geschlechts befindet er sich nicht.³ Ebenso bringen die ältesten Berichte über die Schlacht, in der beide Herzöge fallen, seinen Namen nicht. Adam von Bremen berichtet über die Schlacht: Tum Saxonia vastata a Danis, Brun dux occisus est cum 12 comitibus.⁴ Ähnlich berichten die ann. Ryenses⁵: Erik Barn vastavit Saxoniam, Brun ducem occidit et 12 comites. Quid plura. Urbes cum civibus, episcopi cum grege truncati sunt, ecclesiae cum fidelibus incensae sunt. Theodoricus et Narwardus episcopi truncati sunt. Die sächsische Weltchronik⁶ kennt auch nur zwei Söhne: Desse Ludolf war Vater des hertogen Bruno unde des groten hertogen Otten. Der Anfang der Chronik von der Sachsen Herkunft⁷ und Eberhards Heimchronik von Gandersheim⁸ haben dieselbe Angabe.

Es ist undenkbar, daß diese Schriftsteller einen Sohn Ludolfs nicht gekannt hätten, zumal die Schlacht, in der er seinen Untergang fand, für lange Zeit einen bedeutenden Eindruck gemacht hatte und die Sage sich gerade mit dem Untergang des Heeres im Dänenkriege lebhaft beschäftigte. Dies zeigt sich vor allem in den Weiterbildungen der Geschichte des Unterganges. In den älteren Berichten kommt Bruno in der Schlacht um, später schrieb man Niederlage und Tod desselben nicht dem Schwert der Normannen, sondern den Elementen einer Uberschwemmung oder einem Wolkenbruch zu. So berichtet Widufind: inunda-

¹ Westermanns Monatshefte 1860, S. 530.

² I, 16, (Hambausgabe).

³ S. S. VIII, 32, 28, 194.

⁴ S. S. XX, 298, 30, cap. 40.

⁵ S. S. XVI, 398, 19.

⁶ Mon. G. Deutsche Chroniken II, p. 157, 20, c. 146.

⁷ ibid. p. 265, 5.

⁸ ibid. p. 403, c. 7.

tionem perierunt,¹ die *chronica ducum Brunsw.* führt das weiter aus: Bruno et Tanquard inundatione gravi imbrium perierunt.² Die *Weltchronik*³ läßt Bruno sogar ohne Kampf umkommen. — Der hertoge Bruno vor da mit here wider de Denen unde ward vil gas mit grotem Watere bevangen, also verdarf he ane strit mit al sineme volke. In Eberhards *Reimchronik*⁴ besiegt Bruno sogar zuerst die Dänen, kommt aber durch einen Sturm auf der See um — unmetlik sturm-weder erhob sec uf der see . . . Der hertoge Brun aldar sin ende nam. Als Quelle ersten Ranges kommt für uns besonders die *Braunschweiger Reimchronik* in Betracht.⁵ Der Verfasser, der an seinen Quellen eine scharfe Kritik übt, kennt Tanquard wohl, aber er spricht ihm die Existenzberechtigung ab. Nachdem er die Familienverhältnisse Luidolfs beschrieben hat und diesem zwei Söhne Brun und Otto zugeschrieben hat, fährt er fort:⁶

an einem anderen buche ich las,
da mir noch ein son genennet ward,
der sollte heizen Tanquard,
des sprech ich doch nicht vor war.

Er übergeht Tanquard geflissentlich, bei der Erwähnung von Tanquarderode nennt er ihn nicht und schreibt die Gründung auch Bruno zu. Nach der *Sachsenschronik*⁷ ist Dankward auch der Gründer der Petrikirche. Nach der *Reimchronik* ist die Kirche aber erst 1030 vom Bischof Godehard von Hilbesheim geweiht, welcher 1038 starb.

Heinrich von Herford⁸ und die *chronica ducum de Brunswick*⁹ nennen zuerst Tanquard als Bruder des Bruno. Am meisten ausgeführt findet sich dann die Sage in der eben angeführten *Sachsenschronik*. Es heißt da zum Jahre 859: Do ward sin eldeste sone Bruno hertoghe to Sassen un bleff eyn hagestolte sunder wyff unde kind, he was eyn stritbar man, he buwede Brunswick unde von öme heft de stad den namen, he reygerde neggenteyn Jare, da bleff he dot in eynem streyde. Ao 861 . . . so

¹ *Wibulfin* 1, 16. (Hambausgabe.)

² *chronica duc. Brunsw.* c. 1.

³ *Mon. G.* — *Deutsche Chron.* p. 157, c. 146.

⁴ *Ebenda*, c. 7.

⁵ *Ebenda*, II, p. 430. Lorenz, *Geschichtsquellen* II, p. 139.

⁶ a. a. O. II, 464 (440).

⁷ *Sachsenschronik* z. J. 879. Abel, *Sammlung d. Chr. Braunschweig* 1732. Vgl. Lorenz, *Geschichtsquellen* II, S. 155 u. A. 1, und Schaer, *Conrad Botes niedersächs. Bilderchronik* z. 1880.

⁸ Heinrich von Herford ed. Pottstaft Göttingen 1859, S. 74.

⁹ *chronica ducum de Br.* c. 1.

buwede hertog Dankwart de stidde, dar nu der Dom licht und buwede dar ene kerke in de Ere S. Peters . . . unde nomede dat Dankwarderode und hertog Bruno buwede de stidde, dar nu der Eygermarkt ist to Brunswick, unde buwede dar ene kerke, in die ere S. Jacobs, dat war sin apostel und nomede dat Brunswick, so dat dar de koplüde kemen und hulpen hertog Bruno sine stad rede machen und begrepen dar eine stad unde nomeden sie nach Brunewik Brunswik unde is eyne krone und speygel des Landes to Sassen. Bruno erhält von einem Edelmann dat hus to Lechtenherge . . . und buwede . . . neyne borch to Brunswik und gaff sine stidde den koplüden und handwerkslüden, die makten die stad vullens rede.

In Betreff des Todes Tanquards bringt diese Quelle eine andere Nachricht. Sie berichtet zum Jahre 877 den Zug Brunos gegen die Dänen. Bruno bleib doch und wart in Schleswig begraben. Nach seinem Tod regierten seine beiden Brüder, aber Dankwardus starb in dem 3ten jare darnach. Wir sehen, wie sehr sich hier die Sage weitergebildet hat. Aber die Unglaublichkeit derselben zeigt sich in der Zusammenstellung der verschiedenartigsten ungleichzeitigen Ereignisse, die gleichwohl als gleichzeitig erwähnt werden.

Auch auf die Fürsten von Braunschweig hat die Tanquardsage wenigstens in der Namensgebung eingewirkt. So finden sich in den ältesten Eintragungen des *Memorienbuches*¹ von S. Blasen zwei comites in Brunswick Tanquardus et Bruno, die als gestorben am 21. Januar eingezeichnet sind. Diese brunonischen, nicht luidolfingischen Grafen, die Bethmann ins 10. oder Anfang des 11. Jahrhunderts setzt, tragen ohne Zweifel ihren Namen von den mythischen Gründern Braunschweigs.

Tanquard ist keine rein mythische Person, er hat wirklich gelebt und die Rodung, auf der die spätere Brunonen- und Welfenburg angelegt wurde, geschaffen oder schaffen lassen, aber wer er gewesen und welchem Geschlecht er angehört hat, wissen wir nicht. Hirsch's Annahme,² daß Tanquard aus dem unglücklichen Sohne Ottos des Großen Tanfmar entstanden sei, ist wohl nicht haltbar. Eher wäre wohl aus dem Gleichklang und der Alliteration der Namen Tanfmar und Tanquard auf eine Verwandtschaft der beiden Personen mit einander, also auf eine Zugehörigkeit Tanquards zum Geschlecht der Luidolfinger zu schließen. Diese Alliteration in der Namensgebung spielt in der älteren deutschen

¹ Chroniken VI, S. XV A. 1.

² Hirsch, *Jahrb. d. Deutschen Reichs unter Heinrich II.*, Bd. I, S. 462.

Familiengeschichte vor Ausbildung des Familiennamens eine Rolle. Man denke an die Namen in der Familie des Armin, Segimund, Segimar, Segeles, aus denen man geschlossen, daß Arminius ursprünglich Siegfried, Siegward, (Sigurd) geheissen hat, an Heribrand, Hildebrand und Hadubrand, an Gunther, Gernot, Giselher, die Söhne des Gibich und ähnliches. — Immerhin kann dieser Gleichklang der Namen auf einem Zufall beruhen. An einem gewissen Zusammenhang des Tanquard mit den Luidolfingern müssen wir aber festhalten, so lange nicht bewiesen ist, daß die Luidolfinger in diesem Teile Sachsens keine Besitzungen gehabt haben. Ohne Zweifel gehörten den Luidolfingern im Darlinggau und im Gau Ostfalen große Gebiete.¹ Im letzteren gründete Luidulf Gandersheim, das er reichlich dotierte. Auf die Güter an der Oker läßt auch der Tausch schließen, den Otto 888 mit dem Abt von Corvei schließt. Otto tritt ein Gut *ultra fluvium Ovacram* gegen entsprechende Entschädigung ab, um seinen Besitz besser abzurunden (*ut major sit commoditas in locorum situ*).² Die Luidolfinger besaßen das ganze Waldgebiet, das sich von der Rammhöhe des Harzes bis zur Oker erstreckte.³ Auf die Großartigkeit des Luidolfingischen Besitzes lassen auch die Schenkungen schließen, mit denen Otto I. die Kirchen zu Magdeburg, Halberstadt, Helmstedt bedachte.⁴ In diesem Waldgebiet haben die Luidolfinger ihren Dienstleuten Land zur Rodung angewiesen. Einer ihrer Dienstleute, ein *homo liber* und *vassus*, wie Hatheguart, der Gründer der Magnikirche in der Wif, war vielleicht auch Tanquard. Nach seinem Tode oder nach dem Aussterben seines Geschlechtes kam das Gut an die Luidolfinger und von diesen an die Brunonen. Aber auch diese Annahme ist nicht unanfechtbar. Immerhin steht als sicher fest, daß irgend ein Tanquard hier in nicht allzufrüher Zeit, denn die Endung *rode* findet sich erst in jüngeren Ortsbezeichnungen, die Rodung anlegte, und daß dieser Hof später auf irgend eine Weise, Kauf, Tausch,⁵ Einziehung oder Heimfall in den Besitz der Luidolfinger und dann der Brunonen gekommen ist.

Als Curiosität soll noch die Ansicht Falke's angeführt werden, der Tanquard für den Schwiegervater des Herzogs Bruno hält.⁶

¹ Dümmler, Otto der Große I, S. 350 ff.

² Falke, *tradit. corb.* 293.

³ Zissenburger Urkundenbuch II, S. XVI.

⁴ Wail, Heinrich I, S. 193. Bethmann nimmt an, die Luidolfinger hätten bei Braunschweig keinen Besitz gehabt.

⁵ Vgl. den Vorgang mit Corvey.

⁶ Hirsch, *Jahrb. des Deutschen Reiches unter Heinrich II.*, Bd. I, S. 163.

Wir gehen jetzt auf Bruno, den vermeintlichen Gründer der Wik, des Dorfes Brunswick, ein. Die Sage hält diesen Bruno für einen Liudolfinger. Bruno folgte seinem Vater Liudolf¹ nach den ann. Xantenses² im Jahre 866,³ er fiel an der Spitze des Sächsischen Heerbanns gegen die Normannen in der unheilvollen Schlacht von 880 bei Hamburg an der Mster⁴ (bei Eppendorf?). Ihm folgte sein Bruder Otto der Erlauchte, der von 880—912 regierte. Bruno wird bereits als dux bezeichnet — vielleicht bedeutet das Wort hier nur Heerführer — aber erst Otto ist der erste wirkliche Herzog der Sachsen. Die älteste Nachricht von der Gründung der „Stadt“ Braunschweig durch Bruno findet sich im chronicon Halberstadense, das um 1200 entstand.⁵ Es meldet: hic Bruno fundator exstitit civitatis, quae Brunonis vicus vocatur. Civitas heißt hier Stadt. In der Reimchronik finden wir auch eine Zeitangabe.⁶ Der Chronist sagt: so is iz unter dem andern Ludewiche geschen. Mit dem andern, also dem zweiten Ludwig ist Ludwig der Deutsche, der von 840—876 regierte, gemeint. Die Schrift de fundatione ecclesiarum Saxonie giebt das Jahr 890 an, aber diese Annahme kann nicht haltbar sein, da Bruno 880 stirbt. Die Gründungszeit fiel demnach in die Jahre 866—76. 866 folgt Bruno seinem Vater, 876 stirbt Ludwig.

Prüfen wir jetzt die Nachrichten auf ihren historischen Wert. Zunächst liegt im Namen nichts, was auf eine Gründung deutet. Brunswick heißt nichts weiter als Wik, Dorf des Bruno. Ein solches Dorf wird aber nicht begründet, sondern es entsteht nach und nach neben dem herrschaftlichen Hof. Tagelöhner und Kolonen, freie und hörige Leute, die zur Ackerwirtschaft und herrschaftlichen Hofhaltung nötig sind, siedeln sich hier an oder erhalten Land zur Nutzung und zu Lehen. Die Gründungssage entstand erst zu einer Zeit, als man allgemein annahm, daß dieses Dorf der Kern der Stadt Braunschweig sei und als man glaubte, daß jede Stadt die Gründung einer bestimmten Person sei. Aus dem Namen schloß man auf einen Gründer Bruno

¹ Waik, Heinrich I., S. 9—12, 185—194. Dümmler, Ostfränk. Reich, S. 561.

² S. S. II, S. 231. L. wird als comes de septentrione bezeichnet.

³ In den ann. Alam. cont. Sang. S. S. I, 50 und ann. Weingart. S. S. I, 66 wird der Tod Liudolfs, der unter die principes regni gerechnet wird, ins Jahr 864 gesetzt. Schon Leibniz erkannte, daß die Nachricht ins Jahr 866 gehört. ann. I, S. 655. Waik, Heinrich I., p. 10. A 3.

⁴ Dümmler, Ostfränk. Reich, S. 136 und A. 65.

⁵ Leibniz, S. S. rer. Brunsw. V, 113. Vgl. Wattenbach, Geschichtsquellen I, S. 322 u. A. 3.

⁶ Mon. G. Deutsche Chronik a. a. D.

zurück und diesen Bruno fand man dann in jenem Bruder Ottos des Erlauchten. Es war ja natürlich, daß die alte Stadt Braunschweig älter sein mußte, als andere Städte ihrer Umgebung, die ihre Entstehung auf Heinrich I. zurückführten. Sie konnte demnach nur von einem Ahn Heinrichs gegründet sein. Wir wissen jetzt,¹ daß nicht die Wit der Keim Braunschweigs war, sondern die Altstadt, die auf der anderen Seite der Oker in einem ganz anderen Gau² und einem anderen kirchlichen Sprengel³ lag. Die Wit⁴ hat niemals irgend welche Rolle in der Entstehungsgeschichte Braunschweigs gespielt, sie bestand bis 1245 neben der Altstadt als unbedeutendes Dorf. Von ihr übertrug sich nur der Name auf die Altstadt Tanquarderode oder Tanquardevörde, und dieser Vorgang hat noch Hegel bewogen,⁵ die Entstehung der Stadt aus einer herrschaftlichen Villa anzunehmen. Hat aber die Wit mit der eigentlichen Gründungs- oder Entstehungsgeschichte nichts zu thun, so zeigt sich die Erzählung von der Gründung der „Stadt“ Braunschweig durch den Herzog Bruno, den Sohn Luidolfs, als das, was sie ist, als eine Sage, die aus der örtlichen Bezeichnung entstanden ist.

Als ein weiteres Moment macht sich geltend, daß sich Städte erst seit Heinrich I. finden, daß also Städtegründung erst in einer Zeit vorkommt, die nach Bruno liegt. Wäre die Wit also der Kern und Ursprung der Stadt Braunschweig, so könnte sie nur ein Nachfolger, nicht ein Vorfahr Heinrichs gegründet haben. Man könnte an Bruno, den Erzbischof von Köln, den Sohn Heinrichs denken, aber für eine solche Annahme findet sich kein Beweis, abgesehen davon, daß die Wit erst um 1240 Stadt wird. Eine Villa ist keine Stadt.

Wahrscheinlich haben wir den Bruno, dem die Wit gehörte, nicht der sie gründete, überhaupt nicht unter den Luidolfingern, sondern unter dem Geschlecht der Brunonen zu suchen.⁶ Die Brunonen hatten in der Wit Brunswik, dem Herrendorf, der villa indominicata⁷ ihren Stammhof. Je mehr das Geschlecht an Ansehen zunahm und sich die Hofhaltung vergrößerte, desto

¹ Vgl. oben S. 102 ff.

² Die Altstadt liegt im Altst. Gebiet, im Gau Ostfalen, Balon, dem Gau der Osterlunde, die Wit im Darlinggau, einem Gebiet, das früher zu Thüringen gehörte und erst 531 von den Sachsen erobert wurde.

³ Die Wit gehört zum Sprengel von Halberstadt, die Altstadt zu dem von Hildesheim.

⁴ Vgl. oben S. 118 ff.

⁵ Hegel, Gesch. d. Ital. Städteverfassung II, S. 417.

⁶ Bethmann a. a. D. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover I, S. 99. Dürre a. a. D., S. 43. Orig. Quells. IV, 475.

⁷ Aus der Magnuststr. führt nach N. eine Zweete, die das Herrendorf genannt wurde. Degedingsbuch der a. Wit 1451 Nr. 17.

mehr mußte sich das Dorf entwickeln, wie die Ansiedelung freier Vasallen, z. B. jenes Hatheguart, beweist, aber die Wit blieb immer das Dorf der Herrschaft. Als die Brunonen dann das Land auf der anderen Okerseite mit dem luidolfingischen Hofe Tanquarderobe und der wohl ebenso Tanquarderobe oder Tanquardevörde genannten Altstadt — wohl noch während der Regierungszeit der Ottonen — erwarben, verlegten sie ihre Residenz nach dem erworbenen Hofe und erbauten daselbst eine Burg. Es übertrug sich dann der Name Brunswik auf die Altstadt. Gewissermaßen macht sich im Namen eine Umdeutung geltend, während früher Brunswik „Ort, Dorf des Bruno“ heißt, nimmt es jetzt die Bedeutung „Stadt der Brunonen“ an. Als dies geschah, war die Altstadt schon von einer gewissen Bedeutung, denn es macht sich in ihrer Geschichte und in ihrem Recht ein Einfluß der Stadtherrschaft fast gar nicht geltend.

Die Frage, wann jener Bruno gelebt, der der Wit und dann der Stadt den Namen gab, ist nicht zu lösen. Bruno verschwindet ebenso wie Tanquard im Dunkel der Geschichte. Wir müssen ehrlich ein non liquet gestehen; wir wissen von dem Einen wie von dem Anderen nur den Namen, das heißt: so gut wie nichts. Wir können daher mit den Worten der Reimchronik schließen:

Welkes jahres dat geschege,
An neyner schrift ek dat spehe.

Quellen zur Genealogie der späteren Grafen von Regenstein.

Von Paul Zimmermann.

Auf Veranlassung des Herrn Oberlehrers Steinhoff in Blankenburg, der mir seine Arbeit über die Genealogie der späteren Grafen von Regenstein und Blankenburg mit dem Wunsche übersandte, ihm Nachträge und Berichtigungen, die ich etwa noch auffinden könnte, zuzustellen, habe ich den einschlagenden Stoff im Herzoglichen Landeshauptarchive zu Wolfenbüttel durchmustert und hier außer etlichen Urkunden, die erwünschte Daten ergaben, auch einige chronikalische und genealogische Aufzeichnungen aus älterer Zeit gefunden, die mir für die Feststellung des Stammbaumes jenes Grafengeschlechts während der beiden letzten Jahrhunderte seines Bestehens nicht ohne Bedeutung zu sein scheinen. Anfangs versuchte ich, die so gewonnenen neuen Nachrichten an den betreffenden Stellen in die Steinhoff'sche Arbeit einzufügen. Aber so gut dies bei den Urkunden, die in sich abgeschlossen feststehende Thatsachen berichten, anging, so schlecht ließ sich dies bei den genealogischen Ausarbeitungen ausführen, da sich hier die Zuverlässigkeit der einen Angabe ohne Hinzuziehung der anderen gar nicht beurteilen läßt. Ich entschloß mich daher, die letzteren Quellen, zumal ihr Umfang kein großer ist, mit Auslassung nebenächlicher Punkte im Wortlaute bekannt zu machen. Nur so ist es dem Forscher möglich, eine jede derselben als ein Ganzes zu nehmen und sich über den Grad der Wahrscheinlichkeit ihres Inhalts ein klares Urteil zu bilden. Stimmen ihre Angaben im Allgemeinen mit den Nachrichten, die sonst sicher beglaubigt sind, überein, so sind wir berechtigt, auch die Stellen, wo wir eine Kontrolle nicht ausüben können, mit Zutrauen aufzunehmen. Für Herrn Steinhoff erwächst aber durch diese Veröffentlichung der Vorteil, daß er sich nun an den einschlagenden Stellen kurz auf sie beziehen kann und seine Arbeit nicht durch schwerfällige Citate zu belasten braucht.

Alle die nachfolgenden Ausarbeitungen finden sich in einem Aktenbündel des Archivs, das die Bezeichnung: „Genealogische und historische Nachrichten von den Grafen von Regenstein“ trägt.

I.

Die erste dieser Mitteilungen ist von einer Hand geschrieben, die sehr gut noch dem Ende des 16. Jahrhunderts angehören

kann. Ob wir in ihr die Niederschrift des Verfassers selbst erblicken dürfen, mag zweifelhaft bleiben. Denn der vorliegende Text ist wie aus einem Gusse geschrieben, während die Abfassung nachweislich zu verschiedenen Zeiten erfolgte. Der Verfasser spricht einmal (S. 133) von der Schwester des „jetzigen Herrn Ernsten, eltesten Grafen zu Reinstein,“ muß diesen Teil also vor des Grafen Tode († 1581) niedergeschrieben haben, berichtet dann aber (S. 134) ausführlich von seinem Abscheiden und tröstet die Witwe, die also damals noch lebte und bekanntlich erst nach 1600 gestorben ist. Die letzte Mitteilung, die gemacht wird, stammt aus dem Jahre 1598; von dem Aussterben des Grafenhauses im folgenden Jahre wird nichts mehr gesagt. Das erklärt sich wohl nur, wenn wir annehmen, daß die letzte Niederschrift im Jahre 1598 wirklich statt hatte. Wie hätte sonst ein so wichtiges Ereignis wie das Ende der Familie in einer Arbeit, die ihrer Geschichte gerade gewidmet war, unerwähnt bleiben können?

Als Verfasser der Aufzeichnungen haben wir wohl den Schulmeister der Michaelsteiner Klosterschule anzunehmen. Jedenfalls lebte er in einem Kloster. Er berichtet (S. 135) von einer großen Wasserflut, die „hie ums Kloster gewesen;“ er sagt ferner dicht vorher: „Den 9. Martii haben wir in der Klosterschule die Gräfin von Mulmde abgeholt.“ Michaelstein war das Familienkloster der Regensteiner Grafen; es liegt tief im Grunde: wir können bei jenen Worten an kein anderes Kloster denken, als an dieses.

Der Titel dieser Michaelsteiner Aufzeichnungen lautet: „Vom Ursprung der Grafen zu Reinstein vnnnd Blandenburgk.“ Sie beginnen mit der Römerzeit und endigen, wie gesagt, mit dem Jahre 1598. Die ersten Teile des Werkes, in denen chronikalische Nachrichten aus Druckwerken, Urfundenauszüge u. s. w. im Sinne der Zeit verarbeitet werden, sind, da durch neuere Forschungen längst überholt, für uns ohne Werth. Erst die Stücke, in denen die persönlichen Erinnerungen des Verfassers und Mitteilungen solcher, die den Ereignissen zum mindesten noch nahe standen, einsehen, gewinnen für uns Bedeutung. Daß, wenn irgend wer, ein Insaße des Klosters Michaelstein über das, was das Regensteiner Grafenhaus betraf, gut unterrichtet sein konnte, liegt auf der Hand. So erweisen sich denn auch, von einigen offenbaren Schreibfehlern abgesehen, seine Angaben da, wo wir sie an der Hand anderer Zeugnisse zu prüfen vermögen, als wohl verläßlich; wir dürfen ihnen also auch dort Glauben schenken, wo die sonstige Ueberlieferung fehlt.

Nachstehend gebe ich die Mittheilungen aus der späteren Zeit, die für uns Interesse bieten, auch diese nicht ohne einige Auslassungen, die durch Punkte (. . .) angedeutet worden sind.

(Bl. 18) Anno 1455 den 20. Januarii starb Catharina, Graf Bernhards zu Reinstein Tochter und Graf Günters zu Barbei und Mühlingen Gemahl.

Ihr Herr Graf Günter starb 1493 in vigiliis Andreae (29. Nov.)

(Bl. 19) Anno Christi 1528 in vigiliis conceptionis Mariae (7. Dec.) ist der wolgeborne und edle Herr, Graff Ernst zu Reinstein und Blandenb., geboren. S(einer) G(naden) Vater war Graf Ulrich, S. G. fraw Mutter Dorothea,¹ eine Gräfin von Mansfeldt. Dieser Graf Ernst hat sich anno Christi 63 Dominica Jubilate (2. Mai) mit fräwlein Barbaren von Honstein und Bierraden verhehliget und beilager zu Blandenburg gehalten

Anno 1541 wirdt Dorothea ein Fräwlin von Reinstein, Graf Ulrichen seligen Tochter ex matre Mannesfeldia² und des jezigen Herrn Ernstens elstisten Graven zu Reinstein Schwester, Graf Wolfgang von Stolberg und Wernigeroda zum ersten verhehliget, welcher Herr 1501 geboren, und starb im jahre 1532.³

Anno Christi 1546 die Elisabethae, welcher war der 19. Novembris, den morgen umb 5 Uhr ist der erschröckliche (Bl. 20) und angelegte Brandt zu Blandenburgk gewesen, darin das Schloß hoch auf einem Steinfelsen bey Graf Ulrichs Zeiten und S. G. Gemahl Magdalena Grävin von Stolbergk und Wernigerod, ein chrislich und wolthätige Matron und hoch schwanger, jämmerlich zu Pulver und Aschen gebrandt worden. Den Graven hat man durch ein Gemach heraus, doch etwas sehr vom feur verhehlet, im hembde herabgelassen, und hat hernacher im Witwenstuel 4 Jahr gelebet, und endlich seelig gestorben am Palmsontag (22. März) zwischen 11 und 12 Uhr, im Mittage, anno 1551.

¹ Der Name ist falsch; sie hieß nicht Dorothea, sondern Barbara. Jenen Namen führte ihre Tochter.

² „Mannesfeldnaca“ steht in der Handschrift. Die Mutter war die eben genannte geborene Gräfin v. Mansfeld, die zweite Frau Ulrichs eine geborene Gräfin v. Stolberg.

³ Schon in der Handschrift macht ein Notabene am Rande mit den Worten: „sibi ipsi contradicit“ auf den Widerspruch aufmerksam. Graf Wolfgang ist nicht 1532, sondern am 8. März 1552 gestorben, nachdem er sich 1545 in zweiter Ehe mit Genovese, geb. Gräfin v. Wied, verheiratet hatte. Vgl. Hübners Genealogische Tabellen T. 371.

14 Tage nach dem Brande ist B. Wilhelm zu Blandenburg jung worden anno 1546.¹

Anno 1574 ist die ehrwürdige in Gott und wolgeborne Frau Anna geborne Gräfin zu Stolberg des Keyserlichen freyen weltlichen Stiffts zu Quedlenburg Abbatissa den 4. Martii in Gott selig entschlaffen, welche 58 Jahr und 6 Wochen gedachtem freyen Stifte Quedelburgt Christlich und wol vorgestanden; soll im 12. Jahr ihres alters anno Christi 1516 eingeführet (sein). Den 19. Augusti anno 1574 ist an Stadt der verstorbenen Fürstinnen Fräulein Elisabeth, geborne zu Reinstein und Blandenburgt, Graff Bothen leibliche Schwester, zu einer Abbatissa und Fürstin zu Quedelburgt erwöhlet und bestätigt worden.

Anno Christi 1575 ist Graf Caspar Ulrich, ein gelehrter Herr,² Abt zu Michaelstein,³ gestorben, im Winter, kurz nach Weihenachten, den freytag zu Mitternacht⁴ zwischen 12 undt 1 Uhr.

Anno 1581 den 17. Februarii im Mittage umb 11 Uhr ist der wolgeborner und Edler Herr Graf Ernst zu Reinstein der älter selig in Gott entschlaffen, des Seelen Gott gnädig seyn wolle umb Christi seines lieben Sohns willen, und hat hinter sich gelassen sein Gemahl, Frau Barbaren, sambt zweien (Bl. 21) Söhnen, Ernst und Martin, und eine Tochter, Fräulein Hebewig. Gott tröste die betrübt Witben und verleihe J. G. Gesundheit, langes Leben und alle gedeiliche wolfsahrt.

Die Regierung ist auf Grave Bothen seinen Herrn Bruder gefallen, welcher den jungen Herrn zu Vormunden erbeten und verordnet die Eblen und Ehrenvehsten Curdt von Schwicheldt, Bischofflichen Halberstädtischen Hoffmeistern, Otto von Hön undt Heinrich Heurath.

Anno 1584 den 28. Julii⁵ umb 6 Uhr auf den Abendt ist die hochwürdige in Gott Frau Elisabeth, des Keyserlichen

¹ Auf wen sich diese Nachricht bezieht, vermag ich nicht anzugeben.

² Unterm 2. Febr. 1549 ist er als Student in Wittenberg immatrikuliert worden; am 18. Okt. 1553 trat er hier gar das Amt des Rectors an. Vgl. Foerstemann: Album academ. Vitebergensis S. 244 u. 285.

³ Die Abtei Michaelstein hat Graf Ernst seinem Bruder Kaspar Ulrich resignirt. Papst Pius IV. hat diese Uebertragung unterm 16. April 1563 genehmigt (Orig. in Wolfenbüttel).

⁴ Der Freitag nach Weihnachten war der 30. Dezember. Andere setzen seinen Tod auf den 16. Dezember, auch einen Freitag oder den 17. Dezember. Vgl. S. 139 und 142. Es ist schwer, hier eine Entscheidung zu treffen; die Nacht vom 16. zum 17. Dezember scheint mir das Wahrscheinlichste zu sein.

⁵ Die Inschrift ihres Epitaphiums in der Schloßkirche zu Quedlinburg soll nach der ganz ungenauen Abbildung in Kettners Kirchen und Reformations-Historie (zu S. 293) als ihren Todestag den 20. Juli 1587 nennen. Beides ist falsch. Es steht hier nach freundlicher Benachrichtigung des Herrn Dr. Düning in Quedlinburg in Wirklichkeit der 25. Juli 1584.

freyen Stiffts zu Quedelburgk (Aebtiffin), seliglich verschieden, hat fast 10 Jahr lang regieret. Den 3. Augusti ist sie Christlich zur Erden bestättiget worden, und lieget in der Schloßkirchen dajelbst begraben. Aetatis suae erat 42 Jahr . . .

Anno 1592 hat Graff Christoff von Stolberg mit fräwlein Hedwigen zu Reinstein unndt Blandenburgk uf dem Hauße Blandenburg ehelich beilager gehalten den 1. Octobris.

Anno Christi 1594 ist Graf Martin der newe Abt introducirt und confirmirt hora 7. vespertina.¹

Eodem anno den 12. Julii ist Graff Ernst zu Reinstein und Blandenburgk zwischen 9 und 10 Uhr, den abendt in Christo selig entschlaffen, dessen Seelen Gott anedig geruhe; ist hernacher den 6. Augusti Christlich undt gräflich zur erden bestättiget und begraben worden.

Anno eodem 5. Octobris² zu nacht umb 2 Uhr ist Graff Botho seines Alters 63 Jahr in Christo selig entschlaffen, auf dem Hauße Stiege; ist begraben den 6. Novembris.

Anno 1595 ist Graff Bothen gemahl zu Mulmde in Christo selig entschlaffen, ist ihrem Herren bald gefolget.

Den 9. Martii haben wir in der Closterschule die Gräfin von Mulmde abgeholet, da denn so ein erbärmlich Wetter von Winde und Schnee gewesen, das kein Mensch gedacht hat, unndt ist den 1. Aprilis begraben.

Hoc anno den 7. Aprilis bis auf den 9. hat es so (Bl. 22) einen großen und tieffen Schnee gelegt, daß die Leutte einer zum andern nicht haben kommen können. Ist also gros gewesen, als nie ein Mensch gedacht, auch hefftig gefroren.

Hoc anno den 2. Maji ist eine große Fluth wasser hie umbß Closter gewesen, und alle Leiche, so wiederum in 3 Jahren erbarwet, hinweg gerissen.

Den 5. Octobris hat Graff Martin zu Reinstein undt Blandenburg sein Gräfliches und eheliches beilager mit fremlein Dorothea, geborne(n) von Solms, zu Blandenburgk gehalten.

Anno 1596 den 29. Octobris ist ein junger Herr mit nahmen Hans Ernst zu Blandenburgk jung geworden, welcher der erste ist, so Gott der Allmächtige dem Herrn Graven unndt seinem Gemahl von Solms bescheeret. Ist den 14. Novembris hora 12. auf dem Gräflichen Hauße Blandenburgk uf dem Saal getaufft worden.

¹ Aebtiffin Anna zu Quedlinburg bestättigt Graf Martin als Abt von Michaelstein unterm 29. Juni 1594 (Orig. in Wolfenbüttel).

² Nach der Leichenpredigt von Joh. Duerfurt ist Graf Botho am 4. Oktober gestorben.

Anno Christi 1597 dominica Quasimodogeniti¹ nach sechs Uhren des morgens ist weilandt der wohlwürdige, wolgeborne und Edele Herr und Graff Martin, Abt und Herr des Closters Michaelstein, in Gott seelig entschlaffen, dessen Seele der Allmächtige gnädig geruhe.

Anno eodem ist das junge herrlein Hanß Ernst widerumb zum Abt bestätigt. ² Dieweil aber wolgemeltes herrlein noch jung undt die jahr der Regierung noch nicht gehabt, ist Jacobus Großhanß Vicarius worden undt bestätigt von der Fürstin zu Queblingburg. Er ist aber lincß umb den Altar gangen.

Anno 97 ist der ehrwürdige Leonhardus Schwieger Superintendent der Graffschafft Reinste in und Blandenburg den 1. Maji gestorben und den 4. Maji begraben worden.

Eodem anno ist zwischen Ostern und Jacobitag so eine geschwinde thewre Zeit geworden, daß die Menschen den Kalk auß der erden gegraben unndt an Stadt des Mehls brodt daraus gebaden; ist solch ein Jammer unndt noth gewesen, als ein Mensch hat denken können. Ist ein Schöffel Mehl für 40 Mg. bezahlet worden.

Anno 1596 sieng es an zu sterben zu Hamburgk und ander Seestädten.

Anno 97 starben zu Braunschweigk in die 8000 Menschen an der Pest, desgleichen zu Magdeburgk (Bl. 23) und Erfurdt eine große Menge Volckes, nemlich in 24000 Menschen zu Erfurdt alleine, unndt noch darüber.

Anno 98 starb es zu Halberstadt, Blandenburgk, Queblingburgk, Wernigerode, unndt an andern umliegenden Dritten.

II.

Eine zweite Ausarbeitung der Art ist uns in einer Handschrift überliefert, die wir wohl noch dem 17. Jahrhunderte zuschreiben dürfen. Ihr Anfang fehlt; sie beginnt mitten in einem Satz im Jahre 1325. Sie besteht jetzt aus drei Lagen in Quart, deren letzte auf der Rückseite die Aufschrift trägt: „Comitatum Blankoburgensem betr. cum Genealogia.“ Ueber den Verfasser können wir keine Mutmaßungen anstellen. Nur so viel läßt sich über ihn sagen, daß er Urkunden bei seiner Arbeit nicht ohne Verständniß benutzt hat. Er stellt feste Behauptungen nur da auf, wo ihm sichere Zeugnisse zur Hand sind. So begnügt er sich, zu sagen, daß Jemand in dem Jahre, wo er ihn zuletzt

¹ Nach Julianischem Kalender am 3. April, nach Gregorianischem am 13. April.

² Dies thut Abtissin Anna von Queblingburg unterm 1. April 1597 (Orig. in Wolfenbüttel).

nachweisen kann, noch lebe, hütet sich aber dann wohl, bestimmte Todesdaten zu geben; lieber hilft er sich in Fällen, wo er unsicher ist, mit einem „ohngefähr“ u. s. w. Greift er in den Jahreszahlen mitunter auch etwas fehl — was wir zum Teil wohl auf Schreibfehler zurückführen dürfen —, so können wir doch im Allgemeinen seinen Angaben, insbesondere soweit sie das Verwandtschaftsverhältnis der Familienglieder betreffen, unser Vertrauen nicht versagen. Offenbar haben ihm hier, zumal für die spätere Zeit, Quellen zu Gebote gestanden, deren wir jetzt entraten. Unsere Kenntnis wird daher durch ihn an einigen Stellen in dankenswerter Weise bereichert.

Da die ersten Teile der Handschrift für uns hier ohne Bedeutung sind, so lasse ich nur die späteren Mitteilungen, auch diese nicht ungeführt, hier folgen.

(Bl. 6) Er (Berndt) starb ohngefähr umb das 1430. Jahr;¹ Seine Gemahlin ist gewesen Frau Agnes, Graf Heinrichs von Schwarzburgs Herrn zu Leutenbergs Tochter, die er ihm anno 1414² geehliget; die Wittgabe war 2000 Reiniſche Gulden; zeugete mit Ihr 2 Söhne: Graff Ulrichen und Graff Bernhardten, von denen wenig zu berichten, auch eine tochter: Fräulein Catharinen, die Graff Günthern zu Warbey ist beygeleget und folgendes anno 1455 den 20. Januar. dieser Welt abgedanct.

Graff Ulrich lebete noch anno 1483, damals der älter genandt, hatte keine Erben. Sein Gemahl soll gewesen sein Frau Jutta, geborne Gräfin von Reifferscheidt.

Graff Bernhardt, Graff Ulrichs Bruder, nahm kurz nach dem 1441. Jahr zur Ehe Fraulein Elisabeth, Graf Gebhards zu Mannsfelds Tochter, welche Ihm 2 Söhne zur Welt gebracht, Graff Gebhardten und Graff Ulrichen den Jüngern, denen der Vater allzuzeitlich entfallen, nach dessen tödtlichem Abgang sie unter der Vormundschaft Graf (Bl. 7) Ulrichs zu Reinstein, Ihres Veters,³ treulich und zu allen guten erzogen worden. Waren anno 1460 noch minderjährig, in welchem Jahr bemelter Graff Ulrich der ältere von Graf Gebhardten zu Mannsfeld am Tage Praxedis 500 Reiniſche Gulden, gedachten seinen unmündigen Vettern zustehend, gezahlet bekommen und eingenommen, da noch 1500 Gulden Hauptgeld und anderthalb hundert Gulden verfallener

¹ Er war bereits 1423 tot. Vgl. Blankenburger Urk. vom 24. Juni 1423 (Nr. 84) im Landeshauptarchive zu Wolfenbüttel.

² Das ist unmöglich. Denn 1423 treten ihre Söhne in Urkunden schon selbständig auf.

³ In der Handschrift steht: Vatern.

Zinßen im Rest blieben, welche Schuld zweifelsfrey von Ihrer Frau Mutter Hegeld, so bisher verzinset worden, hergerühret.¹

Graff Gebhardts wird nach 1462. Jahr nichts mehr gedacht, mag jung und in coelibatu gestorben seyn. Dahero folgendis Graff Ulrich, sein Bruder, nach Graff Ulrichs des älttern Tode die ganze Graffschafft Reinstein als einiger Erbe überkommen. .

Graf Ulrich hielte Hoff auf dem Hauße Blandenburgt, darüber das Haus Reinstein wüßte blieben. Er lebete noch anno 1519. Sein Ehegemahl ist gewesen Fr. Anna, Graff Hannßen von Hohnstein Herrn zu Vierraden Tochter, die Ihm drey Söhne zur Welt gebracht, Graff Jobsten, Graff Bernhardten und Graff Ulrich den Jüngern, auch 2 Töchter, Fräul. Eva, die an Graff Friedrichen zu Diephold, welcher 1529 todes verfahren, ist verheyrahtet worden, und Fräulein (Bl. 8) Barbara, Burggrafen Georgen von Kirchbergt Herrn zu Warrenroda andere Gemahlin. Und ist Frau Anna, dießer Herren und Fräulein Mutter, 1526 auch noch am Leben gewesen.

Graff Jobst aber, ein frührer Kriegsmann, ließ sich 1519 von den Herzogen zu Braunschweig wieder das Stifft Hildesheim und den Herzogen zu Lüneburg bestellen, ward aber neben Herzog Erich und H. Wilhelmten mit etlichen andern Herren und vielen von Adel bey Soltau in einer Schlacht gefangen. Ist anno 1529 den 4. Septembris in 37. Jahr seines alters, wie auch Graff Bernhard vor Ihm 1524,² außer der Ehe durch den zeitlichen Todt dahien gangen, Dannenhero die Graffschafft Reinstein abermahl durch einen Herrn allein ist beherrschet worden, nemlich durch Graff Ulrichen, einen Christl. frommen Gottfürchtigen und in Kreuz wohlversuchten Herrn, welchem auch Reusnerus das Zeugnis giebet, daß er gewesen, Heros in tuenda doctrinae Evangelicae veritate constans et intrepidus, in rebus adversis patientissimus, erga pauperes beneficus, erga subditos pius, 2c. Ist anno 1551 den 22. Martij im 52. Jahr seines Alters seelig verstorben, hatte 2 Gemahlinnen, die erste Frau Barbara, Graf Ernstten zu Mannsfeld leibliche tochter, mit der er einen Sohn, Graf Ernstten, wie auch eine Tochter, Fräulein Dorotheen erzeuget, welche 1526 geböhren und nachmals Graff Wolffen zu Stolbergk vermählet worden. Als aber Frau Barbara 1529 abgeleibet, hat sich Graff Ulrich anno 1530 anderweit verheyrahtet mit Fräulein Magdalenen, Graf Bothen zu Stollbergk Tochter, welche anno 1546 den 19. Novembris auf dem Hauße

¹ Die Urkunde ist mir sonst nicht bekannt.

² Unrichtig; er wird wohl 1533 gestorben sein. Vgl. unten den Nachweis bei Steinhoff.

Wandenburgk, als dasselbe unversehens vom Feuer aufgangen, hochschwanger, da sie jezo der Geburth nahe gewesen, in Ihrem Gemach, welches die Brunst überleitet, also daß niemand Rettung thun können, mit 2en Zwillingen, und einer Getreuen Dienerin ganz jämmerlich und erbärmlich ersticket, die man nachmals, als zugeraumet worden, unter einem Tisch beyammen sitzend, todt gefunden. Was nun dieses Ihrem Herrn und Gemahl für Jammer und Herzeleidt wird verursacht haben, ist leicht zu ermessen. Hatte 2 Söhne zur Welt gebracht, Graff Bothen und Graff Caspar Ulrichen, auch 4 Töchter, welche geboren: erstlich Fräulein Anna den 25. Novembr. anno 1533, (2.) Fräulein Maria anno 1535, so Graf Merten von Honstein, Herrn zu Bierraden, vertrauet worden, (3.) Fräulein Magdalena anno 1538, wurde 1571¹ durch Ihre beyde Bruder Graf Voldmar von Honstein ehelich versprochen; das 4. Fräulein Elisabeth ward Eptissin zu Quedlinburgk, so anno 1584 in 41. Jahr Ihres Alters seelig verschied.

Graff Botho von Reinstein der mittlere Bruder, welcher anno 1531 den 10. Januarij² zur Welt kommen, nahm erstmahls zur Ehe Frau Catharinen, Graff Hannß Heinrichs zu Schwarzburgk Herrn zu Leutenbergek Tochter, Graf Ernstes von Hohnstein nachgelassene Wittbe, und, als diese anno 1568 mit Todt abgegangen, Fräulein Annen, Herrn Georgen von Schönbürgk (Bl. 9) Tochter, anno 1568.³ Graff Botho lebte noch 1582, ist ohne Leibes Erben todes verfahren.

Graff Caspar Ulrich war Thumb Probst zu Naumburgk und Abt zu Michelsstein,⁴ begab sich nachmals 1570 in Ehestandt mit Fräulein Catharina Agatha von Putbusch (Putbus),⁵ ist aber wenig Jahr hernach 1575, 16. November,⁶ ohne Erben dahingegangen.

Graff Ernst, der älteste Bruder, anno 1528 von der von Mannsfeldt erzeugt, war gleichfals des Stifts Naumburgk Praepositus und Abt des Closters Michelsstein, cedirte folgendß solche geistliche Stelle seinem Bruder Graf Caspar Ulrichen und verheirathete sich mit Fraulein Barbaren, Graf Woltffen von Honstein Herrn zu Bierraden Tochter, starb anno 1581; hatte 4 Söhne erzeugt: Graf Ulrichen, Abten zu Michelsstein,⁶ so

¹ Unrichtig. Die Heirat muß etwas früher, wohl 1568 gewesen sein. Vgl. den Nachweis unten bei Steinhoff.

² Nach der Leichenpredigt: am 7. Januar; vgl. unten Steinhoff.

³ So unrichtig statt 1569; vgl. unten Steinhoff.

⁴ Seit 1563; vgl. S. 134 Anmerk. 3.

⁵ Richtiger wohl 16. oder 17. Dezember. Vgl. Grabinschrift auf S. 142 und oben S. 134.

⁶ Nach dem Tode seines Oheims, des Grafen Caspar Ulrich (+1575).

Anno 1578 in 14. Jahr seines Alters¹ todes verblieben, 2. Graff Heinrich Wolffen, welcher bald im ersten Jahr den 2. July die Schuld der Natur bezahlen müssen, 3. Graff Ernten, Abten zu Michelstein, und Graf Merten, unter welchen Graf Ernst anno 1568 den 26. Octobris, Graf Merten aber 1570 den 7. Septembris an das Tageslicht kommen, auch 2 tochter Fräulein Hedwigen anno 1572 und Fräulein Sibyllen 1575 gebahren, die aber bald anno 1577 durch den zeitlichen todt abgefordert worden.

Die beyden Brüder Graff Ernst und Graff Merten waren eine Zeitlang unter der Vormundschaft Ihres Vettern, Graf Bothen, studireten 1587 auff der Universität Helmstädt.² Es wird aber verspüret, Graff Ernst zeitlich und in coelibatu mit todt abgangen. Dannenhero, weil damals der Stamm des Grafen zu Reinstein auf schwachen Füßen stunde, hat Graff Mertin zeitlich und zwar 1595 den 5. Octobris sich in den Ehestand begeben mit Fräulein Dorotheen, Graff Hanns Georgen zu Solms und Frau Margarethen gebornen Freyin von Schönburg Eheleiblichen Tochter, auch mit derselben einen Sohn erzeugt, Graf Hanns Ernten — Meibomius nennet Jhn Hanns Georgen —, dem der Vater allzuzeitlich und anno 1597 entfallen. Und ob man wohl verhoffet, der Stamm durch diesen Jungen Herrn hätte sollen fortgesetzt und erhalten werden, ist er doch auch noch in seinen unmündigen Jahren dem Vater durch Gottes sonderliche Schickung bald gefolget, und anno 1599 den 9. July in der Graffschaft Solms, alda sich die Frau Mutter aufgehalten, und also mit Jhm diese uhralte löbliche Familia der Grafen zu Reinstein (Bl. 10) abgangen und verloschen. Die Wittbe Frau Dorothea verheyraethete sich 1607 an Rein Graff Johann Casimiren.³

III.

Aus einer dritten Handschrift, die von einer Hand des 17. Jahrhunderts herrührt und „denkwürdige Anmerkungen anlangent

¹ Nach seinem Leichensteine (vgl. unten S. 142) starb er im 15. Jahre seines Alters.

² Schon am 8. März 1586 wurden sie in das Album der Universität eingetragen. Am 5. Dez. 1588 waren sie noch in Helmstedt und wünschten den Herzog Joachim Karl zu Braunschweig und Lüneburg nach Straßburg zu begleiten.

³ Der Rheingraf Johann Casimir stammte aus der Kyrburgischen Linie. Vgl. Hübners Genealog. Tabellen T. 461 und 396. Dorothea ist nach Zedlers Universal-Lexikon B. 38 Sp. 610 am 31. Jan. 1579 geboren und 1631 gestorben. Daß ihre Wiederverheirathung im Jahre 1607 geschah, ist wohl glaublich, da das älteste Kind aus dieser zweiten Ehe 1609 geboren ist. Vgl. Zedler B. 56 Sp. 931. Johann Casimir starb 1651, nachdem er sich nach Dorotheas Tode nochmals verheirathet hatte.

by Graffschafften Reinstein und Blankenburg“ enthält, interessiert uns nur das Inventar der Grabkapelle in der St. Bartholomäikirche zu Blankenburg.

Dieses ist für uns nicht unwichtig, da hier manche Inschriften von Leichsteinen und Schilden aufgeführt werden, die jetzt fehlen und daher in Brindmanns Aussage über jene Kirche in der Harzeitschrift B. XIX (1886) S. 306 ff. nicht genannt werden konnten.

Vor die einzelnen Inschriften habe ich, um sie bequemer bezeichnen und mit den Brindmannschen Angaben vergleichen zu können, Zahlen gesetzt, die in dem Originale fehlen. Dieses hat folgenden Wortlaut:

Folget so von den Leichsteinen und Schilden in der Blankenburgischen Oberkirch-Capelle sich befindent, ehemals abgescriben.

1. Anno 1455 in die Mariae — Dominus Bernhardus comes in Reinstein Dominus in Blankenburg — anno 1474 in die — Domina Elisabeth nata de Mansfeld¹ (Brindmann Nr. 1).

2. Anno 1410 in die — obiit illustris comes Ulricus — comes in Reinstein.

3. Anno Domini 1546 die Elisabeth (19. Nov.) perit nobilis ac generosa Domina Magdalena nata a Stolberg Domina in Reinstein et Blankenburg incendio arcis (Brindmann Nr. 4).

4. Katharina geborne von Swarzburg Gräffin und Frau zu Reinstein, Botho Graff zu Reinstein ehelich Gemahl anno 1568 (Brindmann Nr. 5).

5. 1528 Mittwoch nach Visitationis Mariae ist der Wolgeborne und Eble Ulrich Graff und Herr zu Reinstein und Blankenburg in Gott seinem Seligmacher verstorben² (Brindmann Nr. 3).

¹ Auf der Grabplatte ist nach freundlicher Mitteilung Steinhoffs jetzt noch von der Inschrift zu lesen: . . MCCCC . . . III in die s. pauli obli. inus et dns bernhardus comes i rensteen . . . dns i bl or dna elisabeth nata de manns. Die oben mitgeteilte Jahreszahl 1455 muß falsch sein. Denn Bernhard erscheint urkundlich noch am 16. April 1458. Vgl. Urkundenb. S. Bonifacii und S. Pauli in Halberstadt. Hg. v. Schmidt S. 171 Nr. 265. Vielleicht ist 1458 oder 1459 zu lesen. Es wäre dann ein L und die Hälfte der V bez. die ganze V auf dem Steine zu ergänzen. Der leere Raum würde dazu ausreichen.

² Von dieser Inschrift ist nach Steinhoff jetzt noch zu lesen: 1524 Mittwoch nach uisitationis marie rich || zue reinstein und blankenburg yn godt seynen selichmecher vorstorben. Natürlich ist hier 1524 das richtige.

6. Die Wolgeborne und Edle Freulein Sybilla zu Reinstein und Blankenburg ist selig in Gott entslassen den 12. Junii anno 1577 (Brindmann Nr. 8).

7. Comes in Reinstein obiit anno 1565 die 23. Novembris, fuit anonymus (Brindmann Nr. 10).

8. Henricus Wolfgangus comes in Reinstein obiit 2. Julii anno 1567 (Brindmann Nr. 9).

9. Anno 1578 Sontag nach Luciae ist in dem Herrn Selig entslassen den 14. Decembris von Gottes Gnaden der Edle und Wolgeborne H. Ulrich Apt zu Michelstein, Graff und Herr zu Reinstein und Blankenburg, seines Alters in 15. Jahre, welches Seele Gott gnädig sey (Brindmann Nr. 7).

10. Der Wolgeborne und edle Ernst Graff und Herr zu Reinstein und Blankenburg ist Selig in Gott entslassen anno 1581 den 17. Febr. Des Seele Gott gnädig seyn wolle.

Barbara geborne Gräffin von Hohnstein Bierraben, Gräffin und Frau zu Reinstein und Blankenburg (Brindmann Nr. 6).

11. Botho, Graff und Herr zu Reinstein und Blankenburg, Vorweser des Herzogthums Croffen anno 1594.

12. Marten, Graff zu Reinstein und Blankenburg 1597.

13. Casparus Udalricus Dei gratia Abbas monasterii Michaelsteinensis, praepositus Naumburgensis, comes de Reinstein et Dominus in Blankenburg obiit 17¹ Decembris in die Lazari anno salutis 1575, aetatis suae 45.

14. Anno Domini 1529 Sontag nach — der Wolgeborne und Edle H. Jobst Graff und Herr zu Reinstein und Blankenburg in Gott verschiden.

Von den zehn Grabplatten, die Brindmann anführt, stimmen sechs mit denen des alten Inventars völlig überein, nemlich Nr. 4 bei Brindmann mit Nr. 3 des Inventars, Nr. 8 mit Nr. 6, Nr. 10 mit Nr. 7, Nr. 9 mit Nr. 8, Nr. 7 mit Nr. 9 und Nr. 6 mit Nr. 10. Ist die Niederschrift des Inventars auch nicht ganz wortgetreu gemacht worden, so findet sich doch das Wesentliche: Namen und Zeitbestimmungen, richtig wiedergegeben.

Einen offenbaren Fehler können wir in Nr. 5 des Inventars (Nr. 3 bei Brindmann) fest stellen, wo die alte 4 (8) fälschlich für eine 8 genommen ist. Ebenso wohl auch in Nr. 1 des Inventars (auch Nr. 1 bei Brindmann), wo wir die Jahreszahl 1455 vielleicht in 1458 verändern müssen und den Tag St. Mariä in den St. Pauli, da hier die von Steinhoff mitgeteilte Lesart über allen Zweifel erhaben ist. Die andere Jahreszahl 1474, die der Grabstein jetzt auch nicht mehr erkennen läßt, dürfen

¹ Es hat erst eine 16 gestanden, die in 17 verbessert zu sein scheint. Vgl. oben S. 134.

wir wohl, zumal da sie auch sonst überliefert ist,¹ getrost nach dem Inventare einsetzen. Zuletzt ist Nr. 4 des Inventars jedenfalls mit Nr. 5 bei Brindmann identisch. Es handelt sich demnach hier nicht, wie Lestterer vermutet, um die zweite, sondern um die erste Gemahlin Graf Bothos.

Der Grabstein Annas, geb. Gräfin von Honstein, der Gemahlin Graf Ulrichs X., den Brindmann als Nr. 2 aufführt, fehlt im Inventare. Dafür nennt dieses, leider zum Teil etwas flüchtig, fünf andere Inschriften, die wir dort vermissen, und die uns deshalb um so willkommener sind. Es sind dies die Nrn. 2, 11, 12, 13 und 14.

IV.

Zum Schlusse habe ich noch ein kleines Stück einer vierten genealogischen Ausarbeitung anzuführen, die ebenfalls der Handschrift nach im 17. Jahrhundert angefertigt worden ist. Sie ist bezeichnet als „Annotationes in genealogiam comitum de Blanckenburg et Reinstein.“ Der Verfasser hat die Blankenburger und Michaelsteiner Urkunden bei seiner Arbeit fleißig herangezogen. Ein paar Mal beruft er sich auch auf Leichensteine in Blankenburg. Gerade diese Stellen sind für uns von Interesse. Ich lasse sie deshalb hier folgen.

29. Bernhardi uxor fuit Agnes C (omitissa) de Gleichen, filii Olricus et Bernhardus, qui monasterium Lapidis S, Michaelis debitam sibi pensionem frumentariam pro jure advocatiae in sex annos remittunt consilio matris suae Agnetis et avunculi Henrici C. de Gleichen nec non Luckradis uxoris C. Olrici A. 1431². Obiit A. 1455 test. eius sepulchro Blanckenburgensi.³

30. Olricus et frater eius Bernhardus patrem suum Bernhardum captivum liberarunt et Nobilibus de Langhelen sociis suis damnum in bello perpassum resarciverunt

¹ Vgl. unten S. 144.

² Die Urkunde, auf die er sich hier bezieht, ist eine des Klosters Michaelstein vom 24. Mai 1431 (Nr. 307), jetzt in Wolfenbüttel befindlich. Der Jertum, daß er Agnes, die Gemahlin Bernhards, eine geborene Gräfin von Gleichen statt eine von Schwarzburg nennt, ist, wie schon Harzeitschr. B. 22 (1889) S. 219 bemerkt wurde, wohl daher entstanden, daß in dieser Urkunde Agnes Söhne von dem Grafen Heinrich von Gleichen als von ihrem „leven ohemen“ sprechen und die Schwarzburger und Gleichen beide einen Löwen im Wappen führten. Die Schwarzburgische Abkunft der Agnes ist nicht zu bezweifeln. Vgl. Harzeitschr. a. a. D.

³ Der Grabstein, wie das darauf enthaltene Todesdatum wird sonst nicht erwähnt; letzteres ist an sich sehr wohl glaublich.

florenis trecentis A. 1423.¹ Moritur Olricus A. 1489
successore relicto Olrico filio fratris sui Bernhardi. Vetus
Chron-Saxon. impressum Mogunt. A. 1492.² Hieron.
Vierfus³ in collect. Blanck.

31. Bernhardi jun. conjux Elisabetha C. de Mansfeld
memoratur in assignatione dotalitii facta ab Elisabetha
Abbatissa Gandersheimensi A. 1449.⁴ Obiit illa A. 1474,
ceu docet Epitaphium eius Blanckenburgense.⁵

¹ Er bezieht sich auf eine Blankenburger Urkunde vom 24. Juni 1423
(Nr. 84) im Herzogl. Landeshauptarchive zu Wolfenbüttel.

² In der „Cronicken der Sassen“, von Peter Schöffer von Gernßheim
1492 in Mainz gedruckt, heißt es auf Bl. N. III, dem vorletzten des Buches:
„In dussenn sulden iare (1489) do starff de olde greve Olrick to regensteyn
vnde her to blandenborch. Do vel regensteyn an synen vedderen den iungen
greven olrick.“

³ Nach freundlicher Mitteilung Steinhoffs wohl der Verfasser der sog.
Blankenburger Annalen. Die Vierfuß sind eine bekannte Blankenburger
Familie. Vost Vierfuß s. Stübners Denkwürdigkeiten I, S. 343, Leibrodt
II, S. 358.

⁴ Er bezieht sich auf eine Blankenburger Urkunde vom 31. März 1449
(Nr. 106) in Wolfenbüttel.

⁵ Das Todesdatum stimmt mit der Angabe des Inventars auf S. 141

Stammtafel der Grafen von Regenstein und Blankenburg von ungefähr 1400 bis 1599.

Von Oberlehrer R. Steinhoff in Blankenburg a. Harz.

Zu wiederholten Malen hat Herr Gymnasialdirektor Dr. Schmidt in Halberstadt mich aufgefordert, „die Fortsetzung resp. den Schluß“ seiner Arbeit „Zur Genealogie der Grafen von Regenstein und Blankenburg bis zum Ausgange des 14. Jahrh.“, Harz-Zeitschrift XXII, 1—48, zu übernehmen. So lange Herr Dr. Schmidt lebte, habe ich das jedesmal abgewiesen, jedesmal ihn um weitere Bearbeitung gebeten und ihm auch für den noch ausstehenden Teil meine Aufzeichnungen zugesandt. Jetzt aber, nachdem der verdiente Gelehrte durch den Tod der Wissenschaft zu früh entrißen ist, halte ich jene öftern Aufforderungen für ein Vermächtnis des Entschlafenen an mich, und von Herrn Archivrat Dr. Jacobs in dieser Auffassung bestärkt, will ich im Folgenden versuchen, den Schluß jener Darstellung zu liefern. Unvollendet darf sie doch nicht bleiben, und nachdem durch die freundlichen Mitteilungen aus ungedruckten Urkunden, Chronikalischen und genealogischen Aufzeichnungen seitens der Herren Geh. Archivrat von Mühlverstedt in Magdeburg, Archivrat Dr. Jacobs in Bernigerode und Archivar Dr. Zimmermann in Wolfenbüttel ich meine seit Jahren gemachten Sammlungen habe ergänzen und vervollständigen können, hoffe ich annähernd Vollständiges zu liefern.

Was die äußere Anordnung betrifft, so habe ich unter I. den Familienzusammenhang, unter II. das Vorkommen oder die Lebensdauer, unter III. die Gemahlinnen oder die Gatten, unter IV. die Kinder angeführt; V. giebt Anmerkungen und Ergänzungen. — Bei den Urkundenbüchern bezeichnet die Zahl die Nummer der betreffenden Urkunde; H. Z. = Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde; Wolf. = Herzogl. Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel.

101. **Bernhard IV.** 1411 . . . 22.

I. Daß Bernhard IV. der [einzige] Sohn Ulrichs VIII. und Katharinas v. d. Lippe war, folgt daraus, daß seine Söhne Ulrich und Bernhard 1438 ihren Großvater Ulrich nennen, U.-B. St. Quebl. 347, und Ulrich 1425 seine Großmutter Katharina erwähnt, U.-B. Hochst. Halb. 3426.

102. **Alfr** 52 . 57.
von 147 Meisterin.

∞ 1. Zuti
2. Zut
147

†
488—1531.

in Gandersh.

106. **Selena** 1457.
Stiftsdame in Duebl.

110. **Barbara** 1501 . 20.

∞ Georg v. Kirchberg † 1519.

114. **Eva** 1523.

∞ Friedrich v. Diepholz † 1529.

1.

115. **Dorota**

1526—45609.

∞ seit 1541 Martin
v. Stolberg 15609.

2.

121. **Magdalena**

1538—1607.

∞ seit 1568 Volkmar
Wolfgang v. Honstein
1512—80.

2.

122. **Elisabet**

1542—84.

Coadjutorin 4/4. 63,
Nebtiff. v. Duebl. seit
5/3. bezw. 19/8. 74.

123. **Alfrich**

1563—781631,

ir.

128. **Hedwig**

1572—1634.

∞ seit 1592 Christof
v. Stolberg 1567—1638.

129. **Sibilla**

1575—77.

II. Bernhard finde ich zuerst am 8. Sept. 1411, Reg. Stolb. 727, zuletzt am 13. Sept. 1422, Rehtmeier, Brschw. Lün. Chron. S. 552, Harenberg, hist. Gandersh. S. 1345; am 24. Juni 1423 wird seiner als eines Toten gedacht, ob. S. 138,¹ — 1420 Juli 22. heißt es allerdings Greuen Bernde de do ein Herr was an der Herschop to Regenstein, Erath, cod. Quedl. S. 679; doch ist sein späteres Vorkommen auch urkundlich sicher, V. 2.

III. Agnes, Gräfin zu Schwarzburg . . . 1435. S. 138. H. 3. XXII, 219 zu 26. Die Heirat muß vor 1414 — S. 138, Cohn L. 179 stattgefunden haben, da ihre Söhne bereits 1423 selbständig in Urkunden auftreten, S. 138,². Nro. 102. 103, II. Noch als lebend wird Agnes in einer Urkunde ihrer Söhne Ulrich und Bernhard vom 16. Okt. 1435 genannt, Wolfenbüttel s. r. Michaelstein 313; sie starb wohl 1455.

IV. Ulrich, Bernhard, Katharina [Elisabet, Helena] 102—7.

V. Schmidt (98) nahm an, daß der Ulrich, welcher am 10. Mai 1410 den Herzog Rudolf von Sachsen um die Belehnung mit der Steinmühle in Quedlinburg bittet, U.-B. St. Quedl. 255, ein gleichnamiger Sohn Ulrichs VIII. gewesen sei, und dieser Annahme bin ich, wenn auch zögernd, in meiner Gesch. v. Blankenburg, Regenstein, Michaelstein S. 104 gefolgt. Jetzt ist es mir nicht zweifelhaft, daß ein Sohn Ulrichs VIII., auch Ulrich geheißen, nicht gelebt hat; denn

1. der Ulrich, welcher den Herzog Rudolf von Sachsen um jene Belehnung bittet, ist derselbe, welcher, nachdem Rudolf dazu seine Einwilligung gegeben, am 20. Mai 1410 seine Einkünfte aus der Steinmühle dem Quedlinburger Rat versetzt und bekennet, daß er denselben im Besitz der Zinsen aus jener Mühle nicht hindern wolle — und diesen Ulrich nennen Bernhards IV. Söhne ihren Großvater: am 24. Aug. 1438 bekennen sie, daß sie an die von ihrem eldervader grave Olrik van Regensteyn dem god gnade der Stadt Quedlinburg aus der Steinmühle versetzten Zinsen keine Ansprüche haben, U.-B. St. Quedl. 257—59, 347. Jener Ulrich war also Ulrich VIII.

2. Bernhard IV. erwähnt in keiner Urkunde einen Bruder Ulrich; vgl. außer den schon angeführten

1. März 1414 . . . U.-B. Hochst. Halb. 3314.
11. Nov. 1414 . . . Erath S. 663.
11. Jan. 1417 . . . Reg. Stolb. 748.
20. Jan. 1420 . . . U.-B. St. Bernig. 286.
8. Juli 1420 . . . U.-B. St. Quedl. 289.
2. Febr. 1421 . . . ebd. 292.

1. Mai 1421 . . . U.-B. St. Wernig. 321.2.

17. Jan. 1422 . . . Grath S. 685.

3. Stübner, Denkw. d. Fürstenth. Blankbg. I, 91, redet zwar von einem Vergleiche des jüngeren Ulrich mit seinem Brudersohn, die betr. Urkunde scheint er aber selbst nicht gesehen zu haben; auch Leibrock, Chron. v. Blankbg. I, 191, ist sie nicht bekannt geworden.

4. Bei Bunting, Brschw. Chron. Bl. 111 (b) will Stübner gelesen haben, daß Ulrich Ulrichs Sohn 1420 den Herzögen von Braunschweig Bernhard und Wilhelm im Hilbesheimischen blutigen Kriege beistand und mit den Grafen Heinrich von Wernigerode eine Schlacht in der Affeburgschen Gerichtsbarkeit gewann — aber weder dort noch bei Abel, Samml. alt. Chron. S. 211 steht der Name Ulrich.

5. Lutrade wird am 9. Juni 1424, an welchem Tage Bischof Johann von Halberstadt sie beleibzüchtet und ihr Vormünder setzt, *Deductio iuris et facti* . . . die Grafschaft Reinstein betr. Beyl. S. 153. U.-B. Höchst. Halb. 3423, und von Herzog Bernhard von Braunschweig-Lüneburg belehnt wird, Wolf. s. r. Blankf. 85, am 16. Okt. 1435, Wolf. s. r. Michl. 313 und 1444, als sie Graf Ulrich mit einer Rente am Schlosse Stiege beleibzüchtet, Wolf. s. r. Blankf. 104, die Gemahlin eines Grafen Ulrich von Regenstein genannt, den Leibrock für Ulrichs VIII. Sohn halten zu dürfen glaubte. Dieser Ulrich kann aber ebenso gut Bernhards IV. Sohn sein, was Schmidt, U.-B. Höchst. Halb. IV. S. 666 auch annahm; s. 6.

6. Andere Urkunden, die mit Sicherheit oder nur mit Wahrscheinlichkeit auf einen gleichnamigen Sohn Ulrichs VIII. bezogen werden müßten, sind meines Wissens nicht vorhanden. Sicherer Ueberlieferung nach starb Ulrich VIII. 1410, leider fehlt der Todestag, S. 142,²; aber die Urkunden bis dahin und aus dem Mai dieses Jahres sind daher auf Ulrich VIII. zu beziehen; sämtliche Urkunden aus der Zeit von 1423 — erst dann kommt wieder ein Ulrich vor — bis 1460 lassen sich sehr leicht und gut auf Bernhards IV. Sohn Ulrich übertragen; in den Registern der Urkundenbücher ist denn auch nirgends ein Ulrich Ulrichs VIII. Sohn verzeichnet.

Am 22. Sept. 1401 verschreibt Hans v. Minsleben der Silvesterkirche in Wernigerode w. 1/2 Mark jährlich an 1 1/2 Hufen an der Holzemme, und am 27. Sept. willigt Graf Ulrich von Regenstein in diese Wiederkaufsverschreibung aus den 1 1/2 Hufen, die seine Vetter die Grafen Bernhard der Ältere und Bernhard der Jüngere von Regenstein an Rord v. Minsleben und dessen Erben verkauft haben, U.-B. St. Wernig. 213. 14. Nach dem

Vorstehenden ist der hier genannte Graf Ulrich Ulrich VIII., wie Jacobs S. 549 auch annimmt. Aber unter Bernhard d. Älteren und d. Jüngeren sind nicht mit ihm Bernhard IV. und V. — so soll es a. a. O. doch sicher heißen — zu verstehen. Denn wenn auch Ulrich VIII. seinen Sohn Bernhard IV. und seinen Enkel Bernhard V. mit dem ganz allgemeinen Ausdrucke der Verwandtschaft Vettern bezeichnen konnte, und wenn Bernhard V. 1401 wirklich schon lebte, so alt war er damals bestimmt nicht, daß er hätte in Urkunden selbständig auftreten können. Zudem kommen diese beiden Bernhards als lebend zusammen nie vor, niemals insbesondere mit der Bezeichnung senior und iunior. Endlich verschreibt Hans v. Minsleben Güter, die Rord v. Minsleben verkauft waren. Nach alle dem bin ich der Meinung, daß jener Verkauf in frühere Zeit fällt, seitens Bernhards I. des Älteren (58) und Bernhards II. des Jüngeren (84) vorgenommen war und von Ulrich VIII. der Deutlichkeit und Vollständigkeit wegen wiederholt angegeben wird.

102. 103. **Ulrich IX.** 1423—89 und **Bernhard V.**
1423 . . . 59.

I. Söhne Bernhards IV. 20. Dez. 1429. We Olrick und Bernd von goddes gnaden greven und hern to Reinstein broder bekennen . . . dat unse vader greve Bernd van Reinsteyn selicher dechnisse . . . gegeben hat. U.-B. St. Quedl. 318. Als Brüder bezeichnet auch

- 28. Jan. 1431 . . U.-B. St. Halb. 844.
- 27. Sept. 1434 . . U.-B. St. Quedl. 340. II, 188.
- 11. Mrz. 1436 . . Erath S. 732. St. Quedl. 344.
- 5. Juni 1449 . . U.-B. Bonif. 252.
- 19. Mrz. 1450 . . U.-B. Paul 204.
- 30. Nov. 1455 . . U.-B. St. Wernig. 565.
- 25. Juli 1457 . . U.-B. St. Quedl. 432.
- 16. Apr. 1458 . . U.-B. Bonif. 265.

II. Beide zuerst am 24. Juni 1423, Wolf. s. r. Blanf. 84. Ulrich sehr häufig allein, zuerst am 3. Febr. 1425, U.-B. Hochst. Halb. 2426; Bernhard allein nur 14. Febr. 1447, 1. Mai 1450 und 14. Jan. 1455, Reg. Stolz. 1335. 99. 1473.

Bernhard zuletzt am 16. Apr. 1458, U.-B. Bonif. 265, also kann er nicht schon 1455, S. 142,¹ gestorben sein. — Auf seiner Grabplatte ist zunächst s. pauli so deutlich, daß hier ein Zweifel nicht obwalten kann. Was sodann die Jahreszahl betrifft, so sind die Maße wohl nicht unwichtig:

M CCCC 'IIII =

6—2,3 — 9 — 6 — 9 Centimeter. In der Lücke von 6 Centimetern

kann natürlich nicht LXXII gestanden haben, so daß 1477 herauskäme; §. 3. XIX, 306. Gegen 1458 §. 142, Anm. 1, vgl. übrigen§ §. 3. III, 117, ist ein Bedenken: nach Groteskend, Chronol. S. 93 ist Paulstag alleinstehend meist auf das ältere Paulsfest, den 25. Jan., zu beziehen. Will man hier nun nicht an commemoratio Pauli, 30. Juni, denken, so wird man 1459 als sein Todesjahr annehmen müssen, worauf mir die erhaltenen Reste der Inschrift noch mehr zu deuten scheinen.

Nachdem sein Sohn Ulrich (X. 108) mündig geworden, 1473, tritt er in die Regierung der Grafschaft ein, und von nun an heißt Ulrich IX. der Ältere, so

14. Febr. 1473 . . v. Ditzfurth, Gesch. d. Geschl. v. Ditz. I. 387.

9. Apr. 1475 . . U.-B. St. Quebl. 497.

24. Juli 1477 . . ebd. 532.

17. Febr. 1482 . . U.-B. Kl. Stötterlingenh. 255.

13. Apr. 1483 . . U.-B. St. Quebl. 581.

12. Sept. 1483 . . Delius, Elbingeröde Beil. S. 11.

26. Sept. 1483 . . U.-B. St. Quebl. 583.

30. Apr. 1484 . . ebd. 585.

o. D. 1484 . . ebd. 585a.

26. Mrz. 1487 . . Deduct. Beyl. S. 78.

Ulrichs IX. letztes Vorkommen 28. Okt. 1489, ebd. S. 154: In Nomine Domini Amen. Anno a Nativitate ejusdem Millesimo octuagesimo nono . . . die vero Mercurii vigesima octava mensis Octobris, hora meridiei . . . coram Nobili & Generoso Viro, Domino Ulrico, Comite in Reinstein, & Domino in Blanckenburg Seniore, corpore aliquantulum languente, non tamen in lecto aegritudinis decumbente, sed in scamno circa mensam sedente, mentisque & rationis compote, nobis notariis & testibus infra scriptis, personaliter constitutus Nobilis & Generosus Vir Dominus Ulricus, Comes in Reinstein, & Dominus in Blanckenburg Junior, & Nepos ex fratre ejusdem Ulrichi Domini Comitum Senioris, per organum providi Viri, Hermannii Jahrmarcker [= Jahrmarkt, §. 3. XVIII, 171, 3], opidani opidi Blanckenburg, Halberstadensis [diocesis?] dictum proponi fecit in effectum. Dadurch wird denn die Angabe des Chron. pict., Leibniz, script. rer. Brunsv. III, 423 [vgl. Dürre, Gesch. d. St. Braunschw. im Mittelalter S. 9, 24] glaubwürdig: M. CCCC. LXXXIX. In dussem sulven jare do starff de olde greve Olrick to Regenstein, unde Her to Blanckenborch. Do vel Regensteyn an synen vedderen den jungen Greven Olrick. Vgl. auch

Deduct. Beyl. S. 156: Auf Laurentii [10. Aug.] in den Sachen den Grafen von Regenstein Anno Domini [MCCCC] LXXXX belangen, zu Zeit gehandelt. . . Nachdem vormahls meher gehört, wie mein Gnädiger Herr Herzog Albrecht [von Sachsen], samit Sr. Gnaden Bruder Herzog Ernst Seel. von meiner Gnädigen Frauen von Quedelburg das [des] alten von Regensteins Güter seel. uff gnädigl. Lehen erlangt, die in Gnaden also vorschriben, und dieweil sich durch Tod des Alten von Regensteins seeligen die Gnaden-Lehen an den Gütern, so er vom Stifft zu Quedelburg zu Lehen getragen, eröffnet . . . und wie wol der junge Graff Ulrich von Regenstein . . . nach Tode des alten Grafen Ulrichs sich solches Lehen . . . eingenommen.

III. Gemahlinnen:

Ulrichs IX.

1. Luttrabe 1424 . . . 44, 101, V, 5.
2. Jutta von Reifferscheid 1472 . . . 79. S. 138. Am 15. Febr. 1472 beleibzüchtet Bischof Johann von Halberstadt fruwen Jutten, geborne von Reifferscheid, die Gemahlin Graf Ulrichs des Aelteren zu Regenstein, mit dem Schlosse Westerbürg, Wolf. s. r. Blank. 119; am 21. Dez. 1479 eignet Graf Ulrich 4 Hufen in Hüllingerode [wüst bei Osterwieck] dem Kloster Walkenried zu gegen Zahlung von 40 Gulden und ein ewiges Gedächtnis seiner, seiner Frau Jutta von Reifferscheid, aller ihrer Eltern und Vorfahren zu halten im Kloster mit Vigilien und Seelmessen nebst Teilnahme an allen guten Werken, (Delius) Bernig. Wochenbl. 1819 S. 105.

Bernharbs V.

Elisabet von Mansfeld 1441—74 S. 138, 142,¹ 145. S. 3. XIX, 306. — Am 31. März 1449 belehnt Aebtissin Elisabet von Sandersheim Ilse Gräfin von Mansfeld, Graf Bernbs von Reinstein Gemahlin, zum Leibgedinge mit Schloß und Stadt Derenburg, Wolf. s. r. Blank. 106. Elisabet lebt noch 1474, wo ihr Sohn Graf Ulrich der Jüngere mit ihrer Zustimmung eine Rente aus dem Schosse der Stadt Blankenburg, an dem die Gräfin ihre Leibzucht hat, dem Domherrn Gerhard von Morze verschreibt, Magdeburg.

IV. Kinder:

„Graff Ulrich . . . hatte keine Erben“, S. 138, d. h. doch Leibeserben.

Bernharbs: Gebhard, Ulrich, Gertrud, Barbara, 107—110.

104. **Katharina** † 1455.

Daß Katharina, † 20. Jan. 1455, die Gemahlin Günters IV. Edlen von Barby und Grafen von Mühlingen († 29. Nov. 1493) eine Tochter Bernhards IV. und Agnes von Schwarzburg war, s. S. 138 und H. 3. XXII, 214 15.

105. 106. **Elisabet** 1452 . 57. **Helena** 1457.

15. Mai 1452. Elizabeth Grevinne to Regensteyn Portneyrinne des wertliken gestiftes Sante Servacii vp der Borch Quedel. Erath. S. 761. 20. Jan. 1457. Elyzabeth van Reynsteyn Scolmeisterynne, Helena van Reynsteyn Dohm-Frowe des wertliken Stiffts Sinte Servatii opper Borch Quedelingborch, ebenda S. 782.

Das ist Alles, was wir über diese beiden Reinstainerinnen wissen. Gewöhnlich — nicht von Harenberg S. 1471, aber von Stübner I, 98 und Leibrod I, 218 — werden sie als Töchter Ulrichs IX. und Juttas angesehen. Aber Graf Ulrich hatte keine Erben, und will man unter dem Worte Erben nur Söhne verstehen, so bleibt es mindestens auffällig, daß Ulrich und Jutta am 21. Dez. 1479 von allen ihren Eltern und Vorfahren, aber nicht von Kindern (Nachkommen, Töchtern) sprechen. Allerdings führt der Name Elisabet leicht darauf, wenigstens diese für eine Tochter Bernhards V. und Elisabets von Mansfeld zu halten, aber dem widersprechen die Jahreszahlen. Die Hochzeit Bernhards und Elisabets war kurz nach 1441, S. 138; war nun auch Elisabet das älteste Kind aus dieser Ehe, so konnte sie doch nicht schon 1452 Pförtnerin in Quedlinburg sein. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als beide Damen in eine horizontale Reihe mit Ulrich IX., Bernhard V. und Katharina zu setzen.

107. **Gebhard** 1460 . 62.

S. 138, 139; er war bisher völlig unbekannt.

108. **Ulrich** X. der Jüngere. 1460—1524.

I. Sohn Bernhards V., Brudersohn Ulrichs des Ältern, 102., 103., nach seines Bruders Gebhard und seines Oheims Ulrichs des Ältern Tode einziger männlicher Sproß des Geschlechts und alleiniger Besitzer der Grafschaft, Reg. Stolb. 2118. 2281. (Delius) Stolberg. Rechte auf Blank. Hercyn. Archiv I, 32. Sonderabdruck S. 15.

II. Zuerst erwähnt 1460, S. 138 und zwar als minderjährig unter der Vormundschaft seines Oheims stehend. Dieser stellt am 21. Jan. 1463 eine Urkunde aus in seinem, seiner Erben

[in der Herrschaft] Namen und weggen unser broder kindere greven Berndes zeligher, der we nu tor tiid vormunder syn, Wolf. s. r. Michst. 328. Vielleicht erreichte die Vormundschaft gegen 1473 ihr Ende; denn am 18. Jan. 1473 wird von den Grafen Heinrich zu Stolberg und Gebhard zu Mansfeld ein Tag für die Ablegung der Vormundschaftsrechnung von Seiten Graf Ulrichs des Ältern auf den 17. Febr. angesetzt, Wolf. s. r. Blanck. 120. Ulrich X. heißt nun der Jüngere; vgl. z. B. die schon zu 10^{2/3} angegebenen Stellen U.-B. St. Quebl. 532. Delius, Elbing. S. 11. U.-B. St. Quebl. 585 und a. Er starb am 6. Juli 1524. S. 142.

III. Anna, Tochter Johannis von Honstein-Bierraden . . . 1537. S. 138. §. 3. XXII, 208. — Am 3. Sept. 1524 machen Wolfgang, Fürst zu Anhalt, Albrecht, Graf zu Mansfeld und Wolfgang, Graf zu Honstein einen gütlichen Vergleich zwischen den Grafen Jobst, Ulrich und Bernhard zu Reinstein und der Gräfin Anna geb. von Honstein, Graf Ulrichs Witwe wegen ihrer Leibzucht, Morgengabe, Musteil, Gerade u. s. w. Wolf. s. r. Blanck. 170. Als Todesjahr giebt Eckstorn, Chron. Walk. S. 24 1530 an. Das ist aber nicht richtig; denn als Graf Ulrich XI. am 8. März 1537 dem Grafen Wolfgang zu Stolberg Schloß und Amt Stiege nebst Hasselfelde u. s. w. verpfändet, bedingt er ausdrücklich aus, daß Wolfgang erst nach dem Tode seiner (Ulrichs) Mutter, der damit beleibzüchtigten Gräfin-Witwe Anna, in den Genuß der Güter eintreten und bis dahin die Zinsen aus anderen Einkünften der Grafschaft erhalten solle, Wolf. s. r. Blanck. 211. —

Querfurt (117): „Ihr Gnaden [Graf Bothos] Herr Groß Vater ist auch Graff Ulrich genandt, dessen Gemahl Anna von Hohnstein und Bierraden gewesen, so das Haus Stye zum Leibgedinge innen gehabt, vnd auch daselbsten in der Pfarckirchen ire Gräffliche Sepultur vnd Begrebnus hat, Wie noch heute zu tage dessen genugsame Monumenta vorhanden“ — die obere Hälfte ihres Grabsteins befindet sich wenigstens jetzt in der Bartholomäuskirche in Blankenburg: er zeigt in Linienrelief den Oberkörper einer Frau, welche in der rechten Hand einen Schild mit der Blankenburger Hirschstange, in der linken den zwölfach geschachten Honsteinschen Schild hält; von der Inschrift ist nur noch zu lesen: anno domini MCCCC . . . auf der linken Seite.

IV. Kinder:

a) Söhne: Jobst, Ulrich und Bernhard, 111—13, f. III und U.-B. Jfenb. vom 31. Mai 1520: Wir Vlrich der elder,

Jobst, Ulrich der junger vnd Bernt graven vnd herren zu Reinstein vnd Blankenburg, auch 30. Juni 1527 im Besitz des Blanf. Stadtmagistrats.

b) Tochter: Eva 114.

109. Gertrud 1488—1531.

I. Tochter Bernhards V. und Elisabeth von Mansfeld: das beweist ihr Siegel, das allerdings schlecht wiedergegeben ist bei Harenberg t. XX, XXX. Es zeigt rechts das Wappen des Vaters (Regenstein), links das der Mutter (Mansfeld), unten das des Stifts. Ferner nennt sie Graf Ulrich (X.) ihren Bruder in einer Urkunde vom 25. April 1512. Wolf. s. r. Blanf. 156.

II. Als Pröpstin in Gandersheim wird sie erwähnt 22. Dez. 1488 und 10. Okt. 1506 bei Harenberg S. 943 und 961; als Äbtissin dort 9. Mai 1510, 1518 feria quarta post Dionysii Martii VI to [1518 fiel der 6. März auf einen Sonnabend, der Dionysiusstag auf Sonnabend 9. Okt.], 5. Febr. 1519, 2. Nov. 1519, 30. April 1520, 1524 Dienstags nach der unschuldigen Kyndlein Tage [= 3. Jan. 1525?] immer mit dem Zusatz geborne oder Gräfin von Regenstein [und Blankenburg] ebb. S. 966. 954. 969. 976. 973 und Riedel, c. d. Brand. II, 6, 238.

Nach Bobo, syntagm. bei Leibniz, II, 317 wurde Gertrud 1504 Äbtissin von Gandersheim: Gertrudis Comitiss de Regensteyn filia eligitur, Agnete von Anhalt vita functa a. d. 1504, — daß sie 1506 Pröpstin genannt wird, erklärt sich aus ihrem Streite mit der Dechantin Katharina von Honstein um die Abtei —, behielt dies Amt bis 1530 [Leudfeld, ant. Gand. S. 262] oder 31 [Bobo] und starb im hohen Alter [Bobo S. 344: cum generosa Domina Gertrudis de Regensteyn ob aetatem iam interitui proxima iudicaretur] am 1. Mai 1531 [ebb. ihrer Nachfolgerin Maria von Braunschweig electio 1531. dominica Laetare [19. März] celebrata est, proxima autem Apostolorum Philippi et Jacobi festiuitate generosa domina Gertrudis de Regenstein, diem supremum obivit.]

110. Barbara 1501 . . . 20.

„Anno 1498. am St. Thomas Abend [20. Dez.] hat seine [= des Burggrafen Georg I. von Kirchberg 1463—1519] Gemahlin [Ursula, Gn. Dietrichs Frey- und Eblen Herrn zu Plesse und Fr. Margarethen, gebührner von Hartenberg Tochter], in Kinds Nöthen ihr Leben einbüßen müssen . . . und hat sich letzterer nicht nur anno 1501. anderweit an Fräulein Barbara, weyland Graf Ulrichs des Älteren zu Reinstein (Regenstein)

Tochter, mit welcher er keine Kinder erzeugt, vermählet, sondern auch mit dieser noch 18 Jahr gelebet. Zu ihres Wittums Vormunden sind delegiret und verordnet worden, Churfürst Friederich und Herzog Johannes von Sachsen, Gebrüdere, Graf Heinrich zu Stollberg, der Aeltere, Graf Ernst von Hohnstein, Graf Ulrich von Reinstein, ihr Bruder und Graf Heinrich von Wunstorf, ihr Ohm. Geschach den Sontag Laetare [21. März]. Daß . . . die Wittums-Verschreibung angefochten worden, erscheinet aus B[urggrafs] Sigmunds, des Aelteren mit dieser Burggräff. Fr. Wittiben in anno 1520. aufgerichteten und originaliter — im Farnrobl. Arch. unterm dato Dienstag nach Andreae [4. Dez.] — vorhandenen Recess.“ Avemann, Reichsgraf- und Burggrafen von Kirchberg. Frankfurt am Mayn 1747 S. 263; vgl. Reg. Stolb. 2408. Harenberg S. 1453.

Burggraf Georg zu Kirchberg beleibzüchtigt am 21. März 1501 seine Gemahlin Barbara geb. Gräfin von Reinstein mit dem Schlosse Farnroda. Zu ihren Vormündern werden ernannt Kurfürst Friedrich und Herzog Johann von Sachsen, Graf Heinrich der Aeltere zu Stolberg und Wernigerode, Graf Ernst zu Hohnstein, Graf Ulrich zu Regenstein und Graf Heinrich zu Wunstorf. Dieselben werden nachher genannt ire gnedigen herenn ohemen vnd brudereren vnnnd gekorn vormunden. Wolf. s. r. Blanf. 147.

Bestimmt war also ein Graf Ulrich von Regenstein Barbaras Bruder, und da dies nur Ulrich X. oder Ulrich XI. sein kann, so kann Barbara nicht die Tochter Ulrichs IX. des Aelteren gewesen sein. Wäre Ulrich X. ihr Vater gewesen, der ja, freilich erst 1520, der Aeltere genannt wird, 108, IV, a, so stimmt einmal Avemanns meylant Graf Ulrichs Tochter nicht; denn Ulrich lebte damals noch, und zweitens hätte dann ihr im zweiten Lebensjahre stehender Bruder Ulrich XI. 1501 die Vormundschaft über sie mit übernehmen müssen als ir gnediger her. Barbara wird wohl Bernhards V. Tochter und Ulrichs X. Schwester gewesen sein; freilich hat sie sich dann erst in recht späten Lebensjahren verheiratet.

111. Jobst. † 1529.

I. Sohn Ulrichs X. 108.

II. Geboren 1492, da er nach S. 139 und Lucä, Graffen-Saal S. 168 37 Jahre alt starb.

Sein erstes Vorkommen 1519. Uebereinstimmend mit S. 139 nennt ihn Wsche von Heimbürg (Ende des 16. Jahrhunderts) unter den in der Schlacht bei Soltau Gefangenen, Lünkel, die Stiftsfehde, Erzählungen und Lieder S. 3 und 48; Bünting, Brschw. Chron. Bl. 127, Lüneb. Chron. Bl. 65 und Rehtmeier

§. 860 sprechen nur von einem Grafen von Regenstein, während in der ziemlich gleichzeitigen Darstellung der Stiftsfehde von einem Herz. Blimburgischen Geheimschreiber [doch vgl. Wachsmuth, Gesch. v. Hildesheim S. 105] bei (Villerbed) Sammlung ungedr. Chron. IV, 52 auch ein solcher nicht erwähnt wird.

Sein Tod wird auf den 4. Sept. 1529 verlegt: S. 139 und Lucä a. a. D. Sollte die Lücke in Kro. 14 auf S. 143 vielleicht durch Egidii zu ergänzen sein? Freilich ist das der 5. Sept. — Das Todesjahr wird dadurch bestätigt, daß „der Recess de Anno 1529. unterschrieben ist von Jost Ulrichen und Bernhard Gebrüdern Grafen zu Reinstein“, Kurze Fürstellung über die Graffschafft Reinstein S. 10; daß am 16. Okt. 1530 seine Brüder Ulrich und Bernhard allein urkunden, U.-B. Bonif. 437, und daß am 1. Juni 1531 Ulrich zugleich für seinen Bruder den Grafen Bernth dem Herzoge Heinrich dem Jüngern von Braunschweig den Lehnsrevers ausstellt, Wolf. s. r. Blank. 186. Vgl. auch die Urkunden vom 13. Mai 1531, Delius, Elbing. Beil. S. 54, und vom 30. Dez. 1533, U.-B. Al. Stötterling. 318.

III. Verheiratet scheint Jost nicht gewesen zu sein.

112. **Ulrich XI.** 1499—1551.

I. Sohn Ulrichs X. 108, IV. S. 139.

II. a. „Leichpredigt, zum begrebnis des Wohlgebornen vnnnd Edlen Herrn Ulrichen, Grauen vnn Herrn zu Reinstein vnn Blandenburg etc. welcher . . . Anno 1551 am Palmsonntag [22. März], zwischen eilff und zwölff vhr im Mittag entschlaffen Vnd den folgenden Dienstag zu Blandenburg in der Pfarrkirchen . . ., in die Herren Capellen, herlich zur Erde bestetiget worden, Da jr Gnade 52. Jar lang, auf dieser Welt gelebet hatten“ in Sechs Predigten von ernster Buße u. s. w. [H. 3. VII, 8, 3] Durch Leonhardum Schweigerum, Pfarrherr und Superintendenten zu Blandenburg. [S. 137] Gedruckt zu Witteberg, durch Lorenz Schwend. 1567.

b. Magister Matthäus Absdorf, 1523—1604, zuletzt Superintendent in Queblinburg [H. 3. VI, 351. 376. VII, 33. XII, 614. Dünning, Festschr. z. Feier des 350j. Bestehens des Gymn. Quebl. S. 15. Steinhoff, Aus d. Heimath, Sonntagsbl. des Nordh. Couriers 1890 N. 29 fg.] in poemata quaedam theologica generosis comitibus Stolbergensibus dedicata, Magdeburgi 1578: Epitaphium generosi et inclyti domini D. Vlrici Comitis et Domini in Reinstein et Blanckenburg, qui decessit a. Ch. 1551. anno aetatis suae 52. Dominica Palmarum.

c. Freitag in Oſtern (3. Apr.) 1551 zeigt Wolf Graf zu Stolberg und Wernigerode (eigenhändig) ſeiner Schweſter Katharina, Gräfin von Henneberg, mit betrübtem Gemüt an, daß der wol- geborn weiland ſein freundlicher lieber Schwager, Vater und Gevatter von Reinftein am Palmſtag um elf Uhr zu Mittag nach dem Willen des Allmächtigen in Gott verſchieden. „Daran ich einen frommen Freund und Nachbarn verloren.“ Beyerſche Sammlung von Korreſpondenzen zumeiſt nach Urſchriften im Gem.-Arch. zu Stolberg.

III. Gemahlinnen: 1. Barbara von Manſfeld, S. 139. S. 3. VII, 8. Abſdorf vs. 6.7:

Cui [Ulrico] iuveni primum Manſfeldica nupſerat uxor, Barbara, praeſtanti forma, et virtute decora, Tochter des Grafen Erſt von Manſfeld-Helbrungen (1479—1531) und Barbaras von Querfurt, geb. 1505 oder 6. Spangenberg, Querf. Chron. S. 461 ſagt nämlich, daß die Hochzeit Erſts und Barbaras 1501 ſtattgefunden, nennt als Kinder derſelben Katharina geb. 1. Okt. 1501, Philipp geb. 1502, Chriſtof geb. 1503, Agnete geb. 18. Dez. 1504, Barbara, welche Grauen Ulrich von Reinftein bekommen, Amſey, Erſt, Margrethen und noch eine Margreth, ſo beide jung geſtorben, und giebt an, daß Barbara (die Mutter) 1511 Donnerſtags für Antonij [12. Juni] geſtorben ſei; vgl. S. 3. IIc., 106. — Ulrichs und Barbaras Hochzeit war 1524, Querfurt (117): „Graff Ulrich . . . welches erſtes Gemahl geweſen eine von Manſfeldt, Barbara genandt, ſo J. G. Anno 1524 geehliget“. — Barbara ſtarb 1528/9.

2. Magdalena von Stolberg, das neunte Kind, die vierte Tochter Graf Bothos des Glückſeligen [Jacobs, Juliana v. Stolb. S. 326] (1467—1538) und Annas von Königſtein († 1528), geb. 6. Nov. 1511, S. 139. S. 3. VII, 8. X, 362. XII, 387. Abſdorf vs. 10. 11.:

Hoc mors coniugium [mit Barbara] cum diſſoluisset iniqua, Magdalis Ulrico post altera iungitur vxor.

Die Ehe muß ganz Anfangs 1530 geſchloſſen ſein, ſ. u. und Querfurt: „Das ander Gemahl, ſo J. G. nach ſeligem Abſterben des jehigen gemelten Anno etc. 30, hinwieder geehliget, iſt Magdalena genandt, vnd ein Fremlein geweſen vom löblichen vnd Gräfflichen Hauſe Stollbergk“ — und dauerte 17 Jahre: Die Tafel in der Kapelle des Blankenburger Schloſſes, welche Ulrich 1547 im November zu Magdalenens Gedächtnis malen ließ, Leibrod I, 248, vollſtändiger Uffenbachs Reiſen I, 125 ſagt vs. 16—18: „Ehlich wir beyd ſiebenzeñ Jahr . . . lebten“; Schweiger: „Frauen Magdalenen . . . die er ſiebenzeñ jar zur Ehe gehabt“; Abſdorf

in der Ueberschrift zu Magbalenens Epitaph: quae obiit diem suum, A. D. 1546. die Nov. 19. anno aetatis suae 35. Coniugij vero 17. — Magdalene kam um beim Brande des Blankenburger Schlosses am 19. Nov. 1546, j. B. S. 140, 142. S. 3. IIa, 155. XIX, 307.

IV. Kinder: 1. aus erster Ehe: Dorothea und Ernst, 115. 116. Nur des letztern gedenkt Absdorf im Epitaph auf Ulrich vs. 8:

Ex hac [Barbara] Ernestus genitus laudabilis Heros.

2. aus zweiter Ehe: Bodo, [Anna], Caspar Ulrich, Maria, Magdalena, Elisabeth, 117—22. S. 140. Jene Tafel vs. 12—15:

Sechs Herrlein, und vier Fräulein,
Gebahr sie auß mein'm Ehebeth rein.
Fünff aber hat Christ Gottes Sohn,
genommen in des Himmels Thron.

Absdorf im Epitaph auf Magdalena vs. 16—28 zählt die fünf die Mutter überlebenden Kinder auf:

Ex hac sunt nati Bodo laudatissimus Heros,
Et Caspar patris Vlrici quoque nomine clarus...
Dehinc et filiolas tres est enixa venustas,
Quarum quae prima est, nomen sortita Mariae,
Praeclaro Comiti Martino est nupta, Magistro
Teutonicae turmae...

Sed mediam Volkmarius habet generosus in Honstein
Et Lora Comes et Dominus, virtute decoram
Eximia, matris praeclaro nomine notam.
Quae minima est natu, praelustris Elisabeth, almo
Dante Deo, Quedelburgi est dignissima Princeps.

113. Bernhard VI. † 1533.

I. Sohn Ulrichs X. 108.

II. Bernhard wird in einer Urkunde seines Bruders Ulrich vom 22. Okt. 1535, Wolf. s. r. Blank. 198, bereits tot genannt. Er erscheint noch in einer Urkunde vom 14. April 1533; aber schon am 9. Sept. 1533 und später stets urkundet Ulrich allein. Danach scheint Bernhard zwischen 14. April und 9. Sept. 1533 gestorben zu sein.

III. Verheiratet war Bernhard wohl nicht.

114. Eva. 1523.

16. Mai 1523. Friedrich Edler von Diepholz verheiratet seiner Gemahlin Eva Tochter Grafen Ulrichs zu Reinstein und Blankenburg das Schloß Lauenförde und den halben Dummer,

nachdem ihr ihr Vater eine Mitgift von 5000 Gulden zugesagt hatte; an demselben Tage entsagt Friedrich Graf und Herr zu Diepholz für sich und seine Gemahlin Eva Tochter Graf Ulrichs von Reinstein allen Ansprüchen an seiner Gemahlin väterliches, mütterliches und brüderliches Erbe, so lange ein Graf von Reinstein männlichen Stammes am Leben sein werde. Wolf. s. r. Blank. 166. 167. Dadurch fällt die Angabe Schlegels, Kirch. u. Reform-Gesch. v. Norddeutschl. II, 117, der Friedrichs von Diepholz Gemahlin Eva von Ravenstein nennt.

115. **Dorothea.** 1526—45.

Daß Dorothea die älteste Tochter und das erste Kind Ulrichs XI. und Barbaras von Mansfeld und bei ihrer Vermählung mit dem ältesten Bruder ihrer Stiefmutter Graf Wolfgang von Stolberg (1501—52) 1541 kaum 15 Jahre alt gewesen, also 1526 geboren ist; daß sie schon 1545 starb, nachdem ihr ein Jahr zuvor geborenes Knäblein ihr in die Ewigkeit vorangegangen war, darüber s. S. 134 und S. 3. VII, 1—50.

116. **Ernst** I. 1528—81.

I. Einziger Sohn Ulrichs XI. und Barbaras von Mansfeld, 112 S. 134, 139.

II. Geboren 7. Dez. 1528, S. 134, 139, gestorben 17. Febr. 1581, 126, II. S. 134, 140, 143. S. 3. XIX. 308.

III. Barbara von Hönstein-Schwebt-Bierraden seit 2. Mai 1563. S. 139. 142. S. 3. a. a. D. — 1563 ohne Tagesdatum beleibzüchtigt Graf Ernst seine künftige Gemahlin Barbara, die Schwester der Grafen Wilhelm und Martin von Hönstein — Bierraden mit dem Schlosse Heimbürg, Wolf. s. r. Blank. 270. Barbara lebt noch 1600, wo sie am 12. Jan. Güter in Wendefurt verkauft, ebd. 374.

IV. Ulrich, R. R., Heinrich Wolfgang, Ernst, Martin, Hedwig, Sibilla, 123—29. S. 141.

117. **Botho.** 1531—94.

I. Sohn Ulrichs XI. und Magdalenes von Stolberg, 112. S. 140.

II. Christliche Leichpredigt, Bey der Greßlichen Sepultur vnd Begrebnus, des weilandt Wolgebornen vnd Edlen Herrn, Herrn Bothen, Graffen und Herren zu Reinstein vnd Blandenbürgk, Churfürstlichen Brandenburgischen Hoff Raths, auch Vorsehern des Herzogthumbs Croßsens . . . so den vierden [S. 136 : 5] Octob. frühe Morgens, ein vierteil vor zwey Vhren, Anno 1594. [s. S. 143, ¹¹] auff dem Gräßlichen Hause Stuge, irer Gnaden Alters drey vnd sechtzig . . . selig entschlaffen, vnd den

6. Novembris [S. 136] in der Herren Capellen, der Blandbürgischen Pfarckirchen . . . zur Erden bestattet worden. Gehalten den obgedachten 6. Novembris, in gemelter Pfarckirchen, durch Johan: Quereffurtin, Hoffpredigern vnd Pfarherrn daselbst. 1595. Gedruckt zu Halberstadt, durch Georg Roten. Darin Eijb: Vnsers gnedigen vnd seligen Herrn, Herr Vater, hat auch Graff Ulrich geheissen . . . welches erstes Gemahl u. s. w. — Stolbergk 112, III, 1 u. 2. Mit dieser ist vnser seliger Herr Anno etc. 31. Sonnabends nach Epiphaniae [7. Jan.; S. 140: 10. Jan.] erzeuget, vnd zwischen neun vnd zehn Vhren vormittags auff diese Welt geboren worden.

III. Gemahlinnen.

1. Katharina von Schwarzburg, 1568.

2. Anna von Schönburg-Glauchau, 1569—95. S. 140. S. 3. XIX, 307 und dazu S. 142 und Querfurt Eijja: Wie Ihr Gnaden eines löblichen Stammes, Also haben sich dieselben hinwieder mit ansehnlichen, Edlen und löblichem Stamm vermählet. Erstlichen haben J. G. eine von Schwarzburgk, Catharina genannt, Anno 68. vmb Invocavit [7. März] geehliget, vnd jr Gräffliches Beylager in der Stadt Ellrich gehalten, aber eine geringe vnd weinige Zeit gehabt, sintemal dieselbige Dinstages nach Iudica [6. April], desselbigen Jars, des Morgens früe, zwischen fünff und sechs vhren zu Münche Lara [Münchenlohra, S. 3. X, 149], hinwieder abgeschieden, . . . auch Dinstages nach Palmarum [13. April], alhir zu Blandenburg, in der Pfarckirchen, . . . zur Erde bestattet worden. Hiernegest, als J. G. zur andern Ehe geschritten, haben dieselbige . . . hinwieder zum Gemahl bekommen . . . Fremlein Annam, geborne von Schönburgk — [die Ehestiftung d. d. Glaucha, 7. Aug. 1569 befindet sich in Wolfenbüttel, s. r. Blank. 287] —, des weilandt . . . Herrn Georgen von Schönburgk . . . Eheliche Tochter, Das Gräffliche Beylager ist Anno 1569. Montags nach Galli, den 17. Octobris zu Glaucha . . . gehalten worden.

Anna überlebte den Gemahl; die genannte Leichenpredigt ist Graf Martin 127, Anna, der Gräfin Magdalena 121 u. a. gewidmet; sie starb 1595 zu Mülmtke, S. 136.

IV. Die Ehe blieb kinderlos. A. a. D. Dij wird unter dem allerley Creuz, widerwertigkeit vnd Leiden, so J. G. mit gebult überwunden, angeführt, das sie ein sterile conjugium gehabt, vnd eine unfruchtbare Ehe besessen.

118. Anna,

geb. 25. Nov. 1533, S. 140. Weiter nicht bekannt. Sie wird zu den früh verstorbenen Kindern gehört haben.

119. **Caspar Ulrich** † 1575.

I. Sohn Ulrichs XI. und Magdalenens von Stolberg 112. S. 140.

II. Absdorf im Epitaph auf ihn: hanc vitam deseruit a. d. 1575. die 16. Decembris; damit stimmt überein die Angabe S. 140, die ursprüngliche S. 143,¹³ — der Lazarustag ist allerdings der 17. Dezember —, Lucä S. 169 und Leudfeld, ant. Michaelst. S. 69. Der 16. Dez. möchte doch wohl das richtige sein und daher, da derselbe auf einen Freitag fiel, S. 135 kurz vor Weihnachten zu lesen sein. — 22. März 1577 urkunden Ernst und Botho allein, Deduct. Beyl. S. 168.

Absdorf weiter: hanc vitam deseruit anno aetatis suae 45. — Caspar Ulrich kann aber nicht 1530 geboren sein, weil er jünger als Botho war; wenn die drei gräflichen Brüder zusammen urkunden, heißt es stets Ernst, Botho und Caspar Ulrich, vgl. die Ueb. vom 21. Dez. 1552, 29. Sept. 1553, 24. Juni 1558, 3. Febr. und 5. Febr. 1562, 6. Okt. 1565, 7. Sept. 1566, 12. Apr. 1568, 24. Juni und 9. Sept. 1570 teils im Besitze des Platenb. Stadtmagistrats, teils in dem des hiesigen Geschichtsvereins.

Caspar Ulrich wurde am 18. Okt. 1553 zum Rektor der Universität Wittenberg gewählt, Förstemann, Album Viteberg. 285, 1559 als Student in Bologna eingeschrieben und 1560 daselbst Procurator der deutschen Nation, Friedländer-Malagbola, acta nation. German. Bonon. S. 23. 337. Da nun als etwas ganz Außerordentliches berichtet wird, das der zwölfjährige Prinz Heinrich Julius von Braunschweig zum Rektor perpetuus der Universität Helmstedt ernannt wurde, z. B. v. Heinemann, Gesch. v. Braunsch. u. Hannov. III, 408, so muß Caspar Ulrich älter gewesen sein, als er Rektor in Wittenberg war; ob er aber zwischen Botho und Anna, zwischen Anna und Marie oder erst nach Marie geboren ward, wird sich nicht bestimmen lassen.

III. Katharine Agatha von Butbus † 1607. S. 140. In einem Schreiben der Fürstl. Räte zu Wolfenbüttel vom 5. Okt. 1601 wird sie genannt Frau Catharina Agatha geborne von Butbus Frau von Schönburgk weiland Graff Caspar Ulrichen zu Keynstein wohlsehlicher Gedechtnus Witwe. Sie heiratete Georg von Schönburg [† 13. Sept. 1585] den 17. Juli 1581 und starb 2. April 1607. Zedlers Universal-Lexikon B. 35 Sp. 768.

IV. Die Ehe blieb kinderlos, vgl. S. 140 und Absdorf vs. 21—24:

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

Illi continuo fatum adversatur iniquum,
Nec sinit esse pii gaudia plena thori.
Nam nullos sterilis fructus fert lectus amoris,
Et coepto optatus foedere finis abest.

120. **Maria** † nach 1609.

I. Tochter Ulrichs XI. und Magdalenas von Stolberg, geboren 1535. 112. S. 140.

II. III. Vermählt war Maria mit Graf Martin von Hohnstein-Bieraden, Ordensmeister der Johanniter in Sonnenburg, ebb. und S.-Z. XXII, 210, „mit dem diese Hohnsteinsche Linie ausgieng.“ Schmalzing, Hohnst. Mag. S. 148: er starb am 5. Mai 1609. — Hoche, Gesch. d. Graffsch. Hohnst. S. 145 und Ländler, Gesch. d. gräfl. Häuser Wernig., Stolberg, Rosla und Hohnst. S. 202 geben an, daß Martin mit Maria 56 Jahre in unfruchtbarer Ehe lebte. Dann überlebte Maria den Gatten.

121. **Magdalena** † 1607.

I. Tochter Ulrichs XI. und Magdalenas von Stolberg, 112. S. 140.

II. Magdalena starb am 2. Juli 1607 in Klettenberg und ward in Walkenried begraben, wo von ihr ein Denkstein und der Grabstein noch vorhanden sind, S.-Z. XXII, 208.

III. Magdalena war die zweite Gemahlin des Grafen Volkmar Wolfgang von Hohnstein (1512 — 5. Febr. 80). Da dessen erste Gemahlin Margaretha von Barby am 10. März 1567 starb, und Magdalenas erster Sohn Silger am 7. Mai 1570 geboren ward, ebb., so muß die zweite Ehe 1568/9 geschlossen sein. Leibrod I, 251 ohne Beleg: „am Sonntage Eostomihi [29. Febr.] 1568,“ aber das Jahr ist richtig. Honemann, Alterth. d. Harz. II, 106 giebt nämlich zwei Gedichte vom Andreasberger Schulrektor Johann Fund 1568 auf den dortigen Kirchenbau verfertigt; das lateinische ergiebt als Akrostichon die Worte Volcmar Wolf Comes de Hoenstein Dominus in Lora et Clettenberg, das zur Seite stehende deutsche ebenso Magdalena geborne Grefin zu Reynstein Grefin und Fraw von Hoenstein.

122. **Elisabet.** 1542—84.

I. Tochter Ulrichs XI. und Magdalenas von Stolberg, 112. S. 135, 136, 140. Ueber sie als Aebtissin von Quedlinburg vgl. Rettner, antiq. Quedl. S. 152. Voigt's und Fritsch' Gesch. v. Quedl. III, 276. bezw. II, 15.

II. Ihr Grabstein in der Quedlinburger Schloßkirche, bei Rettner vollständig verzeichnet, zeigt noch die Worte: Anno 1584.

den 20. July¹ ist die hochwürdige erleichte Fürstin vnd Fraw Fraw Elisabeth des keyserlichen freyen weltlich — — — vnd Blanckenburgk seliglich in Got entschlafen ihres Alters im 42. ihres Regiments im 10. Jahre. Got wolle ihr eine freli — — —

123. **Ulrich XII.** 1563—78.

I. Sohn Ernst's I. und Barbaras von Honstein, S. 140, Bruder Ernst's II.: Sted's Leichenpredigt auf letztere Ca. b.: „Nachdem aber Gott der Allmechtige nach seinem Göttlichen gnebrigen willen den auch Wolgebornen vnnb Edlen Herrn, Herrn Ulrichen Graffen vnnb Herrn zu Reinstein vnd Bland. Abten vnd Herrn des Closters Michelsteins, S. G. Herrn Bruder zeitlichen aus diesem elend in seiner besten blüet, durch den zeitlichen Todt lies erleichen, als ist wolgewelter Graff Ernst widerumb zum Abt [von] Michelstein erwelet vnd confirmirt worden.“

II. Er starb Sonntags nach Lucia [14. Dez.] 1578, nach S. 141 im 14., nach seinem Leichensteine, S. 143 und S. 3. XIX, 308 im 15. Lebensjahre, war also 1563 geboren.

124. **U. U.** † 1565.

Dieser nicht genannte am 23. Nov. 1565 totgeborene oder vor der Taufe verstorbene Graf, S. 143, 7 S. 3. XIX, 308, muß ein Sohn Ernst's I. und Barbaras gewesen sein, da Bothos und Caspar Ulrichs Ehen kinderlos waren.

125. **Heinrich Wolfgang.** 1567.

In seinem ersten Lebensjahre, am 2. Juli 1567, verstorbener Sohn Ernst's I. und Barbaras, S. 141, 143, 8 und S. 3. XIX, 308.

126. **Ernst II.** 1568—94.

I. Sohn Ernst's I. und Barbaras S. 141. — 13. Juni 1582. Bothen, als den ältesten Ulrichs Seel. Sohn, mit Zuehuff seiner Bettern, Ernstens und Martin, Ernstens Seel. Söhne, Grafen und Herrn zu Reinstein und Blandenburg. Deduct. Beyl. S. 86 und ähnlich 25. Mai 1583, 30. Mai 1583, 13. Aug. 1592 zweimal, ebb. 101, 109, 111, 113. Kurze Fürstellung S. 27. Expositio dilucida super Comitatu Reinstein. S. 17; vgl. S. 141 und II. Der Blanck. Stadtmagistrat besitzt 3 Urk. Bothos, Ernsts und Martins aus den Jahren 1583 und 88.

¹ Der 20. Juli auch bei Voigt III, 293. Fritsch II, 16.

II. Leichpredigt : . . . Bey der Gräßlichen Begrebnis, Des Wolwirdigen, Wolgebornen vnd Edlen Herrn, Herrn Ernsten Graffen, vnd Herrn zum Reinstein vnd Blankenburgk Abten vnd Herrn zu Michaelstein . . . dieses ihlauffenden 94. Jahrs, Welcher Den 12. Julij auff den Abend ein viertheil nach 9 vhr . . . seliglich entschlaffen, vnd folgentz den 6. Augusti in dem Gräßlichen Begrebnis bey seinem geliebten Herrn Vater . . . niedergelegt worden [S. 136]. Gethan. Durch Johannen Stecium Hoffprediger zu Blandenburgk. Darin D i i i b: S. G. Herr Vater ist der Wolgeborne vnd Eble Herr, Herr Ernst Graff vnd Herr zu Reinstein vnnb Blandenburg . . . welcher Anno 1581 den 17. Februarij, am tage vmb 9 vhr seliglich . . . entschlaffen . . . Seines Alters im 52. Jar. S. G. Fraw Mutter ist die Wolgeborne vnd Eble F. Fraw Barbara, geborene Gräffin von Honstein, Schweb vnd Bierraden, Gräffin vnd Fraw zu Reinstein vnd Blandenburgk . . . Von diesen Gräßlichen Eltern ist wolgemelter Herr Graff Ernst Anno 68. den 26. Okt., welcher war Dingtags nach Seueri, des Morgens friie zwischen 5. vnd 6. vhr, zu dieser Welt . . . geboren, vnd nach seinem geliebten Herrn Vater Ernestus genannt worden.

III. Daß Ernst verheiratet gewesen, ist nicht anzunehmen, da Steck Nichts davon sagt; er starb ja auch im 26. Lebensjahre. S. 141.

127. **Martin.** 1570—97.

I. Sohn Ernst's I. und Barbaras, S. 135, 141 und 126, I.

II. Seinen Geburtstag verlegt Luca S. 171 auf den 7. Sept. 1570; Leuckfeld S. 71 sagt, er sei im 27. Lebensjahre gestorben. Er starb am 3./13. April, dem weißen Sonntage 1597. S. 139.

III. Dorothea von Solms seit 5. Okt. 1595. S. 136, 141 und zu 130. Als gräßlich Regensteinsche Witwe am 10. Dez. 1613 erwähnt in der Eingabe des Kammermeisters Lorenz Borkelmann an Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig, Havemann, Gesch. v. Brschw. u. Lüneb. II, 446, v. Heinemann III, 36; d. h. sie bekam damals aus der Grafschaft noch ein Leibgedinge, während sie doch schon wieder verheiratet war. S. 141.

IV. Johann Ernst, 130.

128. **Hedwig.** 1572—1634.

I. Tochter Ernst's I. und Barbaras, s. III. Nach Rehtmeier S. 1101 war die Gräfin von Reinstein — das kann nach 124 nur Barbara sein — mit derselben Tochter Hedwig am 20. Juni 1590 in Wolfenbüttel beim Einzuge des Herzogs

Heinrich Julius und seiner zweiten Gemahlin Elisabeth von Dänemark.

II. Geboren 20. Jan. 1572, gestorben 20. Nov. 1634, S. 3. XII, 626. — Zeitsuch, Stoll. Hist. S. 96 führt aus ihrem Leich-Gedächtniß an: sie ging aus wie ein Licht, daß die Umstehenden nichts merkten, noch sich bereben lassen wollten, den 20. Nov. 1634. ihres Alters 62 Jahr.

III. Graf Christof von Stolberg (1567—1638), S. 3. XII, 625. Vgl. zwei Aufzeichnungen der städt. Kammereirechnung in Braunschweig (Mitteilung von Herrn Prof. Hänselmann):

xv mr vß B[ürgermeister] Turdt von Scheppenstedt vnd Valentinus Krüger S[ecretarius] nach Blandenburg in der hin: vnd widerreise vorzeret, welche von eines Erbaren Rhats wegen auf den erbettene[n] hochzeitlichen ehrentag Sontags nach Jubilate [= Sonntag Cantate, 26. April] freulein Hedewigen zu Blandenburg, wozu ein Erbar Rhat vor iharen gefatter worden, vnd die iho Grafen Christof von Stolberg freiet, dahin nach Blandenburg abgesandt worden, berechnet und bezalet den 20: Dez. 92. [Zur Sache Hänselmann, Werkstücke II, S. 1 fg.];

Ein drindgeschir in vnd aufwendig verguldet wegen 4 mr 5 lott vorehret freulein Hedewigen der Gräfin zu Reinstein vnd Blandenburg fraw Barbaren witwen Tochter, darzu ein Erbar Rhat vor iharen gefatter gebetten, die iho hern Christof Grafen zu Stolberg etc. ehelich versprochen worden, auf ihrem hochzeitlichen ehrentage Sontags nach Michaelis [4. Okt.] zu Blandenburg bey des Rhats dahin abgesandten B. Turde von Scheppenstedt vnd Valentin Krüger Sekretarien ./. kostet 36 mr 6 β 9 J.

Zeitsuch a. a. D: „Graf . . . Christof . . . 2. Okt. 1592 auf dem Blandenburgischen Schlosse ehelich Beylager gehalten mit Fr. Hedwig, der letzten des Stammes, Graf Ersten zu Rheinstein und Frau Barbaren geborner Gräfin zu Hohnstein, Schweb und Bierraden Tochter“ und oben S. 136, wonach die Hochzeit am 1. Okt. gefeiert wurde.

V. Ist nun auch das Datum der ersten Braunschweiger Aufzeichnung, schon durch den Wortlaut auffällig, sicherlich falsch, so läßt sich doch über die anderen Angaben eine Entscheidung nicht treffen.

129. Sibilla. 1575—77.

I. Tochter Ernst's I. und Barbaras, S. 141, zunächst angeführt bei Leyser, geneal. com. Blanck. Reinstein. Eberstein. et Hoyensium, Helmstadii 1724, aber von ihm fälschlich für eine Tochter Bothos gehalten, 124.

II. Geboren 1575, gestorben 1577, S. 141 am 12. Juni, H. 3. XIX, 308. S. 143: auf dem Grabstein steht aber deutlich FRESVLEJN.

130. **Johann Ernst.** 1596—99.

I. Sohn des Grafen Martin, S. 136, 141 und 30. Mai 1597. Demnach der Wolgeborner Unser Lieber Getreuer Martin Graffe zu Reinstein und Blandenburg . . . seliger, verrückter Zeit nach dem willen Gottes . . . durch den zeitlichen Todt aus diesem Leben abgeschieden, vnd ein vnmündiges Söhnlein, Graffen Hansen Ernsten zu Reinstein vnd Blandenburg . . . hinter sich gelassen. Kurze Information vmb die Graffschafften Hohn: vnd Reinstein S. 87.

o. L. 1598. Georg Klenden, vnd Tobiasen Bawrmeistern, der Rechte Doctorn, Als Weiland des Wolgebornen Unseres Lieben Getreuen Marten, Graffen vnd Herrn zu Reinstein vnd Blandenburg, 2c. wolseliger gedechtniß nachgelassenen vnmündigen Sohns, Graff Hansen Ernsten zu Regenstein vnd Blankenburg, 2c. verordnete vnd bestetigte Vormündern,¹ ebd. S. 83. Deduct. Beyl. S. 61.

II. Geboren am 29. Okt. 1596, getauft am 14. Nov. d. J., gestorben 9. Juli 1599, S. 136, 141. — Im Braunsch. Schichtbuch ist Bl. 201 zugefügt zu „Regenstein am Rande von gleichzeitiger Hand: „Der letzte Grave mit namen Hans Ernst, graff Mertens son, ein kindt von . . . jaren (die Blank. Hdschr.: „gar jung“) ist by sinem großvatter, dem graven von Solmis gestorben anno 1599“ [S. 141]; eine spätere Hand hat hinzugefügt „den 4ten Julii“. Blank. Hdsch. hat bis auf den spätern Zusatz und mit der angegebenen Variante diese Bemerkung aufgenommen und fügt dann selbständig hinzu: „und hat der Herzog von Braunschweig die graffschaft eingenommen“. Hänselmann, Brschw. Chron. II, 489.

III. Der letzte seines Stammes:

28. Apr. 1600. Nachdem Uns [dem Herzoge Heinrich Julius von Braunschweig] . . . die Lehn-Stücke und Güter, so weyland unser Lehn-Grafen zu Reinstein und Blandenburg Wohlseelige von unserm Stifft Halberstadt zu Lehn getragen, unlängst durch tödtlichen Abgang Herrn Johann Ernsten Seel. als den letzten desselben Gräfl. Stammes, an und zugefallen, Deduct. Beyl. S. 115.

24. Apr. 1600 v. Ditsfurth, Gesch. d. Geschl. v. D. 459 A. 12. Sept. 1600. nach Absterben Weiland des Wohlgebohrnen,

¹ Dieselben befehlen 1598 die v. Brocke u. A. zu Westerbirnende. Dr. im Besiß des Blank. Stadtmagistrats.

unseres Lieben Getreuen Johann Ernsts, Grafen und Herrn zu Reinstein und Blandenburg, Wohlthätiger Gedächtnis, als den Letzten desselben Stammes, Deduct. Beyl. S. 119.
 20. März 1602. Ebenso, nur am Ende: als den Letzten desselben Gräflchem Namens und Stammes. Lehnbrief des Herzogs Heinrich Julius über den Klosterhof zu Thale im v. d. Buscheschen Archiv zu Thale. (Mittheilung des Herrn Freiherrn v. d. Busche-Streithorst in Thale.)

Zum Schluß erlaube ich mir einige Ergänzungen zu Schmidts Arbeit.

10. „Siegfried I. war 1245 jedenfalls tot.“ Am 20. Mai 1245 nennt ihn Papst Innocenz IV. *clarae memoriae Sifridus comes de Blanckenburch*. Leuckfeld, ant. Blanck. S. 49. Neue Mitth. IV, 1, 21.

21. „Heinrichs I. v. Blfbg. Gemahlin Engelburg: ihre Herkunft ist unbekannt.“ Sie wird eine Gräfin von Gleichen gewesen sein; 2. Hälfte des 13. Jahrhds., vor 1271, bestätigt Graf Ernst von Gleichen einen von seinem Schwager Graf Heinrich von Blank. geschenehen Verkauf. U.-B. Lang. 47.

23. Die Annahme mit 1256 in Elis, Ruine Arnstein S. 18. 1276 nennen Siegfried und Heinrich von Blank. Albert von Arnstein ihren *consanguineus*. Grath S. 259.

26 a. C. Daß es Heinrich VI. von der Regensteinen Linie ist, darüber siehe meine Blank. Gesch. S. 59.

48. Heinrich VI., tot am 12. Apr. 1312. Walb. U.-B. 731.

54. Lutgard, Tochter des Grafen Konrad von Wernigerode, nennt Jacobs, Bau- u. Kunstdenkm. d. Graffsch. Wernig. S. 19. die Gemahlin eines Edlen von Helbrungen, 1268—99. Dieser ist dann ihr zweiter Gemahl.

57 a. C. Nach Päpstil. Reg. I, S. 311, 21, stammten aus Albrechts II. zweiter Ehe mehrere Söhne und Töchter.

66. Nach H. J. IV, 371 war die (erste) Gemahlin Graf Konrads IV. von Wernigerode eine Tochter des Herzogs Johann von Braunschweig und Lüneburg. Der von Jacobs H. J. XIX, 225 angeführte Grabstein kann nur der Heilwigs sein.

98. a. C. Katharine lebte noch am 3. Febr. 1425. U.-B. Hochst. Halb. 3426.

Beiträge zur Geschichte des Frohndienstes am Südharze seit Anfang des 16. Jahrhunderts.

Nach Materialien aus der Sammlung des Herrn Gustav Poppe: Artern
von Robert Habs-Randau.

Schon seit Ranke's grundlegender Arbeit über die Re-
formationszeit, in ganz hervorragendem Maße aber seit dem
Erscheinen des Janssen'schen Geschichtswerks ist der Darstellung
der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des 16. Jahrhunderts
von der deutschen Geschichtschreibung ein ziemlich breiter Raum
zugestanden worden. Man hat sehr richtig erkannt, daß die
Helden und die Ereignisse der Weltgeschichte nicht vom Himmel
fallen, sondern daß sie ganz wie andere Dinge auf dem platten
Erdboden wachsen, und deshalb bestrebt man sich mehr und mehr,
der Darstellung der Ereignisse eine eingehende Schilderung der
Zustände zu Grunde zu legen. Mit Glück und Geschick ist dies
Prinzip in den letzten zehn Jahren namentlich von Karl Fischer,
Gottlob Egelhaaf und F. v. Bezold in Anwendung gebracht
worden. So wesentlich aber die Werke dieser drei Meister unsere
Kenntnis der allgemeinen Lebensverhältnisse im Reformations-
zeitalter erweitert und berichtigt haben, so wenig läßt sich doch
an einzelnen Stellen des von ihnen gegebenen Bildes eine ge-
wisse Unsicherheit und Verschwommenheit der Zeichnung verkennen.
Ganz besonders gilt dies vom Kapitel der bäuerlichen Lasten,
das noch bei Weitem nicht jene klaren Umrisse zeigt, mit denen
andere Teile des deutschen Wirtschaftslebens bereits umzogen
sind. An dieser Stelle hat unverkennbar die Einzelforschung die
Darsteller im Stich gelassen, und hier hat sie daher vor Allem
einzusetzen, um das fehlende Material für den künftigen Geschicht-
schreiber zu beschaffen.

Aus dieser Auffassung heraus sind die nachstehenden Mit-
teilungen über den Frohndienst im Gebiete des Südharzes zu-
sammengestellt worden. Indem dabei von vornherein auf eine
abgerundete und abschließende Darstellung verzichtet wurde und
der Lückenhaftigkeit des Materials wegen verzichtet werden mußte,
ist um so sorgfältiger Alles zur Aufzeichnung gekommen, was zu
dem Gegenstande in Beziehung steht oder zur Erläuterung der
Verhältnisse dienlich schien. Erst wenn die einschläglichen Ver-
hältnisse sämtlicher oder doch der meisten ehemaligen Verwaltungs-
bezirke des Südharzer Gebiets auf diese Weise klargestellt sind,
erst dann wird es an der Zeit und möglich sein, die gemein-

samen Jüge in dem buntverworrenen Bilde des Frohndienstes festzustellen und unter Zugrundelegung derselben zu einer klaren und abschließenden Darstellung des Gegenstandes zu gelangen. Dann wird sich auch für unser Gebiet die endgültige Antwort auf die alte Streitfrage finden, ob und in welcher Weise seit dem 16. Jahrhundert eine Mehrbelastung des Bauernstandes mit Diensten eingetreten ist.

Die benutzten Dokumente und Abschriften (nach den Akten im Magdeburger Staatsarchiv und im Stadtarchiv zu Artern) entstammen, wie in der Ueberschrift angegeben, zum weitaus größten Teile der Sammlung meines geschätzten Freundes Gustav Poppe in Artern, der mich seit Jahren mit Rat und That bei meinen Studien unterstützt hat. Seinem hochherzigen Entgegenkommen ist es also in erster Linie zu danken, wenn diese Beiträge einigen Werth für die Geschichte haben sollten.

I. Das mansfeldische Amt Heldrungen.

Das Amt Heldrungen im südlichsten Zipfel der goldenen Aue, ein albertinisch-sächsisches Lehn der Grafen von Mansfeld, befand sich seit der Erbtheilung v. J. 1501 im Besitz des Grafen Ernst II. von Mansfeld-Vorderort. Es umfaßte ursprünglich das Haus Heldrungen mit den vier Dörfern Schloß-Heldrungen, Ober-Heldrungen, Bretleben und Reinsdorf am Arternischen Damm. Graf Ernst aber erwarb dazu noch die Dörfer Harras und Gauterode und 1520 das Vorwerk Braunsrode, dem jedoch erst 1565 ausreichende Pferdefrohnen zugelegt wurden.

Die herrschaftlichen Güter, denen die Dienste im Amt zustanden, waren das Vorwerk zu Schloß-Heldrungen, mit 22,4 Hufen, das Vorwerk zu Harras mit 6 Hufen und das Vorwerk Braunsrode mit 29,9 Hufen Artland.¹ Außerdem hatten die Fröhner den Krautgarten des Schlosses und 534 Acker Amtswiesen zu bearbeiten.

Zu den landwirtschaftlichen Diensten kamen aber noch der Brau-, der Voten-, der Holzhauer- und der Jagddienst für die gräfliche Hofhaltung, ferner die Baufrohn bei Wege-, Damm- und herrschaftlichen Bauten, die Markt- und Reisesuhren und endlich die Burgwachen sowie die Delinquenten-Wachen nebst der Gerichtsfolge. Im Laufe des 16. Jahrhunderts schlossen sich daran noch die Dienstfuhren und Baufrohn für Schule und Kirche.

¹ Die Hufe hielt 80 Acker zu 128 Ruthen à 8 Dresdner Ellen. Demnach war der Acker gleich 26,214 Ar, die Hufe gleich 786,43 Ar oder 30,8 Magdeburger Morgen.

Als Entgelt empfangen die Fröhner an den Diensttagen freie Kost, bis i. J. 1519 eine Entschädigung in Bausch und Bogen vereinbart wurde. Das Erbbuch v. J. 1523 meldet darüber:

„Vff Sontagt am tage Dionisii ao. xv^e xix [9. Oct. 1519] ist durch Ott Schlegeln vnd Melcher Reichen, ambtleut von wegen des wolgebornen herrn, herrn Ernsts, grafen zu Manssfelt vnd edelen herrn zu Heldringen, mit den aderleuthen des ampts wegen der frone der gestalt, das meyn gnediger herr enyem iglichen aderman für alle die frone, uff das nymant seumen derff, vir scheffl roden, drey schog lese vnd das trinden wan getreydich furen, hawen, pflugen vnd hafern harken geben wil, als nemlich jedem vir scheffl roden in der Creutzwochen, ein schog lese Michaelis, zwey schog uf Weynachten.¹ Vnd so die menner außlenbische fure abder sunst das zum hawsshalte nicht dienet thun wurden, will sich sein gnade gegen ine der gebure halten. Es haben auch die hinderseetler wie vormelt bewilligt vnd gibt enyem idenn zweene scheffl rodens in der Creutzwochen, 1/2 schog lese Michaelis vnd i schog Weynachten vnd das trinden wie oben den aderleuthen. Es ist auch berebt, so die armeleut im schlosse brawen, soll man ine daruber essen vnd trinden geben.“

Diese Uebereinkunft, die sehr wahrscheinlich nur infolge der starken Anforderungen, welche der Schloßbau in den Jahren 1518 und 1519 an die Dienstpflichtigen gestellt hatte, so günstig für diese ausfiel, war unstreitig für beide Teile vorteilhaft, indem sie der Gütsverwaltung gerade zu einer Zeit, wo die Arbeit drängte, die Mühe der Lebensmittelverteilung ersparte, den Unterassen aber eine Art regelmäßigen Einkommens sicherte, was nur günstig auf die eigene Wirtschaftsführung derselben einwirken konnte.

Nicht minder wirtschaftlich zuträglich waren die Bestimmungen eines zweiten Vertrags, durch welchen die Herrschaft auf die „ausländischen“ oder Ueberland-Fuhren verzichtete und die Unterassen dagegen weitere sechs Dienstage auf dem Vorwerk Braunsrode übernahmen. Dieser Vertrag, abgeschlossen am 22. Februar 1565, lautet im Wesentlichen:

„Wir Hans Ernst, Graf vnd Herr zu Manssfelt thun kundt vnd bekennen, das wir aus sonderlichen geneigten willen allen vnsern vnderthanen auf vndertheniges vnd vleissiges ersuchen vnd bitten vorheissen vnd zugesaget haben, daß sie allesampt nuhn forthin aller weiten fuhren vnd frohnen gentslichen sollen verschonet vnd hirüber von den Vnsern geschützt werden

¹ Als Fruchtmaß wurde der Nordhäuser Scheffel gebraucht, von welchem 2 1/2 auf 1 Dresdner Scheffel gingen. Der Nordhäuser Scheffel war demnach gleich 42,93 l oder 12,5 Berliner Metzen.

und bleiben. Hirlegen aber sollen und wollen die semplichen nachvorzeichnete pferde- und handsfrohner iherlichen auf vnsern formergen als zu Schlosshelbrungen, Brunsrode und Harras zu thun und mit allem trewen fleiß zu volbringen vorpflicht sein vnderstüttlichen wie stückweise folget, nemlichen:

„Die Ackerleute und Anspanner zu Schlosshelbrungen, Brett-leben, Reinstorff, Oberhelbrungen und Hautterode sollen iherlichen und alle ihar auf vnserm formerge Brunsrode zur winter- und sommerfaat in jeder arth ein tagt lang adern, item ein tagt mist führen und den sechsten (!) tagt einführen, doch danebens ire vorige alte frohn auch leisten und thun. Sovil aber die Hinderfassen und Handsfrohner belanget, wollen und sollen dieselbigen in obgemelten Dorfern alle zugleich, auf welchem vnsern formergen man irer bedarf, auf sechs tage zu auf- und einbringung allen sommergetreidigs und mist [strewen?] frohnen und ingleichen vns ihr vorige alte frohn auch leisten und thun wie vor alters.

„Was aber die Ackerleute zu Harras anlanget, sollen dieselbigen beneben dem Schwaben zu Oberhelbrungen auf vnserm formerge Harras forthin iherlichen ein tagt in der brache, ein tagt in der wendearth, ein tagt vber winter und ein tagt vber sommer den acker daselbst pflügen und das sommer- und wintergetreydig, wie sie zuvor gethan, einbringen. Die Hinderfassen aber sollen und wollen alle das getreydig auf- und einbringen, auch den mist zuwerfen. Es sollen auch die von Harras mit adern des Krautgartens zu Schlosshelbrungen forthin verschonet bleiben.

„Auch sollen hierbei die gebürende pferde- und handtsfrohe im ambt, desgleichen was erbaw und ander baw betrifft und sie zu thun schuldig, gar nichts gemeinet noch hither gezogen oder etwas davon verstanden werden“

Worin aber die „vorige alte frohn“ bestand, darüber belehrt uns ein „Vngefehrlicher Anschlag vffs Ambt Helbrungen“ v. J. 1590. „Des Ambts vnderthanen“, heist es dort, „müssen das gras, wan es gehauen, zur frohne strauen, bürre machen, zu hauf bringen und einführen; das grimmet aber ist bißher zur [d. h. um die] helfte einbracht oder verlonet worden.“ Ferner „müssen die leuth solche felder“ [des Schloßvorwerks] „vber winter in drey und vber sommer in ein arth bestellen, auch alle fruchte zur frohne einführen und den hasern vffbringen, dagegen jedem an stadt der kost als einem anspanner 4 scheffel Rorth. maß rocken geben [werden]; die fruchte an wintergetreidicht aber werden vmb den Zehnten abbracht, die sommerfruchte abzuhaben verlonet und die gerste vmb die sechzehute garbe vffgesamlet“.

Die Anspänner in Harras hatten bis 1565 neben ihrem Antheil an den Diensten für das Schloßvorwerk nur 2 Tage auf dem Vorwerke zu Harras zu frohnen.

Die Zahl der Anspänner im Amte belief sich 1590 auf 65, vierzig Jahre später auf 69 und zwar in nachstehender Vertheilung:

	Ao. 1590	Ao. 1630	
	Anspänner	Anspänner	Häusler
Hauterode	11	11	78(?)
Harras	3	3	19
Ober-Heldringen	11	13	71
Schloß-Heldringen	9	11	49
Bretleben	17	17	49
Reinsdorf	14	14	73

Auch die folgende Tabelle dürfte für den künftigen Statistiker der goldenen Aue nicht ohne Wert sein. Es zählte nämlich:

	Ao. 1605			Ao. 1638				
	Haus- wirte	Wittnen	Haus- genossen	Haus- wirte u. Haus- genossen	Wittwen	Gruppen minder- jähriger Erben	Ritter- güter	Hufen in der Flur
Hauterode	89	10	5	81	15	5	—	31
Harras	22	1	3	16	5	1	—	3½
Ober-Heldringen	67	3	15	48	17	6	—	37
Schloß-Heldringen	72	9	30	42	11	21	2	40
Bretleben	53	—	15	33	3	9	3	32
Reinsdorf	69	4	21	43	16	29	3	28

Der dreißigjährige Krieg, der alle Verhältnisse auf den Kopf stellte, führte auch den ersten Angriff auf den Vertrag von 1565 herbei. Zu Anfang August 1632 berichtete der kursächsische Amtmann — das Amt stand seit 1570 unter Sequester — nach Dresden: Die Anspänner brächten klagend vor, es sei ihnen nicht mehr möglich, die gewöhnlichen Frohndienste, geschweige die extraordinäre Kriegs- oder Gerichtsfolge zu leisten. Die Dienstfreien, die beinahe mehr Pferde hielten als sie und gleich ihnen die gemeine Weide benutzten, wollten sich trotz der unruhigen Zeiten und der zahlreichen außerordentlichen Fuhren zu gar nichts verstehen, und der Pfarrer, der 1624 ein dienstbares Gut angekauft habe, entbreche sich „mit Vorwenden seines Pfarramts, und weil ihm zum Vorspann für einen siebenbürgischen Gesandten ein Pferd aus dem Stalle genommen, da deren kein dienliches bei den Anspännern zu finden gewesen“, nun sogar auch aller andern ordinären Dienste. Thatsache sei (fügt der Amtmann hinzu),

daß die Anspanner, „wegen geringer Landesart“ keine zu weiten Reisen tauglichen Pferde ziehen und halten könnten, und daß schon die frühere (mansfeldische) Herrschaft sie deshalb gegen Leistung gewisser Frohndienste von allen weiten Ueberlandsfuhren befreit habe. Bisher sei es auch bei diesem Herkommen verblieben, und habe man solche weiten Fuhren durch die von Salza (Langensalza) verrichten lassen. Die Leute hätten daher, sie auch diesmal unbelästigt und die Haferfuhren nach Magdeburg durch andere besorgen zu lassen. — Kurfürst Johann Georg entschied auf diesen Bericht: „Alle, so dienstbare güther besitzen, sollen die Dienste leisten, obs gleich der Pfarrer selber were“, wegen der Haferfuhren aber solle „vmb ergöghlichkeit gehandelt werden“. — Am 17. August bedankten sich nun freilich „gesamte und sondere der Herrschaft Helbrungen dienstbare Männer“ für diesen gnädigen Bescheid, erklärten aber zugleich: sie wären zwar willig, den Hafer um eine leidliche Ergöghlichkeit nach Magdeburg zu fahren, „doch sei die nunmehrige Beschaffenheit, daß kein einziger mehr mit Rossen so wohl bespannt sei, daß er neben eigener Feldarbeit die schuldigen Amtsdienste gebührend verrichten könne. Vom vorjährigen Bestand an Pferden sei kaum noch der sechste Teil vorhanden, und die Amtsländerei werde unbestellt bleiben müssen, wenn nicht das Amt ihnen dabei behülflich sei. Bei der Nähe der lieben Ernte, der noch rückständigen Feldarbeit und der schiersten wieder nahenden Winterbestellung sei daher kein Absehen, wie ihnen dazwischen eine, geschweige denn zehn Fuhren nach Magdeburg möglich sein sollten. Der Kurfürst wolle bei so befindlicher armseliger Beschaffenheit und kümmerlichem Zustande ihr gnädiger Herr sein und sie nicht weiter drängen lassen. — Welchen Erfolg diese zweite Eingabe hatte, muß dahingestellt bleiben.

Zwei Jahre später hatten die Anspanner die Anmaßung eines kurfürstlichen Wildmeisters zurückzuweisen. Der Amtschosser Martin Ritter berichtete darüber am 13. Sept. 1634 nach Dresden: Auf Begehren des Wildmeisters Christian Ruhnert zu Pölsfeld hätten die Helbrunger Forstknechte eine Bache geschossen, die Anspanner aber hätten die Fortschaffung des Wildes zu Heinrich von Bodenhausen in Sangerhausen unter Verufung auf den Revers von 1565 verweigert; die armen Leute klagten nicht ohne Ursache über Mangel an Pferden, wie leider die künftige Getreiderechnung beweisen werde. Ueberdies sei das Wildpret nicht zu kurfürstlichem Nutzen, sondern zum Besten eines erlegt, „so ein Gewisses von Wildpret jährlich zu empfangen habe,“ was weit bequemer in der Nähe seines Wohnorts geschehen möge, jodaß er sich den Braten selber aus der Forst abholen könne.

Auch möchte diese Wildpretfuhre dem Amte zum Präjudiz gereichen, und würde nur Schaden, Verschmämmis und Unkosten aus solchen Fuhren entstehen, weshalb dieselben am besten zu unterbleiben hätten. Das scheint denn auch in der That geschehen zu sein.

Neben den Diensten für die Herrschaft und deren Rechtsnachfolger gab es aber nachweislich in Bretleben und Reinsdorf, und höchst wahrscheinlich auch in den übrigen Kirchdörfern, noch besondere Frohnen resp. Fröhner für die Pfarre. Ueber diese sogenannten „Pfarr-Dotalen“ meldet ein Bericht v. J. 1747: „Die Dotalen sind der Pfarrer und Kirchendiener Frohn- und Dienstleute, besitzen Kirchen- und Pfarrgüter, Acker und Häuser, die auf geistlichem Grund liegen, und sind der Kirche und dem Pfarrer lehn- und zinspflichtig. Wenn der Pfarrer sie braucht, müssen sie das ganze Jahr gegen 1 Groschen täglich Handdienste thun und Bottschaft laufen, zur Erntezeit einige 12, andere 16 Tage schwere Handdienste thun mit Auf- und Einbringen des Heus, Grummets und anderer Feldfrüchte, desgleichen mit Pflanzen, Steden, Krauthaden zc. — alles ohne Entgelt, bloß für die Kost“. Dafür beanspruchten aber die Dotalen Freiheit von allen Commune-Frohnen (Wachen, Wegebessern, Gerichtsfolge zc.), und da sie in der Regel bei ihrem Pfarrer Unterstützung fanden, so kam es darüber nicht selten zu hitzigen Streitigkeiten mit der übrigen Gemeinde und in Reinsdorf 1747 zu einem Prozeß, dessen Ausgang indessen aus dem erhaltenen Teil der Akten nicht ersichtlich ist.

Eine ähnliche Stellung zum Amt und zur übrigen Gemeinde nahmen die Unterthanen der Rittergüter ein. Die Junker versuchten daher i. J. 1588, ihre Unterassen dem Burgwachtdienste zu entziehen, drangen indessen nicht damit durch.

Wie sehr sich übrigens die Edelleute noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Gewinnung von Fröhnern angelegen sein ließen, beweist die Thatfache, daß 1784 ein zum Trebraischen Rittergut in Reinsdorf gehöriges Haus mit Stallung, Garten, Hofraum und Gemeindeteilen, auf dem ein jährlicher Erbzins von 5 Groschen, 2 Hühnern und 1 Gans und an Frohnen 12 Tage Handdienst ruhten, von dem Gutsinhaber für nur 40 Thaler verkauft wurde, um es nicht unbefetzt zu lassen.

II. Das mansfeldische Amt Artern.

Gleich dem Amt Helldrunen seit 1501 im Besitz des Grafen Ernst von Mansfeld, umfaßte das Amt Artern, das beim Erzstift Magdeburg zu Lehn ging, den Flecken Artern, die Dörfer Ritteburg und Gehofen und das Vorwerk Castedt.

Von 1517—1579 war mit dem Arterner Amte das östlich anliegende Amt Voßstedt verschmolzen, die spätere Trennung jedoch läßt eine gesonderte Beschreibung beider Ämter angebracht erscheinen. Da zudem auch das Abelsdorf Gehofen, in welchem dem Amt Artern nur die Baufröhen zustanden, eine besondere Betrachtung erfordert, so kommen im Folgenden zunächst nur die beiden Ortschaften Artern und Rittsburg in Betracht.

Artern zählte, die Altstadt eingeschlossen, i. J. 1599 gegen 200, Rittsburg genau 46 Hauswirte.

Die gräflichen Güter im Amte bestanden aus dem Vorwerk Castedt mit 13 Hufen Artland und 19 Acker Wiesen und dem Schloßvorwerk zu Artern mit 3,8 Hufen Artland, 380 Acker Wiesen, 2 Baumgärten und 2 Weinbergen zu je 12 Acker.

Während der letzten Lebensjahre des Grafen Ernst, etwa 1529—1532, standen diese beiden Vorwerke nebst dem Vorwerk zu Voigtstedt unter der Verwaltung Nickel's v. Ritzscher (gest. als Administrator der Klöster Frankenhausen und Martinsthal zu Crimmitschau am Sonntag Trinitatis 1536), eines dunkeln Ehrenmannes, der Modell gestanden haben könnte zu der Definition, die Lafontaine vom Intendanten giebt:

Un animal

Qui, comme on dit, sait pêcher en eau trouble,
Et plus le bien de son maître va mal,
Plus le sien croît, plus son profit redouble.

Ritzscher verwaltete systematisch in die eigene Tasche und schreckte selbst vor dem gemeinsten Betrüge nicht zurück, indem er auf dem Kornboden nach der Aussage seines eigenen Schreibers bei der Ausgabe einen kleineren Scheffel gebrauchte als bei der Einnahme. Als daher Graf Ernst im Mai 1532 starb, machten die Erben sehr erhebliche Einwendungen gegen die vom Administrator vorgelegte Abrechnung geltend. Unter anderm verlangten sie Aufklärung darüber, weshalb unter seiner Verwaltung erheblich mehr Brotmehl verbraucht worden sei als früher. Ritzscher erwiderte darauf, es käme das daher, „daß es viel nasse Jahre gehabt, dervegen die Fröhner zum öfteren Mal abgetrieben und nichts haben ausrichten mögen: hat man ihnen gleichwol die Kost geben müssen.“ Dem gegenüber aber erklärten die Erben: es wäre in der ganzen Grafschaft Sitte und also auch bei ihnen üblich, wenn die Fröhner nit volle Tag gearbeitet, daß ihnen kein Brot oder Kost gegeben würde“.

Aus dieser Episode ergibt sich zweierlei: nämlich erstens, daß bei widrigem Wetter auch die gemessenen Dienste eine Steigerung erfuhren, und zweitens, daß unter solchen Umständen

die Fröhner allein den ganzen Schaden trugen. Bei Schilderung des Einflusses der Dienste auf die Lage der Bauern dürfen diese beiden Umstände nicht übersehen werden.

Einen Einblick in die Verteilung der Frohnen auf die beiden Ortschaften gewährt zuerst ein „Anschlag vff das Ambt Arthern Ao. 1563.“ Danach stellte der Flecken Artern 19 Ackerleute auf durchschnittlich je 9 und 44 Handfröhner auf je 2 Tage, die Altstadt Artern 7 Ackerleute auf je 4 und 40 Handfröhner auf durchschnittlich je 14 Tage, Rittenburg endlich 6 Ackerleute auf durchschnittlich je 16 und 48 Handfröhner auf durchschnittlich je 21 Tage jährlich.

Umständlichere und genauere Angaben liefert sodann das Erbbuch v. J. 1599. Danach fanden sich in Artern an Handfröhnern 16 Hinterlassen des Rats, die jährlich 1 Tag, aber selbander, zu frohnen hatten, und 38 „Reichen-Männer“, d. h. Unterthanen des ehemals Reiche'schen Ritterguts, von denen 7 je 5, 2 je 4, 19 je 3, 5 je 2 und 5 je 1 Tag selbander dienten. Ferner leisteten in der Altstadt 7 Wollspanner je 4 und 10 Halbspänner je 2 Tage Spanndienst und waren endlich 27 „Männer und dero Häuser alle Handdienste und Frohnen, was denselbigen geheissen wird, auf das Haus Artern und sonst, nichts ausgeschlossen, so oft und welchen Tags und Stunde sie gefordert werden, zu leisten und zu verrichten schuldig und verpflichtet“. Die nämliche Bestimmung galt auch für die Hinterlässler zu Rittenburg. Hier haben wir also noch zum Schluß des 16. Jahrhunderts und mitten in einem alten Kulturbetriebe, wie der goldenen Aue, den ungemessenen Dienst in bester und vollkommenster Gestalt.

In einer Nota führt dann das Erbbuch folgende allgemeine Bestimmungen bezüglich des Frohndienstes auf¹: „Es seind R. g. H. die Ackerleute unter der Bürgerschaft alles das Heu vor dem Mühlenkarrn [?] auf das Schloßvorwerk allher zu führen, sowohl ein jeder Ackermann jährlich einen Tag Getreidig einzuführen schuldig. Es sind auch ein jeder jährlich eine Landfuhre innerhalb der Graffschaft, soweit dieselbe gehet, zu was Fuhren man solche beruset, zu leisten verpflichtet.

„Ein jedes Bürgerhaus, in der Stadt gelegen, so keine Pferde hält und nicht ein Ackermann ist, dienet R. g. H. einen Tag mit der Hand in der Erntezeit zu Auffammlung der Früchte und Getreidigs, oder wozu man sie bedarf.“ Auch müssen „des

¹ Die unglaublich verwegene Orthographie des Erbbuchschreibers beizubehalten, habe ich trotz aller Achtung vor seiner Arbeit nicht über's Herz bringen können. Der Leser dürfte schon an den abenteuerlichen Satzkonstruktionen genug haben.

Rats Männer“ und andere Bürger in der Altstadt zu Artern das Gras zerstreuen und das Heu auffammeln auf dem Gensfeley [Wiese im Riet], wie sie denn auch solches abladen müssen.

„Die Ackerleute zu Ritteburg führen das Heu von den Hundert Ackern, vor den Aspen gelegen, sowohl von dem Frauenriet gegen Artern oder Casteht. Die Hintersättler müssen beide Wiesen an Heu auffammeln. Sonsten sind auch die Hintersättler alle das Sommergetreidig an Gerste und Hafer zu Casteht aufzusammeln schuldig, ingleichen wann das Heu von den Hundert Ackern und dem Frauenrieth geführt, abzuladen. Auch müssen sie, wann man ihrer bedürftig, andere Handdienste B. g. S. leisten und verrichten.“

„Es müssen auch die Ackerleute in allen Arten die drei Gebreiten, vor der Stadt in drei Feldern liegend, mit Pflügen warten und daselbst Pflugdienste verrichten, die Hintersättler aber, so Pferde halten, [auf] solche[n] Gebreiten zu Artern den Samen unterlegen. Zu Casteht müssen die Ackerleute von Ritteburg jährlich 2 Tage Getreidig einführen oder pflügen, sowohl sind sie auch auf obbesagte drei Gebreiten zu Artern aus dem Vorwerke daselbst 3 Tage Mist zu führen schuldig.“

Außerdem hatte jedes Haus zu Ritteburg jährlich 6 Schoß Reisk zu schlagen oder 3 Groschen¹ „Hauerzins“ zu entrichten.

Was endlich die Baufröhen anlangt, so wurden dieselben bis 1660 von den sieben Ortschaften der beiden Aemter Artern und Voigtstedt gemeinschaftlich geleistet oder in Geld abgetragen. So zahlte Anno 1606 „zur Rectificirung des Schlosses“ in Artern die Stadt Artern 75 Gulden, Ritteburg 20 Thaler und Gehofen 40 Thaler, während Voigtstedt 30 Thaler und Katharinienriet, Nicolaußriet und Schönfeld je 25 Thaler entrichteten. Man hatte nämlich dazu Schiefer von Saalfeld kommen lassen und zur Ausbesserung des Schloßgrabens keine Handfröhner, sondern geschulte Leichgräber gebraucht. Im selben Jahre brannte aber auch das Amtsvorwerk zu Voigtstedt nieder, und da sie auch bei dessen Wiederaufbau mit Hand und Hülfe helfen mußten, so hatten die sieben Ortschaften in diesem einen Jahre eine Zubuße im Gesamtwerte von mindestens 5000 Mark heutigen Geldes für Bauten zu leisten, an deren Dasein sie kein intensives Interesse mehr haben konnten.

Wegen der Baufröhen entspannen sich daher auch in der Folge die hartnäckigsten Streitigkeiten, deren Verlauf, weil ungemein lehrreich, ausführlich geschildert werden soll.

¹ Der Thaler zu 24 Groschen hatte um 1600 eine Kaufkraft von etwa 18 Mark heutiger Münze. Jene 3 Groschen betrugen also ungefähr 2 Mark nach heutigem Gelde.

Schon 1635 hatte die auf dem Arterner Schlosse residierende Witwe des Grafen Volrad von Mansfeld Anlaß gefunden, sich über die Saumseligkeit der Bürger bei den Baufuhren zum Schloß, zur Mühle, zur Fischerei und zu den Vorwerksgebäuden zu beschweren und den kurfürstlichen Oberaufseher — seit der Lehnspemutation von 1578 standen die Ämter Artern und Bodstedt unter sächsischer Hoheit — zu Hülfe zu rufen. Die Sache war jedoch während des großen Krieges nicht weiter verfolgt worden, und nach dem westfälischen Frieden hatte man zunächst Anderes und Besseres zu thun, auch nicht den Mut und das Selbstvertrauen, um sich in weitaussehende Rechtshändel zu verwickeln. Zudem lag die Notwendigkeit der Wiederherstellung der zerstörten Amtsgebäude klar vor Augen, und die Arterner Anspanner hatten sich daher, wenn auch widerstrebend und unter Protest, dazu bequemt, im Jahre 1655 alle zum nothdürftigen Wiederaufbau des Vorwerks Castedt erforderlichen Holz-, Kalk- und Sandfuhren fast allein zu leisten, da es in den Amtsdörfern an Pferden fehlte.

Im Jahre 1660 ging nun aber das Amt Bodstedt endgültig in den erblichen Besitz des Dompropstes v. Burgsdorf über, und zwei Jahre später gelang es dem General-Feldmarschall Ernst Albrecht v. Eberstein, der schon seit 1643 ziemlich gewaltsam in Gehofen Fuß gefaßt hatte, auch noch das dritte und letzte der dortigen Rittergüter zu erwerben und so das ganze Dorf mit allen Gerechtsamen an sich zu bringen. Damit schieden die fünf Dörtschaften Voigtstedt, Katharinenriet, Nicolausriet, Schönsfeld und Gehofen aus dem Amte Artern aus und überließen es der Stadt Artern und dem Dorfe Ritteburg, fortan ohne ihre Beihülfe mit den Baufrohnern fertig zu werden. Schon dieser Umstand mußte unausweichlich zu Unzuträglichkeiten führen. Rechnet man aber dazu noch, daß durch die Kriegswirren alle Rechtsverhältnisse verdunkelt und verdreht waren, so liegt auf der Hand, daß notwendigerweise Streitigkeiten entstehen mußten, sobald nur erst die Bürger sich wieder zu fühlen begannen, d. h. sobald sie, dem Druck der äußersten Not entronnen, ihr unter der Herrschaft der Soldateska zu Grunde gegangenes Selbstgefühl wiedergewannen.

Der erste Hader erwachte im Frühjahr 1664. Oberaufseher der sequestrierten Grafschaft war damals der kurfürstliche Kammerherr Ernst Friedemann v. Selmnitz zu Eisleben, Amtmann, d. h. Pächter des Amtes Artern, der Junter Heinrich Christoph v. Meusebach auf Jchstedt, Amtschreiber ein gewisser Sigismund Härter.

Auf Antrag Meusebach's, dem freilich die völlige Wiederherstellung des Vorwerks Castedt sehr am Herzen liegen mußte,

befahl der Oberauffseher v. Selmnitz der Stadt im April 1664, bis zur Beendigung der Bauten zu Gasteht täglich einen Wagen mit zwei Fässern und einem Kübel zum Wasserfahren, vier Mann zum Wasserfüllen und eine Anzahl Handfröhner zum Pfuhltreten nach dem Vornwerke zu stellen. Der Rat wies dies Ansinnen entschieden zurück, da dergleichen Dienste, und namentlich das Pfuhltreten, bisher noch nie von Arterner Bürgern, sondern stets von den Dörfern geleistet worden seien. Da aber von diesen Dörfern nur noch Mittelburg zum Dienst herangezogen werden konnte und es dort nur noch oder nur erst wieder zwei Anspanner gab, so erbot sich die Stadt nach mannigfachem Hin- und Herschreiben am 29. April, doch unter Protest und „nur dem Oberauffseheramt zu Ehren“, wenigstens die verlangten Wasserfahren zu leisten, wenn den dienstthuenenden Anspannern dagegen Futter, Brot und Stallgeld gereicht werde. Auf dies Anerbieten scheint Meusebach denn auch eingegangen zu sein, denn während des Rests des Jahres ruhte der Streit.

Im Mai 1665 jedoch wurde er durch einen wohlermogenen Schachzug des Pacht-Amtmanns von Neuem eröffnet. Diesmal war es nämlich nicht der Oberauffseher, sondern der Amtsschreiber Härter, der abermals die schon im Vorjahre verlangten Dienste von der Stadt forderte. Gegen diesen zweifelsohne von dem rechtskundigen Amtsschreiber ausgehenden Anschlag, die Stadt unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Amts zurückzubringen, wehrte sich nun aber der Rat mit Händen und Füßen. Der Angelpunkt des Streites war fortan weniger die Frohnpflicht, als vielmehr die Frage: ob die Stadt schrift- oder amtsässig sei. Der Rat kämpfte natürlich uuter Berufung auf die Thatfache, daß er seit zwanzig Jahren seine Befehle geradenwegs vom Oberauffseheramte empfangen habe, für die Anerkennung der Schriftässigkeit, und dies große Ziel im Auge, scheute er keine Mühe und keine Kosten und selbst keine persönliche Drangsal. Zunächst schrieb er dem Amtmann am 23. Mai: die 1655 für das Gastehter Vorwerk geleisteten Fuhren, auf die sich das Amt zur Rechtfertigung seines jetzigen Ansinnens berufe, seien ausdrücklich cum protestatione et sine praejudicio verrichtet und die Bürger nur „durch die vffeinander ergangene erefutorische Bedrohungen, denen sie aus Armut und Einfalt nicht wohl widerstreben können,“ dazu vermocht worden. Die Sache sei damals auf richterlichen Entscheid gestellt, und es liege nicht am Rate, wenn das Oberauffseheramt sie bisher nicht habe zum Austrag bringen lassen; lito pendente aber könne man sich zu nichts verstehen. Ueberdies sei der Rat schriftässig und „von den Ständen seiner Churf. Hoheit noch nie separirt,“ er habe

daher keine Befehle vom Amte und am allerwenigsten vom Amtsschreiber zu empfangen. Der Amtmann möge nur auch Härtern zur Leistung seiner fünf Tage Pferdebedienst anhalten, da der Amtsschreiber ja auch gemeine Bürgergüter besitze und seine Pferde auf die gemeine Weide schicke wie jeder andere Bürger. „Es will sonst der allgemeinen, gleichdurchgehenden, heilsamen Justiz gar nahe gethan sein und der erbarn Welt sehr ärgerlich vorfallen, wenn er als ein justitarius die bekannte gemeine Rechtsregel selbst brechen wollte, welche heisset: Qui sensit commodum, sentiat etiam incommodum!“

„Wer da mithat den Genieß,
Muß auch haben den Verdriß!“

Unstreitig durch diesen persönlichen Angriff bitter gereizt, griff Härter nunmehr, gestützt auf einen von ihm provozierten Befehl des Oberaufsehers v. 27. Mai 1665, der aber dem Räte wider alle Gewohnheit vorerst nicht mitgeteilt wurde, zu Gewaltmitteln. Er befahl dem Stadtkämmerer Hans Hesse,¹ ohne Widerrede mit dem Wasserfahren zum Castedter Bau den Anfang zu machen, und als der Kämmerer im Einverständniß mit dem Räte diesen Befehl unbeachtet ließ, ließ er ihm am 29. Mai abends die Pferde abspänden. Zwar besann er sich am andern Morgen, daß die Pferde als *instrumenta agriculturæ* nach der Landesverfassung unantastbar waren, und gab dieselben wieder los, nahm aber dafür den Kämmerer selber, der seine Pferde abholen wollte, in Verhaft. Zugleich ließ er dem Bürgermeister Nickel Justus bei 10 Thaler Strafe entbieten, sich gleichfalls im Schlosse zum Arrest zu stellen. Justus blieb natürlich ruhig zu Hause, und Hesse nahm Gelegenheit, sich ohne weitere Zeremonien aus dem Hühnerstalle zu entfernen, den man ihm als Haftlokal angewiesen hatte. Härter dekretierte freilich dafür dem Bürgermeister 10 und dem Kämmerer 20 Thaler Strafe zu, dürfte aber schwerlich selber an den klingenden Erfolg seines Dekrets geglaubt haben. Wenigstens findet sich nirgends eine Andeutung, daß die während dieses Handels fast unausgesetzt verhängten Geldbußen jemals entrichtet worden wären.

Erst nach diesen Vorgängen wurde dem Räte der erwähnte Befehl des v. Selmnitz mitgeteilt, laut welchem Härter „die Arttrischen anspanner und hinterfättler in Verbleibung gültlicher leistung irer schuldigkeith durch rechtliche zwangs- und gehorsamsmittel“ anhalten sollte. Das war unzweideutig, und mit dem Oberaufseher wollte und durfte man es nicht verderben. Der

¹ Wie in den Dörfern der Bauermeister, hatte in Artern der jeweilige Kämmerer die Frohne zu gebieten.

Rat fand indessen einen Ausweg. Er sandte die beiden Bierleute Röhling und Mann „nicht als Bevollmächtigte, sondern nur zu unterthänigster Ehrerbietung“ nach Eisleben und ließ um Ansetzung eines Termins ansuchen, zugleich aber dem Oberaufseheramte zu verstehen geben, Rat und Gemeinde würden, „wiewol freiwillig und mit Protest“ die Wasser- und Holzfuhrn für dies Mal leisten, sobald auch Härter zur Verrichtung seiner fünf Dienstfuhrn angehalten würde. Diese Eröffnung schien in Eisleben nicht ungünstig aufgenommen zu werden. Als daher Härter am 5. Juni abends den Bürgermeister Salomon Wagner und den Rämmerer Hans Hesse zum Wasserfahren, sowie sechs andere Bürger zum Wasserfüllen für den folgenden Morgen um 6 Uhr nach Castedt kommandierte und mit Zwangsmitteln drohte, ließ der Rat ihm zurücksagen: er möge vorerst von seinem Begehren Abstand nehmen, bis man endgültigen Bescheid von Eisleben habe. In der That nahm Härter daraufhin seine Anordnung zurück, provozierte aber nun durch einen sofort abgefertigten Bericht einen Exekutionsbefehl des Inhalts: im Falle fortgesetzter Weigerung der Anspanner ihnen Pferde und Wagen abzupfänden, damit die Fuhrn zu verrichten und sie alsdann den Eigentümern wieder zuzustellen. Von dem Oberaufseher war also nichts mehr zu hoffen, und schweren Herzens mußten zunächst Wagner und Hesse sich dem am 8. Juni erneuerten Befehle Härter's fügen, während einige andere Anspanner, um der Verfügung des Oberaufseheramts ein Schnippchen zu schlagen, schleunigst ihre vierrädrigen Wagen mit zweirädrigen Karren vertauschten und sich auf diese Weise selber zu Kärnern degradierten. Wie in tausend andern Fällen verführte auch hier die engherzige Rechthaberei der Behörden den gemeinen Mann zu dem Versuche, dem Geleze eine möglichst komische Nase zu drehen.

Da nach alledem vom Oberaufseheramte, das einen Termin zur Entscheidung der Sache auf den 25. August anberaumt hatte, nur noch eine Verurteilung zu erwarten stand, so wandte sich der Rat unter Berufung auf seine Schristfähigkeit am 9. Juni 1665 an das Oberhofgericht zu Dresden. Dies Gericht unterlagte in der That durch Erkenntnis v. 27. Juni dem Oberaufseher alle weitem Maßregeln gegen die Stadt bis nach ausgetragnem Handel — bei Poen von 50 Goldgulden.¹ Auf Eingabe des v. Selmnitz aber verbot die kurfürstliche Regierung am 5. Juli umgekehrt dem Oberhofgerichte bei Poen von 100 Goldgulden jede Einmischung in diesen Rechtsandel, da Artern, wie alle Städte der sequestrierten Grafschaft, nicht zu den

¹ Der gewöhnliche (Meißner) Gulden galt 21 Groschen à 12 Pfennig, der Goldgulden 26 $\frac{2}{3}$ Groschen.

unmittelbaren Ständen zähle und der Prozeß daher vor das Oberaufseheramt nach Eisleben gehöre. Damit war das Oberaufseheramt zum Richter in eigener Sache bestellt, und demgemäß fiel auch das Urteil aus: am 25. August wurde der Stadt die Verpflichtung zu den Baufrohnenden in Castedt aufgebürdet und ihr zugleich die Kosten des Termins auferlegt.

Gegen dies Urteil legte der Rat am 1. September beim Oberhofgerichte Berufung ein — doch weniger in der Hoffnung auf einen endlichen Sieg, als vielmehr in der Absicht, den Oberaufseher einem annehmbaren Vergleiche geneigt zu machen. Schon am 5. September meldete er daher nach Eisleben: die Anspanner seien gegen Stallgeld und Futter ($\frac{1}{2}$ Nordh. Scheffel Hafer pro Pferd und Tag) noch zu je zwei weitem Holzfuhren für den Castedter Bau bereit, wenn der Stadt ein Versicherungsbrief ausgestellt werde, daß bis zum rechtlichen oder gütlichen Austrag der Sache keine weitem Dienste von ihnen verlangt und die Bürger ohne Pferde mit den zugemuteten Handdiensten verschont werden sollten. Dieser Vorschlag fand indessen kein Gehör.

Inzwischen aber wurde der Stadt von allen Seiten dringend zu einer gütlichen Uebereinkunft mit dem Amte geraten, denn „es scheuen sich gar große Leute vorm Herrn Oberaufseher,“ wie der Stadtschreiber Christian Risch dem Räte in einem Berichte aus jener Zeit zu bedenken gab. Am 29. Januar 1666 ersuchte daher der Rat den v. Selmnitz um Ansetzung eines Vergleichstermins, und so kam endlich nach zweijährigem, kostspieligem Prozeß und Hader am 23. März 1666 in Eisleben der sog. „Oberaufseheramts-Revers“ zu Stande, der Folgendes bestimmte:

1. Die Bürger zu Artern, so Pferde und schaffbare Güter haben, sollen und wollen alle Holzfuhren zu den Hauptgebäuden des Vorwerks Castedt auf 3, höchstens auf 5 Meilen weit verrichten, ein Mehreres aber als heute oder morgen [b. h. vorläufig] und zu den Nebengebäuden, Diensthäusern zc. auf sich zu nehmen nicht verbunden sein.

2. Sie sollen und wollen auch Kalk, Steine, Latten, Staken und Zaunwerk, jedoch nur 2 Meilen weit und die Bretter nur von Artern her, zu solchem Bau der Hauptgebäude zuführen. Wenn aber die Hauptgebäude fertig, soll ihnen zu einer Ausbesserung derselben, wenn das durch die Ritteburger und Vorwerks-Pferde geschehen könne, ein Weiteres nicht zugemutet werden. Alle Lehm- und Wasserfuhren und das Pfuhtreten sollen die Ritteburger und die Vorwerks-Pferde auf sich nehmen.

3. Weil bei dem jetzigen Stande des Amtes die Dorfschaften des Amtes Rodstedt und Gehofen davon separiert wären, der Bau in Castedt aber nicht ohne Handdienste verrichtet werden könne,

so sollen und wollen die Bürger, welche keine Pferde halten, selbst oder durch Gesinde, so oft solche notwendigen Hauptgebäude auf dem Vorwerk errichtet werden müßten, ein jeder 2 Tage Handdienste leisten. Nach geschehenem Hauptbau solle ihnen aber nichts weiter zugemutet werden. Sie sollen auch etwas an Flickwerk, oder was zu den Hauptgebäuden nicht gehört, zu verrichten, keineswegs verbunden sein.

4. Dahingegen soll und will das Amt, so oft diese Fuhrren verrichtet werden, den Anspannern Hafer und Heu für ihre Pferde und Stallgeld, wenn sie in einer Herberge über Nacht oder Mittag bleiben müssen, unweigerlich reichen lassen.

5. Dafern auch heute oder morgen vorbemeelte Dorfschaften wiederum zum Amt Artern (wie man nicht wissen kann) kommen sollten und dergleichen Hauptgebäude in Casteß errichtet würden, so sollen alle Anspanner dieser Dörfer, wie sie zuvor gethan und zu thun verpflichtet gewesen, solche Bau fuhrren zugleich mit verrichten und die Bürger in Artern, so keine Pferde haben und bei jezigem Mangel der Leute die jährlichen zweitägigen Handdienste auf sich nehmen, davon gänzlich liberirt und befreiet sein und diese Dienste vielmehr von den Dorfschaften verrichtet werden.

Da Gehofen und das Amt Vockstedt früher etwa 40 Gespanne gestellt hatten, so wurde die Bau frohnlast der Arterner Anspanner durch dies Abkommen um etwa ein Drittel erhöht.

Man hoffte nun aber, wenigstens vor weitem Uebergriffen sicher zu sein — doch da hatte man ohne Sigismund Härter gerechnet! Schon gleich nach dem am 25. August 1665 ergangenen Urtheil gegen die Stadt hatte der Amtschreiber den Versuch gemacht, der Bürgerschaft auch den Botendienst aufzuheben. Der Bürger Eiltar Sommer in der Altstadt erhielt damals von Härter den Befehl, für das Amt „eine Botenreise zu thun“, und als er sich dessen weigerte, ließ Härter ihn am 21. September 1665 durch den Landknecht und zwei Rittbürger Hauer aus seiner Scheune von der Arbeit wegnehmen und gab ihn erst auf Befehl des Oberaufseheramts wieder los. Auch der Vergleich v. 23. März 1666 vermochte Härter's Lust am Tribuliren nicht zu zügeln, denn schon am 27. Mai mußte Selmnitz auf eine Beschwerde der Anspanner ihm ernstlich befehlen, die Anfuhr von 100 unbehauenen Baumstämmen aus dem Harze bis nach der Ernte zu verschieben, den Dienstthuenenden das ausgemachte Futter und Stallgeld zu verabreichen, anstatt es ihnen, wie verlaute, gröblich abzuschlagen, sowie auch die Freien zu den Bau fuhrren heranzuziehen — dagegen nun aber auch jene An-

spänner nicht mehr zu verschonen, die sich ihrer Zeit der Wagen entledigt und Karren zugelegt hätten.

Inzwischen war der Stadt auch zugemutet worden, die Holzfuhrn „zur umgefallenen Justiz“, d. h. zum Wiederaufbau des Galgens zu übernehmen, da der Amtmann von Meusebach den Hans Lohse, „der einen Diebstahl in des Decani Pferdestall intendiret“, hängen zu lassen gedachte. Der Rat lehnte diese Galgenholzfuhrn ab, wohl aber mußten die Bürger, da dem Amt die Obergerichtsbarkeit zustand, in diesem wie in anderen Kriminalfällen die Wachen bei dem Verurtheilten und während der Exekution verrichten, wozu bei hier in Rede stehender Gelegenheit binnen drei Tagen (23.—25. Febr. 1666) der Reihe nach nicht weniger als 111 Mann in Abtheilungen von 2—20 Mann verwendet wurden. Angegebener Maßen aber beschränkte sich dieser Dienst auf die Zeit zwischen der Verurtheilung und der Vollstreckung des Urtheils, d. h. in der Regel auf drei Tage. Erst im Jahre 1740 versuchte das Amt, die Bürgerschaft auch zur eigentlichen Gerichtsfolge (d. h. zur Unterstützung bei der Verfolgung, beim Transporte und bei der Bewachung eines Verbrechers) heranzuziehen. Der Amtmann Gottschall hatte damals (5. Sept. 1740) den in Artern ansässigen Goldschmied Grahl wegen Falschmünzerei in Haft genommen und verlangte nun „zur Beförderung heilsamer Justiz“, daß die Stadt tagsüber zwei, nachts aber drei Bürger zur Bewachung des Delinquenten stelle. Der Rat wies dies Verlangen zurück, da die Inquisitions-Wachen Sache der Amtsfrohner und der Rittesburger seien, und beharrte bei seiner Weigerung, auch nachdem das Oberaufseheramt dem Amtsrat Gottschall beigestellt hatte. Nichtsdestoweniger erneuerte dieser seinen Versuch bei günstiger Gelegenheit. Im Juni 1744 war nämlich wegen eines von den Mühlknappen erregten Tumults eine Abtheilung Miliz in die Stadt gelegt worden. Nach der Abführung der Missethäter nach Leipzig wünschten die Bürger natürlich, diese Einquartierung wieder los zu sein, und der Rat ersuchte den Amtmann, sich in diesem Sinne bei dem Oberaufseher zu verwenden. Gottschall jedoch verhiess seine Unterstützung nur unter der Bedingung, daß die Bürgerschaft sich zur Folge bei allen Obergerichtsfällen verpflichten würde. Der Rat war auch geneigt, auf diesen nichts weniger als vorteilhaften Handel einzugehen. Zum Unglück für Gottschall's Absichten aber forderte während der schwebenden Verhandlungen (August 1744) der Oberaufseher drei Mann zum Rücktransport der nach Leipzig geschafften Tumultuanten, und nur die bisherige Freiheit von der Gerichtsfolge bewahrte die Bürgerschaft, wenn auch nicht ohne Widerspruch des Oberaufsehers, vor dieser kostspieligen Frohne.

Dieser Zwischenfall aber öffnete den Bürgern die Augen über die Tragweite des in Aussicht genommenen Schrittes, und am Widerspruch der Vierleute und der Vorsteher der Altstadt zerschlug sich der Handel. Als daher Gottschall 1747 ein Frauenzimmer ausstülpfen ließ, übernahmen die Bürger die [bei solchen geringfügigen Leibesstrafen sonst nicht gebräuchliche] Wache nur gegen Entgelt. Dagegen mußten sie sich während des siebenjährigen Krieges wohl oder übel bequemen, 7—12 Mann hoch verschiedene Rekrutentransporte von Artern nach Quedfurt zu geleiten.

Nicht so günstig gestellt waren die Rittesburger und die Amtsfröhner in der Stadt bezüglich der Gerichtsfolge. Sie mußten nicht nur die oft recht langwierigen Inquisitionswachen verrichten, sondern auch bei Verhaftungen und Auspfändungen hülfsreiche Hand leisten. So waren, wie oben erwähnt, zur Verhaftung des Ciliar Sommer zwei Rittesburger herangezogen worden, und der Amtsschreiber Härter nahm auch in der Folge Gelegenheit, die Amtsbauern im Bütteldienst zu üben, da Meusebach's Nachfolger in der Pacht, Graf Johann Georg von Mansfeld, ihm gegen Rat und Bürgerschaft völlig freie Hand ließ. Am 17. August 1671 wurden sämtliche Rittesburger mit ihrem besten Geröhrig (Feuergewehr) auf das Schloß befohlen und von dort aus in die Stadt geführt, um die Ratspersonen auszupfänden, weil der Rat nicht bloß das „hochgräfliche Hind- und Schafvieh“ vom Pfingstfeste (Zutweide) vertrieben, sondern auch versäumt hatte, auf mündliche Bestellung durch den Landknecht in corpore vor dem Herrn Grafen zu erscheinen. Nicht ganz drei Wochen später, am 4. Sept. 1671, wurden die Rittesburger abermals aufgeboten, um im Verein mit der Schloßdienerschaft und einigen Zimmerleuten am lichten Tage das Ratsgefängnis zu erbrechen und sechs wegen nächtlicher Ruhestörung eingestecte Aderknechte von dort aus in das Amtsgefängnis überzuführen — angeblich weil Ruhestörung ein Kriminalverbrechen einschließe, in Wahrheit aber, weil Graf und Amtsschreiber die Geldstrafe (6 Thaler auf den Mann), mit der die Verbrecher belegt wurden, der eigenen Tasche zuzuführen für gut fanden. Tröstlich erscheint bei diesem Unwesen nur der eine Umstand, daß die ausgleichende Gerechtigkeit des Kurfürsten Johann Georg II. dem würdigen Amtsschreiber für diese Heldenthaten eine Buße von 25 Goldgulden auferlegte, und daß diese Strafe in der That den Schlächternmut Härter's ein wenig gedämpft zu haben scheint. Die Rittesburger aber leisteten in diesen und vielen späteren Fällen jederzeit den unweigerlichsten Gehorsam, bis i. J. 1740 auch sie vom bösen Geist des Widerspruchs angesteckt wurden. Nachdem sie nämlich den schon genannten Falschmünzer

Grahl vom 5. September an nachtsüber getreulich bewacht und dabei alle 51 Mann des Dorfes an die Reihe gekommen waren, erklärten sie am 18. September sehr verdrießlich: abgesehen davon, daß sie der Ernte wegen die Wache vorläufig nicht mehr versehen könnten, seien sie auch, wie ihnen jetzt einfallt, keineswegs zur unentgeltlichen Verrichtung dieses Dienstes verpflichtet, wenigstens nicht allein, sondern die Bürger mit ihnen — da aber die Bürger nicht wachen wollten und bei Grahl's offenkundiger Armut auf eine Bezahlung nicht zu rechnen sei, so bäten sie unterthänigst, sie gleichfalls mit solchem Dienste fernerhin gänzlich verschonen zu wollen. Das war logisch und hatte wenigstens den Erfolg, daß das Oberaufseheramt ihnen für künftige Fälle eine Entschädigung zu sichern versuchte — aber nicht etwa aus der Tasche des Amtmanns, dem die Sporteln zufließen, sondern aus der Tasche der Bürgerschaft. Allem Anschein nach machte jedoch der Rat taube Ohren und überließ es dem Amte, seine Unterthanen zu besolden oder sie auf andere Weise zur Raison zu bringen.

Nach dieser Auseinandersetzung über die Gerichtsfolge kehren wir zunächst zu den Baufrohn zurück, die den Arternern noch manche böse Viertelstunde bereiten sollten.

Schon das Jahr 1668 brachte den nicht pferdehaltenden Bürgern abermals das Vergnügen eines zweitägigen Dienstes in Gastezt. Die Liste dieser Handdienstpflchtigen zeigt

in der Neustadt Artern 78 Hauswirte und 19 Hausgenossen.

Altstadt 62 7

Zwei Jahre später ging die Pachtung des Amts aus den Händen Heinrich Christoph's v. Meusebach an den Grafen Johann Georg von Mansfeld über, der daneben auch das Amt Mansfeld innehatte. Dieser hochgeborne Herr aber zeigte sich leider als ein ächter Sproß des alten Mansfelder Geschlechts, das eine stattliche Reihe beherzter Krieger, bedeutender Feldherrn und gewiegter Diplomaten zu den Seinen zählt, dem aber die Tugenden weiser Mäßigung, kluger Sparsamkeit und treuer Sorge für Land und Leute durchweg fremd geblieben sind. Graf Johann Georg begann sofort nach der Uebnahme des Amts einen kostspieligen Um- und Neubau des alten Schlosses zu Artern, und es wiederholten sich nun, namentlich da Härter mindestens bis 1673 Amtschreiber blieb, wegen dieses Schloßbaus und aus den nämlichen Ursachen alle die gegenseitigen Scheerereien und Reibereien, die wir bereits aus der Darstellung der Streitigkeiten wegen des Gastezter Vorwerfbaus kennen. Nur zeigte sich der Rat jetzt durch die Erfahrung gewizigt: er bestritt standhaft, daß die Bürgerschaft zu ungemessenen Bau-

frohnen (wie der Graf sie in Anspruch nahm) verbunden sei, klagte aber nicht selber, sondern ließ sich verklagen und ließ inzwischen salvo jure die verlangten Frohnen unweigerlich, aber pro rata ausführen. Das schützte ihn zwar, wie wir gesehen haben, zunächst noch nicht vor den elenden Quälereien des Amtsschreibers, der im Oktober 1671 so weit ging, den handdienstpflichtigen Bürgern eine Schinderarbeit, die Räumung des Abtritts auf dem Schlosse anzufinnen — aber es sicherte ihm in Eisleben und in Dresden ein geneigteres Gehör für seine Beschwerden und Klagen, denen zur Sache zu entnehmen ist, daß vom April bis Mitte August 1671 außer den Handdiensten und neben 300 Ackerfuhren allein 150 Holzfuhren nach dem Wippraer Forst (23 km in der Luftlinie) gethan wurden, von denen nur 3 auf die Rittenburger, alle übrigen auf die Arterner Anspanner kamen. Dessen und der Getreideernte ungeachtet wollte Härter am 17. August noch 10 Fuhren Dachziegel von Ziegelrode bei Mansfeld (25 km Luftlinie) herangeschafft haben, obgleich damals an eine Verwendung dieser Ziegel noch gar nicht zu denken war. Nun aber sprang der gar zu straff gespannte Bogen: das Oberaufseheramt schärfte dem Amtsschreiber nachdrücklich Mäßigung ein, und die Regierung zu Dresden bedachte ihn mit dem erwähnten Strafmandat über 25 Goldgulden, das sozusagen der Vorläufer seines Sturzes war.

Das folgende Jahr brachte nämlich die Entscheidung des vor dem Leipziger Schöppenstuhle anhängigen Prozesses, und diese fiel zu Ungunsten des Grafen aus. Das Urteil des Schöppenstuhls v. 22. August 1672 besagte: Beklagte seien bei gemessenen Baubiensten zu schützen, bis Kläger (der Graf) ein anderes erwiesen, und zwar sei eine billige Moderation zu treffen, sodaß Beklagte jene Dienste nur nach Proportion der hievor zum Amt gehörigen Dörfer zu verrichten schuldig und zudem nicht über Gebühr damit zu belasten seien.

Das war ein glänzender Sieg für den Rat und scheint zugleich zur Entfernung Härter's von der Amtsschreiberstelle geführt zu haben, denn im folgenden Jahre wird erwähnt, daß er „bürgerliche Nahrung“ treibe. Seines Amtes entkleidet, mußte er sich nun auch endlich trotz zahlloser Winkelzüge dazu bequemen, gleich den andern Freien, die schosfbare Güter innehatten oder bürgerliche Nahrung trieben, seinen Anteil an den Baufuhren zu übernehmen.

Graf Johann Georg aber versuchte nun, da er von Rechts wegen nicht zum Zweck gekommen war, den Weg der Schmeichelei. Er bat, anstatt gebieterisch zu fordern, und ein ehrbarer Rat hatte nicht das Herz, diesen Bittsteller gebührend abzuweisen,

obgleich er Ende 1674 sich zu folgendem Klagelied veranlaßt sah: „Was haben wir doch ehlische Jahre vor sehr schwere, kostbare Eichen- und Holzfuhren von so weit her zur Reparatur des Reinsdorfischen Dammes, der Mühlen, Kirche, Pfarre und Schule gethan, wie viel hundert, ja tausend Fuhren Schutt aus dem Schloßvorwerk und Leimen und Steine dazu geführt! Was für schwere Holzfuhren thun wir iho jenseits Hasselsfelde [60 km Luftlinie!] anhero zum Vorwerk Castedt, da Pferde und Geschirr in den hohen Steinklippen, in Berg und Thal gar möchten zu Grund und Boden gehen!“ War daher dem Grafen auch im Februar 1674 seitens der Anspanner je eine Holzfuhre bewilligt worden, die nicht weniger als vier Tage in Anspruch nahm, so weigerte sich doch schon zu Pfingsten der Bürger Hans Heinbach, für Se. Gnaden die üblichen Maien anzufahren, und als der Graf am 10. August 1677 um vier Pferde ersuchte, die ihn von Merseburg nach Weichlingen und dann weiter nach Jena bringen sollten¹, da sagte zwar der Rat „Ja“, aber die Anspanner sagten einstimmig „Nein!“, und der Liebedienst unterblieb.

Während nämlich der Rat bisher dem Grafen jedes mögliche Entgegenkommen bewiesen hatte, machte dieser durchaus keine Miene, dem Leipziger Schöppenspruch v. 22. August 1672 Folge zu geben. So hatte die Bürgerschaft 1674 nicht bloß die gewöhnlichen Wirtschaftsfrohnen, einige Bauhofhnen zu Castedt und die vom Oberaufseheramt ausnahmsweise verlangten Dienste zur Besserung des Reinsdorfer Dammweges zu verrichten gehabt, sondern sowohl in diesem wie in den folgenden Jahren die schweren und zeitraubenden Bauhofhnen zum Schloß- und Vorwerkbau in Artern unausgesetzt und unvermindert leisten müssen. Als daher 1678 abermals einige hundert Stämme aus dem Königeroder Forst (27 km weit) heranzuschaffen waren und weder die Freien in der Stadt noch die Rittburger Weihülfe leisten wollten, sah der Rat sich endlich gezwungen, in Leipzig auf Vollziehung des Schöppenspruchs von 1672 zu klagen. Er ersocht auch ein zweites günstiges Urteil vom 5. Mai 1679 des Inhalts: daß die in den Dörfern des Amtes Bockstedt, in Gehofen und Rittburg vorhandenen Dienstleute und Anspanner vom Amte in eine richtige Specification zu bringen und danach die Baudienste proportionaliter zu repartieren seien, so daß Kläger fortan nur das zu leisten hätten, was ihnen nach Maßgabe jener Specification zukommen würde — aber damit war nichts erreicht und nichts gebessert. Vielmehr versuchte jetzt Härter's Nachfolger,

¹ Es war das ein bescheidener Versuch, sich die sog. „Rutschenfrohne“ leisten zu lassen, wie sie beispielsweise die Bauern zu Eybe bei Leutenberg für die Herren v. König sogar bei Spazierfahrten verrichten mußten.

der Amtsrat Theodor Witte, ganz in die Bahnen seines Vorgängers einzulenken und die widerharigen Städter durch Quälereien müde zu machen. Zu diesem Zwecke verlangte er, während die 6 Rittbürger völlig unbehelligt blieben, von den Arterner Anspannern, die eben erst 32 Fuder Heu nach Casteedt geschafft hatten, ungesäumt 7 Wagen nach Nordhausen zum Lattenholen und die unverweilte Abfuhr von 170 Fudern Getreide von Artern nach Casteedt, und als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde, ließ er sämtliche Pferde haltenden Bürger ohne Umstände auspfänden. Dies Verfahren zog ihm jedoch unterm 5. Juli 1679 eine scharfe Rüge aus Eisleben zu, in der betont wurde, daß die Bürgerschaft auf solche Weise zu Grunde gerichtet werde, denn die Anspanner müßten wenigstens ihre Ernte, von der sie das ganze Jahr sich zu erhalten hätten, ohne Schaden einbringen und zu gute machen können. Vergebens suchte nun Witte in einem Gegenberichte seine Maßregel zu rechtfertigen, die Anspanner widerlegten ihn am 16. Juli 1679 Punkt für Punkt in einem sehr ausführlichen Schriftstück, aus dem folgende Einzelheiten der Mitteilung wert erscheinen.

Die gewöhnlichen Bruchsteine zum Schloßbau holte man 1 Meile weit aus Jchstedt, die großen Werkstücke zum Wendelstein 3 Meilen weit aus Eisleben, die Dachziegel aus Ziegelrode bei Mansfeld (3½ Meile), die Latten aus Nordhausen (5 Meilen), den Kalk, obgleich er dicht vor der Stadt zu haben war, 4½ Meile weit aus Burgörner, und da man im letzten Jahre der Felbarbeiten wegen nicht hatte fahren können, hatte man diese Kalkfuhrn an Fremde verdingen und bezahlen müssen. Andere Materialien mußten aus Osterhausen (20 km), Sangerhausen (12 km) und Frankenhausen (15 km) herangeschafft werden. Am schwersten jedoch waren die Holzfuhren „nach der Saale,“ die jeder Anspanner schon 4—5 Mal gemacht hatte, und die jetzt zum sechsten Male verlangt wurden. Jede solche Fahrt nahm 4 Tage in Anspruch und richtete, da der Weg beständig bergauf und bergab ging, das Gespann entseßlich zu. Beim letzten Male war sogar ein Geschirr bei Burkersrode vollständig stecken geblieben und hatte mit Vorspann nachgeholt werden müssen. Der v. Meusebach zu Voigtstedt bot daher vergebens 2½ Thaler nebst Futter für eine solche Fuhre, und Witte selber, der für seinen Pachthof Holz von dorthier angefahren hatte, getraute sich nicht, seine gutgenährten und kräftigen Pferde den Weg zum zweiten Male machen zu lassen — aus Besorgnis, sie für immer zu ruinieren. Von allen diesen Baufuhrn aber hatten bisher die Mansfelder 27, die Leimbacher 2 und die gräflichen Geschirre 7 verrichtet: alle übrigen waren den Arterner Anspannern auf-

gebürdet worden. Desgleichen waren unausgesetzt täglich 10 bis 12 Handfröhner beim Schloßbau verwendet worden. Außerdem aber und neben den gewöhnlichen Heu-, Getreide- und Landfuhrten in der Grafschaft, sowie neben den Wehrbau-, den Mühlenbau- und einigen Casteiter-Fuhren hatte man im letzten Jahre auch noch Kriegsfuhren leisten müssen, zu denen jüngsthin binnen 2 Tagen 32 Pferde erforderlich gewesen waren. Deshalb hielten die Anspänner, daß die Dienste endlich den Leipziger Schöppensprüchen gemäß proportionaliter auf die einzelnen Ortschaften verteilt würden, denn „auf keinem Dorfe sind die Dienste so arg wie in Artern, zumalen die Handfröhner nicht ein Stück Brot dabei erhalten und vielleicht zu Hause auch keins haben.“

Es fand nun allerdings 1680 eine Repartirung statt — aber zunächst nicht eine Repartirung der Dienste, sondern eine Repartirung der Kosten für die Räumung des Teichabflusses und des Schloßgrabens, zu denen die Stadt nach dem Erbbuch von 1599 beizutragen hatte! Vergebens wies sie nach, daß dieser Dienst seit 1606 nicht mehr in Anspruch genommen war — das Recht der Verjährung hatte nur dann Geltung, wenn es der Herrschaft zu gute kam, und so mußte die Bürgerschaft unweigerlich 33 Thaler 3 Groschen erlegen (August 1680).

Gegen Ende dieses Jahres aber trat nun wirklich auch die heißersehnte Moderation der Baudienste ins Leben. Unglücklicher Weise wurde schon im folgenden Frühjahr Rittenburg von einer „bösen Seuche“¹ ergriffen, und da der Schloßbau unausgesetzt seinen Fortgang nahm, so hatte Artern wiederum für diesen Ausfall an Zug- und Arbeitskräften aufzukommen. Wie aus den Klagen und Beschwerden darüber hervorgeht, zählte die Stadt damals (1681) 115 Ackerleute.

Anno 1682 wurde an Witte's Stelle Johann Jakob Pryller gräflicher Amtmann. Pryller wußte sich mit der Stadt auf einen freundlichen Fuß zu stellen als der Amtsrat, sodaß die Bürgerschaft ihm 1684 eine eintägige freiwillige Heusfrohne leistete.² Vielleicht dadurch ermutigt, ersuchte der Graf im folgenden Jahre die Bürger um eine Jagdfrohne, die aber unter plausibeln Vorwänden vom Räte verweigert wurde. Am 22. Oktober 1686 jedoch ließ Graf Johann Georg vorstellen: „er

¹ Es war das die letzte wirkliche Pest, die Mitteldeutschland heimsuchte. Sie war 1679 in Wien zum Ausbruch gekommen und wütete 1681 namentlich in Prag, Magdeburg, Austerlitz und Eisleben. Artern scheint damals verschont geblieben zu sein. Vgl. Harzeitschr. 2 b, 22 ff; 22, 330—338.

² Der Amtmann Kestler stellte 1750 dasselbe Gesuch — doch mit negativem Erfolge.

sei verwichene Woche in Stolberg gewesen, allwo die stolbergische Herrschaft ihm große Ehre, Freude und Lustigkeit erwiesen; weil nun der stolbergische Graf ehesten Tages anhero sprechen würde und ein trefflicher Liebhaber des Jagens sei, möchten Se. Gnaden ihm gerne wiederum eine Courtoisie erweisen und ließe dervwegen die ganze Bürgerchaft gnädig ersuchen, wie wohl aus keiner Schuldigkeit, Zwang oder Gewohnheit, sondern aus bloßem Gefallen und gegen genugsamen Revers, daß daraus keine schädliche Folgerei geschehen sollte, ihm zur vorhabenden Jagd auf künftigen Montag und Dienstag 40 Bürger zu stellen; Se. Gnaden wollten das vor sonderlich gnädig erkennen, und sollte auch jedem Brod, Käse und ein Trunk gereicht werden.“ Der Rat war auch diesmal gegen die Gewährung des Gesuchs, die Bürgerchaft aber bewilligte dasselbe — um es 1688 sich mit der größten Harmlosigkeit erneuern zu sehen und es nun aus Furcht vor „schädlicher Folgerei“ doch zurückweisen zu müssen!

Die gründlichste Belehrung über die Heiligkeit geschlossener Verträge und über die Findigkeit amtlicher Auslegerkunst sollte den Arternern jedoch i. J. 1689 zu teil werden. Gewissermaßen zur fünfundzwanzigjährigen Gedächtnisfeier des ersten Ausbruchs der Baudienststreitigkeiten brannte am 2. März gedachten Jahres das ganze Vorwerk Gasteht nieder. Der Wiederaufbau mußte der Unentbehrlichkeit der Gebäude wegen unverzüglich in Angriff genommen werden, und ihrer Verpflichtung gemäß schafften die pferdehaltenden Bürger trotz der trostlosen Wege — das Erdreich hatte sich nach der Schneeschmelze noch nicht wieder gesetzt, und Lachen und Gräben standen noch voll Wasser — schon im April das Bauholz von Groß-Heringen an der Saale (40 km weit) herbei. Desgleichen begannen die nicht mit Pferden Gesegneten die im Vergleich von 1666 vorgeschriebenen Handdienste zu leisten, und der Rat schärfte ihnen dabei noch besonders ein, keine Kinder oder untüchtigen Leute zu schicken und namentlich nicht zu spät zu kommen, da man sie sonst bis 8 Uhr abends bei der Arbeit behalten werde. Soweit war also alles in der schönsten Ordnung. Als aber sämtliche Handfröhner Mitte Mai ihre beiden vertragsmäßigen Frohntage geleistet hatten und damit die Sache für das laufende Jahr abgethan glaubten, erklärte ihnen Amtmann Pryller: das sei ein Irrtum, sie wären nach dem Vergleich v. 23. März 1666 nicht zwei Tage jährlich, sondern zwei Tage zu jedem Gebäude zu dienen schuldig! Und nun wiederholte sich das alte Spiel: die Dienstpflichtigen weigerten sich, der Amtmann drohte mit Pfändung und der Rat appellierte, während die Frohne unter Protest fortging, an das Oberaufseheramt. In Eisleben aber

überwog auch diesmal, wie schon 1666, die Rücksicht auf die Sequestrationskasse die Ehrfurcht vor der Gerechtigkeit. Am 10. Juni 1689 erklärte der Oberaufseher die in ihrer Art allerdings meisterhafte Auslegung des Vergleichs durch Pryller für die einzig zulässige und wies die Handfröhner für das laufende Jahr zur Dienstleistung bei vier Gebäuden, d. h. zu einer achttägigen Frohne an. Nun stand allerdings noch der Weg zum Leipziger Schöppenstuhle offen — merkwürdiger oder vielmehr erklärlicher Weise jedoch vermochte sich der sonst so tapfere Rat diesmal nicht zur Anstrengung der Klage zu ermannen: es handelte sich ja in diesem Falle nicht um die Aderbürger und Honoratioren der Stadt, sondern größtenteils nur um die „kleinen Leute“, für deren Interessen opfermutig einzutreten noch zu keiner Zeit im Geschmack der jeweiligen „großen Leute“ gelegen hat. Der Rat ließ also die Handdienstpflichtigen im Stich, und so kam es, daß dieselben 1690 nochmals in demselben Umfange zur Frohne herangezogen wurden wie im Vorjahre. Pryller durfte sich demnach mit gutem Gewissen das Zeugnis geben, in aller Ruhe erreicht zu haben, was seine weniger scharfsinnigen Vorgänger immer nur mit Gewalt erzwungen hatten.

Diese Verletzung des Vertrags von 1666 bildet nun aber einen bedeutsamen Wendepunkt in der Geschichte des Arterner Frohndienstes. Zum ersten Male seit fünfundzwanzig Jahren war dabei der Rat mit dem Amte gegen einen Teil der Bürgerschaft sozusagen Hand in Hand gegangen, und zum ersten Male sehen wir nun auch unter diesem Teil der Bürgerschaft eine Auflehnung gegen den Rat sich bekunden. Zwar hatte schon Härter 1671 die Handdienstpflichtigen zu verheizen gesucht, auch hatte der Rat schon 1674 eine Beschwerde der Altstädter mit der Begründung abwehren müssen: „Wenn in der Neustadt Herr und Knecht mit Pferd und Geschirr selbst fort muß, da bleiben die Altstädter daheim, und kommt's hoch, daß sie bisweilen mit der Hand frohnen müssen, schicken sie einen Lehrlingen oder ein Mädchen,“ und 1680 hatten die Häusler gelegentlich des Streits über die Räumung des Schloßgrabens rundweg erklärt, wenn sie, so hätten auch die Aderleute zu dieser Leistung beizutragen — erst jetzt aber, im Jahre 1690, kam es zu unverschämter und hartnäckiger Widersegligkeit. Sechs Handdienstpflichtige weigerten sich, auf des Rats Wiesen die schulbige Heufrohne zu leisten, und da sie sich auch nicht zur Zahlung der verhängten Geldstrafe bequemen, sah der Rat sich gezwungen, sie in den „Gehorsam,“ d. h. zur Haft, in die Stadttürme zu schicken. Wir werden auf diese Streitigkeiten zwischen Rat und Gemeinde noch weiter unten zurückkommen.

Weit gewichtiger jedoch war der Umschwung, der sich seit 1690 bezüglich der Frohndienste in dem Verhältnis zwischen der Stadt und dem Amte vollzog. Bis dahin war das Amt der angreifende Teil gewesen und hatte in der Hauptsache in allen Fällen den Sieg davongetragen. Dieser Sieg aber barg den Keim der Niederlage in sich. Die Unrechtmäßigkeit und die Höhe der Anforderungen verführte nicht nur, sondern sie zwang die Frohnpflichtigen geradezu, die Dienste schlecht und flüchtig zu verrichten. Dadurch aber geriet das Amt, während die Stadt durch sorgfältigen und fleißigen Ackerbau emporkam, in oekonomischer Hinsicht durchaus ins Hintertreffen, und da nicht bloß im Kriege, sondern mehr noch in allen wirtschaftlichen Kämpfen derjenige Recht behält, der den letzten Thaler in der Tasche hat, so kehrte sich binnen fünfundzwanzig Jahren das Verhältnis so vollständig um, daß von 1715 ab die Stadt der aggressive und das Amt der gemäßregelte Teil wurde.

Schon i. J. 1704 wehrte der Rat mit Erfolg die Lehm- und Wasserfuhren ab, die zur Herstellung einer Tenne auf dem Vorwerk zu Artern verlangt wurden. Das Amt drohte freilich, den Stadtkämmerer auszuspähen und den Stadtschreiber wegen seiner unehrerbietigen Äußerungen in dieser Sache zur Verantwortung zu ziehen, der Rat jedoch erklärte: die verlangte Leistung gehöre nicht zur Baufrohne, sei vielmehr von den unmittelbaren Amtsfrohnern und Dreschern zu verrichten, um so mehr, da die herrschaftlichen Frohnhäuser gleich den Freihäusern weder zur Erhaltung der Defensionier auf dem Durchmarsch oder im Quartier, noch zu andern bürgerlichen Lasten beitragen, während die Bürgerschaft gerade in diesem Jahre durch die Eichenfuhren und Dienste zum Wehrbau schon genug in Anspruch genommen sei. Der Amtmann zeigte darauf an, er werde die Tenne herstellen lassen und die Stadt auf dem Wege Rechts zur Erstattung der Kosten zwingen — aber die Klage unterblieb, offenbar weil jetzt das Amt bereits die Gerichtskosten scheute.

Der i. J. 1709 vom Amte unternommene Neubau einer Mühle, zu welchem das Holz aus dem Morunger Forst (18 km Luftlinie) geholt werden mußte, gab zu keinen Weiterungen Anlaß. Dagegen führten die durch einen Sturm¹ im Frühjahr 1715 notwendig gewordenen Bauten in Casteß einen abermaligen und folgenreichen Zusammenstoß herbei. Der Kämmerer hatte zwar die vom Amt geforderte Frohne bei 5 Thaler Strafe für den Säumigen geboten, am 6. April aber stellten die von der Bürgerschaft erwählten Syndici dem Oberaufseher vor: Allerdings

¹ Am 12. Februar 1715, nicht zu verwechseln mit dem gewaltigen Orkan, der am 27. Februar 1714 den größten Teil Europas durchbrauste.

sei die Stadt nach dem Vergleiche v. 23. März 1666 zur Leistung der Castedter Baudienste verbunden — aber nur nach Maßgabe der durch den Leipziger Schöppenspruch v. 22. August 1672 verfügten Moderation! Die darin verlangte Spezifikation der Frohnmannschaften der Dörfer Gehofen, Ritteburg und des Amtes Boßleben sei auch im August 1680 dem Amte zugestellt worden, eine Moderation der Castedter Dienste indessen sei für Artern nicht erfolgt. Das Urtheil müsse aber zum Vollzug kommen — *ne sit campana sine pistillo*. Desgleichen seien *pacta conventa* wie der Vergleich von 1666 *sanctissime* zu halten, dessen ungeachtet aber wäre den Fröhnern niemals Brot und Rasse, Hafer und Stallgeld zu theil geworden. Ehe nun nicht in diesen Punkten Wandel geschafft sei, könne die Bürgerschaft sich zu nichts verstehen. — Augenscheinlich lag diesmal die Sache der Stadt in geschickten Händen, denn infolge dieser Eingabe anberaumte das Oberaufseheramt einen Termin auf den 14. Mai in Eisleben, und in diesem Termine kam unter persönlicher Vermittlung des Oberaufsehers ein Vertrag zu Stande; dessen Bestimmungen zwar nur recht und billig waren, der aber eben deshalb den Verdacht erweckt, daß bei seinem Zustandekommen auch noch andere als rein sachliche Gründe mitgewirkt haben mögen.

Dieser Vergleich vom 14. Mai 1715 bestimmte nämlich im Wesentlichen:

1. Alle Bürger zu Artern, die Pferde halten und schokbare Güter haben, sollen alle (!) Holz- und anderen Fuhrn sowohl zu den Amtsgebäuden in Artern wie den Vorwerksgebäuden in Castedt verrichten, und zwar jeder 2 Tage jährlich (!) ohne Entgelt — zu mehr sollen sie unter keinem Prätext angehalten werden.

2. Die Bürger, welche keine Pferde halten, sollen selber oder durch ihr Gefinde, wenn an jenen Gebäuden zu bauen und zu bessern ist, doch nicht mehr als 2 Tage Handdienste leisten und sonst weiter nichts.

3. Wenn in einem Jahre keine Baudienste erforderlich sind, so soll und will das Amt doch keinen Ersatz in Geld verlangen.

Das war freilich eine so wesentliche und im Hinblick auf die frühern Vorgänge so unbegreifliche „Moderation“, daß man einem spätern Vertreter der gräßlich mannsfeldischen Rechte den Ausruf nicht verargen darf: „Gott weiß, wie solcher Vertrag vom Räte erschlichen worden!“ Der Vergleich blieb daher auch nicht unangefochten. Als nämlich ein Sturm im Herbst 1720 die Ziegelhütte und das Mülhhaus zu Artern arg beschädigt hatte, sollten im Frühjahr 1721 zur Reparatur dieser Gebäude 3 Schock Stämme und 7 Schock Bretter von Groß-Heringen geholt werden.

Die Ackerleute versagten diese Frohne, da sie im laufenden Jahre bereits 2 Tage Baufahren geleistet hätten und die Ziegelhütte überdies ein bürgerliches, erst bei Menschen Gedanken vom Amte angekauftes Grundstück sei. Nunmehr bestritt das Amt die Verbindlichkeit des Vertrags von 1715, drang aber in Eisleben nicht mit seinem Widerspruche durch und wandte sich deshalb nach Leipzig. Ein Schöppenspruch vom 9. Juni 1723 kassierte darauf wirklich den Vertrag wegen eines Formfehlers (es war aus dem Dokumente nicht ersichtlich, ob die „gesamte Bürgerschaft“ mit Einschluß der Weiber, Minorennen und Pupillen thatsächlich der Vollziehung des Vergleichs am 23. Mai 1715 in Eisleben beigewohnt hatte!). Aber wie einst der Spruch von 1672 der Stadt nichts genügt, so vermochte jetzt das neue Urteil ihr nicht zu schaden. Der Rat legte Berufung ein, die Fuhren nach Groß-Heringen wurden (so lange hatte der Bau geruht) nach Maßgabe des kassierten Vergleichs geleistet, und damit blieb die Sache liegen. Als daher 1742 abermals ein Hader wegen der Castedter Baudienste vorfiel, berief die Stadt sich ohne Weiteres von Neuem auf den beanstandeten Vergleich und kam damit durch. Das Amt verlangte jetzt nur, daß ihm der Kontrolle wegen ein Verzeichnis der Ackerleute zugestellt würde, aber selbst das war nicht zu erreichen. Der Rat erwiderte trocken: es sei nicht seine Sache, wenn die Fröhner so lässig beaufsichtigt würden, daß man antzseitig nicht einmal die Zahl der geleisteten Fuhren kenne. Noch troziger wurden 1746 die Dienste zur Wiederherstellung des Stollens, der das Wasser aus dem Teiche abführte, sowie im folgenden Jahre 4 Bauholz-fuhren aus den Arterner Äspen nach Castedt verweigert.

Aber bei dieser Wiederherstellung des Rechts blieb die Bürgerschaft nicht stehen. Wie einst die Amtleute sie geschunden, so begann sie ihrerseits jetzt die Amtleute zu schinden. Schon am 22. Juli 1715, also unmittelbar nach dem Abschluß des Vergleichs, mußte der Pachtverwalter Caselo dem Oberaufseher klagen, daß die Baudienste in Castedt höchst ungleich und nachlässig verrichtet würden. Jeder vom Rat Bestellte führe so oft und wie er selber wollte; es könnte jeder 5 oder 6 Fuhren täglich leisten, mancher fahre jedoch nur ein oder zwei Mal, und das heiße dann einen Tag Dienst gethan; der Rat aber könne oder wolle die Leute nicht zwingen, „weil man keinem Vetter oder Herrn Bruder was sagen darf, damit er nicht böse wird;“ das Amt habe jederzeit den Zwang gehabt — „aber leider! wir leiden die Gerechtigkeit des Amts!“ Dergleichen Klagen aber wiederholten sich fortan von Seiten des Amts bis zum Ueberdruß. Als bezeichnend sei hier nur noch angeführt,

daß Gustav Poppe's Großvater, der zu den Handdienstpflichtigen gehörte,¹ zum Neubau des Vorwerks Casteß, das am 26. März 1782 abermals niedergebrannt war, als Frohndienstleistenden den 1773 geborenen Vater meines Gewährsmanns stellte, einen Jungen von 9 Jahren!

Die Stadt machte sogar den Versuch, die Bestimmungen des Vergleichs von 1715 auch auf die Dienste zum Wehr- und Dammbau auszuweiten, die einerseits zur Mühlenbau-Frohne gehörten, andererseits aber auch, da der Damm als Fahrstraße diente, zur Wegebau-Frohne gerechnet werden konnten. Noch 1704 hatte der Rat über diese Dienste nur gekammert, schon 1707 aber, als der Bürgerschaft angeschlossen wurde, mit Schuttkarren, Körben und Mulden Erde auf den Damm zu schaffen, behauptete er, diese Leistung sei früher als Wegebauarbeit von der Sequestrationskasse bezahlt worden, und zwar habe die Delmühle den vierten Teil des Arbeitslohnes tragen müssen. Da jedoch dieser Einspruch unbeachtet blieb, schlug man 1729 einen anderen Weg ein, indem man jene Dienste als zu den Baufrohnern gehörig und daher unter den Vergleich von 1715 fallend darstellte. Aber auch dies Mittel verfiel nicht, vielmehr wurde 1730 von Dresden aus entschieden, daß zum Wehr- und Dammbau ein zweitägiger Dienst im Besondern zu leisten sei.

Trotz des ungünstigen Ausfalls dieser letzten Reklamation darf zusammenfassend behauptet werden, daß es der Stadt im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts vollkommen gelang, jene schwere und auf die Dauer nur unter eigenem Ruin zu leistende Baudienstplicht abzuschütteln, die ihr in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ohne Rücksicht auf Recht und Billigkeit aufgebürdet worden war. Kennzeichnend aber ist für die Verhältnisse vor Allem der Umstand, daß zwar die Rechtsfrage fortwährend im Mittelpunkt der Debatte stand, daß sie aber nie den Ausschlag gab. Die Thatfachen und das formelle Recht deckten sich zu jener Zeit nur in den seltensten Fällen.

Nach dieser ausführlichen Darlegung über die Baudienste dürfen wir uns bezüglich der übrigen Frohnen kürzer fassen.

Zunächst kommen da die Wegebauten in Betracht, die ursprünglich, da die Sequestration den Zoll und das Geleit erhob, von der Landesverwaltung zu leisten waren, die aber im 18. Jahrhundert den Amtseingekessenen auferlegt wurden. Wie bereits erwähnt, waren die Arterner Ackerleute zuerst 1674 ausnahmsweise und ohne daß „ihnen im geringsten einige Servitut über ihre Schuldigkeit dadurch aufzubürden“ versucht

¹ Schon in der weiter oben erwähnten Liste der Handfröhner vom Jahre 1668 findet sich neben einem Hans Christian Goethe ein Johann Poppe.

sein sollte, zu den Fuhren für den Reinsdorfer und den Kalbsrieter Damm herangezogen worden. Die nämliche Versicherung wurde ihnen neunzig Jahre später (1764) erteilt, als es sich um den Bau der Fahrstraße durch das Riet handelte, zu dem Quader- und Pflastersteine aus Jchstedt und Udersleben anzufahren waren. Die Anspanner konnten aber weder in diesem noch im folgenden Jahre zu einem Entschluß kommen. Ihrem Sperren machte jedoch der Landtagsbeschluß von 1766 ein Ende, der für das gesamte sächsische Gebiet zu Bau und Besserung der Landstraßen von jeder Hufe 1 Tag Spanndienst und von jedem Hause 1 Tag Handdienst jährlich bewilligte. Diese Wegebaufröhne wurde bis 1787 in natura geleistet, dann trat an ihre Stelle eine Steuer, das „Straßenbaudienst-Aequivalent- und Surrogat-Geld“, bei dessen Festsetzung jeder Tag Spanndienst mit 8 gGr. und jeder Tag Handdienst mit 2 gGr. berechnet wurde. Noch 1832 bezahlte Artern diese Steuer nach dem Satze von 1787 mit 44 Thalern 21 Silbergroschen 6 Pfg. an die Kreisasse in Sangerhausen.

Die (im Erbbuch von 1599 aufgeführten) Ackerdienste gaben, abgesehen von der ewigen und unvermeidlichen Klage, daß sie meistens gerade dann geleistet werden mußten, wenn der Bürger in seiner eigenen Wirtschaft alle Hände voll zu thun hatte, der Stadt nur ein einziges Mal zur Beschwerde Anlaß. Der Amtmann Konrad Werner Webemeyer hatte nämlich außer dem Amte auch das kleine ehemalige Trebraische Rittergut in Artern, das sog. „Fräuleingut“, in Pacht genommen und verlangte von der Bürgerschaft die Frohne auf den 31 Aern dieses Gutes. Diesem Ansinne widersetzte sich der Rat seit 1714 mit allem Nachdruck. Er ließ das zum Fräuleingut gehörige Feld aussteinen und bedrohte jeden Bürger, der diese Frohne zu leisten sich unterstellen würde, mit 5 Thalern Strafe. Auch die wiederholten Befehle des Oberaufseheramts zu Gunsten des Pächters änderten daran nichts: Webemeyer mußte das Getreide auf jenem Felde entweder dem Verderben überlassen oder es mit seinen eigenen Gespannen einfahren. So zog der Zanf sich bis ins Jahr 1721 hinein, geriet aber dann über dem neuen und weit wichtigern Streite wegen des Vergleichs von 1715 in Vergessenheit.

Je weniger aber die Stadt sich zu beschweren hatte, um so lauter und unablässiger ertönten im 18. Jahrhundert die Klagen des Amts über die haarsträubende Art und Weise, in der die Ackerdienste von den Fröhnern verrichtet wurden. Eine scharfe, aber treffende Schilderung dieser heillosen Wirtschaft, die das Frohndienstwesen zum Fluche für alle damit begnadeten Güter machte, findet sich in einem Beschwerbeschreiben des Amtmanns

Joh. Christoph Kehler v. 12. Juni 1749. Nach der Landesordnung, heißt es darin, hätten die Dienstleute bei Sonnenaufgang zu erscheinen, bis Sonnenuntergang zu bleiben und ihre Frohn mit Fleiß zu verrichten.¹ „Die Arterner aber erscheinen nicht an gebotenen, sondern an ihnen beliebigen Tagen und am allerwenigsten zur verlangten frühen Stunde. Wenn sich dennoch einige Handfröhner zum Abladen stellen, so bleiben sicher die Spannfröhner aus, jene aber warten dann müßig und rechnen die Zeit natürlich für abgethan. Zum Zusammenbringen des Heus und Getreides kommen die Handfröhner nicht nach und nach, wie man sie gebrauchen kann, sondern allesamt auf einem Haufen, denn sie wollen alle beisammen sein. Die Spannfröhner dagegen stellen sich zum Einfahren hübsch einzeln ein, der eine heute, der andere in drei oder vier Tagen. Alle zusammen aber machen früher Mittag oder Feierabend, ganz nach ihrem Belieben. Ueberdies schicken die Handfröhner häufig an ihrer Statt ihre Kinder oder andere untüchtige Leute, die aber, welche selber zum Schneiden und Hacken kommen, bringen ihre Kinder zum Mehrenlesen mit und lassen zu diesem Zweck einen guten Teil des Getreides liegen. Dabei laden die Spannfröhner weder völlige und rechte Fuder, noch binden sie das Heu und Getreide und verlieren deshalb viel, bisweilen ein Drittel der ganzen Ladung.“ Der Rat wußte auf diese Beschwerde nichts anderes zu erwidern als: Kehler möge diejenigen namhaft machen, die ihre Fröhne nicht recht verrichten, dann wolle er (der Rat) sie strafen. Dem Bachamtmann Lüttich dagegen, der 1774 Schadenersatz für eine infolge der Saumlosigkeit der Anspanner draußen gebliebene und verdorbene Partie Heu verlangte, wurde gar noch eine Injurie an den Hals geworfen. Die Fröhner warfen ihm vor, sein Frohnbrot sei aus „schwarzem“ (mit Naden vermengtem) Roggen- und Gerstenmehl gebacken und halte einmal den Vergleich mit dem Armenbrote aus, sondern „es sei dergleichen, wie man es vor die Hunde pflege zu backen.“ Beide Parteien verklagten nun einander, da aber das Heu dadurch nicht wieder gut und das Frohnbrot nicht besser wurde, so schlossen sie im September 1775 wieder Frieden, jeder Teil bezahlte seine Kosten, und im Uebrigen blieb die Sache beim Alten.

¹ Diese Bestimmung der Landesordnung stützte sich auf die Worte Davids (Ps. C IV, 23): „So gehet denn der Mensch aus an seine Arbeit und an sein Aderwerk bis an den Abend.“ Für die Frohne selber hatte die Bibel freilich keine rechtfertigende Stelle hergeben wollen, aber da half das Corpus juris (G. 12 D.) aus: „Natura enim operas patrono libertus debet!“ Wie man sieht, passen diese Stellen genau wie die Faust aufs Auge.

Da Kehler in seiner Beschwerde die oben gerügten Uebelstände vornehmlich dem Umstande zuschreibt, daß der Rat den Fröhnern den Stadtknecht „als observatorem“ mitgab, „damit ihnen nicht zuviel geschehen möchte,“ so könnte man glauben, jenes Unwesen sei nur bei den städtischen Dienstleuten möglich gewesen, den hiebern Bauern aber fremd geblieben. Dem widersprechen jedoch die Thatfachen auf das Allerentschiedenste. Schon aus dem vorletzten Jahrzehnt des 17. Säculums berichtet der Theologe Röder, der 1682—1693 Pfarrer in Ritteburg war, über seine theuren Ritteburger Schäflein wie folgt: Weiln auch die Hintersättler oder Rossättlen vermöge des Inventarii dem Pfarrer jährlich 4 Tage, in jeder Art einen, mit dem Pfluge dienen müssen, davor ihnen allezeit eine Mahlzeit und $\frac{1}{4}$ Regels Bier muß gegeben werden, so geschieht solches allemal zur Unzeit und mit lauterm Widerwillen, wie denn auch bisher in so einer kurzen Zeit solcher Unfleiß und Unachtsamkeit daran verspüret, daß solches Pflügen mehr geschunden denn gepflüget zu nennen, ungeachtet doch die Pferde so langsam getrieben werden, daß der Schultheiß selbstn etlich Mal gesagt: man sähe nährlich [kaum], daß die Pferde fortgingen, und geschehe solches aus bloßem Troß, damit sie den Pfarrer desto eher müde machen möchten. Wie nun die Hintersättler mit Pflügen und Bestellen müssen bedient sein, also habe ich auch vom alten Schultheiß glaubwürdig vernommen, daß früher eine Verordnung gemacht, es sollen die Anspanner oder Bauern, deren 6 sind, alle Jahr sowohl das Heu und Getreidig ein-, als auch den Mist auszuführen schuldig sein.“ Dem Grundsatz, sich bei der Frohne um keinen Preis zu übereilen, blieben die braven Ritteburger auch im 18. und 19. Jahrhundert treu, deshalb schickten sie beim Pflügen und Fahren sorglich das trägste und langsamste Gespann voran, wodurch die Gefahr der Ueberlastung für die folgenden allerdings wesentlich vermindert wurde. Ein wahres Meisterstück indessen leisteten sie im strengen Winter des Jahres 1753. Zu ihren gewöhnlichen Diensten gehörte die Arbeit des Eisaufhackens im Arterner Teiche, um den Fischen Luft zu schaffen. Diese Arbeit aber wurde im gedachten Jahre der großen Kälte wegen von ihnen unterlassen. Die Folge war, daß sämtliche Fische im Teiche abstarben, daß das Amt dadurch einen beträchtlichen Verlust erlitt, und daß der Teich einging. Damit war allerdings das lästige Eisaucken ein für alle Mal aus der Welt geschafft.

Noch drastischer indessen dürfte folgender Fall aus dem Jahre 1774 sein. Auf Antrag des Pachtamtmanns Lüttich begaben sich damals Richter und Schöppen vor das Töpferthor, um ein vom Anspanner Hoppenack aus Ritteburg gepflügetes Ackerstück

einer Ocular-Inspektion zu unterwerfen. Der Bericht über diese Besichtigung meldet, daß auf dem von Hoppenack gepflügten Acker stellenweise noch die Disteln und Nesseln ständen, so daß der Pflug den Acker an jenen Stellen kaum berührt, geschweige umgestürzt habe; am obern Teile sei eine ganze, am untern Teile eine halbe Rute in der ganzen Breite des Ackers gar nicht gepflügt, in der Länge aber sähe man die Furchen bergestalt liegen, daß man zwischen je zweien wie auf einem breiten Fußsteige sich ergehen könne! Schon im folgenden Jahre aber mußten Richter und Schöppen dem Anspanner Trautmann aus Ritteburg ein ganz ähnliches Zeugnis über seine Pflugarbeit ausstellen — man kann sich also ungefähr denken, welchen Ertrag die auf solche Weise behandelten oder vielmehr mißhandelten Aecker damals geliefert haben mögen.

Doch die dem Amte zuständigen Frohnen waren nicht die einzigen in Artern. Wie die Ritteburger ihrem Pfarrer, so mußten die Arterner nebenbei ihrem Räte dienen. Diese Rats- und Kommunfrohnen bestanden in Hand- und Spanndiensten bei allen gemeinnützigen Bauten (Kirche, Schule, Rathhaus, Brauhaus, Dienstwohnungen für die Geistlichkeit, Brücken, Straßenpflasterung 2c.). in Holz- und Heufuhren nebst Heumacherdiensten für den Rat und in Thormachen, so oft solche wegen Seuchen 2c. nötig waren. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1730 giebt über diese Dienste folgende (doch nicht erschöpfende!) Auskunft.

„Die Bürger der Stadt Artern, welche Pferde haben, müssen nachstehende Dienste leisten:

„1. fahren sie E. E. Rat jährlich aus dem Ratsholze das Deputatholz, circa 250 Malter,¹ und wird nach Proportion der Pferde eingeteilt;

„2. thun sie alle Aufuhren an gemeinen Gebäuden, zum Pflaster und was auf eine Meile an Materialien anzufahren ist;

„3. müssen sie der Reihe nach das Gras auf den Ratswiesen schleppen;

„4. dies müssen sie auch auf der spitzen Wiese und auf dem Saulaufe verrichten, und dazu giebt ihnen der Schäfer jedem einen Käse und ein Frohnbrot.

„Auch bekommen die Anspanner jährlich vom Räte zur Frohngebühr $\frac{1}{2}$ Faß Bier und 1 Thaler Geld. Die Ratspersonen, Bierleute und Gerichtschöppen, so Pferde haben, kriegen eine ziemliche Mahlzeit

„An Handfrohnen haben die, welche keine Pferde haben, folgendes zu thun:

¹ 1 Malter Holz hielt ungefähr 1,5 cbm.

„1. müssen die Bürger der Alt- und Neustadt mit der Hand an gemeinen Gebäuden ohne Entgelt dienen;

„2. müssen die Hausgenossen der Alt- und Neustadt, was Wittwen sind, das Gras auf den Ratswiesen streuen, die andern Hausgenossen aber müssen es wenden;

„3. müssen die Neustädter Bürger, die keine Pferde haben, auf diesen Wiesen das Heu zusammenbringen und in Haufen setzen — dazu werden einige Gabler gebraucht, die 12 Groschen zum Geschenk kriegen;

„4. Die spitze Wiese und das Heu darauf besorgen die Neustädter Bürger, und kriegt dafür jeder einen Käse und ein Frohnbrod — die Gabler kriegen mittags etwas Speck, auch Käse, Brod und Bier und abends ein Abendbrod vom Schäfer;

„5. wird die Saulaufswiese von 20 Hauswirten befrohnet, und diese kriegen vom Schäfer 12 Groschen zu einer Ergöglichkeit.

„Es haben sonst die Hausgenossen die kleine Gebind (!) hinter dem Schloßgarten harken müssen. Weil aber die hiesigen Amtsfrohner das Korn davon schneiden, daher müssen dieselben nunmehr solche auch befrohnen und harken, daß demnach die Hausgenossen weiter nichts damit zu thun haben.“

Dazu kamen aber noch für die Bürger beider Stadtteile die Thormachen und für die Altstädter allein die Säuberung des Helmebettes und der großen Pfüge in der Altstadt. Letztere Frohne wurde 1790 vom Räte erlassen, nachdem die Altstädter die Uhr auf die Kirche ihres Stadtteils geschafft hatten.

Von den anruchigen Personen hatten die „Huren“ (d. h. die Gefallenen) die eigentümliche Verpflichtung, bei notwendig gewordener Reinigung der Turmuhr die Uhrteile herab und wieder hinauf zu tragen, während der Schinder den Ratsabtritt reinigen mußte, wofür ihm 2½ Groschen zu Licht und Gewürz und die Nutzung der Hühnerwiese zustand.

Um 1820 war die Heufrohne auf der spitzen Wiese dergestalt verteilt, daß die Drescher das Gras mähten, die Wittwen und Huren es austreuten, die Hausgenossen es wendeten, die Hauswirte ohne Pferde es in Haufen brachten, und die Anspanner endlich das Heu einfuhren.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn die einzelnen Räder dieser komplizierten Maschinerie immerfort ohne Anstoß in einander gegriffen hätten. Daß dies in der That nicht der Fall war, ist oben bereits durch Anführung eines Beispiels von Widerseßlichkeit der Handfrohner nachgewiesen worden. Vielsache Störung erzeugte namentlich der Umstand, „daß auch einige membra des Rats Handdienste zu leisten hatten, an ihrer Stelle aber Bürger

substituieren wollten“ (Beschwerde Kefler's v. 12. Juni 1749). Diese ratsherrliche Anmaßung ließ besonders die Gerichtschöppen nicht schlafen — sie wollten es ebenso gut haben. Im Sommer 1755 verweigerten sie daher beim Gersteharken plötzlich den Dienst und machten dadurch auch die andern Handfröhner schwierig, die nun gleichfalls die Harke ins Korn zu werfen drohten. Diese letztern wurden zwar rasch zur Raison gebracht, mit den Schöppen aber, die an dem Amtmann einen Rückhalt hatten und mit einem Prozesse drohten, ließ der Rat sich „zur Menagierung vieler Kosten“ in Unterhandlung ein und machte ihnen „wegen ihrer mannigfachen Bemühungen im Amte“ am 30. November 1755 das Zugeständnis: „daß sie mit den bürgerlichen Handfrohnern in der Stadt, in der Gebind und auf der Ratswiese, sowie andern dergleichen kleinen Handdiensten verschont bleiben, dagegen die dem Amt zu leistenden Handfrohnern, desgleichen die Dienste an den Kommune-Gebäuden, sowie auch die extraordinären vorfallenden Handfrohnern an der Unstrut wie andere Bürger zu verrichten schuldig sein“ sollten. Damit ruhte der Streit einige Jahre, der Amtmann Kefler aber suchte ihn von Neuem an. Als die Schöppen am 11. Oktober 1763 einer in der Gegend wütenden Viehseuche wegen zur Thorwache bestellt wurden, weigerten sie sich dessen, denn der Amtmann habe ihnen gesagt, wenn die Herren Stadtkämmerer nicht wachten, brauchten sie es auch nicht zu thun. Desgleichen versagten sie am 13. August 1765 die Handfrohne bei der Straßenpflasterung: sie wollten sich nur dazu bequemen, wenn auch die Vierleute und die Vorsteher zu diesem Dienst herangezogen würden. Endlich versuchten sie i. J. 1770, die Thor-, Nacht- und Feuerwachen völlig von sich abzuwälzen, indem sie sich darauf beriefen, daß auch andere Personen in der Stadt Dienst, nämlich die Kämmerer, die Vierleute, die Vorsteher der Altstadt, die Kirchenväter, der Uhrsteller, die Spritzenmeister, die Glockenläuter, der Calcant und der Totengräber, die Freiheit von allen Wachen genossen. Der Rat entschied jedoch am 13. Februar 1776: sie wären nicht Bedienstete der Stadt, sondern des Amtes, die sich zudem für ihre Leistungen von der Kommune bezahlen ließen, daher hätten sie wie andere Bürger die vorkommenden Wachen zu verrichten. Und dabei verblieb es.

Noch häufiger als mit den Handdienstpflichtigen geriet der Rat der Frohnern wegen mit seinen Standesgenossen, den Ackerleuten, in Konflikt. Diese Händel wurden jedoch stets durch Geldstrafen und im äußersten Falle durch Eintürmung des Widerpenstigen zu gutem Ende geführt und bieten daher kein besonderes Interesse.

Auch mit den Inhabern der Freihäuser und den Ritterassen in der Stadt war mancher Strauß durchzufechten, bevor sie sich zur Leistung der auf ihre schößbaren Güter entfallenden Dienste bequemen. Namentlich die Familie Kefler, der der mehrerwähnte Pachtamtmanu Joh. Christoph Kefler angehörte, machte dem Räte ein halb Jahrhundert lang viel zu schaffen. Mit dem Vater Joh. Adam Kefler, der neben einem der Rittergüter in der Stadt, dem sog. „Oberhof“, auch noch den Gasthof zum grauen Wolf besaß, gelangte man erst nach dreijährigem Prozeß 1707 zu einem Vergleiche, in welchem Kefler sich gegen Erlaß der auf dem „grauen Wolfe“ ruhenden Handdienste verpflichtete, alle hergebrachten Schloß-, Amts- und Soldaten-Frohnen wie andere Anspanner der Reihe nach mit zwei Pferden zu verrichten, statt der gemeinen Frohne aber jährlich der Gemeinde oder der Geistlichkeit zum Besten eine Holzfuhr zu thun. Er kam indessen diesem Vergleiche nicht nach, bis der Rat 1733 wegen der versäumten Fuhren 29 Thaler Entschädigung und 5 Thaler Strafe von ihm einlagte. Zwei Jahre später (1735) mußte sogar gegen einen Ackerlehnsmanu dieses Kefler mit Gewalt eingegriffen werden, da derselbe eine Soldatenfuhr verweigerte. Auf die Einrede Keflers, daß das Haus jenes Lehnsmanus als zum Rittergut gehörig mit diesem gleiche Rechte und Freiheiten habe, entgegnete der Rat: es gebe in der Stadt eine ganze Anzahl solcher Ackerlehen der Rittergüter, die Jurisdiktion darüber stände aber dem Räte, nicht den Gutsbesitzern zu. Als Freihäuser genossen diese Ackerlehen allerdings Freiheit von Einquartierung, Wachen, Geschloß und andern bürgerlichen Anlagen und oneribus, ihre Inhaber jedoch seien darum keineswegs auch mit ihrem schößbaren Besitze frei. — Noch 1755 erneuerte der inzwischen (seit 1748) Pachtamtmanu gewordene Joh. Christoph Kefler den Versuch, die auf den „grauen Wolf“ übernommene Holzfuhr zu verweigern, mußte sich jedoch schließlich zur Anerkennung des Vergleichs von 1707 bequemen. Am 29. April 1769 verpflichteten sich dann auch alle Freihausbesitzer, die Pferde hielten und nicht unter der Stadt Gerichtsbarkeit standen, die zur Straßenpflasterung und Straßenbesserung nötigen Fuhren, ihrer sonstigen Freiheiten unbeschadet, zu dem nämlichen billigen Preise zu leisten, der den übrigen Anspannern dafür bezahlt wurde. Fortan hatten sie also in Hinsicht der Dienste nur noch die Freiheit von den Ackerfrohnern für das Amt und von den Heu- und Holzfuhrern für den Rat vor den Anspannern voraus.

Uebrigens hatten die Ritterassen ebenso gut ihre Not mit ihren Fröhnern wie der Rat mit seinen Bürgern. Schon 1673 rief der damalige Inhaber des „Unterhofes“, Christoph v. Gottfarth,

die Hülfe des Rates an, weil sechs seiner Fröhner, die unter dem Rate saßen, ihm die schuldigen Dienste verweigerten. Gottsarth's Nachfolger im 18. Jahrhundert, Joh. Andreas Kessler, sah sich 1728 zu demselben Schritte genötigt. Diesmal begründeten die sechs Widerspenstigen ihre Weigerung damit, daß Kessler sie in ihren Rechten gekränkt, indem er seinem Thorwächter 11 Scheffel Getreide zu schneiden gegeben habe. Kessler machte dagegen geltend, daß nicht die Dienste um den Schnitt, sondern der Schnitt um die Dienste gegeben werde, und der Rat entschied: da Gefahr im Verzuge sei, hätten die Fröhner ihren Dienst unweigerlich zu leisten. Kessler erbot sich auch, ihnen andere 11 Scheffel auf seiner bürgerlichen Länderei zu schneiden zu geben — die Sechs aber blieben halsstarrig, und erst ein Urtheil des Leipziger Schöppenstuhls vermochte sie, wenn nicht zur Vernunft, doch zum Gehorsam zu bringen.

Diese sechs Fröhner des „Unterhofs“ hatten den Heu- und Getreideschnitt zu besorgen und außerdem 8 Tage Handdienste zu thun, „wozu die Herrschaft sie gebrauchen will“. Das Meuselbach'sche Rittergut in Artern besaß 1736 drei solcher Fröhner, die aber zu nur 6 Tagen Handdienst verpflichtet waren. Bei dem „Oberhofs“ und dem „Fräuleingut“ fehlen die Angaben über diesen Punkt.

Nachdem die Ritteburger schon 1785 eine Umwandlung der Dienste in Geldabgaben nachgesucht hatten, kam die Ablösung der Frohnen der Amtsunterfassen endlich i. J. 1838 glücklich zu Stande. Am besten fuhren dabei die Ritteburger Handfröhner, die nicht nur keine Ablösung zu entrichten hatten, sondern sogar, da jetzt ihre einträgliche Pflicht, das Casteder Korn um die 10. Garbe zu schneiden, in Wegfall kam, als Abfindung bestimmte Acker im Artern'schen Helmeriet zum Eigentum zugewiesen erhielten. —

Wir wenden uns nunmehr zum Adelsdorf Gehofen im südlichsten Zipfel des ehemaligen Amtes Artern.¹

Gehofen nahm schon zur Zeit des Grafen Ernst II. eine Sonderstellung im Amte ein, indem dem Grafen daselbst außer Zeise, Steuer und Folge nur die Baudienste zustanden. Alle übrigen Dienste nebst Ober- und Niedergerichten gehörten zu den drei Rittergütern.

Das älteste dieser drei Güter, von welchem die beiden andern erst im Laufe des 15. Jahrhunderts abgezweigt worden waren,

¹ Die vorzüglichste Quelle über Gehofen sind Louis Ferdinand Freiherrn v. Ebersteins „Historische Nachrichten über den Marktflecken Gehofen“ (im 5. Band der „Urkundlichen Geschichte des Geschlechts Eberstein.“ 2. Ausgabe. Berlin 1889. 80.)

befand sich von etwa 1486—1529 im Besitz der Familie v. Harras und hieß danach das Harrasische. Das zweitälteste führte nach denen v. Hade (mit dem Regenbogen), die es von etwa 1450—1520 innehatten, den Namen des Hadenhofs. Das jüngste endlich wurde nach der Familie v. Trebra, die es von 1482—1662 besaß, das Trebraische Gut genannt. Die beiden ältern Güter kamen schon 1529, das dritte erst 1662 in den Besitz der Familie v. Eberstein.

Zum Harrasischen Gute gehörten um 1530 außer einem Baumgarten und einem Grabe- (d. h. Kraut- oder Küchen-) Garten etwa 12 Hufen Artland, 53 Acker Wiesen und 215 Acker Wald nebst 10 gangbaren Anspannergütern und 20 Frohnhäusern. Ueber die Dienste besagt ein Lehnbrief von 1531: „Die Hintersättler dienen ein ißlicher selbender die 53 Acker Wiesen, [müssen] allen Hafer aufbringen, das Korn um den Zehnten abschneiden, ein jeder sechs Schock Küchenholz hauen, Flachß, Hanf, Rübsamen abbringen, dreschen, rein machen und auf den Boden bringen, Kohl setzen, Mist zerwerfen — des müssen sie [die v. Eberstein] ihnen die Kost geben“. Bei 8 Anspannern heißt es sodann: „Dienet in allen Lenzen 5 Acker, führt 2 Tage ein, 2 Tage Mist, 2 Tage Heu und thut eine Marktfuhre gegen Sangerhausen oder Frankenhäusen, wo er aber gegen Stolberg, Nordhausen oder Erfurt fährt, thut er eine halbe Fuhre — dazu geben sie ihm einen Scheffel (Hafer) zu Futter.“ Der neunte Anspanner hatte neben den Fuhren nur 3½ Acker zu bedienen, der zehnte aber pflügte nur einen Tag im Jahre zum Düngen.

Um 1640 war das Gut in drei Teile zerstückelt. Zum ersten (Schlegel'schen) Teile gehörten 4,9 Hufe Artland, 22½ Acker Wiese und 75 Acker Holz nebst 42 Tagen Spanndienst [danach hätten also 7 Anspanner zu diesem Teile gehört!] und 11 Handfröhner. Ueber den zweiten (Trebra'schen) Teil fehlt es an nähern Angaben: er scheint aus rund 4 Hufen Land ohne Dienste bestanden zu haben. Zum dritten (Eberstein'schen) Teile aber gehörten 4 Hufen Artland außer dem sog. „Tiergarten“ (4¾ Acker), 16 Acker Wiesen und 136 Acker Holz nebst 5 ganghaften Anspannergütern, 9 Hintersassen- (oder Handfröhner-) und 9 Hausgenossen- (oder Drescher-) Häusern. Ueber die Anspanner-Dienste aber heißt es im Lehnbrief von 1643 nach Aufzählung der Zinsen: „Ueber dieses beschicken vorher beschriebene 5 Güter jährlichen ein jedweder 5 Acker Land über Sommer, 5 Acker in der Brache, 5 Acker in der Wendearbeit und 5 Acker über Winter, führen 2 Tage Mist mit vier Pferden und in der Ernte 2 Tage Heu und 2 Tage Getreidig, ist auch ein jedweder schuldig, die Fuhren zu: notwendigen Gebäuden des Ritterhofs

an Holz, Stein, Leimen und was dergleichen von nöten, und bekommt der Eigentumsherr [d. h. der Anspanner, nicht aber seine Leute: Knecht und Enke] über vorherbenannter Arbeit die Kost. Ferner ist auch ein jedweder schuldig, eine Marktfuhre auf 5 Meilen zu verrichten, bekommt aber mehr nicht denn 1 Scheffel Hafer.“ Die 9 Hintersassen hatten je 6 Schock „Botholz“ zu hauen, „und“, heißt es weiter, „seind diese Handfröhner mit der Hand zu fröhnen schuldig alles, was zum Ritterhofs von nöten, worüber ihnen Essen und Trinken gegeben wird; auch seind obberührte Hintersassen verbunden, im Fall der Not die Wache aufm Ritterhof zu halten.“ Betreffs der neun Hausgenossen endlich ist bemerkt: „Und müssen diese Hausgenossen, so eigene Häuser haben, dem Ritterhofs 6 Tage selbänder, eine einzelne Person aber, so kein Haus hat, 12 Tage fröhnen, bekommen gleichergestalt die Kost.“

In dem Zeitraume von 1530—1640 hat sich also eine merkliche Wendung zum Schlimmern vollzogen. Die Ackerdienste der Anspanner sind zwar dieselben geblieben, aber die Erleichterung bei den Marktfuhren (jede fünfmeilige Fuhre wurde früher doppelt gerechnet) ist in Wegfall gekommen; desgleichen ist die Beföstigung, die nach ursprünglichem Brauche allen beim Gespann beschäftigten Leuten zu teil wurde, auf die Person des Anspanners beschränkt worden. Am wesentlichsten jedoch hat sich die Stellung der Handfröhner verschlechtert: ihr Dienst ist geradezu ein ungemessener geworden, und vor allem ist vom Zehntschnitt, d. h. vom Schnitt um die 10. Garbe, keine Rede mehr — es stand also dem Junker jetzt frei, diesen einträglichen Dienst auch an die Hausgenossen zu vergeben!

Bemerkenswerth ist noch die Angabe über die Baudienste. Wie oben bei den Baufröhen erwähnt wurde, hatte Gehofen noch 1606 zu den Kosten der Arterner Schlossbesserung nächst Artern den höchsten Betrag, 40 Thaler, beigezahlt. Hier erscheinen nun die Baudienste plötzlich dem Gute zuständig, ohne daß sich ermitteln läßt, durch welchen Umstand oder bei welcher Gelegenheit sie vom Amte abgekommen sind. Sollten sich die Junker, was während der Wirren des großen Krieges sehr wohl ausführbar war, die Baudienste nur angemacht und sie dann auf Grund obigen Lehnbriefs von 1643 dem Amte in der Folge einfach abgestritten haben? Die Antwort auf diese Frage muß vorläufig ausgesetzt bleiben. Dagegen sei gleich an dieser Stelle bemerkt, daß nach dem unten zu erwähnenden Anschlag von 1721 die zum Harrasischen Gute zu leistenden Bau- und Hand-Baudienste von 4 Anspannern auf 5 Gulden und die Hand-Baudienste von

17-Häusern, „ob sie schon stark, dennoch, weil sie steigend und fallend,“ auf 3 Gulden jährlich geschätzt wurden.

Nach dem Tode des General-Feldmarschalls Ernst Albrecht v. Eberstein (gest. 9. Juni 1676), der sämtliche drei Rittergüter in Gehofen von seinen Verwandten und denen von Trebra an sich gebracht hatte, fiel das Harrafsche Gut an den ältesten Sohn Ernst Wilhelm. Das Zubehör bestand damals aus rund 13,4 Hufen Aderland, 54 Acker Wiesen und 256 Acker Holz, nebst 6 Anspannern, 14 Hintersassen und 12 Hausgenossen mit [Haus- und Acker-]diensten, Baudiensten und Dienstgeldern. Fünfundvierzig Jahre später (1721) wurde zwecks einer neuen Erbteilung ein „beständiger Anschlag des Ritterguts zu Gehofen“ aufgestellt und darin aufgeführt:

1. Drei volle Anspanner, „so jährlich jeder mit vier Pferden 3 Tage Mist fahren, 2 Tage Getreide, 2 Tage Heu, auch 20 Acker pflügen und eine Marktfuhre auf 5 Stunden [!] mit 30 Scheffel Getreide thun müssen“ (Wert dieser Dienste: 14 Gulden pro Mann und Jahr);

2. „Ein anderer Anspanner, so jährlich 1 Tag Mist, 1 Tag Getreidig und 1 Tag Heu führet, auch 3 Acker pflüget“ (also ein Halbspanner, dessen Dienste auf 4 Gulden 10 Groschen 6 Pfg. jährlich veranschlagt wurden);

3. „Fünf Wirtshäuser, so die ordinären Frohne in der Ernte und sonst ungemessen [!] verrichten und jedes 6 Schock Botholz hauen“ (Wert dieser Dienste: 1 Gulden 13 Groschen pro Mann und Jahr);

4. „Drei sogenannte Freihäuser, so in der Ernte selbander 1 Tag harken müssen“ (Wert: 3 Groschen pro Haus und Jahr);

5. „Sieben andere Frohnhäuser, so jedes 1 Tag Gerste harken“ (Wert: 3 Groschen wie vorstehend);

6. „Noch zwei andere Frohnhäuser, welche 1 Tag Gerste sammeln, Kraut und Möhren roden, graben, auf- und abnehmen, alles Heu und Grummt streuen und machen helfen, bei der Kost auch rollen und abladen müssen, auch jedes vor 1 Groschen 4 Pf. und ein Stück Brot 4 Schock Haas oder Flachs brechen müssen“ (Wert: 1 Gulden 10 Groschen 6 Pf. pro Haus und Jahr).

Nach diesem Anschlage hat bei den Anspannern zwischen 1640—1720 eine Dienst-Permutation stattgefunden, indem die Marktfuhre von 5 Meilen auf 5 Stunden Wegs herabgesetzt und dafür 1 Tag Mistfahrfrohne übernommen worden ist. Bei zwei (wahrscheinlich den ältesten) Frohnhäusern ist eine Mehrbelastung durch den Flachsbreche-Dienst eingetreten. Vom Zehntschnitt ist durchaus keine Rede mehr. Desgleichen ist die Be-

köstigung, außer bei den soeben erwähnten beiden Frohnhäusern, vollständig in Abgang gekommen. Die Belastung der Untersassen des Haraßischen Hofes ist also zwischen 1530—1720 fortwährend gestiegen.

Das zweite Gut, der Hackenhof, umfaßte um 1530 rund 8,5 Hufe Ackerland, 47 Acker Wiesen und 140 Acker Holz nebst 7 Anspännergütern und 17 Frohnhäusern. Von den Anspannern dienten vier 2 Tage, einer 1 und einer 3 Tage „mit Wagen und Pferden, damit zu thun, was man sie heißt;“ der siebente aber „dienet mit dem Pfluge, pflüget eine halbe Hufe Landes über Fasten und Winter, führt 4 Tage Getreidig ein, 4 Tage Mist und 4 Tage Heu.“ Von den 17 Handfrohnern mußte „jeder selber selbender dienen, nämlich 42 Acker Wiesenwachs aufbringen, allen Hafer und alles Korn um den Zehnten schneiden, jeder sechs Schock Küchenholz hauen, Flachs, Hanf und Rübsamen abbringen, Kohl setzen und Mist zerwerfen.“ Alle Frohner erhielten an den Frohntagen Beköstigung (Pertinentien-Verzeichnis des Hackenhofs v. J. 1532).

Bei der Erbteilung i. J. 1676 kam der Hackenhof an den Halberstädter Domherrn Anton Albrecht v. Eberstein und nach diesem i. J. 1720, nachdem das „Teichdammgut“ mit 2,5 Hufe Land davon abgezweigt worden war, an dessen jüngern Sohn, den preussischen Oberstwachmeister Otto Maximilian v. Eberstein (geb. 1681, gest. 1740), der seit 1713 mit Magdalene Sophie v. Meusebach aus Voigtstedt verheiratet war.

Unter diesem Eberstein vom Hackenhof spielte sich ein höchst bemerkenswerter Vorgang ab, der keinen Zweifel darüber läßt, auf welche Weise und durch welche Mittel die beim Haraßischen Hofe unzweideutig konstatierte Mehrbelastung der Gehofner Frohnleute eigentlich ins Werk gesetzt wurde. Im vorliegenden Falle handelte es sich um den Versuch, den bis dahin in der goldenen Aue unbekannten Zwangsdienst der Kinder der Gutsunterthanen in Gehofen einzubürgern. Der Hergang aber war nach den gleichzeitigen Angaben im „Handelsbuch“ der Gemeinde Gehofen folgender:

Am Dreikönigstage 1735 wurden dem Bauern Andreas John in Gehofen seitens seines Erbherrn, des Oberstwachmeisters v. Eberstein, 4 Groschen ins Haus geschickt als Mietspennig für seine älteste Tochter Katharine. John verweigerte sowohl die Annahme des Geldes, wie die Hergabe seiner Tochter zur „Gezwangsmagd“, versäumte aber im Vertrauen auf sein gutes Recht, beim Oberauffseheramte in Eisleben Widerspruch zu erheben gegen die Zumutung seines Erbherrn. Am nächsten Gerichts-

tage (in der Fastenzeit) ließ daher v. Eberstein — diesmal als Gerichtsherr — den John und dessen Tochter durch die zur Folge Befohlenen vor Gericht holen und dem Widerspenstigen durch seinen Gerichtsamtmanu eröffnen: er habe seine Tochter zum Antritt des Zwangsdienstes anzuhalten oder Einsperrung zu gewärtigen — von Rechts wegen! John erklärte darauf: er sei alt und brauche sein Kind in der eigenen Wirtschaft, zudem wolle er nicht noch in der Erde verflucht sein wie der Vorbesitzer seines Hauses, der das Botfahren habe, das früher niemals üblich gewesen und verlangt worden sei, so lange Gehofen stehe, endlich aber dürfe und wolle er sich deshalb nicht fügen, weil die ganze Gemeinde dagegen sei. Die Frau Oberstwachmeisterin, geb. v. Meusebach, versicherte darauf dem alten Manne ins Gesicht: „Nun erst recht müsse sie eine von seinen Töchtern zur Magd haben, und sollte es ihr das halbe Gut kosten!“ Man nahm nun das Mädchen selber vor, und da John seiner Tochter mit lauter und gebieterischer Stimme jedes Zugeständnis untersagte, ließ der Justitiarius ihn vom Gerichtsknechte abführen und ins Loch stecken von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends — dann wurde er abermals in die Gerichtsstube geholt. Vater und Tochter blieben jedoch erschütterlich bei ihrer Weigerung, und nun entschied das Gericht, d. h. der Gerichtsamtmanu: daß Katherine John ins Loch zu setzen und an den Klotz zu schließen sei, so lange bis sie ihre Bereitwilligkeit zum Zwangsdienste zu erkennen gebe, „und wenn sie ewig sitzen sollte“ — alles und abermals von Rechts wegen! Das Urteil wurde ohne Aufschub vollzogen, das Mädchen im „Loch“ mit einer Kette an den Klotz geschlossen, ihr Licht und Heizung versagt und zugleich eine Bewachung des Haftraums durch je zwei Mann angeordnet, die John für diesen Dienst aus seiner Tasche bezahlen sollte. Die Wächter, selber Bauern und Gemeindeglieder, lehnten jedoch jede Bezahlung ab. Ueberhaupt machte die Gemeinde die Sache gänzlich zu ihrer eigenen und schickte unverzüglich einige Männer aus ihrer Mitte nach Eisleben. Der Herr Oberaufseher indessen, selber Edelmann und Gutsbesitzer,¹ fand das Verfahren des „Herrn Bruders“ in Gehofen ganz korrekt und zuckte zu der Beschwerde der Bauern die Achseln. Erst nach etwa 3 Wochen, als die Gemeinde ihre schriftlichen Eingaben und mündlichen Vorstellungen unermüdlich wiederholte, und nachdem der Gefangenen in dem ungeheizten Gelaß die Füße erfroren waren, sodaß sich Knoten an ihren

¹ Es war ein Heinrich v. Blinow auf Dahlen und Domsen.
Zeitschr. des Harzvereins XXV.

Beinen bildeten „wie Schöße (Flintenkugeln) groß,“ da erst erfolgte aus Eisleben der Befehl: Katharine John sei mit dem Kloge zu verschonen und durch andere Mittel gefügig zu machen — denn gefügig sollte sie werden, wozu wäre sonst die von Gott verordnete Obrigkeit da gewesen! Demgemäß ließ der Eberstein'sche Gerichtsamtmanu die Gefangene vorführen und fragte sie, ob sie sich nun in den Dienst schicken wolle? — Nein, entgegnete das brave Mädchen, sie wolle alles austehen wegen der Gemeinde. — „Demnach ist Katharine John als eine Ungehorsame ferner in Verwahrnam zu halten und zwar drei Tage wöchentlich im Loch, doch ungeschlossen, die übrige Zeit in der Gesindestube des Amts,“ entschied der Justitiarius, und so geschah es. Abermals saß die wadere Dirne drei Wochen. Am Oßtertage sogar, als alles sich zum Kirchgang rüstete, band der Bogt sie in der Gesindestube an einer Krampe fest. Diesmal aber ersah die Gefangene ihre Zeit. Es gelang ihr, sich des Stricks zu entledigen, die verschlossene Thür zu öffnen und das Weite zu gewinnen. Mehrere Wochen hielt sie sich nun im Dorfe und in der Umgegend versteckt. Da aber dies Versteckspiel auf die Dauer nicht durchzuführen war, entschloß sich die Gemeinde endlich zum letzten Schritt, den sie im Bewußtsein ihres klar zu Tage liegenden Rechts und aus Scheu vor den Kosten bis dahin vermieden hatte. Der Gemeindevorsteher führte die John geraden Wegs nach Eisleben ins Oheraufseheramt und ließ sie dort ihre Klage persönlich vorbringen. Als aber der Herr Oheraufseher auch diesmal die Achseln zuckte, begaben die beiden Dorfleute sich zum Advokaten Otto, und siehe da! was die Bauern in einem Vierteljahre nicht hatten erreichen können, das erreichte der Rechtsverständige in wenigen Tagen. Das Oheraufseheramt erließ einen Befehl, der die John bis nach ausgemachter Sache gegen weitere Maßnahmen ihres Erbherrn sicher stellte, und forderte zugleich beide Parteien auf, ihre Beweise für und wider die Rechtmäßigkeit des Zwangsdienstes beizubringen. Das geschah natürlich von Seiten Johns und der Gemeinde ohne Zeitverlust — die Entscheidung des Oheraufseheramts aber ließ auf sich warten, und so war es dem Oberstwachmeister v. Eberstein möglich, zu Michaelis 1736 abermals zwei Gehofner Unterjassenkinder bei 2 Gulden Strafe zum Dienst zu fordern. Dieser neuen Beschwerde, die abermals durch Otto vertreten wurde, konnte das Oheraufseheramt nicht mehr aus dem Wege gehen. Am 7. November 1736 erfolgte die Entscheidung, daß der Zwangsdienst der Unterhanenkinder als nicht herkömmlich von der Gemeinde Gehofen nicht zu fordern sei. Katharine John aber — bezieht zum Andenken ihre erfrorenen Füße.

Am 20. Januar 1832 wurde zwischen denen v. Eberstein und den Erbhunterassen des Hadenhofs ein Ablösungs-Vertrag wegen der Bau- und Spanndienste geschlossen, auf Grund dessen am 24. Januar 1834 bereits 785 Thaler Ablösungsgelder gezahlt waren. Leider findet sich weder dieser Vertrag noch die Spezifikation der „verschiedenen Arten und Quantitäten der im Januar 1834 noch unabgelöseten Frohndienste“ in der sonst so reichhaltigen und mit unermüßlichem Fleiße fortwährend erweiterten Geschichte der Familie v. Eberstein mitgeteilt.

Das dritte und jüngste der Gehofner Rittergüter, der Trebraische Hof, umfaßte 1662, als er in den Besiz Graf Albrechts v. Eberstein überging, 11,5 Hufe Land, 40 Acker Wiesen und 3 „Fled“ Holz nebst 22 besetzten Höfen. Bei der Erbteilung i. J. 1676 kam er an Georg Sittig, den jüngsten Sohn des Feldmarschalls, mit 14,3 Hufen Land, und 58 Acker Wiesen. Ueber die zu diesem Hof gehörigen Frohnen ist Näheres zur Zeit nicht bekannt.

Die Darstellung der Frohndienstverhältnisse in andern Teilen des Südhärzer Gebiets bleibt dem nächsten Heft der Zeitschrift vorbehalten.

Grabaltertümer. Ausgrabungen. Wüffungen.

Zur neuen Hausurne von Hoym nebst einigen Bemerkungen zu den übrigen Hausurnen.

Von H. Becker.

(Mit einer Tafel Abbildungen.)

Herr Amtmann Behm hat bei Besprechung dieses seines Fundes bereits die Liebenswürdigkeit gehabt, eine eingehende Arbeit von mir über diese neue Hausurne anzukündigen. (Diese Zeitschr. 1891, S. 251.) Ich bin dazu aufgefordert und zwar durch unsern lieben, allverehrten Herrn Dr. Jacobs. Sodann muß ich auch des Herrn B. v. Röder in Hoym dankbar gedenken, der manche Bemühung in gewohnter Weise freundlichst übernommen hat. Allerdings gestehe ich auch gern, daß ich diese Besprechung mit vieler Freude übernommen habe, da mein früherer Pfarrort Wilsleben gerade zu den Hausurnen eigenartig hervorragende Beziehungen hat. Ich bin diesen Beziehungen nachgegangen im Interesse der Ortsgeschichte, und da ist mit der Beschäftigung und der wachsenden Einsicht in die Wichtigkeit gerade dieser Funde auch die Lust an der Sache gewachsen.

Die Hoymer Hausurne ist die 16. der bis jetzt bekannt gewordenen deutschen Hausurnen und von diesen 16 stammen nicht weniger als 11 aus dem nordöstlichen Vorlande des Harzes. Wilsleben bildet da den Mittelpunkt. Es hat 3 geliefert, nämlich die, durch welche der Name Hausurne überhaupt aufgefunden ist und zwei Zwillinge.¹ Letztere sind es, mit denen die neue Hoymer die engste Verwandtschaft aufweist, eine Verwandtschaft, die geeignet ist, gegenseitige Aufklärung über fragliche Punkte zu liefern. Zu dieser Gruppe der eigentlichen Hausurnen — das Wort im engeren Sinne genommen — gehört nur noch eine, die von Staßfurt. Dieser Fundort liegt ziemlich ebenso weit von Wilsleben nach Nord-Osten, wie Hoym davon nach Süd-Westen, d. h. etwa 2 Stunden Weges. Das hauptsächlichste Merkmal dieser Gruppe ist die ausgesprochene Firklinie des Daches. Von der andern Gruppe, welche ein kegelförmiges Dach und in demselben die Thüröffnung hat und deshalb die wahrscheinliche Urform des Hauses, die Röthe, hinreichend deutlich aufweist, sind 2 auch aus unserer Gegend, nämlich die von Unseburg und die von Polleben, während 2 andere weiter nach Osten führen, nämlich die von Burg-Remnitz bei Bitterfeld und die von Lochheim bei Zerbst. Die

dritte Gruppe mit mehr oder weniger an die Halbfugel erinnerndem Dache und der Thür in der Seitenwand ist in der Harzgegend nur vertreten durch 2 stark degenerierte Urnen von Wulferstedt. Bei ihnen überwiegt der Topfcharakter in der ganzen Formgebung den Charakter des Hauses. Dieser letztere tritt viel deutlicher heraus, und zwar als ziemlich dieselbe Form, wie sie auf der Antoninsäule dargestellt ist, backofenähnlich, bei den 3 ziemlich weit nördlich vom Harze gefundenen, nämlich denen von Luggendorf (Ost-Prignitz), Sandow (West-Prignitz) und Ried-Indemarf (Mecklenburg). Dagegen giebt es von der letzten Gruppe, die gar kein Dach, sondern einen abnehmbaren Deckel hat und die nur durch die seitliche Thür an das Haus erinnert, nur 2 aus der Nähe von Halberstadt, nämlich eine von der Elus und eine von Rienhagen.

Indem ich im Uebrigen bei dieser Einreihung der neuen Hoyer Hausurne in die Zahl der übrigen auf meine Aufsätze in dieser Zeitschrift, Jahrgang 1888 S. 213 ff., 1889 S. 222 ff. verweise, erlaube ich mir nur noch zu bemerken, daß die beiden im Besitze des Herrn Dr. Friederich in Wernigerode befindlichen Hausurnen von Wulferstedt eine auffallende Analogie zu den nordischen bilden. Die dänischen sind sämtlich im Kopenhagener Museum f. nordische Altertümer zusammengestellt und der Zahl nach nur 4. Besonders sind 2, eine aus Gothland (Schrant 94 Nr. 1 der Abbildungen) und eine aus Bornholm (noch nicht öffentlich ausgestellt, im Herbst 1891 — Nr. 2 der Abbildungen) von überraschender Ähnlichkeit mit denen von Wulferstedt. Sie sind nur schlanker und höher. Denselben Typus zeigt, wenn anders ich eine mündliche Mitteilung des Herrn Dr. Voß, Direktors des Mus. f. Völkertunde in Berlin, recht aufgefaßt habe, die einzige erst kürzlich sonst aus dem Norden bekannt gewordene und von Montelius beschriebene schwedische Hausurne. Die dritte dänische Hausurne (Schrant 97, auch aus Bornholm, Nr. 3 der Abbildungen) kann man sehr wohl als auch zu den beiden genannten gehörig auffassen. Sie ist oben geschlossen, und zwar bald über der Thür, mit einem flachen Deckel, als ob der anfertigende Töpfer sich die Mühe des künstlicheren Aufsatzes der andern nicht hätte machen wollen. Ein flacher Deckel will gar nicht an ein Hausdach erinnern. Daß die 4. dänische Hausurne (Schrant 97, auch aus Bornholm — Nr. 4 der Abbildungen) fast identisch ist in ihrer ganzen Gestalt mit der von Kurz-Kemnitz ist schon früher von mir erwähnt; ebenso daß die italienischen Hausurnen fast sämtlich, so zahlreich sie auch sind, den Typus der Wilsleber Zwillinge ziemlich stark tragen. Da aus andern Ländern Hausurnen nicht bekannt geworden sind, so bildet die Linie der Fund-

orte eine von Norden nach Süden; ein Weg vieler Wanderungen in späterer geschichtlicher Zeit. Ich erinnere nur an die Wanderung gerade auch von dem nordöstlichen Vorlande des Harzes und dem Schwabengau, wo die Sachsen des Schwabengaus mit den Longobarden der Ostseeküste nach Italien ziehen. (568 n. Chr.)

Die neugefundene Hausurne von Hoya wird nicht verfehlen, berechtigtes Aufsehen unter den Fachleuten zu machen und zwar hauptsächlich dadurch, daß das Dach auf dem First und am unteren Rande mit liegenden Pferden geschmückt ist, eine Sache, die noch nirgend beobachtet ist.

Wenn Herr Amtmann Behm daher diese Urne, die schon beim Ausgraben durch Nichtachtung eines solchen alten Topfes fast dem Untergange geweiht war, mit Aufbietung der größten Sorgfalt bewahrt hat, so hat er sich den lebhaften Dank aller Fachkreise verdient. Auch die kleineren Stücke sind mit großer Sorgfalt gesammelt und konserviert. Auch dafür gebührt diesem Herrn besonderer Dank, daß er diese Urne in uneigennützigster Weise einer öffentlichen Sammlung, der Sr. Hoheit des Herzogs von Anhalt in Gr. Kühnau bei Dessau, übergeben hat.

Wir wollen sie uns nun näher ansehen. Der Grundriß zeigt eine Ellipse, deren größerer Durchmesser 24,5 cm und deren kleinerer 18 cm hat, die also immerhin sich nicht gerade allzuweit von einem vollständigen Kreise entfernt. Die Abrundung, besonders auch an der Unterfläche, ist so entschieden ausgedrückt und so klar, daß gar kein Zweifel darüber sein kann, der Verfertiger hat mit Absicht eine solche Rundung darstellen wollen und nicht etwa ein vierkantiges Haus. Wo er scharfe Kanten bilden wollte, auch im rechten Winkel, da sind dieselben ebenso energisch und klar ausgedrückt. So bildet die Grundfläche zur Seitenwand einen ganz bestimmten rechten Winkel; ebenso finden sich im Uebergange von der Seitenwand zum Dache zwei scharf ausgedrückte rechte Winkel. Es ist wichtig, dies festzustellen, daß der anfertigende Meister unserer Urne mit aller Klarheit einen runden Grundriß, und nicht einen viereckigen hat geben wollen. Wenn wir jetzt an Häuser denken, so ist der viereckige Grundriß so selbstverständlich, daß man, bei einem Wohnhause wenigstens, einen runden einfach lächerlich finden würde. Nun ließen die Wilsleber Zwillinge — ich bitte, mir durchgehends diesen kurzen Namen für die beiden zunächst zur Vergleichung sich aufdrängenden Hausurnen zu gestatten — in ihrer mehr unbeholfenen und viel weniger sauberen Arbeit sehr wohl dem Zweifel Raum, ob der Grundriß nicht vielleicht nur ein ungeschickt dargestelltes Viereck sei, zumal die sogenannten Königsauer Urne, welche auch aus Wilsleber Pfarrader stammt, ein klares Rechteck als Grundfläche zeigt. Aber es ist

wohl zu beachten, daß diese Königsauer Hausurne von sämtlichen deutschen, auch nordischen und italienischen Hausurnen — letztere, soweit sie mir durch Abbildung oder in natura bekannt geworden sind — die einzige ist, welche einen viereckigen Grundriß hat. Alle übrigen haben einen mehr oder weniger kreisförmigen. Auch die Abbildungen von deutschen Hütten auf der Antoninsäule in Rom zeigen runden Grundriß. Wenn daher die so nahe mit den Wilsleber Zwillingen verwandte Hoymer Hausurne runden Grundriß zeigt, so ist mit Sicherheit auch für diese beiden ein runder Grundriß anzunehmen.

Und ein runder Grundriß ist auch der natürlichere aus andern Gründen für Gebäude in dieser frühen Zeit. Ich habe mich schon in meiner ersten Arbeit über die Hausurnen dahin ausgesprochen, daß wir in der Röthe, wie sie noch jetzt auf dem Garze u. a. D. von den Holzhauern gebaut wird, höchst wahrscheinlich das Urbild unserer Wohnstätten zu suchen haben. Für diese Ansicht habe ich eine interessante Bestätigung gefunden in einem Reiseberichte des P. Seippel-Ostingersleben über seine Nordlandfahrt.² Da heißt es: „Im Lager lernten wir auch die Wohnung der Lappen, die Kota, kennen“. . . . „Ist man im Frühling mit der Herde am bestimmten Weideplatze in der Nähe der Küste angelangt, so wird die Kota erbaut. Man schlägt starke Birkenpfähle im Kreise in die Erde, so daß sich die Spitzen nach oben zusammen einigen und diese ein rundes Loch für den abziehenden Rauch und das Licht offen lassen. Nun werden die Pfähle mit Birkenrinde bekleidet, über welche dann noch eine starke Schicht Moos und Torf oder Rasen kommt; vorn bleibt eine niedrige Oeffnung zum Hineinkriechen und die Kota ist fertig, eine kuppelförmige Hütte.“ Da haben wir nicht allein die Sache sondern auch den Namen der Röthe hoch oben im Norden bei den Lappen und woher sollte sonst solche weit abliegende Beziehung kommen, wenn nicht von der auch sonst bezeugten uralten früheren Gemeinschaft? Bei der Röthe ist aber der Kreis als Grundriß ganz selbstverständlich; ein Viereck würde sehr viel mehr Schwierigkeiten bieten. Aber auch, wenn wir an die Wohnungen denken, wie sie Tacitus bei unsern Vorfahren schildert, d. h. Löcher in der Erde und darüber ein Dach — solche Wohnungen finden sich u. A. noch jetzt in Rumänien³ — so war dabei ein mehr oder weniger runder Grundriß das Naturgemäße. Scharfe Ecken mit unzureichenden Werkzeugen zu bilden, wie wir sie zu damaliger Zeit voraussetzen müssen, war schwerer, dazu auch zwecklos. Ein Dach, das von allen Seiten spitz zulief, also eine rundliche Basis hatte, war am leichtesten herzustellen. Haben nicht auch die ältesten Türme runden Grundriß? Ebenso sind die ältesten Erdwälle zu

Verteidigungszwecken und die ältesten Burgen rund und nicht viereckig.

Die Wandung unserer Hoymer Hausurne zeigt überall, die senkrechte Richtung angesehen, eine gerade Linie in ziemlich sauberer Ausführung. Sie hat bis unter die Dachleiste eine Höhe von 17,5—18 cm. Daß wir uns diese Wand nur von Holz, etwa auch mit Zwischenfüllung von Reisig und darüber Lehmewurf, zu denken haben, was das durch die Hausurne nachgeahmte wirkliche Haus betrifft, bedarf wohl keines besonderen Beweises.

Die Thür ist die bekannte mittels Lochstabes zu sichernde Platte. Der Lochstab wird geführt durch zwei Oeffnungen in den die Thür einfassenden Leisten. Herr B. von Röder teilte mir übrigens mit, in Hoym sei mehrfach die Verschlusart an Thüren mittels Lochstabes an alten Häusern angebracht. So sei es bes. bei der alten Post, welche anfangs des vor. Jahrhunderts erbaut sei, der Fall; das ist dasselbe, was ich auch in Wilsleben betreffs der dortigen Pfarre hervorheben konnte. Wir haben eben viel mehr thatsächliche Ueberlieferungen aus den ältesten Zeiten, als wir uns dessen gemeinhin bewußt sind. Die Thüröffnung ist beinahe quadratisch, nämlich bei 8 cm Höhe unten 8 und oben 7 cm breit. Die Thürplatte greift ein wenig über den Rand dieser Oeffnung und zeigt inwendig Eindrücke desselben. Sie hat aber auch hier nicht, gerade wie bei den Wilsleber Zwillingen, eine Art durchbohrten Knopf für den Lochstab. Das kommt wohl daher, daß der Lochstab, entsprechend den 2 cm langen, aber dafür ziemlich schmalen Löchern, von Holz gewesen sein muß und nicht, wie das auch vorkommt, ein dünner Stab von Bronze. Man hat hier von diesem Lochstabe keine Spur mehr vorgefunden; begreiflich, wenn er von Holz war. Die einfassende Leiste geht übrigens in mehr abgerundeter Linie nur zu beiden Seiten und unterhalb der Thüröffnung entlang, während oben statt derselben die Dachleiste eintritt. Von dieser wird sie aber nicht vollständig aufgenommen, sondern flacht sich vor ihr ab. Sonst bildet sie eine 2½ cm vorstehende Wand in der Dicke etwa der Urnenwandung. Bei den Wilsleber Zwillingen sind nur 2 senkrechte oben und unten abgeflachte Stücke angebracht. Es fehlt also die Unterseite der Leiste, statt welcher sich die Andeutung eines Wulstes zur Stütze der Thür nach unten findet. Die Hauptsicherung gegen das Herabfallen liegt aber bei den Wilslebern in 2 Nieten, die zugleich eine geringere Oeffnung der Thür durch Aufklappen nach oben zu ermöglichen, ohne das beschwerliche Wegnehmen derselben. Ein solches Aufklappen nach oben war schon wegen der

Höhe des Thürloches über dem Boden das praktischste. Wir haben hier die erste Idee der Thürangeln und einer Bewegung der Thür mittels Aufhängen an dieselben. Das fehlt hier bei der Hoymer. Die Hoymer für älter zu halten, als die beiden Wilsleber, giebt das eine gewisse Unterlage. Die Thüröffnung steht 6,5 cm über dem Erdboden (die Einfassungsleiste $3\frac{1}{2}$ cm) also ziemlich hoch. Das hatte verschiedene Zwecke; zunächst wohl Schutz gegen Eindringen des Wassers, obwohl hier bei unserer Urne keine Andeutung ist, daß der innen liegende Fußboden tiefer als die Erdoberfläche war. Bei den Wilsleber Zwillingen liegt sicher in der Abschrägung nach innen, welche die Seitenwände unten zeigen, eine solche Andeutung. Ein weiterer Zweck ist der Schutz vor dem Vieh. Hier in Lindau sind früher im Zuge der Kirchhofsmauer, wo sonst von der Straße aus das Vieh nach den Gräbern des Kirchhofs hätte eindringen können, sogenannte Uebersteigeln angebracht gewesen. In Isterbiez, eine Stunde von hier, giebt es jetzt noch einen solchen. Im Jahre 1649 klagt der Pastor Betichius in Weiden, daß ihm die Schweine, die frei im Dorfe umherliefen, selbst während des Gottesdienstes in die Kirche gedrungen seien. Herr Professor Zentsch in Guben, dem ich auch jetzt wieder für mancherlei Nachweisungen dankbar bin, hatte die Güte, mir einige Randbemerkungen zu meinem ersten Aufsatz über die Hausurnen zukommen zu lassen. Da heißt es auch: „Die Erhöhung der Thür über den Boden ist mir nicht so ganz fremd. In den alten Bauernhäusern und auch in den alten Vorstadthäusern der Niederlausitz habe ich noch vor 10—20 Jahren Haus- und Stubenthürschwelle gesehen, die man nicht ohne Mühe überschritt. Beim Zimmern mag es bequemer sein, die Balken glatt weg der Länge nach aufzulegen. Sodann glaube ich auch darauf hinweisen gehört zu haben, daß diese Schwelle vor Tieren (die im Hofe frei herumlaufen), wie auch vor Ungeziefer schütze.“

Noch eins inbetreff der Thür. Auch hier wieder, wie bei allen Hausurnen unserer Gegend, bei denen eine breitere und eine schmalere (Giebel-)Wand zu unterscheiden ist, finden wir die Thür in der breiteren Wandseite, entsprechend dem alten Bauernhause im Süden Deutschlands. Das alte sächsische Bauernhaus und die italienischen Hausurnen haben die Thür in der Giebelseite und diese bieten sich doch im Uebrigen zunächst zum Vergleiche dar. Daß das unserer Mittelstellung zwischen Nord- und Süd-Deutschland entspricht, darauf habe ich bereits früher aufmerksam gemacht. Ich möchte hier nur hinzufügen, daß die Anbringung der Thür, zumal einer so großen, wie sie die italienischen Hausurnen haben, wenn auch mehr Schutz im Hause

vor Wind und Wetter, doch auch mehr technische Schwierigkeiten bot. Nimmt man eine gemeinsame Grundform für die entsprechenden deutschen und die italienischen Hausurnen an — was mir sehr naheliegend zu sein scheint — so würden also die italienischen eine spätere Ausbildung zeigen. Im Uebrigen möchte ich hier die Bitte aussprechen, man möge bei etwaigen Ausgrabungen neuer Hausurnen darauf achten, ob nicht dieselben so gestellt sind, daß die Thüröffnung nach Osten zeigt. Wenn ich mich recht erinnere, war das der Fall bei der von mir nach Berlin gesandten Urne. In unserer Gegend ist, wie selbst die Bäume dem Kundigen zeigen, Westen die Wetterseite. Da durfte keine Thür liegen, wenn das Haus Schutz bieten sollte. Dazu war ja die Thür die einzige Lichtöffnung. Was die Morgen-sonne bedeutet, wissen besonders die Jäger. In der That finden wir so viel Spuren, daß in der frühesten Zeit die aufgehende Sonne als das Leben weckende, Furcht und Angst vercheuchende Prinzip betrachtet wurde, daß ich mich nicht wundern würde, auch durch die Lage der Thüren das bestätigt zu finden. Bei den Rundwällen, die man bekanntlich als die ältesten Schutzbauten aus Erde ansieht, ist die Ausgangsöffnung ebenfalls immer im Osten.

Ich komme nun zu dem interessantesten Teile unserer Hoyer Hausurne, dem Dache. Beim Grundrisse des Daches erscheint die Ellipse des Hausgrundrisses an den Schmalseiten zugespitzt, ähnlich dem Bilde einer Zitrone. Das kommt daher, daß der spitze Winkel des Dachquerschnittes, der in der Firslinie gipfelt, wenn auch nicht ganz so spitz, doch vollkommen erkennbar und deutlich weiter geführt wird, beim Umbiegen nach den Giebelwänden zu. Die Giebelwände gehen eben nicht senkrecht weiter, wenn sie die Simshöhe erreicht haben, um mit einem Dreiecke, dessen Spitze in der Firslinie liegt, abzuschließen, — das geschieht ja in der Regel bei modernen Häusern — sondern sie hören auf am untern Dachrande und auch von der Giebelseite strebt nach dem First zu ein Dacheil. Das ist so bei allen Hausurnen. Hier aber bei der Hoyer geschieht das nun vollkommen deutlich so, als wenn von Hause aus die Giebelwand einen stumpfen, nach außen vorragenden Winkel gebildet hätte und nicht abgerundet gewesen wäre. Die schrägen Flächen des Daches sind, wie bei den Wilsleber Zwillingen das noch mehr der Fall ist, ein wenig konver gehalten. Oben am First sind parallel mit der Firslinie 2 c. 7 mm breite flach-hohlkehlenartige Linien sichtbar, in deren untere auf der Vorder- und Hinterwand des Daches je 6 eben solche vertiefte Linien, die von unten nach oben geführt sind, auslaufen. Da die eine Hohlkehle des Firstes auch nach den Giebelwänden des Daches weiter geführt ist,

diese in 2 gleiche Hälften teilend, so sehen wir, wie auch auf diese Weiterführung je 3 sich allmählich ergänzende Hohlklinien ausmünden. Wenigstens scheint es so sein zu sollen. Die Ausführung ist etwas flüchtig und nur an einer Stelle sind deutlich diese 3 Linien sichtbar. Wie wir diese Hohlkehlen zu deuten haben, kann nach der Art, wie die Wilsleber Zwillinge einen Parallelismus bieten, nicht zweifelhaft sein. Sind dort sehr deutlich ausgesprochen Balken oder Sparren, so sollen solche durch unsere Linien wenigstens angedeutet werden, da man sie nicht für das Auge vermissen möchte. Eine Dachkonstruktion solcher Art, wie sie hier durch die besprochenen Linien angedeutet ist, bietet in sich vollkommen Halt und ist durchaus sachgemäß. Die älteste Dachkonstruktion in Holz! Für die Geschichte der Architektur nicht unwesentlich. Ich erwähne das, da gerade auch aus dem Kreise der Herren Architekten die Hausurnen, wie natürlich, Beachtung gefunden haben. Herr Hans Pfeifer, Herzogl. Kreisbaumeister in Braunschweig, hat z. B. die Güte gehabt, mir Skizzen zu einem Vortrage über die Dörfer und Bauernhäuser im Herzogtum Braunschweig zuzusenden, wo auf Blatt 5, 6 und 7 Hausurnen dargestellt sind. Ich erlaube mir, hier dafür zu danken. — Bei den Wilsleber Zwillingen fehlt die Nachweisung der Balkenkonstruktion an den Giebelseiten, bei den italienischen ist sie fast regelmässig.

Der Firstbalken war jedenfalls eines der wichtigsten Stücke bei dieser Hauskonstruktion, und wenn in den ältesten Urkunden das Haus als fahrende Habe betrachtet wird, so sind mit dem Worte Haus sicher nur die wesentlichen Bestandteile gemeint. Dazu hat sicher vor Allem der Firstbalken gehört, der vielleicht in der Biegung nach beiden Seiten hin schwer zu haben war und dann den ganzen Grundriß bedingte. Ob das vielleicht auch mit dem Namen Firstbalken [first englisch = erster] angedeutet werden soll?

Auf dem First liegen 2 Balken übereinander. Der obere ist offenbar nur als Unterlage für die krönenden Tierbilder gedacht. Der Verfertiger unserer Hausurnen war offenbar ein praktischer Mann. Er sagte sich, wenn da oben solche großen Verzierungen angebracht werden sollen in Wirklichkeit, so ist es schon besser, auf ebener Erde dieselben in einen Balken einzufügen und dann fertig auf das fertige Gerüst aufzusetzen, als oben auf dem Firstbalken, den man ohnehin damit schwächen würde, erst Löcher zur Befestigung einzubauen und überhaupt das Nötige zu starker Befestigung da oben auszuführen. Jedenfalls durch solche Anbringung von Tierfiguren hat sich aber der Thonkünstler veranlaßt gesehen, nicht auch die überragenden Balkenenden, welche die

Wilsleber Zwillinge am Giebelende zeigen, aufzusetzen. Diese fehlen also hier.

Dieselben Tierbilder finden sich, und zwar ein wenig größer, noch 8 mal am Dache angebracht, so daß daran im Ganzen 10 sich finden. Diese letzteren 8 liegen auf einer Art Leiste oder Galerie, welche rings um das Dach an der untern Linie desselben herumläuft, auf und sind von dieser nicht geschieden. Es ist auch kein Strich angebracht, um eine Scheidung anzudeuten, so daß bei einem wirklich so ausgeführten Hause Leiste und Tierfiguren aus einem Brette hätten gemacht sein müssen. Die Tierfiguren sind sämtlich nicht vollrund gehalten, sondern nur in der Dicke der Wandung ausgeführt. Sie sind so geordnet, daß über der Thür sich je 2 den Kopf zuwenden und die Hintertiere ihren Vordertieren es in der Stellung nachthun, so daß hinten 2 sich die Schwanzseiten zuwenden. (S. die Rekonstruktion der Urne; Abbildung Nr. 5.)

Ehe ich zur Beschreibung der Tierfiguren gehe, möchte ich bemerken, daß bei den Wilsleber Zwillingen an Stelle der Galerie eine auffällige Wulst erscheint, die nicht eckig abgeschlossen ist, sondern einen dreieckigen Querschnitt mit abgerundeter Spitze hat.

Diese Wulst zu deuten, erschien mir bis vor Kurzem eine unmögliche Sache. Sie ist selbst noch bei der Königsauer Hausurne, die doch sonst unsern Bauformen sehr nahe liegt, deutlich erkennbar als ein Konstruktionsstück, der sich durchaus nicht von selbst als überragender Teil des Daches gebildet hat. Sie muß jedenfalls als selbständiger und für die damaligen Zimmerer durchaus notwendige Konstruktions-Bestandteil aufgefaßt werden. Man sehe nur hin, wie weit sie ausladet, wie massig sie erscheint und auch nach unten eine Schrägung zeigt. Bei einer der italienischen Hausurnen, welche in Vetulonia gefunden ist,⁴ „springt die starke ungefähr 1 cm dicke Dachtraufe 3 cm vor und ist in unregelmäßigen Abständen (1—3 cm) von Löchern durchbohrt“. Ich glaube jetzt die Deutung mit aller Sicherheit dahin geben zu können, daß diese Wulst Umschnürungen darstellt, die um so stärker sein mußten, je schwerfälliger das Gerüst des ganzen Hauses war. Die erwähnten Löcher wollen dann andeuten, daß man, um das Herabgleiten zu verhüten, Holznägel in die Fugen hineinzutreiben sich genötigt sah sobald eben die Umschnürung zu massig wurde. Solche Umschnürungen finden sich auf allen den Hütten der Antoninsäule. Man kann da deutlich gedrehte Stricke erkennen an der schrägen Schraffierung dieser Darstellungsteile.⁵ Man achte auch auf die vielen noch jetzt gebräuchlichen Ausdrücke von binden und Binder bei den Zimmerleuten, obwohl jetzt doch

das Seil als Konstruktionssteil des Hausbaus von den Zimmerleuten natürlich aufs Strengste verpönt ist. Wahrscheinlich hat auch die Bedeutung des Wortes Sims (oder Gesims) mit dieser Umschnürung Zusammenhang. In den Wörtern „sammeln, zusammen“ bedeutet doch die Stammsylbe sam ein Zusammenbinden, Zusammenfügen. Ebenso könnte man in dem Worte Summa, wenn es auch Gleichklang hat mit dem latein. „summus“, in seiner Bedeutung als Ergebnis der Addition dasselbe Zusammenbinden entdecken. Doch kann ich darüber keinen weiteren Nachweis führen. Nur das möchte ich noch bemerken, daß die gothische Bibel Grundmauer und Stadtmauer mit grundu-vaddjus und baurgs-vaddjus übersetzt. „Das ist die deutsche Wand und vaddjus hängt wohl zusammen mit dem gothischen vidan (vadjan) binden.“ [Wiebe, Weebe = Weibe, der ursprüngliche Stoff zum Binden.]⁶

Jedenfalls treibt aber diese Erkenntnis in ihrer eigenthümlichen Fremdartigkeit gegenüber unserer heutigen Baumeise an, von da aus die ganze Konstruktion des damaligen Hauses sich zu vergegenwärtigen, schon aus dem Grunde, weil sich allein auf der richtigen Auffassung der Sachen auch die ursprüngliche Bedeutung der Worte, wie sie beim Bau sich eingebürgert haben, aufbauen kann. Auf die Gefahr hin, vielleicht zu weit abzuweichen, möchte ich meine Auffassung in dieser Angelegenheit darlegen. Mögen Verufenere dann wenigstens eine Anregung darin finden.

Die Anregung zum Bau einer Röhre und zugleich das Vorbild für dieselbe gaben ohne Zweifel zusammengebundene Zweige von Sträuchern oder jungen Bäumen. Bezeugt doch Tacitus von den Finnen: „Sie leben in tiefster Barbarei und Armut und haben weder Waffen, noch Pferde, noch Häuser, die Jagd muß ihnen alles liefern. Einzigen Schutz gegen Unwetter und wilde Tiere bieten ihnen einige verschlungene Zweige. Dies ist das Heim der jungen Jäger und die Zufluchtsstätte der Greise.“⁷ Aber die Röhre hatte einen Uebelstand. Man konnte darin seine Glieder nicht recken und strecken. Aber wie sehr man auch Abhärtung liebte — bekannt ist, wie die Cimbern beim Ueberschreiten der Alpen hoch oben in eisigen Regionen mit heller Luft ihre bloßen Körper allen Unbilden der Witterung Preis gaben — es war doch eine Wohlthat bei dauerndem Unwetter oder bei Krankheit oder im Alter ein schützendes Obdach zu haben und im Winter dauerte es oft länger, als man wünschte, daß man darunter aushalten mußte. Da gab es zwei Wege, die Innenmauer so weit auszuweiten, daß man einigermaßen Raum beim Stehen hatte. Man vertiefte nach unten oder man hob die Wände nach oben. Es geschah beides. Wir fassen nur


das letztere ins Auge, weil dies allein die Umformung bedingte. Da werden solche Zweige die nächste Idee gegeben haben, die im unteren Teile senkrecht und im oberen schräg waren, sei es von Natur, sei es durch künstliche Biegung. Blieb man nun bei der Gipfelfung in einem Punkte, so entstanden die Häuser mit flachen halbkugelförmigen Dächern, oder die Wartturmurnen. Aber je festeres Material man nahm, um dauerhaftere Häuser zu zimmern, desto mehr Schwierigkeiten mußte es machen, die ersten Gerüstbalken auf einem Punkt zu sammeln und da zu befestigen. Man mußte dabei auf die Idee des Firstbalkens kommen, der zu beiden Seiten stützende Streben aufnahm und ihnen Halt gab. Dadurch wurde der ungeru verlassene und altgewohnte Kreis des ursprünglichen Grundrisses zur zaghaften Ellipse. Aber die überragenden Enden an der Spitze der Röhre hielt man fest, und mußte man festhalten, um die ersten stützenden Balken aufzurichten, aber, wenn allein das Notwendige geschah, nur an zwei Punkten. So entstand das Gerüst des Hauses, wie es die Wilsleber Zwillinge darstellen und wie es nachklingt in den altfächsischen Bauernhäusern mit ihren übergreifenden Giebelspitzen. Diese übergreifenden Balkenenden an den Giebelseiten sind nur zu verstehen, wenn man die Balken am Kreuzungspunkte zusammenband mit wirklichem Seile. Nur so hatten sie Zweck. Zusammengelehnte Enden konnte man nicht an ihrem Stützpunkte mit einem Seile umschnüren, ohne daß es nach oben auswich.

Machte man nun die Balken der Seitenwände und die Dachsparren aus einem Stück oder aus zweien, jedenfalls lag da, wo die Biegung nach oben zum Dache hin begann, die größte Neigung, auseinander zu fallen, und ob man nun dort schon mit Bastseilen oder Weiden Ober- und Unterteil zusammen gebunden hatte oder nicht, hier mußte man vor Allem zusammenhaltende, reifenartige Bänder umlegen. Die Bilder auf der Antoninsäule zeigen sehr deutlich, daß man hier, jedoch auch an anderen Stellen, dieselben umlegte.

Jedenfalls aber ist festzuhalten, daß der Dachraum nicht durch eine wagerechte Decke von dem eigentlichen Wohnraum ursprünglich geschieden war. Die Querbalken, die dazu angebracht sind, sind jedenfalls eine spätere Erfindung. Sie ersetzten, wie man fand, das Zusammenbinden — ein großer und wichtiger Fortschritt. Das alemannische Gesetz bestimmte, ein Neugeborenes habe gelebt, wenn es die Augen geöffnet und die 4 Wände und das Dach erblickt habe „ut possit aperire oculos et videre culmen domus et quatuor parietes.“⁸ Ich habe als Hauslehrer in Pommern noch sogenannte Rauchkathen getroffen, wo man auch bis in den „Hahnebalken“, d. h. wirklich den Balken,

wo der Haushahn mit seinen Hühnern saß, und bis an das Culmen des Daches blicken konnte, sobald man den Innenraum durch die Thür betreten hatte.

Bei solcher Konstruktion mittels wirklichen Bändern, um das Auseinanderfallen zu verhüten, ergaben sich nun aber auch andere verschiedenartige Aufgaben für den Zimmermann. Zuerst mußte dem Rauche Abzug verschafft werden. Dies wurde zuerst der Thür allein überlassen. Je höher sie war, desto besser erfüllte sie diesen Zweck. Das ist jedenfalls der Hauptgrund für die Hochlegung der Thür bis ins Dach gewesen, wenn auch andere Gründe, z. B. die bei den Warttürmen später so stark in den Vordergrund tretende Leichtigkeit der Verteidigung, mit gesprochen haben mögen. Jedoch haben die italienischen Urnen schon in den Giebeln ganz oben ein kleines Loch, das sogenannte Uhlenloch der sächsischen Bauernhäuser, das auch hier diesem Zwecke diente. Sodann mußte die Feuchtigkeit, die bei atmosphärischen Niederschlägen zunächst das Dach anging, von den Wänden abgeleitet werden. Es war ein anderes, die Röhre mit Rasen zu bekleiden und da zu erfahren, wie das vollständig Regen und Schnee abhielt, oder das Dach eines Hauses, welches senkrechte Mauern besaß, so bekleiden, daß die Feuchtigkeit nicht an die Wände geleitet wurde. Dazu bekleidete man, wie wir an der Königsauer Hausurne sehen, das Sims zugleich mit dem Stroh oder Schilf des Daches, oder man ließ die Seitenwände oben überhängen, wie das besonders aus der Stahlfurter, aber auch aus andern Urnen sich zu ergeben scheint. Das letztere war aber jedenfalls das Unvollkommenere. Eine dritte Aufgabe war, die senkrechten Wände so zu dichten, daß sie die Witterungseinflüsse aushielten. Man hat sicher schon sehr früh die Stämme der Wände mit Reisig durchflochten und das Flechtwerk mit Lehm verschmiert. Die Eigenschaft des Lehms, im Wasser zu erweichen und dann getrocknet ziemlich hart zu werden, kannte man schon vom Anfertigen der Töpferware her. Der Zweck wurde dadurch so gut erreicht, daß man bis in die neuere Zeit hinein in dieser Weise Wände aufgeführt hat.

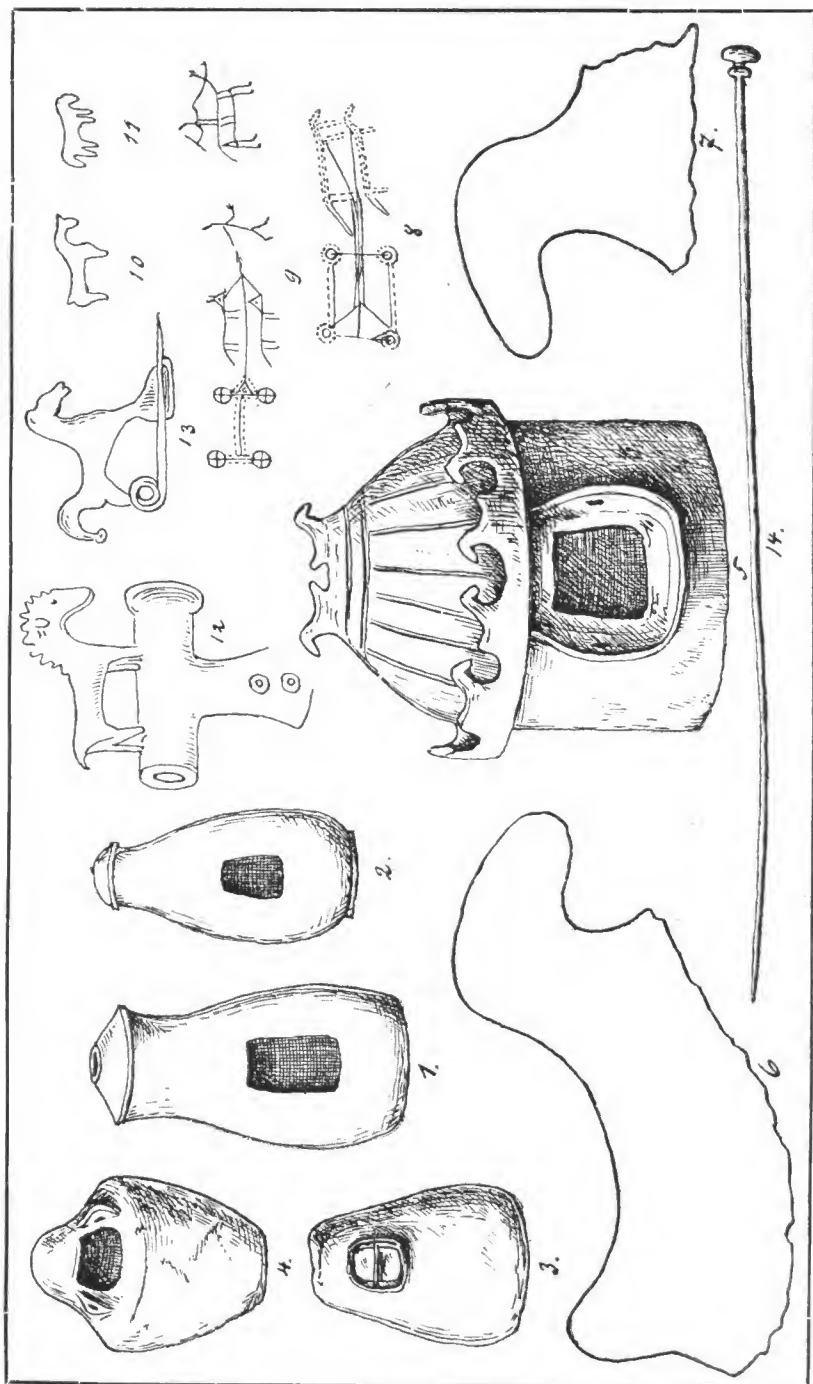
Und nun nur noch die eine Bemerkung, daß sich bei dieser Anschauung auch sehr gut die -förmige Figur an den Enden des Firstbalkens erklärt, wie sie bei italienischen Urnen öfter sich zeigt und auch bei altsächsischen Bauernhäusern nachgewiesen ist. Es sind „Dachflüge“, welche offenbar dazu angebracht sind, das Ausweichen des wichtigen Firstbalkens nach rechts und links, sowie vielleicht auch nach oben und unten, zu verhindern.

Wenn man nun aber erfährt, daß die Schweizer Pfahlbauten schon in neolithischer Zeit bei ihrer Zimmermannsarbeit „Zapfen-

verbindungen und schwalbenschwanzförmige Falzen“⁹ aufweisen, so regt das mancherlei Gedankenverbindungen an, in die ich nicht weiter eingehen will. Nur das möchte ich bemerken, daß der Norden viel länger den Charakter der Urzeit bewahrt hat, als der Süden, sowie daß unsere Hausurnen so vielfach den Charakter willkürlicher gegen die Idee des Hauses verstoßende Aenderungen aufweisen, daß sie höchst wahrscheinlich schon zur Zeit ihrer Anfertigung als Erinnerung an frühere Zeiten galten. Es waren eben Wohnungen früher Heimgegangener, in die auch die jetzt Gestorbenen einzogen. „Wenn sich der Typus der runden Hütten auch beim Tempelbau der Römer erhalten hat, so spricht auch das für die unauslöschliche Ehrwürdigkeit und das hohe Alter derselben.“¹⁰ Auch in Mykenae hat Schliemann Ruppelgräber geöffnet und „von der Hausurne zu diesen Gräbern ist nur ein Schritt.“

Rehren wir nun wieder zum Sims unserer Hoymer Hausurne zurück. An demselben erscheint also eine Reihe Tierfiguren in der Weise angebracht, daß sie wie aus einem Streifen Thonwand ausge schnitten aufrecht an das Sims angeklebt und dann organisch mit demselben als Verzierung ausgeprägt sind. Es entsteht die Frage: Sind diese Tiergestalten bloß Verzierung der Urne als Grabgefäß oder sind es auch Nachbildungen des Hauses, so daß also auch das durch die Urne nachgebildete Haus schon mit diesen Figuren versehen war? Man wird das Letztere kaum annehmen dürfen. Auf einem wirklichen Hause würden die Figuren viel zu massig ausgesehen haben, sie hätten den Wasserabfluß vom Dache her gehindert, die Befestigung, besonders am Sims, wäre kaum möglich gewesen und zudem bezeugt Tacitus ausdrücklich die Schmucklosigkeit der deutschen Häuser.¹¹ Es ist wichtig, dies festzuhalten, da sich dadurch meines Erachtens manches Bedenken erledigt.

Die Tierfiguren sollen entschieden liegende Pferde vorstellen (nicht bloße Pferdeköpfe, wie die Ueberschrift der photographischen Abbildungen leicht annehmen läßt). Bei der Wichtigkeit gerade dieser Frage und dem Umstande, daß auf den Photographieen die meisten Stücke, welche von den Tierfiguren abgebrochen sind, nicht mit dargestellt sind, dürfte es doch nötig sein, (2) Umriffe von solchen beizugeben. (S. Abb. Nr. 6 und 7.) Dieselben sind so entstanden, daß ich die Stücke auf Papier legte, die Umriffe mit dem Bleistifte umfuhr, und nun von diesen wieder Abbildungen durchpauste. Sie dürften also in natürlicher Größe die wirklichen Formen genau wiedergeben und es wird sich dadurch eher ein eigenes Urtheil als durch die bloßen Photographieen ermöglichen



lassen. Ich bitte, sie anzusehen und dann mir zu sagen, welches Tier wohl sonst gemeint sein könne? Welches Tier sonst hat einen Kopf so lang und schmal senkrecht zu einem so schräg aufgerichteten Halse, wie es hier konsequent dargestellt ist? Welches Tier sonst zeigt beim Liegen einen solchen Senkrücken, wie das Pferd? Wenn denn auch von Maul und Augen und Ohren und Mähne nichts angedeutet ist, es wird meines Erachtens kein Zweifel sein können, daß Pferde mit diesen Gestalten gemeint sind. Man hat mir von hochverehrter Seite Vögel genannt, da in der That Abbildungen von Vögeln auf vorgeschichtlichen Fundstücken ziemlich häufig sind. Aber dieselben sind fast sämtlich am meisten den Enten ähnlich. Enten sind jedoch fast ebensowenig auf dem Dache sitzend zu denken, wie Pferde. Dazu würden sie auch quer sitzen müssen. Wer so eng mit der Natur verbunden war, wie wir dies von den Menschen der frühesten Zeit annehmen müssen, dem wäre sicherlich die Anbringung der Vögel in der richtigen Sitzlage naturnotwendig gewesen. Zudem haben wir am Sims gar keine Linie, auf der sich Vögel hätten niederlassen können. Außerdem finden wir in den Hausurnen so vielfach willkürliche Verzierungen — man denke nur an die Tochheimer Urne und die topfartig veränderten Gefäße — daß auch hier eine freie Behandlung der Hausform an der Urne nichts Auffälliges hat. Bei einem uralten Weihgefäße zu Olympia, welches Schliemann ausgegraben hat, sehen wir Pferdefiguren auf die Hentel des Gefäßes in voller Form oben aufgestellt. Wie seltsam werden doch jetzt auch z. B. Kaiserbilder auf allerhand Säckelchen angebracht! Jedenfalls hat man kein Recht, bloß darum, weil die Anbringung von Pferdegestalten oben an dem Dache des Hauses seltsam erscheint, Figuren an den Hausurnen, die meines Erachtens in keiner Weise anders wie Pferde gedeutet werden können, umzudeuten. Daß sie plump sind, muß zugegeben werden, ist aber vollständig übereinstimmend mit den gleichartigen Funden aus unserer Gegend und nördlich davon. Ueberhaupt „ist es immer eine mißliche Sache um die prähistorische Plastik.“ Man wende nicht ein, daß man um diese Zeit, — doch mindestens 500 vor Christo — noch keine Pferde gehabt habe. Wir werden später sehen, daß eine ganze Reihe von Pferdebildern auf vorgeschichtlichen Fundstücken aus Deutschland vorhanden ist, die, wenn auch wahrscheinlich etwas jünger als die unserigen, doch schon das Pferd, und dasselbe selbst vor einem vierrädrigen Wagen und unter dem Reiter zeigen. Hier will ich nur erwähnen, daß mit Bestimmtheit als vom Pferde stammende Knochen — Fachleute haben das anerkannt — schon in paläolithischer Zeit auch bei uns in Deutschland gefunden sind und

darunter ist ein Fundort, der ganz in der Nähe von Höym liegt: Westeregeln.¹²

Nun ist ja der Gedanke, Pferde auf dem Dachstuhl und auf einem Brette an der untern Dachlinie anzubringen, an und für sich ungeheuerlich. Ein Pferd gehört in die Ebene, dafür ist es geschaffen. Wenn es mit dröhnendem Hufe laufend auf weiter Ebene dahineilt, dann entwickelt es seine volle Schönheit; wir empfinden, hier gehört es her. Dagegen schon auf steilem Gebirgspfade verläßt der Reiter auch ein treues Roß, und keinem Kunstreiter, so gelehrt das Pferd auch ist, wird es auch nur entfernt einfallen, dem Pferde Kunststücke beizubringen, die an Seiltänzen erinnern. Man schwindelt förmlich, wenn man sich das nur denken soll und auf keiner Zirkusbude würde ein Pferd in ähnlicher Lage dargestellt werden können, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Wenn daher sonst an Urnen Pferde dargestellt sind, so ist das am Bauche derselben geschehen, wo sich die Sache darstellt als in einer Ebene. Nun hat ja unser Urnenkünstler, jedenfalls mit aus solchen Erwägungen, vielleicht auch um anzudeuten, daß die Pferde hier im Hause sich heimisch gefühlt haben, also nicht wild waren, und nicht bloß aus künstlerischem Unvermögen und weil die Thonmasse mit ihren Quarzsteinchen das nicht anders zuließ, die Sache gemilbert und die Pferde nicht in stehender, sondern in liegender Figur angebracht, aber doch bleibt der Frage die Farbe der Verwunderung: Weshalb hat wohl der Mann die Pferde da oben angebracht?

Man wird da wohl allerdings auch gleich eine Antwort bei der Hand haben, wie ich sie eben auch gleich bei der Hand hatte: das ist dieselbe Sache wie bei den altstädtischen Bauernhäusern mit ihren Pferdeköpfen oben an den verlängerten Giebelbalken. Nun sind die italienischen Hausurnen schon öfter erwähnt und ihre vielfache Ähnlichkeit gerade mit unsern. Darunter sind aber 3 aus Corneto, die zeigen auf dem Dachstuhl eine ganze Reihe von Tierköpfen, nämlich auf jedem verlängerten Sparren einen. Jeder derselben ist in derselben Weise aufgesetzt wie es bei denen auf altstädtischen Bauernhäusern mit den Pferdeköpfen der Fall ist, nur meist etwas mehr geneigt. Dadurch ist eine Erhöhung am Rückenteil bedingt, so daß allerdings diese Köpfe meist für Vogelköpfe gehalten sind und nur bei einer Urne heißt es: „die Tierköpfe sehen fast wie Pferdeköpfe aus“. Da dürften wir leicht auch bei Hausurnen die Pferdeköpfe haben.¹³

Was für ein Gedanke liegt da zu Grunde, wenn Pferdeköpfe auf die Sparrenenden der Häuser gehängt wurden? Wir fassen zunächst ins Auge, daß da also kein Gedanke, der die Bestattung eines Toten betraf, ausgedrückt wird und der also nur

die Urne als Bestattungsgefäß anging, sondern einer, der sich auf das Haus als Wohnstätte des lebenden Menschen bezog. Das Pferd war schon nach den ältesten Quellen bei unsern Vorfahren, das Opfertier schlechthin. Wenn das Essen des Pferdefleisches uns jetzt verekelt ist, so ist das von den ersten Missionaren in Deutschland geschehen,¹⁴ die damit die Teilnahme an den Opfermahlzeiten hindern wollten. Ein Teil des Opferrituals war aber das Aufhängen des Pferdekopfes auf einen Pfahl. Als Germanikus die Stätte der Niederlage des Varus betrat, fand er noch neben anderen Zeugen der gehaltenen Opfer z. B. Altären, auch solche auf Pfählen aufgehängte Pferdeköpfe. Man denke auch an das Märchen, wo einer zur Dienstmagd herabgewürdigten Königstochter ein am Stadthor aufgehängter Pferdekopf weis sagt. Das Anbringen des Pferdekopfes auf dem Hausdache bedeutete also ein Zeichen: hier wohnt Furcht der Götter, mögen sie also gnädig sein, Unglück verhüten und Glück herbeiführen! Es ist das ja noch heutzutage üblich, am Eingang eines Hauses neben der Thür ein Hufeisen einzuschlagen. Das geht jedenfalls auch auf die Sitte des Pferdeopfers zurück.¹⁵

Will aber bei den liegenden Pferden unserer Hoyaer Hausurnen auch dieser Gedanke ausgedrückt sein? Werden auch sie mit ihrer behaglichen Ruhe den Gedanken gerade an Opfer, wie dies die abgeschnittenen Pferdeköpfe sofort thun? Mir will das nicht so scheinen. Mag auch immerhin der Gedanke an die Eigenschaft des Pferdes als heiliges Opfertier im Hintergrunde geschwebt haben, so blieb er doch im Hintergrunde und im Vordergrunde hat jedenfalls ein anderer Gedanke gestanden und das ist der: Hier ist Jemand bestattet aus einem Hause, dessen Haupt viele Pferde sein eigen nennen durfte. Ich frage, würde man bei Jemand, der nicht so viele Pferde besaß, diese Pferde in solcher Zahl haben anbringen dürfen, ohne Spott und Hohn auf sich zu ziehen? Wird man das nicht gerade beim Begräbnis mit rechtem Ernst zu vermeiden suchen? — Auch auf anderen Urnen mit Pferden sind Beziehungen zum häuslichen Leben dargestellt, also nicht bloß Beziehungen zur Begräbnisfeier.

Ist dieser Gedanke richtig, dann wird man darin auch einen bestimmten und klaren Hinweis sehen müssen, daß hier eine vornehme Persönlichkeit gestattet war. Wie noch jetzt der Pferdebesitzer auf dem Lande sich mehr dünkt als ein Ruhbauer, der Wollspanner mehr als ein Halbspänner, so machte ja geradezu das Roß den Reiter zum Ritter, d. h. zum Adligen. Ja fürstliche Wappen, gerade aus dem Vorlande des Harzes, haben das Pferd als ihr Zeichen. Die Wertschätzung des Pferdes geht bis in die frühesten Zeiten hinauf und ist auch durch die Natur

der Sache begründet. Die Götter der alten Deutschen sind beritten und ihre Helden denken sie sich nie ohne Roß.¹⁶ Wer Pferde halten konnte, mußte auch eine größere Fläche Land besitzen, um sie zu ernähren. Wenn nun hier Pferde in so großer Zahl angebracht waren, so soll das sicher ein Hinweis auf den Reichtum und die Vornehmheit des Hauses sein.¹⁷

Ja, ich gehe noch weiter; ich halte es nicht für zufällig, daß gerade 10 Pferde angebracht waren. Sobald germanische Stämme in das Licht der Geschichte treten, erscheinen sie auch gegliedert auf Grund der Zehnzahl nach Tausendschaften, Hundertschaften und Zehnschaften. Das ist eine Ordnung, die für Krieg und Frieden zugleich festgehalten wurde. In der *lex Liutprandi* wird auch einmal ein *Decanus*, neben einem *sculdais* (Schulzen), *Saltarius* und *iudex* erwähnt. Wird es denn da zuviel bloße Vermutung genannt werden dürfen, wenn wir auch in der Zehnzahl der Pferde eine Hindeutung auf die Eigenschaft des Familienhauptes als Stammeshauptling, eines *princeps* nach Tacitus Ausdruck, erblicken?¹⁸

Die Folgerung, daß unsere Hausurnen nun sämtlich durch ihre besondere Form anzeigen, daß vornehme Leute darin bestattet sind, möchte ich jedoch nicht machen; höchstens die, daß Hausbesitzer darin bestattet waren, was ja allerdings auch wohl schon etwas zu bedeuten hatte.

Soviel über die Beziehung des Pferdes zum Hause. Mag nun immerhin hierin der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Anbringung unserer Pferdegroupe auf der Hausurne zu suchen sein, so galt es doch, die Beziehungen des Pferdes zu den Gebräuchen der Bestattung nicht zu vernachlässigen, zumal das Pferd als Opfertier eine so besondere Stellung einnahm. Es finden sich verschiedene Nachrichten aus geschichtlicher Zeit, daß auch bei Begräbnissen Pferde geopfert wurden. Außerdem sind schon in Gräbern der Bronzezeit und dann die ganze Zeit hindurch bis zum Auftreten des Christentums, ja in dasselbe hinein als Nachklang des Heidentums Pferdeknochen als Beigaben gefunden, aber auch hier wieder am häufigsten vom Schädel.¹⁹ Es ist das ein Beweis, daß sie nicht als Reste der Opfermahlzeit, das beste Fleisch sitzt nicht am Kopfe, sondern in Verbindung mit denselben Ideen, wie sie bei Aufhängung des Pferdekopfes auf Pfählen zu Grunde lagen, hier hinein gelangten. Die Bestattung eines vollständigen Rosses neben dem Toten ist so selten, daß da jedenfalls ein besonderer Grund, wie etwa gleichzeitige Tötung von Mann und Pferd im Kampfe, angenommen werden muß. Wollte man also unsere Høymer Pferdebilder so erklären, daß darin dem Bestatteten auch für das Leben in's

Jenseits Pferde hätten mitgegeben werden sollen, so würde der Ausdruck dieses Gedankens nur durch kleine Thonbilder eine solche gebrauchsmäßige Abnutzung des Gedankens voraussetzen, daß statt lebendigen Bewußtseins nur noch eine tote Form übrig geblieben wäre: eine Sache, die ich für diese frühen Zeiten nicht für möglich halte.

Ich gehe über zur Betrachtung der Frage: Welche Bedeutung hat der Fund von Pferdebildern aus dieser Zeit für die Geschichte des Pferdes? Victor Hehn hat in seinem Buche: Kulturpflanzen und Haustiere auch einen längeren Abschnitt über das erste Auftreten des Pferdes.²⁰ Da geht er für die Urgeschichte nur auf sprachliche Untersuchungen ein und kümmert sich in keiner Weise um das, was die Erde, eine viel treuere Hüterin ihr anvertrauter Schätze, als die menschliche Zunge, aufbewahrt hat. Was ist die Folge? Er sucht, obwohl er anerkennen muß, daß die Indogermanen vor ihrer Trennung das Pferd gekannt haben und obwohl er sagt, in dem nahen Aegypten sei erst 1800 vor Christo das Pferd nachweisbar, die Urheimat des Pferdes in den Steppen Asiens. Wir haben schon oben erwähnt, daß das Pferd in Deutschland schon zur ältesten Steinzeit durch Funde von Pferdeknochen nachweisbar ist.²¹

Wenn ich nun selbst einiges aus den vorgeschichtlichen Funden zusammenstelle, was orientierende Streiflichter zur Geschichte des Pferdes zu geben geeignet ist, so hat mir dabei ein Buch vorzügliche Dienste gethan, das mir durch die Freundlichkeit des Herrn Prof. Dr. Zentsch in Guben erst ganz vor Kurzem zugänglich gemacht ist. Es ist die Urgeschichte des Menschen von M. Hörnes, erst in diesem Jahre 1892 in Wien und Leipzig erschienen. Nebenbeigesagt möchte ich, da ich öfter nach einem über die Urgeschichte orientierenden Buche gefragt bin, dies Buch empfehlen, ohne mich allerdings mit den Aufstellungen des Herrn Verfassers in allen Stücken zu identifizieren.

Merkwürdiger Weise schreibt nun Hörnes in Bezug auf das erste Auftreten des Pferdes Hehn nach, die Wildheimat des Pferdes sei das große Steppengebiet Innerasiens,²² obwohl er selbst sagt: „Dadurch werden wir hinlänglich belehrt, in archäologischen Fragen . . . den prähistorischen Fundthatfachen mehr zu vertrauen, als linguistischen Zeugnissen.“ Von den Steppen Innerasiens fehlen uns bis jetzt vorgeschichtliche Funde. Auch sonst sind in den Bemerkungen zu Funden, welche das Pferd betreffen, merkwürdige Gegensätze, deren Disharmonie wohl nur dadurch erklärt wird, daß die Frage des Pferdes nur eine nebensächliche und weniger im Gesamtbilde zur Rechenschaft kommende war.

Meiner Ansicht nach ist das Pferd und seine Beziehung zum Menschen von der ältesten Steinzeit ab bis zum Eintritt des hellen Lichtes der Geschichte für Europa hinlänglich durch Funde bezeugt.

Ich erwähnte schon die Ausgrabungen aus Westeregeln. Aber auch aus anderen Teilen Deutschlands haben wir Beläge. D. Fraas fand im Hohlsefels des schwäbischen Aichtales als lebende Furchtbarkeit des Höhlenbären von ihm abgenagte und zerbissene Knochen des Ochsen, des Pferdes und des Menschen.²³ Auch durchbohrte Schneidezähne von Pferden, welche also offenbar als Schmuck des Menschen gebient hatten, wies die Höhle auf. Am interessantesten sind die Funde aus Frankreich, und zwar insofern, als man mehr als 300 Tierdarstellungen aus dem „Höhlenzeitalter“ erbeutet hat. „Unter den Jagdtieren erkennt man den Höhlenbären, den Riesenhirsch weitaus am häufigsten aber Renntier, Pferd und Wisent.“ „Auf einem Stück Schulterblatt eines Renntiers sieht man ein trabendes Pferd gezeichnet. Die Umrisse des Rumpfes, namentlich aber der Beine sind mehrfach gezogen, so daß man deutlich sieht, wie der Künstler an seinem Entwurfe besserte, wie er einer Vorstellung nachstrebte, die es ihm nicht geglückt war, im ersten Anlaufe zu erreichen.“ Auf einem andern Stück sieht man einen nackten Mann mit einem Stock oder einer Lanze auf der Schulter nach rechts schreiten. Nach links gewendet, erscheinen hinter ihm die Köpfe zweier Wildpferde, welche gegen einen nieder gebeugenen hochstämmigen Baum gerichtet sind. Hinter dem Baume sieht man horizontale Strichbogen, welche als eine Hürde gedeutet worden sind. Ob hier nicht eine Vorrichtung zum Fange der Wildpferde dargestellt sein soll?“ Warum soll aber nicht auch hier schon an eine Aufbewahrung des Pferdes zur Nahrung gedacht werden können? Man brauchte es ja nur in ein enges Thal mit steilen Wänden einzuschließen, so konnte es nicht entfliehen.

Wenn in den ältesten steinzeitlichen Pfahlbauten der Schweiz das Pferd selten auftritt, so ist das durch die Dertlichkeit gewiß erklärlich, so erklärlich, daß man sich wundern muß, daß es überhaupt da nachgewiesen werden kann. Und doch bemerkt Hörnes²⁴ daß „unter den 5—6 Haustieren der steinzeitlichen Seebörfer, Hund, Schwein, Ziege, Schaf, Rind, vielleicht auch das gezähmte Pferd“ gewesen sei.

Auch weiter fehlt es für die jüngere Steinzeit nicht an Belägen für die Anwesenheit des Pferdes. In Mähren bestand die Fauna der Pekarna und der Bypustek-Höhle aus „Rind, Ziege, Schwein und Pferd“, bei letzterer kommt noch die Hauskatze dazu. Davon werden ausdrücklich die wilden Tiere unterschieden.²⁵ Ebenso

wurden Reste von Pferden bei steinzeitlichen Fundstätten in Böhmen und Nieder-Österreich gefunden.²⁶ In der fränkischen Schweiz hatten Höhlenbewohner, welche Zeitgenossen der ältesten Pfahlbauern waren, große Nadeln und Dolche, welche aus den falschen Rippen vom Pferde gemacht waren. „Ob dies Tier gezähmt war, ist nicht mit Sicherheit zu ermitteln; doch scheint es so, da die Knochen bloß von alten Individuen herkommen. Pferde- und Hundezähne trug man als Anhängsel.“ „Wenigstens einige Stationen lassen als wahrscheinlich erkennen, daß man Rind, Pferd, Schaf und Hund als Haustiere besaß.“²⁷ Auch Schwedens Steinzeit zeigt Reste des Pferdes und nach Montelius ist die neolithische Bevölkerung im 3. Jahrtausend v. Chr. eingewandert und hat etwa bis zur Mitte des 2. Jahrtausends v. Chr. gebauert. Ebenso haben die Pyrenäen und Ungarn Pferde-reste in ihren Höhlen der Steinzeit.²⁸

Ich sollte meinen, das sind hinreichende Beispiele für die Anwesenheit des Pferdes in unseren Gegenden schon in der metalllosen Zeit. Ja, es ist keineswegs ausgeschlossen, daß schon, in der jüngeren Steinzeit wenigstens, das Pferd als gezähmtes Haustier vorhanden ist.

Ist denn die Zähmung des Pferdes eine so schwierige Sache? War nur einmal ein junges Tier mitgefangen, so hat sicher dies sich leichter an den Umgang mit Menschen gewöhnt, als so manches andere Haustier und für Benutzung, bes. z. Reiten sorgten sicher allein die Jungen schon. Wozu also in Asien die Heimat des gezähmten Pferdes suchen? Da sorgten schon die zahlreichen Raubtiere — man sehe z. B. die vielen Löwenjagden auf assyrischen Bildern — dafür, daß das Pferd als wildes nicht dauerte. Hier in Deutschland gab es aber noch wilde Pferde in geschichtlichen Zeiten. Auch die Thatjade, daß das Pferd als Opfertier *xat'έξοχην* bei den indogermanischen Stämmen erscheint, weist auf die sehr frühe Zähmung desselben hin. Man opferte doch wohl nur vom Eigentum und so mußten lebende Pferde als Eigentum betrachtet werden. Dann waren sie aber gezähmt. Auch als Erinnerung an heimische Zähmung wird folgende Sage angesehen werden müssen, welche Strabo von den Venetern überliefert hat.²⁹ „Man nennt auch noch einige Ehrenbezeugungen, die dem Diomedes (als einem städtegründenden ostitalienischen Lokal-Heros), bei den Venetern erwiesen werden sollen. Man opfert ihm ein weißes Pferd, ferner zeigt man 2 Haine, den einen der argivischen Hera, den andern der attolischen Artemis geweiht. Dazu erzählt man, wie natürlich, daß die wilden Tiere in diesen Hainen ganz zahm seien, und daß die Hirsche unter den Wölfen weiden. Von den Menschen, welche

hineingehen, ließen sie sich sogar streicheln, und wenn Wilb, von Hunden verfolgt, hierher seine Zuflucht nehme, so verfolgten sie dasselbe nicht weiter. Man erzählt auch von einem angesehenen Manne, der gern Bürgschaft leistete und deswegen oft verspottet wurde, er sei einst einigen Jägern begegnet, die einen Wolf im Reze hatten. Diese sagten ihm im Scherze, wenn er sich für den Schadenersatz verbürge, so wollten sie ihn loslassen. Er that es, der Wolf wurde losgelassen und trieb ihm eine Herde nicht gezeichneter Pferde in seinen Stall. Er aber habe diese Erkenntlichkeit angenommen, die Pferde mit den Zeichen des Wolfes versehen und sie „Vom Wolf gebrachte“ (Lykophoroi) genannt. Sie zeichneten sich mehr durch Schnelligkeit als durch Schönheit aus. Seine Nachkommen hätten die Rasse dieser Pferde nebst der Gewohnheit beibehalten, keine Stute wegzugeben, damit bei ihnen allein die Rasse dieser Pferde echt bleibe, weil dieselbe unterdessen sehr berühmt wurde.“ Sobald deutsche Stämme ins Licht der Geschichte treten, besitzen sie eine ausgezeichnete Kavallerie, sodaß sie schon Jahrhunderte lang sich mit der Pflege des Pferdes befaßt haben müssen.³⁰

Für die Bronzezeit unserer Gegenden darf es uns darum nicht wundern, wenn wir da schon Ueberreste von Gebissen, Zierscheiben (Phalerae) und dergleichen finden, auch Darstellungen vom Pferd mit Reiter oder auch vor dem Wagen. Der Wagen ist eine uralte Erfindung und zur Bronzezeit als zwei- und vierrädriger bezeugt; ja sogar Speichen haben die Räder zum Teil schon in dieser Zeit.

Wenn auf unserer Hoymer Hausurne, die meines Erachtens noch der Bronzezeit angehört, die Pferde in so enger Verbindung mit dem Hause erscheinen, wenn sie als ruhend in der Nähe des Menschen dargestellt sind, und somit offenbar als Haustiere aufgefaßt sein wollen, so wird uns damit also gerade nichts Neues gesagt. Sie sind nur eine Bestätigung einer sonst schon feststehenden Thatsache, allerdings eine sehr willkommene. Auch sind in Krain ein Paar thönerne Pferdchen gefunden, eines davon auf 4 Rädern,³¹ welche der Bronzezeit angehören. „Man kann sie ebensowohl als Kinderspielzeug, wie als Zeugnisse heidnischen Aberglaubens auffassen.“ Also auch nach der Seite des Materials stehen unsere Hoymer Pferdebilder nicht als vereinzelt da, wenn auch als sehr selten und merkwürdig.

Um einen Vergleich mit Pferdebildern aus derselben Zeit und den nächste Beziehung bietenden Deutlichkeiten zu ermöglichen, möchte ich darüber Einiges bringen. Ich unterscheide Zeichnungen auf Urnen, welche durch Einritzung bezw. Punktierung hergestellt sind, ferner solche auf Bronzesachen und Monumenten, Vollbilder

aus Bronze, und endlich ein Bild, halb Zeichnung, halb erhaben gearbeitet, auf Stein.³²

Höchst interessant und lehrreich sind die Pferdebilder auf den Urnen. Sie sind sämtlich auf solchen Urnen, die der Zeit und dem Orte nach zusammengehören mit den sogenannten Gesichtsurnen. Wir sehen da das Pferd als Zugtier vor einem vierrädrigen Wagen, dessen Räder teils ohne, teils mit Speichen dargestellt sind (S. Abb. Nr. 8 u. 9); wir sehen es als Reittier und sehen es ohne Beziehung zum Menschen. Wenn auch diese Zeichnungen zum Teil ungewiß lassen, ob ein Pferd gemeint sei, so ist es doch sehr wahrscheinlich und man darf gewiß nicht große Kunst der Darstellung für diese Zeiten erwarten. Diese Urnen gehören einem begrenzten Bezirk an, der sich etwa um die Provinz Westpreußen herumgruppiert. Sie entstammen ebenfalls Steinkistengräbern und gehören dem Ende der Bronzezeit an, aber es ist immerhin auch schon Eisen in beachtenswerter Menge in diesen Gräbern gefunden. Hält man nun fest, daß je weiter man nach Norden kommt, desto später die Bronzezeit aufhört, so wird man unserm Funde das größere Alter zusprechen müssen. — Ueberraschend ähnlich diesen Zeichnungen sind die Hällerstingrar, nordische Felsenzeichnungen.³³

Auf Bronzen kann ich nur Pferdebilder auf 2 Messern nachweisen, die aus Dänemark bezw. Schleswig-Holstein stammen, und auf einem Gürtel, sowie einem Brustblech in Hallstatt (bei Salzburg) (Abb. Nr. 10 und 11). Hier ist das Pferd ohne Reiter dargestellt. Die berühmten Hallstätter Funde setzt man auch in die erste Hälfte des 1. Jahrtausends vor Christo. Sie zeigen aber schon eine viel ausgebildeteren Kultur als unsere Steinkistengräber und zeugen von vielfachen Beziehungen nach Süden.

Von den plastischen Darstellungen des Pferdes in Bronze finde ich eine aus Kl. Rössen und eine aus Seelow erwähnt und von der erstern heißt es im amtl. Katalog des Berl. Mus. „Wohl die älteste figurliche Darstellung in Bronze.“ Mit dieser würde sich unsre Abbildung des Pferdes auf der Hoymmer Hausurne meines Erachtens zu streiten haben um die Ehre des größeren Altertums. Andere plastische Darstellungen stammen wieder aus Hallstatt (S. Abbildungen Nr. 12 und 13) und Italien. Am meisten Aufsehen hat vor Kurzem der berühmte Plattenwagen von Strettweg in Steiermark gemacht.³⁴

Das Steinbild, welches halb Zeichnung, halb in erhabener Arbeit Pferd und Reiter zeigt, läßt keinen Schluß zu auf das Alter seiner Entstehung.

Wir sehen, aus unserer Gegend haben wir bis jetzt keine Pferdebilder solchen Alters, für ganz Mitteldeutschland würden nur etwa die von Seelow und Kl. Rössen in Frage kommen, aber wahrscheinlich ist es mir, daß die Hoymer Pferdebarstellungen überhaupt die ältesten in ganz Deutschland sind. Ueber die Art der Verwendung des Pferdes als Haustier sagen besonders die mit den Gesichtsurnen verwandten mehr. Dort wird das Pferd als benutzt zum Reiten und Ziehen eines Wagens vorgeführt. Wir werden daher in erster Linie auch hier in Hoym an das Pferd als Reittier denken dürfen. Auch der Wagen dürfte bekannt sein. Endlich würde auch an das Pferd als Schlachtier bezw. Opfertier zu denken sein, so fremd das uns auch jetzt klingen mag.

Man hat häufig die Frage der Rasse angeworfen, welcher das älteste einheimische Pferd angehört hat, wahrscheinlich hauptsächlich deshalb, weil Caesar und Tacitus die deutschen Pferde ihrer Zeit als häßlich schildern.³⁵ Ich möchte mich auf diese Frage nicht einlassen und nur bemerken, daß allerdings der lange Kopf unserer Hoymer Pferdegestalten, die „Ramschnase“ und der Senfrücken keineswegs Schönheiten beim Pferde bedeuten.

Es erübrigt jetzt nur noch, einige allgemeinere Bemerkungen zu machen.

Der Erhaltungszustand der Urne ist, soweit auch dafür durch die seltene Sorgfalt des Herrn Amtmann Behm Fürsorge geleistet ist, dennoch nicht befriedigend, wie aus den photographischen Abbildungen schon ersichtlich ist. Besonders die Pferdebilder haben gelitten; sehr erklärlich. Nur eins auf dem Firste ist ganz unverletzt; die übrigen auf der Galerie und dem First haben alle gelitten, wenn sie auch durch die Sorgfalt des erwähnten Herrn als Teilstücken sämtlich vorhanden sind. Auch sonst ist die Urne, wie sie auf den photographischen Bildern erscheint, nicht ohne Mühe nur soweit zusammengeflückt, besonders am Dache. Doch auch die Seitenwand ist verletzt. Die Thürplatte zeigt nur eine geringe Absplitterung. Daß hier „ein auswärts gehender Griff“ zu ergänzen sei, ist nicht wohl anzunehmen, da es dazu nirgends ein Analogon geben würde, auch ein solcher aus der Natur der Sache sich kaum erklären ließe. Die einfassenden Thürleisten sind sehr gut erhalten. — Es wäre zu wünschen, daß bei diesem wichtigen Stücke, damit nicht einzelne Teile noch jetzt verloren gehen, eine sorgfältige Wiederherstellung vorgenommen würde, aber nur von einem Fachmann, etwa durch Vermittelung der Direktion des Königl. Museums für Völkerkunde in Berlin. In diesem Museum sind die verletzten Stücke in musterhafter Weise wiederhergestellt.

Die Masse der Urne ist der gewöhnliche gebrannte Thon, der reichlich mit kleinen Quarzstücken versetzt ist. Die Farbe ist außen, ursprünglich schwarz durch das Brennen, jetzt grau; am Bruch stark röthlich.

Ebenso war nach den mir gewordenen Mittheilungen der Inhalt der gewöhnliche, nämlich durch Brand gegangene und zerkleinerte Menschenknochen. (Man hat beobachten wollen, daß nur der Kopf und der obere Teil des Körpers so aufbewahrt wurden.) Zwischen den Knochenstücken ist als einzige Beigabe gefunden eine 12,7 cm lange und nahezu 2 mm starke geradlinige und vorn zugespitzte Nadel von Bronze (Abbildung Nr. 14), deren Kopf ein halbkugelförmiger Knopf ist, mit kleinerem Wulste darunter, welcher in einer Entfernung von etwa 2 mm über den Knopfe rings um den Nadelhals läuft. Vielleicht ist zwischen Wulst und Knopf noch eine kleine Platte von Horn oder Holz gewesen. Diese Nadel ist auf der Photographie sichtbar und zwar liegt sie unten an der Urne. Ihrer Form nach paßt sie in die spätere Bronzezeit. Solche Nadeln wurden gebraucht entweder auf der Brust, um das Kleid zusammenzuhalten oder als Haarschmuck und zwar meist bei Frauen.³⁶ Wenn darum die Urne als für eine Frau bestimmt aufgefaßt wird, so liegt darin viel Wahrscheinliches, doch nichts unbedingt Sicheres, da auch Männer, wenn auch seltener, solche Nadeln benutzten.

Daß auch ein Beigefäß gefunden wurde, wovon aber kein Rest mehr erhalten ist, wurde schon im Berichte des Herrn Behm erwähnt und ist mir auch erzählt durch den Leiter des Dampfpfluges, der die Ausgrabung selbst bewirkt hat. Dies Beigefäß war nach Aussage des Letzteren tassenförmig und hatte nur einen Henkel.

Die Urne stand in einem etwa $\frac{3}{4}$ m langen und eben so breiten, aber flacherem Raume, der an der Seite (wahrscheinlich auch unten) begrenzt war von nur c. 15 mm dicken Steinplatten (Sandstein, röthlich). Der Stein soll bei Hoym nicht zu Hause sein. Auch die Verwendung eines so ausgefuchten Materials stimmt zu der Meinung, daß das Begräbniß das einer vornehmen Person war. Natürlich war die Steinkiste im Uebrigen ausgefüllt mit Erde. Die Deckplatten waren stärker. Beim Nachgraben wurde das eine der beiden Pferde auf dem First schon abgebrochen, vorgefunden. *Relata refero*. Ich selbst habe erst in diesem Frühjahr Kenntniß von dem Funde bekommen und dann in Hoym selbst an Ort und Stelle die Urne untersucht, sowie die möglichst zuverlässigen Nachrichten eingezogen, wobei mich besonders auch Herr B. v. Röder zu Danke verpflichtet hat.

Die Weise der Beisetzung der Hoymer Hausurne ist dieselbe, wie auch bei den Wilsleber Zwillingen und aller Wahrscheinlichkeit nach allen Hausurnen im N. D. des Harzes. Für sie dieselbe Zeit anzunehmen unterliegt bis jetzt keinem Bedenken. Ich möchte sie am liebsten die Zeit der Steinkistengräber nennen zum Unterschied von einer ganzen Reihe anderer Begräbnisarten, die ich um Wilsleben herum beobachtet habe. Diese fällt aber sicher zusammen mit dem Ende der Bronzezeit. Ich betone hier noch einmal ausdrücklich, daß, soweit meine Beobachtung gereicht hat, in den Steinkistengräbern nie Eisen, sondern nur Bronze gefunden wurde. Wohl aber fand sich Eisen, sobald die Urnen ohne umhüllende Steinhöhle der bloßen Erde anvertraut waren, wenn auch immer daneben die Bronze zahlreich vertreten blieb. Wenn man nun das Aufhören der Bronzezeit etwa um 500 vor Chr. für unsere Gegend setzt, wird man sicher nicht zu weit in das Altertum zurückgreifen, viel eher zu wenig weit zurück.

Das anhaltische Städtchen Hoym wird 961 als Hahem, 1084 als Hoym und 1196 als Hoiem erwähnt.³⁷ Dieser Stamm habe nach Förstemanns Namenbuch Hohheim bedeutet. Es liegt aber jetzt nicht auf einer Höhe, sondern unmittelbar an der Selke in dem breiten Thale, in das dies Flüsschen dort hineingebeftet ist. Nur im Süden und nach Westen zu lehnt es sich an die sanft anstrebende Anhöhe an. Dort im Südwesten gewinnt denn auch die Landstraße nach Halberstadt die Anhöhe. Raum ist man oben, so hat man vor sich zur rechten Hand ein kleines Gehölz. Unmittelbar dahinter liegt die Faule-Leichs-Breite, der Fundort unserer Hausurne, und zwar nicht gerade weit vom Wege, zur Rechten desselben, wurde sie ausgegraben. Sieht man sich hier um, so hat man in weitem Bogen nach Norden und Osten den Abhang zum Selfethal hinunter vor sich. Dort liegen jetzt Wiesen, jedenfalls früher auch sumpfige Strecken, genug, daß von dort aus der Zugang sehr erschwert war. Im Westen strebt bald eine Vertiefung, der Sültegraben, dem Selfethal zu und auch hier zeugt noch jetzt vorhandenes Wasser von früherer Schwierigkeit des Zugangs. Nur nach Süden, dem Harze zu ist offenes Land. Wir haben also auch hier wieder eine Vertiklichkeit, die reiche Gelegenheit zu Jagd und Fischfang bot, von drei Seiten schwer zugänglich war und im Notfalle ganz in der Nähe versteckte Zuflucht aufwies, die rechte Vertiklichkeit zu einer Niederlassung in vorgeschichtlicher Zeit.

Es ist immerhin anzunehmen, daß, wie viel auch schon zerstört ist, doch noch eine ganze Reihe solcher vorgeschichtlicher Schätze im Schoße der Erde verborgen sind. Möge gleiche Sorgfalt, wie sie hier angewandt ist, uns diese „Briefe aus

jenen fernen Zeiten“ zugänglich machen! Die Freude daran wird nicht ausbleiben. Man verspreche nur den Arbeitern eine Kleinigkeit (ja nicht zu viel!) für jeden Fund, den sie aufheben, und man wird viel mehr Sachen bekommen, als man ahnt. Schont aber Jemand die Kosten, so will ich hinzufügen: jedes Museum, dem diese Sachen übergeben werden, ersetzt gern die aufgewandten Kosten. Also: Vivat sequens!

Anmerkungen.

¹ Die Hausurne der Frau Dr. Eichel in Wickersleben ist jetzt auch im Besitze des Museums f. Völkertunde in Berlin.

² Reichsbote v. 16. Aug. 1891. Sonntagsbeilage Nr. 33, S. 264.

³ Reichsbote v. 12. Okt. 1890. Bilder aus Rumänien.

⁴ Verhandlungen der Berliner anthropol. Ges. 1885, S. 468.

⁵ Bellori et Bartoli, Col. Antonini auf einer großen Anzahl von Blättern der Abbildungen.

⁶ B. Hehn, Kulturpflanzen und Haustiere, S. 506, Anm. 39.

⁷ M. Hörnes, Urgeschichte des Menschen, Wien u. Leipzig 1892. S. 28.

⁸ Hehn, a. a. O. S. 120.

⁹ Hörnes, a. a. O. S. 250.

¹⁰ Hörnes, a. a. O., S. 264.

¹¹ „Ne caementorum quidem apud illos aut tegularum usus: materia ad omnia utuntur informi et citra speciem aut delectationem.“ Tac. Germ. 16.

¹² Schlieben, Die Pferde des Altertums, Neuwied und Leipzig 1867. S. 2. Die fossilen Knochen geben uns die erste Kunde vom Vorhandensein des Pferdes. In allen Weltteilen, außer Australien, hat man Tausende solcher Knochen gefunden, die von Naturforschern einer zur Pferdefamilie gehörenden Tierart zugeschrieben werden; sie finden sich in Schichten, welche die Geologen die pliocäne Periode der tertiären Gebirgsformation nennen. Man glaubt in Asien mindestens 2, in Europa 3 der Größe nach verschiedene Arten, in Amerika endlich noch eine 4. Spezies des antebulvarischen Pferdes unterscheiden zu können (Martin, Gesch. d. Pferdes Sp. I.). — „In neuester Zeit wurden in der Picardie, im Thale der Somme, bei Amiens und Abbeville, in der Neanderhöhle bei Düsseldorf, in den Grabhöhlen von Aurignac auch ächte fossile Menschenknochen mit Zähnen von Pferden und Eseln vermischt gefunden. (Molle, Der Mensch, seine Abstammung und Gefittung, Frankfurt 1865, S. 302; diese Reste finden sich in Diluvialschichten) . . . man kann jetzt beide, das Pferd und den Menschen für gleichzeitige Bewohner der Erde ansehen.“ — Globus, Bd. LVI, Nr. 23, S. 363. Sierra Nevada in Californien „Tief unter der Lavabank, mitten aus den Lehmschichten des alten Alluviums . . . Von Tierresten die Knochen eines Rhinoceros, eines nilpferdähnlichen Tieres, eines ausgestorbenen Pferdes“ . . . — Lissauer, D. prähist. Denkmäler d. Prov. Westpreußen. Leipzig 1887. S. 3. Wo, wie in **Weser-egeln** und Thiede, (Nehring im Archiv f. Anthropologie X, S. 361 und XI, S. 1.) neben den genannten Tieren der Quartärzeit die ganze Steppensauna — das Steppenpferd, die Antilope, die Rager der Steppe —

zuf. mit menschlichen Artefakten auftritt, dort dürfen wir auch folgern, daß der Mensch hier zu einer Zeit lebte, in welcher ein Steppenklima — heißer Sommer und kalte Winter — herrschten.“ (Älteste Steinzeit.) — Ebenda S. 7. „Dagegen lebte der Mensch jetzt (in der neolithischen Periode) zuf. mit dem grauen Bär, dem Firsch, dem Reh, dem Rind, dem Pferd, dem Hund . . . Schon Graf Jawiszka hatte in 4 von den 14 von ihm untersuchten Höhlen bei Djow diese jüngere Fauna zuf. mit Artefakten der neolith. Periode gefunden; in überraschender Menge ist das aber der Fall in den von Römer und Ossowski erforschten Höhlen.“ — Ebenda S. 20. „Auf diesen Wohnplätzen lebte der Mensch in Gemeinschaft mit 3 Haustieren: dem Hunde, dem Pferde und dem Rinde. Nach den bei Wittenfelde erhaltenen Resten war der damalige Haushund kleiner als der Wolf und viel größer als der Fuchs und gehörte entweder zu der Art unseres Haushundes, *canis familiaris*, oder zu einer diluvialen Art; auch das Pferd, *equus caballus*, war klein, wie das masurische Pferd noch heute, doch lebte damals wahrscheinlich auch noch das größere diluviale Pferd; ebenso gehörte das Rind, *bos taurus*, einer kleineren Rasse an, wie s. noch heute in Cassuben existiert.

¹³ Es ist mir nicht gelungen Original-Abbildungen dieser Urnen zu bekommen. Das Museo civico in Corneto hat mir auf eine Anfrage geschrieben: „In questo Museo civico esistono otto sarcofagi con figure di animali. Dal 1879 non sono stati rinvenuti altri sarcofagi. Sono dispiacente che non possa aver luogo il cambio dell' fotografia che Ella propone, perchè dei ripetuti sarcofagi non abbiamo le fotografie.“ Ich muß mich begnügen, mit Hinweis auf die Abbildung bei Förnes S. 555, Figur 225 und Beschreibung aus „Sitzungsberichte d. R. Preuß. Akad. d. Wissenschaften z. Berlin, Ges. S. v. 26. Juni 1883. H. Virchow: Ueber die Zeitbestimmung der italienischen und deutschen Hausurnen.“ Da heißt es S. 12. „Im Museo civico zu Corneto sind vier Hausurnen. a) Das zuerst aufgefundene Stück . . . das Dach schildförmig, jederseits mit 6 erhabenen Sparren und einem erhabenen, schwach gewölbten Firstbalken, der mit alternierend vortretenden Faten, welche Bogelköpfen gleichen, besetzt ist und zwischen den Sparren fest liegt. Der Giebel ist schräg, jeder mit einem engen runden Loch; darunter die dreieckige Fläche mit nach oben ausgebogenem Duerbalken, an dessen Ende gleichfalls ein vortretender Bogelkopf. . . c) Groß, ähnlich a) nur, daß die Firstfaten deutlich Bogelköpfe darstellen. d) Groß wie c) . . . „Die Bogelköpfe an dem First sehen fast wie Pferdeköpfe aus.“ Ich muß mich begnügen, die Prüfung der Frage, ob nicht vielleicht dennoch die Bogelköpfe als degenerierte Pferdeköpfe anzusehen sind, nur anzuregen.

¹⁴ „Papst Gregor III. schreibt um 732 an den heil. Bonifatius (Bonif. ep. 28, bei Jaffé Mon. Mog. p. 91 ff.): Du hast Einigen erlaubt, das Fleisch von wilden Pferden zu essen, den meisten auch das von zahmen. Von nun an, heiligster Bruder, gestatte dies auf keine Weise mehr.“ S. B. Gehn, Kulturgesch. u. Haust. 2. Aufl. S. 22. — „Nur mit großer, von Kaisern und Päpsten aufgewandter Mühe konnte das Essen von Pferdefleisch bei Einführung des Christentums abgeschafft werden. In jener Zeit knüpfte sich an diesen Genuß der Verdacht des Heidentums.“ Schließen, Die Pferde des Altertums, Neuwied und Leipzig. 1867, S. 214. Der dazu citiert Wachter, Forum der Kritik I. Bd., 3. Abt. p. 26 und Encyclop. S. B. und W. 20. Th. S. 381. — „Das Pferdeopfer und der Genuß des Pferdefleisches, der damit verbunden (Weinhold, altnord. Leben S. 145) ist vielleicht mit B. Gehn, S. 481, für eine verhältnismäßig spät bei den Nordstämmen durch iranischen Einfluß (W. Geiger, Ostiran. Kultur S. 489)

verbreitete Sitte zu halten.“ (?) Schrader, Sprachvergleichung u. Urgesch. S. 458.

¹⁵ „Pferdeköpfe dienten bei den Deutschen, um den bösen Geistern zu wehren; zu diesem Zwecke waren solche an den Giebeln der Bauernhäuser angebracht (R. Simrod, Deutsche Mythologie S. 375, erklärt dadurch die Sage von Richmondis von der Wacht in Köln, sowie ähnliche in Magdeburg und Dünkirchen, erinnert an die Vorstellung, daß der Tod auf einem Pferdekopfe die Geige spielt und an das Hufeisen im Straßenpflaster zu Ober-Wesel; desgl. Jac. Grimm, Deutsche Mythol. S. 624.).“ Schlieffen l. c. S. 212. — „Als die Römer unter Germanicus das Schlachtfeld besetzten, auf dem die Legionen des Varus von den Barbaren umzingelt worden waren, da lagen noch die Glieder der Pferde umher, auf Baumstämmen staken deren Köpfe; in den nahen Hainen standen noch die Altäre, an denen die Kriegstribunen und obersten Centurionen geschlachtet worden; einige Ueberlebende zeigten die Stätten der Galgen, an denen die Soldaten aufgehängt, die Gräber, in denen die Leichname verscharrt worden waren u. s. w.“ Gesh. l. c. S. 464. „Medio campo albertia ossa, ut fugerant, ut restitarent, disiecta vel aggregata. Adjacebant fragmina telorum, equorumque artus, simul truncis arborum antefixa ora; lucis propinquis barbarae arae, apud quas tribunos ac primorum ordinum centuriones mactaverant.“ Tac. Ann. 1, 61. „Auch zum Wahrsagen bediente man sich des Pferdes; besonders interessant für uns ist, was Tacitus (Germ. 10) von den Germanen erzählt: „Auf öffentliche Kosten wurden in den heiligen Wäldern und Hainen weiße, von keiner Arbeit für Menschen jemals berührte Rosse gehalten und an den heil. Wagen gespannt, von den Priestern und Königen oder Fürsten des Staates begleitet, welche ihr Wiehern und Schnauben beobachteten. Keine Weissagung fand größeren Glauben, nicht bloß bei dem gemeinen Volke, sondern auch bei den Edeln und Priestern, denn sie selbst hielten sich für Diener der Götter, die Rosse hingegen für deren Vertraute.“ Ähnliches fand bei den Slaven, Liven und deren Nachbarn statt. Die Esthen schlossen, je nachdem das Pferd mit dem rechten oder linken Fuß zuerst antrat, auf Glück oder Unglück und ließen durch diese Probe auch über Leben und Tod der Angeklagten entscheiden. (Dietmar Chron. p. 151 W. Wagner.) Besonders in Krankheitsfällen und in der Neujahrsnacht beobachtete man das Verhalten der eigenen Pferde. (Isidor, orig. 12, 1, 44.) Schlieffen l. c. S. 212. — S. auch Ann. 19. Rosb. Reihengräber.

¹⁶ „Alle Götter dachte man sich ihre Wege zu Pferde zurücklegend und wenn wir in die nordische Mythologie hinüber blicken wollen, die freilich auf anderem Felde und in späterer Zeit ihre Reime getrieben hat, so finden wir auch dort das Pferd von den Göttern und Helben unzertrennlich. Das Pferd Odins (Sleipnir), ein Schimmel (s. Grimm, D. Mythol. S. 140), war achtfüßig, womit man seine besondere Schnelligkeit andeuten wollte. . .“ Schlieffen l. c. S. 67. „Für einen vornehmen Perser galt es für schimpflich, auch nur den kleinsten Weg zu Fuß zurückzulegen; wahrscheinlich datiert daher die Verwendung der Endsybhe aspes (Sanskrit acva), welche Pferd bedeutet und wie ein Adelszeichen den vornehmen Namen angehängt wurde.“ 76. S. 36. „Die Pferde spielen in allen Götter- und Heldenagen der alten Inder eine große Rolle; Agni, der Gott des Feuers, führt einen mit roten Stuten bespannten Wagen. . . Die Pferde sind bei den alten Indern, wie bei den Arabern, unzertrennlich von ihren Helben und weinen, wie bei Homer, in Bebrängnissen, heiße Thränen.“ Ebenda S. 13.

¹⁷ „Weiterhin bildete sich mit Rücksicht auf die Kostbarkeit des Reiterdienstes in der fränkischen Monarchie die Praxis aus, daß sich vorzugsweise die reicheren und angesehenen Waffenpflichtigen und unter ihnen besonders

diejenigen dieser Waffe zuwendeten, welche sich dem Könige zu besonderem Dienste verpflichtet hatten.“ v. Peucker l. c. S. 59. — Bei den ripuarijchen Franken galt am Ende der Urzeiten ein Pferd gleich 6 gesunden Rügen oder 3 Ossen, eine Stute gleich 3 Rügen. Si quis werogeldum solvere debet, bovem cornutum videntem et sanum pro duobus solidis tribuat, vaccam cornutam videntem et sanam pro uno solido tribuat, equam videntem et sanam pro sex solidis tribuat. Lex Rip. III, 36, § 11.“ Ebenda S. 143.

¹⁸ „Von der ältesten germanischen Zeit ab gehörte speziell zum Heergewäte (alles, was sich auf Bewaffnung und Rüstung bezog v. gewæde, althochdeutsch kiwāti, mittelhochdeutsch gewaete, von wat = vestis und Heer) das Pferd, das Schwert und Kriegsgewand. So sal de vrowe to herwede irs mannes en sverd geven, unde dat beste ors oder perð gesadelet, unde dat beste harnasch. Sachsenspiegel I, 22, § 4. v. Peucker l. c. S. 149. — „Das Streitross war der Hauptgegenstand derjenigen Ausrüstung, welche der Führer einer Gesellschaft seinen Begleitern gewähren mußte. Tac. Germ. 14. Exigunt enim principis sui liberalitate illum bellatorem equum. Edd. S. 61. — Die Reiterei nahm eine ehrenvolle Stelle im germanischen Heerbanne ein.“ Ebenda S. 230. — „Schon in den Urzeiten war die Kriegsverfassung der wichtigste Träger des ganzen nationalen germanischen Charakters gewesen.“ Ebenda S. 313. — „Es bestand eine eigentümliche Unterabteilung der Gaue, welche nicht an die zufällige Ausdehnung gemeinschaftlicher Ansebelungen gebunden war, sondern freie Höfe umfaßte, um 100 Krieger ins Feld stellen zu können, sowie daß den Vorständen dieser Hundertschaften auch die Führung ihrer 100 Krieger oblag. . . . Nach Caesar betrug die Zahl der aus jedem Gau der Sueven alljährlich zur Kriegsführung ausziehenden Krieger 1000 und nach Tacitus die Zahl der zur Verbindung mit der Reiterei bestimmten außerlesenen jungen Mannschaft jedes Gaues 100 Ebenso gab es bei den Longobarden Dekane, und ist es namentlich im westgothischen Gesetz bestimmt ausgesprochen, daß der Dekan eine militärische Charge bekleidete. Auch Agathias sagt von dem fränkisch-alemannischen Heere, welches im J. 552 unter der Führung Vitulius und Leuthars den Gothen zu Hülfe nach Italien zog, daß die beweglichen Flügel des Heeres in der Schlacht bei Capua nach Hundertschaften und Zehntschaften gegliedert waren.“ Ebenda S. 31. — „Plutarch erwähnt schon von der Reiterei des cimbrischen Heeres, daß sie beim Beginne der Schlacht gegen die Römer unter Marius in der Stärke von 15000 Mann in imposanter Haltung und vortrefflicher Ausrüstung stattlich hervorgesprengt sei. Plut. Mar. 25, 26.“ Ebenda S. 282. „Wir sind demzufolge berechtigt zu der Annahme, daß die Sachsen die Schwelle der Urzeiten mit dem unveränderten Gepräge kriegerischen Nationalcharakters der Urzeiten überschritten haben.“ Ebenda S. 340.

¹⁹ „Ebenso allgemein war die Sitte, an Scheiterhäufen Verstorbener Frauen, Knechte, Gefangene, Pferde abzuschlachten.“ „Gedimin, der Großfürst von Litauen, wo sich das Heidentum und überhaupt die europäische Urzeit am längsten erhielt, wurde noch gegen das Jahr 1341 (Strykowski, Kronika polska, Ende des IX. Buches) folgendermaßen bestattet: Es wurde ein Scheiterhaufen von Fichtenholz errichtet und darauf der Leichnam gelegt, in den Kleibern, die der Lebende am meisten geliebt hatte, mit dem Säbel, dem Speer, dem Köcher und Bogen. Dann wurden je zwei Falken und Jagdhunde, ein lebendiges, gesatteltes Pferd und der getreueste Lieblingsdiener unter Wehklagen der umstehenden Kriegergar mit verbrannt. In die Flammen wurden Luchs- und Bärenkrallen geworfen, sowie ein Teil der dem Feinde abgenommenen Beute, endlich auch drei gefangene deutsche Ritter lebendig verbrannt. Nachdem die Flammen erloschen

waren, wurde die Asche und das Gebein des Fürsten, des Dieners, des Pferdes, des Hundes u. s. w. gesammelt und in einem Grabe an der Stelle, wo die Flüsschen Wilna und Wilia zusammenfließen, niedergelegt und mit Erde bedeckt.“ B. Sehne, l. c. S. 465 f. — „Bei den Dänen wurden alle 9 Jahre in der großen Opferstadt Lethra auf Seeland als Sühne für die Todesgötter 99 Menschen, eben so viele Pferde, Hunde, Fische, Hähne, Hähne (Mone, Gesch. d. Heidentums I, p. 270) und bei den Norwegern in der Landschaft Trondheim, wo viermal im Jahre Pferde, bei besonderen Gelegenheiten aber von Vätern ihre eigenen Söhne dargebracht wurden. Ähnliches findet sich bei Germanen und Galliern (Nöbiger in Encycl. d. R. und W. III, 4, 86; Caesar b. G. 6, 16; Capitular v. Paderborn zu Einharb's Jahrb. nach den Monum. Germ. überf. v. Abel p. 70; Schott zu Mela 3, 2. C. F. Weber zu Lucan Pharf. 5, 446; Strabo 4, 4, 198, 1; 3, 3, p. 155 l.)“ — „Diethmar v. Merseburg (Chron. lib. I p. u. Wagner ob. Uebersehung d. Mon. Germ. v. Laurent. Thietmars Chron. I 9, p. 17) sagt von den Dänen in Seeland: et ibi suimet 99 homines et totidem equos cum canibus et gallis, pro accipitribus oblati, immolant, pro certo, ut praedixi, putantes, hos iidem apud inferos servituros et commissa crimina apud eos dem placaturos.“ Schlieben, l. c., S. 209: 211. — „Die Scythen gaben das Pferd, da sie es im Leben wie im Tode für unentbehrlich hielten, ihren gefallen Königen nebst Weibern und Kindern sogar in jene Welt mit. Zu einer solchen Begräbnisfeier zogen sie bis tief an die äußersten Grenzen des Reiches nach Norden zu gewissen Begräbnisstellen, töteten dort 50 Pferde und ebenso viele Diener, darunter das ganze Ministerium, stopften die Häute aus und befestigten Alles auf Gerüsten und Stangen, daß die Reiter, wie in lebender Stellung, rings um das Grab auf den Pferden saßen, deren Zügel an der Erde befestigt waren. (Herodot 4, 71 und 72.)“ Schlieben, l. c. S. 41. — „In den Gräbern nordischer Völker findet man häufig Knochen von Pferden, Hunden, Hähnen (Jornandes de reb. Get. 49. Tac. Germ. 27); in dem Grabe Chilberichs haben wir den schätzenswerten Fund des ältesten uns bekannten Hufeisens gemacht. Die Schweden, Finnen, Esten, Magyaren, kurz fast alle europ. Völker hatten diesen noch heute von vielen Asiaten ausgeübten Brauch, dessen kolossale Spuren, die sogenannten Tschuden-Gräber bilden, welche von der Wolga bis zum Amur reichen, (Nitter, Erdbesch. 3, 126, 333. Vgl. Art. Opferung in der Encycl. d. B. u. W. III, 4, von Wächter, Flügel und Nöbiger).“ Schlieben l. c. S. 209. — „Keste von Tieren machten sich bei Rosdorf nur in einzelnen Knochen, namentlich Zähnen von Pferden, bemerklich.“ „Lindenschmit bezeichnet als ein höchst wichtiges Kennzeichen dieser Friedhöfe (b. Sigmaringen) die mitbegrabenen Tiere. Es sind zumeist Pferde . . . Diese merkwürdige Erscheinung bietet nur einen weiteren bestätigenden Zug für ihren durchaus heidnischen Charakter.“ (Vgl. auch v. Cohausen in den Nassauer Annalen XII, S. 319. Kemble horae feral. p. 65 f., der zahlreiche Fälle aus älterer u. neuerer Zeit aufzählt; Weinhold, heidn. Totenbestattung; Wiener Sitzungsberichte XXIX, S. 203; Baumstark, Ausführl. Erläuterung der Germania des Tacitus S. 729. Note **; Corresp.-Bl. des hist. Ges. Ver. 1857. S. 56).“ „In einem Grabe v. Langweid lagen in einem Kreise von 3—4 Fuß im Umfange nebst den Menschengraben auch noch die Knochen eines Pferdekopfes. Merkwürdig ist die Beobachtung in 4 Gräbern des Totenselbes bei Ulm, in welchem auch mit Waffen ausgerüstete Männer, zugleich je ein Pferde skelet und zwar gleichmäßig mit Ausnahme des Kopfes zum Vorschein kamen.“ „Agathias sagt von den Alemannen: Arbores enim quasdam colunt et fluminum lapsus et colles, atque his, tamquam justa facientes, equos aliaque quam plurima, resectis capitibus

immolabant.“ Müller, Reihengräber zu Rosdorf, S. 17 f. wo noch eine ganze Reihe von Nachweisungen. — Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch den gewiß höchst merkwürdigen Fall erwähnen, daß ein Mann mit seinem Sohne, der kaum für etwas anderes als der Gründer unserer Kirche hier in Lindau angesehen werden kann, in der Kirche selbst mit Beigabe einer Urne, eines Theiles eines Pferdegeschädels, eines Schweinezahnes und einer kleinen biden Platte gebrannten Thones, der nach Art der vorgeschichtlichen Ehrensachen reichlich mit Quarzstückchen versetzt ist, beerdigt war. Diese Gegenstände lagen in einer Steinkiste, die aus gebrannten Steinen (für die Geschichte des Ziegelbaues wichtig!) nicht ganz ohne Mühe hergestellt war. Eingehenderes darüber vielleicht an anderem Orte.

²⁰ B. Hesn l. c. S. 20—54. — „Fassen wir alle obigen Notizen zusammen, so verrät uns nirgends in Europa, weder bei den klassischen Völkern des Südens, noch bei den nordeuropäischen, von den Kelten westlich bis zu den Slaven östlich das hohe Alter des Pferdes und die lange Dauer dieser Zähmung durch deutliche Spuren und unzweifelhafte Anzeichen. Wir sind daher nicht gezwungen — die Vorsicht gebietet, diese negative Wendung zu gebrauchen — die Inbogermanen bei ihrer frühesten Wanderung als ein Rossevolk uns zu denken, das mit verhängtem Zügel über Europa daher gesprengt kam und Menschen und Tiere mit der Schlinge aus Pferdehaar fing. Begleitete sie aber das Roß auf ihrem großen Zuge durch die Welt noch nicht, so müssen die dem Ausgangspunkte nahe gebliebenen iranischen Stämme diese Kunst erst später gelernt haben — von wem anders als von den hinter ihnen hausenden, allmählich im Laufe der Zeit näher gerückten Türken? Diesen und hinter ihnen den Mongolen verblieb der Anspruch den flüchtigen Einhufer auf der weiten Steppe zuerst gefangen und überwältigt und zur Jagd und zum Kriege abgerichtet zu haben.“ S. 52. Als Heimat des Pferdes werden S. 21 „die Riessteppen und Weideflächen Central-Asiens“ genannt.

²¹ „Daß das Pferd auch westlich von Turkestan das Steppengebiet . . . in ursprünglicher Wildheit durchschweift, kann glaublich erscheinen, weniger, daß sogar die Waldungen Mittel-Europas einst von Rudeln dieser Tiere bewohnt gewesen. Und doch liegt eine ganze Reihe histor. Zeugnisse vor, die diese Thatsache außer Zweifel zu stellen scheinen.“ Hesn l. c. S. 22. Er führt eine ganze Reihe von Belägen für diese Sache an, aber folgerichtig kann er sich zur Erklärung derselben nur auf den „häufigen Anlaß zur Verwilderung“ (S. 26) zurückziehen. War nun solchergehalt das Pferd dem Urvolke bekannt und lebte es in dessen Vorstellung als das flüchtige, geschwinde, so daß auch der Name, den es trug, nach diesem Eindruck gebildet war, so können wir es uns im Verhältnisse zum Menschen auf dreifache Weise denken, entweder als bloßes Jagdtier, das blitzschnell vorüber schoß . . . oder als Reittier oder endlich auch vor den Karren gespannt.“ Ebenda S. 39.

²² Hörnes, a. a. D. S. 330.

²³ Ebenda S. 209.

²⁴ Ebenda S. 239.

²⁵ Ebenda S. 260.

²⁶ Ebenda S. 269 und 275.

²⁷ Ebenda S. 261.

²⁸ Ebenda S. 292 und 294.

²⁹ Ebenda S. 579.

³⁰ „Eine starke aus dem Schlachtfelde zu einer Masse vereinigte germanische Reiterei tritt uns in der von den Cimbern auf dem Naudischen Felde dem röm. Caesar Marius gelieferten Schlacht entgegen, wo 15 000 germanische Reiter gleich bei Beginn der Schlacht zu einer großen Planken-

bewegung heransprengten. (Plut. Mar. 25.) Das etwa 100 000 Mann starke Heer des Ariovist scheint dagegen nur diejenigen 6000 Mann Reiterei gehabt zu haben, mit welcher die Feindseligkeiten gegen Caesar begonnen wurden. (Caes. b. Gall. I, 48.) In dem Heere, welches die verbündeten gallisch-germanischen Stämme i. 52 J. n. Chr. z. Entsatz von Alesia zus. brachten, befanden sich neben 240 000 Mann Fußvolf nur 8000 Mann Reiterei (Caes. b. Gall. VII, 76). Das 74 000 Mann starke Heer des Markomannenkönigs Marbod zählte 4000 Mann Reiterei. (Bell. Paterc. II, 109) . . . Von den Chauken, deren Wohnsitz sich von den Grenzen Ostfrieslands bis zur Elbemündung und noch bis in die Niederung dieses Flusses erstreckten, sagt Tacitus, daß sie Männer und Rosse in Menge gehabt hätten. (Tac. Germ. 35.)" v. Peucker, l. c. S. 53.

³¹ Ebenda. S. 591.

³² I. Pferdezeichnungen. A. Auf Urnen. 1) Zaborowo, S. Verhandl. d. Berl. anthropol. Ges. 1875 S. 154 f.; 1882 S. 395 f., wo auch Ausstellungskatalog S. 388 angezogen wird („2 Urnen mit eingeritzten Pferdegespannen.“ 2) Eßsenau (Kr. Schlochau W.-Pr.) ebenda, 1878, S. 330 f. „Wagen mit 2 Pferden bespannt, an dem die 4 speichenlosen Räder durch punktierte Doppelkreise, die Umrisse der Pferde am Kopfe und an den Beinen ebenfalls durch 2 Reihen, am Kumpfe aber durch 3 Reihen von Punkten ausgedrückt sind.“ Lissauer, die prähist. Denkmäler der Prov. Westpreußen S. 66 u. 87. — 3) Kluczewo Berl. Verh. 1882, S. 392. „Dreimal wiederkehrende Tierfigur, welche vielleicht für die eines Pferdes anzusehen ist.“ 4) Wittkau (Kr. Flatow) „Wagen mit 4 kleinen Rädern ohne Speichen, mit 2 Pferden bespannt, welche von einem auf dem Wagen stehenden Manne gelenkt werden, während ein Reiter voran 2 Pferde vor sich hertreibt.“ Lissauer l. c. S. 66 und 85. — 5) Staffelde (Kr. Randow) Berl. Verhandl. 1882 S. 396 (Photogr. Album 1880 Sect. III, Tafel 22). — 6) Umgegend von Danzig Physic. öf. Ges. z. Königsberg XIII, 1872. Taf. II Fig. 8b, 6 und 5b. 7) Daräzslub (Kr. Neustadt, W.-Pr.) „Voran ein Reiter zu Pferde, in der linken Hand den Zügel, in der rechten einen Wurfspeer, hinter ihm ein priapischer Fußgänger, der 2 Zugtiere am Zügel führt. Letztere sind an einen Wagen mit Deichsel und 4 einspeichigen Rädern gespannt. Die Deichsel entwickelt sich aus einer Gabel; neben der hintern Achse, dem Langbaum und den Gabelästen laufen 2 Reihen von Punkten, welche vielleicht Stäbe (z. Herstellung eines Flechtwerks od. zum Aufbau der Wagenleitern) bezeichnen sollen. Lissauer l. c. S. 106 und Taf. III Fig. 14. Berl. Verh. 1882, S. 532. — 8) 9) u. 10) „Zwei Urnen von Kl. Zablaw (Kr. Stargard in Preußen) zeigen ebenfalls ein Tier samt einem Reiter, und eine Urne von Hoch-Kelpien (Kr. Danzig) 3 Tiere an der Leine, wahrscheinlich doch alles Pferde.“ Lissauer l. c. S. 66, 91 und 99. — Dem würde sich anreihen lassen als 11) ein Fund von Dedenburg „wo auf einem weitbauchigen Gefäße mit ausgelegtem Rande und Randfuß ein vierrädriger Wagen mit 2 Pferden und auf dem Wagen ein Mensch dargestellt ist. Wiener anthropol. Ges. 1891 S. 77; zu beachten, daß S. 86 diese Zeichnung für Nachahmung der auf Bronzen importierten Muster erklärt wird.

B. Auf Bronzen. 1) Auf einem Messer, Meßdorf, die vaterl. Altertümer Schleswig-Holsteins, Hamburg 1877, Berl. Verh. 1878: S. 330. — 2) Auch auf einem Messer. Guide illustré. Kopenhagen 1876 p. 9. Berl. Verh. 1878. S. 330. 3) Auf Gürteln, v. Saden, d. Grabfeld v. Hallstatt. Taf. XI, 1—6. 4) Auf einem Brustblech, ebenda Taf. VIII, 8. 5) Auf einer Platte, Linden Schmidt, Altertümer unserer heidn. Vorzeit Bd. III, Heft V Taf. II d. (Struvsche Arbeit!)

C. Auf Monumenten. In Skandinavien, Berl. Verhändl. 1878. S. 330 f., wo Montelius, *La Suède préhistorique* dafür citiert wird.

D. Auf keltischen Münzen. v. Sacken l. c. S. 149. „Auf keltischen Münzen kehrt namentlich das Pferd konstant wieder.“ (Vorgänger der braunschweigischen!)

II. Plastische Darstellungen des Pferdes, sämtlich in Bronze
1) Al. Köhler, Berl. Verhändl. 1878, S. 330 f. (Katalog d. Königl. Mus. zu Berlin II 608. Klemm, *Handbuch der germanischen Altertumskunde* S. 366. „Wohl die älteste figürl. Darstellung in Bronze.“ 2) Berl. Verhändl. 1875, S. 154. „Auch die vom Grafen Goggadini abgebildeten zu Zierraten an den Gefäßen verwandten Metallpferde sind sehr rohe Dinge.“ 3) Seelow, Berl. Verhändl. 1878 S. 332 u. 1875 S. 87 u. 114. 4) Hallstatt a) auf einer Fibel v. Sacken l. c. Taf. XV, 4, b) von Barten ib. Taf. VIII, 2 und 3.

III. Als ein Mittleres zwischen plastischer Darstellung und Zeichnung führe ich noch an aus Lissauer, *D. prähist. Denkmäler d. Prov. Westpreußen*, Leipzig 1887, S. 50: „5) Bei Seesen, Kr. Danzig, wurde auf der Grenze von Smangorzin ein großer 4seitiger Granitblock in der Erde gefunden, an welchem auf der einen Seite eine menschl. Figur, auf der andern Seite ein Pferd mit einem Reiter, dessen Kopf leider schon abgebrochen war, auf der dritten Seite eine rübenähnliche Figur ausgemeißelt ist. Die letztere ist vertieft, die beiden anderen erhaben ausgearbeitet; der Mann hat einen Gegenstand, wie ein Trinkhorn, in der Hand. Die Darstellung des Reiters erinnert an ein ähnliches Steinbild aus den Steppen Südrusslands in Guldenstedts Reisebeschreibung. Dieser Stein ist jetzt in Westpr. Prov. Mus. aufgestellt.“

³³ Hörnes S. 388.

³⁴ Ebenda. S. 604.

³⁵ „Caesar führt von den Sueven an, daß man bei ihnen keine ausländischen Pferde finde, daß sie dagegen ihre einheimischen unansehnlichen Tiere von schlechter Rasse durch tägliche Uebungen so abrichteten, daß sie die größten Anstrengungen zu tragen vermochten (Caes. bell. Gall. IV, 2. *Quin etiam jumentis . . . Germani importatis non utuntur: sed quae sunt apud eos nata, prava (parva?) atque deformia, haec quotidiana exercitatione, summi ut sint laboris, efficiunt*). Auch Tacitus erklärt, daß die deutschen Pferde weder durch Schönheit der Form, noch durch Schnelligkeit sich auszeichneten, erwähnt aber in seinen *Jahrh.* mehrfache Beispiele ausgezeichneten Leistungen der germanischen Reiterei. Spätere röm. Schriftsteller führen selbst eine Vorliebe der Römer für deutsche Pferde an.“ v. Peucker l. c. S. 61. — B. Hahn l. c. S. 48. — Schlieffen l. c. S. 109 und 69.

³⁶ v. Sacken l. c. S. 67.

³⁷ Mitt. d. B. f. Anhalt. Gesch. u. A. I, S. 533; II, S. 224 und an anderen Stellen.

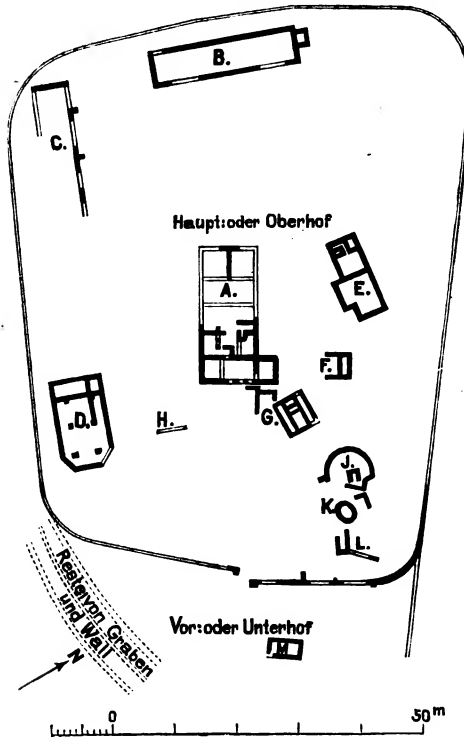
Aufgrabungen „am Mönchshof“ bei Siptensfelde im Harz.

Von F. Maurer, Baurat in Bernburg.¹

Gelegentlich einer Baurevision auf der Landesdomäne in Siptensfelde im Jahre 1888 wurde von dem Pächter der Antrag

¹ Mitgeteilt aus dem Centralblatt der Bauverwaltung Nr. 2. Berlin, den 9. Januar 1892, mit besonderer Erlaubnis der Verlagshandlung.

gestellt, es möchte ihm gestattet werden, in der Trift „am Mönchshof“ die Grundmauern einer ehemaligen Bauanlage abtragen zu dürfen, um das Grundstück von Steinen zu säubern und durch die Düngung mit dem entfallenden Kalkmörtel zu verbessern. Bei der zur Prüfung der Angelegenheit vorgenommenen Besichtigung und oberflächlichen Untersuchung der betreffenden Stelle wurde sofort ermittelt, daß man mehr als die Grundmauerreste eines einzigen Bauwerkes vor sich habe, denn in dem neben der



Trift liegendem Haferfeld waren die Halme strichweise niedriger gewachsen als im übrigen, ein Umstand, der darauf schließen ließ, daß dasebst im Untergrunde noch umfangreiche Mauerreste sich befinden müßten. Auch war auf der Trift an kleinen Erhöhungen hier und da Bruchsteinmauerwerk zu erkennen, von welchem der Regen schon längst den Mörtel ausgewaschen hatte. Selbstverständlich wurde unter diesen Umständen von einer Abtragung abgesehen und eine eingehende Untersuchung der alten Baustelle in Aussicht genommen.

Die Herzogliche Finanzdirektion in

Dessau erteilte hierzu willfährig die Erlaubnis, der Domänenpächter, Amtsrat Rudolf verzichtete im Interesse der Sache auf jede Entschädigung für die Nachteile, welche ihm beim Aufgraben der Grundmauern erwachsen würden, und die Herzogliche Regierung stellte die für die auszuführenden Erarbeiten nötigen Gelber bereitwilligst zur Verfügung, sodaß die Arbeiten bald in Angriff genommen werden konnten. Das Ergebnis der Forschung ist aus dem vorstehenden Lageplan zu ersehen. Es sind zwar nur noch wenige Mauerreste vorhanden, allein da, wo die Steine

fehlen, waren an den mehr oder weniger aufgelockerten Erdmassen die alten Grundmauergräben leicht zu erkennen. Hiernach war das zuerst aufgefundene, ziemlich umfangreiche und höher als das übrige belegene Gehöft mit einem Wall, Graben und einer Mauer umgeben, und es sind somit die Umrisse einer Burg freigelegt worden. Vielleicht waren A das Wohnhaus (palas), B und C die Stallung (scuria) Scheune (granarium) oder der Speicher (spicarium), D zweifellos eine kleine, genau orientierte Kirche, E vielleicht eine Bäckerei, F, G und H kleinere Stallungen, I und K Hundezwinger und L eine Mühle. Letztere erhielt wohl, wie auch der das Gehöft umgebende Graben, das nötige Wasser durch einen Fischteich neben dem in der Nähe, und zwar an der nördlichen Seite, vorüberfließenden Uhlenbach.

Das Vorhandensein von weiteren Gebäuden außer- und unterhalb des vorerwähnten Gehöfts bei M deutet darauf hin, daß noch ein zweiter Hof, Vor- oder Unterhof, bestanden hat, und man kann auch hieraus bezüglich der ganzen Anlage in der That auf die Reste einer bedeutenden Burg schließen. Da dieselbe nicht auf einer vereinzeltten Bergkuppe oder einem Bergvorsprung, sondern an der flachgeneigten Berglehne des Uhlenbachthals aufgebaut war, so ist die ganze Anlage als eine Tief- oder Wasserburg anzusehen. Die heute noch geltende Bezeichnung der Stelle, „am Mönchshof“, läßt vermuthen, daß die Burg späterhin, ebenso wie kurz nach dem Jahre 1080 das alte askanische Stammhaus in Ballenstedt und die Konradsburg bei Ermsleben, in ein Kloster umgewandelt worden ist.¹

Um zu bestimmen, aus welcher Zeit die Bauten herrühren könnten, sind bei den Aufgrabungen die gelösten Erdmassen sorgfältig untersucht, indessen ist mit Ausnahme einiger geschmiedeter eiserner Nägel von ehemaligen Schieferdächern nichts gefunden worden. Auch die wenigen Mauerreste ließen nichts besonderes erkennen, nur die Spuren zweier Kellerfenster am östlichen Giebel des Gebäudes A zeigen schräge Leibungen, wie solche auch bei alten romanischen Bauten zu finden sind. Es erübrigt daher nur, die Geschichte des Dorfes Siptensfelde nachzuschlagen, und da finden wir zunächst, daß das jetzige Dorf erst im Jahre 1683 durch Fürst Wilhelm von Harzgerode gegründet ist, und zwar eine Viertelstunde westlich vom alten Siptensfelde, welches zu Anfang des 17. Jahrhunderts wüst geworden war.² Etwa 10 Minuten oberhalb dieser auf der rechten Seite des Uhlenbachs liegenden alten und noch zu erkennenden Dorfstätte be-

¹ Doch wohl nur in einen Klosterhof. E. J.

² Im J. 1378 wird ein her Diderik perner to Zippenvelt, vorher Pf. zu Sulten, erwähnt v. Heinemann c. d. A. IV, 522. E. J.

findet sich die vorerwähnte Burg. Die älteste in Siptenfelde, und zwar im Juli des Jahres 940, ausgestellte Urkunde Ottos I., im Codex Diplomaticus Anhaltinus von Dr. Otto von Heinemann mitgeteilt,¹ lautet am Schlusse: „— — — Data III Idus Julii, anno ab incarnatione Domini dccccXL, indictione XIII, feria II, anno autem Ottonis piissimi regis IIII. Actum Sippenvelde in Dei nomine feliciter. Amen.“ In weiteren Urkunden Ottos, und zwar vom Juli der Jahre 946 und 961, heißt es: „— — — anno incarnationis Domini dccccXLVI, indictione II, anno domini Ottonis X. Actum in Sibbinvelde in Dei nomine. Amen.“ „— — — Sippanvelth — — —. Actum in Quidilingaburg in Dei nomine feliciter. Amen.“ „— — — Actum in Sipponifelde in Domino feliciter. Amen.“

König Otto II. wiederholt eine in der Urkunde seines Vaters im Jahre 961 in Quedlinburg ausgesprochene Schenkung, und es wird geschrieben: „— — — Sipponvelth — — —. Actum Walahusun in Christi nomine. Amen.“

Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die betreffenden Urkunden von Otto I. in seinem Jagdschlosse Siptenfelde angefertigt sind, welches, wie die Jagdschlösser in Bobfeld und Hasselfeld, an der von Westen nach Osten laufenden und die Königshöfe in Seesen und Walbeck verbindenden großen Harzstraße lag. Hiernach und nach den ganzen örtlichen Verhältnissen wird die aufgegrabene Burg die Jagdburg Ottos gewesen sein, der sich, wie die übrigen Könige und Kaiser aus sächsischem Hause, gern und oft im Harz aufhielt.

Einiges über die Wüstung Sellenfelde.

Von B. v. Röder in Hoym.

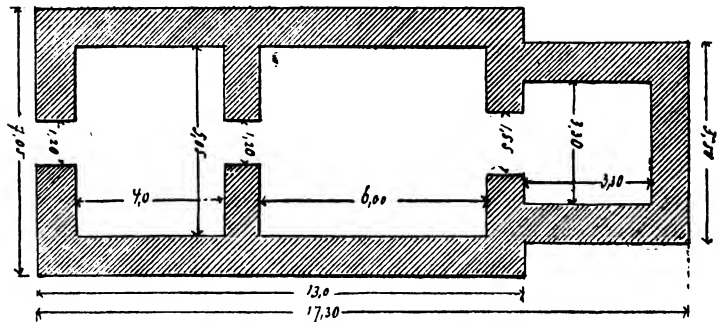
Nebst einen Grundriß und einigen Angaben über die ausgegrabene Kirche daselbst von Herrn Kreisbauinspektor Brinkmann in Blankenburg am Harz.²

Die wüste Dorfstätte „Sellenfelde“ ist nicht weit von der Anhaltischen Grenze auf Braunschweigischem Gebiet gelegen und gehört jetzt zur Gemeinde Stiege. In früheren Zeiten war es ein Besitztum der Grafen von Regenstein und Blankenburg; nach deren Aussterben 1599 kam es an Braunschweig. Der Ort Sellenfelde kommt schon zur Zeit der sächsischen Kaiser vor,

¹ Schon im Jahre 936 (937) 13. Sept. wird a. a. O. I, 3 der Ort als Sipponfeldon bei der Widmung des S. Servatiusklosters in Quedl. durch R. Otto I. genannt.

² Jetzt in Braunschweig.

welche dort ein Jagdhaus besaßen. (Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde III (1870) p. 352 und VIII (1875) p. 207.) In letzteren erwähnt Herr Dr. Jacobs über die Anlage königlicher und fürstlicher Jagdhäuser, welche mit der Endung „Feld“ eine Richtung des Waldes bezeichnen. Der Name dieses Ortes wechselt oft in den verschiedenen Urkunden, in Sillicauwelth (961, wohl die älteste Form des Namens, Seltensfelde, Zeletensfelde, Salitensfelde, Seltensfelde. Dieser Name ist aller Wahrscheinlichkeit nach von dem Flusse Selke entnommen, der hier entspringt. Schon früh im 14. Jahrhundert scheint der Ort wüste geworden zu sein, und nur die Trümmer der ehemaligen Kirche, die Seltenskirche (Seltkirche) genannt, sind die geringen Ueberreste dieser alten Ansiedelung. Die Grundmauern dieser Kirche hat Herr Kreis-Bauinspektor Brinkmann in Blankenburg am Harz wieder ausgraben lassen, und teilt mir derselbe folgendes mit: „Ist die Kirche auch klein, so ist sie doch für diese alte Kulturstätte des Harzes von hohem Interesse. Die Kirche gehört dem romanischen Stile an, also spätestens dem XII. Jahrhundert. Sie war nur aus Bruchsteinen und Mörtel (mit Werkstücken aus Sandstein) hergestellt und mit Ziegelbad (Priepe) versehen. An der Kirche lag die Begräbnisstätte, wie Funde von menschlichen Skelettresten bei der Ausgrabung erwiesen haben.“ Die Apsis (Chor) der Kirche ist viereckig gerade, wie es nach Herrn Bauinspektor Brinkmanns



Grundriss der Kirche von Seltensfelde.

Ermittelungen bei kleinen Dorfkirchen im Harze typisch war. Wenigstens hat derselbe solche Formen bei der Glendstapelle am Kaiserwege, der alten Kirche am Botsfelde und anderen kleineren Kirchen gefunden. Es kommen jedoch solche alte Kirchen auch mit runder romanischer Apsis vor. Eine solche ist unter anderen bei Alrode von Herrn Bauinspektor Brinkmann ausgegraben, welche zur Wüstung Boteschagen gehört hat. Eine Abbildung

des Grundrisses der Kirche von Selkenfelde hat Herr Bauinspektor Brinkmann zu dieser Beschreibung mitgeteilt. In der Nähe von Selkenfelde entspringt die Selke aus einer mit Steinen eingefassten Quelle, die jetzt von Gebüsch sehr verdeckt ist. (Die Selke fließt von hier nach Güntersberge in den großen Mühlteich.) In der Nähe dieser Quelle wird der Ort gelegen haben. Der Ort wird zuerst den 15. Juli 961 erwähnt, als König Otto I. zu Queblinburg dem Servatiuskloster daselbst einen Hof zu Duitelingen nebst mehreren Ortschaften: Hoym, Bicklingen, Selkenfelde und Siptenfelde, schenkte. Sein Sohn König Otto II. wiederholte diese Schenkung zu Wallhausen den 24. Juli 961. Erst 1275 den 21. April kommt der Ort nochmals vor, als die Grafen Siegfried und Heinrich von Blankenburg die bischöfliche Kirche zu Hilbesheim entschädigten für von dieser empfangene Güter zu Holzemmen-Ditfurth durch das halbe Dorf Selkenfelde und durch Güter zu Gravestorf. Der Ort kommt später noch einigemal als den Grafen von Regenstein gehörig vor. Sehr zu wünschen wäre, daß die alte Kirche, die Herr Kreis-Bauinspektor Brinkmann auf seine Kosten hat ausgraben lassen, so erhalten bliebe und nicht durch den Verbrauch der Steine zu anderen Zwecken zerstört würde. Welchen Schutz-Patron (Heiligen) diese Kirche einst gehabt hat, ist mir unbekannt. —

Denkmälerkunde.

Niederländische Glocken in Wolfenbüttel.

Von Th. Voges.

Wenn der Meister Glockengießer in der Dammgrube die Form aufführt, so ist sein Augenmerk hauptsächlich auf die Erzeugung eines guten Klanges gerichtet. Aber obgleich seine Werke späterhin im dunklen Turme nur von wenigen gesehen werden, so wird doch kein rechter Meister das Neukere derselben unverzerrt lassen, und so sind denn auch von altersher die Glocken mit Gebeten, Bibelsprüchen und Bildwerk wohl ausgestattet worden. Auch das braunschweiger Land hat eine große Anzahl Glocken, die in dieser Hinsicht bemerkenswert sind. Welcher Reichtum von Bildwerk findet sich da von der schlichten Gestalt der Jungfrau Maria oder der Kirchenheiligen bis hin zu den vielfelbrigen Wappen der Neuzeit! Und welcher Reichtum von Inschriften von dem kurzen O rex glorie Christe, veni cum pace! oder dem noch kürzeren Ave Maria! bis hin zu den wortreichen Mitteilungen über Geburt, Würden und Tod des Geschenkgebers, Mitteilungen, die eine kleine Lebensgeschichte enthalten! Auch im Hinblick auf die Sprache zeigt sich ein Wandel. Anfangs, als die Erzgießerei, wie jede andere technische Kunst, in den Händen der Klostergeistlichen lag, sind die Inschriften lateinisch geschrieben; später, als mit dem Aufblühen der Städte dies Gewerbe in die Hände der Bürger überging, erscheinen die Sprüche und Verse an den Glocken unserer Meister in mittelniederdeutscher Sprache, bis dann zuletzt die hochdeutschen Inschriften fast ausschließlich das Feld behaupten. Während so schon durch die Sprache unsere Glocken sich als Werke heimischer oder doch niedersächsischer Meister erweisen, muß es auffallend erscheinen, wenn eine Glocke in Wolfenbüttel eine vlämische Inschrift hat. Sie hängt im Turme der Marienkirche daselbst. Rings um die Haube läuft folgender mit gotischen Minuskeln gesetzter Spruch, dessen Anfangszeichen das Bild der heil. Anna zeigt:

**Anna · es mynē name dies zekerkint ·
zowie an my begheert der myelē profint ·
Myts hulpe mynder · dochter maria groet ·
hem wert geholpē wt alder noet**

Das heißt: Anna ist mein Name, dies sicher ist. Wer von mir

begehrt der Seelen Gewinn (also die Seligkeit), mit Hülfe meiner Tochter Maria groß, ihm wird geholfen aus aller Not.

Unter dieser Inschrift, die von gotischen Blätterfriesen eingefasst wird, ziehen sich mehrere Gestalten wie ein Kranz um die Glocke herum. Da ist zuerst der heil. Bischof Reinhold mit Stab und Hammer, und letzteres Werkzeug ist nochmals unter der Figur angebracht. Dann folgt die Jungfrau Maria im Halbmonde mit dem Christusknaben. Weiterhin zeigt sich die heil. Barbara neben dem Turme, mit der Palme in der Hand. Nun folgt der heil. Georg als geharnischter Reiter, wie er mit hochgeschwungenem Schwerte den Drachen verfolgt. Zuletzt ist ein Jäger dargestellt, der einen Speer trägt und ins Horn stößt, während seine Hunde ein Wildschwein angreifen. Ob dieser Bilderkreis Bezug auf die Kirche hat, der diese Glocke einst angehörte, oder ob der alte Werkmeister aus seinem Vorrathe hier nur eine Auswahl von Täfelchen traf, ist nicht mehr zu entscheiden. Bedeutsamer als diese Figuren sind zwei Wappen am Mantel. Das eine ist das des Deutschen Reiches, nämlich der Doppeladler mit dem Habsburgischen Bindenschild auf der Brust. Das andere Wappen ist das der spanisch-habsburgischen Monarchie aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts. Es hat 4 Felder, von denen das erste gleich dem vierten, das zweite gleich dem dritten ist. Das erste Feld ist wiederum quadriert und zeigt die Thürme von Kastilien, die Löwen von Leon, die Pfähle von Aragonien und die Pfähle samt den Adlern von Sicilien. In der eingepropften Spitze die Rose. Das zweite Feld ist gleichfalls quadriert. Der gespaltene Herzschild zeigt den flandrischen Löwen und den Adler von Tirol. Die vier Felder enthalten den österreichischen Bindenschild, die Lilien von Neuburgund, die Schrägbalken von Altburgund und den Löwen von Brabant. Das ganze Wappen ist mit der Königskrone bedeckt und von der Kette des goldenen Vlieses umgeben. Zwischen beiden Wappen steht die Jahreszahl: **Anno M^o C^o LII**, d. i. 1512. Wenn nun beide Wappen auf ein Land, das dem Hause Oesterreich-Spanien zugehörte, hinweisen, so deutet die slawische Inschrift auf die Niederlande hin, die seit 1477 zu Habsburg gehörten. Die Glocke ist also wahrscheinlich das Werk eines niederländischen Meisters und war zweifelsohne für eine Kirche seiner Heimat bestimmt.

Wenn sich auf dieser Glocke der Gießer nicht genannt hat, so findet sich in Wolfenbüttel noch ein anderes Erzeugniß niederländischen Kunstfleißes, das auch den Namen des Gießers aufweist. Auf dem Rathause wird eine Tischglocke aufbewahrt, die mit der Handhabe 12,8 cm hoch ist. Der Griff besteht aus

drei Rindergestalten, die rückwärts ihre Arme verschränkt haben. Zwischen Stierschädeln, die durch Laub- und Fruchtgehänge miteinander verbunden sind, stehen am Oberteile des Glöckchens die Worte: † LOF GOD VAN AL d. h. Lob [sei] Gott von allen! Mehrere kleine Figuren schmücken den Mantel. Da ist ein Schmied, der mit seinem Hammer auf dem Ambosse einen Helm bearbeitet. Weiterhin erblickt man einen Reiter im wehenden Mantel mit dem Schwerte. Dazwischen, auf Gefäßen sitzend, ein Hund und ein Affe. Unten steht: GHEGOTEN VAN ADRIAEN STEILLAERT.

Von diesem Meister fand sich hier in den fünfziger Jahren auch eine Hängeglocke vor. Sie zeigte verschiedene Darstellungen in Relief aus dem Leben Christi und trug den Vers: Die sin vlesch gheft sinnen hesh naar sinnen lust, die sal verwerven eeuwich sterven sonder trust. D. h.: Wer seinem Fleische giebt dessen Verlangen nach seiner Lust, der wird erwerben das ewige Sterben ohne Trost. Darüber: Ick bin ghegoten van Adriaen Steillaart. Diese Glocke wurde im Jahre 1857 verkauft, und ich vermag über ihren Verbleib nichts mitzuteilen. Der Meister, von dem diese beiden Gusswerke herühren, war ein Niederländer und wird im Jahre 1572 erwähnt.¹

Nun ist hier noch eine vierte Glocke aus den Niederlanden zu verzeichnen. Im Dachreiter der St. Johanniskirche der Auguststadt hängt eine Schlagglocke, welche oben an der Haube die Umschrift hat: DOMINOS. (?) GODEFRIDOS. (?) ARNIM. ABBAS. 31. IN. ADEWART. ME. FIERI. FECIT AÑO. 1554. GERRIT. VAN. DEN. DAM. Am Mantel findet sich der Schild des Abtes, darin ein schrägrechter Stab, der beiderseits mit Lägen besetzt ist, über diesem schräglinks ein Bischofsstab. Schon der Name des Glockengießers weist nach den Niederlanden hin. Gerrit ist die holländische Form für Gerhard. Adewart ist das heutige Abuard, ein Dorf ganz nahe bei der Stadt Groningen. Hier befand sich ehemals eine berühmte Cisterzienserabtei. Ihr 31. Abt war von 1549 bis 1561 Gottfried von Arnheim. Es wird von ihm berichtet, daß er in den geistlichen und weltlichen Wissenschaften sehr erfahren und ein großer Meister in der Musik war. Für die ihm anvertraute Herde trug er große Sorge. Er strafte die Brüder nicht nur mit milden Worten, sondern auch mit harten Reden, ja selbst mit Schlägen suchte er die Uebertreter wieder auf den Weg der Gerechtigkeit und des klösterlichen Lebens zu bringen. Doch auch den äußeren

¹ Ich verdanke die Kunde von dieser Glocke gütigen Mitteilungen des Herrn E. W. Moes, Bibliothekars der Universität Amsterdam. Er entnahm diese Nachrichten dem „Navorscher“ 1857, pag. 168.

Glanz seiner Stiftung trachtete er zu mehren. So ließ er die hohe und herrliche Wendeltreppe erbauen, die zur Abtei führte. Diese selbst schmückte er mit neuen Gemälden und Tapeten. Die Bücherei des Klosters vermehrte er mit einer großen Zahl Bücher von den besten Schriftstellern. Er ließ auch das große Uhrwerk mit einem kunstvollen Glockenspiele aufstellen nach dem Muster des Uhrwerks, das zu Groningen in dem Turme von Unserer Lieben Frauen gemacht war, und nahm dazu denselben Meister, der dieses ausgeführt hatte. Im Jahre 1561 fiel er in eine Krankheit, und weil er die Mühen und großen Lasten seines Amtes nicht mehr tragen wollte, legte er seine Würde nieder. Er starb 1574.¹ Von dem Glockenspiele dieses Abtes wird höchstwahrscheinlich die kleine Schlagglocke der Auguststadt herrühren.

Es liegt nun nahe, anzunehmen, daß auch die St. Annen-Glocke der Marienkirche aus jener Gegend stammt. Diese Annahme gewinnt einige Wahrscheinlichkeit durch die Nachricht, daß sich in Klein-Abwert ein Nonnenkloster des Cisterzienserordens befand, das der heil. Anna geweiht war.²

Aber wie kommen nun diese niederländischen Glocken nach Wolfenbüttel? Glocken sind doch keine Gegenstände, die so leicht fortgeschafft werden können! Man hat die Vorstellung, daß sie da, wo sie einmal befestigt sind, auch bleiben müßten, jedenfalls aber nur mit großer Mühe und nicht ohne Gefahr hinunterzuschaffen seien. Aber auch hier gilt das Habent sua. Schon die Volkssage weiß von weggeflogenen und versunkenen Glocken zu erzählen, von Glocken, die in Kriegzeiten geraubt und verschleppt worden sind. Es ist aber auch sicher bezeugt, daß man Gotteshäusern und Klöstern bei guter Gelegenheit Glocken abkaufte. So stammt die ehemalige Burgdorfer Glocke, die jetzt im Braunschweiger Museum steht, aus dem Michaeliskloster zu Hildesheim, und die Glocke zu Volzum ist von den Benediktinermönchen zu Braunschweig für ihr Regibienkloster gegossen worden. Waren hier die Umwälzungen und Verwüstungen, die ein großer Krieg mit sich brachte, die Ursachen zum Verkauf der Glocken, so sind es gewiß auch die gleichen Umstände gewesen, welche die Fortschaffung unserer niederländischen Glocken bewirkt haben. Es können hier nur die Kämpfe und Unruhen in Betracht kommen, welche der Aufstand der Niederlande gegen die spanische Herrschaft mit sich brachte. Im Jahre 1580 war Friesland der Schauplatz dieser Kämpfe. Damals war es den spanischen Mäkten gelungen, den Grafen Georg Lalain von Renneberg,

¹ Oudheden en Gestichten van Groningen en Groningerland. Uyt het Latijn vertaald door H. V. R. Leiden, 1724, pag. 286 ff.

² A. a. O. 240, 328.

Statthalter von Friesland, zum Abfall von der holländischen Sache und zum Verrate an seinem Freunde, dem Prinzen Wilhelm von Oranien, zu bringen. Aber außer der Hauptstadt Groningen war ihm seine ganze Statthaltertschaft feindlich. Die in der Provinz befindlichen Streitkräfte der Staaten rückten sogleich vor die Festung, um sie zu belagern.¹ Da nun die Abtei Adewart nahe bei Groningen lag, ist sie gleichfalls hart betroffen worden. Das Kloster wurde in Brand gesteckt und verbrannt.² Da ging denn auch das kunstvolle Uhrwerk mit seinem Glockenspiele zu Grunde. Viele Glocken aber, die damals und auch dann bei anderen Gelegenheiten geraubt und verschleppt wurden, erwarb endlich unser Herzog Julius. Nur ganz beiläufig berichtet davon sein Biograph Fr. Algermann. Der hochselige Herr, so erzählt er, hatte viel schöne, herrliche Glocken, die aus den Kirchen in den Niederlanden im abgehenden Kriegswesen geraubt worden, erkaufte. Sie standen im Faktorstube nach einanderher, daß es eine Lust anzusehen war. Diese ließ der Herzog Heinrich Julius seinem geliebten Herrn Vater zu Ehren an vier verschiedenen Orten nach der Resonance aufhängen und sechs Wochen hindurch täglich eine Stunde lang läuten.³ Von allen den fremden Glocken sind hier in Wolfenbüttel nur noch die beiden übriggeblieben neben jener Tischglocke im Rathause. Mögen sie, die nun mehr als 300 Jahre ihre Stimme erklingen lassen, eine Erinnerung sein an die harten Kämpfe, die unsere stammverwandten Nachbarn siegreich gegen die Spanier führten und an den vorsorgenden Herzog, der durch ihre Erwerbung wieder seinen klugen, haushälterischen Sinn offenbarte.

Zu dem Grabdenkmale der Gräfin Margarethe von Honstein.

Von P. Zimmermann, Wolfenbüttel.

Dem stattlichen Grabdenkmale Graf Ernst's VII. von Honstein in der Kirche zu Walkenried und den in demselben Kloster verwahrten vier Grabsteinen von Mitgliedern des Honsteiner Grafenhauses, die in dem Jahrgange 1889 (S. 202 ff.) und 1890 (S. 497) dieser Zeitschrift wiedergegeben und besprochen wurden, schließt sich hier der Grabstein der Gräfin Margarethe von Honstein

¹ Der Abfall der Niederlande und die Entstehung des holländ. Freistaats. Aus dem Englischen des John Lothrop Motley. III, 377.

² Gültige Mitteilung des Herrn N. S. Kappers, Emeritus-predikant in Aduard.

³ Fr. Algermann, Lebensbeschreibung des Herzogs Julius in von Strombeck, Feier des Gedächtnisses der vormal. Hochschule Julia Carolina zu Helmstedt, pag. 241.

an, der sich in der Kirche zu Bleicherode, das unweit Walkenried gelegen ist, nördlich neben dem Altar befindet. Margarethe war die Tochter Graf Wolfs I. von Barby und 1528 geboren; am 20. Februar 1555 vermählte sie sich zu Weissenfels mit dem Grafen Volkmar Wolfgang I. von Hohnstein, dessen Grabstein sich unter den oben erwähnten befindet; sie wurde die Mutter Graf Ernst's VII., des Letzten des Hohnsteiner Geschlechts, und starb am 10. März 1567 zu Lohra.¹ Man sieht, daß sie mit den Personen, denen jene Walkenrieder Denkmäler gewidmet sind, in der engsten Beziehung steht, und es wird daher eine Wiedergabe ihres Grabsteins, dessen Zeichnung wir wiederum dem Bildhauer Wilh. Bayern in Braunschweig verdanken, im Anschlusse an jene den Lesern dieser Zeitschrift nicht unwillkommen sein, um so weniger, da derselbe in den von Julius Schmidt herausgegebenen Bau- und Kunstdenkmalern des Kreises Grafschaft Hohenstein (Heft VII der Bau- und Kunstdenkmal. d. Prov. Sachsen, Halle a. S. 1889) S. 31 zwar beschrieben, aber nicht bildlich dargestellt worden ist. Ueber der Figur der Gräfin erscheint rechts das Hohnsteinsche, links das Barbysche Wappen. Die Inschrift ist auch in der Zeichnung klar und verständlich und spricht daher auch das Ganze ohne weitere Erklärung wohl hinreichend für sich selbst.

¹ Vgl. Harzzeitung 1889. S. 208.

Siegelkunde.

Noch einmal das älteste Sangerhäuser Stadtsiegel,

nebst einigen Bemerkungen über das alte thüringische Landgericht zu Mittelhausen.

Schon einmal habe ich mich in dieser Zeitschrift (VIII. 333—334) gegen eine unzutreffende Deutung des ältesten Stadtsiegels von Sangerhausen v. J. 1268 verwahren müssen, die freilich insofern entschuldbar schien, als sie auf einer ungenauen oder, wenn man lieber will, auf einer zu genauen Zeichnung jenes Siegels beruhete. Anders verhält es sich mit dem Erklärungsversuche, den Herr Pastor A. Reinecke zu Schauen jüngst im 24. Jahrgange dieser Zeitschrift (S. 278—282) gemacht hat. Nach ihm soll das in Rede stehende Siegel auf das bekannte thüringische Landding in Mittelhausen zu beziehen und die auf ihm erscheinenden dreizehn Menschenköpfe für die Porträtbüsten des das Gericht hegenden Landgrafen und seiner zwölf Beisitzer (Schöffen), die kleine Mittelfigur aber für den Träger des christlichen Rechts zu halten sein. Die Sache selbst ist ja an sich von keiner großen Bedeutung, auch läßt der schlechte Zustand des Siegels wenig Hoffnung, zu einer sicheren, endgültigen Lösung zu gelangen, und man wird sich dabei beruhigen müssen, so lange nicht etwa ein besser erhaltener, schärferer Abdruck des Siegels zutage kommt. Ich meinerseits halte auch jetzt noch an meiner früheren, übrigens nur gelegentlich geäußerten Ansicht fest, daß die Mittelfigur den Jesusknaben und die dreizehn sie einrahmenden Köpfe diejenigen der Mutter Gottes und der zwölf Apostel vorstellen sollen, und vermute, daß diese Versammlung der Hauptheiligen der christlichen Kirche durch eine mißverständliche, vielleicht auch spielende Deutung des Namens „Sangerhausen“ (Sanctorum habitatio) auf das Siegel gekommen, dieses also als eine Art redendes Wappen zu betrachten ist. Ich würde auch weiter kein Wort darüber verlieren, wenn nicht in Verbindung mit dieser Siegelfrage zugleich der allerdings unglückliche Versuch gemacht würde, die Stätte des alten berühmten Dingstuhles für das Thüringerland zu verrücken und nach einem ganz anderen Orte zu verlegen, als wo er wirklich gestanden hat und wo ihn bisher alle der thüringischen Geschichte Kundigen gesucht haben. Denn es ist durchaus nicht richtig, was Reinecke sagt, daß die Lage Mittelhausens zweifelhaft sei und daß man

nicht wisse, welches Mittelhausen, ob das einige Stunden südöstlich von Sangerhausen oder das bei Erfurt gelegene Dorf dieses Namens, als jene Landgerichtsstätte anzusehen sei. Vielmehr verlegen, während er allein für jenes sich entscheidet, meines Wissens sämtliche neueren Forscher und, wie wir sehen werden, auch die alten Quellen das in Rede stehende Landgericht nach diesem. Beide Orte gehören jetzt zum Großherzogthume Sachsen-Weimar. Der eine liegt im Amtsgerichtsbezirke Alstedt, anderthalb Stunden nordöstlich von dieser Stadt, in einer hügeligen, zum Theil bewaldeten Gegend, der andere im Amtsgerichtsbezirke Großrudestedt, anderthalb Stunden nördlich von Erfurt, an der schmalen Gera, in einer von dieser und der wilden Gera durchflossenen Niederung. Sie sind, obschon in demselben Ländchen gelegen, doch durch eine Strecke von sechs bis sieben Meilen von einander getrennt und daher in Bezug auf die Frage eines bei dem einen von ihnen bezeugten uralten Landgerichtes nicht wohl mit einander zu verwechseln. Die folgende Untersuchung wird zeigen, daß dabei nur das südliche, bei Erfurt, im Herzen von Thüringen gelegene Mittelhausen in Betracht kommen kann.

Reinecke stützt seine ganze Beweisführung auf die bekannte *Legenda S. Bonifatii*. Diese Schrift, deren Abfassung er in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts setzt, die aber nach Zittmann¹ erst im Jahre 1513, also etwa hundert Jahre später, entstanden ist, kann schon wegen der vergleichsweise späten Zeit, aus der sie stammt, für die älteren Zustände Thüringens keinen Anspruch auf Bedeutung erheben. Sie wimmelt aber auch von solchen Abenteuerlichkeiten und augenfälligen Fabeln, daß fast sämtliche Forscher ihr allen historischen Wert absprechen. Schon Falkenstein² sagt am Schluß eines von ihm daraus mitgetheilten Fragmentes: „Diese vorher angeführte Erzählung ist nun eine wider aller Historicorum coeavorum Zeugnis laufende Unwahrheit.“ Auch die späteren sächsischen und thüringischen Geschichtsschreiber urtheilen nicht günstiger, etwa mit Ausnahme von Zittmann, der sich dahin äußert, „es sei trotz der späten Abfassung der *Legenda* vorauszusetzen, daß sie auf allen Quellen beruhe.“ Damit stehen aber die augenfälligen Ungereimtheiten in schroffem Widerspruch, die er ihr selbst, namentlich in Bezug auf ihre Nachrichten über Regierungshandlungen nachweist, die nach ihr dem Landgerichte in Mittelhausen zugestanden haben sollen.³ Auch Reinecke mißt ihr keine große Glaubwürdigkeit zu, indem er ihr in ihrem Hauptbestandteile einen durchaus sagenhaften Charakter zu-

¹ Zittmann, *Gesch. Heinrichs des Erlauchten I*, 128.

² *Thüringische Chronika in der Einleitung*.

³ S. 116.

schreibt.¹ Trotzdem nimmt er keinen Anstand, seinen Beweis für die von ihm vorgeschlagene Deutung des frühesten Sangerhäuser Siegels einzig und allein auf diesen sagenhaften Berichten der Bonifazlegende aufzubauen. „Ohne uns“ — so sagt er — „nun weiter auf den historischen Wert der Angaben der angezogenen Chronik einzulassen, soweit diese die Errichtung des Landgrafengerichtes in die Zeit Karls des Großen hinaufrückt, so ergibt sich doch dies als eine Thatsache: 1) daß ein solches Landgrafengericht in der von dem Chronisten bezeichneten Form schon seit alter Zeit vorhanden war, 2) daß dies Gericht, wenn es auch nicht bestimmt erwiesen werden kann, so doch wahrscheinlich in der Nähe von Sangerhausen, zu Mittelhausen gehegt wurde.“ Die angebliche Thatsache unter 1) mag dahin gestellt bleiben, daß aber die Behauptung unter 2) keine Thatsache ist, sondern auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für sich hat, dies wird sich selbst ergeben, wenn man die angezogene Legenda S. Bonifatii als eine vollgültige und glaubwürdige Quelle auch für die älteren Zeiten ansehen sollte.

Reinecke scheint nicht zu wissen, daß die Legenda, die er überhaupt nur in der durch v. d. Gabelenz in der Zeitschrift für Thüringische Geschichte und Altertumskunde (VI. 235 ff.) herausgegebenen deutschen Fassung kennt, schon weit früher und auch in einer offenbar älteren lateinischen Fassung bekannt war. Einen Bruchteil der letzteren (Lib. II. cap. 8—13), eben die auf das Landgericht zu Mittelhausen bezüglichen Nachrichten enthaltend, hat schon Tenzel in dem Supplementum historiae Gothanae secundum (p. 344—374) publiziert und zwar i. J. 1702 und 26 Jahre später (1728) hat dann Johann Burchard Mendel die ganze Legenda in beiden Fassungen, der lateinischen und deutschen, in seinen bekannten *Scriptores rerr. Germ.* (I. 834—866) herausgegeben. Auch Falkenstein hat im § IV des Vorberichtes zu seiner i. J. 1738 erschienenen Thüringischen Chronika denjenigen Abschnitt der Legende, der von der Befehrung der Thüringer handelt, aus Vinhart abdrucken lassen, und dieser Abschnitt hat wiederum allein Herrn von der Gabelenz vorgelegen, der daher annimmt, daß der übrige Teil der Legende noch unbekannt sei.

Was berichtet denn nun aber diese Legende über den Ort, wo das Landding für das gesamte Thüringer Volk stattfinden sollte und dann Jahrhunderte hindurch stattgefunden hat? In der Handschrift, die v. d. Gabelenz benutzt hat und die nur die deutsche Fassung enthält, heißt es (§. 113): Der dingstuhl

¹ Harzeitschrift a. a. D. S. 279: „Sie enthält die durchaus sagenhafte Erzählung der Befehrung der Thüringer durch Bonifatius.“

ward gesetzt vff daz ryt czu Myttelhusin mit der Doringen rate. Das hier erwähnte Rieth ist nun für Reinecke das Hauptargument um das Landgericht bei Mittelhausen nach dem bei Sangerhausen gelegenen Orte dieses Namens zu verlegen. „Denn,“ sagt er, „die Gegend von Sangerhausen wird nicht bloß heute, sondern in weit ausgedehnterer Weise in alter Zeit das Rieth genannt, wie z. B. der Name des in der Nähe befindlichen Riestedt anzeigt, welcher in alter Form bekanntlich „Ritsfedi“ heißt.“ Hiergegen würde sich einwenden lassen, daß es bekanntlich in Thüringen, zumal in den Thälern der Helme und Unstrut, viele Lokalitäten giebt, die nach ihrer sumpfigen Bodenbeschaffenheit „Riethe“ genannt werden und daß also das Vorkommen eines solchen in der Gegend von Mittelhausen bei Sangerhausen wenig oder nichts für die hier zur Verhandlung stehende Frage entscheiden würde. In der „Landeskunde des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach“ von C. Kronsfeld, Weimar. 1879¹ finde ich nichts, was die Annahme eines Riethes bei dem im Amtsgerichtsbezirke Alstedt gelegenen Mittelhausen rechtfertigen könnte. „Mittelhausen,“ so heißt es hier,¹ „liegt in einem 1½ Stunde breiten Thale, welches sich von Alstedt aus 3 Stunden lang nach Osten hinzieht und mehrere Dörfer in sich schließt, von denen Mittelhausen ziemlich die Mitte bildet. Die südlich liegenden Höhen sind bewaldet (Laubwald) und geben dem Thale ein schönes Ansehen. An der Südseite des Ortes fließt die Rhone, welche von dem nördlich liegenden Berge mit seiner Fabrikanlage Neuglück herabfließt.“ Da ist mit keinem Worte von einer rieth- oder sumpfreichen Gegend die Rede.

Wo der Dingstuhl von Mittelhausen gestanden hat und wo also auch das in Rede stehende „Rieth“ zu suchen ist, erfährt man, wenn man die zweifellos älteste lateinische Fassung der *Legenda S. Bonifatii* zur Hand nimmt, wie sie sich bei Tenzel und Mendon abgedruckt findet. Da lautet die betreffende Stelle: *Tribunal cum consensu Thuringorum positum est super sarario villae Mittelhusen (Mendon, l. c. 846), während bei Tenzel (l. c. 352) erklärend noch hinzugefügt wird „vulgariter auf das Riedt zu Mittelhusen.“* Dann heißt es weiter: *In situatione agrorum villae Elxleben (Mendon: Elpleben) prope Gera sunt duo mansi terrae arabilis, quorum possessor struere debet temporibus debitis tribunale illud.* Die deutsche Fassung bei Mendon (l. c. 356) giebt diese ganze Stelle auch völlig korrekt wieder, indem sie sagt: Der Dinge Stuhl war gesetzt in das Riet zu Mittelhusen

¹ II, 182.

mit der Thüringer Wiessen. Um den Geding-Stuhl ward gemacht zwo Hufen Landes gelegen in dem Felde Elssleben an der Gera, wer die unter ihm hat, der soll den Stuhl gegen Morgen bekleyden, während die Handschrift, die von der Gabelenk benutz hat und der auch Reinede folgt, gerade die entscheidenden Worte „an der Gera“ fortgelassen hat.

Danach weisen die besten Handschriften und zuverlässigsten Ausgaben der Legenda S. Bonifatii auf das Bestimmteste und in unzweideutiger Weise auf das bei Erfurt gelegene Dorf Mittelhausen als auf den Sitz des früheren großen Landgerichtes für Thüringen hin, und von dem anderen Mittelhausen bei Sangerhausen oder Alstedt kann dabei keine Rede sein. Nicht hier, sondern dort fließt die vom Thüringer Walde herabkommende Gera, und nicht hier, sondern dort finden wir an der wilden Gera, kaum eine halbe Stunde von dem alten Dingplatze entfernt, das jetzt preussische Dorf Elxleben, das nach dem Berichte beider Fassungen der Legenda, der lateinischen wie der deutschen, an der Gera (prope Geram) und in unmittelbarster Nähe von der fraglichen Gerichtsstätte zu Mittelhausen gelegen war. Denn wenn nach den weiteren Auslassungen der Legenda dem Besitzer zweier zu diesem Zwecke ausgeworfenen Hufen baubaren Landes in Elxleben die Aufschlagung und die Instanderhaltung des Dingstuhles oblag,¹ so setzt doch auch diese Verpflichtung die enge Zusammengehörigkeit und die örtliche Nachbarschaft von Mittelhausen und Elxleben voraus.

Auch das fragliche „Rieth“, mit welchem Worte die deutsche Fassung der Legende das lateinische sararium übersezt, wird hier nicht schwer zu ermitteln sein. Die aus zwei Quellbächen zwischen Beerberg und Schneekopf und am Sachsenstein entspringende Gera teilt sich in Erfurt in die wilde und schmale Gera und bildet so unterhalb jener Stadt eine Flussinsel von reichlich zwei Meilen Länge mit teilweise noch heute, früher aber in weit höherem Maße als jetzt, sumpfigem Boden. Hart am westlichen Flußarme, der wilden Gera, liegt Elxleben, ihm gerade

¹ Legenda S. Bonifatii Latina: In situatione villae Elxleben prope Geram sunt duo mansi terrae arabilis, quorum possessor struere debet — tribunale illud cum assensibus a retro et ambabus lateribus in altitudinem, quod iudex cum assessoribus suis possunt videri a capite usque ad scapulas etc. Die deutsche Fassung giebt dies so wieder: Wer die (die 2 Hufen zu Elxleben) unter ihm hat, der soll den Stuhl gegen Morgen bekleyden: hinten auf mit Delen soll er bedeckt seyn, von oben auff biss auf die Erden. Von beyden Seiten soll er bekleydet seyn, nicht höher denn dass man den Richter und die Schöppen ihr Antlitz gesehen kann und sie auch kann hören.

gegenüber am östlichen Flußarme Mittelhausen. Die ehemals morastige Niederung zwischen beiden Ortschaften und Flußarmen, jetzt eine Wiesenfläche, hieß „das große Ried“, jetzt nennt sie das Volk „die Maſpe.“¹ Hier also, zwischen Erleben und Mittelhausen, auf der Gerainsel, wurde das altberühmte Landgericht der Thüringer abgehalten und nicht in der Umgegend von Sangerhausen.

Dieses Ergebnis wird endlich — und darauf ist größeres Gewicht zu legen als auf den immerhin sehr späten Bericht der *Legenda S. Bonifatii* — durch eine Anzahl Stellen älterer glaubwürdiger Chroniken, namentlich aber durch die Urkunden bestätigt. Es würde nicht schwer sein, dies nachzuweisen, ich begnüge mich aber, von den Urkunden eine herauszuheben, die noch i. J. 1325 die Wirksamkeit des großen Landdings in Mittelhausen bezeugt und die offenbar in dem bei Erfurt gelegenen Orte dieses Namens ausgestellt ist. Sie befindet sich in dem von Herquet herausgegebenen Urkundenbuche der Reichsstadt Mühlhausen (no. 808) und lautet: *Nos Guntherus Dei gracia comes de Swarczburg, iudex generalis ac duodecim pacis conservatores per Thuringiam recognoscimus in hiis scriptis, quod prudentes viri Henricus dictus Cornegil ac universitas civium in Molhusen coram nobis in plebiscito Mittelhusen tribus edictis prout de iure debuerant actionem ipsis competentem contra Thilonem de Westhusen ac universitatem rusticorum in eadem villa necnon Theodericum dictum Grawe in Guttern morantem, videlicet pro X marcis argenti, sunt rationabiliter prosecuti, ipsi vero reis hiis tribus edictis minime comparentibus pro tuicione iuris sui adiudicatum existit actoribus prenotatis, eosdem reos iusticialiter evicisse, unde per nostram diffinitivam sententiam ad solucionem dictarum decem marcarum ipsos reos duximus finaliter nostraque equitate iudiciaria condemnandos, dantes ipsis actoribus has litteras sigillo generalis officii nostri munitas in evidens testimonium super eo. Actum Mittelhusen anno Domini MCCCXXV, feria secunda in divisione apostolorum.*

Daß die gesamte Bauernschaft des nur wenige Wegstunden westlich von dem Erfurter Mittelhausen gelegenen, jetzt Gothernschen Dorfes Westhausen und die Einwohner des kaum weiter abliegenden Gottern (Groß- oder Alt-Gottern bei Thamsbrück) an eine vergleichsweise so entfernte Dingstätte gerichtlich gewiesen

¹ Vergl. Kronfeld a. a. O. II, 86.

waren, wie das Mittelhausen bei Alstedt gewesen wäre, ist doch nicht anzunehmen.

Den Schluß aus diesen Darlegungen in Bezug auf die versuchte Deutung des ältesten Sangerhäuser Stadtsiegels möge sich jeder Leser selbst ziehen. Mit dem Nachweise, daß jenes Thüringer Landgericht nie in der Nähe von Sangerhausen stattgefunden hat, wird auch die Annahme, daß die auf dem Siegel erscheinenden dreizehn Köpfe diejenigen des das Gericht hegenden Landgrafen und seiner Schöffen darstellen sollen, sowie die Deutung der kleinen Mittelfigur hinfällig.

Wolfenbüttel.

D. v. Heinemann.

Vermischtes.

1. Ein urkundlicher Scherz.

Daß es auch in alter Zeit an Scherzen und Spaßmachern nicht gefehlt hat, ist eine Erfahrung, welche beim Lesen alter Schriften häufig auf Grund sehr derber Auslassungen gewonnen wird. Daß aber der Spaßmacher alter Zeit die Form der Urkunde zur Hülle für seine Scherze wählt, ist jedenfalls eine besondere und seltene Form der Scherzerei. Ich glaube deshalb auf die hierunter von mir mitgeteilte Urkunde aufmerksam machen zu sollen, laut welcher der angebliche König Giseke von Werla die achtbaren Bürger von Goslar auffordert, die Stadt Goslar abzubrennen und sie nach Werla, seiner Pfalz zu verlegen, weil er besorgt sei, daß sie sich von den Erträgen des Rammelsberges nicht mehr ernähren können und ihnen dafür reiche Gnadenverleihungen an Vogelweide und Rohr im Bruchlande des Okerthals in Aussicht stellt. Der Rat der Stadt Goslar ist der liebenswürdigen Aufforderung des mythischen Königs Giseke zwar nicht nachgekommen, hat es aber doch der Mühe wert erachtet, dessen Aufschreiben abschriftlich in sein Copialbuch aufzunehmen. In diesem letzteren, welches neuerdings, wie aus diesen Blättern an anderer Stelle zu entnehmen ist, nach langjähriger unberechtigter Borenthaltung dem Stadtarchive zu Goslar wieder zugeführt ist, fand ich die seltsame Urkunde, welche ich, da dieselbe in dem Urkundenbuche der Stadt Goslar schwerlich mitgeteilt werden wird, an dieser Stelle zur Kenntniss bringe:

Van der gnade goddes we konig Ghiseke van Werle,
de dar geboren is ut deme slechte keyser Henrikes
vogheleres, we enbeden unsen acbaren borgheren van
Goslere unse willeghe vordernisse. We don ju witlich,
dat vederverllich sint worden de grafschaft in dessen landes,
des si we tû rade worden mit den vorsten, dat we weder
willen leggen unse palenzen tû Werle, dar se ok ge-
legghen hadde, also ic selven lesen in juwer croneken.
Des bidde we unde enbeden ju bi unsen hulden, dat je
ûpbreken de stat tû Goslere unde leggen se tû Werlle,
wente we angst hebben, dat jek van deme Ramesberghe
ju icht mer generen moghen, des wille we jek so ho
begnaden tû Werlle mit voghelweyde in deme broke
unde ok mit rore, dat we des hopen, dat je umber rike

daraf bliven. Wat juwe wille hirumme si, dat enbedet uns weder bi unsem boden, dar bespreket jek umme drade mit Winneken unde mit erme rade. Disse bref is bevestent mit unseme ingesegehele.

Aus dem pergam. Copialbuche des Rats, 14. Jahrh., auf der unbeschriebenen gewesenen Außenseite des ersten Blattes.

G. Bode.

2. Nachtrag zu den Hildesheimer Hausprüchen.

Während der Zeit, als der Aufsatz über die Hildesheimer Hausprüche in gegenwärtiger Vereinschrift gedruckt wurde und nachher, haben sich im Innern der Höfe noch einige hierher gehörige Inschriften gefunden. Leider sind aber außer anderen wieder zwei interessante Gebäude den modernen Bedürfnissen zum Opfer gefallen. Es ist dies das S. 429 erwähnte Haus Hoherweg Nr. 427 und das daneben befindliche Andreaskirchhof Nr. 443 (S. 430 und S. 442 Anm.). An dem letzteren stand die zweite Hälfte einer Inschrift „vo pinxsten pp.“ während die vordere unter dem Dache eines 1624 vorgebauten Erkers verdeckt schien. Leider war ich zur Zeit des Abbruchs verreist und konnte später trotz eifrigen Suchens nur die bisher bekannten Worte wiederfinden. Bei näherem Augenschein ergab sich aber, daß das Haus „**pp** pinxsten“ fertig geworden war.

Im Hofe des Hauses Osterstraße Nr. 281 sind die beiden Wappen der Erbauer am massiven gewölbten Erdgeschoße sichtbar. Die Beischrift zu dem des Chemanns Jost Brandes ist das auch anderwärts bereits erwähnte

SOLI DEO GLORIA,

während diejenige bei dem, das Monogramm der Anna Barhizer enthaltenden, Schilde die unverständlichen Worte enthält:

IMMAN (Wappen-) TE

IVNIO (schilb.)

Vielleicht eine Verderbung aus dem auch nicht gerade klassischen in mense Junio: nehmlich 1562, wie über der Eingangsthüre steht.

Daß gelehrte Herren gern mit ihrem Wissen prunkten, beweist wiederum eine Brüstungstafel am Hause Schauteufelskreuz Nr. 1728, welche vom Nachbarhofe Nr. 1729 aus zu lesen ist. Die Anfänge der drei Zeilen sind verstümmelt. Drei Viertel einer barocken Umrahmung umgiebt den Rest, den ich ich versuchte zu ergänzen:

(n)am praestitimus quod de

(be)mus moderatè quod eue

(n)it feramus. CICERO.

Das Gebäude wurde anscheinend Ende des 16. Jahrhunderts von dem Rektor der St. Andreasschule errichtet, und so erklärt sich denn auch sowohl dessen Vorliebe für Cicero, als auch der Inhalt des Citats selbst, der dann als Ausruf eines verzweifelten Pädagogen aufzufassen wäre, welcher sich über die mangelhaften Erfolge bei seinen Schülern mit dem Bewußtsein zu trösten sucht, wenigstens seine Pflicht gethan zu haben. An der entgegengesetzten Seite des Hauses und von der Straße aus sichtbar, stehen mit Kalkanstrich gründlich verschmierte unleserliche Buchstaben.

Der benachbarte Flecken Moritzberg enthält wenig Altes mehr. Außer auf Bauherren und Bauzeit zielende Inschriften, deren etwa ein gutes halbes Duzend vorhanden ist, fand ich nur drei Sprüche:

Bergstraße Nr. 10 auf der Sechschwelle:

MVLTA PETENTIBVS DESVNT MVLTA. BENE EST
CVIDEVS OBTVLIT PAVCA QVOD SATIS EST MANV

Ueber der Thür daselbst:

SIT NOMEN DOMINI BENEDICTVM.

Bergstraße Nr. 55 gleichfalls auf der Sechschwelle in sehr zierlicher Fraktur mit verschönerkten Anfangs-Buchstaben:

Der ein achtß Der ander achtß Der dritte betrachtet es
Der vritte verachtet es.

Beide Häuser dürften erst kurz nach dem dreißigjährigen Kriege errichtet worden sein. Buhlers, Major a. D.

3. Zur Biographie Klopstocks.

In dem Reisetagebuch des Zürchers Joh. Heinr. Landolt, aus welchem der vorige Jahrgang einen Bericht über dessen Besuch von Klaußthal im September 1782 brachte, finden sich Bemerkungen über Begegnungen desselben mit dem Dichter Klopstock, die allerdings in Holstein stattfanden, die aber, weil sie den großen Sohn der Stadt Quedlinburg betreffen, für die Leser unserer Zeitschrift ein näheres Interesse haben dürften.

Donnerstags 10. (Juni 1784) . . . Ein paar kleine Stunden weiter (von Kiel) liegt das Gut des Grafen Holf, ehemaligen directeur des plaisirs beym izigen König in Dänemark. Zu dieser Stelle muß er wegen seinem höflichen und aufgeweckten Charakter ganz gemacht gewesen seyn. Seine Frau ist eine geborne Gräfin Larwich aus Norwegen, eine entfernte Abkömmlingin des Königl. Dänischen Hauses. Das viele Geld, welches ihr unlängst gerade zu rechter Zeit verstorbnr Vater hinterließ, setzte den etwas zurückgekommenen Graf Holf in Stand dieß

Gut, das er schon hatte verkaufen müssen, wieder an sich zu bringen. Die Gebäude sind in ziemlich schlechtem Zustand. Die hin und wieder angelegten Alleen und Spaziergänge sind ziemlich gut angebracht, und mit Ruheplätzen und Lusthäuschen versehen, wo offene Ausichten sind. Mitten in einer langen Allee, die zu einer Eremitage führt, liegt ein Grabstein mit der Aufschrift: Denk an den Tod bey frohen Tagen. An der Eremitage selbst stehen die Klopstockschen Verse: Einen becher voll freuden hält in der rechten, der linken — Einen wütenden dolch, die einsamkeit; reicht dem bedrängten — Ihren becher, dem sündler reicht sie den wütenden dolch hin! — Die rechte Seite der Allee ist mit Rosen, die linke mit Dornen und Disteln bepflanzt. Am entgegengesetzten Ende oder vielmehr am Anfang der Allee steht an einem Baum die Aufschrift: O wunderschön ist Gottes Erde — und werth darauf vergnügt zu seyn; — d'rum will ich bis ich asche werde — mich dieser schönen Erde freu'n! Unter der Gesellschaft, die wir bey dem Grafen antraffen, befand sich auch der berühmte Dichter Klopstock, der für die deutsche Litteratur so wichtige Mann. Wer aber in seinem Aeußern den Mesiasfänger erkennen will, der muß Ramers Brille auf der Nase haben, wodurch man sogar sein übermenschliches Genie in seiner Art die Tobakspfeife zu halten, und seine Schlafmütze oder Perücke aufzusetzen, soll ganz einleuchtend erkennen können; aber gewöhnliche gesunde Alltagsaugen sind unmöglich im Stand so was zu praestiren. — Klopstock ist ein kurzer untersehter Mann, seine Jahre mögen den 50 näher als den 40 seyn,¹ seine blauen Augen indeß haben noch all ihr Feuer; er ist ein unterhaltender Gesellschafter. Er fieng gleich an von der angenehmen Zeit zu reden, die er vor mehr als 20 Jahren in Zürich zugebracht hatte,² und von den vielen Veränderungen, die seitdem da vorgefallen sind. Bey dem capitel der Schweizerischen Unruhen mißbilligte er das Betragen meiner Vaterstadt gegen Stein sehr, daß sie die Beylegung der Streitigkeiten gleich mit der Exekution angefangen habe; da ich ihm aber die langwierigen fruchtlosen Unterhandlungen, die vorhergegangen waren, und von denen der allergrößte Theil des publici, welcher izt nur das letzte auffallende factum im Auge hat, nichts weiß, — herzälte, so änderte er bald sein Urtheil. Schade, daß Klopstock nicht unsern braven Dichter Gekner nachgeahmt, und nach errungenem verdienten Lorbeer die Feder niedergelegt, sondern — alzu stolz auf denselben — sich zum Umschaffer und Schiedsrichter über unsre Sprache

¹ Er war 1724 geboren, also damals fast 60.

² Im J. 1750—1751.

und Schreibart aufgeworfen hat, welches alle vernünftigen Deutschen bald ungehalten auf ihn gemacht hätte. Ist scheint er sich gute Tage von dem erworbenen Geld machen zu wollen. Bey dem Graf Holf, seinem eifrigen Patron, auf dessen Gut er sich schon eine geraume Zeit aufhält, kann gewiß ein Dichter von Klopstocks hohem Flug, nicht viele Materialien für sein Fach sammeln, höchstens das Feuer der Begeisterung mit Hülfe des Bacchus anfachen. An guter Gesellschaft indessen, die Klopstock sehr sucht, mangelt es da gar nicht. Unter andern ist auch da eine eifrige Verehrerin und unzertrennliche Gefährtin von ihm, eine gewisse Frau von Winden aus Hamburg,¹ ihr Mann war einst ein reicher Kaufmann daselbst, und ist er Organist. Vermitteltst seiner Frau hält er sich seit geraumer Zeit an den großen Dichter und seinen wohlgespikten Beutel, und befindet sich ganz gut dabey. Klopstock hielt nicht den ganzen Spaziergang mit aus, den die Gesellschaft machte, weil es ihm zu feuchte war; wir konnten also im Grund nicht sehr lange seines Umgangs genießen. Hätten wir uns einige Zeit mit ihm allein unterhalten, so hätte er sich unfehlbar auf eins seiner zwey Stiefenpferde gesetzt, und entweder von der Messiasde und allen ihren Uebersetzungen oder von seinen Pferden zu reden angefangen; wie er beynahe mit allen Fremden, die ihn besuchen, zu thun pflegt. Ich kenne sogar einen deutschen Gelehrten, den der göttliche Dichter in einer rothen Reitjake empfing — gleich nach den ersten Besuchskomplimenten in den Stall führte und ihm da alle möglichen Tugenden und Vollkommenheiten seines Pferds vordemonstrirte. Unter der übrigen Gesellschaft zeichnete sich besonders ein gewisser Kammerherr, dessen Name mir entfallen ist, durch sein richtiges und vernünftiges Raisonnement aus. Das elende Gesang einiger Frauenzimmer, dem wir noch zuhören mußten, hielt uns bis späth in den Abend auf; endlich kehrten wir bey heftigem Regen nach Kiel zurück.

Freytags, 9. (Juli. Hamburg.) Nachmittags besuchten wir Herrn Klopstock in seinem kleinen Landhaus. Mad. Busch und Frau von Winden, die Aspasia des Mesiasängers waren auch zugegen. Er selbst erschien in einer rothen Reitjake, gestiefelt und gespornt. Es ward eine kleine Musik gemacht. Mad. Lang, die Frau des Acteurs Lang vom Wienertheater sang ein paar schöne Arien. Als Frau von Winden ihre Stimme erschallen ließ, gerieth Klopstock halb in Entzücken, er machte jedermann auf die Schönheiten ihres Gesangs aufmerksam, und konnte sich nicht satt daran hören. Als allegorie auf sie und ihre Tochter

¹ Johanna Elisabeth von Winthem, Nichte von Klopstocks Meta.

hat er unlängst ein eignes Gedicht verfertigt, und in Musik setzen lassen, dessen Gegenstand die Lehrstunde einer Nachtigall ist, die ihr junges im singen unterrichtet. Gewiß nur Ohren eines amanten sind fähig in dem Gesang der Frau v. Winden den Zauber zu entdecken, den Klopstok darinn findet. . . .

Mittwochs, 14. (Juli) . Den Abend brachten wir bey H. Prof. Büsch¹ in Gesellschaft zu. Es ward Musik gemacht; Mad. Lange sang, Hr. Reichard spielte auf dem Flügel. Klopstok war auch zugegen; er war heute ernsthafter Laune, splitterrichtete über die deutsche Sprache, und warf links und rechts mit Nachsprüchen um sich. Der Abend beschloß sich mit einem Souper. Der Tisch des Hr. Prof. Büsch ist ziemlich brillant, fast immer sind Fremde da. Alle Eleven der Handlungsacademie speisen Mittags und Abends an eben der Tafel mit der Haushaltung des Hr. Büsch.

Ernst Dümmler.

**4. Copia einer Schrift,
welche sich in dem Knopfe auf dem Thurme der
St. Johannis Kirche zu Gittelde bey der Abnahme
desselben Anno 1783 gefunden hat.**

Künftiger, Christlicher, lieber Leser und Nachkommer, wie eifrig von uns Gottes Ehre gesucht und besodert und die liebe Posterität gemeinet, erhellet aus aufgeführten köstlichen Kirch Thurme, so wir Nachgesetzte, Pastor, Kirchen Väter und Gemeinde Vorsteher des Fleckens und Städtleins Gittelde auf die Kirche St. Johannis Baptistae haben bauen und setzen lassen; welches geschehen ist Anno a nato Salvatore nostro Jesu Christo 1660, da Leopoldus primus, Austriacus Römischer Kaiser war, und der regierende Herzog zu Braunschweig und Lüneburg des Wolfenbüttelschen und Dannenbergischen Theiles war Augustus junior, ein recht löblicher Christlicher Fürst von 82 Jahren, der diese Länder und Fürstentümer an die 26 Jahr Christlich und Gottselig mit großen Fürstlichen Nachruhm beherrsicht hat, und noch sehr Christlich regieret so lange es dem Allmächtigen gefällig ist. Wollte Gott, daß die Göttliche Majestät Seiner Fürstlichen Durchlauchtigkeit viel Jahre um der Unterthanen Willen mögte zulegen, wie dem Hiskiae geschehen, Es. cap. 38.

Dieser Thurm ist gebauet, da Herr Andreas Thomae, Gitteldensis Pastor alhier gewesen, und Herr Wernerus

¹ Stifter der berühmten Handlungsacademie im J. 1767.

Lindner, Wildemandensis war Amtmann zur Stauffenburg, ein vornehmer Mitbürger des Städtleins Gittelde, Valentinus Tief, Gitteldensis war Bürgermeister; Biermann des Fledens Gittelde Andreas Just, Andreas Steimel, Klages Just und Jacob Körber, item Gildemeister Andreas Göbel und Andreas Webelind, in welche 7 oder 8 Perfohnen der ehrbare Rath des uhralten Städtleins Gittelde jezt bestehet. Diese nachgesezte Perfohnen haben alle miteinander fleißig befodern helfen, daß dieser kostbahre Thurm ist erbauet, aufgerichtet, verfertigt und gedecket durch Meister Christoph Zapf, aus der Kaiserlichen Reichs Stadt Goslar gebürtig, jezt aber wohnhaft in der Stadt Sandersheim. Dieses köstliche Werk haben Sie vorgenommen und glücklich zu Ende gebracht in einen recht großen Drangsal, da die Beschwörung so groß gewesen, daß mann weder Maase noch Ziel gewußt, und Gittel als ein abgebrannter Ort Monatlich 90 Thaler contribuiren müssen — so von den Kaiserlichen Anno 1627 ist ganz abgebrand — und zwar in den großen Kriege, da die Schweden das Reich Pohlen an die 6 Jahre lang bekrieget, aber wenig dabei prosperieret, dannenhero das ganze Römische Reich von Ihnen in große Unruhen gesezet worden, da Fürsten und Herren sich in eine Gegenwehr setzen müssen, Volk geworben, ein jeglicher Stand nach seinem Vermügen, und deswegen ein jeglicher Fürst sein Land und seine Leute nothdränglich um invasion willen, mit Contribution belegen müssen, weil man nicht gewußt, weßen man sich zu den Schweden versehen solte, auch weil sie abermahl Lerm angefangen, bevor aber an der Ost See, welche den ferner verursacht, daß der Römische Kaiser Leopoldus primus, der König von Dänemark Friedericus tertius und der Churfürst von Brandenburg Friedericus Wilhelmus sich in den Handel gemischet, den Pohlen sind zu Hülffe gekommen, darüber aber das gute Königreich Dänemark ganz verheeret worden, weil die Schweden mit ihrer Macht bei Winters Zeit, da das Eis Anno 1658 allenthalben übergetragen, in daßelbe gefallen, und durch Gottes Zuebung sich des ganzen Königreiches, außer den Haupt Stadt Kopenhagen bemächtiget, welche Haupt Stadt Sie auch zu verschiedenen mahlen gestürmet, aber wenig damit gewonnen haben, besonders auf einmahl in einem Sturme Anno 1659 am Fastenabend dafür verlohren an die 10000 Mann, wie auch unjeglische viele vornehme hohe Kriegeß Officier. Auch hat der König von Schweden Carolus Gustavus sich endlich gar dafür zu Tode vereiffert, und ist zu Gothenburg den 12ten Februarii Anno 1660 an einem hitzigen Fieber plötzlich gestorben, der sonsten rechte Mirabilia in Kriegeß Sachen verrichtet. Sic transit gloria mundi.

Wie wollen aber sich dorten so viel tausend Seelen verantworten lassen? Sie werden sehen, in welchen Sie gestochen haben Zach. 9. Gott läset sich nicht spotten, Galat. 6. Nach vielen ausgestandenen Travallien haben die Schweden endlich mit Pohlen, mit dem Römischen Kaiser und Churfürsten von Brandenburg, wie auch mit Dänemark und Holland Frieden in diesen 1660 Jahr machen müssen. Ist also dem Allerhöchsten von Herzen zu danken, daß das heilige Römische Reich, und angrenzende Christliche Königreiche nun in allem Friede und Ruhe miteinander sind, der wolle Sie allerseits gnädiglich darbey erhalten, uns allen miteinander geben, was uns nützlich sein mag an Leib und Seele durch Christum.

Münzsorten vor dismahl geltende, weil die höchste Armuth gemacht, daß wir davon realiter nichts haben legen können, so wird vermeldet, daß ein Reichsthaler 24 ggr. oder 36 mgr. gegolten. Man hat auch von allerley kleinen Münze, so das Haus Braunschweig und Lüneburg, ingleichen die Städte und umliegende Fürsten haben schlagen lassen, so aber nicht specificiret werden können, welches dann dem Gottesfürchtigen, Christlichen lieben Leser zur Nachricht und Aufmunterung gleicher Christlicher eiferiger devotion, ebener maßen ein solch Christliches Werk nicht allein zu erhalten, besonders auch ferner auf die Nachkommen mit Christlichem Nachruhm zu bringen, in diesen Knopf und Schachtel geleet worden.

So geschehen im Städtlein Gittelde, den 29. May Anno 1660.

Gehabe dich wohl D! Christlicher lieber Leser, fahre fort und thue auch etwas zur Gottes Ehre, und gedenke unser allerseits im besten, denn was geschehen, das ist alles zu beharrlicher Ehre Gottes geschehen. Vale und betrachte fleißig: Da absentibus et mortuis nil nisi bonum.

Andreas Thomae,
Gitteldensis Pastor.

Copia einiger Zusätze zu der vorhergehenden Schrift.

Ferner solle lieber Leser zur Nachricht wissen, daß der Rogden anizo in diesem 1660 Jahre gegolten habe ein

Hbt.	18 mgr.
Der Gerste ein Hbt. . . .	16 mgr.
Der Haber ein Hbt. . . .	12 mgr.
Erbsen ein Hbt.	30 mgr.

Welche Theurung daher entstanden, weil in den vergangenen 1659 Jahre alles verhagelt worden, daß man weder Stroh noch Frucht bekommen konnte, weil eine solche Noth um das Stroh

gewesen, daß einige Dörter die Hütten, Scheuren und Ställe abdecken müssen, damit das Vieh nicht verschmachtete. Valetto.

Anno 1660 ist Amtman worden nach Werner Lindner, Histephanus Heinge von Goslar, Ober Voigt Andreas Kulemann, Andreas Stütz Rector Scholae, Heinrich Andreas Göttingen, Organist, Daniel Rudolf Telligman Fürstlicher Factor, Andreas Wapenbürger, Johann Robbin, Hans Wogen von Windhausen, Jürgen Giesecke, Mstr. Jürgen Sprengel Hüttenmeister, Herman Giesecke Blasenmeister, Franz Diebich Werden Reitender Förster, Andreas Elster Förster, Johan Conrad Schwarzkopf Kentschreiber, Mathias Buchpach Krüger und Wildschütz.

Diese vorstehenden Aufzeichnungen des ehrwürdigen Pastors Thomae möchte ich vor möglicher Vernichtung bewahren. Dies kann am besten dadurch erreicht werden, daß unsere Zeitschrift sie veröffentlicht. Wenn dieselben auch wenig Neues über die damaligen Verhältnisse unseres Orts enthalten, so offenbaren sie doch den frommen Sinn und den sittlichen Ernst des Verfassers. Er scheint ein offenes Auge sowohl für die damalige politische Weltlage als auch für die Angelegenheiten seiner Gemeinde gehabt zu haben. So wollen wir denn gerne seinen Wunsch erfüllen und „seiner allerseits im besten gedenken“.

Gittelbe, den 2. August 1892.

W. Grügmacher, Kantor.

5. Das Bärenführen des Halberstädter Dompropstes. Der Bär am Harze.

Als zu Anfang d. J. 1569 Wolf v. Thale in Quedlinburg Rindtaufe halten und neben anderen Herren auch den Bruder der Nebtiffin Anna, den Grafen Christoph zu Stolberg, Dompropst zu Halberstadt, der sich viel bei seiner Schwester aufhielt, zu Gevatter bitten wollte, erklärte in der Abrede darüber der Mag. Joh. Regius, Pastor zu S. Benedicti, dem Vater des Kindes: wenn der Dompropst dabei sein solle, so könne er die Taufe nicht übernehmen und er müsse sich einen anderen suchen, denn der Dompropst hange noch der Papisterei an. Da das Gerücht von diesem Vorfalle schnell in die Öffentlichkeit drang, so sah sich Graf Christoph veranlaßt, den Hofprediger Matth. Abstorf und den Pastor in der Neustadt Marx Schulte¹ an Regius zu senden und sich zu erkundigen, wessen man ihn beschuldige. Dieser beschwerte sich zunächst über die Verlautbarung eines als Amtsgeheimnis zu bewahrenden vertraulichen

¹ 1565—† 1593. Rettner, Kirchen- u. Reform.-Hist. d. Stifts Quedl. S. 222; Voigt, Gesch. d. Stifts Quedl. 3, 241.

Gesprächs, erklärte dann aber, es sei in der Stadt und weithin in der Gegend landläufiges Gerücht, der Graf habe sich von fünf Domherren in Halberstadt gegen zwölf dem Markgrafen Sigmund von Brandenburg zugefallene Stimmen zum Bischof wählen lassen und in einer dem Papsttum sehr entgegenkommenden Gestalt um Erlangung der päpstlichen Bestätigung nachgesucht. Sodann hob Regius hervor, Graf Christoph halte noch Umgang mit päpstlichen Domherren, gehe in den Prozessionen mit und befolge katholische Ceremonien bei Führung des Bären u. a. Deshalb könne er, als evangelischer Geistlicher, den Grafen nicht als Glied der evangelischen Gemeinde betrachten.

Letzterer beklagte sich über diese Verläumdung bei seiner Schwester. Diese forderte von Regius Widerruf; da der Mag. aber fest bei seiner Meinung verblieb, so berief die Aebtissin die drei Räte von Quedlinburg und stellte an diese das Ansinnen, den Pfarrer zu entlassen. Mag. Regius, „ein Mann von Sitten und Lehre unskräftig“, war im Jahre 1565 vom Räte als Pfarrer an die Markt- oder Benedictikirche berufen, von der Aebtissin bestätigt und nach alter Weise vorläufig nur auf eine bestimmte Zeit angestellt.¹ Er stand in den zu seiner Zeit entbrennenden heftigen Kämpfen um das Bekenntnis entschieden auf der streng lutherischen Seite gegen die Vertreter des melanthonischen Lehrbegriffs.

Graf Christoph aber hielt, wie auch alle seine Geschwister, nicht nur längst am reformatorischen Bekenntnis, er duldete auch, wie er dem Regius entgegenhielt, seit dreißig Jahren in seinem dompropsteilichen Gebiet nur evangelische Geistliche und hatte schon häufig das heilige Abendmahl in beiderlei Gestalt empfangen. Andererseits hatte es aber doch mit dem, was jene Gerüchte besagten, insoweit seine Richtigkeit, als der Graf seine Bestätigung als Bischof zu Rom in einer Weise zu erlangen gesucht hatte, die ein entschiedener Bekenner der Reformation nicht wohl anders als eine Verleugnung des reformatorischen Bekenntnisses ansehen konnte.

Uns beschäftigt hier nur die zweite Beschuldigung, daß er mit in den Prozessionen gehe und Ceremonien der römischen Kirche beim Umführen des Bären und andere befolge. Hier konnte von einem Irrtum nicht wohl die Rede sein, da es sich

¹ Galli 1565 auf 2 Jahre. G. Chr. Voigt, Gesch. d. Stiffts Quedl. 3, 260 f. — Regius wurde damals von der Stadt keineswegs entlassen. Wohl aber hat ihn nebst Joh. Schellhammer und Basil. Faber die Aebtissin am 5. Dezbr. 1570 seines Dienstes entsetzt, weil sie alle drei das Melanthonische corp. doctrinae nicht unterschreiben wollten. Der fromme und gelehrte Andr. v. Meyendorf zu Ummendorf nahm sie auf. Rettner S. 264 f. Voigt III, S. 340.

ja um gleichzeitige Aufzüge auf offener Straße in einer nahe benachbarten Stadt handelte. Uebrigens verweigerte es Regius, dem Grafen, wie dieser es verlangte, bestimmte Ausfager zu nennen und ließ es bei der Antwort bewenden, die er am 28. Januar „denen vom Adel und den drei Räten gegeben.“ Es handle sich hier um keinen Fall kaiserlichen oder weltlichen Gerichts, da Notare und Zeugen nötig, sondern um ein Gericht Gottes und seiner Kirche.¹

Urkundliche Zeugnisse von dem Brauche des Bärenführens sind in den Stolbergischen Korrespondenzen des 16. Jahrh. mehrfach enthalten. Wir führen nur eins an, bei welchem gerade Graf Christoph als Dompropst zu Halberstadt, was er seit 1544 war, an erster Stelle beteiligt ist. In einem von ihm selbst als Dompropst unterschriebenen Mandat des Domkapitels zu Halberstadt vom 22. Mai (Vocem Jocunditatis) 1552 wird des Dompropstes Bruder Graf Albrecht Georg zu Stolberg benachrichtigt, „daß unser gnediger Herr der Bischof (der Administrator Erzb. Sigiſmund) bedacht, künftigen Dienstag von Halberstadt abzureisen, derowegen Seine Fürstl. Gnaden die Prozession auf den Tag der Himmelfahrt Christi mit den Herrn des Kapitels nicht halten werden. Derhalben dürfen Guer Liebden den Bären auf hiebevor angezeigte Zeit auf dieſmal nicht anher ſchicken.“²

Bemerkt sei noch, daß wir in den Korrespondenzen aus ungefähr derselben Zeit an einer Stelle die uns nicht gleich zur Hand ist, von der Sendung eines Bären an den Halberstädter Dompropst gehandelt fanden, der zu dem gleichen Zweck gebraucht werden sollte — wenn er sich führen lasse — d. h. nicht zu wild und unbändig sei.

Gehen wir nun auf die Gelegenheit ein, zu welcher der Dompropst eines Bären bedurfte, so haben wir es mit einer jener öffentlichen Schaustellungen der Domherren und geistlichen Stiftisscholaren zu thun, welche zu verschiedenen Zeiten im Jahr stattfanden und deren Ursprung auf „christlich“ umgedeutete und umgewandelte heidnische Volksvorstellungen und Gebräuche zurückgeführt wird. Von dergleichen am Harze, wie es scheint, manigfaltiger als anderswo verbreiteten und länger erhaltenen Spielen und Gebräuchen ist schon mehrfach in dieser Zeitschrift die Rede gewesen, so von dem Drachenspiel der Stiftisscholaren zu U. L. Frauen in Halberstadt in der ersten Woche nach Epiphantien

¹ 9. Febr. 1569 Joh. Regius pastor divi Benedicti zu Quebl. an Graf Christoph zu Stolb., Dompropst zu Halberstadt, in einem Altenstück über den Gegenstand im Gemeinsch. Arch. zu Stolberg.

² Stolb. Korresp.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

(7.—13. Januar),¹ dem Adamsaustreiben der Domherren daselbst am Aschermittwoch,² dem Klotzwerfen ebenderelben nach einer auf ein Gerüst gestellten menschlichen Figur zu Laetare — genauer Montag nach L. — kurz vor dem Jahrmarkt beim Lügenstein auf dem Domplatz,³ vom Bischofs- oder Bistums-spiel im Dezember zu Halberstadt, Gildesheim, Eichstedt und an andern Orten.⁴ Hierzu kommt nun der ebenfalls innerhalb des Domkapitels zu Halberstadt übliche und mit kirchlicher Feier geübte Brauch des Bärenführens. Allerdings hatten wir auch hiervon schon einige Nachricht, und derselbe um 1530 verstorbene Pirnaer Mönch, der vom Klotzwerfen in Halberstadt berichtet, hat dies auch vom Bärenführen im unmittelbaren Anschluß an seine Angaben über das Klotzwerfen gethan. „Auch soll,“ fährt er fort, „der thumpropst in öffentlicher procession herlichen soleniteten einen baren⁵ bei im lassen furen; so nicht, wirt im sein gewonliche presenz zu reichen geweigert; auch tragt im ein knabe nach in der procession underm arme ein schwert in der scheiden. Grimm bemerkt dazu: Dieses Umherführen des Bären und Verabreichen eines Bärenbrots ist ein im Mittelalter verbreiteter Gebrauch, der auch in Mainz (Weisth. I, 533) und Straßburg (Schilter gloss. 102) galt. In Mainz führte der Walthote den Bären um, wenn er auf die Brotschau ging. Der Bär ist hier, nach Simrock, das dem Donar geheiligte Tier,⁶ und während der Drache den überwundenen Winter bedeutet, soll der Bär den siegenden Sommer veranschaulichen.⁷ Derselbe Forscher erinnert daran, daß der Umzug mit dem Bären auch in die deutsche Heldensage gedragen und daß Willebär einer von Dietrichs Helden ist.⁸

Zu Simrocks Deutung des Bären als Zeichen des siegenden Sommers stimmt es nun aufs beste, wenn das öffentliche Umführen desselben, wie wir es nun aus unserer Quelle erfahren, in die knospende und blühende Maienzeit, auf den Tag der Himmelfahrt Christi fiel. Auch darin stimmt Simrocks Angabe, daß die beim Bärenführen gespendete freiwillige Gabe, Präsenz oder Almosen an die Stelle des heidnischen Opfers getreten sei, gut zu dem Halberstädter Brauch, daß dem Dompropst, wenn er

¹ Harzeitschr. 12, 394 f.

² Das. S. 599.

³ Harzeitschr. 5, 242 f.

⁴ Das. 12, 243 ff.

⁵ So ft. harz bei Grimm Myth. 3. Aufl. 743.

⁶ Mythol. 2. Aufl. S. 271.

⁷ Daselbst S. 556.

⁸ a. a. D.

in der Prozession mit dem Bären umging, „sein gewonliche Presenz“ gereicht und andernfalls geweigert wurde.

Da jener Brauch bis über die Mitte des 16. Jahrh. geübt wurde, so mußte man auch jedesmal einen lebendigen Bären zur Hand haben. Daß dabei die benachbarten Harzgrafen, und insbesondere die Grafen zu Stolberg, behülflich waren, liegt nahe und deutet in Bezug auf letztere schon das „auf diesmal“ darauf, daß dies öfter geschah.

Wir werden nun hierbei auf die auch bereits wiederholt in dieser Zeitschrift berührte Frage von der Dauer dieses beim Volk und in der Tierfabel so beliebten Tieres am Harze zurückgeführt.

Es sei gestattet, zunächst eine bezügliche Stelle aus einem Schreiben des höchst verdienten und in den Südharzisch-Stolbergischen Archivschätzen sehr bewanderten verstorbenen Archivrats Heint. Beyer vom 28. Januar 1883 mitzuteilen. „Notorisch ist,“ schreibt derselbe, „daß noch zu Ende des XVI. Jahrh. die Umgegend von Stolberg reich an Bären war, die Gräfin Anna von Königstein mehrere Jahre fünf solcher Kammerfäschen hielt, bis sie gefährlich wurden.“¹ Da die Gräfin Anna als Gemahlin des Grafen Botho zu Stolberg von 1500 bis 1538 am Harze lebte, so hat Beyer wohl statt „am Ende“ „am Anfang“ des 16. Jahrh. sagen wollen. Am Ende desselben war von einer großen Zahl von Bären bei Stolberg wohl nicht mehr die Rede; daß sie aber zu Anfang des Jahrhunderts noch häufiger waren, dann aber seltner wurden, haben wir schon gesehen und fügen zu Früherem noch einige weitere Beläge.

Am 9. November (Dienstag nach Leonhard) 1540 schreibt Graf Wolfgang zu Stolberg seinem Bruder Albrecht Georg unter mehreren Weidmannsnachrichten: „Es hänget noch mit dem Sterben zu Stolberg an, denn es viel guter Schweine und Bären um Stolberg.“² Aus „Derressum“ — es muß wohl an Dardesheim, den Sitz des dompropsteilichen Amtes gedacht werden — meldet am 10. November 1543 der Halberstädter Dompropst Graf Heinrich zu Stolberg, es sei einer gen „DerHossum“ gekommen mit Falken und angezeigt, daß vier derselben ihm, Gr. Wolfgang, gehörten; er bittet den Bruder um ein Paar von diesen vier. Dann sagt er weiter, er habe gestern im Bruch gejagt ein Schwein, einen Bären, Rotwild u. a. Den Bären hätten die Bauern nicht stechen wollen,

¹ Er schreibt dann weiter: 1551 wurden in einer Woche sechs große alte Wölfe erlegt, während ein Luchs, „den der Teufel hergeführt,“ die ganze Jägerei in Verzeiwlung brachte; er hatte im Laufe des Jahres hundert Stück Wild zerrissen und drohte den Wildstand ganz auszurotten.

² Stols. Korrespondenzen. Samml. in 4^o III, S. 4.

und wäre derselbe entkommen.¹ Derselbe Graf Heinrich, ein eifriger Jäger, sagt am 23. Februar 1556 in einem Briefe an seinen Bruder Ludwig zu Stolberg in Königstein: „Den Behren belangend, wollen wir allen vleiß anwenden, damit E. L. einen bekommen mügen.“²

Graf Heinrich mußte sich schon Mühe geben, am Harze, wo er sich damals aufhielt (besonders zu Wernigerode), einen Bären zu jagen, während wohl in des Bruders Grafschaft in der Wetterau überhaupt keine mehr vorkamen. Und als man in der Brodengrafschaft im Jahre 1573 nur einen kleinen Bären gefangen hatte, den man dann weiter ins Land hinein im Nebdeberholze hegen wollte, mochte das schon ein selteneres Jagdereignis sein.³ Dagegen dürfte doch wohl kaum daran zu zweifeln sein, daß er altharzischen Stammes war.

Aber eine sorgfältige Prüfung der Frage, wie lange sich die Bären am Harze ununterbrochen fortpflanzten, sowie ob und wann etwa der Jagdlust wegen von auswärts bezogene oder geschenkte Bären in den Harz gesetzt und dort gezüchtet seien, wird gewiß der Mühe lohnen, und es ist Herrn Dr. P. Zimmermann sehr zu danken, wenn derselbe im Jahrg. 21, S. 436—438 mehrere jüngste Zeugnisse vom Vorkommen des Bären im Harze beigebracht und zuletzt ein Schreiben des Herzogs Rudolf August von Braunschweig aus dem Jahre 1663 mitgeteilt hat, worin derselbe meint, wohl vor diesem gehört zu haben, sein Ueltervater Herzog Heinrich Julius habe „die ersten Bären in den Harz gebracht“. Daß jener 1564 geborene, 1585 zum erstenmal vermählte und von 1589—1613 regierende Herzog überhaupt die ersten Bären in den Harz gebracht habe, daran dachte natürlich der Einsender nicht. Veruht aber die dort als unbestimmte Vermutung ausgesprochene Züchtung von auswärts eingeführten Bären im braunschweigischen Harze auf etwas Thatsächlichem, so dürfte die Hoffnung zu hegen sein, daß Korrespondenzen und Jagdakten darüber gelegentlich bestimmten Anhalt gewähren. Jedenfalls aber dürfte es keine der letzten Aufgaben unserer landwirtschaftlichen Geschichtsvereine sein, der Naturwissenschaft nach Möglichkeit zuverlässige urkundliche Nachrichten über die geschichtlichen Wandlungen und Veränderungen der Tier- und Pflanzenwelt innerhalb ihrer Gebiete ans Licht zu ziehen.

Ed. Jacobs.

¹ a. a. O. I, Bl. 24a.

² Bgl. Harzzeitshr. 19, S. 458, N. 3.

³ Harzzeitshr. 3, 65, N. 1. 260 f.

Die ältesten Kirchenbücher von St. Johannis in der Neustadt-Wernigerode; alte Kirchen- rechnungen und Beichtverzeichnisse ebendasselbst.

Bei den auf der Generalversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichtsvereine zu Sigmaringen am 1. September 1891 über Ursprung, Alter und Bedeutung der Kirchenbücher gepflogenen Verhandlungen konnten wir auf Grund unserer bisher gemachten Beobachtungen nur sagen, daß man in der Grafschaft Wernigerode zuerst im Jahre 1586 bei der Oberpfarrkirche in der Stadt sich mit dem Gedanken der Führung regelmäßiger Trau-, Geburts- und Sterberegister beschäftigt und solche seit Neujahr 1590 wirklich begonnen habe.¹

Schon der Umstand, daß von seiten jener Gemeinde über die Einrichtung solcher Verzeichnisse erst auswärtige Belehrung gesucht wurde, ließ die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß dergleichen am Orte noch nicht vorhanden waren. Um so angenehmer wurden wir überrascht, als wir erfuhren, daß in der Neustadt daselbst, wo wir bei wiederholten Bemühungen bisher nur von später beginnenden Registern hatten Nachricht und Einsicht gewinnen können, nicht nur ältere, sondern auch über die der Oberpfarrkirche zurückreichende Personenstandsverzeichnisse erhalten seien.

Diese noch am 27. November 1857 von dem Pastor Ferd. Friederich (1835—1857) samt der übrigen Pfarrregistratur² verzeichneten Kirchenbuchsreste sind jetzt wieder ans Licht gezogen und uns von Herrn Konsist.-Rat Rathmann und H. Hülfsprediger Ebeling in bereitwilligster Weise zur Einsicht verstattet. Mit Einschluß der ältesten auf uns gekommenen Kirchenrechnungen und Beichtverzeichnisse erwiesen sie sich nicht nur inhaltlich, sondern auch wegen der Art ihrer Führung so bemerkenswert, daß sich's verlohnen wird, nach beiden Richtungen hin einige Mitteilungen daraus und darüber zu veröffentlichen.

Alle drei Register beginnen mit dem Jahre 1581, in welchem Mag. Eberhard Striling, auf kurze Zeit Gehilfe des greisen Pastors Heinrich Angerstein, dessen Nachfolger wurde. Ob der letztere schon mit der Führung solcher Personalstandsverzeichnisse begann, ist zwar mit Bestimmtheit weder zu bejahen, noch zu

¹ Protokolle der Versammlung Berlin 1892, S. 131.

² Wenn derselbe jedoch in seinem Verzeichnis unter 92, d auch von 1583 bis 1681 reichende Kommunitantenregister aufführt, so scheint hier irgend ein Irrtum obzuwalten, denn die gleich darauf vom Gräfl. Konsistorium angeordneten Nachforschungen ergaben das Vorhandensein derselben nicht. Vgl. weiter unten.

verneinen; wir glauben uns aber für letzteres entscheiden zu sollen. Angerstein, der es zu hohen Jahren brachte und dessen Leben noch in die Reformations-Zeit zurückreicht, war wohl schon von Ostern 1541 an, zu welcher Zeit Autor Lampadius nach Halberstadt ging,¹ jedenfalls aber 1543 bis gegen 1550 Rektor,² später Pastor in der Neustadt und schon 1553 Senior des Kapitels zu Wernigerode.³ Nun gab es während der Blütezeit seines Lebens, d. h. um die Mitte des 16. Jahrhunderts, zwar in der protestantischen Schweiz, in Süd- und einem Teile von Mitteldeutschland bei den Reformationsverwandten bereits Kirchenbücher in ziemlich großer Zahl und Verbreitung,⁴ aber nördlich vom Harz vermochten wir bisher keins von so hohem Alter nachzuweisen.

Was die ältesten Neustädter Trau-, Tauf- und Begräbnisregister in merkwürdiger Weise auszeichnet, ist der Umstand, daß sie zum größeren Teile in doppelter Gestalt geführt und auf uns gekommen sind, nämlich in einer von dem Pastor, einer zweiten vom Küster geschriebenen. Sowohl durch Schrift und Rechtschreibung als durch bestimmte Angaben sind beide leicht und bestimmt zu unterscheiden. Wir weisen dies bei den einzelnen Registern nach. Zu bemerken ist, daß sie alle, ebenso wie die gleichzeitigen Rechnungen und Beichtregister, das damals für solche Zwecke übliche Schmalfolio-Format haben.

1. Trauregister. Trauregister der Bräute und Bräutigam, geführt vom Pastor, von 1581, 18. September, bis 21. Mai 1593. Im legeren Jahr verstarb der P. Eberh. Striling.

Zwischen 1593 und 1612, d. h. zur Zeit von Strilings Nachfolger Matthias Hilbrecht, fehlen alle drei Personenstandsregister. Erst von 1613 an finden sich wieder Trauungen von des Pastors Hand, und zwar bis zum 26. August 1617. Von 1614 bis 1622 versah das Neustädtische Pfarramt Barth. Balstein, darnach bis 1626 Andreas Probst, worauf bis 1648 Mag. Libor. Helius folgte. Zu des Letzteren Zeit trat zwar keine Lücke in der Verzeichnung der Trauungen überhaupt ein, wohl aber folgt in dem vom Pastor geführten Verzeichnis im Jahre 1627 leeres Papier. Neben dem Register des Pfarrers wird nun aber ein solches vom Küster geführt, das vom 3. Mai 1612 zunächst bis zum 15. September 1628 reicht, woran sich, von einer anderen Hand geschrieben, nach 1¼ leerem Blatt ein mit

¹ Vierteljahrschrift für Musikwissenschaft. 6 (1890) S. 101.

² Harzzeitfchr. 2, b. 144; 7, 28.

³ Harzzeitfchr. 6, 133. Wenn Heinr. A. hier Senior zu S. Silb. und Pfarrer zu U. S. Frauen in Wern. genannt ist, so möchte man an einen älteren Geistlichen d. N. in Wern. zu denken geneigt sein.

⁴ Vgl. die Protokolle der Sigmaringer Vers. S. 127 ff.; 144 f.

dem 26. Oktober d. J. beginnendes bis zum 10. November 1639 schließt. Zwischen dem 3. Januar 1613 und dem 15. September 1628 stimmt das Register des Pastors mit dem des Rüstlers überein. Zu bemerken ist, daß der Rüster eine Trauung vom 26. Juni 1627 ausgelassen hat.

Die Zahl der jährlichen Trauungen schwankt von 1582 bis 1591 zwischen 9 (1585, 86, 90), 20 (1591) und 23 (1587). Zwischen 1614 und 1626 war der Wechsel ein noch größerer. Das bemerkenswerteste ist wohl, daß auf die nur je 8 und 5 ehelichen Verbindungen der Wallensteinischen und Pestjahre 1625 und 1626 deren 31 im Jahre 1627 folgten.

2. Taufregister. Ebenso wie die Trauungen, so sind auch die Taufen von 1581 Sept. 17. bis 1593 Juli 7. von dem P. Striling selbst verzeichnet. Aber auch hier folgt dann die Lücke aus der Hilbrechtischen Amtszeit von 1593/94 bis 1612, während das Register aus Balsteins Zeit von 1614 20. Dez. bis 9. April 1621 wieder vorhanden ist. Dann scheint etwas von Pastors Hand geschriebenes verloren zu sein und es beginnen die Eintragungen des Rüstlers vom 26. Dezember 1612 bis 3. Juni 1639.

Die Arbeit des Rüstlers hat hier einen größeren Wert, weil in ihr auch die Taufzeugen angegeben sind, was vom Pastor nur ausnahmsweise geschehen ist. Von 1582 bis 1592 schwankt die Zahl der Getauften zwischen 43 und 53, wovon die kleinere Zahl auf ersteres, die größere auf letzteres Jahr entfällt. Im Jahre 1615 war die Zahl der Getauften 50, im nächsten 53, 1617 49, 1618 43.

3. Sterbe- oder Begräbnisregister. Ganz wie mit den bereits erwähnten Personenstandsverzeichnissen verhält sich's auch mit dem „Register der Begrebnuß“, wie Striling es überschreibt. Von seiner Hand ist es vom 7. Oktober 1581 bis zum 7. Juli 1593 geführt. Wie Trau- und Geburtsregister, so fehlt auch wieder bis 1612 das der Begräbnisse, dann aber ist es wieder vom Pastor geschrieben von 1613 bis 1626, dem Todesjahre des P. Probst; das des Rüstlers, am Anfang beschädigt, nimmt schon am 23. März 1612 seinen Anfang und reicht bis zum 17. Oktob. 1639. Hinter dem von P. Probst geführten Verzeichnisse stehen noch ein par Angaben von Anfang 1627, hinter 1626 aber steht die Bemerkung und Verweisung: „Dieses 1626 Jahr sind gestorben 426 Personen vide catalogum des aeditui.“ Abgesehen von der Schrift macht sich des Rüstlers Arbeit schon dadurch kenntlich, daß er beispielsweise „der Herr Bartholto Balstein“ schreibt. Für die Selbständigkeit beider Eintragungen zeugt es, wenn zuweilen Angaben etwas von einander abweichen. So läßt der

P. Probst Anna, die Mutter des Musikers G. Varyphonus, des Heinr. Pipegrop Witwe, am 21. Febr. 1626 „aet. 80“ sterben, während sie nach dem Küster 78 Jahr alt war — jedenfalls das wahrscheinlichere.

Von den Angaben über das Absterben und die Begräbnisse verdient Einiges ausgezogen zu werden. Eberh. Striling sagt in Betreff seines Vorgängers:

(1581). Reuerendus et doctiss. Dñs. Henricus Angerstein, antecessor et mecoenas meus mihi parentis loco semper cultus et honoratus,¹ moritur 24 Nouembris hora antemeridiana octaua me presente. Obdormiebat autem in Christo placidissimus. sepultus 26 die eiusdem mensis. Concionem funebrem habebat D. M. Henricus Maius. Materiam concionis sumebat ex psal. 126: qui seminant in lacrymis etc. Ipse cum filiis ipsius comitabar deductionem funeris.

Humatus est in choro² in templo D. Johannis. filii et gener promittebant se erecturos suum epitaphium . . . Epicedium. sed diuisione bonorum facta et hereditate accepta obliuioni fortassis voluntarie promissa tradita sunt. Anno domini 1587 nondum aliquid vel pictum vel incisum est. Anno tandem Christi 1592 impleta sunt promissa.

Unter den in der Kirche noch erhaltenen Leichensteinen war der Angersteins nicht mehr zu finden.

1614 Jan. 16. Die Edle Ehrentugentreiche Jungfraw Anna von Weidensee ausm Voigtlande stirbt alhie auf der Seigerhütten im gräflichen Hoflager und wird in S. Johannis kirche furm Chor begraben.

Diese Eintragung zeigt nebst manchen andern, besonders im Beichtregister, daß die vom Grafen Heinrich zu Stolberg (von 1587—1615) herrschaftlich eingerichtete Seigerhütte — einst beim Seigerhüttenteich gelegen — mit dem gräflichen Hofhalt daselbst kirchlich zur S. Johannisparre gehörte. Wie wir sehen werden, fanden auch die Hofprediger hier ihr Begräbniß.

1615 Dezemb. 24. Heilrich Winnigstedt, des Ehrwürdigen und wolverdienten Theologi Johannis Winniestätten sohn, begraben, seines alters im 84. ihar. — J. Winnigstedt ist der bekannte Chronist der Reformationszeit.

Ende 1615 Henni Hünden vnsern Diacon oder elterman bestattet.

¹ St. culti et honorati.

² Dies ist über iuxta baptisterium geschrieben, das durchstrichen ist.

1620 19. Dezemb. Den Ehrw. andechtigen vnd wolgelarten M. Nicolaum Beckern hofpredigern bestattet, seines alters 39 ihar req. i. p.

Das Grabdenkmal Beckers ist noch an der Kirchenwand südlich vom Chor neben dem Eingange in die Sakristei erhalten. Es zeigt den Verstorbenen in ganzer Figur und in Amtstracht, die nach unten gefehrte parabolisch gestaltete Priestermitze und die Bibel auf der Brust vor sich haltend. Wie bei allen in der Kirche vorhandenen Pastorendenkmälern sind zur Rechten und Linken des Hauptes die Familienwappen des Mannes und der Frau in heraldischem Schilde mit Helm und Helmbüden zu sehen. Das Beckersche zeigt einen auf Füßen stehenden bauchigen Henkeltopf — aus dem beim Denkmale des Vaters ragt Zimmer- oder Maurergerät, worunter ein Winkelmaß zu erkennen ist, hervor.¹ — Das der Frau läßt an einem um einen Ast sich emporbiegenden Zweiglein drei Lindenblätter oder Rosen sehen. Die Umschrift lautet:

REVERENDVS | [DO]M NICOLAVS BECKER NATVS
WERNIGE: AO 1581 DIE XX. FEBRVA : MOR | AO
1620 15 [CVM CONCIO] | NATOR IN
PATRIA FVISSET 10 ANNOS SEPVLTVS 19 NOV.
CVIVS ANIMA RE IN P.

1622 Heinrich Pipegroppe 27. Dezbr. graben. — Es ist der Vater des Musiktheoretikers Henricus Baryphonus.

1626. Der Erwird. wolgelarte herr Andreas Probest zur Erden bestadt worden 37 ihar alt.

(1636) Den 13. Aprilis hatt der kompter von Langeln — es war Arnd. v. Sandow — einen Knaben stillschweigens begraben lassen.

Someit sich aus den eben besprochenen Ueberresten der ältesten Kirchenregister von St. Johannis in Wernigerode allgemeinere Schlüsse ziehen lassen, scheint aus ihnen ersichtlich, daß sie von den Geistlichen aus freiem lebendigem Interesse unternommen wurden. Bei Strilings Nachfolger Hilbrecht war dieses Interesse wohl weniger vorhanden. Verfügungen der Kirchenbehörden über die Führung solcher Register sind uns vom Anfang der Amtszeit Strilings nicht bekannt.

¹ Sein Vater, der 1610 starb, nachdem er lange in Stolberg gelebt, aber doch die Wernigeröder Einkünfte bezogen hatte und 32 Jahre — also seit 1578 — im Dienste gewesen war, fand auch seine letzte Ruhestatt und ein gleiches Denkmal in der St. Johanniskirche. Von der Inschrift ist noch zu lesen: NICOLAVS BECKER HALBERSTADENSIS PAS [TRIGIN]TA DVOS PIE OBIIT SEXTO DIE MARTIS. Seine Witwe Anna Schaper starb 1621 63 Jahr alt.

An die bis 1639, teilweise bis gegen Ende des Jahrs, herabreichenden Register in schmalem oder gebrochenem Folio schließen sich nun bis zur Gegenwart fortlaufend die Personenstandsverzeichnisse: Trau-, Geburts- und Begräbnis- oder Sterberegister, seit 1640 in gewöhnlichem Folioformat ziemlich unmittelbar an. Der nächste Band reicht von 1640 bis 1663, die beiden folgenden führen von 1664 bis 1682 und von 1683 bis 1730.¹

Ohne Zweifel bilden die Trau-, Geburts- und Sterberegister den wichtigsten Teil einer Pfarr-Registratur. Demnächst kommen aber auch die Rechnungen in Betracht, die überall weiter zurückreichen, wenn nicht der ältere Bestand verloren gegangen ist. Bei der Neustädter Kirche beginnen die erhaltenen im Jahre 1566. Aber schon der Pergamentumschlag der ältesten weist auf ältere hin. Auf der Innenseite des vorderen Schutzdeckels ist eingeschrieben: Cunradt Muntmeister | Anno etc. | 1. 5. 52.



Das Zeichen, der sogenannte Zainhaken, ist die von der durch Jahrhunderte vererbten Berufstätigkeit der Familie — es war eine der ältesten und ausdauerndsten von Wernigerode — hergeleitete Schildfigur, die wir in mehrfach abweichender Gestalt auf deren Siegeln wiederfinden.² In dem weiter unten zu erwähnenden Register des Gotteskastenens ist unter den von den Kastenherren im Jahre 1581 bedachten Kindern aufgeführt: Annen Mungmeister medlin drei ellen wandt (Tuch). Die Familie war wohl verarmt oder es war jenes nach der Mutter benannte Mädchen ein uneheliches.

Weiter finden sich auf den Innenseiten des Umschlags Sprüche, darunter der deutsche:

Gut macht mudt,
Selig aber der Gottis Deuhel tuth,
wilchs mann muß Habenn
durch des heiligenn Geistes gabenn.

Die bis 1584 reichenden Rechnungen in Schmalfolio haben zu Anfang 1566 die Ueberschrift: „Laus Deio ano 66 | Einname deir kirchen Sounte Johanes.“ Schon dieser Anfang

¹ Der älteste Band wird schon nach dem Friederichschen Inventar von 1857 als sehr schadhast bezeichnet. Diesem Zustande dürfte ein geeigneter Einband bald abhelfen und weiterem Schaden wehren, wie denn erst jüngst die ältesten Register und die Beichtverzeichnisse in Schmalfolio ordentlich eingebunden sind.

² J. B. Drübecker Urkundenbuch Taf. IV, 30; Stötterlingenb. Urkundenbuch T. IX, 63. Ueber die Fam. vgl. Text zu T. IV des Drüb. Urkundenbuchs und Urkundenbuch der Stadt Wernigerode im Register u. S. 436 bis 438.

deutet auf den Bildungsstand der Altermänner, die diese Rechnungen führten und schrieben. Schon seit 1569 bediente man sich gewöhnlich der gebildeteren Hand des Rüstlers. Bei den von den Altermännern geschriebenen Rechnungen macht sich der Einfluß des im Verkehr noch vorherrschenden Niederdeutschen entschieden geltend, z. B. bei deit lampreich erentrodts (thut, gibt Lamprecht Ehrentraut) 4 gr. 6 pf.; deit koueirt parlebarch (thut Kurt Perleberg) 8 gr. 6 pf. deit andreis brouns tou seilstit 6 marck. Hans Schutten deir ouldeir geift 13 gr. 6 pf. Die Summe der Einnahme beläuft sich mit den Retardaten 1566 auf 18 fl. 15 gr. 11 pf. mit dem Vorrath aus dem vorigen Jahr 22 fl. 18 gr. 8 pf. Die Ausgaben betragen 19 fl. 18 gr. 3½ pf.

Für die Ausstattung der Kirche mit Gefäß, Orgel, Musikalien (partes) Chorhemden und liturgischem Geräth, auch für den Kirchenbau bieten die Rechnungen mancherlei. Bemerkenswerth ist in der Rechnung vom Jahre 1575 die Ausgabe von

7 Gulden 9 Gr. dem mahler vor die wapen in die kirchen zu mahlen.

4 Gr. 6 Pf. vor 300 nagel, darmit seind die wapen angenagelt.

Schon aus dem verhältnismäßig hohen Kostenbetrage und aus der Zahl der verwandten Nägel können wir schließen, daß es sich hier, wie wirs in gleicher Weise etwas später bei dem Dorfe Wasserleben ausgeführt sahen,¹ um die Anbringung der Familienzeichen der ganzen Gemeinde handelte.

Außer den Kirchenrechnungen sind in demselben Schmalformat auch erhalten:

Register über den Gotteskasten der Kirche St. Joh. von 1581—1627 und 1640, geführt von den Kastenherren. Sie enthalten Einiges zur Verwaltung des Armenwesens in jener Zeit, z. B. die von den Kastenherren vorzunehmende Vertheilung von Luch (wand), wobei besonders arme Schüler und Schülerinnen berücksichtigt wurden. Dann verzeichnen sie aber auch die Besoldung oder Zuschüsse für den Organisten, Kalkanten, Rüstler und Schulgesellen — seit 1593 meist baccalaureus. Ein „Verzeichniß aller derer, so etwas zur orgel gelobt vnd gegeben haben“, vom Jahre 1591, läßt den ungefähren Bevölkerungsstand der Neustadt und die Vertheilung der Haushaltungen auf Straßen und Stadttheile erkennen, da mit kleineren oder größeren Beisteuern offenbar fast alle theilhaftig sind. Darnach ergeben sich die Zahlen:

¹ Harzzeitfchr. 20, 272—282.

	Thaler	von Steuernnden
Breitestraße	49 1/2	52
[ohne Nennung der Straße]	38 1/2	38 [31 + 7]
Grünestraße		31
Schäferstraße }	17 1/2	8
Steingrube }	2 1/2 Gr.	16
Hütten und Mühlen vor der Neustadt	4	4
<hr/>		
	109 1/2	2 1/2 Gr. 149.

Wir fügen hierzu noch einige Straßen- und Verlichtheitsnamen aus den Begräbnisregistern: Grünestraße (1582), Hilleborgeß oder Hilborgeß Thurm (bewohnt von 1 Fam. 1583), Johannisstraße (1582. S. Joh. Gasse 1625), neue Markt (1583 Schafmeister auf d. N. M.), Schäferstraße (1582), Steingrube (der Müller auf der St. 1582).

Weitere Kirchenrechnungen finden sich dann in der Pfarrregistratur von 1652 bis 1689, 1705—1738 u. s. f.

Endlich sind noch zu erwähnen die ältesten Beicht- oder Kommunikantenlisten von 1597 bis 1626 und von 1636 bis 1639. Ueber der ältesten steht: Habacuc: Gaudebo in Domino et exultabo in Deo, Jesu meo. D. Luther tomo 3 fol. 100. Ein Beichtfint sol zweyerley denken: 1) Daß Er in wahrer rew sein leben besser; 2) daß Ehr die h. absolution im glauben an Christum empfahe.

Daß diese Verzeichnisse für die Kenntnis des inneren Lebens eine natürlich gewissenhaft abzuwägende Bedeutung haben, unterliegt keinem Zweifel. Im Jahr 1619 communicieren 1204, 1623 ihrer 1335, 1624 sind es 1450.

Graf Heinrichs z. St. Dienerschaft erscheint öfter unter den Abendmahlsgängern:

1610 Jubilate meins gned. hern seine 4 dienstboten. — Joh. Bapt. Hofprediger witwe selb 5.

1613 2^a p. Epiph. Graff Heinrichs diener 3.

— Inuocavit Graff Heinrichs seine hoffnungker selbst 4.

M. Michlail Becker sein witwe selbst 5.

Wie hier ist auch sonst durch die Gestalt der Aufzeichnung des Küsters Hand zu erkennen: 1617. Conradus des bacularie Pur. Mar.; 1618 Cunradus der Subconrectori, 1625 Johan Hamer bacлари (= baccalaureus).

Ein besonderes Interesse gewähren diese Verzeichnisse im Jahre 1626, als Wallensteinsche Völker in der Stadt lagen. Wir finden unter diesen evangel. Glaubensgenossen, auch Soldatenweiber, aus Gegenden, in denen nachher die Reformation teil-

weise gewaltsam unterdrückt wurde, aus Böhmen (Budweis), Mähren, Ungarn, aus Amberg in der Oberpfalz, besonders aber aus Schlesien (aus der Schleifing). Die nächsten erhaltenen Beichtregister begannen schon zu P. C. F. Schüzes Zeit erst seit 1683 (1683—1717).

Es wird gewiß nicht als wertlos erscheinen, diese auswärtigen Abendmahlsgenossen aus dem Kriegsvolk zu verzeichnen und daran einige Bemerkungen über das Bekenntnis, die Volksangehörigkeit und den Troß der damals in Wernigerode liegenden aus- und einziehenden kaiserlichen Kriegsleute zu knüpfen.

Nach unseren Beichtverzeichnissen waren im Jahre 1626 in der evangelischen Gemeinde der Wernigeröder Neustadt Abendmahlsgäste:

- am Neuen Jhars dage: Torotea Fösters von Weissenberch.
Torotea Vochts von Pressburch in Ungarn. Ursula Schmides
von Drubenaum in Schlesing. Catharina Fiterers von
Amberch in der Fals. Maria Zahne Bürtig von Butte-
weis in Behmerlande.
- am 5. Febr. 5^a post Epiph.: Seebalt Behrs von Nuhrenberch.
- am 5. März. Reminiscere: Augustinus Roden vndt seine Frau
Burtig auß der Schleifing. Mathias Karger auch aus der
Schleifing. Hans Schmidt ein feltsherer. Nicolai (Lücke)
aus der Schleifing Bürtig.
- am 12. März Oculi: Lorenz Reiche von Ronenstat auß Mehr-
land. Mathias Schulze aus der Schleifing.
- am 25. März Am dage Mariae Verkündigung: Eine soldaten-
frawe. Hans Brandt aus der Schleifing. Michael Straube
aus der Schleifing.
- am 26. März. Judica: Christoffel Betzke aus der Schleifing.
Tobias Steis v. sein frau aus der Schleifing. Mathias
Scheffel von Klog. Merten Weivel ein Caperall. Christoffel
Schmiden von Seidenberch.
- am 2. April Dominica Palmarum: Gertt Schuster auß dem
Mehrlande.
- am 9. April. Am Osterdage: Adam Sehligler von Kloths. Simon
Schaumann auß der Schleifing. Ba(l)ger Eickel auß der
Schleifing. Bartelt Lottewich auß der Schleifing. Daniel
Ascherman von Freiberg. Caspar Asman von Freiberg.
Casper Schulze auß der Schleifing.
- 10 April. Am Montage in den Ostern: Bartelt Gotner auß der
Schleifing.

Da die hier ausgezogenen bei aller manigfaltigen Herkunft doch alle dem deutschen Volkstum angehörigen Abendmahlsgänger leicht einen Irrtum über Nationalität und Bekenntnis

der kaiserlich-wallensteinschen Kriegsvölker hervorrufen könnten, so ist zu bemerken, daß ja aus nahe liegenden Gründen der Kaiser und seine Feldherren die deutschen Reformationsverwandten durchaus der Mehrzahl nach mit Slaven (Krabaten), Italienern, Spaniern und mit Römisch-Katholischen bekämpften. Auch Franzosen finden wir darunter, wie denn ein aus Frankreich gebürtiger Reiter am 3. Februar 1626 auf dem Markte zu Wernigerode enthauptet wird.¹ Inländer waren wohl nur sehr spärlich vertreten. Wenn jedoch am 11. Febr. 1626 ein Fourier mit zwei Gefreiten und 24 neugeworbenen Musketieren in die Stadt rückt, so sind das entweder gepreßte Leute² oder Reisläufer, wie jener Krieg sie in seinem Verlaufe immer zahlreicher aufweist, die ohne Rücksicht auf Land und Bekenntnis, auch wohl halb aus Verzweiflung, das Kriegshandwerk erwählten, am liebsten bei der stärkeren Partei.

Zur Fastenzeit 1626 wollen die in Wernigerode liegenden Soldaten, „weil sie katholisch,“ ihr „Fischwert“ als Fastenspeise haben und der Obristlieutenant Lorenzo de Medici läßt sich hierzu ohne weiteres seine Karpfen aus dem Rats-Teich unfern Silstedt (Hinzingerode) holen.³ Da aber durch den Krieg der Stadt die Zufuhr abgeschnitten war, und die Bürger „vor den hier liegenden Krabaten, so nach nichts fragen,“ nicht ungefährdet hinaus gehen konnten, so mußte man sich, um den Soldaten ihre Fastenspeise zu kaufen, einen Paßzettel oder lebendige Salvagarda von dem Befehlshaber ausbitten.⁴ Unsere Auszüge aus dem Beichtregister zeigen nun aber, daß doch auch eine gewisse Zahl evangelischer Glaubensgenossen von fern her unter dem feindlichen Heere waren.

Die Anführer, von denen wir hier hören, waren fast alle Wälsche oder Nichtdeutsche, abgesehen vom Oberfeldherrn selbst, der vom 5. zum 6. und vom 17. zum 18. Januar in Wernigerode übernachtet.⁵ Zuerst erhält im November (27.) 1625 das zu Stapelburg in den Schanzen liegende Volk von Colalto Befehl, in Wernigerode einzurücken und auf Bitten der Grafen wird die Zahl auf ein Regiment Fußvolk und drei Compagnien Reiter herabgemindert, während das übrige Volk teils um den Burgberg durch Nöschendorode über den Harz, teils über Benzingenode ins Blankenburgische zieht.⁶

¹ Wernigeröder Wochenblatt 1809, S. 6.

² Dasselbst S. 6.

³ Dasselbst S. 10.

⁴ Ebendasselbst.

⁵ a. a. O. S. 1 und 2.

⁶ Wernigeröder Wochenblatt 1808, S. 19

Zu dem Julius Heinrich von Sachsen genannten Regiment haben wir die anfangs 1626 communicirenden Weiber und Soldaten zu rechnen. Wie wir sehen, ist der in Bernigerode liegende Anführer anfangs der Nordfranzose Georg Konrad de Gaure, Graf von Fresin.¹ Am 18. Jan. wird Don Balthasars Volk, vier Kornet oder Fähnlein, in die Stadt aufgenommen, bei 600 Pferde,² am 19. heißt der Obristleutnant der Besatzung Lorenzo de Medici, Fürst von Florenz,³ am 24. zieht ein Rittmeister mit 2 Kornet vom Medicianischen Regiment, am 27. ein Hauptmann Felici mit 2 Fahnen in die Stadt, wird ein paar Tage in Nöschenrode einquartiert und kehrt nach ein par Tagen in die Stadt zurück. Am 28. Jan. abends kamen wieder zwei Kornet Reiter von Don Balthasars Volk von Osterwief her. Am 30. Jan. gehen die Sechsmannen von Haus zu Haus und zählen in den vier Quartieren oder Weichbildern 998 Pferde, während nur auf 400 Billete gegeben waren.⁴ Die nächsten Tage wechselt die Einquartierung, am 13. Februar ist auf Wallensteins Befehl die Stadt auf kurze Frist von kriegsflüchtigen Soldaten frei.

Am 25. Februar meldet sich aber wieder Lorenzo de Medici mit sechs Kornet Reitern und 3 Fahnen zu Fuß an, die auch bald erschienen, so daß nun neun statt der früheren sieben Compagnien in der Stadt lagen.⁵ Am 9. März zieht Medici mit allem Kriegsvolk nach Nischersleben und am 11. ebenso zurück. Medici übergiebt aber seinen Oberbefehl an Don Gaspar de Mendano.⁶ Im März wiederholt sich nochmals solches Ein- und Ausziehen. Wir finden, daß in dieser Zeit auch ein Rittmeister Labordo hier liegt.⁷ Dann tritt seit dem April auf Betreiben der Grafen eine Erleichterung ein. Diese hatten bei Tilly eine Einwirkung auf Wallenstein erreicht. Vorläufig zogen am 13. 2 Kornet Reiter und 2 Fahnen Fußvolk über den Salzberg nach Zellerfeld ab; die Reiter kamen am 16. noch einmal zurück; am 18. April nahm auch der durch Bernigerode kommende Colloredo 72 Reiter auf etliche Tage mit; am 24. April aber zogen alle 6 Kornete über Elbingerode nach Halberstadt ab.

Weitere Einquartierungen kommen für die obigen Auszüge aus dem Beichtverzeichnisse nicht in Betracht. Um aber das traurig lebhaft bunte Bild aus jenen schweren Kriegstagen,

¹ Daselbst S. 19.

² Bernigeröder Wochenblatt 1809, S. 2.

³ Ebendaselbst.

⁴ Daselbst S. 4.

⁵ Daselbst S. 9.

⁶ Daselbst 10, 11

⁷ S. 22.

daß seiner Bunttheit nach von dem in Schillers Drama durchaus nicht übertroffen wird, zu vervollständigen, ist daran zu erinnern, daß zu den Kriegskleuten ein verhältnismäßig sehr großer Troß mit Sack und Pack — Pakasie oder Bagasie, wie die gleichzeitigen Quellen sagen — und von Marketendern, Soldatenweibern und Kindern — und einer oft erschreckenden Zahl von Kranken und Verwundeten kamen. Bei den acht evangelischen Soldatenfrauen in unsern Auszügen kommt allerdings in Betracht, daß diese verhältnismäßig mehr als die Kriegskleute zum Tisch des Herrn gingen. Die Soldatenfrauen pflegten mit dem Troß den in geordnetem Zuge voranziehenden Soldaten nachgefahren zu werden. Am 11. Februar 1626 befiehlt der Graf von Fresin, daß die Weiber, deren Männer bereits vorausgezogen, nach Halberstadt folgen sollen.¹ Die Soldatentinder, besonders die Buben, vermehrten oft die Widerwärtigkeiten des Krieges. Als am 21. März die Kammer, in welcher die Obergewehre der Bürger niedergelegt waren, geplündert wurde, beteiligten sich die Soldatenjungen an diesem Geschäft und verkauften die Waffen dann zu Spottpreisen;² später hüteten sie die Winterfaat mit unnützen Stadtbuben ab und schädigten dieselbe sehr.³

Die Verwundeten und Kranken wurden oft zurückgelassen, wenn das übrige Kriegsvolk weggezogen war. So verordnete z. B. Wallenstein, als er am 13. Februar 1626 die Reiterei nach Halberstadt beorderte und nur zwei Fahnen Fußvolf als Besatzung des Schlosses zurückließ, daß Kranke und Verwundete zurückbleiben sollten.⁴ Am 9. März wurden 85 Kranke auf Karren und Wagen mit nach Alfersleben geführt.⁵ Am 16. März blieben über anderthalb hundert Kranke zurück.⁶ Es war freilich damals eine Zeit der Pest, einer unheimlichen Begleiterin großer Kriege, die besonders seit dem September 1625 in Wernigerode verheerend umging.

Ed. Jacobs.

¹ Wernigeröder Wochenblatt 1809, S. 1 f.

² Dasselbst S. 22.

³ Dasselbst S. 25.

⁴ Wernigeröder Wochenblatt 1809, S. 6.

⁵ Dasselbst S. 10.

Dasselbst S. 12.

Die Entwicklung der Autonomie der Stadt Braunschweig.

Von Dr. Willi Barges.

Kapitel VI.¹

Die Stadt Braunschweig² hat mit drei Herrscherfamilien in längerer Verbindung gestanden, mit den Ottonen oder Luidolfingern, den Brunonen und den Welfen.

Die Altstadt entstand als eine königliche Stadt, als ein wicbeld, urbs oder civitas regalis.³ Nach dem Aussterben des Geschlechtes der Sächsischen Kaiser kam sie unter die Herrschaft der Brunonischen Grafen und ward zu einer Brunonischen Landstadt. Wann und wie dies mächtige Geschlecht in den Besitz der Altstadt und des Stadtgebietes gekommen ist, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die älteste urkundliche Erwähnung eines Brunonen findet in der Stiftungsurkunde der S. Magnikirche von 1031 statt, also in derselben Urkunde, in der auch der Name Brunsguik zum ersten Mal erwähnt wird.⁴ Ein Graf Ludolf bechenkt die Kirche mit einem Stück Land.⁵ In einer Urkunde⁶ Heinrichs IV. von 1057 erhalten wir nähere Auskunft über diesen Ludolf. Wir erfahren, daß er ein comes in pagis Darlingen war, und daß sein Vater Brun und sein Sohn Eckbrecht ebenfalls im Besitz dieser Würde waren. Sein Vater Brun oder Bruno⁷ war vermählt mit Gisela,⁸ der Enkelin König Conrads von Burgund, die später in dritter Ehe — in zweiter Ehe war sie mit Herzog Ernst I. von Schwaben vermählt — mit Kaiser Conrad II. verheiratet war. — Die Ehe

¹ Der Aufsatz ist eine Fortsetzung des Aufsatzes „Entstehung der Stadt Braunschweig.“ S. 102 ff. citiert als Aufsatz I.

² Vgl. über die Literatur Aufs. I. S. 102 A. 1 und S. 105 A. 1 und 2. Vgl. auch meinen Aufsatz: Die Polizeigesetzgebung der Stadt Braunschweig im Mittelalter, Zeitschr. f. Kulturgesch., Bd. III, S. 194 ff.

³ Aufs. I, S. 106.

⁴ Aufs. I, S. 103. Nehtmeyer, Kirchenhistorie I Beil. 1. Falte, trad. corb. 35.

⁵ Aufs. I, S. 119 A. 2 und 3.

⁶ Orig. Guelph. IV. 415. Dürre a. a. O. S. 43. Der bischöflichen Kirche zu Hildesheim wird der comitatus überwiesen, quem Brun, ejus filius Liudulfus nec non et ejus filius Eckbrecht comites ex imperiali auctoritate in beneficium habuerunt in pagis Darlingen etc.

⁷ v. Heinemann a. a. O. Bd. I S. 99.

⁸ Vgl. über Gisela, Wipo gesta Chuonradi imp. c. IV. S. 18. 19. (Sandausgabe.)

läßt auf die Bedeutung des Brunonischen Geschlechts schließen. — Bruno wird in dem *chronicon vetus*¹ als princeps in Brunswick, qui comes dictus est, bezeichnet, aber wahrscheinlich ist erst sein Sohn Ludolf in den Besitz der Grafenrechte im Gau Ostfalen gekommen. Vielleicht erbte dieser auf Grund einer allerdings nicht mehr nachweislichen Verwandtschaft mit den Ottonen von diesen den Hof Tanquarderode und wurde dann von dem Stiefvater Conrad II. mit den gräflichen Rechten in diesem Gau belehnt. Er wird es dann auch gewesen sein, der auf dem Hofe Tanquarderode eine Burg erbaute. Unterstützt wird diese Annahme durch die Nachricht, daß Ludolfs Gemahlin Gertrud es gewesen ist, die in der Burg die älteste Kirche, die *ecclesia Thonkguarderode*,² das Domstift, welches später den Namen des heiligen Blasius trug, erbaute.³ Wären die Brunonen hier schon länger ansässig gewesen, so hätte das mächtige Geschlecht bei seiner kirchlichen Gesinnung sicher schon eher in seiner Residenz eine Kirche begründet. Vielleicht hängt mit der Niederlassung Ludolfs in Tanquarderode überhaupt der kirchliche Aufschwung dieser Gegend zusammen. In der Burg und ihrer Umgebung, der Altstadt und der Alten Wif, werden damals drei Kirchen erbaut, das eben erwähnte Blasienstift, die Ulrichskirche in der Altstadt⁴ und die Magnikirche in der Wif.⁵ Der Burgbau und die Niederlassung des Grafen Ludolfs in Tanquarderode würde dann in das dritte oder vierte Jahrzehnt des elften Jahrhunderts fallen. Die Magnikirche wird 1031 gegründet, und die anderen beiden Kirchen sind von Bischof Godehard von Hildesheim geweiht, welcher von 1022—1038 regierte. Möglich wäre immerhin, daß die Brunonen schon früher bei Lebzeiten der Ottonen im Besitze der Grafenrechte im Ostfalungau, wie im Darlinggau waren, aber den Besitz des ludolfingischen Hofes Tanquarderode möchte ich ihnen erst nach 1024, also nach dem Aussterben der Ottonen, zusprechen.⁶

¹ Chron. vet. ducum Brunsvicensium et Luneburgensium. S. S. rer. Brunsv. II, 15. Der Sächsische Annalist — Annalista Saxo — erwähnt einen Bruno, comes de Brunneswic zum J. 1026. S. S. VIII 676. Jene comites in Brunneswich Tanquardus et Bruno, welche die ältesten Eintragungen des Memorienbuches von S. Blasien als am 21. Jan. gestorben aufführen, setzt Bethmann a. a. D. ins Ende des 10. oder zu Anfang des 11. Jahrhunderts. Genaueres wissen wir über diese Brunonen nicht. Vielleicht ist die Bezeichnung in Brunneswick proleptisch. — Vgl. Chron. VI S. XV. A. 1. Dürre a. a. D. S. 38.

² Orig. Guelf. II, 334.

³ Dürre a. a. D. S. 46. Hänßelmann. Chroniken XVI. S. X.

⁴ Dürre a. a. D. S. 48. S. 483 ff. Heimchronik a. a. D. c. XVII v. 39.

⁵ Aufj. I, S. 119. Vgl. oben S. 289, A. 4. Chroniken VI.

⁶ Vgl. Bote, chron. pict.: Gräve Ludeleff, de nam Dankwerderode unde Brunswick ersten in na der Keyser dode, do de alle ver-

Aus den gräflichen Rechten, die die Brunonen im Ostfalen ausübten, aus der gräflichen Gerichtshoheit hat sich die Landeshoheit der Brunonen über die Altstadt Braunschweig entwickelt.¹ Die deutschen Landesherren, die domini terrae, sind aus den Inhabern der gräflichen Gewalt bzw. der vollen öffentlichen Gerichtsgewalt hervorgegangen. Auf die Grundherrschaft² kann die Landeshoheit über die Altstadt schon deshalb nicht zurückgehen, weil den Landesherren in der Altstadt³ keine grundherrlichen Rechte zustehen. Die Landeshoheit kann als eine ihrem Wesen nach einheitliche obrigkeitliche Gewalt über die Gesamtheit der Unterthanen nur aus einem öffentlichen Recht abgeleitet werden, da nur ein solches seinem Inhaber eine Gewalt über die freien Bewohner der Stadt giebt.⁴

Die Brunonen waren reichsunmittelbare Fürsten, sie standen neben, nicht unter den Billungern.⁵ Nach den Untersuchungen Weiland waren die Billunger nur dem Namen nach Herzöge. Sie waren Markgrafen mit dem Titel dux und herrschten nur über einen Teil des Landes. Vollständig unabhängig neben ihnen stehen die mächtigen Grafenhäuser Sachsens, die Nordheimer, Halbensleber und Stader Grafen, sowie die Brunonen. Wibukind nennt neben Hermann Billung auch den Markgrafen Thiedrich von der Nordmark dux. In späterer Zeit war die Macht der Brunonen eine bedeutende.⁶ In der Gegend zwischen Oker und Leine in der Diözese Hildesheim lassen sich Gau bei Gau ihre Grafschaften nachweisen. Auch im Darlingau im

storwen weren. So wart desse Marggreve Ludeleff eyn here over Brunswick. — S. rer. Brunsv. III, 323.

¹ Schroeder, Rechtsgeschichte S. 578. Gustav Müller, die Entwicklung der Landeshoheit in Gelbern bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Marb. Diss. 1889. S. 8. und 36 ff. Niepmann, die ordentlichen direkten Staatssteuern in Kleve und Mark bis zum Ausgang des Mittelalters. Münsterer Diss. 1891. S. 33. Baasch, die Steuer im Herzogtum Bayern. Marb. Diss. 1888. S. 16. v. Below, die landständische Verfassung von Jülich und Berg bis zum Jahre 1511. Teil I, S. 1. v. Below, zur Entstehung der Deutschen Stadtverfassung, Aufg. 1. Sybels hist. Zeitschr. 38, S. 196.

² Lamprecht, deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Bd. I.

³ Auch im Hagen und in der Neustadt standen dem Landesherren keine grundherrlichen Rechte zu.

⁴ Vgl. auch die Bezeichnung richte, Gericht für das Herzogtum Braunschweig, *Rekandenbuch* XVI, § 42, § 24, in uses herren richte.

⁵ Schroeder, Rechtsgeschichte S. 377. Weiland, das Sächsische Herzogtum unter Lothar und Heinrich dem Löwen 1866. Steindorf, de ducatus qui Billungorum dicitur in Saxonia origine et progressu Berolini 1863. Winger, de Billungorum intra Saxoniam ducatu, Bonnæ 1866. Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit I, S. 437 ff. Döniges Jahrbücher des deutschen Reiches unter der Herrschaft König Ottos S. 191 ff. (I, 3.) Schaumann, Gesch. d. Niederl. Volkes. S. 272, 278.

⁶ Vgl. zum folgenden v. Heinemann a. a. O. Bd. I, S. 99.

Gebiete Halberstadts, wohl ihrem alten Stammgebiete, übten sie Hoheitsrechte aus. So ist es erklärlich, wenn spätere Geschlechter im Gegensatz zu dem Billung'schen Dufat auch von einem Herzogtum der Brunonen sprechen. Durch ihre Verbindung mit den fränkischen Königen hoben sie ihre Macht und nach Verleihung der Markgrafschaften Friesland und Meissen nahmen sie eine solche Stellung ein, daß Eckert II. es wagen konnte, die Hand nach der Kaiserkrone auszustrecken. —

Vielleicht haben die Brunonen ihren Sitz von dem alten Herrendorf Brunswick nach dem ehemaligen ludolfingischen Hof Tanquarberode verlegt, weil ihre Hauptmacht nicht mehr in dem Halberstädtischen Darlinggau, sondern in den Gauen der Hildeheimer Diocese lag. —

Nach dem Aussterben der Brunonen kam die Altstadt an Lothar von Sachsen infolge seiner Ehe mit Richenza, der Tochter der Brunonin Gertrud und Heinrichs des Fetten von Nordheim.¹ Durch die Heirat² der Tochter Lothars, Gertrud, mit dem Welfen Heinrich dem Stolzen gelangte das Erbe Lothars in den Besitz der Familie der Welfen. Heinrich wurde, wie die Heimchronik meldet,³ auch vurstete in Brunswich, und die Brunonenstadt Braunschweig wurde eine welfische Landstadt. Bei der Teilung des welfischen Besitzes im Jahre 1267 blieb die Stadt oder vielmehr die Städte Braunschweig im Gemeinbesitz der beiden Linien, der Braunschweigischen und der Lüneburgischen,⁴ aber die Mitherrschaft des Lüneburgischen Hauses war nur eine imaginäre.⁵ Sie beschränkt sich auf einige Patronatsrechte in den beiden Stiften.⁶ Infolge der zahlreichen Teilungen, die die Braunschweigischen Herzöge vornahmen, geriet die Stadt unter eine fürstliche Vielherrschaft. Sie stand lange Zeit hindurch in einem Guldigungsverhältnisse zu den beiden Linien von Braunschweig-Göttingen und Braunschweig-Grubenhagen und zu allen Verzweigungen derselben. 1671 kam die Stadt in den Alleinbesitz der Wolfenbüttler Linie.⁷ —

Kapitel II.

Im Folgenden soll nun betrachtet werden, in welchem Verhältnis die Stadt oder die fünf Weichbilde zu dem Landesherrn standen.

¹ v. Heinemann a. a. D. Bd. I, S. 160. Dürre a. a. D. S. 57 u. A. 2.

² v. Heinemann a. a. D. Bd. I, S. 176. Dürre a. a. D. S. 58.

³ S. S. rer. Brunsv. III, 48.

⁴ von Heinemann a. a. D. Bd. II, S. 18. Dürre a. a. D. S. 105. Urkunde Orig. Guelf. IV. praef. 13—18.

⁵ Hänßelmann, Chroniken VI S. XXXII.

⁶ Dürre a. a. D. S. 106.

⁷ v. Heinemann a. a. D. Bd. 3. Guthe a. a. D. S. 325. Urkundenbuch CCIX. S. 688, Vorbemerkung.

Die drei Weichbilde Altstadt, Hagen und Neustadt sind auf freiem, von dem Stadtherrn entweder von Anfang an unabhängigem oder von ihm freigegebenen Boden entstanden. Die Altstadt und die Neustadt erwuchs auf der freien Ackerflur freier Sächsischer Höfe, allodia.¹ Der Hagen wurde freilich, wie wir gesehen,² auf herrschaftlichem Boden begründet, aber Heinrich der Löwe verzichtete auf alle Grundrechte und gab das Land den Ansiedlern zu freiem Besiz. Es standen also der Herrschaft in Altstadt, Hagen und Neustadt keine grundherrlichen Rechte zu.

Ebenso wenig hatten die Stadtherren hofrechtliche Ansprüche an die Stadtbewohner. Alle Bürger der fünf Weichbilde waren vollfrei. Damit ist nicht gesagt, daß alle Bürger von Geburt an frei waren. Wie in allen Städten ließen sich, wie die Bestimmungen der Stadtrechte zeigen, auch in Braunschweig Hörige nieder. Diese Hörigen, lat edder eghen,³ erlangten aber die volle Freiheit, wenn sie Jahr und Tag sunder ansprake in einem der Weichbilde saßen.⁴ In späterer Zeit ging man mit der Aufnahme von Hörigen sehr sorgfältig um.⁵ Die späteren Stadtrechte tragen Vorsorge, daß kein Höriger auf dem Wege einer Erbschaft Siz in der Stadt erhält. Der Hörige muß das Erbe, das ihm zufällt, binnen eneme verndeles jares verkaufen.⁶ In welchem Verhältnis die Bürger, die hörig gewesen waren, zu ihren früheren Herren standen, ist nicht mehr zu entscheiden. Wahrscheinlich wurde der nicht angesprochene Hörige nach Jahr und Tag aller Dienste und Pflichten, die er dem

¹ Auff. I, S. 103. Chroniken VI. S. XIII. A. 4.

² Vgl. Aufsatz I, S. 112 ff.

³ Urkundenbuch XXXIX, S. 46, § 30. Vgl. Anm. 4.

⁴ Urkundenbuch II, S. 6, § 42. Swelich man to Brunswick is, iar unde dach borgere, dene ne mach neman gevorderen. Urkundenbuch I, S. 2, § 9. Quicunque annum et diem in civitate manserit sine alicujus impeticione, de cetero liber permanebit. Vgl. auch III, § 43 und I, § 10. XXII, S. 29. LXXV, S. 204.

⁵ Urkundenbuch XXXIX, S. 46. Sammlung von Stadtgesetzen (spätestens 1349 zusammengetragen) § 30. We na desser tyd use borghere wert unde sprikt vor deme rade, wanne he de burscap wint, he si vry noch he en besta nemende, wert he des darna bedraghen, dat he iemendes lat eder eghen is, de rad wel eme volghen mit ener vestinge. Vgl. LIII, S. 65, § 34. LXII, Echteding cap. V, S. 130, § 28. Die Bürgeraufnahme geschieht also vor dem Räte. Ueber das Bürgergeld vgl. Urkundenb. LXIII, S. 145 ff., cap. 47 u. 16.

⁶ Urkundenbuch XXXIX, § 8, S. 44. Nen lat eder eghene scullet hir erue hebben: heft he it, he scal it vorkopen binnen eneme verndeles des jares, ofte de rad wil es sik underwinden.

früheren Herrn zu leisten hatte, los und ledig.¹ Der Bürger² ist der Verteidiger der königlichen Festungen, also ein freier Heerbannmann.³ Ursprünglich erlangt daher jeder Hörige, der sich in einer Stadt, einem wikkeld oder einer civitas regalis ansiedelt, die volle Freiheit, denn er nimmt die Heerbannpflicht, die nur von Freien ausgeübt wird, auf sich. Später, als sich die Wertschätzung des Hörigen bei dem zahlreichen Abströmen der Unfreien in die Städte erhöhte, wurde dieses Recht, das die Herren sehr schädigte, gemildert. Der Herr erhält die Befugnis, seinen Hörigen binnen Jahr und Tag auf dem Wege des Gerichtes, nicht der Selbsthilfe, zurückfordern zu können. Infolge dieser Festsetzung bestimmen manche Stadtrechte, daß ein Höriger erst nach Jahr und Tag Bürger werden kann. Ueberführt ein Herr seinen Hörigen und gestattet er ihm doch den Aufenthalt in der Stadt, so kann er von demselben nicht mehr die Erfüllung aller ihm zustehenden Pflichten verlangen. Entweder geht er aller seiner Rechte verlustig, oder es tritt eine Milde rung ein. Meist findet sich der Hörige auf privatrechtlichem Wege mit dem Herrn ab. An Stelle der Dienstleistungen treten Geldzahlungen, entweder eine einmalige Abfindungssumme oder jährliche Zinszahlungen. Vereinzelt tritt in späterer Zeit die Bestimmung auf, daß die Niederlassung eines Hörigen in einer Stadt das Verhältnis desselben zu seinem Herrn nicht ändert. Einzelne Stadtherren verbieten sogar die Ansiedlung ihrer eigenen Hörigen, aber nicht die fremder Herren, in ihren Städten. Immerhin sind dies Seltenheiten. Das fast allgemein gültige Recht des Mittelalters ist, daß „Stadtlust frei macht.“ In Braunschweig macht sich dieser Satz in späterer Zeit auch außerhalb der Stadt geltend. Die Stadtlust macht nicht nur die Hörigen, die sich in der Stadt niederlassen, nach Jahr und Tag frei, sondern sie giebt auch den hörigen „Meiern“ die auf Gütern der Stadt dienen, für die Zeit ihrer Dienstbarkeit die Freiheit, freilich mit einer gewissen Beschränkung.⁴

¹ Vgl. Urkundenbuch I, § 9, S. 2. de cetero liber permanebit.

² Ein Aufsatz von mir über die Entstehung des Bürgerstandes erscheint nächstens in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, her. von Prof. Conrad.

³ Vgl. Aufsatz I, S. 106 f. Vgl. unten S. 295 u. 299.

⁴ Urkundenbuch LXXXII, S. 218. Huldbrief von 1435. § 32: Ok schullen alle de jenne, de der borgere meygere sin, se sin lad, edder eghen, edder wat eghen domes edder behoringe se sin, fry wesen de tyd ouer so alse se ore meygere sin, uthgesecht beddemund unde budelinge, de der plichtich sin. — Auf die Stellung der inwonere unde innewonerschen, die neben den borghere unde borgerschen erwähnt werden, kann hier nicht eingegangen werden. Ein Teil derselben war schloßpflichtig. Urkundenbuch LXIII, cap. 134, S. 180.

Hofrechtliche Abgaben werden in allen fünf Weichbilden nicht an die Stadtherrschaft bezahlt, während wir wissen, daß auf dem flachen Lande von den Hörigen solche Abgaben, wie Beddemunt und Buteil, bezahlt werden.¹ Weder der Wortzins der in Sack und Wif an die Herrschaft oder an die Stifter bezahlt werden, die Friedepfennige, die bei Eigentumsübertragungen an den Vogt bezahlt werden, noch der Patronat, den die Herzöge über die meisten Kirchen ausüben, noch die Abgaben von Hergewede und Gerade sind hofrechtliche Erscheinungen.

Der Wortzins, eine Grundrente, wurde nicht nur in Wif und Sack, sondern auch in Neustadt und Hagen bezahlt. In den letzteren Weichbilden sind aber die Empfänger des Zinses Bürger, entweder desselben Weichbildes, oder der Altstadt. Konsequenterweise müßte also, wenn der Wortzins eine hörige Abgabe wäre, ein Bürger der Hörige des anderen gewesen sein. Das ist aber undenkbar, denn alle Bürger sind gleichen Standes. Ein Höriger kann kein Erbe in der Stadt erwerben. Der Wortzins² ist eine Reallast, die auf dem Grundstücke, nicht auf der Person des Besitzers liegt. Der Zinser war nicht Eigentümer des Bodens, aber er war der Besitzer des auf fremdem Grund und Boden errichteten Hauses. So führte dies Verhältnis, das als Besserung aufgefaßt wurde, nicht zu einer persönlichen Abhängigkeit des Beliehenen, sondern sie bewegte sich wie die Leihe zu Wald- und Marschrecht und die Leihe in den Kolonisationsgebieten auf dinglichem Boden, ließ das persönliche Verhältnis des Beliehenen ganz unberührt und verwandelte sich seit dem 13. Jahrhundert in rentenpflichtiges Eigentum.³ So ist jetzt die herrschende Ansicht. Vielleicht geht aber die Einrichtung des Wortzinses, die ganz im Gegensatz steht zur Zinsleihe des Landrechtes, die eine persönliche Abhängigkeit des Beliehenen begründete, welche zur Vogtei und weiter zur Hörigkeit führte, auf den Gedanken zurück, die Ansiedlung in den neuen Instituten, den

Damit stimmt die Bemerkung der Goslarer Statuten: Mitwonre scotet, de gast nicht. Die Land- und Stadtfremden werden als uthman und gast bezeichnet. Im Urkundenbuch II, § 58, CXXXVIII, cap. XXVIII, S. 341, § 174, werden neben einander erwähnt borger, inwoner, borgers gesinde edder uthmann. In den Chroniken XVI, S. 377, borger und uthman (homan este bur). In Wernigerode und Goslar werden die inwonere als medwonere, mydwonere bezeichnet. Vgl. Jacobs, Urkundenbuch von Wernigerode, S. 599 (Register).

¹ Urkundenbuch LXXXII, S. 218, § 32. Vgl. S. 294, A. 2. Auch wird keine Befreiung von solchen Abgaben erwähnt. Das wäre aber auf jeden Fall gewesen, wenn die Bürger je zu solchen Abgaben verpflichtet gewesen wären.

² Schroeder, Rechtsgegeschichte S. 599, 677. Literatur ebenda, S. 599, A. 55.

³ Ebenda, S. 599.

Städten zu erleichtern. Es tritt uns dann hier derselbe Grund-
satz entgegen, wie bei der Aufnahme der Hörigen als Freie in
das Stadtgebiet.¹ Der König will die Leute bewegen, sich in
den privilegierten Städten anzusiedeln. Ursprünglich wurde wohl
den Einwanderern ein Grundstück in der Stadt, Ackerland und
Anteil an der Allmende gegen die Verpflichtung der Verteidigung
der Stadt gegeben.² So ist wohl auch die Ansiedelung der
milites agrarii in den Städten, d. h. heerbannpflichtiger säch-
sischer Bauern durch Heinrich I. aufzufassen.³ Die Leihe von
Grund und Boden zum Häuserbau müßte nach dieser Annahme
nicht mit der zu Walb- und Marschrecht in Verbindung gebracht
werden, sondern mit dem Lehnswesen. Ebenso wie der Lehnsherr
Güter ausleiht gegen die Verpflichtung des Waffen- und
Heeresdienstes, so giebt der — königliche — Stadtherr Grund
und Boden aus gegen eine gleiche Verpflichtung. — Später als
in Vergessenheit geraten ist, daß die Bürger Soldaten und Be-
satzungstruppen sind, als man annimmt, daß dieselben Kaufleute
sind und Handel treiben, als vor allem die Fürsten die Gründung
von Städten und die Ansiedlung von Städten als ein Mittel
ansehen, um ihre Einkünfte zu bessern, tritt an Stelle oder viel-
mehr neben die Leistung des Waffenendienstes der Bortzins. All-
mählig bürgert sich das Institut ein. Nicht bloß der Stadtherr,
sondern auch der reiche Bürger, der über großen Grundbesitz
verfügt, giebt Grundstücke zu vollem Eigentum gegen einen Zins
aus. Nicht bloß die Gebäude, sondern auch der Grund und
Boden ist Eigentum des Besitzers, denn derselbe darf denselben
frei veräußern. —

Auch die Friedepfennige,⁴ die bei Eigentumsübertragungen
bezahlt werden, sind keine grundherrliche oder hörige, sondern
eine öffentliche — ursprünglich königliche — Abgabe, denn sie
werden an den öffentlichen Richter, den Vogt, den Stellvertreter
des Königs oder des königlichen Beamten, des Grafen bezahlt.
Anderswo wird diese Abgabe als Grafenpfennige bezeichnet.⁵

¹ Vgl. S. 293.

² Vgl. meinen Aufs. Entstehung der deutschen Städte, Ztschr. f. Kultur-
geschichte II, S. 319 ff.

³ Ribusind Handausgabe I, c. 35, S. 28.

⁴ Urkundenbuch II, § 64. VI, § 64. XVI, § 63. Swe en erue
kophet, de sal kamen vor den voget unde sal sich dhes laten
vredhe werken unde sal sine vredepenninge geven. LXI, 19, 169,
S. 115. Vgl. auch I, § 10. Item quicumque domum aut aream aut
quamlibet aliam rem in civitate emerit et annum et diem pacifice
possederit et pax ei secundum jus civitatis facta fuerit, nullus
eum de cetero super eadem re poterit inquietare.

⁵ So in Wernigerode. Urkundenbuch a. a. D. S. 45, Nr. 80. graven-
penninge. Andere Bezeichnungen siehe „Entstehung“ S. 328.

Die Städte sind königliche Friedeorte. Wer sich an einem solchen Orte niederläßt, muß für die Erlangung des Ortsfriedens eine Abgabe an den König oder seinen Stellvertreter bezahlen.¹ Bei Ausbildung der Landeshoheit kam diese Abgabe auch an die Landesherrn. Man hat sie daher oft für eine grundherrliche Abgabe gehalten.²

Wir wenden uns jetzt zum Patronat.³ Der Patronat wird auf zwei Arten erworben. Entweder durch Stiftung der Kirche nach dem Satz patronum faciunt dos, aedificium, fundus, oder durch die Ausübung der Schutzherrschaft. Diese Schutzherrschaft übte ursprünglich der König aus, später treten auch hier an seine Stelle die Landesherrn.

In Braunschweig⁴ haben die Brunonischen Grafen resp. die Welfen den Patronat meist auf dem Wege der Schutzherrschaft erlangt, so über die meisten Altstädter Kirchen, die Kirche S. Andreae in der Neustadt und die Magnifikirche in der Wit. Vielleicht haben die Grafen bei der Gründung dieser Kirche eine gewisse Mitwirkung gehabt, denn die Gründungsurkunde erwähnt, daß Graf Luidolf der von Hathwart gestifteten Kirche das nächste Land schenkte.⁵ Welfische Stiftungen sind die Katharinentirche im Hagen und die Nikolaitirche in der Wit. Den Patronat über die Michaeliskirche in der Altstadt besaß der Rat dieses Weichbildes. Die Kirche war durch Bürger auf bürgerlicher Wort erbaut und ausgestattet.⁶ Der Rat übte den Patronat auf Grund der Schutzherrschaft aus, er besaß also gewissermaßen landesherrliche Rechte. Einen gewissen Kompatronat an einzelnen Kirchen erwarben die Bürger, bezw. die Räte der Weichbilde Altstadt und Hagen. Bei den Kirchen S. Martini⁷ in der Altstadt und S. Ra-

¹ Entstehung S. 327, 328.

² Niepmann a. a. D.

³ Hinschius, Kirchenrecht III, S. 6 ff. Hinschius, zur Geschichte der Incorporation und des Patronatsrechts. Festgaben für Hefster, S. 1. Friedberg, Kirchengeschichte, S. 155. Schilling, das kirchliche Patronat 1854.

⁴ Ueber die kirchlichen Einrichtungen vgl. Hänselmann, Chroniken, Bd. XVI, Einl. S. XXXI ff. und Dürre, a. a. D. S. 368 ff.

⁵ Chroniken, Bd. XVI, S. LXIII, A. 82. Urkunde im Stadtarchiv, abgedr. bei Rehtmeyer, Kirchenhist. I Beil. S. 3. Photograph. Reproduktion bei Behrends, Urkunden aus dem Stadtarchiv Braunschweigs Nr. 1. Vgl. Aufsatz I, S. 119 und A. 2.

⁶ Urkunde Bischof Brunos von Halberstadt Chroniken Bd. XVI, S. LXIII, A. 83; auch bei Rehtmeyer a. a. D., Supplement S. 51. Originalurkunde fehlt.

⁷ Urkunde Ottos IV. von 1204, Chroniken Bd. XVI, S. LXIII, A. 89. Rehtmeyer a. a. D. I Beil., S. 107. Original verloren. Vgl. Urkundenbuch II, § 54, S. 7. Sweliken prester unse borgere keset, dhene solen se vor unsen herren bringen, unde he sal ime de kerken lygen.

therinen¹ im Hagen wählten sie die Pfarrer selbst, die dann vom Herzog belehnt oder bestätigt wurden. Später begabten der Herzöge mit den ihnen zustehenden Patronaten die Stifte und Klöster.² So waren die Pfarrkirche S. Ulrici, die Kapellen S. Bartholomaei und S. Jacobi, und ursprünglich auch die Martinikirche dem Cyriakusstift,³ die Petrikerche in der Altstadt dem Blasienstift,⁴ die Kirchen S. Magni und S. Nikolai dem Megibienkloster⁵ incorporiert. Dem Herzog stand der volle Patronat nur über die Andreaskirche⁶ zu.

So waren fünf verschiedene Patronatsinhaber in Braunschweig vorhanden, der Herzog, der Rat der Altstadt, das Cyriakus- und Blasienstift und das Megibienkloster.

Aus den Bestimmungen über Heergewäte (Hergewede)⁷ und Gerade (Rade, rede) — swaz so binnen der muren besterft rede oder hergewede, dar ne hevet de voget nen recht an. man ne geue it buten de de stat, so is des vogedes dat stücke neist dem besten⁸ — darf ebenfalls nicht auf ein hofrechtliches Verhältnis geschlossen werden,⁹ denn so heißt es in einem spätern Recht, eyn lad ofte eyn eghen mach nycht nemen herwede noch erue eynes borghers in der stad. Gätten wir es hier mit einer hofrechtlichen Abgabe zu thun, so hätte auch ein unter Hofrecht stehender Höriger erben

¹ Jura indag. Urkundenbuch I, § 12, C. 2. Item burgenses jus habeant sacerdotem eligendi, et dominus civitatis jus eundem investigandi et presentandi.

² Chroniken XVI, C. XXXI. Vgl. Ottokar Lorenz, deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert II, S. 388.

³ Chroniken XVI, C. LXIV, A. 88, 89. Urkunde Papst Johannis XXIII. v. 25. Aug. 1414. (Archiv in Wolfenbüttel.) In Betreff der Martinikirche vgl. oben S. 297, A. 7.

⁴ Der Patronat über S. Petri war lange zwischen dem Propst und dem Kapitel des Blasienstifts streitig. 1363 verzichtete der Propst auf den Patronat zu Gunsten des Kapitels. Chroniken XVI, C. LIV, A. 88.

⁵ Konfirmationsurkunde von Papst Alexander III. von 1178. Nehtmeyer, Kirchenhistorie I. Beil., S. 83. Chroniken XVI, C. LIV, A. 87.

⁶ Im Neustädter Stadtrecht (Urkundenbuch XVI) fehlt der oben zitierte (vgl. S. 297, A. 7) Passus des Altstädter Rechts über die Priesterwahl. Chroniken XVI, C. XXXI und A. 85. Ueber den später für nichtig erklärten Verkauf des Patronats von Seiten Herzogs Heinrich des Wunderlichen an die Bürger, resp. den Rat, vgl. Chroniken XVI, C. XXXI und A. 90. — Sudendorf, Urk. z. Gesch. der Herzöge von Braunschw. u. Lüneburg I, S. 81, Nr. 130.

⁷ Urkundenbuch II, § 44, XVI, § 49, LXI, c. 15, § 127—134, vgl. XVII. Von dem Hergewede 1303, vgl. ferner Heusler, Institutionen zc. II, § 192, C. 617. Schroeder, Rechtsgeschichte S. 424 u. A. 16. C. 698 u. a., v. Jürsch, Ministerialen S. 366. ff.

⁸ Urkundenbuch II, § 44, C. 6.

⁹ Dürre a. a. O.

¹⁰ Urkundenbuch LXI, c. 15, § 129, C. 112.

können. Es werden so Bürger und Hörige streng geschieden, sie sind unebenbürtig.

Die Abgabe von Hergewede und der Gerade ist eine öffentliche, denn sie wird an den öffentlichen Richter, den Grafen oder den Vogt, d. h. den Beamten des Königs oder des später an die Stelle des Königs tretenden Landesherrn bezahlt. Wir haben es hier mit einer volkrechtlichen Institution zu thun. Heergewäte und gerade finden sich nur im sächsischen Recht,¹ das süddeutsche Recht kennt beide nur in hofrechtlichen Reminiscenzen (und in Stadtrechten). Dem Sachsenspiegel ist das Heergewäte nur bei Ritterbürtigen bekannt: Jewelk man von ridderes art erst it herwede an den nesten swert mach. Swelk man von ridderes art nicht n'is, de let hinder ime erva to nemene, wenne he stirft. unde nein herwede.² Nun finden sich aber fast in allen sächsischen Stadtrechten Bestimmungen über Hergewede. Die Städtebewohner,³ die Bürger, stehen also in Parallele mit den Rittern. Diese rechtliche Gleichstellung kann nur deshalb erfolgt sein, weil die Bürger zunächst milites sind und wie die Ritter Waffendienst thun. Die einen ziehen ins Feld, die anderen verteidigen die Stadt. Sie brauchen ihre Waffen de stad mede to hodene.⁴ Aus dem sächsischen Stadtrecht sind die Bestimmungen über Hergewede in die anderen nicht sächsischen Stadtrechte übergegangen. Es ist dies wieder ein Beweis, daß die Städte als Festungen begründet wurden, und daß die Bürger ursprünglich Besatzungstruppen sind, und zeigt ferner, daß das Städtewesen seinen Ursprung in Sachsen gehabt hat.

Das Heergewäte unterliegt einer eigenen Erbfolge. Es fällt an den nächsten Verwandten von der Schwertseite. Verteidigung der Stadt und die dazu nötigen Waffen sind unzertrennlich. So darf ursprünglich das Heergewäte nicht aus der Stadt gegeben

¹ Die älteste Erwähnung des Heergewätes findet sich in der *lex Anglorum et Werinorum*: ad quemcunque hereditas terrae pervenerit, ad illum vestis, id est lorica, et ultio proximi et solutio leudis debet pertinere.

² Sachsenspiegel, her. v. Homeyer, Berlin 1885, I, I, 27, § 2, S. 61.

³ Als Heergewäte wird nach Sachsensp. I, 22, § 4 gegeben: Das sverd, unde dat beste ors oder perd gesadelet unde dat beste harnisch, dann ein Heerpfühl (Feldbett, herpole), en dischlaken, zwei beckene unde ene doelen. Später kam noch vielerlei hinzu, wie der Sachsenspiegel I, 22, § 4, andeutet. Vgl. Urkundenbuch XVII, S. 27, LXI, cap. 15, § 131, S. 112. In vielen Städten wird später auch das Handwerkszeug, oder alles, was der Mann ausschließlich in Gebrauch hat, als hergewede bezeichnet. Vgl. Privileg der Stadt Rügen von 1310. Seiberts, Urkundenbuch von Westfalen II; No. 540, Art. 45 ff.

⁴ Urkundenbuch II, § 43, S. 6, LXI. Cap. § 127, S. 112.

werden,¹ sondern es fällt mangels eines Schwertmagen in der Stadt, an den Stadtherrn, den König oder den Stellvertreter desselben, den Grafen oder Vogt, also den öffentlichen Richter,² der ursprünglich auch Stadtkommandant war, zu. Später tritt eine Wülderung ein, die Auslieferung des Erbes erfolgt gegen die Abgabe des stückes meist dem besten.³ War kein Schwertmagen vorhanden, so fiel Heergewäte kraft des fiskalischen Heimfallrechtes dem König, resp. dem Vogt nach Jahr und Tag zu mit Ausnahme der eigentlichen vestis bellica, des Harnisches, der den weiteren Erben zufällt, de stad mede to hodene.⁴

Später bestimmte der gemeine Rat, daß, wenn Heergewäte aus der Stadt geht oder dem Vogt zufällt, Waffen und Harnisch dem Rat und der Stadt zufallen, ausgenommen, daß Erben in der Stadt sind, denen der Harnisch zugehört.⁵

Auch die Gerade⁶ findet sich nur im sächsischen Recht,⁷ ist also aus diesem in die Stadtrechte übergegangen. Es ist das wieder ein Beweis, daß das Stadtrecht aus dem Landrecht hervorgegangen ist.

Das Erbrecht der mütterlicherseits verwandten Weiber, das im Anfang der deutschen Rechtsgeschichte noch die ganze Farnis beherrscht, hat sich nur für die Gerade erhalten. Die Gerade, die Aussteuer der Frau — aber auch die unverheiratete Frau

¹ Das Lüneburger Stadtrecht von 1247 scheint hierauf hinzudeuten. Der Herzog empfängt von seinen früheren Hörigen, die Bürger geworden waren, widerrechtlich das Hergewede und die Gerade, die den nächsten Verwandten von Schwert- resp. Kunkelsteite zugehört. Erant namque in civitate homines qui proprii nostri erant, quorum quidam se recognoverunt, quidam non, et illorum herewede et rade indifferenter accepimus, in quo jura civitatis infringere videbamur. Weiterhin wird dies Verhältnis als injuria bezeichnet. — Von den Ministerialen heißt es: Ministeriales autem, nostri in civitate manentes, qui dant ad consagationem et petitionem, quod dicitur scot et sculde, nec rade nec herewede dabunt. Vgl. auch die Bemerkung über die homines S. Mychaelis. — Doeber, Städteprivilegien Ottos des Kindes. 1882, N. X, S. 28, 29.

² Sachsenp. I, § 28, S. 62, dat sal man an werden deme richtere oder deme vrone boden, of he't eschet, na deme drittegesten. — Urkundenbuch II, § 44, VI § 44.

³ Urkundenbuch II § 44, VI § 44.

⁴ Urkundenbuch II § 43, S. 6, LXI, cap. 15, § 127, XVI, § 49, steht de stad mede to holdene.

⁵ Welk herwede buten de stad kumpt, edder dat dem voghede wert, wat wapens unde harnesch dar is, dat schal dem rade unde der stad blyuen, ud ne sy, dat nar eruen syn bynnen der stad, den dat harnesch to rechte boren moghe. Anno m cccc.j.

⁶ Schroeder, Rechtsgeschichte S. 684. Heusler, Institutionen II, § 193, S. 618 ff.

⁷ Sachsenpiegel I, 27, § 1, S. 60. I, 28, S. 61. III, 38, § 5, S. 209.

besitzt eine Gerade — bzw. der an die Stelle derselben getretene Fahrnißkomplex fällt an die nächste Verwandte von der Spindel-seite. Ist keine solche vorhanden, so gilt das Gut als erblos und fällt Kraft fiskalischen Heimfallsrechts dem König, resp. dem Richter zu.¹ Später tritt eine Milberung ein. Ist in der Stadt kein weiblicher Erbe vorhanden, so tritt die männliche Linie ins Erbe. Verläßt die Gerade die Stadt, so fällt dem Richter das zweitbeste Stück zu. — Jedenfalls handelt es sich bei der Gerade um ein öffentliches Recht, und nicht um ein hofrechtliches Institut. Dürres Ausführungen² über das drückende Hofrecht, unter dem die Bürger seufzten, sind hinfällig.

Kapitel VIII.

Dem Landes- und Stadtherren,³ der Herrschaft,⁴ standen in den unabhängigen Gemeinden⁵ nur öffentliche Rechte zu, teils solche, die aus der Grafengewalt resultierten, teils andere, die ihnen vom König übertragen waren, und die als die Regalien bezeichnet werden.⁶ Ursprünglich und noch zur Zeit Karls des Großen hatte die Grafengewalt einen rein amtlichen Charakter. Der Graf war ein absetzbarer Beamter und lediglich ein Organ der Zentralgewalt. Unter den Nachfolgern Karls wurde zunächst der mit dem Grafenamt verbundene Grundbesitz, dann das Amt selbst erblich. Der Beamtenstaat wurde zum Lehenstaat. Das öffentlich-rechtliche Verhältnis des Beamten wurde jetzt durch einen privatrechtlichen Anspruch auf das Amt ersetzt. Die ursprünglich rein staatlichen Hoheitsrechte wurden zu Gegenständen des privatrechtlichen Verkehrs, die man veräußern und vererben konnte. Der Anteil des Königs an den Gerichtsgefällen und anderen öffentlichen Leistungen ging an den Grafen über.

Allmählig gewöhnten sich die Grafen daran, den Bereich ihrer Rechte nicht mehr als Amtsbezirk, sondern als Herrschaftskreis, sich selbst nicht mehr als Beamte, sondern als selbständige Inhaber einer Herrschaft,⁷ als Fürsten, als Dynasten anzusehen. Durch die Vereinigung mehrerer Grafschaften in einer Hand, wie das bei den Brunonen der Fall war, mußte der Charakter der

¹ Urkundenbuch II, § 44, S. 6.

² Dürre a. a. D., S. 259 ff., 261.

³ dominus civitatis, Urkundenbuch I, § 12, unse herre, ebenda II, § 60, 66.

⁴ herescap, Urkundenbuch XXXIX, § 1, vgl. auch in uses herren richte.

⁵ Ueber die abhängigen Gemeinden, vgl. Auff. I, S. 117.

⁶ Vgl. zum folgenden G. Müller, Entwicklung der Landeshoheit in Geldern a. a. D. S. 14 ff., dem ich im Wesentlichen beistimme. Waitz, Verfassungsgeschichte V, S. 146 ff. Bb. VII, S. 1 ff., S. 302 ff. Vgl. auch oben S. 4, A. 2.

⁷ Waitz a. a. D. VII, S. 303.

ursprünglichen Grafschaft noch mehr geändert werden. Um die neuen Verhältnisse zu charakterisieren, kommen die Ausdrücke Land, Landesherr auf. In unsern Gegenden wird der Fürst, ebenso wie sein Gebiet als Herrschaft, oder einfach als Herr bezeichnet.¹ Später tritt meist die Bezeichnung vurst² od. dux³ auf. Herzog Albrecht wird 1279 pleonastisch als princeps dux und dominus bezeichnet.⁴

Als Beamte des Königs standen die Grafen den Inassen ihrer Jurisdiktionsbezirke nur als Vertreter der Reichsgewalt gegenüber. Jetzt treten dieselben allmählich, auch die Ritterbürtigen und der Feudaladel, in ein Unterthanenverhältnis. Sie werden Unterthanen. Vollenbet⁵ ist dieser Vorgang, die Entwicklung der Gerichtsherrschaft zur Landeshoheit in Braunschweig und Lüneburg, im 13. Jahrhundert durch die Erhebung der welfischen Erblande zu einem eigenen Herzogtum.⁶ Seit dem Jahre 1235 bildet das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg ein geschlossenes Territorium. Die Herzöge sind domini terrae, sie besitzen die Landeshoheit.

Zu dem Amte der Grafen gehörten ursprünglich nur zwei Gerechtsame, die Gerichtsgewalt und das Heerbannrecht.⁷ Schon unter den sächsischen Kaisern kam aber eine andere Art von Rechten in den Besitz der Grafen, die Regalien oder nutzbaren Hoheitsrechte, deren Verleihung an besondere Verleihung des Königs gebunden war.⁸ Diese Regalien verloren bald ihren öffentlichen Charakter, sie wurden als Privatbesitz behandelt und wie echtes Eigen verkauft, vererbt und geteilt. Durch die Reichsgesetze Friedrichs II.⁹ wurden die Landesherren als die ordentlichen Inhaber der Regalien anerkannt. Der König verpflichtet sich, keine neuen Regalien ohne Bewilligung der Landesherren einzuführen.

Solche Regalien, die wohl schon den Brunonen übertragen wurden, sind die Zölle, die Markt-, Thor- und Straßenzölle, das Münzrecht, die Friebeabgabe, der Patronat, das Geleitsrecht und das Judenschutzregal, das Wildbannrecht und Fischereiregal, das Heimfallsrecht herrenloser und erbloser Dinge (vielleicht auch des Hergewätes und Gerades), die Grundruhe und das Befestigungsrecht.

¹ Vgl. S. 21, A. 1 u. 2.

² Auff. I, S. 113 u. 120.

³ Urkundenbuch IV, S. 9.

⁴ Urkundenbuch IX, S. 15.

⁵ von Heinemann a. a. D., S. 324.

⁶ Urkunde in Orig.-Guelf. III, 51.

⁷ Müller a. a. D. S. 21.

⁸ Ebenda S. 21 ff. Heusler, Institutionen.

⁹ Vgl. RL. II (1837) S. 236 ff., S. 291 ff., S. 283 ff.

Aus der Grafengewalt resultierte die Gerichtshoheit und das Heerbannrecht. Auf das letztere ist wohl das Kommando über die königlichen Festungen, das dem Grafen ursprünglich zusteht, und vielleicht auch das Heimfallsrecht des Hergewerks beim Nichtvorhandensein eines Schwertmagens zurückzuführen. Auf die Gerichtshoheit ist die Ordnung des Innungswesens und das wichtige Besteuerungsrecht, das die Landesherren ausübten, zurückzuführen, die Erhebung des Schosses.¹

Den freien Weichbilden Braunschweigs haben die Landesherren den Schoss nicht auferlegen können. Schoss wird nur in der alten Wit und im Sacke vom Herzoge erhoben, in der Altstadt, der Neustadt und dem Hagen erhebt der Rat den Schoss. Eine Befreiung vom Schoss liegt nicht vor, es wäre sonst sicher überliefert, wann die Neustadt dies Recht erlangt hätte. Die Schosspflicht wurde nur den bauerlichen Besitzümern, nicht den bürgerlichen — die Neustadt erwuchs auf bürgerlicher, altstädter Stadtflur — auferlegt.

Kapitel IX.

Die Regierungsgewalt der einzelnen Weichbilbe, aus denen die Stadt Braunschweig besteht, konzentriert sich in den Einzelräten der Städte,² die der gemeinsamen Stadt seit 1269 im Gemeinen Räte.³

Ursprünglich hat die Altstadt Braunschweig eine Dorfverfassung, denn sie ist nichts weiter als ein befestigtes, mit dem besonderen königlichen Frieden begnadigtes Dorf. Sie bildet eine burscap an deren Spitze ein burmeister steht. Die burscap ist die Gemeinschaft der buren, der Zusammenwohnenden (vicinia).⁴ Neben dieser älteren Burschaft entstanden allmählich drei neue Burschaften,⁵ wahrscheinlich durch Ansiedlung verschiedener Dorf-

¹ Vgl. Auff. I, S. 118.

² Die Räte der einzelnen Weichbilbe werden erwähnt: in der Altstadt 1231, Urkundenbuch III, S. 7.; im Hagen 1226 (1227), Urkundenbuch I, § 15; in der Neustadt 1257, Urkundenbuch VIII (Einleitung), S. 15, vgl. Auff. I, S. 15 u. A. 5; in der Alten Wit 1240, Urkundenbuch IV, S. 9; in dem Sacke 1299, Auff. I, S. 220, A. 4.

³ Urkundenbuch VIII, S. 14.

⁴ Vgl. Urkundenbuch von Halberstadt, Bd. I, Nr. 242, S. 189. . . . ab omni jure civili, pñod vulgariter dicitur burrecht, videlicet exactionibus, quas vicini super se facere consueverunt. Vgl. auch Str. v. Höpfer Gengler a. a. O. S. 202, § 7. Vgl. Auff. I, S. 119 u. A. 4.

⁵ Ich behalte die Ausdrücke Burschaft, Burmeister bei, die Uebertragung in Bauererschaft z. giebt leicht zu Irrtümern Anlaß. bur heißt Wohnung, buren sind die Zusammenwohnenden, die Nachbarn. Erst später entwickelte sich im Gegensatz zu den Bürgern der Begriff Bauer. Vgl. meinen Aufsatz in der Luidde'schen Ztschr. VIII, S. 88.

gemeinden.¹ Diese vier Sondergemeinden bildeten die *communio* oder *innings* der Stadtgemeinde.² Denselben Vorgang haben wir in den anderen Gemeinden. Der Hagen bildet auch erst eine *Burschaft*, dann kommt eine zweite und dritte hinzu. Nachzuweisen ist dieser Vorgang bei der alten *Wit* und dem *Sack*. Sie bilden ursprünglich nur je eine *Burschaft*. Als sich die *Weichbilbe* vergrößerten, tritt neben die erste *Burschaft* eine zweite.

Die Verwaltung dieser kleinen Sondergemeinden geschah nun wohl in ältester Zeit durch die Burmeister,³ die bei wichtigen Gelegenheiten die Gesamtgemeinden zur Beratung beriefen.⁴ In späterer Zeit ist den Burmeistern nichts von dieser Competenz geblieben, sie sanken zu niederen Beamten des Rates herab.

Die Leitung der gesamten Stadtgemeinde haben die Bürgermeister nie gehabt. Die Städte sind königliche Festungen.⁵ An ihrer Spitze stand ein königlicher Kommandant, ein praefectus.⁶ Meist hat wohl der Graf vermöge der Heerbannpflicht die Aufsicht über die Städte gehabt. Er präsiidierte zugleich im Grafending, dem auch die Städte unterstellt waren. Wahrscheinlich hat er auch die kommunalen Verhältnisse beaufsichtigt. Nach Entstehung der Landeshoheit setzten die Brunonen einen eigenen Stadtvogt ein,⁷ einen Ministerialen, der das Kommando über die Stadt hatte und zugleich den Vorsitz im Stadtgericht, dem nach ihm bezeichneten Vogtbing, führte. Dieser Vogt leitete zugleich mit den burmestern die kommunalen Verhältnisse der Stadt. Allmählig emanzipiert sich die Stadtgemeinde von dem Einfluß des herrschaftlichen Vogtes. An seine Stelle tritt ein städtischer Beamter, der ebenfalls in lateinischen Urkunden advocatus⁸ genannt wird. Der herrschaftliche Vogt — voget — wird jetzt zur Unterscheidung immer in lateinischen Urkunden als iudex⁹

¹ Ueber die Entstehung der Burtschaften in Braunschweig vgl. meinen Aufsatz: Die Polizeigesetzgebung der Stadt Braunschweig im Mittelalter. *Zeichr. f. Kulturgesch.*, Bd. III, S. 202.

² Bgl. Urfundenbuch IV, V, S. 9, 10.

³ Urfundenbuch XXI, § 6, LXIII, cap. XXII, §. 154.

⁴ In Halberstadt heißt diese Versammlung Burmal. Urkundenbuch a. a. O. S. 3, Nr. 4 (vgl. auch No. 686, § 20, S. 574).

⁵ Vgl. Auffag I, S. 104, A. 1 u. 2, meine Entstehung der deutschen Städte a. a. O., S. 329. Schroeder Rechtsgeschichte S. 593. Schwarz, Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saalegegenden. Leipz. 1892, S. 21 u. A. 62 ff.

⁶ Urfundenbuch von Halberstadt I, N. 22, No. 60. Vgl. auch die Bezeichnung tribunus plebis.

⁷ Vgl. meine Gerichtsverfassung S. 28 ff.

⁸ Urkundenbuch I, § 5, S. 2; VII, S. 14. Gerichtsverfassung S. 28.

⁹ Urkundenbuch I, § 4, S. 2. Item bargenses advocatum unum de suis concivibus eligant et quicquid ille per judicia conquisierit. ejus tertia pars curie presentabitur, due partes ad usus et neces-

bezeichnet, denn er ist nur noch öffentlicher Richter. Der deutsche Name ist nicht überliefert. Dieser *advocatus* wird in der Altstadt noch im Privileg von 1227 erwähnt.¹ Auch das Privileg der Alten Wif von 1240² kennt einen solchen *advocatus*. Dieser *advocatus* (*minor, secundarius*),³ der vielleicht aus dem Schultheißen, also einem Unterrichter oder Unterbeamten des Vogtes, hervorgegangen ist, übte die kommunale Verwaltung und Gerichtsbarkeit aus, wie das Hagenrecht zeigt.⁴ In der Altstadt verschwindet er als Kommunalbeamter im Jahre 1227; wahrscheinlich wurden ihm, nachdem die Altstadt von Otto dem Kinde die herrschaftliche Vogtei erworben hatte,⁵ die Funktionen des herrschaftlichen Vogtes, des *judex* übertragen. In seiner Hand sind also jetzt die höhere und die niedere kommunale Gerichtsbarkeit vereinigt. 1231 wird er als *praesidens in advocacia* bezeichnet; es wird also der Titel *advocatus* vermieden.⁶

Sowie die Stadt sich vergrößert, reicht die alte dörfliche Gemeindeverfassung nicht mehr aus. An die Stelle der Versammlung der Buren und der vereinigten Burdinge, der *borgere*, der *stad'* tritt der Rat,⁷ der urkundlich zuerst 1231⁸ erwähnt wird. Der Rat, die *consules*, ist etwas ganz neues. Er knüpft in Braunschweig an nichts bestehendes, weder an eine Gilde, noch an ein Schöffengericht an, denn solche Institute sind in Braunschweig nie vorhanden gewesen. Als eine Weiterbildung des Kollegiums der Burmeister ist er nicht aufzufassen, denn letztere existieren neben dem neuen Institut als Unterbeamten des Rates weiter, sie sind nicht in dasselbe aufgenommen. Daß eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Funktionen der dörflichen Burmeister und der *consules* herrscht, ist klar, denn beide sind Kommunalorgane. Das Wesen der Ratsgewalt liegt nicht in

sitates civitatis convertantur. Ein Burrichter ist dieser *advocatus* nicht, wie ich früher annahm.

¹ Doebner a. a. D. R. I, S. 19. Vgl. die Zeugenreihe . . . *burgenses Conradus advocatus*; als Vorstand der Stadt steht er an der Spitze der Bürgerlichen Zeugen.

² Urkundenbuch IV, S. 9. Auch hier steht Bartoldus *advocatus* an der Spitze der bürgerlichen (?) Zeugen.

³ Im Hildesheimer Privileg von 1196 wird dieser *advocatus* als *advocatus secundarius* bezeichnet. Urkundenbuch von Hildesheim I, Nr. 49, S. 22. Ueber die Verwandtschaft des Hildesheimer Privilegs und des Hagenrechts vgl. Gerichtsverfassung S. 18.

⁴ Urkundenbuch I, § 4, S. 2.

⁵ Vgl. A. I.

⁶ Urkundenbuch III, S. 8.

⁷ Ebenda II, § 64, vgl. auch § 22. XVI, § 63. Vgl. meinen Aufsatz Polizeigesetzgebungen a. a. D. S. 203 und A. 6.

⁸ Urkundenbuch XXI, § 6, LXIII cap. XXIII, S. 154.

⁹ Urkundenbuch III, S. 7.

Beitrag. des Hargvereins XXV.

öffentlich-rechtlichen, sondern in kommunalen Befugnissen. Der Rat ist nichts anderes als ein Ausschuß der Stadtgemeinde, der aus den discreti et seniores der Stadt erwählt wurde.¹ Den Vorsitz im Altstädter und im Hagerer Rate führte zunächst der advocatus (minor, secundarius). Nach 1227 tritt in der Altstadt an seine Stelle der presidens in advocacia,² der städtische Vogt, im Hagen bleibt wohl der advocatus minor. Bald wird ein eigener Präsident des Rates, der in deutschen Urkunden als de des rades word sprikt, hold³ bezeichnet wird, erwähnt. Es findet also eine Umschreibung statt. Erst am Anfang des 14. Jahrhunderts tritt die Bezeichnung Ratsmeister, — des rades meystere⁴ — auf. In späterer Zeit findet sich auch in Braunschweig der Titel Bürgermeister — borghermestere des rades.⁵ — Das Institut und die Bezeichnung consules stammt aus den Städterepubliken Italiens.⁶ Das Vorbild für das Italienische Stadtkonsulat war aber das Byzantinische Meereskonsulat.⁷ Die deutschen Urkunden, die zuerst den Namen Rat nennen, rühren von Fürsten her, die sich lange in Italien aufhielten.⁸ Nach der Ueberlieferung setzte Heinrich der Löwe in Lübeck einen Rat ein. Er ist es vielleicht auch gewesen, der in Altstadt und Hagen ein gleiches Kommunalorgan einsetzte, wie das auch die Jura indaginis andeuten.⁹ Daß im Ottonianum¹⁰ sich die Bezeichnung „Rat“ noch nicht findet, ist kein Gegenbeweis, denn auch im Stadtrecht von 1265¹¹ findet sich die Bezeichnung noch nicht, obwohl schon 1231 consules¹² erwähnt werden. Die Bezeichnungen Rat und consules bürgerten sich erst ganz all-

¹ Ebenda VIII, §. 14, habito seniorum et discretorum nostrorum consilio. Ueber die Entstehung eines solchen Ausschusses vgl. Urkundenbuch von Halberstadt I, §. 3, Nr. 4. — si quid autem natum fuerit questionis et illicite presumptionis de venditione et emptione injusta, ipsi vel quos huic negotio preesse voluerint, hoc secundum justitiam exigendo dejudicent et corrigant.

² Urkundenbuch III, §. 8.

³ Ebenda XVI, §. 45, §. 24. XXX, §. 6, §. 39. XLI, §. 2, §. 49.

⁴ Ebenda XXI, §. 2, §. 27.

⁵ LXIII, cap. III, §. 150.

⁶ v. Below, Entstehung der deutschen Stadtgemeinde §. 101. v. Below, zur Entstehung der deutsch. Stadtverfassung. Dift. Ztschr. 59, §. 206, N. 3. v. Maurer, Gesch. d. Städteverfassung I, 586.

⁷ v. Kap-herr, Bajulus, Podestà, Consules. Quiddesche Ztschr. V, 1891, §. 59.

⁸ v. Below, Entstehung d. d. Stadtgemeinde. §. 101 und N. 307.

⁹ Urkundenbuch I, §. 15. Natürlich stand sicut habere consueverunt nicht in der Urkunde Heinrichs des Löwen. Vgl. Gerichtsverfassung §. 20.

¹⁰ Urkundenbuch II, §. 64.

¹¹ Ebenda VI, §. 64.

¹² Ebenda III, §. 8.

mählig ein. Die Bezeichnung Rat findet sich in den Stadtrechten zuerst im Neustädter Stadtrecht, das um 1279 abgefaßt wurde.¹

Der Altstädter Rat besteht im Jahre 1231 aus 12 Personen.² Zu diesen kommt dann noch der städtische Vogt. Es wurden also wohl aus jeder Burschaft 3 Ratsherren gewählt. Eine Urkunde von 1253 hat ebenfalls 12 Ratsherren.³ Hiermit stimmt auch die Altstädter Ratsordnung von 1360.⁴ Es werden nach derselben alljährlich 8 Ratsherren, aus jeder Burschaft 2, neu gewählt. Diese kooptieren 4 Ratsherren aus dem vorigen Rat. Die 12 Ratsherren wählen aus sich einen, der des rades word hold. Der Sprecher erkiesst dann einen Stellvertreter. Die Ratsherren legten bei Antritt des Amtes einen Eid ab.⁵ Die Zahl der Ratsherren in den anderen Weichbilden läßt sich nicht mehr nachweisen. Wahrscheinlich wurden hier auch in jeder Burschaft drei Ratsherren gewählt. Wenigstens treten uns in der Wit, die ursprünglich eine Burschaft bildete, 3 consules und der advocatus entgegen.⁶ Es wären dann im Hagen 9, in der Neustadt 6, — die dritte Burschaft scheint erst später entstanden zu sein — gewesen. Im Saß⁷ traten 1299 vier consules auf. Ohne Zweifel ist diese Vierzahl der Gesamtzahl des Witer Rates nachgebildet. Auch die Neustadt hat ursprünglich nur vier consules gehabt.

1269 schließen sich die drei freien Weichbilde enger aneinander. Um ihre gemeinschaftlichen Interessen zu vertreten, wird neben den einzelnen Weichbildsräten ein gemeiner Rat gebildet.⁸ Der „neue“ Rat zählt 20 Mitglieder, 10 aus der Altstadt, 10 aus Hagen und Neustadt.

14 Ratsherren werden alljährlich neu erwählt, 7 in der Altstadt, 4 im Hagen, 3 in der Neustadt. Diese kooptieren 6 Mitglieder des alten Rates, je 3 aus der Altstadt, 2 aus dem Hagen und 1 aus der Neustadt.

1345 erhalten auch Wit und Saß Sitz im gemeinen Rate.⁹ Jetzt wird der Rad van all wif steden erwähnt. Wahrscheinlich sandten beide Weichbilde je 2 Ratsherren in den gemeinen Rat. Vertreten waren im Rate nur Angehörige der Geschlechter. Dieser

¹ Ebenda XVI, § 63.

² Urkundenbuch III, S. 8.

³ Urkundenbuch VIII, Vorbemerkung. Saß, Altert. Abt. 2, p. 5, 1253.

⁴ Urkundenbuch XLI, S. 49.

⁵ Ebenda XLII, § 1, 2, S. 50.

⁶ Ebenda IV, S. 9.

⁷ Consules ante urbem in Brunswick Copialbuch von C. Ulrich fol. 169. Rathmannen vor der Burg 1328, vgl. Dürre a. a. O. S. 281, A. 15.

⁸ Urkundenbuch VIII, S. 14. Aufsatz I, S. 215.

⁹ Aufsatz I, S. 222 u. A. 2.

gemeine Rat brach in der Revolution von 1374 zusammen. 1386 wird eine neue Ratsordnung, der dresoldighe rad, geschaffen,¹ in dem der Rat in gemäßigter demokratischer Weise umgestaltet wurde. Jedes Weichbild hat seinen besonderen Rat, der alle drei Jahre neu gewählt wird. Derselbe zählt in der Altstadt 36, im Hagen 24, in der Neustadt 18, in der Wit 15 und im Sacke 12 Mitglieder. Zum geschäftsführenden Rat, dem sittenden rad, — den regierenden Herren — entsendet jeder Sonderrat ein Drittel seiner Mitglieder. Alle Mittwoch tritt der „sitzende Rat“ auf dem Neustadtrathause zum Gemeinen Rat zusammen.² Wichtige Angelegenheiten werden in einem Ausschuß, dem Küchenrat, vorberaten.³ Die Mitglieder dieses Ausschusses wurden von den Burgemeistern nach eigenem Ermessen erwählt.

Während früher nur die Geschlechter Anteil am Rate hatten, haben jetzt vor allem die Gilben und auch die Gemeinden (Meinheiten) teil an der Ratsgewalt,⁴ aber das Schwergewicht lag auch jetzt bei den Geschlechtern.⁵

Eine gewisse Weiterbildung der Rechtsverfassung fand im Jahre 1445 statt. In dem großen Briefe,⁶ der neben dem Stadtrecht⁷ und dem Schiedinge⁸ jetzt zu den Grundgesetzen der Stadt Braunschweig gehörte,⁹ stellte man nach Möglichkeit ab, was dem Uebergewicht der Geschlechter Vorschub leistete.¹⁰ Die Gemeinden (Meinheiten), die neben den Geschlechtern und den Gilben stehen, erhalten jetzt in den Hauptleuten, — hovetlude — von denen jede Burschaft zwei wählt, eigene Organe, die den Gilben gleichwertig an die Seite und den Geschlechtern selbständiger gegenübertreten.¹¹ Wichtige Beschlüsse, die Gilben und Gemeinde besonders angehen, sollen nur mit Wissen der Gilbemeister und Hauptleute beschlossen werden.¹²

Aber diese Neuerungen bewährten sich nicht. Die Bürgerschaft war den Aufgaben, die ihr die neue Verfassung zuwies, nicht

¹ Urkundenbuch LXIII, Ordinarius, cap. I, S. 148. Vgl. zum folgenden Hünslermann, Chroniken XVI, S. LX u. S. LXVII, S. 86 ff., 271 ff., auch Hünslermann, das Schichtbuch, Braunschweig 1886, Einleitung.

² Urkundenbuch LXIII, cap. XXII, S. 153.

³ Ebenda cap. XXV, S. 154.

⁴ Chroniken XVI, S. XLI.

⁵ Ebenda S. XLII.

⁶ Urkundenbuch LXXXVIII, S. 226 ff.

⁷ Ebenda LXI, S. 101 ff.

⁸ Ebenda LXII, S. 126 ff.

⁹ Chroniken XVI, S. XLVI ff.

¹⁰ Ebenda S. L. Urkundenbuch LXXXVIII, S. 227, § 5—9.

¹¹ Chroniken XVI, S. L. Urkundenbuch LXXXIII, § 3.

¹² Urkundenbuch LXXXVIII, § 10—13.

gewachsen, und bei den Mitgliedern der Gilden und Meinheiten lag die Neigung und Fähigkeit zum Regieren bedenklich darnieder.¹ Die Reaktion machte sich geltend. So faßte man 1463 den Beschluß, daß Ratsherren und Bürgermeister auf Lebzeiten gewählt werden.² Mehr als je wurde der Rat jetzt zum gefügigen Werkzeuge der Geschlechter.

1488 wird die Geschlechterherrschaft auf kurze Zeit gebrochen,³ indem infolge „Ludeken Hollands Schicht“ neben und über den Rat in den Vierundzwanzig eine neue, rein populäre Behörde gesetzt wird.⁴ 1491 wurde das Stadregiment auf dem Fuße von 1445 wieder hergestellt. Es war also doch eine Besserung erlangt, indem der Beschluß von 1463 annulliert wurde. Auch die Nachwehen des Aufstandes im Jahre 1502 und 1510 schufen keine Aenderung.⁵ 1513 brach eine Revolution der untersten Gese des Stadtvolkes, das nach Ermordung der Vornehmen und Wohlhabenden selber auf ewig reich werden wollte, gegen den Rat und die Besitzenden los, aber durch den Zusammenschluß aller Wohlgesinnten wurde der Aufstand blutig niedergeworfen.⁶ Die Verfassung von 1445 blieb unangetastet.

Kapitel X.

Die Stadt Braunschweig — Altstadt, Hagen, Neustadt — hat die Rechte, die den Herzögen in ihr zustanden, auf verschiedene Weise an sich gebracht.

In den Zeiten der Brunonen und der älteren Welfen steht die Stadt treu auf Seite ihrer Herren. Sie hat schon damals manches einflußreiche Recht als Lohn für ihre Treue erhalten, wenn auch die Urkunden von solchen Vergabungen nicht erhalten sind.⁷ Zur Zeit Ottos des Kindes macht sich schon ein kluges Faktieren geltend. Wahrscheinlich haben die Altstädter und Högener Bürger die Aufzeichnung und Besiegelung ihrer Rechte zur Bedingung gemacht, als sie 1223 Otto aufnahmen.⁸ 1227 greifen die Altstädter schon zur offenen Gewalt, um Vorteile zu erlangen. Sie traten zur staufischen Partei über und nahmen eine kaiserliche Besatzung auf, um auf solche Weise die Reichsfreiheit zu erlangen.⁹ Ihr Uebertritt zu Otto brachte ihnen dann

¹ Chroniken XVI, S. LII.

² Urkundenbuch XCIII, S. 236.

³ Chroniken XVI, S. LIII, S. 86 ff.

⁴ Urkundenbuch CXI, S. 251 ff. Vgl. CXII, S. 259.

⁵ Chroniken XVI, S. 276.

⁶ Ebenda S. 277 ff.

⁷ Vgl. die Urkunde Ottos IV. Orig. guelf. III. 760, vgl. auch Chroniken VI, S. XXVIII. Gerichtsverfassung S. 34.

⁸ Gerichtsverfassung S. 14.

⁹ Ebenda S. 39. Chroniken VI, S. XXIX.

nach der Reimchronik genade vil.¹ In den folgenden Zeiten stehen sie wieder treu zu ihrem Herzoge. Eine Aenderung dieses Verhältnisses trat erst nach 1269 ein, nach Bildung des Braunschweiger Städtebundes und nach Einsetzung des Gemeinen Rates.² Letzterer, in dem die thatkräftigen Altstädter Bürger das Uebergewicht hatten,³ schlägt jetzt eine energische Politik ein, um die Gesamtstadt vom Einfluß ihrer Fürsten zu befreien. Veranlaßt wurden sie zu diesem Vorgehen durch die engherzige Politik der Herzöge, die sich nicht scheuten, ihre alten treuen Weichbilbe zu bebrücken.⁴ 1272 schlossen die drei Städte mit Goslar, Hilbesheim und 35 Rittersn und Knappen des Stiftes Hilbesheim eine Eidgenossenschaft over vif jar en bitostande al eres rechtes dhes sie vorkomen willen.⁵ Der Bund richtete sich gegen den Landesherrn Herzog Albrecht I. Magnus, von dem sich die Bürger in ihren Rechten bedroht sahen.⁶ Nach Albrechts Tode 1279 versprechen sie den Söhnen desselben nur bedingungsweise Gehorsam und weisen jede fürstliche Vielherrschaft entschieden zurück.⁷ Aber es zeigte sich bald, daß die inneren Verhältnisse der Stadt noch nicht so konsolidiert waren, um es mit dem einigen Welfenhause aufnehmen zu können. Als sich Herzog Albrecht von Göttingen und Wilhelm von Grubenhagen zusammen gegen die Stadt wandten,⁸ die durch den Gilebeaufstand von 1292 geschwächt war,⁹ mußte sich dieselbe, welche nach 1296¹⁰ mit Herzog Albrecht ein Bündnis auf dem Boden fast völliger Gleichberechtigung geschlossen hatte, im Sühnebrief von 1299¹¹ zu schwerwiegenden Zugeständnissen verstehen. Die Bürger mußten den Herzögen

¹ Reimchronik 64, 27—71, S. 522. Chroniken VI, Einl. S. XXIX, von Heinemann a. a. D. I, S. 308. Winkelmann, Jahrbücher des Deutschen Reiches. Friedrich II, I, S. 505 ff.

² Aufsatz I, S. 116.

³ Im Rat, der 20 Mitglieder zählt, sitzen 10 Altstädter.

⁴ Chroniken VI Einl. S. XXX.

⁵ Urkunde in Chroniken VI, S. XXXI, A. 1. Döbner, Urkundenbuch von Hilbesheim I, Nr. 339, S. 164.

⁶ Der Bruder Albrechts, Otto, war Bischof von Hilbesheim. Chroniken VI, S. XXXI.

⁷ Urkundenbuch IX, S. 15, civitatenses Brunsvicensis juraverunt filiis suis se velle esse subditos et fideles, quamdiu eos dicti filii bene tractarent et diviso regno per filios, illi cui Brunswik cederet, et non aliis filiis subditi esse vellent, quamdiu eos bene tractaret.

⁸ Chroniken VI, S. XXXII, v. Heinemann a. a. D. II, S. 46.

⁹ Chroniken VI, S. XXVI u. XXXI; XVI, S. 301—310; VI, Beil. 5, S. 410 ff. Dürre a. a. D. 112 ff. Urkundenbuch XI, S. 16.

¹⁰ Urkundenbuch XIV, S. 18.

¹¹ Ebenda XV, S. 19. Chroniken VI, S. XXXII. v. Heinemann a. a. D. I, S. 50. Dürre a. a. D. S. 124. Maß a. a. D. S. 30.

für immer Treue schwören¹ und die Obergerichtsbarkeit und das Hofgericht, derselben anerkennen.² Im Eide der Ratsherren wurde die Ehre der Herrschaft dem Frommen der Stadt vorgelegt.³ Hätte der Aufstand der Gilden nicht die Macht der Stadt geschwächt und so in die Hände der Herzöge gegeben, so wäre die Stadt für immer von der Mitherrschaft des Grubenhagener Hauses befreit gewesen.⁴ Durch die Sühne von 1299 und durch die Verpflichtung, den Erben der Herzöge Heinrich und Albrecht treu zu bleiben, kam die Stadt unter die gemeinsame Herrschaft der Göttinger und Grubenhagener Herzöge, denen sie in allen ihren Verzweigungen fortan zu Huldigungsseiden verpflichtet blieb; aber gerade dieser Vorgang, der anfangs so ungünstig erschien, war der Stadt später vom größten Nutzen. — Der Plan, eine eigene unter Umständen gegen die Herrschaft gerichtete Politik zu treiben, war gescheitert. Man suchte jetzt durch Freundschaft mit den Herzögen und durch kluge Ausnutzung der Verhältnisse derselben das gesteckte Ziel zu erreichen. Teils bemühte man sich, möglichst viele „Gnaden“ zu erlangen, teils kaufte man den Herzögen, die immer in Geldnot waren, die Rechte, die sie in der Stadt hatten, ab. Das Bürgertum kaufte die Fürsten aus. Bei diesem Vorgehen begünstigte sie die Vielherrschaft, unter die sie im Vertrag von 1299 gekommen waren, und die ewige Zerrissenheit und Uneinigkeit des Welfischen Hauses. Die Herzöge aus den verschiedenen Linien waren meist unter sich streitig, welche Rechte und Einkünfte ihnen in Braunschweig zukamen. Naturgemäß veräußerten sie diese streitigen Rechte leichter als sichere. Unter den verschiedenen Zweigen des herzoglichen Hauses stand die Stadt immer im näheren Verhältnis zu den Braunschweiger Herzögen. Sie brückte so allmählich alle Leistungen, zu denen sie auch den anderen gegenüber verpflichtet war, auf den Charakter freiwilliger Gaben hinunter. Sie erlangte so von jenen in einem weiteren Verhältnis zur Stadt stehenden Fürsten immer neue Rechtsgewährungen. Diese Gnadenerzeugungen mußten dann halb auch von den Braunschweigischen Herzögen erteilt werden, zumal

¹ Urkundenbuch XV, § 1 — bi us und bi usen rechten erven to blivende und to helpende wedder allermalken, use stad to Brunswick nummermer us entverende dor nenerhande not.

² Ebenda § 10 — Weme clage not is, de scal klagen vor dem richte, darinnen sit ouer den me klagen wil; wert ome dar rechtes borst, so scal men on wisen vor us.

³ Ebenda § 9 — der scal jowelik sweren na usen eren und der stad vromen, also oldinges wonheit hefft gewesen.

⁴ Chroniken VI, c. XXXII.

dieselben in ihren ewigen Geld- und Kriegsnöten auf die Hülfe und den guten Willen der Städte angewiesen waren.

In der Mitte des 14. Jahrhunderts griff die Stadt auch wieder zur Gewalt, um neue Rechte zu erlangen und die alten zu bewahren.¹ Gegen Herzog Magnus schloß sie 1349 mit Helmstedt ein Bündnis,² das ähnlichen Inhalt hat, wie die Huldigungsformel vom Jahre 1279.³ Will Herzog Magnus kein Recht gewähren, so wollen die beiden Städte sich einen anderen Herren suchen. Durch diese Entschlossenheit sah sich der Herzog genötigt, 1353 nachzugeben.⁴

Die kampferfüllte und unruhige Regierungszeit Herzog Magnus des Jüngeren lockerte die Bande der Unterthänigkeit der Stadt sehr, zumal für den Herzog bei dem Kampf um die Lüneburger Erbschaft die Hülfe der Stadt sehr schwerwiegend war.⁵ Bald aber trat durch den Aufruhr von 1374⁶ wieder wie im Jahre 1292 ein Stillstand in der Bewegung ein.⁷ Erst nach Neuordnung des Stadtwesens und der städtischen Finanzen wird wieder eine zielbewusste Politik aufgenommen. Die Stadt kaufte jetzt den Herzögen alle Rechte ab, die dieselben noch in der Stadt hatten. Es handelte sich hier zunächst um privatrechtliche Verträge, aber aus diesen privatrechtlichen Verträgen wurden allmählich staatsrechtlich geltende Abtretungen.

Kapitel XI.

Betrachten wir jetzt, wie die Rechte, die die Landeshoheit ausmachen, auf die vereinte Stadt, bezw. den Gemeinen Rat, übergegangen sind.

Wir beginnen mit den gräflichen Rechten.⁸

Die erste Spur eines schon ziemlich großen Einflusses auf die Jurisdiction⁹ bemerken wir im Altstädter Stadtrecht von 1226 (1227),¹⁰ dem sogenannten Ottonianum.¹¹ Die Stadt, *de stad*, d. h. die Gemeinschaft der borgere, steht in demselben ergänzend und beaufsichtigend neben dem herrschaftlichen Vogte.¹² In be-

¹ Chroniken VI, S. XXXIV.

² Original im Stadtarchiv zu Helmstedt. Chron. VI, XXXV, A. 1.

³ Urkundenbuch IX, S. 15. Vgl. oben S. 310, A. 6.

⁴ Chroniken VI, S. XXXV.

⁵ Chroniken VI, S. XXXV. v. Heinemann a. a. O. I, S. 85 ff.

⁶ Chroniken VI, S. 313. Beil. 4.

⁷ Ebenda VI, S. 410 ff. Beil.

⁸ Vgl. oben S. 301.

⁹ Gerichtsverfassung S. 34 ff.

¹⁰ Hänselmann setzt das Recht ins Jahr 1227.

¹¹ Gerichtsverfassung S. 5 ff. cap. I. Die Stadtrechte Braunschweigs.

¹² Urkundenbuch II, § 4, 5, 13, 22, 29, 40, 63, S. 3—7. Gerichtsverfassung S. 35. Später ist an Stelle der Stadt, d. h. der Gemeinschaft der borgere, der Rat, d. h. ein Ausschuß der Gemeinde getreten. Vgl. S. 305.

stimmten Fällen hat dieselbe sogar das Recht, an die Stelle des Vogtes zu treten.¹ Der Vogt ist also kein unumschränkter Beamter mehr. Wir stehen hier beinahe am Endpunkte einer langen Entwicklung, aber wie sich dieselbe vollzogen hat, wissen wir nicht.² Schon ein Jahr später, 1227, ist diese Entwicklung zum Abschluß gekommen. Otto das Kind verkauft damals der Altstadt die Vogtei für einen jährlichen Zins von triginta talenta denariorum Brunsvicensis monete,³ dreißig Pfund Braunschweigischer Pfennige. 1296 verpfändete der Herzog diese Abgabe den consules in Brunswich.⁴ Der Rat, der an Stelle der borgere und de stad getreten, ernennt jetzt den Vogt aus den Bürgern. Wahrscheinlich sind die Funktionen des voget, judex dem städtischen advocatus (secundarius), der noch in der eben erwähnten Urkunde genannt wird, übertragen. Wenigstens tritt seit dieser Zeit kein solcher Beamter mehr auf. Es hat demnach eine Verschmelzung beider Ämter stattgefunden.⁵

Nominell ist der Altstädter Vogt noch bis 1435 herzoglicher Beamter, denn bis dahin wird er in den Hufdebriefen als voget von unsere wegen bezeichnet.⁶ Es könnte aber auch der Fall sein, daß das von unsere wegen in die Urkunden eingesetzt ist, um eine Unterscheidung zwischen dem Herzoglichen Vogt, der in Hagen, Neustadt, Wit und Sack richtet, und dem Altstädter Vogt zu geben. Der Voget von unsere wegen steht dann im Gegensatz zu dem presidents in advocacia nostra der Altstädter Urkunde von 1231.⁷ Diese letztere Annahme wird unterstützt dadurch, daß dieser Zusatz zuerst in dem Neustädter Stadtrecht, das um 1279 abgefaßt ist, auftritt.⁸ Der verleihende Herzog will seine Gerichtshoheit betonen und läßt den Zusatz machen. — Jedenfalls ist 1231 der Altstädter Rat im vollen Besitz der Gerichtshoheit, wie der Innungsbrief der Goldschmiede zeigt.⁹ Die Autonomie der Altstadt auf Gerichtsverfassung und Legislative erkennen die Herzöge in dem sonst für die Stadt sehr ungünstigen Sühnebriefe von 1299¹⁰ an. Wahrscheinlich handelt

¹ Urkundenbuch II, § 64, S. 7.

² Anders Hänjelmann, Chroniken VI, S. XXIX.

³ Doebner a. a. O. I, S. 19. Die Urkunde ist mit Unrecht für unecht gehalten. Vgl. Gerichtsverfassung S. 36 ff.

⁴ Urkundenbuch XIII, S. 18.

⁵ Vgl. oben S. 305.

⁶ Vgl. die Hufdebriefe N. XXIII ff. im Urkundenbuch.

⁷ Urkundenbuch III, S. 8.

⁸ Urkundenbuch XVI, § 40, 41.

⁹ Urkundenbuch III, S. 8.

¹⁰ Ebenda XV, S. 20, § 5. Ere recht moten se wol beteren, wur se mogen an usen scaden.

es sich hier allein um die Altstadt, denn in Hagen und Neustadt bleibt die Vogtei bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts den Herzogen. In allen Urkunden dieser Städte wird der Voget als voget von unsere wegen,¹ noster iudex² bezeichnet. In einer Urkunde von 1296 wird ausdrücklich bestimmt advocatus noster ex parte nostra presidebit iudicio.³ Dieser Vogt ist in derselben Weise beschränkt, wie der Vogt des Ottonianums, — ergänzend oder kontrollierend tritt der Rat des betreffenden Weichbildes, bezw. der Gemeine Rat auf —,⁴ aber die volle Gerichtsgewalt steht dem Herzoge zu, denn er, nicht der Rat, ordnet die Innungsverhältnisse.⁵

Erst⁶ zwischen 1318 und 1344 verkaufte Herzog Otto die Vogtei über Hagen und Neustadt dem Gemeinen Rat und ließ dieselbe auf.⁷ Die Urkunde ist nicht erhalten, sie wird aber bestätigt durch eine Urkunde von 1345, in der die Herzöge Magnus und Ernst, die Brüder und Erben Ottos, mit Berufung auf den Verkauf Ottos auf die Vogtei für 690 Mark Silber verzichten.⁸ Die Aussteller behalten sich den Rückkauf vor, aber dieser hat nie stattgefunden. 1370⁹ und 1371¹⁰ wurde vielmehr die Verpfändung der Vogtei von den beiden damals bestehenden Braunschweigischen Linien, der Grubenhagener und der Göttinger neu bestätigt. Da nie eine Einlösung stattfand, so ging die Vogtei in den vollen Besitz des Gemeinen Rates über.

¹ Ebenda XVI, § 40, 41. Vgl. Gerichtsverfassung S. 40.

² Ebenda VII, S. 14. X, S. 16.

³ Ebenda XIII, S. 17, § 2.

⁴ Ebenda XVI, § 45, S. 27.

⁵ Ebenda VII, S. 14; X, S. 76.

⁶ Gerichtsverfassung S. 41.

⁷ vendidit ac dimisit.

⁸ Urkundenbuch XXXII, S. 40, dilectis consulibus nostris, videlicet antique, Indaginis ac nove civitatis Brunswic pro sexingentis et nonaginta marcis puri argenti et ponderis Brunswicensis cum consensu heredum nostrorum dimisimus advocaciam nostram in Brunswic, sicut inclitus princeps domnus dux quondam in Brunswic bone memorie eandem vendidit ac dimisit.

⁹ Urkundenbuch XLVIII, S. 56. Unde vor düsse vorbenomeden viff mark unde drittehelf hundert unde vor den tins, wat se denne des dar uppe geuen alse vorscreven is, vorpande we unde settet an alle, dat we hebbet in der Oldenwik unde an dem Sacke to Brunswigk unde an der vogedie, an der muntye an den joden unde an den molen to Brunswigk myt deme anderen gelde, dat se dar vore an hebbet . . .

¹⁰ Urkundenbuch XLIX, S. 57. — so settet we unde verpendet on in dusseme breue vor desse sulven drehundert Mark alle dat we hebbet in der Oldenwick unde in dem Sacke to Brunswigk unde an der vogedie unde an der muntye darsulues myt deme anderen gelde, dat se dar vore an hebbet . . .

Die Gerichtshoheit¹ über Wif und Sack, die abhängigen Gemeinden, ging um dieselbe Zeit an den Gemeinen Rat über. 1325 verkauft Herzog Otto die Vogtei an den Altstädter Rat;² 1345 scheint die Vogtei im Besitz des Gemeinen Rats zu sein,³ denn es fehlt in der Urkunde der Vorbehalt von 1325. In den Jahren 1370 und 1371 wird das Verhältnis bestätigt.⁴

Im Hagen, Neustadt, Wif und Sack hat der Gemeine Rat seit 1345 die Gerichtshoheit, in der Altstadt der Altstädter Rat. Seit 1386 ist der Gemeine Rat auch im Besitz der Gerichtshoheit⁵ in der Altstadt.⁶ Als beaufsichtigende Behörde der Bögte wurden die Richteherren eingesetzt.⁷

Die Herzöge erkannten erst 1435 an, daß ihnen in Braunschweig die Gerichtshoheit nicht mehr zustand. Damals wurde im Guldebrief der Zusatz von unsere wegen fortgelassen.⁸

Die städtische Gerichtshoheit erstreckte sich, soweit die städtische Feldflur reichte, bis an die Landwehren.⁹

Im Sühnebrief von 1299¹⁰ hatten die Städte die Appellationsgerichtsbarkeit der Herzöge und das herzogliche Hofgericht anerkennen müssen. Dieses Zugeständnis war dem Räte nicht bequem. Er schuf daher einen eigenen Obergerichtshof, an den sich die Bürger bei Rechtsweigerungen zu wenden hatten.¹¹ Diesen Obergerichtshof bildete wie in Hamburg, Lübeck und Bremen der Rat.¹² Man konnte so das Hofgericht des Herzogs ignorieren und allmählig außer Kurs setzen. Später — spätestens um 1349 — wurde den Bürgern ausdrücklich verboten, einen Mitbürger vor ein auswärtiges Gericht zu fordern.¹³

¹ Vgl. Gerichtsverfassung S. 43 ff.

² Urkundenbuch XVI, S. 34. *Insuper advocacia . . pertinet solis dominis consulibus antique civitatis pro centum marcis.*

³ Ebenda XXXII, S. 40.

⁴ Ebenda XLVIII, S. 56; XLIX, S. 57, vgl. oben Anm.

⁵ Gerichtsverfassung S. 45.

⁶ Urkundenbuch LXIII, Ordinarius, cap. XLVI, S. 159. Nach Neuordnung der Ratsverfassung vgl. S. 308.

⁷ Ebenda cap. X, S. 151.

⁸ Ebenda LXXXVIII, § 14, S. 217. Auch in dem Guldebriefe von 1400 fehlt van user weghene. Vgl. Urkundenbuch LVII, S. § 12.

⁹ Ebenda LXI, § 10, S. 103. LVII, § 12, S. 81. Gerichtsverfassung S. 27.

¹⁰ Urkundenbuch XV, S. 20.

¹¹ Gerichtsverfassung S. 52, 53. Urkundenbuch XVI, § 45.

¹² Bland, Gerichtsweisen I, S. 114.

¹³ Urkundenbuch XXXIX, § 28, S. 45. Welk use borghere sik in der stad rechte nicht genoghen wel laten unde mit drowe van henne veret, dene wel de rad vor enen unbescedenen sulfmogiden man hebben, de scal der stad enberen mit wive unde mit kinderen, de wile he levet sunder gnade. Ebenda § 22. Nen user borger eder borgersche sal den anderen laden vor ienich recht, eme ene werde rechtes borst vor dem vogede, bi X marken. Vgl. LIII, § 26 u. § 32.

Außer der öffentlichen Jurisdiktion stand dem Landesherren als Nachfolger des Grafen das Heerbannrecht zu. Der Graf beruft auf Befehl des Königs die Mannschaften seiner Grafschaft, zieht an ihrer Spitze aus und treibt von den ohne Entschuldigung Ausgebliebenen den Heerbann ein. Der Graf ist also in seinem Gebiet der oberste Militärbeamte. Naturgemäß hätte er auch das Kommando in den neu gegründeten Festungen haben müssen, aber dies ist nicht der Fall gewesen. Der Graf hat das Kommando über das ausziehende Heer. Die Bürger gehören aber nicht zu diesem ausziehenden Heer, sie sind Besatzungstruppen und müssen ihre Festung verteidigen.¹ Sie dürfen sich daher ursprünglich eine Tagfahrt von den Thoren entfernen.

Ueber die Festung und Besatzung setzte der König einen eigenen Befehlshaber, einen praefectus, Stadtgraf, Burggraf. Die Stadt wird so von der Heerbann-Gewalt des Grafen eximiert. Den Grafen bleibt nur die Jurisdiktion. Die Verteidigung der Stadt erscheint daher lange als Königsdienst. In den alten Städten, die vor der Ausbildung der Landeshoheit entstanden waren, konnte daher der Graf keine militärischen Rechte, wie das Besatzungsrecht, ausüben. Auch die Brunonen haben in der Altstadt Braunschweig nie ein solches Recht besessen. Dies zeigt sich darin, daß die Ministerialen in Braunschweig keinen Sitz hatten, wie etwa in Halberstadt und Wernigerode. Die Dienstleute wohnten auf der Burg.²

Die Bürger schützten ihre Stadt selbst. Möglicherweise haben die Brunonen den Kommandanten der Stadt, den wir zunächst im Bogt, dann im advocatus (secundarius) zu suchen haben, früher ernannt, — es spricht hierfür der Name advocatus — Stellvertreter, aber schon die Jura Indaginis, die in ihrem Kern, zu dem auch der betreffende Paragraph gehört, auf Heinrich den Löwen zurückgeht, gestatten den Bürgern diesen Beamten zu wählen.³ Später nach Einführung der Konfultatsverfassung wird den Consules, dem Rat, auch das Kommando der Stadt übertragen. Der Rat erbt also von der Gemeinde und den burmeistern die kommunalen, von dem ursprünglich königlichen, dann landesherrlichen Stadtkommandanten die militärischen Funktionen.

In historischer Zeit hat der Rat das militärische Kommando in der Stadt. Er bewahrt die Schlüssel zu den Thoren,⁴ er beruft

¹ Urkundenbuch XVI, § 49, S. 24, de stad mede to hodene. Die Hauptwaffe der Bürger ist daher auch später die Armbrust.

² Bgl. S. 292.

³ Urkundenbuch I, § 4.

⁴ Ebenda XI, S. 16, unde de Rad schal de macht hebben, to den doren de slottele to bewarende unde darmede op unde to sloten.

die Bürger zu den Waffen,¹ er hat das Kommando über die Bürger. Der Herzog kann die Bürger nicht zum Kriege aufbieten. Es handelt sich, wo die Städter ihm zu Hülfe ziehen, nur um freiwillige Leistungen. Die Stadt schließt mit dem Landesherren förmliche Bündnisse.²

Kapitel XII.

Wir gehen jetzt auf die Regale über.

Das Befestigungsrecht, d. h. das Recht, ihre Mauern zu bauen und auszubessern und neue Befestigungen anzulegen, ist früh im Besitz der Stadt, vielleicht handelt es sich hier um ein altes Servitut, das den Städten bei ihrer Gründung auferlegt wurde. Mauern verteidigen und auszubessern, d. h. fähig zur Verteidigung zu machen, hängt eng zusammen. Es würde sich dann hier wieder um ein Recht handeln, das die alten Städte schon vor Entstehung der Landeshoheit hatten. Wir wüßten sonst nicht, wann Braunschweig dieses Recht erworben hat, das von der Stadt ausgeübt wurde. 1340 will Herzog Magnus die Befestigungsarbeiten der Stadt untersagen.³ Seit 1376 legte die Stadt die Landeswehren an.⁴

Auch das Geleitsrecht ist um 1350 im Besitz der Stadt.⁵ Wie es in den Besitz der Stadt gekommen, wissen wir nicht.

Die Grundruhr, die die Städte sehr schädigte, ist spätestens 1227, wenn nicht schon früher, beseitigt.⁶

Die Abgabe der Friedepfennige⁷ und das fiskalische Heimfallrecht an erblose Gerade⁸ und erbloses Heergewäte⁹ und erbloses Gut¹⁰ gingen mit der Erwerbung der Gerichtshoheit an die Stadt über. 1345 ist diese Entwicklung abgeschlossen.¹¹

Das Judenschutzgeld¹² wurde zunächst, wie viele Einnahmen der Herzöge, an einzelne Bürger verpfändet; von diesen erwartete es dann der Rat. Juden wurden zuerst 1296 in die Stadt aufgenommen.¹³ 1320 überließ Otto der Milde 5 Mark Rente

¹ Ebenda LIII, § 144 u. 145, S. 75.

² Ebenda XIV, S. 18.

³ Chroniken VI, S. XXXIV.

⁴ Dürre a. a. D.

⁵ Urkundenbuch XXXIX, § 75, S. 47; LXIII, cap. 74, S. 176.

⁶ Urkundenbuch I, § 2, S. 2; II, § 56, S. 7.

⁷ Vgl. oben S. 296.

⁸ Vgl. oben S. 300.

⁹ Vgl. oben S. 298.

¹⁰ Vgl. oben S. 302.

¹¹ Vgl. oben S. 314.

¹² Vgl. zum folgenden Dürre a. a. D. S. 216, 264, 292, 308, 323, 638. Nach a. a. D., S. 45. Gerichtsverfassung S. 63.

¹³ Urkundenbuch XXIII, S. 41, Vorbemerkung.

aus dem Judenzzins an zwei Bürger Braunschweigs.¹ In ähnlicher Weise verfahren auch seine Brüder Ernst und Magnus.² Die erste nachweisbare Zahlung eines Zinses an den Rat findet 1351 statt. Damals zahlten die Juden an den Gemeinen Rat 80 Mark Jahresabgabe,³ 1354 bezahlen dieselben 30 Mark,⁴ 1358 dagegen nur 24 Mark,⁵ 1360 wurde das Jahrgeld auf 13 Marc, 1 Fering, 1 Lot herabgesetzt.⁶ 1397 bezahlen sie 50 Mark, 1417 nur 20 Mark.⁷ Der Rat muß also in diesen Jahren durch Verpfändung im Besitz des Zinses gewesen sein. Die erste erhaltene Urkunde, die von einer Verpfändung des Judenschutzgeldes handelt, und die von Herzog Magnus ausgestellt ist, fällt ins Jahr 1364.⁸ Magnus verpfändet damals Juden- und Mühlenzins für 18 Mark. 1370 ist auch der Grubenhagener Anteil im Besitz der Stadt.⁹

Die Juden stehen also seit Mitte des 14. Jahrhunderts nicht mehr unter dem Schutz der Herzöge,¹⁰ sondern des Rates.¹¹ Das Schutzgeld, das als schot bezeichnet und um Pfingsten bezahlt wurde,¹² wurde mit zum Lohne des Ratsgesinde gebraucht.¹³

Das Fischereiregal ist seit Anfang des 15. Jahrhunderts im Besitz der Stadt.¹⁴ Wie es erworben, wissen wir nicht, wahrscheinlich durch Verpfändung. Einkünfte aus Fischerei und Vogelfang waren schon vorher im Besitze von Bürgern, so der Familie Gandershem,¹⁵ von der Mölen,¹⁶ Ludewiges. Auch das Wildbannrecht scheint im Besitz der Stadt gewesen zu sein. Jedenfalls übt die Stadt das freie Jagdrecht aus.¹⁷

¹ Subendorf a. a. D. I, 195.

² Ebenda II, 49, 53.

³ Von 8 jüdischen Haushaltungen, die Haushaltung bezahlt also 10 Mark. Gedentbuch I, fol. 7.

⁴ Vgl. Macd a. a. D. S. 45.

⁵ Gedentbuch I, fol. 11.

⁶ Hans Borners Gedentbuch, Chron. VI, S. 275, 13. Vgl. auch Dürre, S. 323.

⁷ Subendorf a. a. D. III, 117.

⁸ Urkundenbuch LXVIII, S. 56. Vgl. oben S. 314, X. 7.

⁹ Urkundenbuch XXXIII, S. 41. to wonende an unsem vrede, unde an unser beschernisse.

¹⁰ Ebenda LIII, § 94, S. 68. De joden, de hir wonhaftich sin, heft de rad in ore beschernisse ghenomen: dar scal sik malik an bewaren, dat he sik an on nicht vorgripe. Vgl. auch Vorbemerkung. Vgl. XLII, cap. VIII, § 41, S. 131.

¹¹ Urkundenbuch LXIII, cap. CXXI, S. 177, außerdem bezahlten die Juden an den Kaiser das aurum coronarium. Dürre a. a. D. S. 639.

¹² Urkundenbuch LXIII, cap. CXXI, S. 131.

¹³ Dürre a. a. D. S. 323.

¹⁴ Subendorf a. a. D. I, 174, II, 48, vgl. auch I, 168.

¹⁵ Ebenda II, 52.

¹⁶ Urkunde im Stadtarchiv. Dürre a. a. D. S. 324, X. 73.

¹⁷ Der Rat läßt Wildbraten verteilen.

Der Mühlenzins — Brazium — ¹ war schon 1296 an die Stadt verpfändet, aber wahrscheinlich wurde diese Verpfändung 1299 für ungültig erklärt.² Erst 1364 ging ein Teil des Mühlenzinses an die Stadt über.³ 1370 wird der Grubenhagener Anteil „an den molen“ der Stadt verpfändet.⁴ 1386 erhält die Stadt die Mühlengerechtsame, d. h. die Erlaubnis, eine eigene Mühle zu bauen.⁵ Um 1400 wurden die übrigen Mühlen vom Rat angekauft.⁶ Um 1386 erhebt die Stadt einen Pfennig van dem schepele kornes in der molen.⁷

Nicht so einfach liegen die Verhältnisse bei den Zöllen.⁸

Die Zölle waren dem Rate, wie der Mühlenzins, schon 1296 verpfändet,⁹ aber 1299 wurde diese Verpfändung aufgehoben.¹⁰ Um 1300 scheint der Rat nach dem Rechtsbuche der Neustadt¹¹ einen Teil des Bierzolles besessen zu haben. Es läßt sich aber nicht mehr erkennen, von wem die Stadt diese Einnahmen erworben hat.

In den folgenden Zeiten finden wir Braunschweiger Bürger im Pfandbesitz von Stadtzöllen. Der Anteil der Braunschweiger und Göttinger Herzöge am Bierzoll war im Besitz der Familien Kerkhoff und Salghe,¹² der der Grubenhagener im Besitze der Familien Meise und von Gottinghe.¹³ Die Kerkhoff und Salghe überließen die Zölle 1354 dem Rate.¹⁴ Von Herzog

¹ Urkundenbuch XIII, S. 18, *quidquid brazii nobis derivari potest de molendinis nostris omnibus in Brunswich nuncius noster, quem ad ipsum colligendum statuimus, dabit ex integro consulibus civitatis.*

² Vgl. auch Maß a. a. D. S. 44.

³ Eubendorf a. a. D. III, 137.

⁴ Urkundenbuch XLVIII, § 4, S. 56.

⁵ Urkunde bei Rehtmeyer, Chronik 668. Dürre a. a. D. S. 184.

⁶ Heimliche Reichenschaft IV. Teil, cap. I u. cap. XIV—XXIV. Chroniken VI, S. 181—183, 200—207. Vgl. auch die Anmerkungen Hänselmanns a. a. D.

⁷ Urkundenbuch LVI, S. 79.

⁸ Vgl. Maß a. a. D. S. 39. Dürre a. a. D. S. 128.

⁹ Ebenda XIII, S. 18.

¹⁰ Ebenda XV, S. 19. *Use muntige und usen tolen de scole we hebben mit alsodaneme rechte, also bi uses eldervader tiden was.*

¹¹ Rechtsbuch, fol. 7 ffg. Maß a. a. D. S. 39, A. 1. Wer fremdes Bier hier in der Stadt verzapft, er sei Bürger oder Gast, bezahlt für das Fuder 2 Schillinge Zoll, wovon die eine Hälfte dem Zöllner, die andere dem Rate zukommt.

¹² Chroniken VI, S. 277, A. 3, *dimidiam partem teolonii de servisia in Sacco et per totam civitatem.* Vgl. Eubendorf a. a. D. I, 175²⁸, 32; II, 49²⁵, 52¹⁶; V, 8⁹, 48¹¹, 260, No. 223.

¹³ Chroniken VI, S. 278.

¹⁴ Chroniken VI, S. 277; I Gebenbuch fol. 5, 8.

Otto dem Milben (gest. 1344) erwarb Johann von der Heide die Hälfte des Straßenzolles (stratentollen).¹ Seinem Sohn Eilhard ward derselbe 1360 auf Wiederkauf überlassen.² 1374 wird ein Eilhard mit dre punt in deme rechten tolln in der stad Brunswik unde dem halven tolln darsulves belehnt.³ Neben den Bürgern finden sich auch Adlige im Besiße von Zöllen in der Stadt, so die von Sambleben, von Honlaghe oder Bortfelde, von Werle, von Dorstadt und andere.⁴

Erst mit Einsetzung des Gemeinen Rates 1386 beginnt die Stadt eine zielbewußte Politik zu treiben. Vielleicht finden wir die Stadt schon 1386 im Besiße des Bier- und Weinzolles.⁵ 1412 erwarb die Stadt den Marktzoll mit einem Aufwande von 790 Mark, wie die heimliche Rechenschaft angiebt.⁶ Die Unkosten betrugen 100 Mark.⁷ Nach Hans Porner's Gedenkbuch⁸ erwarb er auch die Hälfte des Zolles — marktollen oder stratentollen — von der Familie von der Heide — Eylerde und Eylerde broederen gheheten von der Heide — für 180 Mark nach Abfindung des Herzogs Bernhard mit 400 Mark.⁹ Die andere Hälfte des Straßenzolles, den Grubenhagener Anteil,¹⁰ erwarb die Stadt 1414 von der Familie der Netwegh, welcher den Zoll von den eigentlichen Herzoglichen Lehnshabern, der adligen Familien von Uetze überlassen war, für 190 Mark.¹¹ Dieser Verkauf wurde 1428 von den beteiligten Herzögen genehmigt.¹²

Die Renten und Zinsen, die auf den Zöllen lagerten, übernahm die Stadt, begann aber bald mit der Ablösung.¹³

Auch das wichtige Regal, die Münze,¹⁴ moneta, muntige, munitye, muntye, war, wie die Zölle, schon 1296 im Besiße des Rates gewesen,¹⁵ aber auch sie war wieder 1299 an die

¹ Chroniken VI, S. 229, A. 2.

² Subendorf III, 60, vgl. II, 48²⁰.

³ Subendorf V, 64¹.

⁴ Dürre a. a. O. S. 290 u. A. 24. Subendorf I, 166, 168; II, 40 fg.

⁵ Urkundenbuch LVI, S. 79. Möglicherweise handelt es sich hier aber um eine Accise.

⁶ Heimliche Rechenschaft, IV. Teil, cap. VII, Chroniken VI, S. 194. Die Pfandbriefe sind nicht erhalten.

⁷ Berechnung der Unkosten, Chroniken VI, S. 195, A. 1.

⁸ H. Porner's Gedenkbuch, cap. VII, Tollenwert, Chronik VI, S. 229.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda S. 229, A. 4.

¹¹ Ebenda S. 229.

¹² Urkunde verloren. Auf dies Kaufgeschäft bezieht sich das Privilegium von 1428. Urkundenbuch LXXX, S. 214.

¹³ H. Porner's Gedenkbuch, cap. VII, Chroniken VI, S. 229 ff.

¹⁴ Vgl. Mac a. a. O. S. 42, Dürre a. a. O.

¹⁵ Urkundenbuch XIII, S. 18.

Herzöge gekommen.¹ Bis zum Jahre 1332 hören wir nichts von Münzverpfändungen. Damals scheint der Herzog von Grubenhagen seinen Anteil an der Münze für 10 Mark verpfändet zu haben.² Genaueres wissen wir über diesen Vorgang wie auch über die Verpfändung des Jahres 1343³ nicht. Erst von 1345 an stehen uns genauere urkundliche Nachrichten zu Gebote. Am 29. Mai 1345 überließ Herzog Magnus der Ältere der Stadt seinen deyl der munitye auf drei Jahre.⁴ Der Preis ist nicht angegeben. Am 1. Juni 1348 wurde die Verpfändung auf fünf Jahre verlängert.⁵ In den Jahren 1354,⁶ 1357⁷ und 1360⁸ fand jedesmal eine Verlängerung der Verpfändung auf drei Jahre statt. Eine Urkunde über eine weitere Verpfändung der Münze ist erst aus dem Jahre 1369 erhalten.⁹ Vielleicht sind die Urkunden der Jahre 1360 und 1366 verloren gegangen. 1369 wird die Münze der Stadt für 50 Mark auf so lange Zeit überlassen, bis das Geld zurückgezahlt ist. Im Jahre 1371 findet die endgültige Abtretung der Münze in jener schon oft erwähnten Urkunde Magnus des Jüngeren statt.¹⁰

Die Grubenhagener Herzöge hatten um 1332 ihren Anteil an der Münze der Stadt überlassen.¹¹ 1355 erhielt Ernst der Ältere von Grubenhagen nach der Gemeinen Rechnung dieses Jahres 40 Mark für die Münze vom Rate.¹² Daß der Grubenhagener Anteil auch in den folgenden Jahren in den Händen des Rates gewesen ist, möchte wohl bezweifelt werden.¹³ Aus dem Vorbehalt¹⁴ des Herzogs Magnus des Älteren in den Urkunden von 1360 und 1369 scheint hervorzugehen, daß die Stadt nicht im Besitz des Grubenhagener Anteils war. Die Verpfändung

¹ Ebenda XV, § 8, S. 20. Vgl. oben S. 310.

² Urkunde im Stadtarchiv. Vgl. Maß a. a. D. S. 41.

³ Gedenkbuch I, fol. 2, Stadtarchiv, vgl. Maß a. a. D. S. 42.

⁴ Urkundenbuch XXXIV, S. 42.

⁵ Ebenda XXXVI, S. 42.

⁶ Urkunde verloren. Vgl. Räumereirechnung von 1354. Maß a. a. D. S. 42.

⁷ Urkundenbuch XL, S. 48.

⁸ Ebenda XLIII, S. 51.

⁹ Urkundenbuch XLVII, S. 55.

¹⁰ Ebenda XLIX, S. 57. Vgl. S. 314, M. 10.

¹¹ Urkunde im Stadtarchiv. Maß a. a. D., S. 41.

¹² Maß a. a. D. S. 44.

¹³ Anders Maß a. a. D. S. 43 ff.

¹⁴ Urkundenbuch XLIII, S. 51; XLVII, S. 55. Weret ok, dat dijt velle bynnen desser tijd, dat se unser vedderen willen nicht en hedden to der muntye, also dat se nenne penninghe sloghen unde den slach liggen leten, des scolden se von os unbedeghedinget bliuen.

fand erst 1370 statt, wie auch aus dem Wortlaut der Urkunde hervorgeht.¹

1371 ist die Stadt im Besitz der Münze, aber sie erlangte damit noch nicht die gesamten Erträge der Münze, da die Herzöge vielfach Renten aus den Münzeinnahmen vergeben hatten.² Diese Renten wurden 1412 abgelöst.³ Im Besitz solcher Renten waren die Grafen von Regenstein, die Edlen von Dorstadt, von der Affeburg, von Beltheim, von Henleghe, von Ampleve, von Linde, von Bortfelde, von Tzambleve, von Brunsrode, von Rampe, von Heimburg, von Rutenberge, die Gotteshäuser von S. Aegidien — to sancte Nien —, uppe dem Rennelberge, to sancte Mertene, to sancte Katherinen, to sancte Andreamse, to sancte Petere, to sancte Olreke, to sancte Magnuse, to dem Hilgin geyste zu Braunschweig⁴ und to sancte Allexandre to Embeke,⁵ außerdem Personen, de myt den altaren belenet waren, alze der hilghen drevaldecheyt altare unde myt der x j^m, megede altare in S. Mertens kerken to Brunswig, sowie Bürger und Bürgerinnen zu Braunschweig und zu Helmstedt.⁶ Die Ablösung berichtet die Heimliche Rechenschaft⁷ und H. Pörners Gedentbuch.⁸

Mit dem Erwerb der Münze übernahm die Stadt die Verpflichtung, Pfennige zu schlagen.

Ueber den Patronat ist oben behandelt.⁹

So sind am Anfang des 15. Jahrhunderts fast alle Rechte, die dem Landesherrn in Braunschweig zukommen, im Besitz der Stadt.

Der Rat beschränkt sich auf diese Erwerbungen nicht. Bei der ewigen Geldnot der Herzöge wurde es ihm ein Leichtes, auch wichtige Rechte, außerhalb der drei Weichbilde Altstadt, Hagen und Neustadt zu erwerben.¹⁰ Vogteigelder,¹¹ Grafenschöß, einzelne Güter, Schlösser, Landesteile, so die Affeburg, Wolfenbüttel, Schloß Hessen, Vogtsdalum, Gifhorn, das Haus Burg Campe, ja ganze Städte kamen so in den Pfandbesitz und unter die Oberhoheit

¹ Urkundenbuch XLVIII, S. 56 — we vorpende —. Vgl. S. 314, A. 9.

² Ähnliche Verhältnisse finden sich auch in Halberstadt, Hildesheim, Quedlinburg u. a. D.

³ Urkundenbuch LXIV, a. b. c. d. Erwerbung des Rechts, Pfennige zu schlagen, 1412. Heimliche Rechenschaft, IV. Teil, cap. 8. Chronik VI, S. 196—198.

⁴ Chroniken VI, S. 197, A. 2. S. 198. Urkunden im Stadtarchiv.

⁵ Urkundenbuch LXIV, Einl. S. 185.

⁶ Chroniken VI, S. 197 u. A. 3.

⁷ 4. Teil, c. VIII. Chron. VI, S. 196—198.

⁸ Chronik VI, S. 224, cap. IV, vgl. auch c. V, S. 225.

⁹ Vgl. S. 297.

¹⁰ Chroniken VI, S. XXXIII.

¹¹ 1357 in Helmstedt. Sudendorf a. a. D. III, 10.

des Gemeinen Rates. In den erworbenen Landesteilen mußten die Einwohner dem Rat hulbigen.¹ Der Rat tritt so gewissermaßen dem Herzog als Landesherr an die Seite.

Am meisten hat sich dies gezeigt in der Erwerbung der alten Wit und des Sades.² Durch die Verpfändung und Abtretung derselben im Jahre 1345 treten die beiden Weichbilde in ein Unterthanenverhältnis zum Gemeinen Rat; sie sollen demselben unterthan sein wie die Bürger der unabhängigen Weichbilde.³ Der Rat wird in Wit und Sad Gemeinde- und Landesherr. — Die Erwerbung von Wit und Sad hat am meisten dazu beigetragen den Einfluß der Herzöge in der Gesamtstadt Braunschweig zu beseitigen. Der Gemeine Rat ist seit 1345 innerhalb der Stadtmauer sein eigener Herr.

Kapitel XIII.

Die sich allmählig ändernde Stellung der Stadt spricht sich in den Huldebrieffen,⁴ den Urkunden, in denen die Herzöge vor der Hulbigung der Stadt ihre Privilegien und Rechte verbriefen, deutlich aus. Als ältesten Huldebrieff könnte man den der Stadt aufgebrungenen Sühnvertrag von 1299 auffassen.⁵ Es finden sich in demselben einzelne Paragraphen,⁶ die in allen Huldebrieffen wiederkehren. Die älteste sehr selbstbewußte Bemerkung über die Hulbigung findet sich im ältesten Degebingsbuche der Altstadt.⁷ Der älteste eigentliche Huldebrieff⁸ rührt aus dem Jahre 1318 von Otto dem Milben her. Er hat Bestimmungen über die Freiheit der Bürger nach Jahr und Tag⁹ und die Ansprüche Höriger,¹⁰ über die Besserung des Rechtes,¹¹ die Ausdehnung des Stadtgerichtsbezirkes,¹² die Klageerhebung,¹³ das

¹ Eudendorf III, 12; V, 48¹⁴.

² Ueber den Erwerb von Wit und Sad vgl. Aufsatz I, cap. IV, S. 221 ff. Gerichtsverfassung S. 43 ff.

³ Urkundenbuch XXXII, S. 40 — ita videlicet, quod inhabitantes ibidem obediens et subjecti erunt ipsis in collecta, quae vulgo schot dicitur, seu contributionibus aliis quibuscunque, ac omnibus articulis et casibus et iuribus, quibus burgenses eorum ipsis sunt subjecti.

⁴ Hänfelmann, Chron. VI, S. XXXIII. Vgl. die Vorbemerkungen Hänfelmanns zu den einzelnen Huldebrieffen im Urkundenbuch.

⁵ Urkundenbuch XV, S. 20.

⁶ ibid. § 2, 4, 5.

⁷ ibid. IX, S. 15. Vgl. oben S. 310, A. 7 u. S. 326.

⁸ ibid. XXIII, S. 30.

⁹ Urkundenbuch XXIII, S. 30, § 2, 3, vgl. auch Dürre a. a. D., S. 133 ff.

¹⁰ ibid. § 4, 5.

¹¹ ibid. § 6, 7.

¹² ibid. § 9.

¹³ ibid. § 7. Wu dar neman en sclaget, dar ne darf neman richten.

Marschallsgericht,¹ die Nicht-Errihtung von Klöstern zc. im Stadtbezirk durch den Herzog² und über die bürgerlichen Asterlehns-träger³ (de pheydo non ad inferiores mittendo).⁴

Wichtige neue Bestimmungen hat der Brief Herzogs Heinrichs de Graecia und seiner Brüder von 1323,⁵ so über die bürgerlichen Asterlehner.⁶ Beim Aussterben des Geschlechts des Lehnsherrn soll die Belehnung direkt vom Herzog erfolgen. Sodann verfügt der Herzog eine Amnestie für „Sachen“, die vor seinem Regierungsantritt geschehen sind.⁷ Er verspricht Stadtgut in Kriegszeit nicht aufzuhalten,⁸ Niemand in Dienst zu nehmen, der in Feindschaft mit der Stadt lebt.⁹ Er entsagt der Selbsthülfe — sulkgerichte — außer bei hanthafterger dat¹⁰ gegen Bürger. Bei Beschuldigungen kann sich die Stadt durch die Eide zweier Ratmannen rechtfertigen.¹¹ Die Huldebrieve von 1345,¹² 1361,¹³ 1367,¹⁴ haben nur ganz kleine Aenderungen.¹⁵ Der Privilegienbrief Herzog Magnus II. vom 26. Okt. 1367,¹⁶ der besonders die Bestimmung über die Bede- und Diensthülfe der städtischen Meier hat,¹⁷ ist eine Art provisorischer Huldebrief. Er hält sich nicht an den Wortlaut der früheren Briefe. Der eigentliche Huldebrief aus dem Jahre 1371¹⁸ hat neben kleinen Zusätzen und Aenderungen¹⁹ die wichtige neue Bestimmung, daß bei Rechtsweigerungen des Marschalls der Bürger gegen den verklagten Dienstmann zur Selbsthülfe greifen kann.²⁰ Nur kleine Zusätze haben die Huldebrieve von 1374²¹ und 1384.²² Im Brief der Herzöge Bernhard und Heinrich

¹ *ibid.* § 10.

² *ibid.* § 1.

³ *ibid.* § 11. Vgl. Urkundenbuch XVIII, S. 25.

⁴ Urkundenb. XVIII, Vorbemerkung.

⁵ Urkundenb. XXV, S. 32. Es sind §§ 12—18. Dürre a. a. O., S. 136.

⁶ *ibid.* § 12.

⁷ *ibid.* § 13.

⁸ *ibid.* § 14.

⁹ *ibid.* § 15.

¹⁰ *ibid.* § 16.

¹¹ *ibid.* § 17.

¹² Urkundenbuch XXIX, S. 37.

¹³ Urkundenbuch XLIV, S. 51.

¹⁴ Urkundenbuch XLV, S. 53.

¹⁵ Urkundenbuch XLIV, S. 52, § 17; XLV, S. 53, § 4.

¹⁶ *ibid.* XLVI, S. 54.

¹⁷ *ibid.* § 2.

¹⁸ Urkundenbuch L, S. 57.

¹⁹ *ibid.* § 3, 19, 23, 24, 25.

²⁰ *ibid.* § 16.

²¹ Urkundenbuch LI, S. 58, § 4, § 15; LII, § 16, S. 61.

²² Urkundenbuch LV, S. 78.

von 1400,¹ in dem die Landwehr zuerst als Grenze des Stadtgerichtsbezirktes erwähnt wird² finden sich neue Bestimmungen über Lehnwesen,³ über die Beschützung der Feinde der Stadt durch die Herzöge,⁴ und über das unumschränkte Recht, Mordbrenner und Straßenräuber überall im Lande zu ergreifen.⁵ Auch erklären die Herzöge keine *settinge*⁶ im Lande ohne die Einwilligung der Bürger anzusetzen.⁷ Die Briefe Herzogs Otto Cocles von Göttingen und Erichs von Grubenhagen vom selben Jahr⁸ haben eine neue Bestimmung über die Pfarren in der Stadt.⁹

Der Huldbrief Herzogs Otto von Osterode von 1422¹⁰ bringt neben kleinen Aenderungen¹¹ acht neue Zusagen.¹² Der Brief von 1435¹³ beruht auf dem ersten Brief von 1400.¹⁴ Einzelne Zusätze gehen auf den vorigen zurück, neu ist die Bestimmung, daß die hörigen Meier der Bürger so lange frei sind, als sie im Dienst der Bürger sind,¹⁵ und eine Bestimmung über die Verfolgung der Mordbrenner.¹⁶ Die Huldbriefe von 1440,¹⁷ 1476,¹⁸ 1487,¹⁹ 1503,²⁰ 1515,²¹ 1569,²² 1616²³ haben denselben Wortlaut und bringen fast nichts neues. Aus kleinen Urkunden erwachsen so die Huldbriefe zu umfangreichen Privilegien heran. Um 1440 ist der Höhepunkt erreicht. Seit diesem Jahre finden sich keine Zusätze mehr. Die früheren Briefe werden einfach

¹ Urkundenbuch LVII, S. 81.

² *ibid.* § 12. *Hinter voget fehlt van unser wegene.*

³ *ibid.* § 16.

⁴ *ibid.* § 20.

⁵ *ibid.* § 27.

⁶ *ibid.* § 25.

⁷ Vgl. Urkundenbuch XLVI, S. 54, § 3. *settinge, sattinge* = *Satzung*.

⁸ Urkundenbuch LVIII, S. 82; LIX, S. 84.

⁹ *ibid.* LVIII, § 22.

¹⁰ Urkundenbuch LXXVII, S. 209. Vgl. die Vorbemerkung.

¹¹ § 9, 10, 11 u. a.

¹² § 2, 3, 12, 15, 24, 25, 33, 34.

¹³ Urkundenbuch LXXXII, S. 216.

¹⁴ Urkundenbuch LVII, S. 81. Von jetzt an fehlt hinter *voget* von *user wegene*.

¹⁵ Urkundenbuch LXXXII, S. 218, § 32. *Ok schullen alle de jenne, de der borgere meygere sin, se sin lad edder eghen, edder wat eghendomes edder behoringhe se sin, fry wesen de tijd ouer so also se ore meygere sin, utghesecht beddemund unde budinghe de der plichtich sin.*

¹⁶ *ibid.* § 31. Vgl. LXXXIV.

¹⁷ Urkundenbuch LXXXVII, S. 224.

¹⁸ Urkundenbuch C, S. 238.

¹⁹ Urkundenbuch CVIII, S. 247.

²⁰ Urkundenbuch CVIII, S. 268.

²¹ Urkundenbuch CXXXII, S. 290.

²² Urkundenbuch CLII, S. 381.

²³ Urkundenbuch CLXXIX, S. 578.

kopiert und bestätigt,¹ bis im Jahre 1671 die Freiheit der Stadt durch Rudolf August gebrochen und ihre Autonomie im Wesentlichen vernichtet wurde.²

Das Selbstgefühl der Stadt den Herzögen gegenüber spricht sich schon in der Notiz über die Huldigung von 1279 aus, wenn es in derselben heißt: *Mortuo . . . duce Alberto civitatenses Brunsvicenses juraverunt filiis suis se velle esse subditos et fideles, quamdiu eos³ dicti filii bene tractarent.*⁴ Noch größer erscheint dasselbe in der Huldigungsordnung von 1345.⁵

§ 3. Bevor man der Herrschaft huldigt, soll man ausbedingen, daß der Herr alle von seinen Vorfahren gegebenen Privilegien bestätigt und besiegelt. Ist eine Besserung des Rechtes nötig, so soll man das auch vorher ausbedingen.

§ 7. Ebenso soll man alle Briefe, die auszustellen sind, vor der Huldigung zu sich nehmen. Die Schreiber haben kein Recht auf eine Bezahlung; sie müssen auf ein Geschenk des Rates warten.

§ 4. Dann erst wird der Eid geleistet *uppe de dorntzen: dat gj usen herren N van Brunswich unde eren erven also truwe unde also holt sin also eyn borghere sineme herren to rechte scal, unde dat gi on helpen de stad to gude holden also gi van rechte scolen, dat juk god also helpe et cetera.*

§ 5. Zu anderen Gelübden (*lovede*) oder Eiden soll sich der Rat nicht drängen lassen.

§ 8. Die Herzöge sollen dann sofort die Bürger belehnen *ane wedersprake unde umme nenerleye giff*, wie es ihre Vorfahren bisher *gethan* haben.

§ 9. Der Eid ist aber so zu verstehen:⁶

So lange die Herrschaft Stadt und Bürger bei Recht, Gewohnheit und Gnaden läßt, so wollen sie die Eide der Huldigung halten; wanne auer de herren dat recht unde wonheyte breken unde se nicht by den gnaden en lethen, so en welden se unde en dorften van rechtes wegene to den eden der huldunge nicht verbunden wesen, de wile dat de ungnade mit den herren warede. Vortmer dot de

¹ Neben den Huldubriefen kommen noch die Privilegien, Urkundenbuch XLVI, LVI, XC, CXVIII, in Betracht.

² Urkundenbuch CCIX, CCX, S. 688 und Vorbemerkung.

³ filii des Herzog Albrecht.

⁴ Urkundenbuch IX, S. 15. Vgl. S. 310, A. 7.

⁵ Urkundenbuch XXX, S. 38: *Modus omagii dominis nostris ducibus in Brunswic faciendi talis erit, ut infra scribitur, vgl. Hänfelmann, Chron. VI, S. XXXIV.*

⁶ Dieser Absatz führt als Ueberschrift im Register des Degebüchens den Titel: *Causa de juramento dominis nostris prestita.*

herschap deme rade unde den borgheren gutliken, unde vordeghedinget se wol de stad unde de borghere eres rechtes, des danket men on bilken; deden se auer des nicht en, so en were me on in eren noden unde ereme rechte bitostande nictes plichtich.

Wante von der göde goddes is Brunswich en vriy stad. Dit scolen weten de na us tokomende sin.

Drei neue Forderungen, die bei einer Huldigung gestellt werden sollen, werden kurz danach aufgestellt.¹ Die erste Forderung, ohne Wissen des Rates keinen Krieg zu beginnen und keine Schuld zu kontrahieren, wurde nicht durchgesetzt, die dritte, Verfestete auch in den Schlössern und Gerichten der Herzöge ergreifen zu können, nur teilweise und erst 1400, so weit sie Mordbrenner und Räuber betrifft;² die zweite he en scholde ok des rades noch user borghere vorvestede lude nicht heghen in sinen sloten, wurde im Huldbrief vom 17. Juli 1400 gewährt.³ Kleine Aenderungen der Huldigungsordnung finden sich im Ordinarius des Rates.⁴

Es hat sich also der Grundsatz herausgebildet, daß die Stadt dem Herzog nur huldigt, wenn er den Huldbrief ausgestellt hat. Huldigung und Brief bedingen einander. Das Verhältnis, in dem Stadt und Herrschaft stehen, ist ein kündbares. Hält letztere die im Brief anerkannten Verpflichtungen nicht, so ist die Stadt auch ihrerseits nicht an die Abmachungen gebunden. Es zeigt sich hierin das lose Verhältnis, in dem die Stadt und die Herzöge miteinander stehen. Von einer wirklichen Abhängigkeit ist um die Mitte des 14. Jahrhunderts nichts mehr zu merken. Damit stimmt auch, daß um diese Zeit im Ratsherrneide die Verpflichtung na der herscap ere getilgt wurde.⁵ Daß die Bestimmung, sich vom Herzoge abzuwenden, wenn dieser nicht den Huldbrief halten würde, keine leere Drohung war, zeigt sich in dem Vorgehen gegen Herzog Magnus.⁶ Als dieser den Städten Braunschweig und Helmstedt nicht ihr verbrieftes Recht zukommen ließ, verbanden sich 1349 diese Städte gegen ihn und erklärten, unter Umständen einen neuen Herrn suchen zu wollen.⁷

¹ Urkundenbuch XXXI, S. 40.

² Urkundenbuch LVII, S. 80, § 27. Anders Hänfelmann in Vorbermerkung zu XXXI.

³ Urkundenbuch LVII, S. 80, § 20.

⁴ Urkundenbuch LXIII, cap. XLVIII, S. 161; LXXVII, § 9, S. 111.

⁵ Urkundenbuch XLII, S. 50, § 1. Vgl. auch Urkundenbuch LIV, S. 76, § 1. Vgl. auch das Vorgehen gegen Herzog Albrecht 1272.

⁶ Hänfelmann, Chron. VI, S. XXXIV.

⁷ Urf. im St.-A. zu Helmstedt. Inhalt bei Hänfelmann a. a. O.

Die veränderte Stellung der beiden Gewalten zu einander wird auch darin bezeugt, daß die herzogliche Hofhaltung aus Braunschweig verlegt wurde. Albrecht der Große hat mit Vorliebe in Braunschweig Hof gehalten, wo die inzwischen wieder erstandene Burg Lanquarberode zu seiner Zeit noch einmal, wie vordem, Tage fürstlichen Glanzes erlebte. Aber bereits seine Söhne haben Braunschweig mit anderen Residenzen vertauscht.¹

Kapitel XIV.

Betrachten wir jetzt die Stellung, die die „freie“ — vrie — Stadt Braunschweig kurz vor der Zeit des Gilbeausstandes von 1374 und nach demselben einnimmt.

Das Gebiet der fünf Städte² — also verne als de vedrift³ — auch die Stadtgüter mit ihren Meiern,⁴ stehen unter Stadtrecht, wie es uns im Wesentlichen im Ottonianum fixiert ist. An der Spitze dieses Städtebundes, — eine einheitliche Stadt ist noch nicht vorhanden, obwohl Wit und Sack in den Bund, wenn auch nicht völlig als gleichberechtigt, aufgenommen sind,⁵ steht der Gemeine Rat. Neben demselben fungieren die einzelnen Weichbildsräte. Der Gemeine Rat übt alle zivilen und militärischen Herrschaftsrechte aus. Ihm sind die Bürger, die vollfrei sind,⁶ und wie ihre Meier von den Herzögen nicht behelligt werden dürfen, mit bede eder met denste eder jenegerleye wis,⁷ unterworfen — obediens et subjecti in collecta, que vulgo schot dicitur, seu contributionibus aliis quibuscunque ac omnibus articulis et casibus et iuribus.⁸ Der Rat legt also Schoß und außerordentliche Steuern auf. Er übt die Legislatur und durch die Bögte, die seine Beamten sind, die Gerichtsgewalt aus. Dem Rat stehen also die Friedepfennige und auch die Abgabe vom Hergewebe und Gerade zu, denn er kann von letzterem dispensieren. Es steht ihm das Befestigungsrecht — widerrechtlich will Herzog Magnus 1349 Befestigungsarbeiten untersagen — und das Geleitsrecht zu. Ebenso ist der Rat im Besitze des Judenschutzes und des Münzrechtes, einzelner Kirchen; die Zölle befinden sich noch nicht unmittelbar in der Hand des Rates, aber doch mittelbar, denn sie sind im Besitze von Bürgern, über die die Stadt die Jurisdiktion hatte. Den Herzögen blieb nur die Obergerichtsbarkeit,

¹ v. Heinemann a. a. D. II, S. 125.

² Vgl. oben S. 123. Urkundenbuch XXVIII, S. 36.

³ Urkundenbuch XXIII, § 9, S. 30. Gerichtsverfassung S. 27.

⁴ Urkundenbuch XLVI.

⁵ Entstehung der Stadt Br. Vgl. oben S. 116. Maß a. a. D. S. 24.

⁶ Urkundenbuch XXII, S. 29.

⁷ Urkundenbuch XLVI, § 2, S. 54.

⁸ Urkundenbuch XXXII, S. 40.

das sehr bedingte Verfügungsrecht über die Zölle, der Patronat¹ über die Katharinenkirche und das fast imaginäre Huldigungsrecht, das um so wertloser war, als die Stadt zugleich im ideellen Besitz des lüneburgischen Hauses war und allen Linien des braunschweigischen Hauses huldigte.

Am Anfang des 15. Jahrhunderts, als die nun geeinigte Stadt auch die Zölle in ihre Hand gebracht hat, nimmt dieselbe eine Stellung ein, die man weder als Land- noch als Reichsstadt bezeichnen kann, denn der Begriff der Landstadt ist doch der, daß die Regierungsrechte nicht dem Rat, sondern dem Landesherrn zustehen, wie wir das in Wit und Saß gesehen haben. In Braunschweig kommt jetzt dem Herzoge keine Regierungsgewalt mehr zu. Die Obrigkeit der Stadt ist der Rat. Dieser übt völlig autonom die Regierungsgewalt aus. Er verfügt über Politik, Krieg und Frieden, er schließt Bündnisse, kurz, er steht in Bezug auf Autonomie hinter dem Rat keiner Reichsstadt zurück. Mit dem Welfenhause steht die Stadt nur noch in losem Verhältnis, gewissermaßen nur in einem kündbaren Bündnisvertrag.² An sie knüpft sie nur die Huldigung und die Stellung unter das fürstliche Hofgericht. Es mußte der Stadt hauptsächlich darauf ankommen, das letztere Verhältnis zu lösen. Faktisch war, wie oben erwähnt ist, die Obergerichtsbarkeit der Herzöge durch die Errichtung des Ratsgerichtes³ beseitigt, aber ideell bestand das Recht noch. Die Stadt mußte die Lösung dieses Verhältnisses anstreben, wenn sie ihr Ziel, Reichsstadt zu werden, erreichen wollte. Sie mußte daher in nahe Verbindung mit den Kaisern treten. Der Aufstand von 1374 trat diesem Entwicklungsgange zwar hemmend entgegen, aber sowie die Neuordnung der städtischen Verhältnisse vollendet war, ging der neue Rat energisch daran, die Reichsstandschafft für die Stadt zu erlangen.⁴ Er trat in enge Verbindungen mit den Kaisern und erlangte von ihnen wichtige Privilegien, so die Bestätigung der Freiheit der Bürger und der Rechte der Stadt und schließlich die Lösung vom Hofgerichte der Herzöge.⁵ Kaiser Sigismund ist

¹ Vgl. auch Urkundenbuch LXXVII, S. 209, § 2, 3.

² Hänfelmann, Chroniken VI, S. XXXV.

³ Gerichtsverfassung S. 52. Vgl. oben S. 311 u. 315.

⁴ Dürre a. a. O., S. 188, 194, 211, 118, 226, 240.

⁵ Urkundenbuch LXV, S. 189. (Wenzel) LXVI, S. 190. (Ruprecht) LVII, S. 192. LVIII, S. 193. LXVIII, S. 193. LXXXI, S. 215. LXXXIV, S. 229. (Sigismund). Spätere Privilegien sind: LXXXV, S. 221. LXXXVI, S. 223. (Albrecht) No. XC, S. 231. CXIX, S. 271. CXX, S. 273. (Maximilian) CXXIV, S. 294. CXXXV, S. 276. (Karl V.) CXLVII, S. 374. (Ferdinand I.) CL, S. 377.

es gewesen, der die Bestrebungen der Stadt in jeder Weise förberte und ihr am 1. Februar 1415 auf dem Konzil zu Konstanz das *privilegium de non evocando* — *ut in quibuscunque causis mere civilibus et etiam criminalibus extra dictum opidum Brunsvicense ad quecunque et qualiacunque forensia et secularia iudicia publica vel privata in spetie vel in genere, salvo nostre majestatis audientiam, trahi seu evocari nequeant* — verlieh.¹ Die Päpste bestätigten dies Privileg.² Die Bürger konnten jetzt also nur vor einem Stadtgerichte belangt werden. fand hier eine Rechtsweigerung statt, so trat aber nicht mehr das herzogliche Hofgericht, sondern das kaiserliche Hofgericht ein. Jetzt standen die Bürger unter dem Kaiser, nicht mehr unter dem Landesherrn. Kaiser Sigismund betrachtete die Stadt als Reichsstadt. Am 8. Dezember 1427³ lud er den Rat ein, im Februar 1428. Vertreter nach Wien zu senden, wo die Kurfürsten und Reichsstände über die Reichsangelegenheiten beraten würden. Damit war die Teilnahme am Reichstag und die Reichsstandschaft erreicht. Als Beweis des erreichten Zieles kann man ansehen, daß im folgenden Jahre am Tage vor Pfingsten fünf Kurfürsten die Stadt aufforderten, das in der Stadt gesammelte Geld zum Hussitenkrieg nach Nürnberg einzusenden.⁴ Auch in kirchlicher Beziehung errang damals die Stadt eine gewisse Autonomie. 1391 wurde sie von den außerhalb der Stadt liegenden Sendgerichten eximiert und in der Stadt ein eigenes geistliches Gericht unter einem Offizial eingesetzt.⁵

Die unter Sigismund erlangte Reichsstandschaft hat die Stadt unter den Nachfolgern desselben nicht behaupten können. Die Stadt war nicht im Besitz eines kaiserlichen Privilegs und so wurde sie später nicht in die Matrifel der Reichsstädte auf-

CLI, S. 379. (Maximilian II.) CLXVII, S. 507. CLXIX, S. 511. CLXX, S. 514. (Rudolf II.) CLXXXI. CLXXXIV, S. 581—587. (Ferdinand II.) CLXXXVII. CXCHI, S. 597—605. (Ferdinand III.) CXC—CCV, S. 639—648 (Leopold I.)

¹ Urkundenbuch LXVII, S. 191. LXVIII, S. 193.

² LXXVIII, LXXIX, S. 212 ff. XCII, S. 233. CIV, S. 243.

³ Urk. No. 627 im St. A. Vgl. Raths, der Stadt Br. Abfertigung I, 349. Dürre a. a. O. S. 211.

⁴ Urkunde im St. Archiv 644d. Es ist wohl nicht Zufall, daß sich die Stadt bald darauf von Albrecht II einen Wappenbrief verleihen ließ. Urkundenbuch LXXXV, S. 221.

⁵ Gerichtsverfassung cap. XI, S. 64. Hänfelmann, Chron. LVI Einf. S. X ff. Urkundenbuch LXXI, S. 195. LXXII, S. 195. LXXIII, S. 197. LXXIV, S. 202. LXXVI, S. 205. CIII, S. 241.

genommen. Hinderlich war auch jetzt die aufstrebende Fürstenmacht und wieder die Uneinigkeit der Bürger. Nur in hartem Kampfe konnte die Stadt 1492 ihre Freiheit gegen die Braunschweiger Herzöge bewahren. Bis 1671 blieb die Stadt Braunschweig im Besiz ihrer Freiheit. Am 12. Juni 1671 hatte ihre Herrlichkeit ein Ende. Sie wurde vom Herzog Rudolf August erobert und eine abhängige herzogliche Landstadt.¹ —

¹ Ein folgender Aufsatz wird die ständischen Verhältnisse und die Verwaltung der Stadt Braunschweig behandeln.

Zur Geschichte des Bergbaues bei Goslar.

Goslar's Bergbau bis 1552. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte des Mittelalters von Dr. C. Neuburg, Privatdozent der Staatswissenschaften an der Universität München. Hannover, Hahn'sche Buchhandlung 1892.

Besprochen vom Oberlandesgerichtsrat G. Bode.

Es kann mit Recht erwartet werden, daß das bezeichnete neu erschienene Werk auch in der Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte einer eingehenderen Besprechung um so mehr unterzogen wird, als auch die Förderung der Geschichte des Bergbaues im Harze, namentlich aber Goslar's, welcher Stadt Entwicklung mit dem Bergbau in sehr nahem Zusammenhange steht, zu den Aufgaben gehört, deren Lösung der Harzverein sich gestellt hat, übrigens aber in der Arbeit Neuburg's auch Verhältnisse einer eingehenden Beurteilung unterstellt sind, welche ein allgemeineres geschichtliches Interesse in Anspruch nehmen, insbesondere die Herrschaftsverhältnisse bezüglich des Bergbaues, besonders auch die des braunschweigischen Fürstenhauses, die Verfassung der Berg- und Hüttenleute und deren Streitigkeiten mit den Gilden und Innungen in Goslar, sowie die Organisation des Gerichtswesens. Diese Verhältnisse sind namentlich in neuerer Zeit Gegenstand kritischer Untersuchungen gewesen, deren Lösungen keineswegs in allen Hinsichten zu einem befriedigenden Resultate geführt haben, so daß es sich wohl empfiehlt, die von Neuburg gefundenen Lösungen dieser geschichtlichen Rätsel einer Beurteilung auf ihre Richtigkeit zu unterziehen.

Zunächst gestatte ich mir, in Bezug auf die Arbeit Neuburg's als Ganzes die Bemerkung, daß es allseitig freudig begrüßt werden darf, daß ein für Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte des Mittelalters ohne Zweifel so hochwichtiger Gegenstand, wie die Geschichte des Bergbaues um Goslar, endlich eine gründliche Bearbeitung erfahren hat. Es erscheint auffällig, daß ein Gegenstand von solcher Bedeutung seit den Arbeiten von F. J. F. Meyer im Anfange dieses Jahrhunderts geradezu Vernachlässigung erfahren hat, obgleich zweifelsohne unter den höheren Beamten des harzischen Bergbaus zu einer zutreffenden Beurteilung der Geschichte des Bergbaus am Harze wohl geeignete Kräfte reichlich vorhanden waren. Mit Freuden ist deshalb eine Arbeit zu

begrüßen, welche unter gewissenhafter Benützung des einschlagenden, bislang nur unzulänglich bekannten oder gänzlich unbekannten geschichtlichen Materials des Stadtarchivs zu Goslar in allen wesentlichen Stücken und unter Berücksichtigung der neueren Ergebnisse geschichtlicher Forschung in der Geschichte von Goslars Bergbau bis 1552 eine Lücke in der Kenntnis dieser Verhältnisse schließt.

Es kann an diesem Orte meine Aufgabe nicht sein, die gesamten Ergebnisse der Forschungen Neuburgs zu besprechen, da der für diesen Zweck benötigte Raum das Maß überschreiten würde, welches mir zu einer Besprechung zu Gebote steht, ich muß mich vielmehr bescheiden, nur in betreff einiger wichtiger Punkte Neuburg's Anschauungen zu begutachten.

Zunächst sei mir für meine eigene Person, welche in dem Vorworte des Werkes erwähnt wird, die Bemerkung gestattet, daß, wenn es auch nicht angängig erschien, in dem ersten Teile des jetzt in Druck befindlichen Urkundenbuchs der Stadt Goslar die Urkunden des Stadtarchivs zu Goslar nach den jetzigen Archivnummern anzugeben, weil zur Zeit, als die Sammlung der Urkunden erfolgte, die Ordnung des Stadtarchivs noch nicht durchgeführt war, diese Bezeichnung doch in den folgenden Teilen des Urkundenbuchs eintreten wird, sodaß, da der zweite Teil schon mit dem Jahre 1251 beginnen wird, die von Neuburg in seinem Werke benutzten und nach den Archivnummern bezeichneten Urkunden unter diesen Nummern auch in dem Urkundenbuche gefunden werden können, mit den wenigen Ausnahmen, welche aus der Zeit vor 1251 herrühren.

In dem ersten Abschnitte seines Buches behandelt Neuburg die äußere Geschichte des Rammelsberger Bergbaues bis 1552. Er theilt diesen Abschnitt in vier Zeiträume, indem er im ersten Kapitel die Zeit vom Beginn des Bergbaues bis zur Verleihung des Bergregals an Herzog Otto von Braunschweig 1235, im zweiten Kapitel die Zeit von 1235 bis zum Erwerb des Zehnten durch die Sechsmannen 1359, im dritten Kapitel die Zeit von 1359 bis zur Begründung der ersten Gewerkschaft durch die Stadt 1407 und im vierten Kapitel die Zeit von 1407 bis zum Abschluß des Niechenberger Vertrages 1552 bespricht.

Zunächst ist es als ein unbestreitbares Verdienst Neuburgs zu bezeichnen, daß derselbe das Wertverhältnis älterer Schriftsteller über Goslars Bergbau, namentlich Ch. W. von Dohm und F. J. F. Meyer richtig stellt. Wer sich mit der Geschichte Goslars, namentlich durch Quellenstudium, eingehender beschäftigt, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß, wie Neuburg richtig urteilt, Ch. W. von Dohm ein völlig unzuver-

lässiger Schriftsteller ist, welcher seine auf angeblich archivalischen Studien beruhenden Angaben zum großen Teil aus den Prozeßschriften der Stadt Goslar gegen den Herzog Heinrich den jüngern von Braunschweig, einer den Umständen nach höchst bedenklichen Quelle, teilweise anscheinend aus den Nachwerken des bekannten Fälschers von der Harbt entnommen hat. Diesem Schriftsteller als Autorität zu folgen, erscheint daher wenig angebracht. Freilich ist auch die Forschung von F. J. F. Meyer von Irtzhütern nicht frei, immerhin erweist derselbe sich doch als ein unvergleichlich zuverlässigerer Schriftsteller wie von Dohm.

Die älteste Geschichte des Bergbaues bis zum Jahre 1235 ist von Neuburg durchaus sachgemäß dargestellt. Er kommt zum Schluß des Kapitels zu dem Resultat, daß, wenn im Jahre 1235 der K. Friedrich II. dem Herzoge Otto von Braunschweig *decimas Goslariae imperio pertinentes* als Reichslehen verlieh, damit das Reich, da jene Belehnung die Uebertragung sämtlicher aus dem Bergregal abgeleiteten Rechte, z. B. die Gerichtshoheit, in sich schloß, nicht nur alle Einkünfte aus dem Bergbau, sondern auch alle direkten Beziehungen zu demselben verloren habe. Neuburg hat damit die Bedeutung der Verleihung von 1235 an den Herzog Otto von Braunschweig richtig erkannt. Mit Recht führt Neuburg weiter aus, die Herzöge von Braunschweig hätten mit dieser Verleihung die ganze Bergheheit erhalten und sie ausgeübt. Diesem für die ganze geschichtliche Entwicklung des Bergbaues am Harze ebensowohl wie für die Reichs- und für die Landesgeschichte der braunschweigischen Lande höchst wichtigen Resultate ist durchaus zuzustimmen. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß Neuburg bei der Wichtigkeit dieser die Grundlage für die gesamte Fortentwicklung des Bergbaues am Harze bildenden geschichtlichen Thatsache ihr zweifelloses Bestehen durch eine weitere begründete Ausführung gegen gewichtige Zweifel, welche in einschlägigen Forschungen neuerer Zeit von berufener Seite geltend gemacht sind, sicher gestellt hätte. Es wäre zu diesem Zwecke vielleicht eine noch eingehendere Würdigung der Politik in Ansehung des Reichslandes Goslar seitens der deutschen Könige, eine Feststellung, was das Reich im Jahre 1235 noch an diesem Reichslande, insbesondere am Bergbaue besaß, andererseits ein näheres Eingehen auf die Besitzverhältnisse des herzoglichen Hauses Braunschweig um diese Zeit am Harze, sowie ein Nachweis, daß nichts anderes als die Vergabung von 1235 die Grundlage für die Herrschaft der Herzöge von Braunschweig in Ansehung der Bergwerke bei Goslar sein kann, erwünscht gewesen. Aber wenn sich auch der Beweis für die Richtigkeit der aufgestellten Annahme, in der Vergabung von

1235 mit den Bergzehnten von Goslar sei den Herzögen von Braunschweig die Hoheit verliehen, noch schlüssiger als geschehen geführt werden kann, dürfte doch auch durch die von Neuburg gefundenen Feststellungen diese Annahme getragen werden. Neuburg verweist in erster Linie auf den Umstand, daß im Jahre 1271 Herzog Albrecht von Braunschweig im Besitze des Bergregals wirklich erscheine, indem derselbe am 25 April 1271 eine Bergordnung für den Harz erlassen habe. Diese Thatsache kann auch nicht zweifelhaft erscheinen. Die Bergordnung selbst ist uns zwar nicht im Original erhalten geblieben, vielmehr ist dieselbe nur in Abschriften auf uns gekommen, deren zeitliche Herstellung später als 1271 erfolgt ist, wenn auch nicht so spät, wie Neuburg angiebt (im Beginn des 15. Jahrhunderts). Der Inhalt selbst erscheint aber dieserhalb hinsichtlich seiner Richtigkeit nicht in Frage gestellt werden zu können, um so weniger, als einzelne Bestimmungen dieser Bergordnung wörtlich Aufnahme in das spätere Bergrecht von Goslar gefunden haben und der Rat der Stadt die Bergordnung doch als ein wichtiges Archivstück angesehen hat, welches er für wert hielt, aufbewahrt zu werden. Was Neuburg über die Datierung dieser Bergordnung sagt, erscheint völlig zutreffend, und auch seinen Ausführungen über die Art des Zustandekommens derselben kann man im allgemeinen zustimmen. Der Herzog Albrecht verkündete als Inhaber des Bergregals, als Bergherr, die Bergordnung, welche Rechtsbestimmungen, wie sie lange Zeit in Geltung gewesen waren, enthielt, deren Gültigkeit die betheiligten Berggenossen, unter welchen sich auch die Stadt Goslar als Vertreterin ihrer am Berge berechtigten Bürger befand, anerkannt hatten.

Wenn damit die Bergherrschaft der Herzöge von Braunschweig im Laufe des 13. Jahrhunderts nachweislich vorhanden ist, so führt Neuburg zum Nachweise des Fortbestehens derselben in der späteren Zeit vollständig richtig aus, daß aus der Belehnung zunächst der Herren von der Gomische im Jahre 1296 mit dem Bergzehnten am Rammelsberge nebst dem Gerichte, sodann aus der Belehnung der Sechsmannen des Rammelsberges seitens der Herzöge im Jahre 1359 mit demselben Objecte zweifellos folge, daß die Herzöge von Braunschweig auch das Bergregal besaßen haben. Es kann nach dem massenhaften urkundlichen Material des 14. Jahrh. im Archiv zu Goslar, welches die Bergverhältnisse betrifft, nicht den geringsten Zweifel leiden, daß das Gericht oder die Gerichte, wie der Ausdruck ab und zu lautet, welche die Herzöge an die Herren von der Gomische, später an die Sechsmannen des Berges zu Lehn gegeben hatten, das Berggericht, also alles Gericht, was sich auf bergrechtliche

Verhältnisse bezog, begriff. Ist dies aber der Fall, hatten die Herzöge die Gerichtshoheit, so waren sie auch im Besitze des Bergregals. Daß der Sachverhalt so war, ist nicht eher bestritten, bis in der Mitte des 16. Jahrhunderts der Streit der Stadt Goslar mit dem Herzog Heinrich dem jüngern von Braunschweig über die Bergwerke entbrannte. Es kann vielleicht durch die derzeitigen Verhältnisse erklärlich gefunden werden, daß die schwer geschädigte Stadt sich des unlauteren Weges im prozeßualischen Verfahren bediente, zu bestreiten, daß den Herzögen jemals eine Berghoheit, das Berggericht zugestanden habe, indem sie behauptete, den Herzögen habe nur ein Zehntengericht gehört. Die bare und klare Unrichtigkeit dieser Behauptung geht aus der Erwägung hervor, daß die das Berggericht derzeitig besitzende Stadt dasselbe aus abgeleitetem Rechte besaß, indem sie die das Berggericht im Lehenbesitze habenden Sechsmannen des Berges ausgekauft hatte.

Wenn nun aber das Gericht, welches die Stadt von den Sechsmannen erworben hatte, das Berggericht war, wenn letztere mit diesem Gerichte von den Herzögen belehnt waren, so mußten die Herzöge doch auch das Berggericht, also die Berghoheit besessen haben. Dieser richtige Sachverhalt ist in den Geschichtsquellen klar zu verfolgen, und es ist zu bedauern, daß auf Grund von angeblichen Autoritäten, wie von Dohm, unrichtige Darstellungen des betreffenden Verhältnisses auch in die neuere geschichtliche Litteratur eingeführt sind.

Wenn man nun mit dem begründeten Resultate, welches Neuburg zur Geltung bringt, sich völlig einverstanden erklären kann, so sind in der Darstellung desselben doch einzelne Punkte vorhanden, welche der Richtigstellung bedürftig sind.

So, um ein Beispiel zu wählen, ist mir nicht ersichtlich, wie er bei der besprochenen richtigen Darstellung über das Berggericht des Rammelsberges zu den Herzögen von Braunschweig nach wie vor bei der damit in Widerspruch stehenden Annahme verharren kann, das Berggericht sei das im späteren Bergrechte mehrfach erwähnte Gericht *over deme watere*, das *judicum trans aquam* der Urkunde von 1290. Diese Annahme kann nicht richtig sein, weil ja das Gericht über dem Wasser die kleine Vogtei bildete, welche die Stadt im Jahre 1348 von den Grafen von Regenstein, welche mit denselben unmittelbar vom Reiche belehnt waren, erworben hat. Wenn dieses Gericht den Grafen von Regenstein zustand, so konnte es nicht das Berggericht sein, welches derzeitig die Sechsmannen des Rammelsberges von den Herzögen von Braunschweig zu Lehn hatten.

Der Verfasser hat sich anscheinend allzusehr an Weiland's Darstellung über das Wesen des *judicium trans aquam* in den Hanfsichen Geschichtsblättern 1886 S. 49 ff. angeflammt, welche Darstellung gänzlich zu verwerfen ist. Das Gericht über dem Wasser, die kleinen Gerichte Goslar's haben in Wahrheit mit dem Berggerichte ganz und gar nichts zu thun. Wie aus den Geschichtsquellen Goslar's zweifellos festzustellen ist, waren die kleinen Gerichte, insbesondere auch das Gericht über dem Wasser, von dem Berggerichte durchaus verschiedene und getrennte Gerichte und bereits aus der Einleitung des im Druck befindlichen ersten Theils des Urkundenbuchs der Stadt Goslar ist zu ersehen, daß die kleinen Gerichte, von welchen die Geschichtsquellen Goslar's reden, außerhalb der Thore der Stadt Goslar belegene Gerichte waren, welche in einer gewissen Selbständigkeit bezüglich des Gerichtswesens im Gegensatz zu dem Stadtbezirke standen und daß das Gericht über dem Wasser insbesondere der Bezirk war, welcher sich zwischen dem Bezirke des Berggerichts und der Stadt Goslar befand und sich um das jetzt eingegangene „Bergdorf“ und die Kirche des hl. Johannes des Täufers daselbst gruppierte.

Der sorgfältigen Art, mit welcher der Verfasser die vorhandenen Geschichtsquellen benutzt hat, ist übrigens volle Anerkennung auszusprechen, und die klare Darstellung, welche die äußere Entwicklung des Bergbaues erhalten hat, ist zweifellos dieser Sorgsamkeit und Gründlichkeit zu danken. In klarer Weise ist die Politik der Stadt Goslar gegenüber dem braunschweigischen Fürstenhause bezüglich der Bergwerksverhältnisse entwickelt, die Notwendigkeit dargelegt, durch welche die Stadt auf den Erwerb der Bergwerke und der Berghoheit in Ansehung derselben hingewiesen war. Soweit das Streben der Stadt, dieses Ziel zu erreichen, durch einzelne Thatfachen urkundlich hervortritt, ist das Vorgehen der Stadt von Staffel zu Staffel anschaulich dargestellt. Der Verfasser führt in den Kap. 2 und 3 des I. Abschnitts die gesamte Entwicklung der äußeren Geschichte des Bergbaues seit der Verleihung der Bergzehnten an das Haus Braunschweig bis zu der Zeit durch, in welcher die Stadt Goslar die Bergherrschaft für sich gewonnen hatte, anschaulich vor, jeder Abschnitt der Entwicklung tritt klar heraus und erfährt eine ausgiebige Besprechung. Es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, jedenfalls sehr erwünscht, wenn der Verfasser auch auf die in vielen Beziehungen völlig gleichartige Entwicklung, welche die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse in Ansehung des mit dem Bergbau in den nahesten, ja unzertrennlichsten Beziehungen stehenden Waldes um Goslar erfahren haben, näher eingegangen

wäre. Er hätte alsdann eine fernere Stütze für seine Anschauung erhalten, daß mit der Vergabung der Bergzehnten an das herzogliche Haus Braunschweig das letztere auch die Berghoheit gewonnen haben müsse. Doch bin ich weit entfernt, aus diesem Unterlassen dem Verfasser einen Vorwurf zu machen, da derselbe möglicherweise absichtlich diese Hinweisung unterließ, welche das weitere Heranziehen eines erheblichen urkundlichen Materials erforderlich machte.

In betreff der Ausführungen des Verfassers über die Vergordnung des Herzogs Albrecht vom 25. April 1271 sei zunächst bemerkt, daß dem Abdrucke derselben bei Wagner corpus juris metall. S. 1021 ff. möglicherweise und wahrscheinlich die der Handschrift des Bergrechts im Stadtarchive zu Goslar beigelegte Abschrift der Vergordnung, welche Neuburg nicht bekannt gewesen ist, zu Grunde liegen wird. Der Umstand, daß die alte Vergordnung von 1271 dem später verfaßten Bergrechte, und zwar der offiziellen Ausschrift desselben des Rats zu Goslar beigelegt wurde, ist übrigens für die Werthschätzung jener älteren Vergordnung von besonderer Bedeutung, da durch diesen Umstand gerade von der Seite, welche ein Interesse daran haben könnte, daß Herzog Albrecht nicht als Bergherr angesehen würde, dem Räte zu Goslar, die für das ältere Bergrecht höchst bedeutsame Urkunde in ihrer Richtigkeit frühzeitig bestimmt anerkannt ist. Neuburg hat das Wesen und die Art der Entstehung der Vergordnung des Herzogs Albrecht richtig erkannt. Sie ist als eine Festsetzung der nach und nach in dem gesamten Waldgebiete des alten Reichsgebiets von Goslar bezüglich des Bergbaues gültig gewordenen Gewohnheitsrechte anzusehen, an deren Feststellung alle derzeitig an dem Waldgebiete und insonderheit an dem Bergbau Beteiligten, Fürsten, Herren und Gewerke Anteil hatten, deren Sanction aber durch den Bergherrn, den Herzog Albrecht, erfolgte. Dieses Recht galt, wie Neuburg richtig darstellt, für den ganzen Waldbezirk und Bergbaubezirk von Goslar, gleichwie für diesen ganzen Bezirk auch das spätere Bergrecht von Goslar Gültigkeit hatte. Das noch in der Bibliothek des Oberbergamts zu Clausthal verwahrte Exemplar des neueren Bergrechtes von Goslar, eine Pergamenthandschrift von 25 Blättern in 4^{to}, am Schlusse mit der Jahreszahl MCCCLIX versehen, läßt deutlich erkennen, daß diese Handschrift des Bergrechtes, welche als „Dath Berchrecht Forstdingk“ bezeichnet ist (Bibl. des Oberbergamts G. II, 1) als praktisches Gesetzbuch in dem Forstbuche benutzt ist. Es sind ihm in einer Papierhandschrift in 4^{to}, S. 2—14 die Statute und Sattungo des forstdinges und Bl. 15—61 die Protokolle desselben ange-

bunden. Letztere, aus den Jahren 1491 und den folgenden bis 1552 herrührend, geben interessante Nachrichten über die zwischen Goslar und den Herzögen von Braunschweig über die Hoheitsrechte in betreff der Forsten bestehenden Streitigkeiten. Auch in betreff der Hoheit über die Forsten scheint das ursprüngliche Rechtsverhältnis, daß die Forsten und ihre Hoheit seit 1235 den Herzögen von Braunschweig zustanden, daß die Stadt Goslar die wesentlichsten Teile dieser Forsten später von den Herzögen zu Pfandbesitz erhalten hatte und aus diesem Rechte auch die Gerichtshoheit ausübte, absichtlich verdunkelt zu sein.

Der Verfasser hat auch die ferneren Schicksale des braunschweigischen Bergregals anschaulich zur Darstellung gebracht: wie durch die Ohnmacht des in einer großen Anzahl von Linien in späterer Zeit zerteilten Fürstenhauses und die häufigen Notlagen der einzelnen Anteilhaber an den Hoheitsrechten am Rammelsberge schließlich die Veräußerung der betreffenden Rechte, soweit sie den Rammelsberg und den dortigen Bergbau betrafen, erfolgte. Der Zehnte am Rammelsberge nebst den Hoheitsrechten über denselben wurde zu Ausgang des 13. Jahrhunderts gegen Zahlung von 800 Mark Silber an Hermann von der Gomische zu Lehn fortgegeben. Seit dieser Zeit war der Stadt Goslar die Gelegenheit gegeben, dieses wertvolle Gut für sich zu erwerben und sich zu erhalten, wenn nur die rechten Eigentümer schwach genug blieben, sodaß sie den Pfandschilling nicht zurückerstatten konnten. Die erste Staffel, auf welcher die Stadt Goslar das Ziel ihrer Politik erreichte, war der Erwerb des Zehnten und der Hoheitsrechte durch die Sechsmannen des Rammelsberges im Jahre 1356, welche die Herren von der Gomische auskauften und nunmehr im Jahre 1359 von den Herzögen mit diesen Gütern belehnt wurden. Der Verfasser hat dann für die Geschichte des Ueberganges der Pfandstücke in den Besitz des Rats zu Goslar ein umfangreiches Material in seinem Buche niedergelegt. Im Jahre 1379 ist der Rat faktisch im Besitze des Zehntes und der Hoheitsrechte. Die weitere Entwicklung der äußeren Geschichte des Rammelsberger Bergbaues ist in eingehender und richtiger Weise geschildert.

Einen besonderen Anhang widmet der Verfasser dem Bergrechte aus der Mitte des 14. Jahrhunderts. Die von Neuburg gegebene Charakteristik sowie die Lösung der Frage über die Zeit der Entstehung desselben erscheinen zutreffend. Nur darin dürfte Neuburg irren, wenn er behauptet, auch nach dem Erwerbe der Vogtei durch die Stadt im Jahre 1290 sei der Vogt noch als königlicher Beamter aufzufassen. Daß er auch nach dieser

Zeit noch unter dem Königsbanne richtet, kann ihm die Qualität eines königlichen Beamten ebenso wenig geben als die Erhebung des Kupferzolls von den Hütten im Jahre 1367. Seitdem die Stadt im Jahre 1290 die Vogtei erworben hatte, war der Vogt ihr Vogt, ein städtischer Beamter, welcher als Stadtvogt, welchem der Königsbann erteilt war, richtete, und auch die Aufnahme des Kupferzolls hatte er seither als Stadtvogt zu besorgen, welchem die Erhebung überwiesen war.

In einem zweiten Hauptabschnitte behandelt der Verfasser den Betrieb, die Verfassung und die Verwaltung des Bergbaues. In dem ersten Kapitel bespricht der Verfasser die Verhältnisse des Eigentums und Besitzes am Bergwerksgute, insbesondere die Regalrechte und unterwirft alsdann in den beiden folgenden Kapiteln die Geschichte des Betriebes einer sehr eingehenden Darstellung, zunächst des Betriebes des Bergbaues, sodann des Hüttenbetriebes, wobei er die gleichartigen Entwicklungen in anderen Bergbaubistrikten in Rücksicht zieht. Alsdann geht der Verfasser im vierten Kapitel zur Darstellung der Verfassung der Berg- und Hüttenleute über. Wie diese Verfassung bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts beschaffen gewesen ist, ist auch dem Verfasser zu entdecken verschlossen gewesen, da Nachrichten in keiner Weise erhalten sind. Auch Neuburg kann hierüber nur Vermutungen aussprechen, wenn er mitteilt, daß der Bergbau in ältester Zeit wahrscheinlich durch unfreie Arbeiter für Rechnung der kaiserlichen Kammer betrieben sei, daß dann aber später der Bau für letztere aufhörte und die Belehnung freier Bergleute mit einzelnen Gruben gegen Zahlung von Abgaben begonnen habe. Wie ihre genossenschaftliche Verfassung beschaffen gewesen ist, läßt sich erst aus verhältnismäßig später Zeit erweisen. Zuerst im Jahre 1219 wird aus dem Privileg K. Friedrichs II. das Bestehen dieser Genossenschaft, der *silvani* bekannt, welche besondere Rechte haben. Mit Recht weist Neuburg darauf hin, daß diese Genossenschaft schon nach dem Privileg K. Friedrichs II. in einem besonderen Gegensatz zu den Stadtbewohnern gestanden haben muß und daß dieser Gegensatz durch die Weggabe des Bergzehnten und der Hobeitzrechte an die Herzöge von Braunschweig nur Verschärfung erfahren hat. Man kann der Annahme Neuburgs, daß die Korporation der *Silvani* und *Montani* auch bis zur Schlichtung der zwischen ihnen und der Stadt Goslar entstandenen Streitigkeiten im Jahre 1290 in gewisser Selbstständigkeit der Stadt Goslar gegenüber gestanden habe, nur beipflichten, wird aber die Bestimmung der Uebereinkunft von 1290: *judicium trans aquam in tali jure stet et permaneat, sicuti fuit, priusquam burgenses prefate*

civitatis hoc iudicium sibi adsumerent et usurparent noch schärfer, als solches von Neuburg geschehen ist, dahin zu verstehen haben, daß das Gericht jenseits des Wassers, nämlich das Gericht, welchem die Montani und Silvani unterstanden, frei von der Designahme der Stadt Goslar sein und bleiben solle. Es ist aus den Geschichtsquellen Goslars festzustellen, daß die Stadt Goslar bestrebt war, dieses Gericht an sich zu bringen. Nachdem der Rat schon 1315 mit der kleinen Vogtei, zu welcher das iudicium trans aquam gehört, von dem Grafen Ulrich von Regenstein sich hatte belehnen lassen, erkaufte er dieselbe im Jahre 1338 für 40 Mark und erreichte die definitive Abtretung der letzteren durch die bekannte Urkunde des Grafen Heinrich von Regenstein vom 30. März 1348. Aber die ersten Anfänge des Vorgehens der Stadt gegen das Sondergericht jenseits des Wassers liegen früher. Zweifellos ist aus der Uebereinkunft von 1290 zu entnehmen, daß zu dieser Zeit die Stadt Goslar das Gericht jenseits des Wassers in Besitz genommen hatte und diesen Besitz durch die fr. Uebereinkunft wieder aufgeben mußte. Die Zwistigkeiten, welche zwischen den Wald- und Hüttenleuten und der Stadt Goslar im Jahre 1290 entstanden waren, hatten anscheinend gerade in dem Umfande die Veranlassung, daß die Stadt beschwerend für die Wald- und Hüttenleute die Selbstständigkeit des Gerichts der letzteren angegriffen hatte. Letztere fühlten sich beschwert, daß ihre Selbstständigkeit bezüglich des gesonderten Gerichts- und Verwaltungswezens dadurch geschmälert werden sollte, daß die Stadt Goslar durch Auskauf der mit der Vogtei nebst Gericht Belehnten Herrin derselben wurde und dadurch drückende Gewalt über die Korporation bekäme. Es ist darauf hinzuweisen, daß das Streben der Stadt Goslar in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts darauf gerichtet war, das zersplitterte Reichsgut für sich zu erwerben und fruchtbar zu machen. Dieses Streben richtete sich nach den verschiedensten Seiten der vorgenommenen Zersplitterung. In erster Linie war es gerichtet auf den Erwerb der Vogtei über die Stadt (große Vogtei), welche vom Reiche an die Herzöge von Sachsen verlehnt, von diesen an den Grafen von Wolkenberg verasterlehnt war. Wir wissen, daß dieses Streben im Jahre 1290 von Erfolg gekrönt war, die Stadt erwarb diese Vogtei. Aber eine weitere Zersplitterung des Reichsguts um Goslar war durch Abtrennung der sog. kleinen Vogtei, der kleinen Gerichte, zu welchem das Gericht jenseits des Wassers gehörte, erfolgt. Diese kleine Vogtei umfaßte das außerhalb der Stadt gelegene Gebiet des bisherigen Reichslandes bis an den Wald, sie war vom Reiche an die Grafen von

Regenstein verlehnt. Es ist erklärlich, daß das Streben der Stadt Goslar darauf gerichtet war, ihr Herrschaftsverhältnis auch auf dieses Gebiet auszudehnen, weil vielfache Beziehungen die Stadt zu diesem Gebiete und ihren Bewohnern vorhanden waren, welche eine unmittelbare Einwirkung auf diese für die Interessen der Stadt wünschenswert machten. Ueberdies bildete dieses Gebiet ein Zwischenglied zwischen der Stadt und dem hinterliegenden Berglande, den Bergwerken und der Walzmark, auf deren Erwerb, seit 1235 von dem Reichsgebiete abgesplittert, die Stadt Goslar schon frühzeitig ihr Augenmerk gerichtet haben wird, wenn auch ihr bethätigtes Streben nach dem Erwerbe dieser alten Reichslandstücke erst im Laufe des 14. Jahrhunderts klar ersichtlich ist.

Den Vergleich von 1290 zwischen Walz- und Hüttenleuten einerseits und der Stadt Goslar andererseits wird man daher vorzugsweise aus der thatsächlichen Unterlage anzusehen haben, daß die Stadt Goslar bereits 1290 den Versuch gemacht hatte, durch Erwerb auch der kleinen Vogtei ihren Herrschaftsbezirk auszudehnen, daß dieser Versuch aber an dem energischen Widerstande der in der kleinen Vogtei vorzugsweise angehörenden und berechtigten Silvani et Montani, welche sich durch ein Herrschaftsverhältnis der Stadt Goslar in ihren Sonderrechten für bedroht hielten, scheiterte. Es ist im übrigen richtig, wenn Neuburg annimmt, daß die Korporation der Walz- und Hüttenleute auch nach 1290 gewissermaßen als selbständige Gemeinde neben der Stadt bestand. Wir haben sie eben als Außengemeinde, welche in der kleinen Vogtei ihren Sitz hatte, anzusehen. Ihre Selbständigkeit mußte mit dem um die Mitte des 14. Jahrhunderts trotz der Vertragsbestimmungen von 1290 ausgeführten Erwerb der kleinen Vogtei durch die Stadt verloren gehen, welche die Korporation wie in der Selbständigkeit in Gerichts- und Verwaltungssachen in der kleinen Vogtei, so auch in der Herrschaft über die Bergwerke völlig verdrängte.

Die innere Verfassung der Korporation der Silvani et Montani nach Mitgliedschaft und Vorständen, welche in den Sechsmannen frühzeitig hervortreten, hat durch den Verfasser eine eingehende und zutreffende Schilderung erfahren, gleichwie auch die Stellung des Bergmeisters und Richters als Beamten des Regalherrn und dessen Lehnträgers völlig zutreffend aufgefaßt ist.

In sehr ausführlicher Weise ist ferner die Genossenschaftsverfassung seit dem Jahre 1407, insbesondere auch in ihren Veränderungen durch den Rückkauf der Regalrechte seitens des Herzogs Heinrich des Jüngeren behandelt.

Nicht völlig verständlich ist mir die S. 311 von Neuburg gemachte Angabe über den Inhalt einer Urkunde der Herren von Steinberg vom 1. Nov. 1372, laut welcher dieselben dem Räte zu Goslar eine Schuldschreibung über 200 Mark, welche von den Sechsmannen des Rammelsberges ausgestellt war, überweisen. Neuburg meint, die Herren von Steinberg haben bei dieser Gelegenheit den Rat zu Goslar zugleich in ihrer Herren, der Herzöge Albrecht und Otto von Braunschweig, forstdinghe unde gerichte eingewiesen. Er giebt an, ob mit diesem Forstdinge das Berggericht gemeint sei, müsse sehr zweifelhaft erscheinen, da dieses unzweifelhaft 1359 bereits den Sechsmannen übertragen gewesen sei und wenn auch 1360 bei Aufnahme des Darlehens von 200 Mark den Herren von Steinberg neben anderen Wertobjekten auch der Zehnten als Sicherheit gesetzt sei, so erkläre dies doch den erwähnten Wortlaut kaum genügend, es erübrige daher nur die Annahme, daß die Stadt damals neben dem Erwerbe einer Forderung von zweifelhaftem Werte, diese aber gut bezahlt hatte, als Daraufgabe noch die Rechte erhielt, welche die Herren von Steinberg von den Herzögen in Bezug auf das Forstding und Gericht früher erhalten hatten.

Es ist mir, wie gesagt, nicht recht verständlich, wie Neuburg zu dieser Angabe auf Grund der fr. Urkunde hat gelangen können. Die Urkunde der von Steinberg vom 1. Nov. 1372 besagt gar nicht, daß sie den Rat zu Goslar neben Ueberweisung der ihnen von den Sechsmannen des Rammelsberges verbrieften 200 Mark zugleich in ihrer Herren, der Herzöge, Forstding und Gerichte eingewiesen haben, sie bekundet vielmehr mit klaren Worten, daß die von Steinberg dem Räte zu Goslar den Brief, welcher die Sechsmannen des Rammelsberges über 200 löthige Mark für sie ausgezahlt haben, übergeben haben und — dat we den vorgenanten rad vor der hochebornen fürsten, unser herren, hertoghen Albrechtes unde hertoghen Otten, hertoghen to Brunswich, vorstdinghe unde gerichte by unsem Knechte Boden hebbet ghesat an de stücke unde on des gheantwordet laten, de uns an dem vorscrevenen breve der vorbenomden sesmanne vorbrevet unde vorwillekoret sind in alleme rechte, also uns de vorbrevet . . . sint. Also es wird dort gesagt, die von Steinberg haben diese Angelegenheit vor dem herzoglich braunschweigischen Forstdinge betrieben und in diesem Gerichte den Rat als neuen Erwerber der Forderung in den Pfandbesitz, die rechte Were, der Pfandstücke gesetzt. Wie die ursprüngliche Schuldburkunde vom 28. März 1360 ersieht läßt, war die Schuld und deren Zins bewiset an usen drifhütten unde verschütten, an

useme deste, an des berges kopperroke unde an user der sesmanne huse. Diese Pfandstücke lagen zum größten Theile im braunschweigischen Walbe oberhalb Goslar und unterstanden dieserhalb der Gerichtsbarkeit des braunschweigischen Forstbingses, dessen Eigenschaft als braunschweigisches Gericht hiernach für das Jahr 1372 völlig zweifellos gestellt wird. Es wird mithin in der besagten Urkunde in keiner Weise eine Berechtigung an dem Forstbings oder sonstigem Gerichte von den von Steinberg mitvergaht.

In einem fünften Kapitel bespricht der Verfasser die Organisation der Verwaltung. Es ist Neuburg gewiß beizustimmen, wenn derselbe behauptet, in früheren Zeiten, also vor der Zersplitterung des Reichslandes, sei der Reichsvogt unzweifelhaft bei der Verwaltung des Bergbaues thätig gewesen, und wenn derselbe die von Weiland (Ganfsche Geschichtsbl. 1885 S. 47) aufgestellte Vermuthung, der Bergrichter sei aus einem der vier judices des Privilegs von 1219 hervorgegangen, als unzutreffend zurückweist. Die vier judices sind ohne Zweifel die in den späteren Geschichtsquellen als Richter vielfach auftretenden Schultheissen, sie sind ausschließlich im eigentlichen Stadtbezirke thätig und haben mit Bergsachen nichts zu schaffen. Der Waldbezirk war wenigstens seit 1235 gegen die Stadtseite völlig geschlossen, er gehörte seit dieser Zeit zum neubegründeten und geschlossenen Herzogthum Braunschweig und Lüneburg, der Bergrichter und Bergmeister war, so lange die unmittelbare Herrschaft der braunschweigischen Herzöge über die früher reichsländische Waldmark bestand, ein Beamter der Herzöge, ein Wechsel trat erst ein, als gegen Ausgang des 13. Jahrhunderts der bis dahin braunschweigische Rammelsberg und im 14. Jahrhundert die bis dahin braunschweigische Waldmark auf Wiederkauf veräußert wurde, mit welchen Zeitpunkten die Grundstücke unter andere, wenn auch nur abgeleitete Herrschaft kamen, bis das ältere Verhältnis durch Einlösung der Pfandstücke wieder zur rechtlichen und thatsächlichen Geltung kam. Dieser einfache Sachverhalt ist auf Grund der Geschichtsquellen nicht mehr zu bezweifeln.

Der sonstige Sachverhalt bezüglich der Organisation der Verwaltung ist von dem Verfasser eingehend besprochen und sind gegen die Ausführungen in dieser Hinsicht Einwendungen nicht zu erheben.

Nur das Schlußkapitel des ganzen Werkes, welches die Organisation des Gerichtswesens behandelt, erfordert nochmals eine eingehendere Besprechung. An die Spitze seiner betreffenden Ausführungen hat Neuburg den völlig richtigen Satz festgestellt, daß die Lösung der Gerichtsbarkeit in Bergwerksangelegen-

heiten aus der Reichsvogtei sich einfach aus der Belehnung Ottos mit den Regalrechten erkläre. Er hätte diese Annahme nur noch etwas näher begründen sollen, und diese Begründung würde er durch den Hinweis haben liefern können, daß, wie ich soeben bereits hervorgehoben habe, im Jahre 1235 das Herzogthum Braunschweig und Lüneburg neu begründet und demselben aus kaiserlicher Gnade die dem Reiche bislang zuständig gewesenem Bergzehnten von Goslar beigelegt waren. Sie waren deshalb ein Teil des neuen Herzogthums und mit diesem untrennbar geschlossen gemacht. Gehörte nun, wie Neuburg annimmt, zu diesen Bergzehnten nicht allein der Zehnten, sondern, wie er nachgewiesen hat und wie noch viel eingehender und durchschlagender aus dem gesamten Urkundenthum Goslars nachzuweisen ist, die gesamte Gerichtsbarkeit, soweit die Walbmark von Goslar nach der früheren Zentralstelle bergzehntenpflichtig gewesen war, so schloß das verliehene Regalrecht auch die Herrschaft über das zehntpflichtige Walbland in sich und inkorporirte dasselbe dem neuen Herzogthume.

Der ganze Walbbezirk unterstand seit dieser Zeit der herzoglichen Gerichtsbarkeit. Für dieses braunschweigische Walbland war der herzogliche Förster der Richter, das Forstbding das Gericht für das ganze braunschweigische Walbland. In der Bergordnung des Herzogs Albrecht von 1271 ist ein besonderes Gericht für den Rammelsberg noch nicht ersichtlich. Neuburg ist zwar der Ansicht, daß, wenn in der Bergordnung mehrfach Gerichte und Richter erwähnt worden, solche nach den Gegenständen, welche in Frage stehen, es handelt sich um die Beschlagnahme von Wagen und Körben und den Beweis über gezahlte Grubenkost, unbedingt für das Berggericht und den Bergrichter gehalten werden müssen. Allein diese Ansicht ist in ihrer Richtigkeit sehr zu bezweifeln, die unbedingte Hinstellung dieser Ansicht ist jedenfalls zurückzuweisen. Ueber die für den ganzen Forst zutreffenden Gerichte bestimmt die Ordnung gleich im Eingange. Für alle, welche sich im Walbe ernähren, sollen drei echte Dinge gehalten werden, deren Abhaltungsorte festgesetzt wurden. Dann wird bestimmt, daß der die Forstbdinge abhaltende Förster zuvor nachts auf der Forsthufe gefessen haben soll. Gleich darauf folgt im Anschlusse: Vor deme richte ne scal nein papensone noch ein unecht sone ordel noch recht vinden. Daß hiermit die Forstbdinge gemeint sind, dürfte keinem Zweifel unterstehen. Weshalb nun aber die alsdann folgende Bestimmung: Welk man vor gerichte antworten wel vor kerven unde vor wagen, so es sin kerve unde sin wagen los — unbedingt auf das Berggericht des Rammelsberges allein Bezug haben sollen, ist nicht ersichtlich, da Körbe

und Wagen doch auch im übrigen Forste geführt wurden und beschlagnahmt werden können und die ausschließlich örtliche Anwendung dieser Bestimmung auf den Rammelsberg gar nicht erwähnt wird. Und das gleiche Verhältniß liegt auch vor bezüglich der nach Zwischenerwähnung zweier anderer Bestimmungen folgenden Festsetzung: Welk man geve up ein afbuwede del up enem afberge, dat scal he witlic don mit sinem mestere unde mit enem richtere. Im ganzen Forste gab es Gruben, welche Zins zu zahlen hatten, und es ist unerfindlich, weshalb nicht auch diese Grubenzinse für Gruben im Forste von der Bestimmung getroffen werden sollten. Es ist anzuerkennen, daß der eingehendere Bergbau im Rammelsberge auch zur Zeit der Bergordnung eine viel gegliedertere Verwaltung als der Bergbau im übrigen Forste notwendig machte, es bleibt aber immerhin möglich, daß die Thätigkeit, welche später erkennbar der Richter und Bergmeister des Rammelsberges versah, auch bezüglich des Bergbaues in diesem letzteren zur Zeit der Bergordnung, der herzogliche Förster versah und daß erst mit dem Auscheiden des Rammelsberges aus der unmittelbaren Herrschaft der Herzöge von Braunschweig zu Ausgang des 13. Jahrhunderts der Bergmeister des Rammelsberges auch in die richterliche Thätigkeit des Forstrichters eintrat. Ich halte diese Entwicklung selbst für die wahrscheinlichere. Quellenzeugnisse über die richterliche Thätigkeit des Bergmeisters liegen erst aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts vor.

Daß das *judicium trans aquam* ganz aus der Reihe der Berggerichte zu streichen ist, habe ich bereits schon vorhin angegeben. Materiell hing dasselbe mit dem Berggerichte überhaupt nicht zusammen, da die Waldgrenze jenseits desselben sich hinzog. Nur in der Hinsicht ist ein näheres Verhältniß desselben zu Bergbau und Wald vorhanden, als die *montani et silvani*, die Interessenten und Arbeiter am Bergbau, in diesem vor dem Walde sich hinziehenden Gelände wohnten. Die Unkenntnis dieser Verhältnisse richtet auch in den Auslassungen Neuburg's, S. 340 f. und noch mehr S. 345 einige Verwirrung an. Von Weiland a. a. D. ist zwar ebensowenig die richtige Sachlage erkannt, aber es ist wiederum unrichtig von Neuburg, wenn er Weiland den Vorwurf unrichtiger Auffassung in der Richtung macht, daß derselbe das *judicium trans aquam* für das kleine Vogteigericht halte, welches bis 1348 in den Händen der Grafen von Regenstein gewesen sei; denn diese Annahme ist der in dieser Hinsicht richtige Punkt in der Anschauung Weilands über das *judicium trans aquam*. Die Ansicht Neuburg's, das mit bergbaulichen Verhältnissen im Zusammenhange stehende Gericht vor dem munstere in deme paradise sei das 1290 umstrittene

judicium trans aquam, ist, wie aus den früheren Ausführungen sich ergiebt, gänzlich fehlsam.

Wenn Neuburg ferner es befremdlich zu finden scheint, daß der Verlaß des Hauses to deme Dyke zu Goslar Seitens des Ritters Konrad von dem Dike im Jahre 1331 vor dem städtischen Schultheißengerichte und nicht vor dem Berggerichte erfolgt sei, obwohl es sich um einen Erwerb der Sechsmannen handele, so könnte das Befremden viel berechtigter dann am Plage sein, wenn dieser Verlaß vor dem Berggerichte erfolgt wäre. Denn für die Thätigkeit des Berggerichtes lag in diesem Falle, in welchem es sich um den Verlaß eines städtischen Grundstücks nach Stadtrecht handelte, gar keine Veranlassung vor.

Verdienstlich ist es, daß Neuburg die verschiedenen Ansichten über Zahl und Bedeutung der Gerichte, welche mit dem Bergbau im Zusammenhange gestanden haben, über welche Umstände unter den Schriftstellern verschiedenartige Meinungen herrschen, übersichtlich zusammengestellt hat und einer Würdigung unterstellt. Er verwirft insbesondere die Ansicht von Meyer und Weiland, welche das eigentliche Berggericht und das Gericht vor dem Münster als dasselbe Berggericht betrachten, von welchem das letztere nur für bestimmte Fälle gegeben sei. Die Ausführungen Neuburgs über die Unhaltbarkeit dieser Ansicht, sind aber keineswegs durchschlagend, indem sie auf Nebenpunkte, wie z. B. Verschiedenheit der Gerichtszeit, zu erhebliches Gewicht legen. Die von Meyer und Weiland vertretene Ansicht, daß man in dem Gerichte vor dem Münster nur das für gewisse Fälle aus besonderen Gründen tagende Berggericht zu sehen habe, ist vielmehr zu billigen und scheint es fast, als ob Neuburg die Selbständigkeit des Ausnahmegerichts in Bergsachen vor dem Münster nur vermisst, weil er dasselbe irrig für das besondere und mit Bergverhältnissen gar nicht im Zusammenhange stehende judicium trans aquam hält.

Dagegen stellt sich Neuburg durchaus gerechtfertigt auf die Seite Meyers entgegen v. Dohm und Weiland in der Beurtheilung der Frage, ob ein besonderes Zehntgericht bestanden habe und dieses dasjenige Gericht gewesen sei, welches den Herzögen von Braunschweig neben dem Bergzehnten vom Reiche zu Zehn gegeben sei. v. Dohm behauptet nämlich, der Herzog Otto von Braunschweig habe im Jahre 1235 vom Reiche nichts weiter erhalten als den Zehnten am Rammelsberge und das Zehntgericht, während das eigentliche Berggericht, also auch die Berghoheit, der Stadt Goslar zuständig gewesen sei. Dieser unbegründeten Ansicht ist leider auch Weiland in Hanfschen Geschichtsbl. 1886 S. 60 gefolgt. Diese Auffassung hat Neuburg mit Geschick

widerlegt, indem er die Einheitlichkeit des Berggerichts und dessen Besitz in der Hand des Zehntenbesitzers als Regalherrn für das gesamte 14. Jahrhundert nachgewiesen hat. Mit Recht weist er den Einwand Weiland's, daß nichts in dem Bergrechte auf einen Zusammenhang mit Braunschweig hinweise, als belanglos zurück, da die Niederschrift des späteren Bergrechts erst aus einer Zeit herrühre, in welcher Zehnten nebst Gericht von den Herzögen bereits verkauft sei, so daß gar keine Veranlassung vorlag, in dem Bergrechte eines Verhältnisses zu Braunschweig Erwähnung zu thun. Auch einen fernerer Einwand desselben, daß der Zug vom Berggerichte an die Sechsmannen des Berges gehe, hat Neuburg in zutreffender Weise zurückgewiesen und darauf hingewiesen, daß bis 1552, also bis zu der Zeit, zu welcher der Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig Zehnten und Gericht am Rammelsberge wieder einlöste, das Zehntgericht als besonderes Gericht überall nicht hervortritt.

Schließlich beschäftigt der Verfasser sich auch noch mit den Forstdingen. Er erkennt dieselben für die Zeit von 1235, sowie nach der Bergordnung von 1271 bis zum Jahre 1372 als Herzogliche Gerichte an. Aber nochmals spielt ihm die bereits erwähnte Urkunde von 1. November 1372, laut welcher die von Steinberg dem Räte zu Goslar eine Schuldforderung von 200 Mark übertragen, einen Streich. Er meint wieder irrtümlich, 1372 sei der Rat in den Besitz der Rechte der Herzöge in Bezug auf die Forstdinge gekommen. Das ist, wie bereits hervorgehoben ist, falsch. Der Rat zu Goslar erwarb die Herzoglich braunschweigischen Forsten und die Hoheitsrechte an denselben, insonderheit die Gerichtsbarkeit über dieselben erst in viel späterer Zeit auf Wiederkauf, nicht im 14., sondern erst im 15. Jahrhundert, und erst seit dieser Zeit ist der Rat zu Goslar der Gerichtsherr auch in dem Forstdinge. Die Entwicklung ist in dieser Beziehung eine etwas andere, als bezüglich der Bergwerke, da der Erwerb dieser für die Stadt Goslar erst durch Mittelspersonen erfolgte, während die Forsthoheit auf direktem Wege durch Kauf auf Wiederkauf vom Räte erworben wurde. Richtig ist, was Neuburg über die Statuta und sattuenge des forstdynges in der Anmerkung 2 zu S. 354 bemerkt.

Es kann um so weniger ein Zweifel über die Herkunft derselben aus dem 15. Jahrhundert berechtigt erscheinen, als das Original derselben, aus welchem Meyer den Abdruck derselben in Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung und der Bergrechte des Harzes S. 154 ff. als Nr. III. des Anhanges entnahm, noch in der Bibliothek des Oberbergamtes zu Clausthal vorhanden ist und die Angehörigkeit zum 15. Jahrhundert durch

Jahresangabe wie M^o CCCC^o XXI^o u. s. w. klar ersichtlich ist. Es ist damit völlig sicher gestellt, daß die entgegenstehenden Angaben in dem Abdrucke bei Leibniz, nach welchen die Bestimmungen der Statuten aus dem 14. Jahrhundert herrühren sollen, unrichtig sein muß, ein Umstand, welcher aber dadurch völlig zweifellos gestellt wird, daß auch das Original, aus welchem Leibniz seinen Abdruck entnahm, (Wolfenbüttel msc. August 20. 10.) eine Handschrift des 15. Jahrhunderts ist, welche in den mitgeteilten Statuta nur Mitteilungen aus dem 15. Jahrhundert giebt, indem die erste Eintragung nach dem Registrum wörtlich lautet: Anno domini millesimo quadingentesimo sexto am dinxsdaye na deme sundage vocem jocunditatis — — —, während die folgenden Eintragungen bezüglich der Jahreszahl immer nur die Tausend-, Zehner- und Einer-Zahlen enthalten, während die Hundert-Zahl ausgelassen ist, z. B. Anno dei M^o XXI^o des dinxsdayes in den pinxsten, wobei natürlich CCCC und nicht CCC einzufügen ist. Mit Recht bemängelt Neuburg, daß Weiland bei der Rats- und Gerichtsverfassung Goslars in den Hanfischen Geschichtsb. S. 58, 59 nur auf die unkritische Ausgabe der Statuta von Leibniz gefußt und dadurch zu falschen Datirungen gekommen sei. Es darf hinzugefügt werden, daß Weiland bei Kenntniß des richtigen Sachverhalts es auch sicher unterlassen haben würde, die den richtigen Thatfachen nicht entsprechende Angabe zu machen, im 14. Jahrhundert scheine das Forstb. ganz in der Hand des Rats zu Goslar gelegen zu haben.

Die Darstellung des Gerichtswesens ist jedenfalls der schwächste Teil der Arbeit Neuburgs, welche in allen anderen Theilen durchgängig sachlich das Richtige trifft. Fleiß und Gründlichkeit ist der Arbeit in allen Teilen nachzurühmen. Das Werk ist allen, welche sich für die Geschichte, nicht allein des Bergbaues, sondern auch des Landes, in welchem er geübt wurde, insbesondere auch der alten Kaiserstadt Goslar interessieren, zu eingehendem Studium bestens zu empfehlen.

Neue Beiträge zur Geschichte des Siechenhofs zu Halberstadt.

Von Ed. Jacobs.

Die älteste und merkwürdigste Wohlthätigkeitsanstalt der einstigen Bischofsstadt Halberstadt ist der Siechenhof daselbst, ehemals vor den Mauern und dem Gröperthore gelegen. Ihre Lage vor den Thoren war der Stiftung dadurch zugewiesen, daß sie eine Herberge der vom Auszug, der lepra — früher Missethätigkeit — behafteten war, die von der bürgerlichen und menschlichen Gesellschaft ausgesondert und daher auch die Sonderfiechen genannt wurden.

Ueber die Stiftung der so bedeutenden seit sieben vollen Jahrhunderten fortblühenden Anstalt giebt uns keine gleichzeitige Urkunde oder Bericht Auskunft. Nach der Ueberlieferung, wie sie jetzt umgeht, sollen zwei jungfräuliche Gräfinnen, Nette und Margarete von Regenstein, weil sie durch das Wasser des auf dem Hofe gelegenen Brunnens — daher der „Jungfernbrunnen“ genannt — Heilung von ihrem Siechtum gefunden, den Siechenhof ums Jahr 1200 gegründet haben. Ein neueres von Ernst Spiegel zum Diefenberg († 1785), dem Stifter oder Erneuerer des Bildes, gesetztes, die beiden trinkenden Gräfinnen darstellendes Steinbild am Brunnen des Hofes versinnbildlicht diese Ueberlieferung.¹

So sehr nun die Sage sich als solche durch die Gestalt dieser Angabe zu erkennen giebt, so glauben wir doch ihren Inhalt bis auf die Veranlassung der Stiftung, die wir müssen dahingestellt sein lassen, als durchaus geschichtlich begründet hinstellen zu dürfen. Es ist doch keineswegs bloß der Umstand, daß die Grafen von Regenstein auch sonst als Klosterstifter und Wohlthäter in Halberstadt bekannt sind, der jener Nachricht, wie es v. Mühlverstedt in seinen höchst schätzbaren Nachrichten über Stifter, Klöster, Hospitäler u. s. f. in Halberstadt hervorhebt,² Wahrscheinlichkeit verleiht, sondern die genannten Gräfinnen sind auch unzweifelhaft bekundete gleichzeitige geschichtliche Personen, Religiösen, die eine von ihnen sogar als Klosterstifterin bekannt. Freilich erscheint uns ihr Name Nette, wie ihn neueste Schriften geben, aus Mette entstellt, wie sie noch bei Niemann, Die Stadt

¹ Dr. R. L. Zschiesche, Halberstadt sonst und jetzt. Halb. 1882. S. 136; Kl. W. Frank, Gesch. d. St. Halb. S. 276 in der Anmerk.

² Harzzeitung. 5 (1872) S. 56.

Halberstadt, S. 78, im Jahre 1824 heißt. Nette, als alter deutscher Frauennamen unbekannt, konnte erst aufkommen, als verwältschte Frauennamen wie Annette, Trinette, Finette bei uns überhand nahmen, von denen Nette als doppelte Kürzung anzusehen ist. Während nun solche Namen seit Ende des siebenzehnten und besonders im achtzehnten Jahrhundert bei uns aufkamen, war Mette, was damals ganz außer Gebrauch gekommen war, seit dem späteren Mittelalter eine sehr verbreitete volkstümliche Kürzung von Mathilde. In dem Versammlungs-saal des größeren alten Siechenhofshauses, dessen Bau in das siebenzehnte Jahrhundert fällt, hängt ein Delbild, welches vor der Siechenhofskirche zwei Namen und darunter die Inschrift: Metha und Margarethe von Regenstein trägt.¹ Nette statt Mette oder Metta war offenbar in der älteren Zeit nicht bekannt.

Mathilde oder Mechtild, von der ihr dem Blankenburger Zweige des Hauses Regenstein angehöriger Bruder im Jahre 1199 sagt, daß sie mit Maria das gute Teil erwählt habe, war Stifterin und Glied des Klosters S. Jacobi in Halberstadt.² Demselben Blankenburger Zweige gehörte Margarete an, die im Jahre 1197 Pröpstin zu Bernrode und wahrscheinlich Mathildens Schwester war.³ Konnte schon die Sage die Namen dieser gleichzeitigen geschichtlichen Personen nicht erfinden, so kommt hinzu, daß gerade um die Zeit, als jene Gräfinnen lebten, der Siechenhof gegründet sein muß. Im Jahre 1195 bestand derselbe bereits, denn nach einer Stiftung des Ministerialen Wedego für das Kollegiatstift zu U. L. Frauen zu Halberstadt, welche Bischof Gardolf damals bestätigte, wird auch ein Schilling für die Aussätzigen oder Sondersiechen vor der Stadt Halberstadt (*leprosis ante civitatem*) ausgesetzt.⁴ Wird damit die Stiftung der Anstalt ins 12. Jahrh. hineingerückt, so darf dieselbe auch nicht in eine viel frühere Zeit versetzt werden, denn bekanntlich fand die allgemeinere Ausbreitung der lepra im christlichen Abendlande, welche zur Gründung von Leprosorien führte, erst in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts statt, als die Rückkehr der Kreuzfahrer aus dem Morgenlande die Krankheit mitbrachte. So mag der Siechenhof zwischen 1180 und 1195 entstanden sein. Für den Ursprung desselben durch Glieder des Hauses Regenstein dürfte auch noch sprechen, daß ein geborener Graf Hermann von Regenstein es war, der während

¹ Nach freundl. Nachricht aus Halb. 24. Jan. 1893.

² Harzeitschr. 22 (1889) S. 7, 11.

³ Ebendat. S. 7, 12.

⁴ Harzeitschr. 3 (1870) S. 590, dann Schmidt, Urfundenb. d. Hochst. Halberst. I, 359.

der kurzen Verwaltung des Halberstädtischen Bischofsamtes (1296 bis 1303) dem Hofe im Jahre 1301 Sakungen gab.¹

Obwohl die Anstalt natürlich nicht von vorn herein den Umfang hatte, den sie im Verlauf der Jahrhunderte gewonnen hat, so heißt sie doch bereits 1366 der große Siechenhof.² Möglicherweise hatte er gerade zu jener Zeit, bald nach dem fürchterlich verheerenden „Schwarzen Tode“ eine wesentliche Vergrößerung erfahren, doch deutet, von sonstigen urkundlichen Zeugnissen abgesehen, schon das bereits in einem Abdrucke vom Jahre 1304 vorliegende stattliche runde Siegel auf einen ansehnlichen Umfang der Stiftung in etwas früherer Zeit.³ Daß kein mittelalterlicher Bau des Hofes erhalten blieb, kann schon der ursprünglichen Lage vor den schützenden Mauern wegen nicht auffallend erscheinen. Wohl die letzte Zerstörung, welche die Gebäude des Hofes aus kriegerischen Rücksichten erfuhren, war die durch die Schweden im Januar 1644, als die durch die Abschwenkung Torstensons nach Holstein geschwächte schwedische Kriegsmacht sich durch Befestigung ihrer Plätze am Harz und durch Wegräumung aller vor den Thoren gelegenen festen Baulichkeiten zu sichern suchte.⁴ Von den drei größeren Gebäuden, welche die Stiftung jetzt, abgesehen von der Kirche, umfaßt, hießen bis zum Jahre 1866 die beiden älteren das alte und das neue Haus und stammten aus dem siebenzehnten Jahrhundert und — wenigstens teilweise — aus dem Jahre 1694 bis 1695.⁵

¹ Schmidt, Urkundenbuch der Stadt Halberstadt 291.

² de grote sekhof vor Halberstat, Schmidt a. a. O. 532; 1349 hof der seken buten den muren to Halb.; 1352 sekenhus vor der st. H.

³ Abgeb. a. a. O. Bd. 2, Taf. II, 4, Unterschrift: SIGILLVM. INFIRMOR HALB'SAD.

⁴ Vgl. Casp. Abel, Stifts- u. Land-Chron. d. Fürstent. Halberst. 1754, S. 555. Herr Rittergutsbes. A. Weste auf Sparrenfelde b. Stettin schließt aus dem Umstande, daß die in der Kirche erhaltenen Bilder der Zeit von 1617 bis 1681 entstammen, daß letztere im J. 1644 von der Zerstörung verschont geblieben sei (briefl. 5. Febr. 1893). Notwendig ist diese Folgerung nicht, da es nahe liegt, daß man bei einer planmäßigen Niederlegung von Gebäuden bewegliche, zumal irgendwie bedeutsame Gegenstände vorher in Sicherheit brachte. Sehr merkwürdig wäre diese bei der Siechenhofskirche gemachte Ausnahme, da nach Abel a. a. O. damals aus dem angeführten Grunde sämtliche vorstädtische vor den Thoren gelegene Gebäude der Erde gleich gemacht wurden. Eine sachmännische Prüfung sowie eine Einsicht in die Urkunden des Kirchturnhospes, der bei notwendigen Verbesserungsarbeiten abzunehmen wäre, dürfte diese Frage entscheiden.

⁵ Dr. R. L. Zschiesche, Halberst. sonst u. jetzt. S. 137. Wenn die Bezeichnung das alte und das neue Haus fortbesteht, so kann das Jahr der Inschrift 1695 sich nicht wohl auf beide Häuser, mindestens nicht auf deren ganzen Bau beziehen. Von den beiden älteren Gebäuden scheint das eine eine Jahreszahl nicht zu tragen. Ueber der Thür des anderen scheint die

Im ersten Jahre 1866 aber wurde ein neues mehrstöckiges massives Wohnhaus erbaut, der neue Siechenhof oder das neue Haus.¹ In dieses zogen die Bewohner der beiden älteren Häuser. In das „alte Haus“ wurden nun die Inassen des „großen Hospitals“ geführt. Unter diesem Namen waren seit 1811 die Stiftungen S. Christoph, S. Alexii, das Darrrhaus, das Trüllkloster und das blaue Beginenhaus im Franziskanerkloster vereinigt gewesen. In das kleine Haus zogen die aus S. Georg oder dem Jürgenhause. Wie die Bewohner wurden auch die Verwaltungen vereinigt als vereinigt Siechenhofs-, Salvator- (war schon 1831 hinzugelegt), Georgen- und Heil. Geist-Hospital. Das letztgenannte ist aber am Harzleberthor geblieben und zählt rund fünfzig Inassen, die sich zum Teil einkaufen, der Siechenhof in seinen drei Häusern rund 170 Personen.² Außer jenen drei den Siechenhof bildenden Gebäuden ist mit demselben noch eine Gutswirtschaft verbunden, deren Ertragsgelber teilweise für die Erhaltung der alten Leute im Siechenhof, dann auch noch einiger Volksschulen und des Krankenhauses verwendet werden.³

In den bereits angezogenen wertvollen v. Mülverstedtschen Mitteilungen ist bemerkt, daß die Verwaltung und der Haushalt des Siechenhofs stets die geordnetsten waren und daß aus der Sorgfalt, die der Erhaltung des nicht ganz unbeträchtlichen, aus gegen 80 Urkunden bestehenden im Provinzial- (Staats-) Archiv befindlichen Klosterarchivs gewidmet worden sei, auf die Gelegenheit der inneren Verwaltung geschlossen werden könne.

Zahl am Schluß der Inschrift 1695 zu sein, aber über der Küche läßt die Inschrift: H. S. Anno 1694. E. 1853. N. schließen, daß die erste Zahl die Zeit der Erbauung, letztere die der Erneuerung angeht.

¹ Dr. Zschiesche, Halberst. sonst u. jetzt, S. 138.

² Vgl. Dr. Zschiesche a. a. O. in dem Abschnitt über die Hospitäler, und Oberpred. Bärthold schriftl. Halberst. 5. Jan. 1893.

³ Freundl. schriftl. Mitteilung aus Halberstadt, 3. Jan. 1893. — Es ist gewiß merkwürdig, daß diese Landwirtschaft im 16. bis 17. Jahrh. wohl über hundert Jahre — jedenfalls schon 1595 und noch 1675 — in den Händen einer auf dem Hofe wohnenden Familie Weste war, deren Name zu Halberstadt schon im 15. Jahrh. genannt wird (Ermgard W. 1499, Urbb. d. Bonif.-Stifts 371). Sie hatte in der Siechenhofskirche ein Erbgräbnis, und verschiedene Bildnisse von Familiengliedern waren in dem Gotteshause angebracht, so das große Oelbild des Bürgers und Brauherrn, Kirchpaters zu S. Mauritii Hans W. (17. Jahrh.), auf welchem derselbe mit seinen 23 Kindern abgebildet wurde. Die Familie, welche Namen und Ursprung von dem Dorfe Weste (Wasten, Westede) im Verdenschen Amte Redingen herleiten dürfte (doch gab es auch ein nieder rheinisches Weste), und von der ein Zweig auch in unserem Jahrhundert bis zum Jahre 1887 die Schnakenburg in Wernigerode besaß, blüht in Pommern (Sparrenfelde bei Stettin) und Niedersachsen noch fort.

Gleichwohl war auch von diesem Schätze, und offenbar erst in neuerer Zeit, des Abschriftenbuchs nicht zu gedenken, eine uns nicht bekannte Zahl von Originalurkunden abhanden gekommen und in Privatbesitz übergegangen. Es ist erfreulich, daß wir durch die Liebenswürdigkeit eines Urenkels des bekannten eifrigen Geschichtsfreundes und Sammlers, des im Jahre 1856 verstorbenen Oberbompredigers Augustin, des Einj. Freiwill. im 27. Inf.-Reg. Herrn Augustin in Halberstadt, in die Lage gesetzt sind, vier dieser Schriftstücke, die weder in den Urkundenbüchern der Stadt, noch des Hochstifts Halberstadt enthalten sind, der Öffentlichkeit zu übergeben.

Die beiden älteren Nummern aus den Jahren 1288 und 1295 sind Ablassbriefe der Bischöfe Siegfried von Hildesheim und Bolrad von Halberstadt für das in die Ehre der heiligen Jungfrau Katharina geweihte Gotteshaus der Stiftung und für diese selbst. Die letztere Urkunde macht uns mit einer großen Geldflemme des Hofes gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts bekannt. Daß derselbe kirchliche Bau im Jahre 1288 als *ecclesia*, 1295 aber als *capella beatae Katharinae* erscheint, entspricht einer auch anderweitig urkundlich bezeugten Thatfache, da er auch beispielsweise 1284 und 1302 als *ecclesia*, 1304 und 1310 als *capella* bezeichnet wird.¹ Es scheint fast, als ob das Gotteshaus in älterer Zeit wirklich den Charakter einer Kirche, später nur den einer Kapelle gehabt habe. Da der Ablassbrief von 1295 unter den daselbst stattfindenden Feiern unmittelbar neben der der Jungfrau Katharina die der heil. Jungfrau Caecilie hervorhebt, so scheint es, als ob wir sie als eine Nebenpatronin zu betrachten und Reliquien von ihr in der Kapelle voranzusetzen hätten.

Die deutsche Urkunde vom 8. Juni 1487, durch welche die Vorsteher der armen lude op dem Seykhove vor Halberstadt einem auf der Vogtei wohnenden Bürger eine vor der Stadt gelegene zehntfreie Hufe auf zwölf Jahre zur Nutzung überlassen, ist der Flurbeschreibung und Vertlichkeitskunde eines Teiles der Stadtflur wegen merkwürdig. Auch mag hervorgehoben werden, daß wir hier unter den Vorstehern der Stiftung einen *homester* unmittelbar neben und vor dem *husmester* genannt finden, die also verschiedene Beamte waren. Nach dem Register zu Schmidts Urkdb. der Stadt Halberstadt, 2. Bd., Sp. 535, erscheinen Hofmeister, Hausmeister, *mag. curiae* anscheinend als ein und derselbe Beamte. Jedenfalls ist *homester* hier nicht = Hochmeister, was vom Haupt des deutschen Ritterordens gebraucht

¹ Harzzeitshr. 5, S. 58.

wird, sondern eine Kürzung oder Verschleifung von hovemester, Hofmeister, das Haupt, die Spitze der Hofhaltung: Vortmer setzt er de rat eynen fromen man, he sy prester edder leye, to enem hovemester des Hospitals, de schal don unde laten, wat ome de vormundere darsulves heten. Braunschw. Urkb. I., 163; husmester dürfte dem gegenüber etwa = Hausvater sein, wie denn im Mittelhochdeutschen husmeister = Chewirt, also auch Hausvater erscheint. In dem Schriftstück von 1555 sind die genannten Beamten Joh. Wulff und Paul Doppelher (= Dobbeler) lediglich als vorstender der armen leute uff dem Sichenhoffe vor Halberstadt gelegen bezeichnet. Damals war bereits die im Jahre 1545 infolge der Reformation getroffene Einrichtung in Geltung. Jenes jüngste Schriftstück betrifft den erblichen Verkauf eines Holzsteds auf dem Hyn seitens der Familie Fleming zu Athenstedt an die Vorsteher des Sichenhofs. Wenn es darin heißt, daß von jener nach Aspenstedt zu zwischen Christoph von Dorstadt und Hans Matthias zu Emerzleben Hölzern gelegenen Holzung dem Jungfrauenkloster Drübeck vier Schill. Erbenzins gezahlt werde, so ist daran zu erinnern, daß jene alte Stiftung verschiedene Holzungen und Ländereien auf und am Hyn hatte, zu Athenstedt schon im 12. Jahrhundert (vergl. Urkb. Nr. 15). Aber auch in dem unmittelbar östlich daran stoßenden Aspenstedt besaß es Häuser und Höfe und von einem Gehölze daselbst wurden im Jahre 1535 vier Groschen Erbenzins an das Kloster Drübeck gezahlt.¹

Urkundliche Anlagen.

Halberstadt, 8. October 1288.

Siegfried, Bischof von Hildesheim erteilt zu Gunsten der S. Katharinenkirche des Sichenhofs vor Halberstadt einen vierzig-tägigen Ablass.

Sifridus, dei gratia sancte Hildensemensis ecclesie episcopus . . . Cupientes Christi fideles ad opera pietatis speciali premio invitare, de omnipotentis dei misericordia et sue matris Marie, virginis gloriose, necnon beatorum apostolorum Petri et Pauli ac auctoritate nostra confisi omnibus vere penitentibus et contritis, qui ad ecclesiam infirmorum extra muros Halberstat in summis festivitatibus, videlicet in pascha, in penthecostes, in die Nativitatis domini, in die Omnium sanctorum et in omnibus festivitibus beate Virginis, in die beate Katerine, patrone eiusdem ecclesie, in die dedicationis et in diebus aposto-

¹ Urkb. S. 242.

lorum et per octavas omnium predictarum festivitatum et parascue devote confluerint vel dicte ecclesie seu infirmis ibidem manus porrexerint adiutrices, de iniuncta sibi penitentia xL dies, dyocesani consensu accedente, misericorditer relaxamus. In cuius rei testimonium presens scriptum nostri sigilli munimine duximus roborandum.

Datum Halberstat, anno domini M^o. CC^o. LXXX.
VIII^o, VIII^o Idus Octobris.

Urschrift auf Pergament.

Das parabolische Bischofsiegel ist besonders am Rande beschäbigt. Umschrift: S' * SI ILDENSEMEN
Halberstadt, 7. August 1295.

Volrad, Bischof von Halberstadt, erteilt für den in großer Gelbnoth befindlichen Siechenhof vor Halberstadt und dessen der heil. Katharina gewidmete Kapelle einen vierzigstägigen Ablass.

Universis Christi fidelibus . . Volradus, dei gratia Halberstadensis ecclesie episcopus . . . Quoniam, ut ait apostolus, omnes stabimus ante tribunal (gewöhnliche Formel) Cum igitur domus infirmorum sita extra muros civitatis Halberstat adeo sit paupertate onerata, quod illi domui infirmorum non suppetant facultates, per quas infirmi ibidem manentes vel supervenientes sustentari poterint, nisi elemosinis Christi fidelium subveniatur eisdem, universitatem vestram monemus, rogamus et in domino exortamur, quatenus in remissionem vestrorum peccaminum de bonis vobis a deo collatis pias elemosinas et grata caritatis subsidia eisdem ad sustentacionem erogetis vosque per hec et alia bona, que domino inspirante feceritis, adipisci possitis vitam, nos . . . omnibus vere penitentibus . . . , qui suas elemosinas predictae domui infirmorum vel infirmis ibidem manentibus largiti fuerint vel miserint, aut qui ad capellam beate Katerine ipsius domus infirmorum in festis subscriptis, videlicet Nativitatis domini, Resurrectionis, Ascensionis et Penthecostes, in quatuor festis gloriose Virginis Marie, singulorum apostolorum, Martini Nicolai pontificum, Katherine ac Cecilie virginum ac in die Omnium sanctorum ac in commemoratione Omnium animarum ac in die dedicationis ipsius capelle vel in anniversariis eiusdem diei vel singulis diebus infra octavam et in octava predictorum festorum causa deuocionis accesserint aut qui presbiterum cum devotione, cum ipsam eukaristiam domini ad infirmos ibidem portare contingit, ob reverenciam ipsius eukaristie ac pro remedio infirmorum aliquorum

cum salutacione¹ dominica vel angelica secuti fuerint, aut qui ad fabricam luminaria, ornamenta seu ad alia necessaria cappelle predictae manus adiutrices porrexerint, aut in extremis laborantes quicquam facultatum suarum legaverint domui infirmorum ac capelle prelibatis, vel quicumque ibidem cymiterium cum orationibus ob remedium animarum, quarum corpora ibidem sunt sepulta, circuierint, singulis diebus, quibus hoc fecerint, quadraginta dies [ac unam karenam]² de iniunctis sibi penitenciis misericorditer in domino relaxamus, adicientes, quod omnes indulgencias, quas [.] domini³ infirmorum, venerabiles fratres nostri archiepiscopi ac episcopi duxerint faciendas gratas ac ratas habebimus et habemus ac confirmamus in nomine domini, quia quod in nomine domini fit, felicem exitum⁴ habebit. In cuius rei testimonium presens scriptum sigilli nostri munimine duximus roborandum.

Datum Halberstat, anno domini M^o. CC^o. XC^o. V^o, Septimo ydus Augusti.

Urschrift auf Pergament mit dem parabolischen, besonders in seinem oberen Theile beschädigten Wachsiegel.

Oben sind rechts und links an der Urkunde noch die angehängten Pergamentlösen vorhanden, an welchen der Ablassbrief beim Aufhängen befestigt war.

8. Juni 1487.

Die Vorsteher des Siechenhofs vor Halberstadt überlassen dem zu Halberstadt auf der Vogtei wohnenden Bürger Heinrich Overbeck für dreißig Mark auf zwölf Jahre eine vor der Stadt gelegene zehntfreie Hufe.

Na der ghebord Cristi unses leven heren dusentverhundert in dem sevenundeachtentigsten jare, des fridages in dem hilgen pingsten hebbe ek Hermen Becker homester, Henningh Stolten husmester der armen lude op dem Seykhove vor Halberst., mit willen, wetten unde vulbord Hans Ernstes, meyer unses gnedigen heren van Magdeborch unde Halberst., unde der gantzen sampninge darsulves vorkoft eyne tegefrye (!) hofe landes, gelehegen op der stadmarke vor der stad Halberstad, dem vorsichtigen Hinrik Overbeke, borger unde wonheftich op der Vogedie bynnen Halberstad, in dusser nageschrevenir wise, so dat de genante Hinrek Overbeck uns darvor gift unde over-

¹ Uebergeschrieben: oratione.

² Das Eingeklammerte (pro eodem) ist in der Urschrift durchstrichen.

³ eidem domui?

⁴ So uebergeschrieben statt des durchstrichenen. sortitum.

betalet heft drittich mark Halberstedescher were, de we an redem gelde van om entfangen unde opgenomen hebben unde om de sulven hofe landes in rauwelke brukende were ingedan hebben twalff jar, unde na vorlope der twalff jar schal uns unde wil de vormelte Hinrek Overbeck unsen acker rauwelken in unse unde unses hoves brukinghe fry unde unvorpendet wedder in unde over antworden, unde de vorbestymden drittich mark unsem hofe, also dem Seyckhofe unde den armen luden, quid, leddich unde loss geworden sin, unde ek Hinrek Overbeck noch myne erven se nummermere umme manen noch benodigen. Dusse velt der vorvermelten hofe landes liggen aldus. In dat erste dat brackfelt ver morgen in eynem stucke licht wan men geyt uth dem Borcherdes dore na Unser leven fruwen berge hart an der saet in der brake, seven morgen, ok an eynem stucke, na Unser leven fruwen berge, teyn up den bringk. In dat sommerfelt twe morgen, de scheten jegen de kerken dort henuten na Sarkstede, twe morgen scheten osten westen to der rechteren hant na der heerstraten in den dronen, dre morgen, de scheten hiraff na der wische, dat ander stucke van dem steyne to dem torne word, dre morgen wenden jegen Unser leven fruwen kerken den barch henedder. In dat winterfelt ses morgen, liggen an der vere an eynem stucke, twe morgen an dem andern stucke, unde teyn op der Lodenbeckschen hoppengarden; dre morgen de wenden op dem Wardehoe unde henaff na der Blangkenborgeschen brugge. By dussem kope, eyninge unde vordracht sint gewesen dusse nageschreven fromen lude, mit namen Hans Ernstes, mynes gnedigen heren meyer, Hermen Becker homester, Hennigh Stolten husmester unde Hans Kramme op eyne, Hinryk Overbeck, Werner Gast, Hans Czillinges unde Michel Blawrock op ander part, unde hebben sek to beyden parten gelovet alle dusse oven berorden stucke pugk (!) unde artikel alle unde eyn jowelk bisunderen orer eyn deme anderen in guden truwen stede unde vast wol to holden. Des to eyner wissen seckericheyt hebbe wy homester, husmester vor uns, unse nakomelinge unde ek Hinrek Overbeck vor mek, myne erven dusser czeddelen twe geschreven, eyn alsz ander inholdene gemaket laten, eyne uth der anderen gesnedden, eyne dem homester unde medebenomden, de anderen Hinrek Overbeke unde sinen erven in dussem ovengeschreven datum unde dage, in biwesende dusser oven berorden beyder part.

Ausgezahnter Original-Zettel auf Papier, in den Falten eingerissen. Neuere Registratur: Nr. 39.

Halberstadt, in der Burg, 23. Februar 1555.

Notariatsinstrument über den am 28. November 1554 geschehenen Verkauf eines Holzfelds am Guy, freies Erbenzinsgut, von welchem der Abtissin zu Drübeck 4 Schill. jährl. Erbenzins gezahlt wird, seitens des Andreas Fleming und der übrigen Fleminges zu Athenstedt an die Vorsteher des Siedenhofs vor Halberstadt für 88 Rhein. Gulden.

In dem nhamen des hern, amen. Nach der geburdt desselbigen Tausent fünffhundert funffundfunffzigk in der dritzehenden Indiction, am Sonnabende nach Cathedra Petri, wilcher whar der dreyundzwenzigestē tagk des monats Februarij zcur tertien zceidt, unter dem pabstthumb des allerheiligesten in got vaters unde hern hern Pauli¹ in meiner offinbarn notarij unde untergeschriben zceugen gegenwertikeit hirzcu geruffen unde geheisschet sein personlich erschienen die bescheydene unde tugetsame mith nhamen Ilse, nachgelassene widtwe Bartoldt Flemings zeliger, Andres Flemigh, diess Bartoldts unde Ilsen ehelicher sohn, unde Brandt Brandes, szo des gemelten Bartoldes unde Ilsen tochter zcur ehe hat, in gantzer gewaldt unde volmacht derselbigen seiner ehefrauwen, alle zcu Atenstede wonhafftich, erschienen unde gestanden unde bedechtichlich uss freyem gemute, auch ahne allen zwanck, wie sie selbst bekennet, angezeigt, dass sie mit guter vorbetrachtunge von wegen ires bessern nutzes sich mit den wirdigen heren Johanne Wulffe unde ern Pawel Doppelhern, sso neben andern zcu vorstendern der armen leute uff dem Sichenhoffe, vor Halberstadt gelegen, in nhamen unde anstadt gemeiner vorstendern umb ein holzbleck am Huyge zwusschen dem Erharn unde vhesten Christoffern von Dorstadt uff ein, nach Aspenstidte wordt, unde Hans Matties zcu Emersleven uff ander seiten nach der Koldinge wort holtbleke gelegen, dar ahne sie die erbliche gerechtikeit unde gemelter Andres Flemingh die gewontliche bekantnuess darubir von der Erwardigen Ebtisschen des closters zcu Drubeck, wie es dan mith dem erbzcinse, als IIII schillinge Halberstedisch, darhin rurhet, nach abesterben seins vatern obin berurt bisher gehabt unde getragen, unde redelichen uff einen stetten, vhesten, ewigen unde unwiderkoufflichen kauff vor gemelte arme leute des Sichenhoffs vorgleicht

¹ Pauli ist durchstrichen und es folgt eine Lücke von anberthalb Zeilen.

unde sonderlichen voracht und achtzigk Reinissche gulden, je einundzwenzigk Halberstedische schilling grosschen, der einer zcwolff Halberst. pfennige thudt, am midt-wochen nach Catherine, den achtundzwenzigesten tagk Novembris anno weyniger zcal vierundfunffzigk negest vorgangen vorkaufft unde zcu kauffen geben hetten; wie sie dan auch nochmals berurts holtbleck den gemelten vorstehern unde iren nachkommen vorgeante arme leute vor 88 Reinische fl. vorkaufften mit grundt und bodem sampt aller irer gerechtikeit zcu- unde ingehorunge gantz unde allermassen, wie Andreas Flemingh dasselbige holtbleck innegehabt, hergebracht, gebraucht unde genutzt hat vor sein freies erbczinsgut, allein mit vier erbenzcinsgrosschen, wie berurt vormelt, unde nicht hoher besweret; wilche acht und achtzigk Reynissche gulden kauffgelts heubtsumme die kauffhern ynen den vorkeuffern ahn allen yren schaden, wie sie bekanten, mit darleggunge bereits geldes in guten Thalern unde anderer grober muntze alszo bare zcu guter gnuge bezalet unde sie sulche kauffsumma gentzlich entpfangen, ferner in yren kuntlichen nutz unde bestes gekart hetten, sageten unde liessen sie derhalb fur sich unde yre erben obgemelter acht und achtzigk Reynissche gulden kauffgelts ganz queidt, frey, ledigk unde loesz, unde haben darauff den gedachten kauffhern in nhamen der armen leute des Sichenhoffs obengenant holtzbleck sampt yrer gerechtikeit unde zeugehorunge mit grundt unde bodem, wie recht unde gebreuchlich ist, ubirgeben, ubirantwurdet unde gentzlichen abgestanden desselbigen, wie sie auch dasselbige vor mir notario hirunten geschriben wirklichen gethan. Das Holz wird dem Siechenhof auf immer zu freiem Besiz und Nutzung übereignet; alle Beteiligten leisten gefelichen Verzicht.

Geschehen zcu Halberstadt, in meines (!) hiruntergeschriben behausunge in der Burek gelegen, im jare etc. wie obin berurdt, yn gegenwertikeit des Ersamen unde vorsichtigen Jost Poppen, burgers zcu Halberstadt, unde Cosmus Flor zcu Quenstedt¹ leigen, zzeugen hirzcu sonderlich gefurdert, geheisschen unde gebeten.

Urprünglicher Entwurf auf 2 $\frac{1}{3}$ Blattseiten eines Bogens Papier. Nach dem Wasserzeichen ist das Papier Wernigerödischer Herkunft und läßt im zeitüblichen Schilde die beiden von einander abgekehrten Gräflich Wernigerödischen Forellen sehen.

¹ Magna Quenstede, nach einer Notiz am Schluß der zweiten Seite,

Ausgrabung der wüsten Kirche des ehemaligen Dorfes Windelberode bei Stapelburg am Harz.

Vom Pfarrer Albert Reinecke in Schauen bei Osterwieck am Harz.

Mit einem Grundriß.

Etwa $\frac{3}{4}$ Kilometer nordwestlich vom heutigen Dorf Stapelburg bei Hlenburg lag einst eine Ortschaft, die in der ältesten urkundlichen Erwähnung derselben i. J. 995 Wendilburgoroth, Rodung der Wendilburg, genannt wird.

Am 12. November 995 nämlich schenkte Otto III. der Stiftskirche zu Weissen einen Teil seiner Besitzungen in Siegfriedshusen (wüst bei Derenburg), Sillstedt und Wendilburgoroth mit Hörigen, königlichen Knechten und Mägden zum freien Eigentum. Damals wird der Ort Windelburgoroth noch näher als in der Grafschaft des Unego oder Unico gelegen bezeichnet.

Schon zu Ende des 13. Jahrhunderts tritt die Form Windelberode auf neben der volleren Form Windelborgerode; erstere Form wird jedoch lange Zeit die herrschende. Je mehr der Ort in seinem Bestand sich auflöste bzw. an Bedeutung verlor, desto verkrüppelter wurde auch sein Name im Volksmunde. So findet sich 1383 die Form Wyndel in dem Rode, 1500 Weningelrode; 1506, wo der Ort schon als wüst bezeichnet wird, lautet sein Name Wymelberode, während er heute von den Stapelburgern meist Wendelshausen genannt wird.

1249 besaß in Windelberode das Kloster Stötterlingenburg den Zehnt, der 1383 im Besitz derer von Reindorf sich befand. Seit welcher Zeit Stötterlingenburg den Zehnt in Windelberode abgegeben hat, ist nicht bekannt.

Auch die Grafen von Woldenberg und die von Werre oder Were hatten in unserem Ort Besitz und Gerechtsame. Letztere Familie schenkte 1314 etwas von ihrem Besitz in Windelberode an das benachbarte Kloster Abbenrode.

Als die Grafen von Regenstein 1343 im Kampf mit den Grafen von Wernigerode unterlagen, kam Windelberode an die Grafschaft Wernigerode, bei der es bis heute geblieben ist.

So viel zur geschichtlichen Orientierung, die ich auf Grund der von Herrn Archivrat Dr. Jacobs im Jahrgang 1879, 95 ff. dieser Zeitschrift gemachten Mitteilungen gegeben habe. —

Schon frühzeitig, nämlich 1290 (Isenburger Urkundenbuch 132, 133), wird ein Pfarrer Johannes zu Windelberode genannt, ein Beweis, daß damals am Ort bereits eine Kirche oder Kapelle bestand. Später wird auch ausdrücklich die Kirche erwähnt. Sie war mit dem Dorf dem Archidiaconat Osterwied einverleibt und zahlte nach dem Archidiaconatsregister von Halberstadt (a. 1400) jährlich einen Solidus Steuer.

Daraus geht zugleich hervor, daß das Kirchlein bei der Aufstellung des Halberstädter Archidiaconatsregisters a. 1400 noch bestand, was wohl auch noch weit bis ins 15. Jahrhundert hinein der Fall gewesen sein wird. Aber seit langer, langer Zeit liegt es nun in Trümmern, selbst von den nächsten Anwohnern völlig vergessen, die von dem ehemaligen Bestand der Kirche nur noch in sofern eine dunkle Ahnung hatten, als die wüste Stätte der Kirche von ihnen „der alte Kirchhof“ genannt wurde. Erst vor einigen Jahren wurden ganz durch Zufall bei der Vornahme von Erdarbeiten, welche die Stapelburger Domäne auf dem alten Kirchplatz ausführen ließ, die Trümmer des uralten Kirchleins aus grünem Rasen heraus wieder ans Tageslicht gefördert und der größere Teil derselben freigelegt. — Jetzt lag es nahe, auch die noch verdeckten und überrasteten Teile bloß zu legen, um womöglich den vollen Grundriß des Baues festzustellen und das Alter des Kirchleins bestimmen zu können, ein Unternehmen, dessen Ausführung bei dem Mangel an alten Dorfkirchenbauten im Harzgebiet gewissermaßen zur Pflicht unseres Vereins sich gestaltete.

Auf meinen Antrag, die Ausgrabung der wüsten Windelberoder Kirche durch den Harzverein vornehmen zu lassen, wurde mir die Ehre zu teil, selber die Ausführung dieser Arbeit im Auftrag des Harzvereins in Angriff nehmen zu dürfen, was nach Ueberwindung einiger Hindernisse am 13. Mai und am 29. September 1892 geschehen konnte. Das Resultat dieser Ausgrabungen gebe ich im Folgenden wieder:

Die wüste Kirche von Windelberode liegt auf einem mit Rasen bewachsenen Hügel, der nach Norden und Osten sanft, nach Westen und besonders nach Südwesten steil abfällt. Ein Stapelburger erzählte mir, daß der Hügel ehemals ringsum mit einer lebendigen Hecke umgeben gewesen sei, die teilweise auf einer Mauerunterlage geruht habe. — Das Hügelplateau ist so groß, daß es außer für das Kirchlein und für die um dasselbe sich hinziehenden Grabstätten auch noch Raum für mehrere andere Gebäude geboten haben kann. Fast möchte man die auf dem südwestlichen Abhang sich noch vielfach vorfindenden Scherben von mittelalterlichen Töpfen für ein Anzeichen ansprechen, daß

thatsfächlich ehemals auch in der Nähe des Kirchhofs eine Reihe anderer Gebäude bzw. Wohnhäuser gestanden haben. Das eigentliche Dorf Windelberode scheint allerdings nördlich des Kirchenhügels gestanden zu haben, indem nämlich noch heute die nur durch eine Wiese von ihm getrennte gegenüberliegende Ackerfläche den Namen „die Dorfstätte“ führt. Hierbei will ich nicht unerwähnt lassen, daß von Stapelburgern behauptet wird, es hätten hier zwei wüste Ortschaften gelegen, die „Bleicherode“ heißen hätten. Offenbar ist das aber nur eine Verwechslung mit Windelberode, dessen Dertlichkeit sich allerdings aus zwei getrennt von einander liegenden Teilen zusammensetzte.

Südöstlich des Kirchenhügels zog sich ehemals unmittelbar zu Füßen desselben ein Deich hin nach dem Dorf Stapelburg zu, dessen Damm erst vor mehreren Jahren abgetragen wurde. An Stelle des Deiches sind Wiesen getreten, die jetzt den Hügel ringsum umgeben.

Das Kirchlein selber liegt auf der östlichen Seite des Hügels. Seine Lage wird dem heutigen Besucher schon von weitem durch einen ziemlich hart an dem südöstlichen Teil des Altarhauses stehenden ungewöhnlich starken Dornenbuschbaum mit breiter Krone gekennzeichnet. Von dem ganzen Bau sind nur die an den höchsten Stellen kaum noch 40 cm hohen Grundmauern übrig geblieben, deren Grundriß deutlich den romanischen Typus an sich trägt.

An das fast 7 m lange rechtwinklige Langhaus schließt sich, geschieden durch die Anlage eines Triumphbogens, dessen Basis auf der Südseite noch erhalten ist, der gleichfalls rechtwinklige nach außen 4,38 m lange Altarraum an, wobei das Langhaus den Altarraum mit seinen Außenmauern um 50 cm überragt. An die Westmauer des Langhauses legt sich der in seiner nördlichen Grundmauer 4,78 m lange Turm vor und zwar so, daß seine Außenmauern um die Mauerbreite der Wände des Langhauses nach innen zurücktreten.

Die Mauern des ganzen Gebäudes ziehen durchaus nicht immer winkelrecht, so daß der Grundriß des Gebäudes in Wirklichkeit etwas verschobener ist, als wie ich es auf der beifolgenden Skizze des Grundrisses angegeben habe. Durch diese Verschiebung werden auch die Maßverhältnisse auf den beiden Seiten der Länge etwas verschieden. Da nach Westen zu die Ecken der Endmauern nicht überall mehr vorhanden sind, ist es auch nicht möglich, die Gesamtlänge des Baues genau anzugeben. Sie wird auf der Südseite etwa 17 m betragen.

Die Mauerbreite im Langhaus und Altarraum beträgt 63 cm, die nördliche Mauer des Turmes 48 cm, die westliche Schlußmauer des Turmes 1 m.

Sehen wir uns die Ueberreste des kleinen Kirchengebäudes noch etwas näher an, so finden wir in der Nord- und Südseite des Langhauses, ganz nahe dem westlichen Ende desselben, zwei fast genau einander gegenüberliegende Thüreingänge. Eingänge auf der Nordseite des Langhauses sind bei romanischen Kirchen nichts Seltenes. Sie finden sich u. A. in unserer Gegend in der ursprünglich romanischen Dorfkirche zu Stötterlingen bei Osterwieck, in der Klosterkirche zu Drübeck, in der Stiftskirche zu Gernrode, in der Dorfkirche zu Beyendorf bei Magdeburg und zu S. Godehardi in Hilbesheim.

Von der Triumphbogenanlage zwischen Langhaus und Altarraum ist, wie bereits bemerkt, die Basis noch vorhanden, die, wie die meinen Mittheilungen beigegebene Zeichnung ergibt, die Gestalt einer Pfeilerbase in einfacher Form hat. (Figur Nr. 1.)

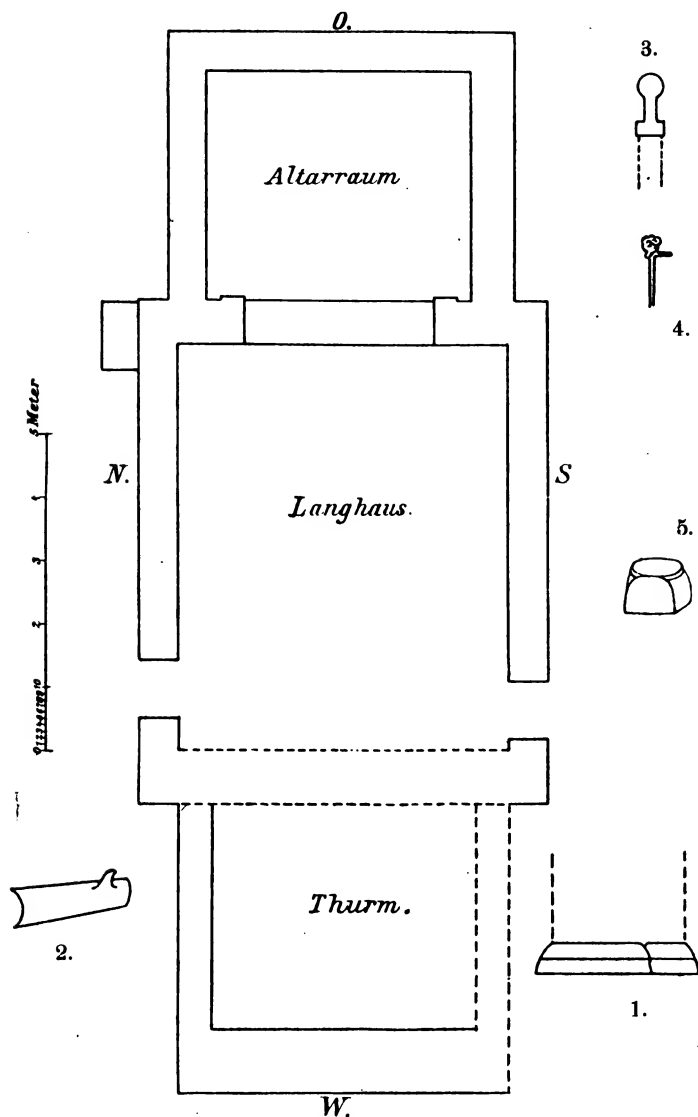
Auf der Nordseite finden sich an der Stelle, wo Langhaus und Altarhaus zusammentreffen, dem Triumphbogen vorgelagert, die Reste eines 1 m langen und $\frac{1}{2}$ m breiten Strebpfeilers, der allem Anschein nach erst später angebracht ist, um die nach Norden infolge des Druckes durch den Triumphbogen zurückweichende Wand zu stützen.

Von der Westmauer des Langhauses ist nur die Südecke vollständig erhalten, so daß es hierdurch möglich ist, die Länge des Kirchengebäudes festzustellen. Der übrige Teil der Mauer besteht nur noch aus völligen Trümmern.

Ähnliches gilt von der Turmanlage, die sich erst bei der 2. Ausgrabung am 29. September als bestimmt vorhanden feststellen ließ. Hier war nur noch die Nordmauer in einer Länge von 4,78 m vorhanden, während die den ganzen Bau abschließende, ziemlich schief laufende Westmauer des Turmes nur noch in größeren Bruchteilen, die südliche Mauer des Turmes aber gar nicht mehr vorhanden war. Ueberall gewinnt man den Eindruck, daß von dem Baumaterial ein großer Teil im Lauf der Zeit ganz weggeschafft ist.

Die Westmauer des Turmes bot insofern einen charakteristischen Unterschied im Vergleich zu dem übrigen Mauerwerk dar, als hier die Steine ziemlich unregelmäßig im Fundament zusammengelegt waren, bestehend aus vielen größeren Kieselsteinen, die in der Mitte der Mauer eine Packlage aufwiesen, welche fast auf eine Unterlage für einen Thüreingang hinzu-

deuten schien, obwohl ein Thüreingang an dieser Stelle bei einer romanischen Kirche etwas Ungewöhnliches wäre.



Das Baumaterial besteht in den untersten Fundamenten in roh behauenen Bruchsteinen, in den Schichten über der Erde

in grauweißem Kalkstein, wie er in der Stapelburger Feldmark nicht vorkommt. Dagegen soll sich in dem nicht fernem Drübeck gleiches oder ähnliches Gestein finden.

Das Gebäude war, wie die massenhaft vorhandenen Ueberreste beweisen, zur Zeit seines Untergangs der Hauptsache nach mit roten Hohlziegeln bedeckt, die, wie ein wenig versehrtes Exemplar einer Firstziegel zeigt, von 34 cm Länge waren. Allerdings fanden sich auch Ueberreste von Schiefer, doch verhältnismäßig nur spärlich.

Bezüglich der Fenster scheinen einige aufgefundene Bruchteile von Felspatglas darauf hinzudeuten, daß ihre Scheiben aus durchscheinenden Tafeln von Felspat bestanden, ein Fenstermaterial, was besonders im früheren Mittelalter bei der damaligen Kostspieligkeit des Fensterglases häufig bei Kirchen verwandt wurde. Otte, Handbuch der kirchl. Kunst-Archäologie, 4. Aufl. I, 68.

Der Fußboden des Altarraumes und des Langhauses scheint aus Estrich bestanden zu haben, worauf mehrere daselbst gefundene Estrichstücke hindeuten.

Massenhaft zerstreut finden sich auf der Baustelle Nester von verbranntem Stroh und Asche, sowie von zu Schlacke verbranntem Gestein. Vor mehreren Jahren wurde etwa 50 Schritte weit südöstlich vom Kirchengebäude ein sehr großer Schloßel und zwei lange Thürhespen gefunden. Beides machte, wie mir der Finder selber mitteilte, gleichfalls den Eindruck, als wäre es im Feuer gewesen. So liegt die Annahme als außerordentlich wahrscheinlich nahe, daß das Kirchlein seinen Untergang durch Feuer gefunden hat.

Bei früheren leider, wie es scheint, nicht mit der nötigen Vorsicht ausgeführten Nachgrabungen im Schiff der Kirche fanden sich mehrere Gerippe, ein Zeichen, daß auch dieser kleine Raum nach mittelalterlicher Sitte zugleich die Grabstätte für besonders bevorzugte Glieder der Gemeinde oder für um die Kirche besonders verdiente Personen abgegeben hat.

Nicht unerwähnt darf ich endlich lassen die mehr oder weniger interessanten Funde, die bei der Ausgrabung am 29. September 1892 gemacht wurden.

Im Schiff der Kirche wurden bei einer Nachgrabung an einer Stelle gefunden:

1. Ein eiserner kleiner Haken mit kleiner eiserner Platte als Unterlage.
2. Ein kleines eisernes Hufeisen von 22 cm im Umfang. Es lag 2 Fuß tief unter Erde; von einer Form, wie sie

besonders häufig in der goldenen Aue und in den südlichen Harzvorbergen dortiger Gegend gefunden werden.

3. Ein Knochen.
4. Scherben von mittelalterlichen Töpfen.
5. Eine Lage gelbroter Erde, ganz abstechend von dem dunkeln Mutterboden, etwa 1 Fuß stark und 2 Fuß breit.
6. Ein Ziegelrest, 3 Fuß unter der Erde.
7. Verschiedene Estrichstücke.

Hart an der Westmauer des Turmes fanden sich neben einer Menge von Eisenüberresten folgende Gegenstände:

1. Eine vollständig erhaltene, oben bereits erwähnte Dachfirstziegel, nach dem Kopf zu sich etwas verjüngend. (Figur Nr. 2.)
2. Der Knäuf eines Schwertes bis zum Klingenanfaß, 16 cm lang, Griff 11 cm lang. Der Form nach zu urteilen, kann es aus dem 13. Jahrhundert stammen. Die Klinge ist 5 cm breit. (Figur Nr. 3.)
3. Ein eiserner 13 cm langer, 2½ cm breiter Gegenstand, den ich für einen Dolch zu halten geneigt bin. Ueber der Klinge befindet sich die noch erhaltene kleine Parierstange. (Figur Nr. 4.)
4. Mehrere Pferdebacken.
5. Verschiedene kleine Stücke von Feldspatglas.

Auf der Südseite des Langhauses wurde gefunden eine ziemlich roh behauene, aber doch deutlich als romanisch erkennbare kleine Säulenbasis, die offenbar die Basis des Mittelpfeilers eines romanischen Fensterpaares bildete. (Figur Nr. 5.) Ihr Umfang beträgt 76 cm, der Durchmesser 21 cm, die Höhe 15 cm.

Fragen wir zum Schluß nach dem Alter der Bauanlage unseres Kirchleins, so weisen alle vorhandenen Anzeichen darauf hin, daß wir hier ein romanisches Bauwerk aus der Zeit des ausgehenden 12. Jahrhunderts oder aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts vor uns haben.

Vermischtes.

1. Sterblichkeit und Bevölkerungszahl in Hildesheim im 17. und 18. Jahrhundert.

Wie wenig das Wort von der guten alten Zeit, hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen, im Allgemeinen begründet ist, wird immer klarer werden, je mehr die Geschichtswissenschaft neben der auswärtigen Politik die inneren Zustände in Stadt und Land zum Gegenstande ihrer Forschungen macht.

In den Tagen, in welchen die Wachsamkeit des Staates und der Gemeinden mit der ärztlichen Kunst sich die Hand reicht, um verheerende Seuchen erfolgreich zu bekämpfen und vorbeugend das Gut der Gesundheit zu schützen, liegt es nahe, den Blick in die Vergangenheit und auf die Leiden der Vorfahren zu richten.

Mit der Frage der Bevölkerungszahl mittelalterlicher Städte hat man sich neuerdings eingehend beschäftigt. Nürnberg, Frankfurt a. M., Rostock, die Städte der Mark Brandenburg und andere Orte sind nach dieser Richtung hin von gründlichen Forschern eingehend behandelt worden, doch gehen die Meinungen sowohl über die anzuwendende Methode als über die Zuverlässigkeit der Ergebnisse auseinander.¹

Auch für Hildesheim wird es möglich sein, besonders aus den alten Steuerlisten (Schokeregistern) und Bürgeraufnahmeverzeichnissen ein annäherndes Bild von der Einwohnerzahl wenigstens der Altstadt im Mittelalter zu gewinnen. Dagegen fehlt es leider für die Neustadt an alten Rechnungen und ähnlichem Quellenmaterial. Im Allgemeinen empfiehlt es sich, die Bevölkerungszahl eher zu niedrig als zu hoch anzunehmen.

Mit dem örtlich und nach dem Stande der Ueberlieferung verschiedenen Auftreten der Kirchenbücher im 16. und 17. Jahrhundert² kommen zuverlässige Nachrichten hinzu, deren Zusammenstellung und planmäßige Verwertung für die Statistik in hohem

¹ Vgl. Höniger, die Volkszahl deutscher Städte im Mittelalter in Schmollers Jahrbuch XV, S. 103—130 und v. Inama-Sternegg, Bevölkerung des Mittelalters und der neueren Zeit bis Ende des 18. Jahrh. in Europa. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Jena) II, S. 433—443.

² Vgl. Buhlers im Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichtsvereine 1892 S. 24 und im Deutschen Herold 1892 S. 38.

Grade zu wünschen wäre.¹ Gleichen amtlichen Ursprung haben die dem Folgenden zu Grunde gelegten Aufzeichnungen, welchen wir für das 17. und 18. Jahrhundert einen festeren Boden der Unterjuchung verdanken.

Zu den Einnahmen der alten Schule von St. Andreas gehörten gewisse Gebühren für die Teilnahme von Lehrern und Schülern an den Begräbnissen.² Ueber die einlaufenden Gelder wurde sorgfältig Buch geführt und als Auszüge aus dem nach einer Notiz des Syndicus Weinhagen noch um die Mitte des 18. Jahrh. im Gymnasium Andreanum vorhandenen, jetzt verlorenen Totenbuche sind zwei *Rationes Funerum* überschriebene Zusammenstellungen des Stadtarchivs zu betrachten. Während der eine Auszug nur die Jahre zwischen 1609 und 1688 umfaßt, schickt der andere die Jahre 1597—1599 voraus und führt die Verzeichnung bis 1717 herab. In beiden Listen fehlen die Jahre 1611—1614 und die Zahlen für das Pestjahr 1624, unter 1641 fehlt in der einen Handschrift die Ziffer, während in der anderen bemerkt ist: *fuga rusticorum* 1050, also eine sehr hohe Sterblichkeit infolge der Pest, welche, wie es scheint, den Wegzug namentlich von Nichtbürgern im Gefolge hatte. Im Uebrigen stimmen beide Berichte bis auf wenige Abweichungen³ überein. Bei einzelnen Jahren sind Todesfälle im Lehrerkolleg und der Geistlichkeit vermerkt, Nachrichten, welche die von Fischer in seiner Geschichte des Gymnasium Andreanum gesammelten nur in wenigen Punkten ergänzen.

Die Ergebnisse der folgenden Ausführungen halte ich nicht für abschließend. Wenn ich sie dennoch veröffentliche, so geschieht es, um den Stand der Frage möglichst festzustellen, zugleich aber in der Hoffnung, dadurch die Aufmerksamkeit auf etwaige in öffentlichen Sammlungen oder in Händen Privater beruhende Materialien hinzulenken, welche auf die Beurteilung des leider verlorenen Totenbuches neues Licht werfen könnten. Irrt ich nicht, so liegt die Hauptschwierigkeit in der Ungewißheit, ob wirklich alle Leichen aller Konfessionen der Altstadt mit Einschluß der vermutlich besonders zahlreichen Kinderleichen bei dem lutherischen Gymnasium verzeichnet wurden. In einer Eingabe von 1693 beklagen sich die Kollegen des Gymnasiums Andreanum, daß im vorhergehenden Jahre von 253 auf der Altstadt Ver-

¹ Vgl. die verbiensthlichen Mittheilungen bei Kayser: Aus vergangenen Tagen der Hildesheimer Neustadt. S. 70.

² Vgl. G. D. Fischer, Geschichte des Gymnasium Andreanum. S. 81. 90.

³ 1643: 197 und 179; 1653: 119 und 192; 1669: 278 und 279; 1676: 209 und 309, wobei den zweiten Zahlen als denen der vollständigeren Liste mehr Gewicht beizumessen sein dürfte.

Zeitschr. des Harzvereins XXV.

storbenen nur 106 mit öffentlichen Ceremonien beerdigt seien, während die Liste die Zahl 136 angiebt. Mit diesem Vorbehalte mögen die folgenden Thatfachen und die darauf gebauten Schlüsse aufgenommen werden.

An der Spitze der Niederschriften stehen die knappen und doch so inhaltschweren Worte:

Anni 1597 pestis 2520.

1598 pestis 397.

1599 Rothe Ruhr 413.

1609 Pest 1572.

Welcher Teil der Bevölkerung im Jahre 1597 dahingerafft wurde, ist kaum zu berechnen. Auch in der Blütezeit des 16. Jahrhunderts dürfte die Einwohnerzahl der Altstadt 10000 kaum überschritten haben, sodaß 1597 etwa ein Viertel der Bewohner der Pest erlegen sein mag. Wenn der Chronist Johann Osdecop, Dechant des h. Kreuzstiftes, zum Jahre 1507 das Sterben von über tausend Schülern, meist Bürgerkinder,¹ unter 1566 von 6000 Menschen in Alt- und Neustadt² berichtet, so fehlt es vorläufig an Mitteln, um den Wert dieser sehr runden Ziffern und ihr Verhältnis zu den Ueberlebenden zu prüfen.

Im Jahre 1609 reichten die Kirchhöfe nicht hin, es wurden, wie in der einen Liste hinzugefügt ist, Leichen auf dem Klingenberg vor dem Osthore, auf Bogts Hofe, in der Ritterstraße, in dem Gewölbe von St. Godehard, auf dem Damme, vor dem Dammhore und auf dem Rogberge beerdigt. Im Jahre 1616, in welchem ein großer Brand im Zweiten Rosenhagen verzeichnet wird, starben 639 Personen. Wie überall führte der große Krieg auch in Hildesheim Not, Krankheiten und erhöhte Sterblichkeit mit sich. 1625 starben auf der Altstadt 1304, 1626 1313, 1627 sogar 1804 Personen. Nach diesen enormen Verlusten sinkt die Zahl der Gestorbenen 1628 auf 204 herab. Die nächstgrößten Zahlen sind 552 in dem Pestjahre 1657, 549 im Jahre 1634, in welchem die Belagerung durch die Braunschweigischen ihr Ende erreichte, 474 im Jahre 1642, 455 1615, 438 1632 und 426 im Jahre 1617.

Zwischen 400 und 300 Sterbefälle weisen folgende Jahre auf: 1618 (353), 1620 (330), 1629 (342), 1637 (350), 1638 (370), 1639 (312), 1648 (316), 1665 (337), 1666 (351) und 1670 (344), zwischen 300 und 200 die Jahre 1619 (244), 1621 (277), 1622 (218), 1623 (292), 1628 (204), 1630 (206), 1631 (286), 1633 (294), 1640 (284), 1645 (232), 1648 (200), 1649

¹ Chronik herausg. von R. Euling S. 27.

² Ebenfallselbst S. 600.

(202). Unter 200 Personen starben in den Jahren 1610 (150), 1636 (162), 1643 (179), 1644 (178), 1647 (191).

In den dreißig Jahren von 1650 bis 1679 bewegt sich die Sterbeziffer, von dem Bestjahre 1657 abgesehen, zwischen 138 (1650) und 351 (1666). Bei einer Gesamtzahl von 6836 Sterbefällen kommen in diesem Zeitraume auf das Jahr durchschnittlich 228 Todesfälle. Rechnet man auf je 1000 Bewohner jährlich 30 Sterbefälle — in den Jahren 1881—1885 entfallen in Preußen auf 1000 Bewohner durchschnittlich 27 Sterbefälle¹ — so läßt sich aus den 228 Verstorbenen auf eine Bewohnerzahl von 7—8000 für die Altstadt schließen. Rechnet man andererseits zu den 1572 im Jahre 1609 auf der Altstadt Verstorbenen die, wie es scheint, zuverlässige Zahl von 738 Todesfällen auf der Neustadt² hinzu, so ergibt sich die Gesamtzahl von 2310 Verstorbenen in einem Bestjahre. Wenn andererseits im folgenden Jahre (1610) bei „gesunder Luft“, wie es in dem vollständigeren Verzeichnisse heißt, 150 Sterbefälle berichtet sind, so würde sich daraus nach dem oben angewandten Maßstabe auf eine Bevölkerung der Altstadt von 5000 Menschen schließen lassen.

Von 1680 ab bis zum Schlusse der Liste schwankt die Zahl der Sterbefälle zwischen 191 (1684) und 78 (1705), im Allgemeinen sinkt sie bedeutend herab. In den dreißig Jahren von 1688—1717 starben 3294, durchschnittlich im Jahre also 110 Personen, woraus auf ein Sinken der Bevölkerung der Altstadt auf 4000 zu schließen wäre. Mit diesem Rückgang stimmt überein, daß die Akten jener Zeit voll sind von Klagen über den wirtschaftlichen Notstand, von erfolglosen Erwägungen, wie dem Gemeinwesen und seiner „Nahrung“ aufzuhelfen sei.

Könnte der lebenden Generation ein Bild von dem Ergehen der bescheidenen, vielfach in kleinlichen Zwistigkeiten befangenen Altvordern jener Tage gezeichnet werden, sie würde dankbar die Segnungen sich vergegenwärtigen, welche dem Wachsen des Staates und seiner Aufgaben entsprungen sind. —

H. Doeberer.

2. Hat es in Halberstadt einen Konvent der Nonnen vom Maria-Magdalenenorden gegeben?

Unter den uns gütigst zur Benützung anvertrauten Urkunden aus dem Nachlasse des Oberdompredigers Augustin in Halberstadt befindet sich eine Ablassbulle Papst Gregors IX. vom 30. Juli 1232, durch welche derselbe die Gläubigen zu einer Unterstützung

¹ Statistisches Handbuch für den Preussischen Staat. Bd. I. Berl. 1888, S. 140.

² Kayser a. a. D. S. 70.

der durch Armut schwer bedrängten Neuerinnen oder Büsserinnen vom Maria-Magdalenenorden in Deutschland auffordert. Daß dieses Schriftstück aus dem alten Halberstädtischen Urkundenschatze stammt, ist bestimmt anzunehmen, aber aus dem Umstande, daß in Halberstadt für jene Ordensschwestern Gelder gesammelt wurden, folgt noch nicht, daß es einen Konvent derselben am Orte gab. Und da uns bis jetzt ein unmittelbarer Beweis von einer Niederlassung derselben in der alten Bischofsstadt fehlt, so werden wir die hier gestellte Frage vorläufig nicht bejahend beantworten dürfen.

Gleichwohl ist es doch nicht nur die hier mitgeteilte Urkunde, die uns veranlassen kann, die Frage aufzuwerfen. Bekanntlich gilt, und gewiß mit Recht, jener zunächst von gefallenem Mädchen gebildete Orden als eine in Deutschland, und zwar in der zweiten Hälfte des 12. Jahrh., aufgekommene Stiftung. Daß nun zu eben jener Zeit der ernste asketische Zug, der an andern, besonders auch norddeutschen Orten solche Stiftungen hervorrief, auch in Halberstadt spürbar war, ist nach dem, was wir über die Person des dortigen Bischofs Gardulf (1193 bis † 21. Aug. 1201) aus Urkunden und geschichtlichen Aufzeichnungen wissen,¹ zuverlässig bezeugt. Wir wissen auch insbesondere, daß dieser geborene Gble von Harbke bei seiner Richtung zur Askese ein besonderer Verehrer der heiligen Maria Magdalena war. Solche Verehrung aber richtete sich nicht auf die Person, sondern auf die Idee, die nach der kirchlichen Ueberlieferung an ihre Person oder Erscheinung geknüpft wurde. Kurz bevor Gardulf seine Pilgerfahrt nach dem heiligen Lande antrat, begann er das von Heinrich dem Löwen zerstörte Schloß Hornburg wieder aufzubauen und sicherte es, bevor er aufbrach, durch Wall und Mauer. Dann aber erbaute er in dem Schlosse eine recht ansehnliche Kapelle der Maria Magdalena. Und weil er den Schutz und Schirm dieser Heiligen allzeit mit besonderer Vorliebe zu feiern und zu verehren bestrebt war, so richtete er zu seinem Gedächtnis das Fest derselben in der Stadt Halberstadt herrlich und feierlich ein und bestimmte klüglich, daß die Stifths Herren an diesem Festtage zu der Vesper und zur Messe im Dom zusammenkommen und zu Maria Magdalenenens Ehre mit geziemender Ehrerbietung feiern sollen und daß ihnen deshalb eine Ergözung dargeboten werde.²

Als der Bischof mit Tode abgegangen war und das Domkapitel vor der Wahl seines Nachfolgers sein Seelgedächtnis

¹ Vgl. gesta episcoporum Halberst. bei Perß, Script. 23, 110 ff.

² Mon. Germ. Script. 23, 111 f.

anordnete, erfüllte es auch des verstorbenen Oberhirten Bestimmungen über die Feier des Maria-Magdalenenfestes.¹

Aus der Verehrung der Patronin des Reuerinnen-Ordens in Halberstadt zur Zeit der Entstehung desselben folgt freilich noch nicht die gleichzeitige Bildung eines Konvents ihres Ordens. Als ziemlich erwiesen könnte aber auch dieses gelten, wenn die Annahme oder Vermutung halberstädtischer Geschichtschreiber, wie Casp. Abel, Stifts-, Stadt- und Landchronik von Halb., Bernb. 1754, S. 261, Lucanus, Neue Gemeinnützige Mitteil., III. Jahrg. (1793) 2, S. 43 ff., Niemann, Gesch. d. Bist. Halb. S. 277, Kl. Wilh. Franz, Gesch. v. Halb. 1853 S. 81 begründet wäre, daß Bischof Garbulf auch den Maria-Magdalenen-Hof zu Halberstadt erbaut und eingerichtet habe. Aber es läßt sich zwar verstehen, wie jene Autoren zu einer solchen Annahme geführt wurden, aber die Annahme ist nicht begründet. Wir wissen nämlich, daß der Maria-Magdalenenhof im Jahre 1499, also gerade drei Jahrhunderte später, von dem Halberstädter Weihbischof Matthias von Sad gestiftet und am 24. Januar 1500 vom Erzbischof Ernst von Magdeburg als Administrator von Halberstadt bestätigt wurde.²

Wissen wir demnach nichts bestimmtes über einen in der Zeit der Ordensstiftung gegründeten Hof der Büsserinnen vom Maria-Magdalenenorden, so regt doch die im Jahre 1232 für die Ordensschwestern veranstaltete Sammlung zu einer Frage darnach an. Da die Reuerinnen sich damals aus Mangel an Mitteln kaum halten konnten, so wäre ein etwa dreißig- bis vierzigjähriges Bestehen eines Konvents derselben am Orte wohl denkbar. Die Verluste, welche der halberstädtische Urkundenschatz erlitten hat, lassen auch das Abhandenkommen etwaiger vereinzelter Briefe eines solchen Konvents wohl denkbar erscheinen.

Nietz 1232, 30. Juli.

Papst Gregor IX. fordert die gesamte Geistlichkeit auf, die Christgläubigen zu milden Gaben und Kollekten für die von großer Armut bedrängten Büsserinnen am Maria-Magdalenenorden in Deutschland anzutreiben und erteilt zur Beförderung dieser milden Gaben einen vierzigjährigen Ablass.

Gregorius³ episcopus, servus servorum dei, venerabilibus fratribus archiepiscopis et episcopis et dilectis filiis abbatibus, prioribus, decanis, prepositis, archidiaconis, archipresbiteris et aliis ecclesiarum prelatiis, ad quos littere iste pervenerint, salutem et apostolicam benedicti-

¹ Schmidt, Urkundenbuch d. Hochst. Halb. I, 414.

² Urkundenb. d. Stadt Halb. Nr. 1223.

³ Langgejogene Majuskel.

onem. Ut celorum rex, bonorum sub celi ambitu contentorum conditor et collator, de suo sibi per manus pauperum erogato constituatur fidelibus retributor, expedit quod ipsi dispargendo divitias partem debitam egenis misericorditer erogare procurent, sic quod fiat, ut pietatis obtentu indigentibus temporalia ministrantes eterna beneficia mereantur. Quare vos et alios ad huiusmodi salubre commercium, in quo quisque quod inopi dat in terris in celo sibi cum fenore multiplici thesaurizat libenter precibus et monitis invitamus. Cum igitur dilecti in Christo filie sorores penitentes sancte Marie Magdalene in Alemannia, que carnalium voluptatum illecebris abdicatis pro eternis delitiis optinendis se celesti sponso dicarunt, ita vincte dicantur funibus paupertatis, quod sine subventione fidelium nequeunt sustentari, universitatem vestram attente rogandam duximus et monendam per apostolica scripta vobis mandantes, quatinus populos vobis commissos sedulis monitis et exhortationibus inducatis, ut earum inopiam miserati per aliquos viros timentes deum singulis mensibus inter se collectam fieri faciant generalem, de qua possessiones per eosdem emanant, ex quibus predictarum sororum inopia relevetur, preces nostras taliter impleturi, quod ex eo deum propitium et nos vobis reddatis favorabiles et benignos. Nos enim de omnipotentis dei misericordia et beatorum Petri et Pauli, apostolorum eius, ac quam nobis concessit auctoritate confisi omnibus, qui eis ad hoc pias elemosinas et grata subsidia erogaverint, quadraginta dies de iniuncta sibi penitentia misericorditer relaxamus.

Datum Reate, III. kalendas Augusti, pontificatus, nostri anno sexto. [anno domini m^o ducentesimo vicesimo quarto.]¹

Urschrift auf sehr starkem Pergament im Besitze des Herrn Augustin.

Die Bleibulle ist nicht mehr vorhanden; nur die verbliebenen Seidenfäden, an denen sie befestigt war.

Von außerhalb: Frater Rodolfus.

¹ Diese verkehrte Angabe ist von einer späteren, dem 15. Jahrhundert angehörigen Hand hinzugefügt.

3. Abendmahlsgenossen aus den fremden Kriegsvölkern zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.

Als es gelungen war, aus den Beichtverzeichnissen der St. Johanniskirche in Wernigerode zu zeigen, wie mit den verschiedenen Völkern, meist außerdeutschen Volkstums und römischen Bekenntnisses, die unter Wallenstein im Jahre 1626 jene Stadt bedrängten, auch deutsch-evangelische Glaubensgenossen aus Schlesien, Böhmen, Mähren, Ungarn und der Oberpfalz hier einquartiert waren,¹ versuchten wir, eine ergänzende Auskunft auch aus der Oberpfarrgemeinde zu gewinnen, denn bei der dritten städtischen Gemeinde, der zu U. L. Frauen, war bei den Verlusten, welche die Pfarregistratur durch Feuersbrünste erlitten hat, eine solche Belehrung überhaupt nicht mehr möglich.

Aber auch bei der S. Silvestergemeinde ging die an die Beichtverzeichnisse geknüpfte Hoffnung nur teilweise in Erfüllung. Bei einer Durchsicht der uns aus den Jahren 1623 bis 1643 vorliegenden ergab sich nämlich, daß zwar Kriegsleute samt den Weibern und Troß unter den Abendmahlsgästen verzeichnet, daß sie vom Küster aber fast nie mit ihren Namen und nach ihrer Herkunft eingetragen sind. Zumerhin haben diese Angaben einen gewissen Wert. Wir teilen daher kurz die Zahlen solcher Abendmahlsgäste mit und übergehen nur die Jahre, in denen Kriegsleute nur ganz vereinzelt vorkommen. Darnach nahmen also am heil. Abendmahl der Gemeinde teil im Jahre:

Soldaten. Soldatenfrauen. Jungen. An Sonntagen.				
1623	18.	1.	—	1.
1626	19.	7.	—	7.
1633	12.	4.	2.	5.
1634	40.	12.	5.	fast das ganze Jahr hindurch.
1637	5.	2.	—	3.
1638	16.	4.	—	8.
1642	32.	5.	9.	7.

Aus diesen Zahlenergiebt sich, daß die Kriegsleute, deren doch zuweilen tausend und mehr in der Stadt lagen, durchschnittlich nur vereinzelt die Stärkung des heiligen Mahles suchten. Freilich betreffen unsere Auszüge nur eine von den drei städtischen Gemeinden. Wie man es erwarten wird, ist die Zahl der Abendmahlsgenossen immer nur eine größere, wenn die in der Stadt liegenden Kriegsvölker unter evangelischer Führung stehen. Zahlreichere Abendmahlsgänger aus den Soldaten an einzelnen Sonntagen haben wir überhaupt nur im letzteren Falle ein parmal zu verzeichnen. Es waren am Sonntag Laetare (25. März a. St.)

¹ Vergl. oben S. 284—288.

1623 18 Soldaten, ein Soldatenweib, am 4. Adventssonntage
1642 22 Soldaten, 1 Soldatenweib, ein Soldatenjunge.

Der erste Fall ist besonders bemerkenswert. Es waren Leute des Herzogs Wilhelm von Weimar, der vom 19. bis zum 23. März in Bernigerode, und besonders auf dem Schloß in Gegenwart Graf Heinrich Ernsts zu Stolberg, so schlimm hauste, daß andere Fürsten, insbesondere Bischof Christian von Halberstadt, sowie des Grafen jüngster Bruder Botho Ulrich¹ sich ins Mittel legen mußten.² Eine namhafte Zahl von diesen Mannschaften beteiligte sich also kurz vor ihrem Abzug an der Abendmahlsfeier der Gemeinde. Am 18./28. Dezember 1642 waren es Leute des schwedischen Obristen Joh. Wilh. Vinthuis, der am 20./30. Dez. weiter zog,³ die am Sonntage vorher an der heil. Sakramentsfeier teilnahmen. Aber auch als von 12./22. April bis zum 13./23. Mai d. J. das Kaiserl. Nikowitzsche Croaten-Regiment und das Gelenische Regiment, zehn Kompagnien mit dem Stabe, hier ihr Quartier hatten,⁴ beichteten Quasimodogeniti (17. April) ein Soldatenweib, Misericord. Dom. (24. April) 2 Soldatenjungen. Cantate (8. Mai) Bastian Dam, ein Soldate und sein Sohn. Noch ein Soldate.

Die vorstehenden Auszüge veranlassen uns, eine oben S. 288 gemachte Bemerkung genauer zu fassen oder zu berichtigen. Es ist dort der Soldatenjungen gedacht, welche die Widerwärtigkeiten der Einquartierung vermehrten und sind diese Jungen schlechtthin als Soldaten söhne aufgefaßt. Nun zeigt ja das Beispiel vom 8. Mai 1642, daß auch ein erwachsener oder halb-erwachsener Soldatensohn mit seinem samt ihm hier im Quartier liegenden Vater zum heil. Abendmahl geht. Auch ist es ja natürlich, daß unter den Soldatenkindern, die beim Troß ihren Eltern folgten, auch junge Söhne sich befanden. Endlich wurden gar nicht selten während der Einquartierung Soldatenkinder geboren. So hatte am 20./30. Dez. 1642 Mag. Klingspor zu U. L. Frauen erst am Tage vor dem Aufbruch das Kind eines Musketiers zu taufen.

Dennoch ist die Bezeichnung Soldatenjunge nicht schlechtthin als Soldatensohn zu fassen, sondern sie bezeichnet den jungen Gehülften und Diener eines Soldaten, einen Troßjungen oder Troßbuben. Nicht ganz selten nahmen, wie unsere Beispiele zeigen, diese Troßjungen an der Abendmahlsfeier teil. Am 22.

¹ Geboren am 29. Mai 1598 wurde derselbe jung ein Opfer des Krieges und starb im Nov. 1626 als Kriegsgefangener zu Steierwald bei Hildesheim.

² Chronikal. Aufzeichn. bei Telius, Sammlungen Juris patrii in 4^o IV, S. 314.

³ Wern. Intell.-Bl. 1826, S. 82.

⁴ Daf. S. 34. 43.

Sonntage nach Trinitatis (6./16. Nov. 1642) genießen neben 2 Soldaten 5 Soldatenjungen das heil. Mahl, am dritten Sonntage nach Advent (11./21. Nov. d. J.) fünf Reuter, ein Reuterjunge, drei (Soldaten-) Weiber. Die Reuterjungen werden wegen ihres besonderen Dienstes von denen des Fußvolks unterschieden. Der Markelender finden wir nicht oft in unseren wernigeröbischen Quellen gedacht. Ein solcher ist jedenfalls gemeint, wenn Purificat. Mar. 1634 ein 'Magettet' als Abendmahlsgänger verzeichnet ist. Dem das Verzeichnis führenden Küster war der Ausdruck ein ungewöhnlicher.

Der aus dem Mittelalter bekannte Brauch, einen Missetäter zu begnadigen, wenn ein Mädchen, das ihn heiraten will, für ihn bittet, wovon wir in unserer Zeitschrift Jahrg. 24, S. 529 ff., ein Beispiel aus dem Jahre 1468 nachgewiesen finden, ist bei uns auch zur Zeit des dreißigjährigen Krieges bezeugt. In der Nacht zum 2./12. Dezember 1642 wird von den (Kriegs-) Knechten eines Cornets des schwedischen Vinthus'schen Regiments einer erstochen, einem anderen die Hand abgehauen.¹ Ein zu Jerrheim gebürtiger Soldat, der den Mithnecht erstochen hat, wird zum Tode durchs Schwert verurteilt. Mag. Jaf. Klingsporn bereitet ihn zum Tode vor und reicht ihm das heil. Abendmahl, und am 10./20. Dezember ist auf dem Markte schon alles zugerichtet, um die Hinrichtung zu vollstrecken. Da erscheint Anna Jenerts von Obernhofen,² tritt für ihn ein und thut einen Fußfall, wie sie es bereits vorher bei der Frau des Obristen Vinthus gethan. Daraufhin wird der Verurteilte begnadigt und tags darnach, am 11./21. Dezember hat Mag. Klingsporn dem Begnadigten die Magd (Jungfrau) ehelich anzutrauen.³

E. Jacobs.

4. Ein Hexenprozeß zu Oldisleben im Jahre 1680.

Herr Gustav Poppe in Artern, ein treues Mitglied unseres Vereins von seiner Begründung an, der dessen Arbeit nicht nur durch gelegentliche Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift, sondern weit mehr durch häufige bereitwillige Auskunft aus dem Schatze seines reichen ortskundlichen Wissens und durch das unermüdlliche Sammeln mancher ohne seine Sorgfalt oft dem Untergange geweihter Urkunden und Papiere in reichem Maße gefördert hat, theilte uns kürzlich im Auszuge die Akten eines im Jahre 1680 zu Oldisleben verhandelten Hexenprozesses mit, woraus wir ersehen,

¹ Wern. Intell.-Bl. 1826, S. 80.

² Etwa Obernhofen im Nieder-Elsass oder Baiern, oder Obernhof im Nassau'schen?

³ Wern. Intell.-Bl. 1826, S. 82.

wie trotz des vielfachen traurigen Einerlei dieser Blutgerichte in den Verhandlungen über dieselben doch immer wieder neue rechtskulturb- und sprachgeschichtlich merkwürdige Züge und Einzelheiten vorkommen.

Was die Zeit betrifft, so gehört unser Prozeß schon einer ziemlich späten Zeit an, als das christliche Gewissen in Deutschland sich in einem Spee, Meyfart und anderen mächtig gegen diese Schmach von Jahrhunderten zu regen begonnen hatte. Höchst wahrscheinlich war diese amtliche Verfolgung und Hinzurechtung einer „Here“ sogar das letzte Beispiel eines solchen traurigen Rechtsverfahrens, und der Einsender des folgenden Auszugs hat trotz fleißigen jahrelangen Suchens nirgendwo ein späteres aufspüren können.¹ Spuren milderer Regung glauben wir auch in unsern Akten beobachten zu können, zwar nicht bei dem Scharfrichter Meister Martin Kaufmann aus Artern, wohl aber bei dem Jenenser Schöppenstuhl und bei Herzog Johann Ernst von Sachsen, bei dem ersteren darin, daß in dem Spruche vom November dem Scharfrichter bei der Folter nicht nur in hergebrachter Weise „menschlich“ zu verfahren, sondern auch Rücksicht auf das hohe Alter und die Leibeschwachheit der Angeklagten zu nehmen anbefohlen wird. Bei dem Herzoge blickt die Menschlichkeit noch etwas deutlicher durch, indem er nach amtlicher Bestätigung des Schöppen- und Gerichtsspruchs den Amtmann persönlich auffordert, dem Scharfrichter zu bedeuten, daß er die „arme Sünderin“ bei Ausführung des Urteils nicht zu lange quäle.

Was den örtlichen und geschichtlichen Hintergrund betrifft, so findet das Gericht in dem am Nordostabhang der Hainleite, südlich vom Kyffhäuser, südwestlich von Artern, unsern der Unstrut gelegenen Odisleben statt. Da der Ort in einem vom übrigen Körper des Weimarschen Landes abgesprengten kleinen Gelände liegt, so ist der Landesherr, Herzog Johann Ernst (reg. von 1662—1683), oberster Richter und der Schöppenstuhl bei seiner und des Sachsen-Ernestinischen Hauses Universität Jena die oberste sachmännische Rechtsquelle.

Die Angeklagte, eine hochbetagte Greisin, Jakob Kladens Eheweib, war, wie sie selbst nach überstandener grausamer Folter berichtet, vor mehr als dreißig Jahren „ihrer Meinung nach im Ostreiche“ bei Brünn, woselbst damals das Feldlager gewesen, ihrem Manne als ein Soldatenweib in den Krieg gefolgt. Ihr Gedächtnis trog sie gewiß nicht, denn die geschichtlichen Umstände stimmen damit sehr gut zusammen. War es doch im letzten Teile des dreißigjährigen Krieges, wo der Kaiser, der bis dahin

¹ Nach gütiger schriftlicher Mitteilung vom 3. Febr. 1893. Natürlich ist hierbei nur an jene Gegend gedacht.

meist nur die evangelischen Teile Deutschlands mit Hülfe verschiedener ausländischer Völker bekriegt hatte, auch in seinen Erblanden den Jammer des großen Deutschen Krieges einigermaßen zu kosten bekam, daß wiederholt in den Jahren 1643 und 1645 die Hauptstadt Mährens, Brünn, eine Belagerung auszustehen hatte. Im Jahre 1645 wird es gewesen sein, als die Deutschen, die unter des Schweden Torstensson Führung ihre siegreichen Fahnen entfalteten, die Kaiserlichen am 6. März bei Jankau schlugen und nun sechszehn Wochen lang vor Brünn lagen, ohne jedoch die gut verteidigte Stadt und das Schloß Spilberg einnehmen zu können. War Marie Klade damals vielleicht 25—35 Jahre alt, so hätte sie zur Zeit ihrer Verfolgung als Hure deren 60—70 gezählt. Für die Namenkunde ist es bemerkenswert, daß, während die Akten sie nur Marie nennen, sie selbst „Anna Mariechen“ als ihren Namen bekennet, so daß der Taufname der etwa 1610—1620 geborenen eigentlich ein Doppelname war.

Zu den unsinnigen und kindischen Anklagen von angeblichen Bezauberungen, wie sie sich in unzähligen derartigen Prozeßakten wiederholen, wie daß sie Hans Heilrings Sohn viel seltsame Sachen, als Lappen und Mäuseschwänze, ins Wein gezaubert, eine Frau acht Wochen am Käse- und Buttermachen verhindert habe, ist weiter kein Wort zu verlieren. Wenn sie durch Zauber verursacht haben soll, daß am Wagen Hans Jürgen Hartungs Ringe und Lisse abgefahren, so daß derselbe umgefallen sei, so ist nur hinsichtlich der Ausdrücke zu bemerken, daß Ringe, Wagenringe, einen Spießbolzen, ein Holz zum Befestigen der Wagenachse, Lisse = Stammleiste, Stellholz ist.

Bemerkenswert sind einige Züge unserer Akten für die Nachtfahrer- und Bloßbergssage. Der böse Feind, der Teufel, der sein ihm verschriebenes Opfer zum Tanze entbietet, ist hier, wie der Wilde Mann, in rauhes Pelzgewand gekleidet. Der Nachtfahrerberg erscheint aber, trotzdem Odisleben südlich vom Rnyßhäuser dem Harze ziemlich nahe liegt, nicht als der Brocken, sondern mit dem frühbezeugten sagenhaften Namen Brochels- oder Brockelsberg,¹ und das in ziemlich später Zeit. Zu verwundern haben wir uns darüber nicht, da frühere Untersuchungen gezeigt haben, daß selbst zu Eisleben in Herensachsen auch vom Brockelsberge die Rede ist.² Nur in der Grafschaft Wernigerode und sonst in unmittelbarer Nähe unseres Harzgipfels herrscht überall der wirkliche Name des Berges, d. h. Brocken oder Brockenberg.

¹ Vergl. Harzzeitachr. 3 (1870) S. 827 ff., bes. S. 838; 851—853.

² Daf. S. 871 u. 874.

Die Akten des uns hier beschäftigenden Prozesses stammen aus dem früheren Oldisleber Amtsgericht, das erst in unserem Jahrhundert mit Alstedt verbunden worden ist. Dieselben wurden von einem in Oldisleben wohnenden ehemaligen Kandidaten der Theologie Ehrlich, in dessen Besitz sie geraten waren, Herrn Poppe zur Durchsicht anvertraut.¹

In den folgenden Auszügen ist nur das sachlich wichtige und was dazu dient, den Gang des Verfahrens aufzuweisen, berücksichtigt, die umständlichen artikulirten Zeugenverhöre und die wörtlichen Berichte um der Kürze willen weggelassen.

C. Jacobs.

Zwei Sprüche des Schöppenstuhls in Jena machen den Anfang. Sie lauten: „Als ihr uns einige Registraturen und summarische Zeugenaussagen Marien, Jacob Kladens Eheweib zu Oldisleben bei Artern betr. zugeschildt, und wahre Rechtsberichtigung darüber zugeschildt, demnach sprechen wir vor Recht: daß die Kladin wegen der, verdächtiger Hexerei halber, wider sie streitenden Indicien zur gefänglichen Haft zu bringen und ihres Christenthums, Lebens und Wandels halber, sowohl beim Pfarrer, als auch Nachbarn fernere Erkundigungen einzuziehen. Sodann sind aus den Acten gewisse Articuli zu extrahiren und darüber Inquisition zu vernehmen, auch nach Gelegenheit selbige mit den Zeugen zu confrontiren, und wenn sie gleichwol auf ihrem Verneinen verbleibt, werden jetzt erwähnte Zeugen auf Articuli eidlich abgehört und alles fleißig registrirt, worauf sodann ferner ergehen, was Recht ist, von Rechtswegen. Urkundlich mit unserm Insignel. Verordnete Dechant, Senior und andere Doctores des Schöppenstuhls zu Jena. Monat Octob. 1680.

„Als Ihr uns die wider Marien Kladin ferner ergangene Inquisitionsacte zugeschildet und unsere Rechtsberichtigung darüber gebeten, demnach sprechen wir vor Recht: Daß bemelte Inquisition nochmals in Güte und in Gegenwart des Scharfrichters mit seinen zur Peinlichkeit gehörigen Instrumenten auf die von ihr verneinte inquisitorial Artikul, ingleichen, ob sie Gotte ad-gesagt, hingegen mit dem bösen feinde einen Bund gemacht, und von ihm sich taufen lassen, auch unnatürl. Unzucht mit ihm getrieben und die Hexentänze besucht — fleißig zu examiniren und wenn sie auf ihrem Verneinen beharrt, vermittelst ziemlicher Tortur (so viel ihr hohes Alter und Leibeszustand zuläßt) auf obgedachte Artikul zu befragen. Da dieselbe nun etwas bekennet, wird sie ein oder zwei Tage hernach außerhalb des Orts der vollstreckten peinlichen Frage über ihre Urigicht wieder vernommen und alles mit fleiß niedergeschrieben, worauf sodann weiter

¹ Herr C. Poppe schriftl. Artern 3. Febr. 1893.

ergeht was recht ist. Urkundl. mit unserm Inſiegel — unterſchrieben wie beim erſten Spruch. Monat Nov. 1680.

Nun folgt das Protokoll über die Tortur: Actum Oßbiſleben d. 29. Nov. 1680 — Auf vorgelegtes Urtheil und dabei ergangenen fürſil. gnäd. Befehl iſt obigem Dato dem Scharfrichter, Meiſter Martin Kaufmann von Artern, welcher zu dem Ende anhero vocirt worden, das im Schöppenſtuhle zu Jena wider die gefangene Mar. Klabin geſprochene Urtheil vorgeleſen, welcher darauf berichtet: er wolle ſich ſchon darnach zu richten wiſſen. Darauf haben wir uns in hieſige Thorſtube als locum torturae verfügt, die gefangene M. Klabin vorgefordert und in Gegenwart des Scharfrichters und ſeiner Inſtrumente in der Güte befragt, ihr auch zugeredet, die Wahrheit, welche doch nicht verhohlen bleibe, gutwillig zu bekennen, worauf dieſelbe geantwortet wie folgt: (Nachdem von ihr alle ihr vorgelegten albernen und widerſinnigen, größtentheils aus nachſolgendem erhellenden Fragen durchaus verneint worden, heiſt es im Protokoll weiter:)

„Hierauf wurde derſelben befohlen aufzuſtehn und ihr noch ferner vom Scharfrichter ernſtlich zugeredet, die Inſtrumente eins nach den andern vor Augen gehalten und wie mit ihnen verfahren werden würde, demonſtrirt. Weil ſie aber auf ihrem Verneinen verharret, hat ihr der Scharfrichter befohlen, die Kleider abzulegen, welches ſie auch willig gethan, ſagend, ſie wäre dem lieben Gotte einmal den Tod ſchuldig, man möchte mit ihr machen, was man wolle.

Der Scharfrichter ſtreute hierauf etwas auf Kohlen und ließ ihr den Dampf unter das Geſicht und in die Naſe gehen, ließ ihr auch einen Tropfen Schwefel auf den Arm fallen und ermahnte ſie, zu bekennen. Inquiſitin blieb aber dabei, ſie wiſſe von nichts, ließ auch nicht den geringſten Schmerz ſpüren, ſondern that, als fühle ſie nichts. — Endlich hat der Scharfrichter nach wiederholten Bedrohungen angefangen, ſie zu ſchnüren, welches ſie gleichfalls, als ob ſie gar nichts fühle, ausgeſtanden und noch immer geſagt: ich weiß nichts.

Als nun auf dieſe Weiſe nichts aus ihr hat können heraus gebracht werden, hat der Scharfrichter (nachdem er ſie wieder gar bedrohlich ermahnt) ihr einen Daumenſtock angelegt; indem er aber damit umgegangen, hat Inquiſitin angefangen heftig zu zittern und in Ohnmacht niederzuſinken. Und wiewohl ſie der Scharfrichter mit kaltem Waſſer wieder erfriſchet, ſo hat man doch geſpüret, daß ohne Lebensgefahr jezt weiter nichts mit ihr vorgenommen werden könnte, dererwegen man ſich geſtellt, als wollte man ihr eine Stunde Zeit geben, ſich zu bedenken. Und hat man ſie alſo bei Stunden ſetzen und ausruhen laſſen.

Nachmittags 1 Uhr hat man ihr wieder befohlen aufzustehn, sie aufs Neue ernstlich ermahnt, Gott die Ehre zu geben und ihre begangene Sünde zu bekennen. Und hat auch der Scharfrichter seine Bedrohungen wiederholt. Inquisitin ist aber beständig dabei geblieben, sie wisse von nichts, wollte aber gern bekennen, weil sie aber nichts wisse, könnte sie nichts bekennen, sie müßte sonst lügen.

Auch ist sie in speciö befragt worden, ob sie nicht des jetzigen Amtshirten Hans Wolfs Sohn, von welchem man unter wärender Tortur berichtet worden, daß er einstmalen in ihren Garten gestiegen und Birnen geschüttelt, bezaubert hätte, so daß er am dritten Tage gestorben? worauf sie geantwortet, sie wüßte nicht, daß sie des Hirten Sohn jemals gesehen.

Der Scharfrichter hat ihr hierauf wieder einen Daumenstoß angelegt, auch zugleich heftig gedroht, es solle nunmehr im Ernste sein, wofern sie nicht gutwillig bekenne. Weiln sie aber dabei verblieben, sie wisse von nichts, hat endlich der Scharfrichter angefangen zu schrauben, welches sie eine Weile ohne einigen Laut ganz unbeweglich ausgestanden, daß sich auch der Scharfrichter zum Höchsten verwundert und die Gerichte davor gehalten, sie fühle gar nichts von den Sachen. Endlich ist sie wieder ohnmächtig geworden, diewegen ihr der Scharfrichter den Daumenstoß gelöst und sie mit Wasser besprengt. Nachdem sie nun wieder erquicket, gab er ihr zu verstehen, wie solches noch nichts wäre, sondern sie müsse noch besser daran, wofern sie nicht bekenne. Und hat er damit nochmalen angefangen zu schrauben. Als nun Inquisitin mit ängstlicher und lauter Stimme zwei Mal gerufen, ich weiß nichts, hat endlich der Scharfrichter gemerkt, daß sie Schmerzen fühle und deshalb den andern Daumenstoß anzulegen gedroht, welches er auch gethan. Und weiln sie noch nichts bekennen wollen, denselben angefangen zu schrauben, worauf Inquisitin ausgerufen: sie wolle am jüngsten Tage Zeter schreien über die Leute, welche sie dazu brächten.

Als aber der Scharfrichter etwas fester zugegriffen, hat sie endlich mit lauter Stimme zwei Mal gerufen: ja! ja! — worauf der Scharfrichter gefragt: ob sie bekennen wolle? dann wolle er sie losschrauben, und als sie solches nochmalen bejahet, hat er ihr die Daumenstöcke gelöst, worauf man Inquisitin, welche sich sehr schwach gestellet, auf einen Stuhl niedersetzen lassen.

Hierauf wurde sie wieder gefragt wegen des Hirten Sohn, ob sie ihn nicht bezaubert zc. — sie gesteht solches und es wäre geschehen im Namen des Vaters, des Sohns und des h. Geistes. — Dann wurde sie ermahnt zu erzählen, wie sie das gelernt,

auf was Weise sie zu den Herentänzen geführt worden und wie es dabei hergegangen. Sie berichtete wie folgt:

Es wäre bei Brünn, ihrer Meinung nach im Ostreiche, wo selbst damals das Feldlager gewesen, vor mehr als 30 Jahren der böse Geist im schwarzen Kleide, auch Stiefel und Sporn, als eben ihr Mann die Wache gehabt, zu ihr gekommen und hätte gesagt, wenn sie wollte sein sein, so wollte er das Kind, welches ihre Tochter ins Feuer gestoßen, lahm machen, worauf sie geantwortet, er möchte es immerhin lahm machen im Namen des Vaters, des Sohnes und des h. Geistes. Und hätte sie den lieben Gott in des Teufels Namen verleugnen, 3 Schritte zurück und 3 Schritte wieder vor sich gehen müssen, darauf ihr der böse Feind eine Semmel gegeben, welche nicht wohl geschmeckt und sie getauft aus einer flaschen, welche er bei sich gehabt, hätte sie auch bei ihrem Namen, Anna Mariechen, genannt, sich selbst hätte er Hans geheißt. Er wäre dann nachmals zum Destern bei ihr gewesen und Unzucht getrieben mit ihr. Wenn sie zum Tanze hätte kommen sollen, wäre der böse feind zu ihr kommen im rauhen Pelze und hätte sie geführt auf den Brockelsberg. Wie das gesehen, müßte sie nicht, sie wäre auch daselbst nicht groß geachtet worden, es wären Spielleute dagewesen wie auf einer Hochzeit. Hans hätte mit ihr getanzt und sonst Niemand, sie hätte auch keinen der Anwesenden gekannt.

Inquisition wurde darauf gefragt, warum sie sich so ängstigen lassen und nicht sofort bekannt habe. Darauf Antwort: es hätte ihr der böse feind auf der Schulter gesessen und nicht zugelassen, daß sie bekenne. (Was sie späterhin überhaupt bekannt hat, ist aus dem weiter folgenden Schöppenspruche zu ersehen.)

Hierauf wurde sie ermahnt, fleißig zu beten, welches sie auch verheißt hat. Und hatte sie dem Ansehen nach große Reue über ihre Sünde, bat auch, wir möchten alle für sie beten, daß sie selig werde.

Actum Obisleben, den 2. Dec. 1680 — Obigen Dato ist die gefangne Marie Klabin aus ihrem Gefängniß vorgefordert, ihrer Urgericht erinnert und an ordentlicher Amts- und Gerichtsstelle über etliche Articul nochmals vernommen und vermahnt worden, die rechte Wahrheit nochmals zu bekennen, und ist ihr nochmaliges Bekenntniß mit allem fleiß registrirt worden. Dann ist sie befragt worden, ob ihr sonst noch was wissend. Sie blieb dabei, daß sie nichts mehr wisse. Darauf ist sie nochmals ermahnt worden, fleißig zu beten, welches sie auch versprochen, und ist sie in ihre custodie gebracht.

Hierauf ist der Spruch des Jenaer Schöppenstuhls nochmals eingeholt worden, welcher lautet:

Unsre freundl. Dienste zuvor 2c. Als ihr uns die wider Marie Klabin weiter ergangene Inquisitorial-Acta zugeschildt und unsre Rechtsberichtigung darüber erbeten, demnach sprechen wir vor Recht: hat gemelte Inquisitin gestanden und bekant, daß sie Gotte abesaget, mit dem bösen feinde einen Bund gemacht, von ihm sich taufen lassen 2c. ferner im Kriege ein Soldatenkind bezaubert, daß es lahm geworden, und gleichen Gabriel Voigten, daß er krank, lahm und blind worden und einen Schaden am finger bekommen, Hans Heinrich Daviden und Hans Jürgen Hartungen voll Läufe gemacht, Meister Curt Kirchnern, den Väder, und Joachim Johns frau voll Läufe gemacht, wie auch dieselne Hartung Hunger und Durst verursacht und daß ihm die Nunge und Lisse abgefahren und endlich der Wagen umgefallen, Hans Heilrings Sohne viel seltsame Sachen, als Lappen und Mäuse-schwänze, ins Wein gezaubert und ihn ums Leben gebracht; obgenannten Väder und Kirchnern ein Pferd bezaubert, Christoph Schumburgen einen Schaden in die Schulter gemacht; George Windens Ruh bezaubert, daß sie statt Milch Blut gegeben, gleichfalls durch Zauberei verhindert, daß Lorenz Dietrichs frau in 8 Wochen keine Käse und Butter machen können und Adam Friedrichs Tochter und Hans Wolfs des Amtshirten Sohn durch Zauberei gestorbet. Wenn nun dieselbe auf diesem ihren Bekenntniß vor öffentlich gehegtem Gerichte beharret, so wird sie wegen solcher begangnen und gestandenen Zauberei und Missethat mit dem feuer zum Tode gerichtet. Von Rechtswegen, urkundlich mit unserm Inseigel besiegelt. Verordnete Dechant 2c. des Schöppen-gerichts zu Jena. Monat Dec. 1680.

Dieses eingeholte Definitivurteil wurde mittelst folgenden herzogl. Rescripts dem Amte Olsleben zugesendet:

Rescript vom 9. Dec. 1680 — Von Gottes Gn., Ernst Joh. Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg 2c., Lieber Getreuer, hierbei hast du das in unserm Schöppenstuhle zu Jena wider die in Olsleben in Haft sitzende Marie Klabin gestandener und bekannter Hexerei halber gesprochne Urteil, benebst Inquisitionsacten zu empfangen, mit Begehren, Du wollest dasselbige seines buchstäbl. Inhalts förderlichst an der Inquisitin erequiren lassen. An dem geschieht unsere Meinung. Geben in Weimar zur Wilhelmsburg, den 9. Dec. 1680. Johann Ernst, Herzog zu Sachsen.

Angefügt war: „auch, lieber Getreuer, Wollest Du dem Scharfrichter andeuten, daß er die arme Sünderin bei der Execution nicht allzulang quälen, sondern ihr mit dem Strange oder auf andere Weise zeitig abhelfe. Daran geschieht unsere Meinung.

Joh. Ernst, Herzog zu Sachsen.“

Gerichtet waren diese Schreiben „an den Ehrenvesten wolgelarten Joh. Christoph Kranzer, Amtmann zu Oldisleben, unserm günstigen guten freunde.“

Am 17. Dec. 1680 erfolgte die Execution durch Verbrennung, wie folgendes Actenstück bezeugt:

Actum am 17. Dec. 1680. — Obigem zur Execution bestimmten Dato ist am äußersten Schloßthore ein Tisch gesetzt und gegen 9 und 10 Uhr Vormittags das hochnothpeinliche Halsgericht geheget worden, wobei zugegen gewesen 2c. 2c. Und nachdem die gefangene Marie Klabin ihre begangenen Unthaten vor öffentlichem Halsgerichte nochmalen gestanden, als ist dieselbe sofort heraus vor das Dorf geführt und durch Meister Martin Kaufmann, Scharfrichter zu Artern, dem Urtheil gemäß hingerichtet worden. Fürstl. Sächs. Amt daselbst.

5. Zur Geschichte des ehemaligen Wallfahrtsorts Elende bei Bleicherode.

Vor wenigen Jahren besprach Dr. Julius Schmidt in dieser Zeitschrift (Jahrgang 1888 fol. 190 ff.) einen Pergamentkoder, welcher sich ehemals in dem früher berühmten Wallfahrtsorte Elende befand und jetzt im Pfarrarchive der Haupt- und Probsteikirche Beatae Mariae Virginis zu Heiligenstadt aufbewahrt wird. Die Aufzeichnungen in demselben rühren offenbar von Geistlichen her und behandeln zunächst in ausführlicher Weise die Geschichte von vielen Wunderzeichen, die durch Vermittelung des in der dortigen Kirche früher vorhandenen Marienbildes geschehen sein sollen; sodann geben sie uns ein Verzeichniß der Indulgenzen, mit welchen die Kirche begnadet war, und endlich berichten sie über die Wohlthäter derselben und über die Reliquien, welche in großer Zahl daselbst zu finden waren. Auffallend wenig erzählt uns der Koder von der Geschichte der Kirche und des Ortes selbst, und dieses Wenige fordert noch dazu stark zur Kritik heraus. Wird doch z. B. schon die Gründung des Wallfahrtsortes direct auf die Einwirkung der Mutter Gottes zurückgeführt! Entschieden glaubwürdigere, offenbar auf ältere Quellen zurückgehende Nachrichten giebt uns eine Handschrift der königlichen Bibliothek zu Hannover, welche aus dem Anfange des 17. Jahrhunderts stammt. Der Wortlaut derselben ist folgender:

Von der walfahrt zum Elendt.

Die kirch- und walfahrt zum Elendt (in lateinischen briefen im Exilio genandt) in der uralten graftschaft

Honstein unter dem alten schloss Lahre, an der gemeinen landstrassen, so von Bleicherode uf Northausen gehet, gelegen, haben zwene bruder Hans und Heinrich Kuchen-thäler, (deren Heinrich ein priester, der andere Hans ein burger in Bleicherode gewesen), in die ehre Marien, der mutter Christi, aus andacht gestiftet und zu baun angefangen; und der eine bruder das ganze jahr vorher allen vorrath verschaffet. Herr Heinrich hat von Johanne, dem erzbischoff zu Meintz, weil der Ort in seinem sprengel gelegen, den consens nebst vielem heiligthumb, worunter von der jungfrau¹ dass grösseste gewesen sein soll, erlangt anno 1418. indict. 11.; hierauf hat man anno 1419 die capell zu bauen angefangen. Und weillen daselbst an den gebrechlichen armen und elenden viel wunder geschehen, ist dahin der zulauf fast gross geworden und derntwegen grosse opfer daneben gefallen; darumb durch bewilligung der graffen von Honstein sich etzliche leute dahin zu wohnen begeben.

Und als die fundatores gesehen, dass ihr fürnehmen also geraten, haben sie mit hülff der graffen, clöster und von adel die kirch zu ergrössern angefangen anno 1420 und ein gross theil verfertigt. Darauf die fundatores bald verstorben und bei dieser kirch begraben, da noch ihre bildnüss mit einer grab- und umschrift, von bössern gesindlein zerschlagen, vorhanden ist. Nach beeder tod ist das angefangen werk vollendet.

Es hat auch Ernestus IV., comes von Honstein, Lahra und Klettenberg, Henrici X, filius, in dieselbe kirch einen altar und darauf eine vicarei in honorem equitis S. Georgii und der 14 nothhelfer gestiftet anno 1424., auch dabei drei markscheffel rogken und 2 markscheffel haber aus dem hofe zu Kemstedt jährlich zu nehmen vermachtet und darauf ad vitam etc. Johan Meyern belehnet, welcher anno 1494 indict. 12. verstorben. Nach dieses tod ist herr Martinus Bossman wieder damit belehnet von grafen von Honstein.

Die stiftung der cappeln, des altars und der vicarei hat pabst Sixtus IV., sonsten M. Franciscus genant aus dem dorf Aloizrota, im Bawensischen bistumb gelegen, burtig anno 1480 indict. 13. mit einem grossen briefe und fast zierlichen bleiern siegeln confirmirt, dabei auch grosse gnade und ablass verschrieben und den pröbsten

¹ Am Rande von gleichzeitiger Hand bemerkt: „deest aliquid“.

zu Jechenburg und Münchelar über diese walfart die inspection befohlen. Es ist auch diese kirch zum Elende als ein filial dem kloster Münchelahr durch den pabst incorporirt wurden.

Anno 1490 haben Ernestus IV., Henrici X. filius, Hansius, Ernesti III. filius, comites de Honstein in dieser kirchen in die ehr des heiligen creutzes, Mariae virginis S. Gangolphie, S. Viti, S. Cyriaci, S. Laurenti, S. Bonifacii, S. Nicolai, S. Catharinae und S. Julianae noch ein altar gestiftet und begabet und darauf herrn Ecbertum Ecberti belehnet.

Im selben jahr haben die geistlichen priester zu Bleicherode, auch der probst und die priester zu Münchelar zu vermehrung des lobs Mariae eine sonderliche claus oder cappeln aufm kirchhoffe mit einem besondern altar in honorem S. Crucis gestiftet, auch dieselbe zimlich begutert, und ist damit herr Johann Stoll belehnet anno 1492.

Neben andern festen hat man Unser Lieben Frauen zum Elendt jährlich 7 andere hochfeierlich gehalten als festum conceptionis, 2. nativitatis, 3. annunciationis, 4. visitationis, 5. purificationis, 6. ascensionis Mariae; das 7. in der pfingstwochen war die rechte walfahrt Marien zu ehren gehalten. Auf diesen festagen hat man fur der mess eine stattliche procession gehalten, hiebei wurden die lahmen gehend, die blinden sehend; ex sic sequenter begabeten und eherten (sie) das heiligthum mit hünereiern, flachs, wachs, silber und gold. In dieser procession unter dem geleut hat das gemeine volk uf dem kirchhoffe folgende weisen gesungen:

„Unse Liebe Frau zu dem Elende,
Die thut unss frei anschauen itz und behende
Sie gönt uns ihre gnad alhie in dieser Zeit
Und dort im himmelreiche de seligkeit bereit. Kyrieleis.“

Alte leute berichten, dass das bildnüss Mariae von demselben lindenbaum, wovon der Rolandt zu Northausen gemacht, auch solte sein gemacht worden. Es ist fast derselben grösse und anfanglichen zu Northausen im jungfrauenkloster gestanden. Weiln sich aber die jungfrauen verstündiget und ausgetrieben, soll das bildnüss in die neue kirche zum Elend verehret worden sein. Haec acta sunt anno 1221. indict. 9., nemblich, dass die jungfrauen zu Northausen ausgetrieben und das closter zu einer canonei gemacht worden ist.

Als nun diese walfart täglichs in preiss kommen und reich worden, hat man auch den vierten altar in honorem S. Sebastiani martyris angerichtet und dabei ein sonderliche vicarei gestiftet, wozu Krafftians und Willecke von Bodenhausen 12 Reinische gülde geben und belegt.

Nach diesem haben auch der graffen von Honstein hoffjunkren, so dismahl uf dem schloss Lahra hoff gehalten, den fünften altar mit hülfe etzlicher adelichen jungfern aus dem closter Münchelahr gestiftet und dabei jährliche renten gemachet.

Den sechsten altar haben die vom adel, in der herschaft gesessen, neben etzlichen vornehmen leuten zu Bleicherode gestiftet und begabet. Also seind überall 6 altar von 6 vicariis und priestern neben den pfarherrn, die man calandtspriester genandt hat, bedienet worden; und hat ein jeglicher daselbst alle tage ein mess und sämtlich die 7. tagezeiten, horæ canonicae oder unser Lieben Frauen lob genandt, halten und singen müssen.

An diesem ort hat man fur heiligthumb der steinern wasserkrüge einen von der hochzeit zu Cana in Galilea dem volke gezeigt; ist an ihm selbst ganz zierlich, doch zerbrochen; ist aber dem, so man zu Quedlinburg und der Neustadt am Rübenberge hat, gar ungleich. So seindt auch in dieser kirch zum Elend viel altfrenckische bilder, wie auch überguldete alte taffeln aufm altar, auch viel liecht und fahnen und lessets sich ansehn, als ob diss aus einer andern kirchen dahin gebracht sei. Es machet aber der salpeter, der an diesem ort so kräftig ist, alles ungestallt, und kann man dies greiflich an der sepultur Christi, so allererst anno 1499 gebauet, vernehmen.

Verzeichniss der priester, so viel man deren haben konnen: herr Heinrich Küchenthal von Bleicherode, der fundator dieser kirchen.

Johannes Meyer
Ecbertus Ecberti
Joannes Stollus
Conradus Clutzo
Valentinus Ecberti
Joannes Pistor
Henricus Hartung
Thomas Hoffman
Joannes Winnemuth

herr Blasius weihe-bischoff
der geistlichen in der graff-
schaft Honstein
Johannes Schutelerus, probst
zu Münchelahr und calan-
darius zum Elende
Valentinus N.
Albertus Storck
Henricus Rosenbergk
Christophorus N.
Bartholomaeus N.

M. Valentinus Gerlaisius war anno 1598 daselbst pastor. Der pfarherr und die sechs priester haben bei der kirche ihre höße gehabt; nunmehr aber werden sie von gemeinen leuten bewohnt, ausbenommen der pfarherr bewohnt seines noch.

Die wunder, so alda geschehen, seindt nicht alle zu beschreiben und findet man alda noch allerhand instrumenta, so zur danksagung aufgehenget.

Diese kirch ist anno 1469 indict. 2. von dreien dieben, darunter sich einer ausgeben, als were er vom teufel besessen, desswegen sie fleissig zur kirchen gangen, endlich auch die nacht dazu gebraucht, bis sie dadurch alle gelegenheit abgesehen und, weil der pfarherr etwas einfeltig, allen vorrath von cleinodien weg bekommen. Der vermeinter besessener ist bei Eschwege in der Werrha ersoffen, Curdt Harstek geheissen; der ander Hans von der Linde genandt, ist zum Rüsteberge gehent; der dritte Heintz von Elsingen ist zu Stadt Berge gerädert anno 1473 im Junio.

Anno 1470 hat ein dieb diese kirchen bestehlen wollen, ist aber uf der that ergrieffen, hernacher gerädert.

Herr Jacob von Lieberstein, 58. erzbischoff zu Meintz, hat diese kirch ufs neu confirmirt und Lippoldum Wendolt und Henricum von Waldeck zu provisorn darüber gesetzt.

Von dem grossen einkommen und renten dieser kirchen ist viel verrückt; das übrige gehet uf unterhaltung der fabric dieser kirch, hospital und leprosen-haus, schulmeister und küster; dann bleibt ein geringer vorrath.

Dr. Otto Merg.

6. Ein bis jetzt unbekannt gebliebener, vergessener Gemeindevorstand am Unterharze.

In einem mir zur Durchsicht von Herrn Archivrat Dr. Jacobs überlassenen Altenhefte in der fürstl. Wernigeröbischen Bibliothek, enthaltend Briefwechsel zwischen den Stolberger und Mansfeldschen Grafen, fand ich einen Brief des Grafen Wolfgang zu Stolberg v. J. 1544, der als Beitrag zur uralten Markverfassung interessant ist, da er uns Kunde giebt von einem damals noch vorhandenen elf Gemeinden gehörigen Gemeindevorstande im Stolbergischen Territorium, vielleicht nicht sehr weit entfernt von dem noch bestehenden Siebengemeindevorstande.

Der Brief selbst lautet:

Unser freuntlich Dienst zuvor. Wolgeborner lieber Vetter, Ohm, Schweger und gewatter. Die Ehrenvesten vnd Erbarn vnser lieben getrewen Christopf von Wehrter, ambtman zu Sangerhausen, von wegen der Dorfschaften Riethnordhausen, Martins Rieth, . . . (Lücke) v. Wehrter von wegen Brücken, Holstedt, Bevelhaber zu Walhausen von wegen Walhausen, Schösser zu Frankenhäusen von wegen Esperstedt, Ringleben, Oberschleben, Michael von Gehoffen von wegen Ichstedt vnd Borschleben, Hans Gade der Junge in Gadepsfüßel vnd Bartholomeus Grypsant von wegen der von Tullede, desgleichen vnser Bruder vnd vnser unterthanen thun vns clagende berichten, das v. L. Amtman zu Leinungen in dem gemeinen walde ein großes flegt darnieder hauen und kohlen lassen wollen, das dan hiebevorn nie gewesen, v. L. desselbigen deß auch nit befugt sein sollen vnd vns derwegen, nachdem solcher gemeine wald an alle mittel in vnser Bruder vnd vnser herrschaften gerichte vnd obrigkeit gelegen, von wegen obenangehengten Dorfschaften unterthäniglich gebrauchten die verordnung zu thun. Damit v. L. Amtman von solcher neuigkeit abstehen vnd abgeweisset werden muß. Weil nun der deswegen gestendig, ergeht vnser Bruder vnd vnser freuntlich bit, E. L. wollen Ihrem ambtman von solchem vornehmen vnd neuerung abzustehen zc. Stolberg den 24. Jan. 44 (1544)

Wolfgang, graf.

An Graf Philipp vnd Graf Hans Georg zu Mansfelt.

Die Erinnerung in den elf Ortschaften Riethnordhausen, Martinsrieth, Brücken, Holstedt, Walhausen, Esperstedt, Ringleben, Uderleben, Ichstedt, Borsleben und Tillede an ihren ehemaligen Gemeindewald ist fast gänzlich verschwunden; es geht nur hin und wieder die Sage, derselbe sei in der Nähe des Rathsfelds (zwischen der Rothenburg und Frankenhäusen) gewesen.

Der oben erwähnte Gemeindewald mag wohl den Gemeinden durch den 30jährigen Krieg verloren gegangen sein, wie dies in meiner Heimat bei einigen Grundstücken geschehen ist, als nach wiederhergestellter Ordnung von dergleichen durch den Krieg verwüsteten und wertlos gewordenen Grundstücken unter dem Titel: rückständig gebliebne Kriegskontributionen über den Wert der Nutzung hinausgehende Zahlungen verlangt wurden, und als die Zahlungen nicht erfolgten, diese Grundstücke eingezogen wurden. So geschah es z. B. mit zwei Holzstücken, die jetzt zum fiskal. Walde zwischen Heldrungen und Reinsdorf gehören. Der eine dieser Holzstücken hatte den Namen: der Arternsche Gewerkeswald. Er ging verloren aus ähnlichen Ursachen, und die letzte

Erinnerung daran ist eine Stelle darin, genannt die „Arternsche Pfütze.“

Die erwähnte Waldfläche dürfte wohl — dem Briefe zufolge — dicht an den Leinunger oder Morunger Forsten zu suchen sein. Sie ist jedenfalls nun im gräfl. Stolberger Besitze. — Da aber die erwähnten 11 Orte im früheren Mittelalter noch 2 verschiedenen Gauen (dem Nabel- und Helmgau) angehörten, so möchte wohl daraus zu schließen sein, daß diese Orte die ursprüngliche alte Mark einsaßte, wenn auch unter ihnen sich Martinsrieth befindet, das als eine flämische Kolonie erst später entstanden ist.

Gust. Poppe.

Bücheranzeigen.

- ✓ **Geschichte des Geschlechts von Ditsfurth.** Bearbeitet von Theodor v. Ditsfurth, I. und II. Teil, Quedlinburg, H. C. Huch 1889 und 1892. XV u. 358, XI u. 146 S. Gr. 8°.

Familiengeschichten werden in erster Linie natürlich für die Familienmitglieder selbst geschrieben, die sich in berechtigtem Stolz ihrer Vorfahren freuen und deren Thaten auch gern so vollständig wie möglich der Nachwelt überliefern wollen. Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen unserer Zeit, daß jetzt auf diesem Felde eine so rege Thätigkeit sich entfaltet. Doch auch von Seiten der Geschichtswissenschaft ist das mit Freuden zu begrüßen. Denn für die Geschichte der Stadt, der Gegend des Landes, worin das betr. Geschlecht seinen Wohnsitz gehabt hat, ist bei jeder Familiengeschichte ein Gewinn, und zwar ein um so größerer, je umfassender und einflußreicher die Stellung war, die es hier befaßen. So müssen wir denn für die Geschichte unseres Harzes, insbesondere des Harzgaues, ein Werk willkommen heißen, das uns in eingehender Weise die Geschichte des Geschlechts der v. Ditsfurth vorführt. Denn dieses ist in der Geschichte der nordöstlichen Vorlande des Harzes, zumal in der des Bistums Halberstadt und des Reichsstifts Quedlinburg, das ganze Mittelalter hindurch von einer Bedeutung gewesen, die auch schon von diesem Standpunkte aus eine besondere Behandlung vollauf rechtfertigt. Das Werk ist das Ergebnis unermüdblichen liebevollen Fleißes. Der Verfasser sagt zwar ausdrücklich, daß er sich mit dieser Arbeit auf ein ihm ursprünglich fremdes Gebiet begeben habe, dennoch kann man ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er sich in dasselbe auf das Beste hineingearbeitet hat und daß seine Sammlung und Darstellung durchaus auf gründlicher, besonnener Forschung beruhen; wenn aber seine Ausführungen mitunter etwas weiter sind, als der Fachmann wohl für erforderlich halten würde, so bleibt zu berücksichtigen, daß er zunächst nicht für diesen, sondern für seine Geschlechts- genossen sie machte.

Das Werk besteht bis jetzt aus zwei Theilen. Der erste enthält, sozusagen die wissenschaftliche Grundlage, die Urkunden bez. Regesten des Geschlechts. Es ist in der Anlage und, soweit sich dies ohne spezielle Nachprüfung beurteilen läßt, in der Ausführung eine sorgfältige Arbeit. Die Sammlung umfaßt — die Nebennummern nicht mit einbegriffen — 516 Nummern, von denen die datierten von 974 bis zum Jahre 1837 reichen. In noch höheres Alter, wohl in die erste Hälfte des 9. Jahrhunderts, gehen die ersten undatierten Nummern zurück, die Eintragungen des codex Eberhardi von Fulda enthalten. Zumeist wird hier nur der Ort Ditsfurth genannt, von dem das Geschlecht, wie a. a. D. ausgeführt wird, zweifellos den Namen bekam. Schon dieser Name (diot-furt = Volks-furth) deutet auf hohes Alter und erklärt sich aus der Lage des Ortes an der Bode. Doch begegnet auch in diesen ältesten Zeugnissen der Name einmal schon als Personalbezeichnung; es ist Meginolt de Tittfurte, der dem Stifte Fulda seine Besitzungen in der Mark des Dorfes Ditsfurth übereignet. Darauf erscheinen erst wieder in einer Michaelsteiner Urkunde von c. 1148 Hoimarus de Dhietvorden et filius eius Hermannus; doch dann kommen

die Familienmitglieder in ununterbrochener Folge und reicher Fülle vor. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelnes einzugehen; es genüge, zu bemerken, daß die Urkunden, die verständiger Weise z. T. nur in Regestenform mitgeteilt sind, für die Geschichte des Harzgaues ein reiches Material enthalten. Im Jahre 1565 tritt Hans v. Dittfurth in die Dienste des Grafen Otto von Holslein-Schaumburg; er erwirbt in der Folge das Gut Dankersen, und damit verlegt sich nun der Schauplatz der Thätigkeit der Familie zu einem großen Teile von den Harzvorlanden an die Weser, wo ihre Mitglieder der Schaumburgischen Ritterschaft angehören, um sich dann in den folgenden Jahrhunderten noch über weitere Gebiete zu verbreiten.

Im zweiten Teile des Werkes beginnt der Verfasser die eigentliche Geschlechtsgeschichte, und zwar behandelt er hier die mehr allgemeinen Fragen, denen dann im dritten Teile die ausführliche Geschlechtschronik folgen soll. In der Einleitung erörtert er insbesondere die Vorarbeiten, die ihm zu Gebote standen. Dann behandelt er in je einem Kapitel:

1. Die Herkunft und den Namen des Geschlechts, zugleich aber auch seine Beziehungen zu anderen Familien, wie den v. Hozm, für die er mit gutem Grunde Geschlechtsgemeinschaft mit den v. Dittfurth annimmt, 2. die Standesverhältnisse, die er als die eines ursprünglich edelfreien, dann Ministerialengeschlechts nachweist, 3. das Erbmarschallamt des Stifts Quedlinburg, das die Familie etwa 300 Jahre lang bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts besaß, 4. den Grundbesitz, den in der ältesten Zeit nur in schwachen Spuren nachweisbaren Allodialbesitz wie die zahlreichen Lehen, die von vielen Fürsten und Herren, Stiftern und Klöstern, zumeist aber von dem Hochstifte Halberstadt herrührten, von dem die Familie namentlich um Erbsleben, Börnede-Schneidlingen und Wegeleben umfangreiche Güter besaß, und 5. die Siegel und Wappen, die durch zwei schön ausgeführte Tafeln auch bildlich vorgeführt werden. Daneben erhalten wir auf neun Blättern Abbildungen der wichtigsten Besitzungen des Geschlechts und der hervorragenden Stätten seiner Thätigkeit. Sorgsame Register, bei denen wir der Zusammenfassung von Personen- und Ortsnamen nur zustimmen können, erleichtern die Benutzung der Bände.

Kurz, das Werk, das sich auch durch sehr gute Ausstattung auszeichnet, bildet eine willkommene Bereicherung der harzischen Litteratur. P. Z.

Hänselmann, L.: Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig gesammelt. Wolfenbüttel 1892. (Bd. IV. „Aus den Ueberlieferungen zur Litteratur, Geschichte und Kunst“ herausgegeben von G. Milchsack und P. Zimmermann.)

Ein Zwiespalt der Richtungen ist in der historischen Wissenschaft offen an's Licht getreten, seit Dietrich Schäfer¹ in der Antrittsrede seiner Tübinger Professur es als den Zweck der Geschichte, und darum auch als ihr eigentliches Arbeitsgebiet, bezeichnet hat, den politischen Werdegang der Staaten zu zeigen, den Menschen in seinem jeweiligen Verhältnis zum Staate darzustellen. Nur als Hilfsmittel, diesen Zweck allseitiger erfüllen zu können, dürfen für den Historiker Wirtschafts- und Rechts-, Litteratur- und Kunstgeschichte in Betracht kommen. Ihm zufolge „wandelt der eigentliche Historiker, der gelegentlich diese Gebiete anbaut, auf Seitenwegen, und ist auch überhaupt nicht der Mann, von dem hier größere Leistungen erwartet werden können.“

¹ „Das eigentliche Arbeitsgebiet der Geschichte“ 1888.

Demgegenüber hat Eberhard Gothein¹ die Geschichte als Kulturgeschichte aufgefaßt, innerhalb deren natürlich der politischen Geschichte ihre angelegene Stellung bleibt, wobei jedoch den „Seitenwegen“ die Bedeutung von gleichberechtigten Hauptwegen zuerkannt wird. Ihm ist das Ziel der Geschichtsforschung, den Menschen zu erkennen, den Menschen, wie er lebt als Glied nicht nur des Staates, sondern der Gesellschaft überhaupt. Nicht allein der Entwicklung der Staaten hat die Geschichte nachzugehen, sondern sie hat darzulegen den jeweiligen Zustand der Organisation der menschlichen Gesellschaft im weitesten Sinne, deren Umgestaltung und fortschreitende Gefittung bis in unsre Zeit hinein zu verfolgen, und die maßgebenden Gründe und Ursachen dafür klarzulegen.

Ich freue mich, in dem verdienten Braunschweiger Stadtarchivar Hänselmann einen Gefinnungsgegnen Gotheins zu finden. Auch ihm ist das Verhältnis des Einzelnen zum Staat nicht das einzige der Forschung und Erkenntnis wert, auch ihm ist es die erste Aufgabe der Geschichtsforschung, „das Leben jeder Zeit soviel wie möglich in der Fülle der Gesamtheit seiner Erscheinungen in's Auge zu fassen.“ Diesem Gedanken ist die vorliegende Schrift entsprungen. Sie wird dem Anhänger der Schäferschen Richtung wenig bieten, dem der andern dagegen viel Interesse und anregende Förderung. Denn nicht eigentlich auf den Staat bezieht sich das, wofür die „Beispiele“ uns gegeben werden, sondern auf „allerlei Anliegen und Vorgänge des täglichen Lebens der alten Zeit“. Er macht hier den ersten Versuch, aus den Archiven auch solches Material zu sammeln, zu sichten und zu veröffentlichen, was sonst wegen der erdrückenden Fülle des Stoffes in den städtischen Urkundenbüchern ausgeschlossen zu werden pflegt. Ich halte diesen Versuch für sehr gelungen, und würde wünschen, daß er Nachahmung fände, daß auch aus anderen Archiven an's Licht gezogen werde, was etwa „unerwartete Einblicke in den verschütteten Kleinraum vergangener Geschlechter, ihr persönliches, häusliches, geselliges, wirtschaftliches Treiben, ihre Gefühle und Anschauungen, Sitten und Bräuche“ eröffnen könnte.

Man denke nicht gering von solcher Sammelarbeit. Wer die ungeheure Menge derartiger Aufzeichnungen, die „vom Staube der Jahrhunderte bedeckt“ in den Archiven verborgen liegen, kennt, wer weiß, wie eintönig i. A. und formelhaft solche Berichte gehalten sind, der wird auch anerkennen müssen, daß ein äußerst fein ausgebildetes Gefühl dazu gehört, unter der Uebermenge des Materials nicht erliegend, sich den Blick offen zu halten für Einträge, die „anders anmuten, die durch ungewohnte Mittheilbarkeit die Dinge uns plastischer“ als gewöhnlich zeichnen. So ist auch die vorliegende Sammlung, obwohl schnell zusammengestellt, — sie entstand als Widmung für die auf der Pfingstversammlung zu Braunschweig 1892 versammelten Mitglieder des hanfischen Geschichtsvereins und des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung — doch im Grunde das Resultat jahrelanger, liebevoller Beschäftigung mit den überaus reichhaltigen Beständen des Braunschweiger Stadtarchivs.

Beim Durchlesen des Buches fällt wohl am meisten in die Augen, in welchem Umfang der städtische Rat sich um das Wohl und Wehe seiner Unterthanen bekümmerte. Es ist das vielleicht mit² ein Erklärungsgrund für die elementare Wucht der städtischen Revolutionen, denn in der That

¹ „Die Aufgaben der Kulturgeschichte“ 1889. Hierauf hat Schäfer in der Broschüre: „Geschichte und Kulturgeschichte“ geantwortet. (1891.)

² Daß daneben auch die jeder heilsamen Zucht widerstrebende Unvernunft der großen Masse ein wichtiger Faktor war, zeigt deutlich das „Schichtbuch“, welches in dem Thun und Treiben der turbulenten Masse nur „das Gebahren der unvernünftigen Tierheit“ erblickt. S. Hänselmann in Chroniken XVI, 279.

gab es kaum ein Gebiet des öffentlichen wie des privaten Lebens der Einzelnen, in welches nicht der Rat ordnend und kontrollierend eingriff. Herrschte hier engherzige, egoistische Gesinnung vor, — leicht mag man ermessen, wie weite Kreise sich persönlich verletzt fühlen mußten.

Da verabreden sich etwa — ich citiere nach den Nummern der betreffenden Stücke — mehrere Straßennachbarn, wie sie es mit ihrer Gasse zu halten gedenken (36), da hat jemand sein Siegel verloren, und will, um Fälschungen zu vermeiden, fortan ein andres führen (26), hier bestätigt ein Bauer seinem bürgerlichen Gläubiger eine gewisse Summe zu schulden (71), dort übergiebt ein Vater seinem Sohne einen Teil seines Vermögens zu selbständigem Eigentum (2), — dies alles geschieht vor dem Räte. Oder es haben sich 2 Ehegatten gezanzt, — die Versöhnung erfolgt vor dem Räte, der überhaupt alle Ehefestigungen zc. in seine Vertrags- und Degebücher eintragen ließ.

Helle Schlaglichter fallen auch auf die Verhät und Roheit der ganzen Zeit, zunächst auf das Fehdewesen. Wie jede Stadt im Mittelalter, so hatte auch Braunschweig unendlich viel unter dem „täglichen Kriege“ zu leiden, und sein Fehdebuch [s. Chroniken der deutschen Städte VI und dazu den inhaltreichen Aufsatz Hänselmanns „Braunschweig im täglichen Kriege des Mittelalters“ in denselben „Werktücken“ I, 56 ff.] entrollt uns gerade durch die ruhige Gelassenheit, mit der die meisten Schädigungen, Mordbrennereien zc. verzeichnet werden, ein grauenvolles Bild. Auch unsre Sammlung gemahnt uns dieser Verhältnisse. Die unter dem Titel „Bannerrecht“ (22) abgedruckte Aufzeichnung führt uns mitten in das Gewirr dieser endlosen, aufreibenden täglichen Kämpfe hinein, zeigt gerade durch den Gebrauch technisch gewordener Ausdrücke für das Ausplündern der Bauern, für die Vereinigung der Raubgesellen zu neuen Mord- und Raubthaten zc., wie derartiges als ganz gewöhnlich auf der Tagesordnung erschien.

Die notwendige Abwehr solcher Räubereien hat auch den Bürgern und namentlich dem städtischen Patriziat jenen Geist unruhiger Fehdeseucht eingeimpft. Wie leicht doch findet sich der Rat zu derartigen „Ausjachten“ bereit! (cf. auch 57.)

Die allgemeine Verhät der Zeit — es wird vornehmlich das 15., daneben, leider nur weniger, noch das 14. und 16. Jahrhundert in Betracht gezogen — wird auch noch durch anderweite charakteristische Beispiele gekennzeichnet; ich erinnere nur daran, wie (13) im Streit jemand seinem Gegner ein Stück von der Nase abbeißt, und der Rat dann erklärt, es sei „myt neynen uneren“ geschehen, da der Uebelthäter in „hasstem mode“ gehandelt habe; oder an das bei einem Morde übliche Verfahren, nach welchem dem Leichnam eine Hand abgehauen wird, die dann bis zur Entdeckung des Thäters und völliger Sühnung des Verbrechens vom Räte aufbewahrt wird (25, 108). Auch im Strafrecht zeigt sich mit seinen uns bald unendlich hoch, bald auffallend niedrig erscheinenden Bußen derselbe Charakter der Zeit; so, wenn eine Gaunerin für einen Diebstahl von 11 Gulden und „einer merklichen summen“ von „kroschen unde halberstedeschen penningen“ lebendig begraben wird (53), während ein Totschlag gelegentlich mit nur 3 Mark und 10 sol. genügend gesühnt ist (25). Ähnliches läßt sich noch bis tief in die Reformationszeit hinein verfolgen, wie der ungeheuerliche Schändebrief von 1542 beweist, der auf Seiten des Beklagten, wie namentlich auch auf der des Klägers nichts weniger als fromme Nächstenliebe vermuten läßt. (119.)

Ein eigentümliches Bild erhalten wir auch von dem Leben der Geistlichkeit in der Stadt. Wenn wir sehen, mit welch verblüffender Unbefangenheit ein Priester seiner „maghed“ und seinen Söhnen ein Testament aufsetzt (27.), oder ein anderer Angehöriger desselben Standes seinen Sohn vor dem Räte mit einem bestimmten Vermögen ausstattet, wobei ganz naiv als Zeuge noch dazu „de ersame here Johannes Bruns, perner so sunte Andrease

in der Nyenstad“ fungiert (46), so eröffnet uns dies seltsame Einblicke in die strenge Gewissenhaftigkeit, mit der die Geistlichkeit die Forderungen eines kanonischen Lebens zu erfüllen gewohnt war!

Doch auch die freundlichen Züge des städtischen Lebens finden ihre Stelle: die Briefe einer Hausfrau an ihren abwesenden Mann (116), einer Tochter an ihren Vater (111), sie athmen alle einen Zug ehrbaren Familienglücks, wie er uns äußerst wohlthuend berührt. Und, wenn ein Metzgermeister, weil er ein totes Lamm gekauft und das Fleisch weiterverkauft hat, aus seiner Gilde ausgestoßen werden soll (79), so mahnt uns das an die glücklichen Erfolge des mittelalterlichen Zunftwesens, das Jahrhundertlang eine Ehrbarkeit und Rechtschaffenheit in Handel und Wandel erhielt, wie sie uns noch heute manchmal als Ideal erscheinen will.

Ich will hiermit abbrechen; noch mancherlei wird den aufmerksamen Leser fesseln, so etwa die Stellung der Juden in der Stadt, worin der altgermanische Grundsatz von der Persönlichkeit des Rechtes deutlich zur Erscheinung kommt (67), oder zu sehen, wie noch im 16. Jahrhundert das Leben in der Stadt einen ländlichen Charakter trug (117, 127), oder endlich noch jener unter Nr. 96 abgedruckte Brief, der uns interessante Einblicke in die Art des damaligen Büchervertriebs gewährt.

Keine neuen Thatfachen erfährt der Leser aus der kleinen Sammlung, aber er wird eine lebendige Anschauung der Zeit mit sich nehmen, aus der heraus allein fruchtbringende Geschichtsforschung und -schreibung möglich ist.

Berlin, den 4. Januar 1893.

G. Künkel.

Verzeichniß

der für die Sammlungen des Harzvereins eingegangenen
Zuwendungen.

A. Durch Geschenk:

Von Sr. Majestät dem Kaiser:

- a) Supplementband zu den Monumenta Zollerana.
- b) Die älteren Siegel und das Wappen der Grafen von Zollern.

Von L. F. Freiherrn von Eberstein:

Beschreibung der Kriegsthaten des General-Feldmarschalls Ernst Albrecht von Eberstein, geb. 1605, gest. 1676. Berlin 1892.

Von H. Dannenberg: Grundzüge der Münzkunde. Leipzig 1891.

Von Dr. jur. Theod. Roscher: Zur Geschichte der Familie Roscher in Niedersachsen, Hannover 1892.

B. Durch Schriftenaustausch:

Zeitschrift des Nacher Geschichts-Vereins, Bd. 14. Nachen 1892.

Argovia, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kanton Aargau, Bd. 22. Aarau 1891 und Bd. 23, Aarau 1892.

Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg, Jahrg. XVIII. Augsburg 1890.

Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken, Band 18, S. 1. Bayreuth 1891.

Der Deutsche Herold, Jahrg. 22. Berlin 1891.

Mitteilungen des Vereins für d. Gesch. Berlins 1892, 6—10. 1893, 1—2. Berlin.

- Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Gesch.- u. Altert.-Vereine. Jahrg. 40. Berlin 1892, 1—12. Jahrg. 41, 1893, 1.
- Monatsschrift der Gesellsch. für Heimatskunde der Prov. Brandenburg. Berlin 1892, 1 u. 2.
- Jahrbücher des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande, Heft 92, Bonn 1892, und Heft 93, Bonn 1892.
- Forschungen zur Brandenburgischen u. Preuß. Geschichte, Band V, 1—2. Brandenburg-Leipzig 1892.
- Bremisches Jahrbuch, Bd. 16, herausg. v. d. histor. Gesellsch. des Künstlervereins. Bremen 1892.
- Jahresbericht der Schlesischen Gesellsch. für vaterl. Kultur, 69. Breslau 1892. Dazu: Ergänzungsheft: Partsch, Literatur der Landes- und Volkskunde der Prov. Schlesien. Breslau 1892.
- Zentralblatt für die mährischen Landwirte, Organ der K. K. Mährisch-Schlesischen Gesellsch. z. Beförderung des Ackerbaues der Natur- u. Landeskunde, Jahrgang 72. Brünn 1892. Dazu: Notizenblatt der historisch-statist. Sektion ders. Gesellsch. Brünn 1892.
- Quartalblätter des histor. Ver. für d. Großherzogt. Hessen. 1891, 1—4. Darmstadt.
- Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Gesch. Bd. VI, 2. Dessau 1892.
- Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellsch. 1891. Dorpat 1892. Dazu: Verhandlungen, XVI. Dorpat 1891.
- Neues Archiv für Sächsische Gesch. u. Alt. Bd. 13. Dresden 1892. Dazu: Jahresbericht des Königl. Sächs. Altert.-Ver. über d. 67. Vereinsjahr 1892.
- Geschichtsfreund, Mitteil. des histor. Ver. von Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug. Bd. 47. Einsiedeln 1892.
- Mansfelder Blätter, Mitteil. des Ver. f. Gesch. u. Altertümer der Grafsch. Mansfeld, Jahrg. 6. Eisleben 1892.
- Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins. Bd. 28. Elberfeld 1892. Dazu: Creelius, Beiträge z. Bergisch-Niederrheinischen Gesch., herausg. v. Harlek. Elberfeld 1891.
- Jahrbuch der Gesellsch. für bildende Kunst und vaterländische Altertümer in Emden. Bd. 10, 5. 1. Emden 1892.
- Mitteilungen des Vereins für Gesch. u. A. zu Erfurt, Heft 15. Erfurt 1892.
- Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins, Heft 28. Freiberg i. S. 1892.
- Neues Lausitzer Magazin, herausg. v. d. Oberlausitzer Gesellschaft der Wissenschaften. Bd. 68, 1, 2. Görlitz 1892.
- Mitteilungen des histor. Vereins für Steiermark, 5. 40. Graz 1892. Dazu: Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen, Jahrg. 24. Graz 1892.
- Maandblad van het genealogisch-heraldiek Genootschap „de Nederlandsche Leeuw“. Jahrg. 10, Nr. 1—12. 's-Gravenhage 1892.
- Vorsterman van Oyen, Algemeen Nederlandsch Familienblad, Tijdschrift voor Geschiedenis, Geslacht-Wapen-en Zegelkunde, Jahrg. IX., Nr. 5—11. 's-Gravenhage 1892.
- Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald. IV. Forts., herausg. von der Rügisch-Pommerschen Greifswalder Abteilung der Ges. f. Pommersche Gesch. und Altertumskunde. Greifswald 1893.
- Niederlausitzer Mitteilungen, Zeitschrift der Niederlausitzer Gesellschaft für Anthropologie und Altertumskunde. Bd. 2, Heft 5 u. 6. Guben 1892.
- Neue Mitteilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen, herausg. vom Thüring.-Sächsischen Verein für Erforschung des vaterl. Altertums. Bd. 18, 1. Halle a. S. 1891.
- Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Gesch. XIV. Hamburg 1892.
- Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen. Hannover, Jahrg. 1892.

- Neue Heidelberger Jahrbücher des Historisch-philos. Vereins zu Heidelberg. Jahrg. 2, 2, 1892.
- Jahresbericht des Vereins für siebenbürgische Landeskunde für 1890/91. Hermannstadt 1891. Dazu: Archiv für siebenbürgische Landeskunde, Bd. 24. S. 1 und 2. Hermannstadt 1892.
- De St. Janskerk te 's Hertogenbosch, gr. Fol., Forts., herausg. v. d. Provinzial Genootschap van Kunsten en Wetenschappen in Nord Brabant. Hertogenbosch 1892, (f. 1892.).
- Zeitschrift des Voigtländischen altertumsforschenden Vereins zum 25-jährig. Reg.-Jubiläum Heinrich XIV. Hohenleuben 1892.
- Mitteilungen des Ver. f. Gesch. u. A. Homburg v. d. Höhe. Heft 5. Homburg 1892.
- Zeitschrift des Ferdinandeums für Tirol und Vorarlberg III. Folge, Heft 36, Innsbruck 1892.
- Zeitschrift des Vereins für thüringische Gesch. u. Altertumskunde, Bd. 8, S. 1 u. 2. Jena 1892. Dazu: Thüringische Geschichtsquellen V, 2 (N. F. II, 2) Urkundenbuch der Bögte von Weida, Gera, Plauen. Bd. II. Jena 1892.
- Mitteilungen des Vereins für Gesch. u. Altertumskunde zu Kahl. Bd. IV, 3. Kahl 1892.
- Zeitschrift des Vereins für hessische Gesch. und Landeskunde. N. F. Bd. 16 und 17. Kassel. Dazu: Mitteilungen des. Vereins. Jahrg. 1890 und 1891. Kassel.
- Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte. Heft 10 u. 11. Kiel 1892 u. 93.
- Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein. Heft 54 u. 55. Köln 1892.
- Nordiske Fortidsminder von d. Königl. Nordischen Altertumsgeleselsch. zu Kopenhagen, 1891.
- Altpreussische Monatschrift Bd. 29, S. 1—6. Königsberg 1892.
- Mitteilungen des Musealvereins für Krain. Jahrg. 5, S. 1—2. Laibach 1892. Dazu: Izvestja muzejskega drusta za Kranjsko. Ljubljani 1892. 3 Hefte.
- Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern. Bd. 27. Landshut 1891.
- Verslag 63 der Handelingen van het Friesch Genootschap van Geschied- Oudheid- en Taalkunde over het jaar 1890—91. Leeuwarden 1891.
- De Vrije Fries, III. Reeks, Zesde deel. Aflevering 1 en 2. Leeuwarden 1892. Dazu: S. D. van Veen, Aanvullingen en verbeteringen van Romeins naamlijst der predikanten in de hervormde gemeenten van Friesland. Leeuwarden 1892.
- Schriften des Vereins für Gesch. Leipzigs. Bd. 4. Leipzig 1892: Mangner, die Inquisition in der Leipziger Ratsfreischule.
- Bulletin de l'institut archéologique Liégeois. Tome XXII, 2. Liège 1892.
- Mitteilungen des Vereins für Lübedsche Gesch. u. Altertumskunde. S. 5, Nr. 2—9. Lübeck 1892. Dazu: Zeitschrift des Vereins. Bd. 6, S. 2 und Bericht über seine Thätigkeit in den Jahren 1890 u. 1891.
- Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg. Jahrg. 26, S. 2. Magdeburg 1891. Jahrg. 27, Heft 1 u. 2. Magdeburg 1892. Dazu: Katalog der Bibliothek des Vereins für Gesch. und Altertumskunde zu Magdeburg 1892.
- Revue Bénédictine IX^{me} année 1—12, 1892. X^{me} année 1—2 1893. Abbaye de Maredsous, Belgique.

- Zeitschrift des historischen Vereins für den Regierungsbezirk Marienwerder. Heft 29. Marienwerder 1892.
- Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Gesch. und Altertumskunde. Jahrg. 4, 1. Metz 1892.
- Abhandlungen der histor. Klasse der Kgl. Akademie der Wissenschaften. Bd. 20, 1. München 1892.
- Zeitschrift des Vereins für Gesch. u. Altertumskunde Westfalens. Bd. 50. Münster 1892.
- Annales de la société archéologique de Namur. Tome XIX., 4. Namur 1892. Dazu: Rapport sur la situation de la société. Namur 1891.
- Annalen van den oudheidskundige Kring van het Land van Waas. XIII., 4. XIV., 1. St. Nikolaas 1892.
- Anzeiger des germanischen Nationalmuseums in Nürnberg. Jahrg. 1891.
- Mitteilungen aus dem germanischen Nationalmuseum in Nürnberg. Jahrg. 1891. Dazu: Katalog der Bronzeepitaphien und Katalog der Kunstdrechslerarbeiten 1891.
- Mitteilungen des Vereins für Gesch. der Deutschen in Böhmen. Jahrg. 29, 1—4. Prag 1891, und Jahrg. 30, 1—4. Prag 1892. Dazu: Urkundenbuch der Stadt Saaz. Leipzig u. Wien 1892.
- Register zu den Verhandlungen des Historischen Vereins von Ober-Pfalz zu Bd. 1—40. Regensburg 1892.
- Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde. Bd. 32. Salzburg 1892.
- Neujahrsblatt des Kunstvereins und des historisch-antiquarischen Vereins zu Schaffhausen: Bogler, der Bildhauer Alex. Trippel, 2. Hälfte. Schaffhausen 1893.
- Beilage zu den Württembergischen Vierteljahrsheften für Landesgeschichte. N. F. IV., herausg. vom Histor. Verein f. d. Württembergische Franken. Schwäbisch Hall 1892.
- Jahrbücher und Jahresberichte des Vereins f. Gesch. u. Altertumskunde Mecklenburgs. Jahrg. 57. Schwerin 1892.
- Mitteilungen des Vereins für Gesch. u. Altertumskunde in Hohenzollern. Jahrg. 25, enth. Protokoll der Generalversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- u. Altertumsvereine in Sigmaringen. Sigmaringen 1891—92.
- Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. Bd. 16. Speier 1892.
- Baltische Studien, herausg. v. d. Gesellsch. f. Pommerische Gesch. u. Altertumskunde. Jahrg. 42. Stettin 1892. Dazu: Böttger, die Bau- und Kunstdenkmäler des Reg.-Bez. Köslin. Heft 3. Stettin 1892.
- Manadsblad Kongl. Vitterhets Historie och Antiquitets Akademiens. Stockholm 1890.
- Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Litteratur Elsaß-Lothringens. Jahrg. 8, herausg. v. d. historisch-litterarischen Zweigverein des Vogesen-Klubs. Straßburg i. E. 1892.
- Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. Neue Folge, 1. Jahrg., S. 1—4. Stuttgart 1892.
- Mitteilungen des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben. S. 3. Ulm 1893. Dazu: Kapff, deutsche Vornamen mit den von ihnen abstammenden Geschlechtnamen. Ulm 1889.
- Katalog öfver Upsala Universitets Biblioteks fornisländska och fornorska Handskrifter af Vilh. Gödel. Upsala 1892.
- Förteckning till Landskapet Uplandsch Stockholms Stads historisk-topografiska Beskrifning. pa humanistiska vetenskaps-samfundets i Upsala. af L. Bygden. Upsala 1892.

Werken van het Historisch Genootschap te Utrecht. Nr. 58. 's Gravenhage 1892. Dazu: Bijdragen en Mededelingen XIV. 's Gravenhage 1892, und Muller, het oudste Cartularium van het Sticht Utrecht. 's Gravenhage 1892.

Annual Report of the board of regents of the Smithsonian Institution 1889—90. Washington 1891. Dazu: Dorsey, Omaha and Ponka letters. Washington 1891. Thomas, Catalogue of prehistorique works east of the Rocky mountains. Washington 1891. Pilling, Bibliographie of the Algonquian languages. Washington 1891.

Bericht des Akademischen Vereins deutscher Historiker in Wien über das II. Vereinsjahr 1890/91. Wien 1891.

Bericht des Vereins der Geographen der Universität Wien über das XVII. Vereinsjahr. Wien 1892.

Blätter des Vereins für Landeskunde von Nieder-Oesterreich. Jahrg. 25, Nr. 1—12. Dazu: Topographie von Nieder-Oesterreich. Bd. 3, S. 9 u. 10. Wien 1892.

Bereinsgabe des Altertumsvereins zu Worms: Roth, die Buchdruckereien zu Worms a. Rh. im 16. Jahrhundert. Worms 1892.

Jahrbuch der allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz. Bd. 17. Zürich 1892.

Dr. P. Höfer, Prof.,
Conservator der Vereinsammlungen.

Durch die Aufmerksamkeit des Herrn Kantor Fischer hier selbst, wurden der Altertumsammlung Urnenscherben und ein Geweihestück von dem Wall der Burg Gasserode zugeführt. D. D.

Druckfehler.

Nach Seite 329 sind die Seitenzahlen **330** und **331** statt 230 und 231 einzusetzen.

Seite 336 Zeile 9 v. unten lies **judicium**.

" 338 " 2 " " " **Sattunge**.

" 343 " 17 " oben " **Erwerbe**.

" 352 in der 3. Anmerk. " **HALB'STAD**.

LOAN DEPT.

**This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.**

Renewed books are subject to immediate recall.

FEB 11 1970 5 00
RECEIVED
FEB 11 1970 - 10 PM
LOAN DEPT.
INTELLIGENCE DIVISION
SEP 1 - 1991
CHIEF OF BUREAU

General Library
University of California
Berkeley

YC 43808



LOAN DEPT.

**This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.**

Renewed books are subject to immediate recall.

FEB 11 1970 5 00
RECEIVED
FEB 11 1970 10 PM
LOAN DEPT.
INTELLIGENCE DIVISION
SEP 1 - 1991
DIV. OF PUBLIC AFFAIRS

General Library
University of California
Berkeley

YC 43808



